Italien nach der Moro-Entführung S.49



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Jg. 8, Nr. 126, 3.4.78

2,- DM

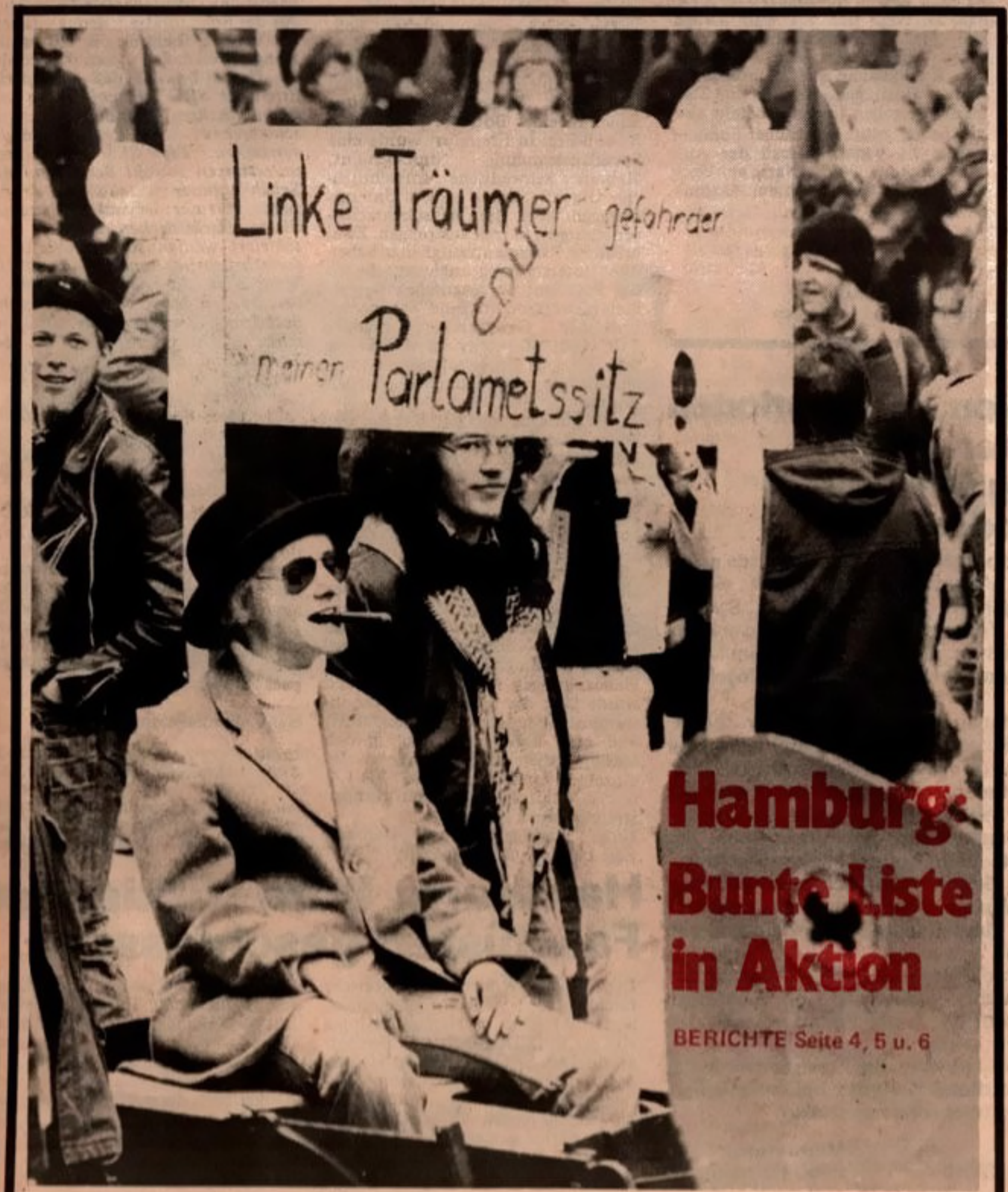
Zu wenig! 5% Abschluß bei Metall

Letzte Meldung: Ohne die angestrebte Verdienstabsicherung zu erreichen, haben die Führer der IG Metall am Morgen des 3. April mit dem Verband der Metallindustriellen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der der Kollegenschaft statt der geforderten 8 nur klägliche 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bringen soll. Für die ersten 3 Monate dieses Jahres wurde eine einmalige Zahlung von DM 411 vereinbart.

Für dieses völlig unzureichende Ergebnis haben die rund 100.000 Metaller in Nordwürttemgerg/Nordbaden gewiß nicht drei Wochen lang gestreikt, Entbehrungen auf sich genommen etc. Es bleibt zu hoffen, daß die Urabstimmung eine deutliche Absage an diesen "Kompromiß" wird... siehe Artikel zum Streik S.3



Nach fast zweijährigen Vorbereitungen trat am 28. März das III. internationale Russell-Tribunal in Frankfurt-Harheim zu seiner ersten Sitzungsperiode zusammen. Eine Woche lang befaßten sich 20 Juroren aus 11 Ländern mit Berufsverboten, Gesinnungsschnüffelei, Geheimdienstpraktiken und Rechtsprechung in der BRD. Aber auch Gewerkschaftsausschlüsse, Aktivitäten von Neonazis und Haftbedingungen für politische Gefangene kamen zur Sprache. Damit ist ein bedeutender Schritt beim Aufbau einer internationalen Widerstandsfront gegen das „Modell Deutschland" getan. Ausführliche Berichte Seite 8 bis 13



Hamburg: Bunte Liste in Aktion

BERICHTE Seite 4, 5 u. 6

Aufruhr gegen das Schahregime

Aus Iran treffen neue Meldungen über Kampfaktionen gegen das faschistische Schah-Regime ein. Sogar die zensierte Presse des Regimes berichtete über eine anschwellende Welle von Unruhen.

Danach fanden am 28.3. in den Städten Isfahan, Babol, Qazvin, Kachane und Teheran Demonstrationen statt. Die politische Zielrichtung dieser Proteste zeigt sich darin, daß Behördenbüros (SAVAK?), Banken und vor allem die Geschäftsstellen der faschistischen Einheitspartei „Rastakhiz" zerstört oder in Brand gesteckt wurden. „Aufrührerische Literatur" und Flugblätter wurden verteilt, Parolen gemalt und Plakate geklebt.

Am 29.3. waren es (immer nach den offiziellen Berichten) schon 12 Städte, am 30.3. dann 16 Städte, in denen „gewalttätige Demonstrationen" stattfanden. In Qazvin versuchte die Polizei, „kommunistische Terroristen" festzunehmen, die Flugblätter verteilten, und schoß in die Menge. In Yazd schlugen die Demonstranten „mit Steinen und Messern" die Polizei in die Flucht. Es gab mindestens 3 Tote. In Kharrambad nahmen an der Demonstration nach der Meldung des Regimes 400 Menschen teil. Es wurden „Flugblätter gegen das Vaterland" verteilt.

Am 31.3. waren es dann schon 20 Städte, aus denen Unruhen gemeldet wurden, d.h. die Protestwelle hat das ganze Land ergriffen.

Die Organisation der Volksfedajin verbreitete Flugblätter und führte militärische Aktionen aus. So explodierten Bomben im Gebäude der Iran-Amerika-Society in Teheran und in einer Polizeidienststelle und in einem Parteibüro in Qum.

Nach den antidiktatorischen Demonstrationen in Qum Mitte Januar, die das Regime erst mit der Erschiessung von ca. 100 Menschen beenden konnte, nach dem mehrtägigen Aufstand in Täbris einen Monat später, wo das Regime Panzer und Militär einsetzte (2.000 Tote) bedeutet diese erneute Protestwelle, daß in Iran eine unaufhaltsame Bewegung in Gang gekommen ist. Die Resignation und Lähmung der demokratischen Kräfte scheint überwunden zu sein. Man muß bedenken, unter welchen Bedingungen diese Demonstrationen stattfinden, in einem faschistischen Staat, mit einem gewaltigen Terror- und Geheimdienstapparat, mit 100.000 politischen Gefangenen, mit Erschießung von Oppositionellen auf offener Straße usw. Man kann sicher sein, daß diese Aufstandsbewegung mit jeder neuen Welle von Aktionen mehr Erfahrung, Mut und Entschlossenheit gewinnt. **Nichts kann die Pläne der Imperialisten mehr treffen als eine Erschütterung der Nahostfestung Iran von innen, durch die Massen des iranischen Volkes.**

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Am 12.3. traten mehrere Tausend politische Häftlinge in den iranischen Gefängnissen in Hungerstreik. Ihre Forderungen sind:

- Abschaffung der Foltern durch die SAVAK
- Recht auf einen fairen Prozeß (in Iran werden Prozesse ohne Verteidiger durchgeführt und Menschen willkürlich ohne Haftbefehl verhaftet)
- Menschenwürdige Haftbedingungen (keine Überbelegung der Zellen, ausreichendes Essen, Besuchserlaubnis, Zeitungen)

Aber natürlich geht es nicht nur darum, sondern um die Freilassung aller politischen Gefangenen und um die Beseitigung des Schah-Regimes.

Puvogel war nur der Anfang



Der niedersächsische Justizminister „Dr." Puvogel mußte abtreten. Er hatte seinen Doktor-Titel 1936 mit einer ganz im Nazi-Urgeist gehaltenen Arbeit erlangt. Dieses Ende bedurfte jedoch der Findigkeit und Fündigkeit einiger Studenten, die Puvogels Dissertation **„Die leitenden Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher"** aus den Archiven der Göttinger Universität hervorklaubten und an die Öffentlichkeit brachten. Ministerpräsident Albrecht, der Folter an politischen Gefangenen für „sittlich geboten" hält, konnte aufgrund des öffentlichen Drucks ein Verbleiben dieses Ministers nicht mehr länger rechtfertigen und ernannte sich an seinem Urlaubaort selbst zum kommissarischen Justizminister.

Breiter Protest

Puvogels Rücktritt ist ein Erfolg des wachsenden antifaschistischen Protests in Hannover, der weit in die liberale Öffentlichkeit hineinreicht. Nicht nur, daß am 20.3., einen Tag nach der Veröffentlichung der Puvogel Dissertation im Südwest Funk, in einem „offenen Wort" des NDR-Redakteurs Hartung („Ich tue es deshalb, weil Sie, Herr Puvogel, nicht irgendwer sind, sondern immerhin der Justizminister des Landes Niedersachsen. Und der, so meine ich, dürfen Sie nicht mehr länger sein") der sofortige Rücktritt verlangt wurde, auch SPD, DGB, AStA der TU, Homosexuelle Aktion (HSH), um nur einige zu nennen, verlangten ebenfalls Puvogels Abgang.

Der Landtagsabgeordnete Wernstedt (SPD) kommentierte die Enthüllung mit den Worten: *„Der Fall Puvogel entlarve die von der Landesregierung seit Monaten betriebene Verharmlosungsstrategie über die Gefährlichkeit neonazistischer Umtriebe"* und von Oertzen (SPD) sagte: *„Der gesamte Vorgang habe nicht Puvogel entlarvt, sondern der eigentlich Entlarvte sei Albrecht"* (NHP 25/26/27.3.78).

Der SPD-Unterbezirk Hannover-Stadt schrieb in einem Flugblatt, daß *„Rechtsradikalismus nur gedeihen kann, wenn man den Geist, aus dem er erwuchs, verharmlost. Wehret den Anfängen. Herr Puvogel war nur ein Anfang"*. Der DGB erklärte: *„Die bekanntgewordenen Enthüllungen ... kennzeichneten Puvogel als einen üblen Rassenfanatiker oder skrupellosen Opportunisten, und für beide sei in einem Staatsamt kein Platz"* (FAZ, 23.3.78).

Albrechts Kommentar

Bezeichnend ist, daß Albrecht in seiner Erklärung zu Puvogels Rücktritt die SPD mit wütender Gebärde angriff: *„Ich kann nicht umhin, meine Verachtung über das Handeln niedersächsischer SPD-Politiker zum Ausdruck zu bringen"* (NHP 25/26/27.3.78). Dann unterstellte er, leider ohne Nahmen zu nennen: *„Führende Sozialdemokratische Politiker in Niedersachsen sind wie Hans Puvogel in jungen Jahren zweitweise der nazistischen Ideologie erlegen"* (NHP 25/26/27.3.78). **„Wer den Rücktritt Puvogels fordere, müsse ehrlicherweise auch den Rücktritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Herbert Wehner, verlangen, der vor dem Krieg Mitglied der Kommunistischen Partei war"** (HaZ, 25.3.78).

Eher den Charakter eines Orakels hatte die FDP Bewertung des Puvogel-Skandals. „Wenn die damaligen Äußerungen Puvogels zuträfen, könne das nicht ohne Konsequenzen bleiben, denn für Inhaber öffentlicher Ämter hätten besonders strenge Maßstäbe zu gelten." (FAZ 23.3.78)

Puvogel: „Eine wissenschaftliche Arbeit"

Am 21.3.78 ließ sich Puvogel im NDR interviewen. Als die Sprache auf seine Dissertation kam, qualifizierte er sie als eine wissenschaftliche Arbeit. Puvogel: „.... *auch wenn sie nichtwissenschaftliche Teile enthalte, die nicht unbedingt hineingehört hätten"* (FR, 28.3.78). *„Rassistische Thesen des Nationalsozialismus erschienen ihm damals als 'notwendiges Beiwerk'"* (FAZ, 25.3.78).

Eine genauere Betrachtung der Arbeit ergibt allerdings, daß unter dem Deckmantel eines wissenschaftlichen Ansatzes nichts anderes betrieben wurde, als dem nazistischen „Rechtswesen" eine menschenverachtende Argumentationshilfe zu liefern. *„Der Strafrechtspflege ist... durch Einführung neuer geeigneter Gesetzesbestimmungen in den Stand zu setzen, eine dem heutigen Rechtsgefühl entsprechende Rechtssprechung auszuüben"*. Ohne *„Scheu vor einschneidenden Maßnahmen"* und unter *„Berücksichtigung des Rassegedankens, des Kernstücks der nationalsozialistischen Weltanschauung"* erörterte er die *„Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher"*. Länger als zwei Jahre konnte dieser Altnazi sein Unwesen in der Landesregierung treiben. Hier hat er während seiner Amtsperiode wiederholt Forderungen nach wirksameren Resozialisierungsmaßnahmen im Strafvollzug verteufelt. *„Die Freiheitsstrafe dürfe nicht zu einem kostenlosen komfortablen Erholungsurlaub mit Fortbildungsveranstaltungen werden"*. Denn: **„Auch heute sei bekannt, daß es 'Nichtbesserungsfähige' gäbe"** (FR, 22.3.78). Die Puvogel-Affäre wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhalten der Landesregierung. Wen soll es bei einem solchen Justizminister eigentlich noch wundern, daß Nazi-Provokationen verharmlost und zum Randproblem herunterstilisiert werden, gleichzeitig aber als Anlaß dienen, das Verbot kommunistischer Propaganda vorzubereiten?

Daß die Landesregierung nicht im entferntesten daran denkt, etwas gegen die Nazis zu unternehmen und den alliierten Bestimmungen nachzukommen, verdeutlicht sich auch in ihrer Haltung zum Potsdamer Abkommen. Am 15.2.78 führte Innenminister Groß (FDP) im Namen der Landesregierung in einer Landtagsdebatte aus: *„Ich meine aber, daß wir uns darauf konzentrieren müssen, das darzustellen, was nach d e u t s c h e m Recht verbindlich ist; wir können nicht von dem ausgehen, was die alliierten Siegermächte sehr unterschiedlicher Herkunft und Einstellung im Potsdamer Abkommen glaubten für Rechtens erklären zu müssen"*.

Anders als die Landesregierung beurteilen viele Hannoversche Demokraten die Provokationen der Nazis. Als „Initiativgruppe aller demokratisch gesonnenen Bürger Hannovers", auch bekannt unter dem Namen „Hannover ohne Braun", verfaßten sie eine Resolution an den Innenminister mit der Aufforderung, nazistische Kundgebungen in Hannover zu unterbinden und die Nazis künftig strafrechtlich zu verfolgen. Dieser Aufruf wurde von etwa 2.000 Hannoveranern unterzeichnet, unter ihnen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Penningsdorf, und viele andere bekannte Persönlichkeiten. Zu den Unterzeichnern gehören auch DKP-Mitglieder. Das veranlaßte die CDU, die unterzeichnenden SPDler demagogisch der „Volksfrontpolitik" zu bezichtigen.

Auch wurde dieser Aufruf Gegenstand einer Anfrage der CDU an die nds. Landesregierung am 15.2.78, worin es u.a. hieß: „Wird mit dem Schreiben an den Herrn Innenminister von dem Treiben linksextremer Gruppen abgelenkt?" Darauf antwortet der Innenminister: „Sie (die Landesregierung) sieht in den verfassungsfeindlichen Bestrebungen von Neonazis und Kommunisten keinen qualitativen Unterschied".

Es wird Sache der Antifaschisten sein, die Zusammenhänge und Verflechtungen sämtlicher Nazis aufzudecken, um den Behörden ein wenig nachzuhelfen. Niedersachsen, seit langem Zentrum nazistischer Umtriebe, wird in diesem Wahlkampfjahr verstärkt mit Nazis konfrontiert sein. Es muß davon ausgegangen werden, daß die NPD sich zur Wahl stellen will. Mehrere Veranstaltungen sind bereits angekündigt. Am 8.4.78 soll eine Kundgebung in Hannover stattfinden. Göttingen, Hameln und Delmenhorst sollen folgen. Es steht also ein heißer antifaschistischer Sommer bevor. Es bedarf überall der Aufmerksamkeit, wo die Nazis am Werk sind, damit diese in ihrem Aktionskreis eingeengt werden.

Antifa-Kommissionen Hannover und Göttingen

Aufruf zum Austausch von Informationen über Strafverfahren wegen Berichterstattung über die Stammheimer Todesfälle

Wie im letzten AK bereits kurz berichtet worden ist, wurde gegen Kai Ehlers, den presserechtlich Verantwortlichen des AK, ein Ermittlungsverfahren wegen einiger im AK erschienener „Stammheim"- Artikel eingeleitet. Der Vorwurf lautet auf Staatsverleumdung. Es ist zu befürchten, daß in Sachen „Stammheim" eine wahre Flut von Prozessen gegen die kritische Presse eingeleitet werden soll!

Zur Koordination der Betroffenen in der Abwehr dieser Zensurverfahren schlagen wir vor, daß national ein Austausch aller über solche Verfahren vorliegenden Informationen organisiert wird. Alle alternativen Zeitungen, Studentenzeitungen, die Presse der politischen Organisationen usw. sollten die möglicherweise gegen sie laufenden Verfahren zusammenstellen. Wir bitten Euch, uns zwecks Vorbereitung der Prozeß- und Öffentlichkeitsarbeit Informationsmaterial zuzuschicken. Selbstverständlich sind wir auch umgekehrt bereit, jedem Betroffenen unsere und andere uns zugesandte Unterlagen (mit dem Einverständnis der jeweils anderen Ermittlungsopfer) zuzuschicken.

Gerade angesichts der Brisanz der Stammheimer „Selbstmorde" und der breiten Empörung darüber insbesondere im demokratischen Ausland sollte die westdeutsche Linke der zu erwartenden Prozeßwelle die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Wenn auf der zweiten Sitzung des Russell–Tribunals die Pressezensur in der BRD behandelt wird, dann wird dieser Komplex bei entsprechender Vorbereitung sicherlich auf großes Interesse stoßen.

Bitte sendet Unterlagen an:
Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)
Methfesselstr. 41
2000 Hamburg 19

Weltweite Hungerstreikaktionen der CISNU Ein großer Erfolg



Italien: Mailand,
Schweden: in 6 Städten, darunter Göteborg und Umea. In Uppsala hatten die Streikenden auf dem Hauptplatz der Stadt ein Zelt aufgeschlagen und in Stockholm fand der Hungerstreik in der Stadtmitte unter offenem Himmel statt.
England: Middlesborough, einer der Streikenden mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. In Manchaster wurde eine Neujahrsparty (nach dem iranischen Kalender) der SAVAK gestürmt.
Österreich: Wien,
BRD und Westberlin: Frankfurt, Hamburg, Aachen, Trier, Westberlin. **In Bonn zog am 30.3. eine Gruppe iranischer Studenten in das Büro der iranischen Nachrichtenagentur im Bonner Pressehaus und protestierte gegen die verfälschte Berichterstattung:** *„Die Medien in Iran werden gänzlich von der Geheimpolizei SAVAK kontrolliert. Auch die offiziellen Nachrichten aus Persien, die in der BRD verbreitet werden, sind SAVAK-Versionen."* Die iranischen Redakteure bekamen Angst und riefen nach der Polizei.

Die Resonanz auf die Hungerstreikaktionen war sehr groß. Offenbar haben die Kämpfe der Massen in Iran selbst einen Aufschwung der Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt bewirkt. Wir können hier nur einen Teil aller uns bekannten Ergebnisse aufzählen.

Die Streikenden erhielten Solidaritätsadressen von verschiedenster Seite, u.a. von der palästinensischen Ablehnungsfront und vom MIR. Ein Russell-Initiativkomitee schickte eine Botschaft, auf dem Russell-Fest in Frankfurt wurde eine Spendensammlung durchgeführt. Mehrere schwedische fortschrittliche Organisationen wollen Untersuchungen über die Menschenrechtsverletzungen in Iran anstrengen. Zwei britische Parlamentsmitglieder haben ihre Unterstützung zugesagt, ebenso der Präsident der englischen Bergarbeitergewerkschaft. Eine Tagung des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC (800.000 Mitglieder) erklärte ihre offizielle Unterstützung und verabschiedete eine Dringlichkeitsresolution.

Die internationale Zentrale der Organisation „amnesty international" hat die nationalen Verbände, u.a. in den USA, England, BRD und Indien zu einer Protesttelegrammaktion aufgerufen, bei der ca. 700 Beschwerden an verschiedene Adressen versandt
Die Hungerstreikaktion der politischen Gefangenen in Iran wurde gleich nach Bekanntwerden von der „Conföderation iranischer Studenten" (CISNU) aufgegriffen und zu einer großen Solidaritätsaktion gemacht. In Flugblättern, Broschüren, Wandzeitungen und Agitationsreden wurde über die Situation in Iran informiert, Spenden wurden gesammelt und eine Berichterstattung in den Massenmedien in Gang gesetzt. Im einzelnen fanden vom 26.3. bis 1.4. u.a. in den folgenden Orten Hungerstreikaktionen statt:
USA: Washington, Ann Harbour, East Lansing, Oklahoma City,

werden sollen, um die Lage der Gefangenen in Iran anzuklagen.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit hatte großen Erfolg. Rundfunk und Fernsehen in den USA, in Schweden und Österreich berichteten über die Verhältnisse in Iran und über den Hungerstreik. Teilweise wurden Interviews mit CISNU-Vertretern gesendet. Der schwedische Rundfunk verlas den Text des Protesttelegramms von amnesty international in den Nachrichtensendungen. Sogar Radio Ankara in der Türkei berichtete über den Hungerstreik. Alle nennenswerten Tageszeitungen in den beteiligten Ländern, auch in der BRD, brachten Artikel, da die Nachrichtenagenturen AFP (Frankreich) und AP (USA) Berichte über den weltweiten Hungerstreik verbreitet hatten.

Diese Aufzählungen sind nicht vollständig. Wir möchten vor allem noch betonen, daß auch der große Umfang der Hungerstreikaktion, unter Beteiligung aller fortschrittlichen Zweige der CISNU, einen wichtigen Erfolg darstellt.

Solidarität in der BRD besonders notwendig

Was die besonderen Aufgaben der Solidarität mit den Kämpfen des iranischen Volkes betrifft, die für uns in der BRD anstehen, so wollen wir zunächst den entsprechenden Abschnitt aus der Solidaritätserklärung zitieren, die von der Leitung des KB an die Hungerstreikenden gesandt wurde:

„Uns ist bewußt, daß die Imperialisten der BRD ihre politischen und ökonomischen Verbindungen zum faschistischen Schah-Regime ständig verstärken. Die BRD-Imperialisten unterstützen sowohl den Terror des Schah-Regimes als auch die Propaganda, mit der der wahre Charakter dieses faschistischen Regimes verschleiert werden soll. Sie verfolgen fortschrittliche Iraner in der BRD, verschärfen die Asylbestimmungen, beschränken das Recht auf politische Betätigung. Zwischen den westdeutschen Geheimdiensten und der SAVAK besteht eine enge Zusammenarbeit in der Verfolgung fortschrittlicher iranischer Menschen.

Angesichts aller dieser Tatsachen, möchten wir besonders betonen, daß wir mit dem Kampf des iranischen Volkes gegen das faschistische Schah-Regime solidarisch sind...."

In den anderen imperialistischen Ländern gibt es Solidaritätsorganisationen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der demokratischen Bewegung in Iran, die von einem Bündnis demokratischer Kräfte getragen werden. Die Schaffung solcher Solidaritätsgruppen ist eine Aufgabe, die in der BRD dringend angepackt werden muß!

Nahostkommission

Quellen: „FR", 30.3., 1.4., "SZ", 30.3., 31.3., 1./2.4., „NZZ", 1.4., „LM", 30.3.

Wir danken besonders Gruppen der CISNU in Westberlin, Hamburg, Hannover und Aachen für die Übermittlung von Informationen.

Hamburg: Büro türkischer Faschisten geschlossen!

Den »Grauen Wölfen«, eine türkische faschistische Terror-Organisation, wurde ihr Büro in Hamburg-Altona von der SPD/DGB-nahen Wohnungsgesellschaft SAGA gekündigt. Grund dafür dürfte der Protest von Antifaschisten aus dem Raum Altona sein, die (wie im letzten AK berichtet) eine breite Aktionsgemeinschaft gegen die »Grauen Wölfe« gebildet haben. Auch die SPD-Zeitung »Altonaer Echo« (3/78) brachte unter der Überschrift *»Skandal! Terror-Club mietet SAGA-Wohnung!«* einen Artikel. Darin wird ausführlich über diese Faschisten berichtet und auch die SAGA kritisiert. U.a. wird in dem Artikel auch darauf hingewiesen, daß die »Hansa«-Bande Kontakte zu den »Grauen Wölfen« habe.

KB/BO Altona

100.000 Metaller streiken — IGM-Führer brüten faule Eier aus



Fast 100.000 Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden stehen seit dem 15. März im Streik. Mehrere zehntausend Arbeiter und Angestellte beteiligten sich am 31.3. in über 30 Städten Baden-Württembergs an Solidaritätskundgebungen für die Streikenden und die 150.000 von den Unternehmern ausgesperrten Kollegen. Die Metaller Nordrhein-Westfalens, die mit 86 % für Streik gestimmt hatten, warten nun schon drei Wochen auf den Streikeintritt.

Demgegenüber droht den Kollegen ein Tarifabschluß, der bei weitem nicht ihren Forderungen entspricht.

In dem als Schlüsselfrage bezeichneten Punkt der **Verdienstabsicherung bei Verlust wegrationalisierter Arbeitsplätze** erzielten Unternehmer und IGM-Verhandler am 1.4. eine Einigung, die folgenden Stufenplan vorsieht:

- Versetzung des Kollegen auf einen gleichbezahlten Arbeitsplatz;
- ist dies im Betrieb „nicht möglich", muß eine Umschulung auf einen gleichbezahlten Arbeitsplatz erfolgen;
- ist auch das „nicht möglich", hat der Unternehmer das Recht, dem Kollegen eine niedriger bezahlte Arbeit anzubieten;



Kolleginnen aktiv im Streik

- in diesem Fall muß als Übergang 18 Monate der alte Lohn weitergezahlt werden. Danach erfolgt eine schrittweise Angleichung durch Nichtgewährung von Lohnerhöhungen an den niedrigeren Lohn.

Es ist offensichtlich, daß dieses Ergebnis von der Ausgangsforderung der vollständigen Sicherung vor Abgruppierungen stark abweicht und den Kapitalisten genügend Ausweichmöglichkeiten bietet.

In der Frage der Lohnforderungen hieß es bisher, daß über den Lohn nur am Rande gesprochen wurde. Tatsache ist, daß die IGM-Verhandler in der Forderung nach **Abschaffung der beiden unteren (hauptsächlich Frauen-) Lohngruppen** mittlerweile nur noch den Wegfall einer Lohngruppe fordern (BILD am Sonntag, 2.4.). Und beim Lohn scheint eine Einigung der Verhandler kurz bevorzustehen: **Die Differenz, über die verhandelt wird, verläuft zwischen 4,6 % und 5,3 %.**

Die 4,6 % sind das Ergebnis der hessischen Schlichtung, das die IGM ablehnte, die Unternehmer annahmen, die damit erstmals über ihr bisheriges Höchstangebot von 3,5 % hinausgingen. Danach erklärte Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner, *„daß zwischen 4,0 und 4,9 die ganze Skala der Einigungsmöglichkeiten liegt"* (Frankfurter Rundschau, 30.3.). Bei 5,3 % lag das Ergebnis der niedersächsischen Schlichtung, das von der IGM angenommen und von Gesamtmetall abgelehnt wurde.

Über die 8 % wird schon längst nicht mehr verhandelt. So machte das Unternehmerorgan „Wirtschaftswoche" bekannt, daß in NRW der IGM-Führer Herb Unternehmen, von denen er erwartete, sie würden einen schnellen Haustarif abschließen, ein individuelles Lohnverhandlungsangebot von 5,0 - 5,9 % gemacht habe. Angeblich soll in 14 Betrieben abgeschlossen worden sein. Bekannt ist, daß in der Fa. Vincenz Wiederholt in Holzwickede bei 5,2 % abgeschlossen wurde (Wirtschaftswoche, 31.3.).

Demgegenüber machten die streikenden und demonstrierenden Metaller deutlich, daß sie die Durchsetzung der vollen 8 % erwarten und dafür kämpfen wollen. Als Steinkühler Ludwigsburger Arbeitern, die vor dem Verhandlungssaal demonstrierten, von Abschlüssen von 5,6 oder 7 Prozent erzählen wollte, schallte ihm der Sprechchor entgegen: *„Eins, zwei, drei ... sieben acht: sonst wird weiter dichtgemacht"*.

„Nirgendwo wird so brutal ausgesperrt wie in der streikarmen Bundesrepublik"

„Nirgends wird so brutal ausgesperrt wie in der streikarmen Bundesrepublik. Nichts zeigt die Machtverhältnisse so deutlich, nichts erhellt so klar wie die Aussperrung, daß in der Bundesrepublik Klassenkampf von oben geübt wird" - dies ist der Kernsatz einer Resolution der Dortmunder IGM-Ortsverwaltung. Und IGM-Bezirksleiter Herb in NRW erklärte, *„daß die Arbeitnehmer der Metallindustrie unzufrieden mit dem Verlauf der Tarifbewegung in Nordwürttemberg/Nordbaden seien"*. Durch einen Streik in NRW seien *„die Arbeitgeber schneller gefügig zu machen"* (dpa, 30.3.).

So richtig diese Aussagen von IGM-Führungsseite auch sind, so wenig wird in der Streiktaktik dem entsprochen. Selbst in Nordwürttemberg wurde nach wochenlangem Verschleppen der Tarifverhandlungen der Streik nur zögernd aufgenommen. Nach zunächst 80.000 wurden von der IGM im nächsten Schritt 11.000 und dann weitere 10.000 Metaller in den Streik geführt, während viele Belegschaften der Aussperrung ausgesetzt wurden, weil sie die IGM nicht in den Streik geführt hatte. Desgleichen im Bezirk NRW: Die eindeutige Urabstimmung für Streik vor drei Wochen wird nicht in Kampf umgesetzt; die Kollegen werden hingehalten und vertröstet. In Hessen und Niedersachsen läuft am 3. und 4. April die „Friedenspflicht" nach gescheiterter Schlichtung ab, ohne daß bisher Schritte für die Urabstimmung und Kampfmaßnahmen eingeleitet wurden. Die ganze IGM-Streik-Taktik läuft darauf hinaus, die Streikauswirkungen so gering wie möglich zu halten und den Metallern andererseits den Eindruck zu vermitteln, ihre Gewerkschaftsführung kämpfe
seits den Eindruck zu vermitteln, ihre Gewerkschaftsführung kämpfe
hart. So ließ z.B. Bundeskanzler Schmidt über seinen Gesandten Wischnewski mitteilen, daß er sich um eine Ausweitung des Streiks sorge, was Folgen für die Wirtschaft hätte. Prompt gab es am gleichen Abend die erste Einigung in den Verhandlungen (BILD am Sonntag, 2.4.).

Die Kampfbereitschaft wächst

Die Urabstimmungen, vielfältige Aktionen und Warnstreiks sowie der Verlauf der Streiks in Nordwürttemberg zeigen, daß die Bereitschaft für die Forderungen einzutreten, groß ist und mit zunehmendem Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen wächst. Während die Kapitalistenverbände versuchen, durch Drohungen und Folgeentlassungen und „verheerender" Kurzarbeit vor allem in der Automobilindustrie (für diese Woche wird als Streikfolge von den Unternehmern behauptet: Kurzarbeit in 200 Betrieben für 250.000 Beschäftigte), die Streikbereitschaft zu erschüttern, nehmen die Aktivitäten zu:

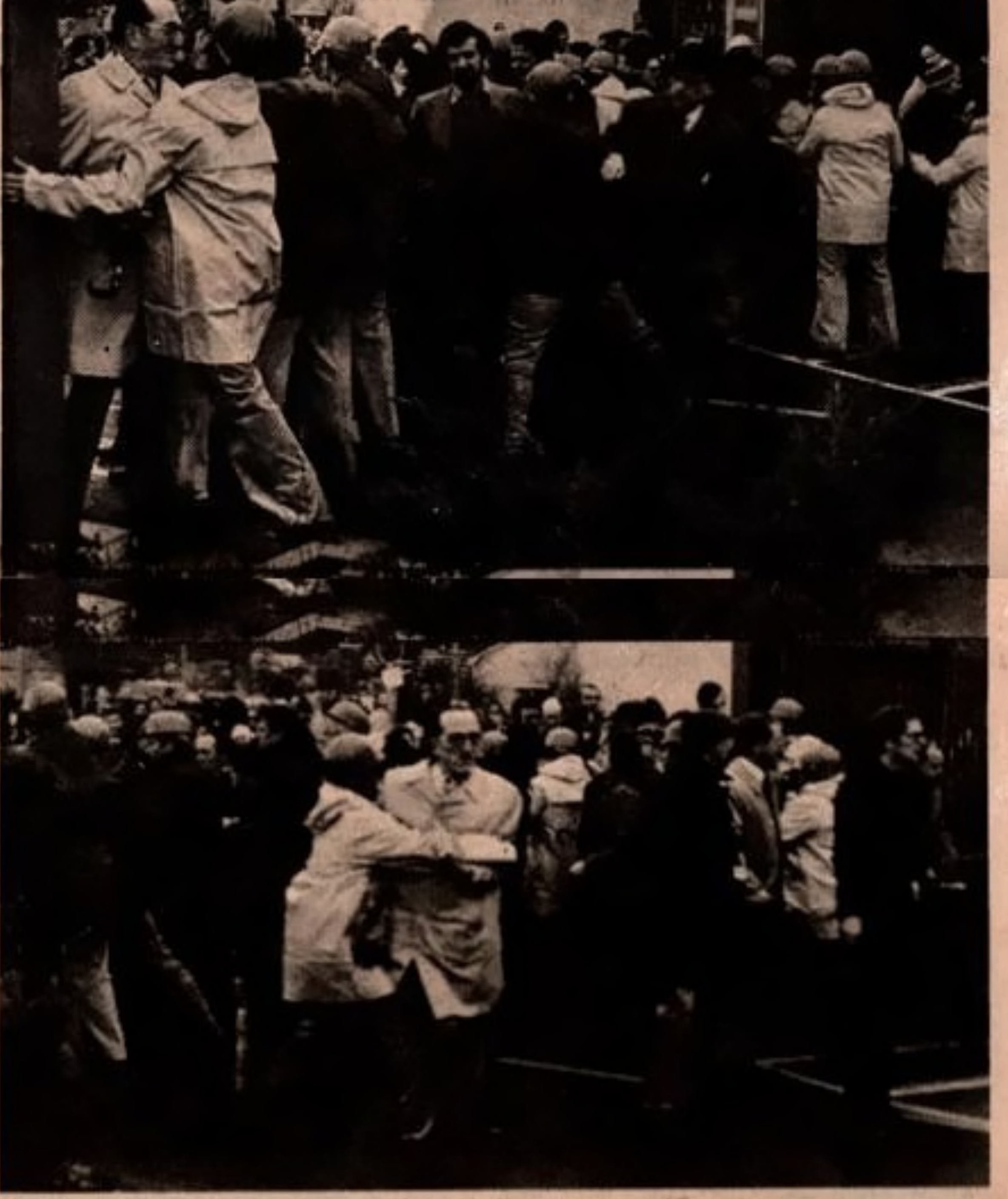
- Am 20.3. führten über 2000 Arbeiter eine Kundgebung vor Daimler-Benz in Mannheim durch.
- 2000 Gewerkschafter demonstrierten am 20.3. in Kassel ihre Solidarität mit den Streikenden.
- Über 10.000 Beschäftigte beteiligten sich in der letzten Woche an Warnstreiks in Bayerns Metallindustrie.
- 500 Metaller führten am 28.3. in Ludwigsburg eine Demonstration durch, in deren Anschluß sie ihre Klage gegen die Aussperrung übergaben.
- Am 30.3. kamen 6000 Menschen auf die Streikversammlung bei Bosch in Stuttgart.
- Am 31.3. wurden in 32 Städten Baden-Württembergs Solidaritätsaktionen der DGB-Gewerkschaften durchgeführt, an denen sich nach unterschiedlichen Angaben 30.000 (dpa) - 70.000 (UZ) Menschen beteiligten. In Stuttgart, wo mit etwa 8000 Teilnehmern die größte Demonstration stattfand, beteiligten sich auch Eugen Loderer und ÖTV-Chef Kluncker.

Mehrere tausend Gewerkschafter demonstrierten am Abend des 31.3. mit einem Fackelzug in Dortmund ihre Solidarität. Auf den Aktionen wurden Parolen und Sprechchöre mitgeführt *„Wer aussperrt, gehört eingesperrt"* - *„Weder Dürr noch Knapp, machen die Metaller schlapp"*, *„Dürrlein wir kommen, Dürrlein, wir holen dich"* (Dürr und Knapp sind Gesamtmetall-Bosse).

Streikbrecher müssen ins Werk kriechen

Schon unmittelbar nach Beginn des Schwerpunktstreiks im Raum Stuttgart kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und sogenannten „Arbeitswilligen". Vor allem Angestellte wurden von den Firmenleitungen massiv unter Druck gesetzt; bei Bosch wurden sie sogar telefonisch und per Telegramm zu Streikbrecherdiensten aufgefordert. Leitende Angestellte organisierten Stoßtrupps. Bei Daimler-Sindelfingen fuhr ein Streikbrecher mit dem Auto in die Streikpostenkette und verletzte einen Kollegen.

Die von den IG Metall-Führern eingeteilten Streikposten erwiesen sich schnell als viel zu wenige, um derartigen Übergriffen erfolgreich entgegenzutreten. So gelangten bei Bosch am ersten Tag noch zahlreiche Streikbrecher in den Betrieb. Die Situation änderte sich aber schnell.



Streikbrecher kriegen den Zorn der Metaller zu spüren

Schon am zweiten Tag waren die Streikposten so stark, daß „Arbeitswillige", wenn nötig auch durch kräftiges Zupacken, erfolgreich am Betreten der Werke gehindert wurden. Bei Bosch kam nicht mal der Versorgungswagen durch. Die Kollegen kauften dem Händler die ganze Fuhre ab. Auf Beschluß des Arbeitsgerichts Stuttgart wurde den Kollegen jedoch am dritten Streiktag verboten, Ketten zu bilden. Das Gericht ordnete eine drei Meter breite Gasse für die Streikbrecher an. Bei Zuwiderhandlungen drohen 1000 Mark Geldstrafe für jeden Streikposten und 10.000 Mark für die IG Metall.

Statt massivem Protest legten IGM-Führer und Betriebsratsfürsten mit Hand an, daß dem reaktionären Urteil nachgekommen wurde.

Die streikenden Kollegen hatten dagegen viel nettere Ideen. Sie hielten sich auch an den Beschluß, da aber über die Höhe der zu bildenden Gasse nichts gesagt worden war, ließen sie die Streikbrecher durch einen ein Meter hohen Gang zum Werkstor krabbeln.

Der sogenannte Notdienst wurde von den Gewerkschaftsführern auch sehr großzügig gehandhabt. Bei Daimler gab sich die Streikleitung dazu her, für die insgesamt 10.000 Angestellten etwa 3000 Notdienstausweise auszustellen. Solche Praktiken haben natürlich mit Notdienst nichts zu tun, sondern dienen ausschließlich zur Schwächung der Streikfront.

Bei Bosch-Photokino forderten die Streikposten die Streikbrecher auf, folgende Erklärung zu unterschreiben: *„Als Streikbrecher erkläre ich, daß ich auf die von meinen Kollegen erkämpften Verbesserungen verzichte. Diese Erklärung kann im Betrieb veröffentlicht werden"*. Es hatte allerdings keiner den Mut zur Unterschrift.

„Wer aussperrt, gehört eingesperrt!"

Auf den Willkürakt der Metallkapitalisten, die als Antwort auf den Streik 150.000 Metaller aussperrten, reagierten die IG Metallführer mit einer aufsehenerregenden Aktion. 100.000 Metaller sollen sich mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht zur Wehr setzen. Außerdem will die IG Metall in Musterprozessen einen Teil des durch die Aussperrung entgangenen Lohnes einklagen.

Tatsache ist aber, daß hier viel Wind um eine Aktion gemacht wurde, die bestenfalls propagandistischen Wert hat, im Augenblick aber absolut nichts bringt. Denn erstens werden die Klagen erst vor Gericht verhandelt, wenn der Streik längst vergessen ist und zweitens ist der Ausgang mehr als zweifelhaft. Außerdem soll die Massenklage und der um diese Aktion entfachte Wirbel davon ablenken, daß die IG Metall-Führer auf die einzig richtige Antwort, nämlich Ausweitung des Streiks, verzichtet haben. Hinzukommt noch, daß die Klagen mit falscher Stoßrichtung geführt werden. Wenn schon Prozesse, dann nach dem Motto: „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!", eine Forderung, die vor den Werktoren zunehmend an Beliebtheit gewinnt.

Angesichts eines drohenden Tarifabschlusses, der nicht den Forderungen und der Kampfbereitschaft der Kollegen entspricht, gilt es die Aktivitäten zu verstärken und noch mehr Druck von der Gewerkschaftsbasis zu machen, daß die IGM-Führer den Streik ausweiten, was die beste Garantie für eine optimale Durchsetzung der Forderungen ist.

Vollstreik in Baden-Württemberg!
Vollstreik in Nordrhein-Westfalen!
Sofortige Urabstimmung über Streik in den übrigen Tarifbezirken!

Westdeutsche Genossin von französischer Polizei gefoltert

Die Genossin Heide Kempe-Böttcher aus Hamburg, die seit wenigen Monaten in Paris lebt, wurde von französischer Polizei bestialisch mißhandelt und gefoltert. Sie liegt mit Verbrennungen 3. Grades, die offensichtlich sowohl von glühenden Zigaretten als auch von einer Säure herrühren, in einem Pariser Krankenhaus. Insbesondere am Unterleib erlitt sie schwere Verbrennungen, die wahrscheinlich noch eine Hauttransplantation nötig machen.

Am 21.3. gegen 17.10 Uhr stürmte ein halbes Dutzend Polizisten in Heides Wohnung in Paris. Sie waren angeblich „wegen Lärms" von der Hausmeisterin herbeordert worden. Heide hatte sich an diesem Tage nicht wohl gefühlt und ziemlich viel Likör getrunken; sie hatte deswegen einen französischen Freund herbeigerufen, der ca. 40 Minuten vorher eintraf und sich um sie kümmerte.

Die Polizei beharrte darauf, Heide in ein Krankenhaus zu fahren. Obwohl Heide und ihr Freund Jaques das ablehnten und sich lieber selbst um einen Arzt bemühen wollten, wurde Heide gewaltsam abgeführt. Ihr Freund bestand darauf, sie ins Krankenhaus begleiten zu können; um 17.20 wurden beide zusammen in einem Polizeiwagen abtransportiert.

Zehn Minuten später (17.30 Uhr) hielt der Polizeiwagen jedoch vor dem Polizeikommissariat in der Rue Nantes; dort wurde Jaques unter Protest ausgeladen und zu einem Verhör abgeführt.

Um 18.05 Uhr wurde Heide von dem Polizeiwagen mit schweren Verbrennungen und einem offensichtlichen Schockzustand in das Krankenhaus Claude Bernard eingeliefert. Nach Aussagen eines Inspektors des Kommissariats in der Rue Nantes hatte der Polizeiwagen dort, um Jaques zum Verhör abzuführen, ca. 5 Minuten gewartet – Heide war also eine halbe Stunde ohne Zeugen in der Gewalt der Polizei, auf der „Fahrt" ins Krankenhaus, für die von diesem Polizeirevier aus normalerweise 10 Minuten benötigt werden. Es steht außer Zweifel, daß ihr die Verletzungen nur während dieser „Fahrt" zugefügt werden konnten. Nach Heides eigenen Aussagen (sie erinnert sich nur bis zu dem Zeitpunkt, wo sie aus ihrer Wohnung in den Polizeiwagen abtransportiert wurde), wie auch nach denen ihres Freundes, war sie bis zum Polizeiüberfall in ihrer Wohnung bzw. bis zur Abführung von Jaques ins Polizeirevier unverletzt.

Die Polizei hat nichtsdestoweniger zunächst versucht, Heides Freund wegen der Verletzungen zu beschuldigen. Inzwischen ist jedoch die Aussage eines Polizisten bekannt geworden, die bestätigt, daß bei Heides Abführung aus ihrer Wohnung keine Verbrennungen festgestellt worden seien („liberation", 30.3.). Bei der Schwere ihrer Verletzungen und angesichts der Tatsache, daß die Polizisten Heide beim Anziehen ihrer Kleidung (sie war fast nackt) mit bekannter Bullenbrutalität „geholfen" haben, ist dies ein eindeutiger Beweis dafür, daß ihr die Verletzungen tatsächlich nur während der „Fahrt" zwischen Polizeirevier und dem Krankenhaus Claude Bernard beigebracht worden sein können. Die Polizei hat inzwischen eine Erklärung herausgegeben, in der sie die zunächst gegen Heides Freund erhobenen Beschuldigungen auch nicht nennt, sondern sich pauschal gegen *„unzulässige Verdächtigungen"* und *„diffamierende Unterstellungen"* zu verteidigen versucht und einen anderen Zeitablauf angibt (Le Quotidien de Paris, 31.3.).

Heides Anwälte haben inzwischen Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. In Frankreich ist dieser Fall bislang hauptsächlich von der linken Presse aufgegriffen und bekanntgemacht worden. Die bürgerliche Presse hat demgegenüber bislang erst wenig darüber berichtet, obwohl es nicht das erste Mal Mißhandlungen durch die französische Polizei bekannt werden. Insbesondere ausländische Arbeiter und Frauen sind schon häufiger Opfer derartiger Polizeiverbrechen geworden.

Frauen aus verschiedenen Frauengruppen und politischen Organisationen in Paris haben sich inzwischen zusammengesetzt und ein Soldaritätskomitee gegründet. Mit einem Aufruf an verschiedene Persönlichkeiten und die Öffentlichkeit soll eine vollständige Aufklärung über den Hergang von Heides Verletzungen gefordert werden. Für den 6.April ist eine Protestdemonstration in Paris geplant. Verbindung wurde u.a. auch zu amnesty international aufgenommen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Mißhandlung von Heide durch französische Polizei ihren Hintergrund auch in der massiven Hetze findet, die in letzter Zeit von der reaktionären Presse und namentlich im französischen Polizeiapparat gegen „deutsche Terroristinnen" entfacht wurde. Die französische Polizei selbst hat Heide als eine *„betrunkene linksradikale Deutsche"* beschimpft. Am 23.3., zwei Tage nach Heides Mißhandlung, wurde ihre Wohnung gewaltsam von der Polizei aufgebrochen und u.a. ihr Paß und ihr Adreßbuch beschlagnahmt. Am 24.3. wurden schließlich zwei deutsche Freundinnen von Heide, die ebenfalls in Paris leben, vorübergehend festgenommen. Offensichtlich versucht die Polizei irgendwelche politischen Beschuldigungen gegen Heide aufzubauen, um von ihrer Mißhandlung abzulenken.

In diese Richtung zielt übrigens auch ein Artikel in Springers „Bild" am 29.3. Nachdem dort zunächst der Eindruck erweckt wurde, als seien Heides Verletzungen, die auch nicht näher benannt werden, quasi in einer Art Handgemenge mit der Polizei geschehen, wird erklärt, daß die Polizei ihre Wohnung *„vermutlich"* gestürmt habe, *„weil sie Kontakt zu linksradikalen Kreisen hatte"*. Der Artikel endet schließlich mit dem Satz: *„Heide Kempe-Böttcher war in Hamburg im Sozialistischen Studentenbund (SSB), entwarf Flugblätter für Demonstrationen und war auch in Soltau bei der Kundgebung gegen SS-Kapler dabei"*. Daß die Quelle derartiger „Informationen" nur der westdeutsche Verfassungsschutz sein kann, zu dem die Springer-Presse bekanntlich die besten Drähte hat, liegt auf der Hand. Die Frage ist allerdings ob damit mehr beabsichtigt wird, als das Verbrechen der französischen Polizei herunterzuspielen.

Heides Schwestern und ihre Eltern haben inzwischen in einem Brief an das Auswärtige Amt in Bonn und an die westdeutsche Botschaft in Paris und an das französische Generalkonsulat in Hamburg dagegen protestiert, daß sie von keiner amtlichen Stelle über Heides Verletzungen informiert wurden. Das französische Generalkonsulat in Hamburg hatte Heides Schwester sogar, als sie sich dort erkundigen wollte, mit der frechen Antwort abgewiesen, daß es „dafür" nicht zuständig sei.

Die Forderung nach vollständiger Aufklärung über den Hergang von Heides Verletzungen sollte breit mit Protestschreiben an die zuständigen westdeutschen und französischen Stellen unterstützt werden.

Frankreich-Kommission



Persönliche Erklärung von Heide

Persönliche Erklärung von Heide

Ich, Heide Kemper-Böttcher, 26 Jahre, deutscher Nationalität, zur Zeit Wohnhaft in Frankreich, erkläre:

„Am Dienstag den 21. März war ich abgespannt und traurig und entschloß mich daher, nicht zur Arbeit zu gehen, sondern in meiner Wohnung, 30 Quai de la Loire, zu bleiben.

Am Mittag habe ich angefangen, eine Flasche Likör zu trinken, die ich bis zum Nachmittag geleert hatte. Gegen 16 Uhr, nachdem ich vergebens versucht habe, einen deutschen Freund telefonisch zu erreichen, habe ich mit Jaques Soncin angesichts meines Zustands telefoniert, um ihn zu bitten, zu mir zu kommen.

Als Jaques an der Tür meines Appartements ankam, gelang es mir nicht, ihm zu öffnen; ich habe ihn über den Balkon kommen sehen. Er hat versucht mich zu beruhigen und zog mir eine Bluse an, da ich quasi nackt war und fror. Jaques sprach mit mir, plötzlich brachen zahlreiche Polizisten ins Appartement ein.

Ich protestierte, ebenso Jaques. Ich erinnere mich, brutal und schnell angezogen und in einen Polizeibus gebracht worden zu sein.

Im Bus hatte ich den Eindruck, daß die Polizisten etwas von mir wollten, und ich hatte Angst. Ab diesem Moment habe ich jede Erinnerung verloren. Ich erinnere mich lediglich daran, daß ich mich einen Moment lang in einem Wagen befand, vorne neben einem Chauffeur asiatischen Typs der mir erklärte, mich zu einem Gynäkologen (Frauenarzt) zu fahren.

Ich hatte den Eindruck, daß zwei Personen hinten im Fahrzeug Platz genommen hatten und daß sie unterwegs ausgestiegen sind.

Ich erinnere mich weiter, daß ich mich alleine in dem Wartesaal eines Krankenhauses, ausgestattet mit alten Möbeln, befand.

Ich fand mich dann in einem Zimmer wieder, wo ich die ersten Schmerzen zu spüren begann. Ich habe mich auf ein Bett gelegt, ein Mann und eine Frau haben mich untersucht und ich wurde mir über die Art meiner Verletzungen bewußt.

Einige Zeit danach, als ich mich auf dem Flur befand, traf ich meinen Freund in Begleitung meiner Mitbewohnerin.

Ich bekräftige, daß ich zu dem Zeitpunkt, als die Polizisten mich abholten, noch keine Verletzungen hatte.

Meine Verletzungen sind folgende:

- *Drei Verbrennungen im Bereich des Unterleibes.*
- *Eine Verbrennung auf der Innenseite des linken Armes.*
- *Mehrere Verletzungen auf der Innenseite der beiden Schenkel, des Dammes und der beiden Hinterbacken.*
- *Zwei Verbrennungen zwischen den Fingern der rechten Hand.*

Diese Verbrennungen sind dritten und zweiten Grades.

Bestimmte Verbrennungen weisen Merkmale von Zigarettenbrandwunden auf, insbesondere die beiden des Unterleibes. Andere weisen Merkmale von Verbrennungen auf, die von einem ätzenden Mittel herrühren.

Ferner habe ich Spuren von Stichwunden im Gesicht sowie auf der rechten Brust.

Schließlich habe ich zwei Blutergüsse hinter jedem Arm. Der Träger meines Büstenhalters was zerrissen.

Seit meinem Krankenhausaufenthalt haben Polizisten versucht, mich gegen meinen Willen zu verhören sowie mir Fingerabdrücke abzunehmen. Außerdem wurde mein Appartement von Polizisten „durchsucht". Sie durchbrachen die Tür und nahmen mein Adressbuch, meinen Paß und ...einen Wecker (!) mit.

Ich bat meine Anwälte Michel Laval und Sylvie Topalof, Rechtsanwälte des Pariser Büros, Klage gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Körperverletzung, illegaler Festnahme, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und Diebstahl zu erheben."

Erklärung des Arztes Dr. Wassermann

Ich, Doktor Daniel WASSERMANN, Assistent des Hôpitaux, bescheinige, das Fräulein Heide KEMPE-BÖTTCHER am 22. März 1978 in die Abteilung für schwere Verbrennungen des Krankenhauses Cochin eingeliefert wurde. Zu Beginn der Untersuchung wies sie Verbrennungen auf 3% der Körperoberfläche im Bereich des Unterleibes auf, auf der Innenseite des linken Armes der Innenseite der beiden Schenkel, des Dammes und der beiden Hinterbakken; diese Verbrennungen waren dritten Grades und zweiten Grades.

Bescheinigung erstellt auf Bitte der Beteiligten, um dies rechtsgültig zu machen.

Paris, 24. März 1978
Unterzeichnet
Dr. WASSERMANN
Assistent des Hôpitaux



Bunte Liste in Aktion

Am 1. April stellte die BUNTE LISTE / WEHRT EUCH sich in einer ersten größeren Aktion der Hamburger Bevölkerung vor. Schon am Vormittag begannen die Basisinitiativen in mehreren Stadtteilen Hamburgs mit Info-Ständen, selbstgemalten Wandzeitungen, kleinen Happenings, Musik und Sketchen auf die Kandidatur der BUNTEN LISTE aufmerksam zu machen.

Gegen Mittag trafen sich die Initiativen gemeinsam in der Innenstadt, wobei aus den nähergelegenen Stadtteilen wie St. Georg und Eimsbüttel in geschlossenen Demonstrationen losgezogen wurde.

„Heute gehört die Innenstadt uns" – mit diesem Satz wurde das Spektakel auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz eröffnet. Die Initiativen hatten sich viel Mühe gegeben, den Bürgern in der Innenstadt ein wirklich buntes Bild ihrer Liste zu bieten: Luftballons mit Schmetterlingsaufdruck (dem Symbol der bunten Liste) stiegen in den Himmel; vom Lautsprecherwagen erklangen abwechselnd Spottlieder, Rockmusik und kurze Reden der Kandidaten; einige hatten sich als Parteienvertreter verkleidet, andere als Kapitalisten, die mit einem Schmetterlingsnetz auf Terroristenjagd gingen; wieder andere hatten Atomkraftwerke gebastelt oder gingen als Atomleichen; die Kandidaten der Bunten Liste übten symbolisch ein Sackhüpfen auf's Rathaus (was sie natürlich gegen die verkleideten Parteienvertreter und Unternehmer gewannen) usw. Insgesamt ein schöner Auftakt!

Wenn mit der gleichen Phantasie weitergearbeitet wird und die Anstrengungen in der Mobilisierungsarbeit und in der Massenagitation noch verstärk: werden, dann müßte der Wahlkampf der Bunten Liste eigentlich ein Erfolg werden.

Unterstützt die Bunte Liste/Wehrt Euch!

Inzwischen liegen die auf dem Kongreß am 18.3. verabschiedete Plattform der Bunten Liste vor (0,50 DM) sowie auch die Einzelplattformen der Frauenaktionseinheit, der Mieterinitiativen, der Jugendaktionseinheit, der Homosexuellen und der Bürgerinitiative Umwelschutz Unterelbe (je 0,30 DM). Die Plattformen der anderen Bereiche werden demnächst auch erhältlich sein. Herausgegeben wurde außerdem eine erste Wahlkampfzeitung unter dem Titel „Jetzt wird's bunt!" (0,10 DM). Dieses und weiteres Informationsmaterial, Aufkleber usw. kann über das Wahlbüro bezogen werden:

Bunte Liste / Wehrt Euch
c/o R. Trampert
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 19

Das Büro ist auch telefonisch zu erreichen: 040/ 43 21 71; Öffnungszeiten sind werktags von 10 - 22 Uhr, samstags von 9.30 Uhr bis 19 Uhr.

• • •

Wer regelmäßig von der Bunten Liste informiert werden will, der macht am besten folgendes: Er bestellt ein Informations- und Solidaritätsabonnement und zahlt 20 DM auf folgendes Konto ein:

Dresdner Bank, Hamburg
(Bankleitzahl 20080000)
Kto.-Nr. 4812761/01
Dieter Siewertsen

Unterstützt den Wahlkampf der Bunten Liste durch Spenden!

Leserbrief: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es" (Kästner)

BUNTE LISTE/WEHRT EUCH
Initiativen für Demokratie und Umweltschutz

Das „Spektakel" der Bunten Liste am 1. April war wirklich eine gelungene Aktion – bunt, fröhlich und einfallsreich.

Der Umzug hat sicher viel mehr Aufmerksamkeit erregt, als jede „normale" Demonstration. Ich meine aber, daß er politisch viel zu wenig genutzt wurde. Das zeigte sich schon daran, daß nur 2000 Leute an dem Umzug beteiligt waren. In der Vorbereitung war zwar viel Liebe und viel Zeit in allerlei bunte Basteleien gesteckt, darüber aber die Mobilisierung „vergessen" worden.

Während des Umzugs waren von den insgesamt 2000 Beteiligten allerhöchstens 200 (und die auch nicht durchgehend) dadurch aktiv, daß sie mit den Leuten diskutierten, Wahlzeitungen und Plattformen verkauften und Unterschriften sammelten. Dabei war es gerade in dieser Situation denkbar einfach, mit den Umstehenden ins Gespräch zu kommen und unser Informationsmaterial zu verkaufen. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, daß ungefähr jeder Zweite, den ich angesprochen habe, mir eine Wahlzeitung abgekauft hat – das waren immerhin 100 an diesem Tag.

Und was das Unterschriftensammeln betrifft, so habe ich an diesem Tag ohne Mühe eine Liste mit 30 Unterschriften voll bekommen.

Ich meine, das sind Ergebnisse, die praktisch jeder der 2000 Beteiligten hätte erreichen können. Auch andere Erfahrungen sprechen dafür: So wurden die 30.000 Wahlzeitungen innerhalb einer Woche restlos verkauft. Jeder, der damit losgegangen ist, berichtet, daß er 30 - 50 Zeitungen pro Stunde verkauft hat.

Am 1. April haben wir viel verschenkt dadurch, daß nur so ein geringer Prozentsatz eine tatsächliche Massenagitation betrieben hat. Wir hatten uns z.B. auch das Ziel gesetzt, an diesem Tag mehrere tausend Unterschriften zu sammeln und trotz mehrfacher Durchsage vor und während der Aktion wurden am Ende nur knapp 1000 Unterschriften abgegeben – was ich für ein wirklich beschämendes Ergebnis halte. Ganz zu schweigen von den vielen Interessierten, die neugierig am Straßenrand standen, die gar nicht so recht mitbekamen, um was es ging und mit denen auch niemand diskutiert hat.

Meines Erachtens muß unter den Genossen und auch in den Initiativen diese Aktion im Hinblick auf die nächsten Wochen des „Wahlkampfs" sehr genau ausgewertet werden.

Einfallsreichtum und Originalität müssen natürlich erhalten und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus muß aber ein Bewußtsein bei a l l e n Beteiligten (und das waren am Sonnabend 2000) geschaffen werden, ständig und selbstverantwortlich die Diskussion mit anderen Menschen zu suchen, unser Informationsmaterial anzubieten, Unterschriften zu sammeln usw. Für selbstverständlich halte ich es übrigens, daß jede Genossin und jeder Genosse in Hamburg ständig eine Unterschriftenliste und Material dabei hat und bei den Arbeitskollegen, bei Mitbewohnern im Haus, im Verwandten- und Bekanntenkreis, in Kneipen, bei Musikveranstaltungen, im Kino (bei Filmen wie „Deutschland im Herbst" oder „Julia") usw. aktiv wird!!

. Evi









Einige Kandidaten der BUNTEN LISTE beim symbolischen Sackhüpfen aufs Rathaus; v.l.n.r.: Arno Rieck, Günther Wöckner (schummelt!), Ilona Kiene, Sabine Stamer, Christel Hellmann und Wolfgang Krömer



Massive Wahlbehinderung der „Bunten Liste"

Diskriminierung des Gefangenen-Kandidaten Karl-Heinz Galander

Karl Heinz Galander
z. Zt. Am Hasenberge 26
2000 Hamburg 63

Fuhlsbüttel
Anstalt II, den 31.3.1978

Verteiler

Aktive Wahlbehinderung zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 durch Polizeiinspektor R e t t i n g e r im „Humanen" Strafvollzug Hamburg-Fuhlsbüttel, Anstalt II

Am 18. März d. J. wurde ich von der Gefangenenselbstinitiative e.V., 2000 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 225, als Kandidat zur Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 vorgeschlagen für die – Bunte Liste „Wehrt Euch" – Initiativen für Demokratie und Umweltschutz – aufgestellt und habe diese Kandidatur angenommen, da mir k e i n Gericht das aktive oder passive Wahlrecht abgesprochen hat.

Diese Kandidatur gab ich am 22.3.1978 dem Strafvollzugsamt, der Anstaltsleitung, dem Abteilungsleiter usw. bekannt, ohne daß eine Reaktion erfolgt wäre.

Am 30.3.78 gegen 14 Uhr erhielt ich Post von der GSI e.V. Darinnen war unter anderem folgender Satz enthalten:

> *„Die Post von der GSI mit Flugblättern und den ersten Info-Zeitungen plus Unterschriftenlisten hast Du vorgestern hoffentlich erhalten."*

- *Diese Sendung habe ich nicht erhalten.*
- *Ich wurde von der Anstalt auch nicht benachrichtigt, daß diese Sendung eingegangen ist.*
- *Des weiteren fehlt mir die Zeitung „Große Freiheit"*

Am gleichen Tage gegen 15.30 Uhr sprach ich den Polizei- und Sicherheitsinspektor, Herrn Rettinger, an: da er ja für die Sicherheit zuständig sei, möge er dafür Sorge tragen, daß die oben beschriebenen Sendungen sicher in meine Hände gelangen.

Herr Rettinger sagte mir, daß 2 Bücher aus dieser Sendung

(1. Khaled, Leila: Mein Volk soll leben
2. Müller, C.F.: Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen
beide Bücher wurden mir vom Abteilungsleiter genehmigt!)

zu meiner Habe genommen worden seien – für Herrn Rettinger selbstverständlich ohne mich darüber zu informieren.

Die Unterschriftenlisten habe er an das Strafvollzugsamt geschickt, da dort

Die Unterschriftenlisten habe er an das Strafvollzugsamt geschickt, da dort geprüft werden müsse, ob ich überhaupt kandidieren dürfe – ebenfalls ohne mich über diesen Schritt zu informieren.

Zynisch erklärte er mir, ich hätte ja während meiner Haft Zeit genug, die Gerichte anzurufen – wohlwissend, daß die Wahl und die Vorbereitungen dazu an Fristen gebunden sind!

Meine Beschwerden:

- *Ich wurde weder von der Ankunft meiner Postsendungen noch von dem Öffnen derselben bzw. Wegnahme der Sendungen informiert.*
- *Diese „Information" geschah erst ins Nachhinein durch Herrn Rettinger als ich ihn auf Verdacht hin ansprach.*
- *Es wurde mir weder eine Anhalte- noch Beschlagnahmebescheinigung ausgehändigt.*
- *Es wurde mir eine Rechtsmittelbelehrung durch Herrn Rettinger verweigert.*
- *Mein Protest blieb erfolglos.*
- *Die Bitte um eine telefonische Verbindung zu meinem Anwalt wurde mir durch Türzuschlagen verweigert.*

Diese Methoden sind mir aus totalitären Staatssystemen sehr wohl bekannt!

Ich fordere deshalb alle Demokratischen Kräfte auf,

> *kraft ihrer Position oder ihres Amtes daraufhin zu wirken, daß diese Willkürmaßnahmen der aktiven Wahlbehinderung, die eine ganze Reihe von Gesetzen und das Grundgesetz mehrfach eklatant verletzen,*
>
> *verurteilt werden, rückgängig gemacht werden und in Zukunft zu unterbleiben haben.*

Ich fordere alle Demokratischen Kräfte auf, sich dafür einzusetzen, daß auch im Knast die volle Informationsfreiheit durchgesetzt wird, damit ein fairer – nicht einseitiger – Wahlkampf gewährleistet ist.

Karl Heinz Galander

Kandidat der
– Bunte Liste „Wehrt Euch" –
Initiativen für Demokratie
und Umweltschutz

Nochmals: GIM und »Bunte Liste« Hamburg

Zu dem Artikel „GIM zur Hamburger Bürgerschaftswahl" (AK 125,S.9) sind vielleicht noch einige Ergänzungen zu machen, da nicht vorausgesetzt werden kann, daß alle AK-Leser auch regelmäßig die GIM-Zeitung „was tun" (WT) lesen. Den meisten dürfte somit das massierte Sperrfeuer entgangen sein, das die GIM aus ihren freilich kümmerlichen Geschützen seit Monaten auf das Hamburger Wahlbündnis „Bunte Liste/Wehrt Euch" niedergehen läßt. Hier eine Auflistung:

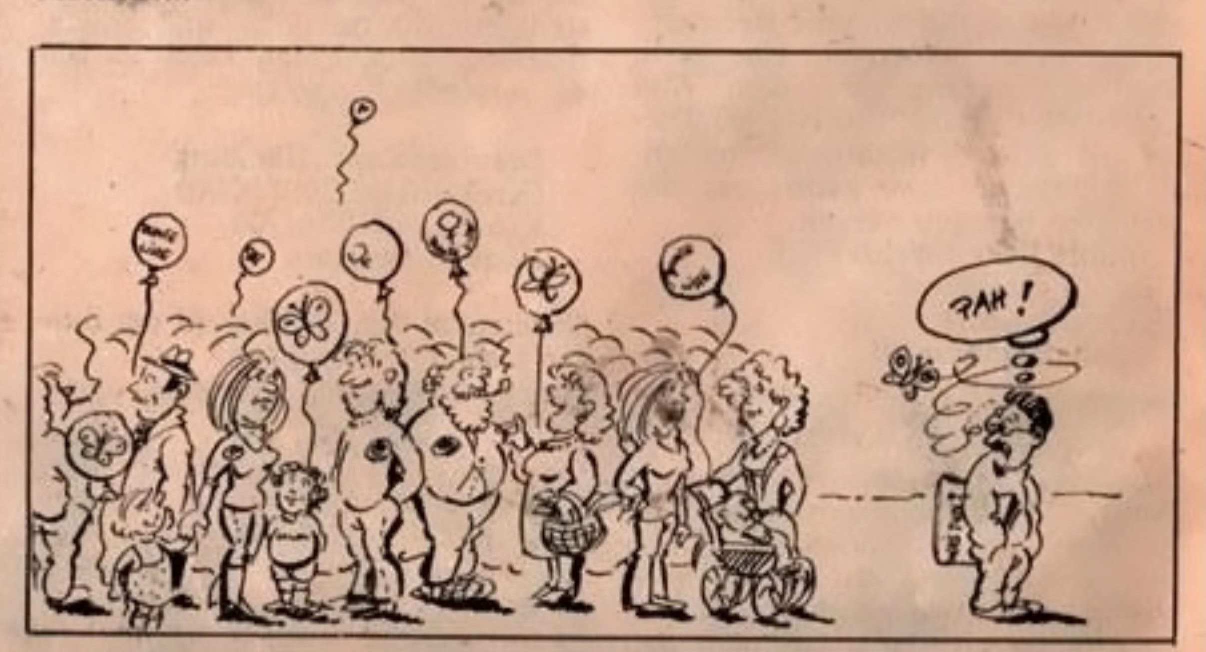
- WT vom 1.12.77 : 2 Seiten
- WT vom 15.12.77: 2 Seiten
- WT vom 26.1.78: 1 Seite
- WT vom 2.2.78: 4 Seiten
- WT vom 23.2.78: 1 Seite
- WT vom 16.3.78: 2 Seiten.

Hierbei hatte der Artikel in der WT vom 15.12.77 in erster Linie die Funktion, das GIM-Projekt einer „Sozialistischen Alternative" ausführlicher vorzustellen. Bei allen anderen Artikeln stand, mit zunehmender Verbitterung der isolierten Trotzkisten, nur die Polemik gegen die „Bunte Liste/Wehrt Euch" auf dem Programm. Es fällt auf, daß die GIM in der ganzen Zeit buchstäblich k e i n Wort zur DKP verlor, die ja in Hamburg auch kandidiert – so wütend und blind hatte man sich offensichtlich auf das Wahlbündnis eingeschossen. Dies hinderte die GIM freilich nicht, sich nach typisch trotzkistischer Manier in allerletzter Minute ausgerechnet an die vaterländische „KPD" anzuhängen und deren Kritik zu unterstützen, ein linkes Wahlprogramm müsse *„ebenso Stellung beziehen zum Problem der Existenz der DDR wie zur Politik der DKP"* (WT, 16.3.78). Anscheinend ist der GIM wirklich j e d e r Knüppel recht, um damit auf das Wahlbündnis einzudreschen. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die GIM am 8.2.78 einen „Offenen Brief" zusammen mit den Anarchisten der FAU an die Unterstützer des Wahlbündnisses verfaßte – mit dem einzigen Zweck, das Bündnis vielleicht doch noch spalten zu können. Irgendeinen p o s i t i v e n Zweck konnte diese „Aktionseinheit" der GIM mit den Anarchisten gar nicht haben, da diese eine Wahlbeteiligung überhaupt ablehnen!

Bezeichnend ist auch, daß die GIM ihre sogenannte „Sozialistische Alternative" erst in die Debatte brachte, als die Diskussion um das Wahlbündnis „Bunte Liste/Wehrt Euch" schon auf breitere Zustimmung gestoßen war. Diese Diskussion hatte im September/Oktober 1977 begonnen.

Noch zu den Bundestagswahlen 1976 hatte die GIM den Vorschlag des KB zur Bildung eines linken Wahlbündisses in der Art der „Sozialistischen Alternative" abgelehnt und auf ihrer eigenständigen „Programm-Kandidatur" beharrt. Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen nun griff die GIM unbekümmert auf unseren damaligen Vorschlag zurück –wahrscheinlich nach der Devise: Ganz egal, Hauptsache wir finden etwas, um die 'Bunte Liste/Wehrt Euch' kaputt zu machen!...

Wenn man den Motiven dieser trotzkistischen Politik nachgeht, so stößt man unweigerlich auf folgenden Zusammenhang: Mit dem Wahlbündnis „Bunte Liste/Wehrt Euch" besteht in Hamburg e r s t m a l s die reale Chance, daß eine linke Liste in das Parlament einzieht. Diese Aussicht schmeckt einigen Leuten nicht, denen es zweifellos lieber wäre, wenn die Linke mit irgendeiner mehr sektiererischen Kandidatur bei ihren bisherigen niedrigen Prozentsätzen bleiben würde. Den Kräften, die dies anstrebten, hat die GIM gedient, die auch ganz offen ihre kindische These vertritt, es komme gar nicht so sehr darauf an, möglichst viele Stimmen für eine linke Alternative zu bekommen (WT vom 16.3.78): *„Letztlich kommt es in erster Linie nicht darauf an, wer und wieviele heute bereit sind, links von der SPD zu wählen, sondern wer und wieviele die Forderungen und Vorschläge auch im Kampf und in der Aktion vertritt".* Frage: Von wem gehen denn wohl eher Aktionen aus: Von den im Hamburger Wahlbündnis zusammengeschlossenen Initiativen und Organisationen – oder von der GIM?! ...



GEW-Hamburg zur Bürgerschaftswahl:
Stolpersteine für die SPD

Seit Jahren ist es üblich, daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften zu Parlamentswahlen sog. ‚Prüfsteine' herausbringen, in denen sie ihre Forderungen zusammengefaßt der Öffentlichkeit präsentieren. Faktisch liefen diese Prüfsteine in der Vergangenheit immer auf eine Wahlunterstützung der SPD hinaus, was partielle Kritik an der SPD-Politik nicht ausschloß.

Anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahlen haben nun auch die führenden Kräfte der Hamburger GEW (Lemke u.a.) Prüfsteine vorgelegt, die inzwischen vom Landesvorstand verabschiedet wurden und als Broschüre veröffentlicht werden sollen.

Obwohl diese Prüfsteine nur die bekannten Positionen der Hamburger GEW beinhalten, ist doch bemerkenswert, daß sie in a l l e n wesentlichen Punkten im Widerspruch zu den Wahlaussagen der SPD stehen. Dies im wesentlichen deshalb, weil die Sozialdemokraten in ihrem aktuellen Wahlprogramm eine weitgehende Abkehr von ehemalige Reformv e r s p r e c h e n vollzogen haben.

So fordern die Prüfsteine die Einrichtung der Gesamtschule als Regelschule – eine Forderung, die sich auch im Wahlprogramm der Hamburger SPD von 1974 fand. Heute propagiert die SPD jedoch nur noch die Gesamtschule als „Angebotsschule", eindeutig ein Zugeständnis an die CDU, die eine „Zerstörung des Gymnasiums" wittert. 1974 hatte die SPD noch versprochen, bis 1978 die Schülerfrequenzen in den Klassen 1 bis 4 auf 25 Schüler herunterzuschrauben – freilich ohne dieses Versprechen auch tatsächlich einzulösen. Jetzt heißt es, diese Klassenfrequenz solle bis 1982 (!) erreicht werden – allerdings nur an Grund- und Hauptschulen, während die GEW-Prüfsteine die alte Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen in a l l e n Schulformen und Schulstufen auf 25 Schüler pro Klasse bekräftigen. Ähnlich schlecht sieht die SPD auch gegenüber der GEW-Forderung nach ausreichenden Vertretungsreserven zur Behebung des Unterrichtsausfalls aus: Während die GEW-Kollegen feststellen, daß noch nicht einmal die Hälfte des ausfallenden Unterrichts durch Vertreterstellen abgedeckt wird, behauptete die SPD in ihrem Wahlprogramm frech: *„Der Unterrichtsausfall, der nie ganz vermieden werden kann, ist gering".*

Auch die Forderung nach Vorschulklassen für alle Fünfjährigen, die sich sowohl in den Prüfsteinen als auch im SPD-Programm 1974 findet (auch diese Reform sollte 1978 verwirklicht sein), wird jetzt von der SPD fallengelassen; Jetzt soll die Zahl der Vorschulklassen so erhöht werden, *„daß bis 1982 für alle Fünfjährigen, deren Eltern dies wünschen, ein qualitativ gutes Angebot gemacht wird".*

Bemerkenswert an den Prüfsteinen ist jedoch vor allem das Kapitel „Zur Ausübung demokratischer Rechte im öffentlichen Dienst", in dem es u.a. heißt:

„Seit dem sogenannten Senatserlaß zur Einstellung in den öffentlichen Dienst 1971 läßt sich eine wachsende Tendenz der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten im öffentlichen Dienst feststellen. Beamtenrechte werden zunehmend restriktiv ausgelegt, die Einstellungspraxis ist in vielen Fällen verfassungswidrig, demokratische und arbeitnehmerorientierte Unterrichtsinhalte werden zurückgedrängt (...) Die Anordnung der Behörde, die das Tragen der gegen Kernkraft gerichteten Plaketten untersagt, ist nur ein Beispiel für verschiedene Einschränkungen freier Meinungsäußerung im öffentlichen Dienst".

Dies nun sind Prüfsteine, die für die SPD am ehesten zu Stolpersteinen werden könnten... Auch wenn die Forderungen der Prüfsteine größtenteils keineswegs neu sind, so läßt sich doch unschwer feststellen, daß keine der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien diesen Prüfsteinen auch nur verbal standhalten wird. Diese Erkenntnis kommt auch in einer Entschließung der letzten Landesvertreterversammlung zur Gesamtschule zum Ausdruck, in der es heißt: *„Die GEW sieht sich heute in einer Situation, nahezu allein noch Reformansprüche an das Schulwesen zu vertreten. Von Seiten der Parteien, die früher Reformen versprachen, ist jetzt ein weitgehendes Zurückweichen ... festzustellen"*

wenn die Prüfsteine der GEW ernsthaft zum Beurteilungsmaßstab für alle zur Bürgerschaft kandidierenden Parteien und Gruppen gemacht werden, dann dürfte sich für viele Lehrer ebenso wie für Jugendliche eigentlich die Konsequenz daraus ergeben, die Bunte Liste – Wehrt Euch! und die sie tragenden Basisinitiativen zu unterstützen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



„Eimsbüttler Basisinitiativen stellen sich vor"

„Eimsbüttler Basisinitiativen laden ein und stellen sich vor" – unter dieser Überschrift mobilisierte ein unangemessen schläfriges Flugblatt zu einer Veranstaltung für den 30.3., die von 14 Eimsbüttler Basisinitiativen der „Bunten Liste" getragen wurde. Ursprünglich war eigentlich eine „Wahlfete" geplant gewesen – diese Konzeption wurde allerdings schon im Vorwege umgestoßen, als klar wurde, daß praktisch jede der beteiligten Initiativen (Mieterinitiativen, Jugend- und Frauengruppen, Anti-AKW-BIs, eine Lehrergruppe, die Wahlgruppe der Kinderinitiativen sowie die „Wehrt Euch"-Gruppe der Homosexuellen und die Antifaschistische Aktion Eimsbüttel) einen eigenen Beitrag halten wollte. Zu der Veranstaltung kamen 400 Leute, was auf den ersten Blick viel erscheint. Bedenkt man allerdings die Größe des Aufruferkreises zu dieser Veranstaltung, so blieb die Mobilisierung doch hinter den Möglichkeiten zurück.

Das Programm bestand zur Hälfte aus den Beiträgen der Initiativen und zur anderen Hälfte aus Musikbeiträgen (hier ist besonders die Jugendrockgruppe „Small Fighters" hervorzuheben) und Sketchen.

Kritikwürdig war vor allem die knapp einstündige Diskussion zu Ende der Veranstaltung. Aufgrund des uneinheitlichen Charakters der Veranstaltung – auch für die Diskussion hatte man sich nicht auf ein Thema festgelegt – konnte der KBW wortreiche Beiträge zu Zimbabwe (!) halten und die „KPD" ihre „Sozialfaschismus"-Thesen einbringen.

Daß gerade vom KBW versucht wird, j e d e Veranstaltung auszunutzen, um seinen Kram loszuwerden, der sonst keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt, ist bekannt. Schlimm ist, wenn solche Beiträge auf Veranstaltungen wie in Eimsbüttel überhaupt ein Forum finden.

Wen wundert es, daß gerade während des Diskussionsteils immer mehr Leute abbröckelten?

Wahlkongreß in Hannover:
Bündnisangebot der GLU in Niedersachsen?

Am 18./19.3. fand in Hannover die Fortsetzung des Wahlkongresses verschiedener niedersächsischer Basisinitiativen und Organisationen statt. Insgesamt 28 Inititativen und Organisationen waren erschienen.

Am 25.2. waren mit Zustimmung der anwesenden GLU-Mitglieder, die vom 'Kampf zweier Linien' in ihrer Wahlpartei gesprochen hatten, gemeinsame Aktivitäten gegen den geplanten Bau der WAA in Gorleben beschlossen worden. Außerdem war eine Resolution zur Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten verabschiedet worden. GLU-Vorsitzender Beddermann hatte sich schärfstens vom Kongreß in der Presse abgegrenzt (s. ARBEITERKAMPF 124). Das überraschende des 2. Teils des Kongresses war, daß Beddermann selbst – nach heftiger Kritik innerhalb der GLU – den Initiativen Bündnisangebote unterbreitete.

Welchen Weg geht die GLU?

Aus den Stellungnahmen des GLU-Vorsitzenden Beddermann vor dem Wahlkongreß war eindeutig hervorgegangen, daß sich die GLU als ein Wahlverein betrachtet, der „als Ersatz für außerparlamentarische Aktionen" dienen sollte. Außerdem hatte man sich scharf gegen linke AKW-Gegner abgegrenzt und ebenso sich nicht zu den Grohnde-Prozessen geäußert. Auf dem letzten Wahlkongreß war dann deutlich geworden, daß in der GLU selbst diese Abgrenzung von der BI-Bewegung erheblich umstritten ist. So sprach sich das GLU-Vorstandsmitglied Dombrowski für eine stärkere Einbeziehung des außerparlamentarischen Kampfes ein, vertreten durch BIs in der GLU. Auf dieser Linie stimmten sie den Resolutionen auf dem ersten Kongreß zu.

Diese Stellungnahmen riefen die Reaktion des Vorsitzenden Beddermann auf den Plan. So wußte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" u.a. zu berichten, *„Beddermann hätte seine Befürchtungen geäußert, die K-Gruppen ... würden in den nächsten Wochen versuchen, in die GLU einzudringen. Beddermann begründete seine Befürchtungen mit den Beschlüssen eines Kongresses von Kernkraftgegnern in Hannover."* Um nicht an die dort gefaßten Beschlüsse gebunden zu sein, äußerte er, daß die GLU nur als Beobachter an dem Kongreß teilgenommen hätte. Um so erstaunlicher war dann, daß Beddermann auf dem jetzt gelaufenen Kongreß erklärte: Eine Unterwanderung der „K-Gruppen" hätte die GLU nicht zu befürchten, da diese aus genereller Ablehnung zum Parlamentarismus eine Mitarbeit in der GLU ablehnen würden. Nach wie vor aber betrachtet er auch die „K-Gruppen" als Gesprächspartner. Im weiteren „bedauerte" er, daß so wenig BIs bisher in der GLU mitarbeiten würden. In diesem Zusammenhang forderte er auch die WGA auf, *„im Rahmen der GLU zu kandidieren"*. Diese könne, da sie eine Parteigründung vorgenommen habe, nicht auf ihren Namen verzichten. Außerdem erklärte er, die GLU würde zur Gorleben-Resolution stehen und auch bereit zur Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten sein. Über eine Kandidatur von Angeklagten auf der Liste der GLU würde die Mitgliederversammlung befinden. Diese Erklärung Beddermanns, die in eindeutigem Widerspruch zu bisher allen offiziellen Verlautbarungen der GLU steht, läßt auf schärfere Auseinandersetzungen innerhalb der GLU schließen. Von daher ist der jetzt geänderte Kurs Beddermanns auch vorerst nur als verbales Zugeständnis gegenüber den GLU-Linken zu verstehen. Damit hat sich schon ein Teil unserer Einschätzung im letzten AK bewahrheitet, als wir schrieben: *„Aufgrund einer fehlenden Alternative haben sich aber eine ganze Reihe von engagierten AKW-Gegnern der GLU angeschlossen, die nach wie vor eng mit der Basis verbunden sind. Gegenüber diesen Leuten wird Beddermann seinen „Führungsanspruch", seine Alleingänge und letztlich seine Abgrenzung und Abkehr von der Anti-AKW-Bewegung nicht durchsetzen können".*

Auf der letzten Vorstandssitzung, auf der der neue Kurs der Angebote der GLU festgelegt wurde, wurde gleichzeitig wiederum eine Distanzierung von den „K-Gruppen" vorgenommen mit der „Begründung", die GLU würde sich ja genauso von Kräften wie der „NPD, AVP distanzieren". Nichtsdestotrotz sollte von den niedersächsischen BIs das Angebot wahrgenommen werden, um eine weitere Öffnung der GLU zu ermöglichen bzw. durchzusetzen. Die Hannoveraner GLU-Vertreter äußerten ihr direktes Interesses an einer Beteiligung von Hannoveraner Initiativen an der GLU, was mehr in die Richtung einer 'Bunten Liste' gehen würde.

Was will die SAG?

Schon auf dem ersten Kongreß wollte die SAG ihre Wahlvorstellungen in Abgrenzung gegenüber der GLU durchsetzen. Zwischendurch hat die SAG zusammen mit einigen Initiativen, in denen sie mitarbeitet, Wahlkomitees aus der Taufe gehoben, die die Plattform und die Kandidatur vorbereiten sollen. Zwar wurde der GLU angeboten, in diesen Komitees (von fünf ganzen Initiativen getragen) „mitzuarbeiten", gleichzeitig aber erklärt, daß *„d i e GLU, so wie sie sich in den letzten Wochen präsentiert, ... dafür wenig Gewähr"* biete. Noch klarer wurde H.v. Bernsdorf (WGA-Kandidatin), die auf dem Kongreß gleich erklärte, daß die GLU *„keinerlei Gewähr"* biete, *„daß sie Wahlen und Parlamente zum Hebel machen wird, um der Selbständigkeit der Betroffenen zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Im Gegenteil, man muß befürchten, daß die GLU eine tiefe Spaltung in unsere Bewegung hineintragen wird und sich als respektable Alternative zu unserem Kampf aufspielen wird. Wegen dieser Befürchtung haben wir dazu aufgerufen, daß sich all diejenigen in Wahlkomitees zusammenschließen, die sich für eine Kandidatur auf den vorhin genannten urdemokratischen Prinzipien einsetzen und für eine solche Kandidatur aktiv arbeiten wollen".*

In der Tat besteht zwar die Gefahr, daß durch die GLU erneut eine Spaltung in die BI-Bewegung hineingetragen werden könnte, allerdings kann man dann nicht gleichzeitig jegliches Bündnis mit der GLU angreifen und Gegenkomitees gründen, die selbst durchs Vergrößerungsglas betrachtet kaum als ein Gegenwahlbündnis erkennbar sein dürften. Das dürfte eher

kennbar sein dürften. Das dürfte eher

umgekehrt Beddermann neue Vorwände bieten, um eine Bündnis mit der WGA und somit auch mit anderen Kräften als nicht möglich zu erklären.

Trotzdem wurde auf dem 2. Kongreß eine Resolution verabschiedet, die die Diskussion zusammenfaßt und festhält, daß ein gemeinsamer Wahlkampf noch offen ist. Die GLU wird gebeten, ihre Mitgliederversammlung und auch Kandidatenfestlegung zu verschieben, damit ein gemeinsames Vorgehen mit Basisinitiativen ermöglicht wird. Den BIs wurde vorgeschlagen, sich unabhängig von ihrer Haltung zur Kandidatur in *„geeigneten politischen Formen zu organisieren, um die Wahl"* (einschließlich praktischer Aktivitäten) zu diskutieren. In diesem Sinne wurden die Initiativen aufgefordert, Wahlkomitees zu gründen. Letzteres ist ein erhebliches Zugeständnis an die SAG, die ja ganz andere Vorstellungen von Wahlkomitees hat.

Schon auf dem Kongreß selber machte SAG-Halbauer dann einen erneuten Vorstoß. Er wollte eine Erklärung verabschieden lassen, in der die Konferenz erklären sollte, daß die GLU-Führung *„kein ernsthaftes Interesse an gemeinsamen organisierten Schritten für eine einheitliche Kandidatur in Niedersachsen hat."* Nun, die SAG hat damit zum x-ten Male bewiesen, daß dies für sie selbst zutrifft – und statt dessen lieber im Mini-Kreis Plattformdiskussionen anstrebt, die dann angeblich die Masse der Initiativen anlocken soll.

AKW-Nein-Kommission

Beschlüsse des Wahlkongresses:

Auf dem Wahlkongreß wurde als gemeinsame Aktivität folgendes von den beteiligten BIs beschlossen:

„Auf dem letzten Kongreß am 25./26.3. haben wir festgestellt, daß wir den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zum zentralen Thema im Landtagswahlkampf machen müssen. Wir, die Unterzeichnenden, werden deshalb:

– in allen Orten bis zum 1. Mai Aufklärungsveranstaltungen über die Gefahren der WAA und die Pläne der Landesregierung durchführen.

– zum 1. Mai eine gemeinsame Erklärung gegen den Bau der WAA verbreiten. Wir halten dies gerade deshalb für sinnvoll, weil die SPD ihre guten Verbindungen zur Gewerkschaftsspitze nutzen wird, um am 1. Mai Wahlkampf für sich zu betreiben. So spricht in Hannover Parteivorsitzender Brandt. Wir werden uns bemühen, diese Aktionen gemeinsam mit allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung und allen sonstigen AKW-Gegnern durchzuführen."

Gleichzeitig wurde eine Erklärung von Jens Scheer verabschiedet, anläßlich der Reaktortagung des deutschen Atomforums, das vom 4.-7.4. in Hannover tagt, angemessen zu reagieren. Zum gleichen Zeitpunkt soll auch eine Alternativveranstaltung durchgeführt werden.

Anmerkungen zum Demokratie-Verständnis der SAG!

Bekanntlich spielt in der WGA die SAG politisch die dominierende Rolle. Auf dem 2. Wahlkongreß wurden von der WGA gegenüber der GLU „urdemokratische Prinzipien" ins Feld geführt. SAG-Chef Haenisch schrieb als Mitglied über die WGA: *„Bei uns herrscht niemand. Vielmehr werden alle Fragen in offener und freimütiger Diskussion behandelt. Jeder kann in der WGA mitmachen, der ihrer Plattform zustimmt; es gibt keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der WGA"* (HAZ, 28.2.). Peinlicherweise erschien der Artikel einen Tag nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB, der u.a. mit der Stellungnahme des KB zum Zustandekommen der Hannoveraner Demo zum 25.2. begründet worden war – also nichts mit der WGA-Plattform zu tun

zum Zustandekommen der Hannoveraner Demo zum 25.2. begründet worden war – also nichts mit der WGA-Plattform zu tun

hatte. Ganz „offen und freimütig" war dieser Rausschmiß auf einem Kneipentreffen nach der WGA-Sitzung von nur einem Teil der Mitglieder durchgezogen worden. Der Putschismus der SAG geht indes weiter: Als auf dem Vorbereitungstreffen zum 2. Wahl-Kongreß 12:4:1 für eine Verschiebung des Wahlkongresses vom 11. auf den 18.3. plädierten, verschickte die SAG trotzdem Einladungen zum 11.3. Ihr Mitglied, das das Einladungsschreiben zum 18. mitverfaßt hatte, ließ es verschwinden.

Nachträglich erklärte der SAG-Freundeskreis auf seinem Treffen am 11.3., daß die Bildung des Wahlkomitees *„auch zu dem frühen Zeitpunkt die Diskussion in unserer Bewegung entscheidend vorangetrieben hätte"*. Genau wegen der Kritik an solchen putschistischen Manövern (seien es die zur Demo am 25.2. oder zum 2. Wahlkongreß) ist der KB rausgeschmissen worden.

AKW-Nein-Kommission

Kommunalwahlen in Bayern: Drei Sitze für „Grüne Listen"

Wie wir bereits berichtet hatten („Arbeiterkampf" Nr. 123) kandidierten bei den diesjährigen Kommunalwahlen in Bayern (zum 5.3.78) eine Reihe von „Grünen Listen".

Zwar erreichten diese nicht den Wahlerfolg wie in Schleswig-Holstein, aber immerhin in drei Stimmbezirken je einen Sitz (ohne 5%-Klausel).

In Erlangen erhielt die „Grüne Liste" mit 2% einen Sitz, in Gauting bei München und in Starnberg die AUD-„Grünen Listen" jeweils einen Sitz. In Nürnberg dagegen erhielt die Liste aus AUD-Mitgliedern unter dem „Grüne Liste"-Namen nur 0,3%. In Regensburg erhielt die Liste „Bürgerkomitee

dern unter dem „Grüne Liste"-Namen nur 0,3%. In Regensburg erhielt die Liste „Bürgerkomitee

Regensburg" zwar doppelt so viele Stimmen wie die DKP, aber keinen Sitz.

Erlangen. Die Liste aus verschiedenen Sponti-Gruppen, dem SB und AUD-Mitgliedern erhielt in einigen Stimmbezirken über 7%, erreichte aber im Durchschnitt eben nur 2%. In einer „Was lefft" (Stadtzeitung) wurde das Ergebnis entsprechend gefeiert: *„Mit Fahrrädern und Indianergeheul fuhren mehrere Anhänger der Grünen Liste ins Rathaus-Foyer ein... Besonders lautstark begrüßt wurde der CSU-Oberbürgermeister-Kandidat, Lohwasser. Ihm wurde feierlich ein Spaten überreicht, damit er nun sein Versprechen einlösen kann: „Ich baue den Kosbacher Damm sofort". Als Gegenleistung übergab „Pauli" – nicht ganz freiwillig – dem grünen Spitzenkandidat seine Krawatte. Lohwassers Parteikollege Zapfe,*

nicht ganz freiwillig – dem grünen Spitzenkandidat seine Krawatte. Lohwassers Parteikollege Zapfe,

bekannt durch seine traurige Rolle im Politladenprozeß, zog sich dagegen permanent den Unmut der „Grünen" zu."

KB / Gruppe Nürnberg



Lüneburg: GLU-Vorsitzender toleriert Neofaschisten!

Lüneburg: GLU-Vorsitzender toleriert Neofaschisten!

Nahezu seit ihrer Gründung arbeitet ein Faschist namens Hauke Tobaben in der Lüneburger GLU mit.

Tobaben rühmt sich, der „Deutschen Bürgerinitiative" von Manfred Roeder anzugehören und mit dieser eine Uelzener Theateraufführung (über eine Nazipersiflage) gewalttätig gesprengt zu haben. Zumindest Roeder wurde deshalb vor Gericht gestellt!

Er warb auf mehreren NPD-Kundgebungen für die Faschisten und verteilt auch vor seiner Schule (Johanneum Lüneburg) JN-Flugblätter.

All dies wurde mit Fotos belegt – dem Lüneburger GLU-Kreisvorsitzenden Dr. Schmidt vorgelegt. Die Reaktion war bemerkenswert: Generell sei es das gute Recht des Rechtsradikalen, am GLU-Plenum teilzunehmen, da dort auch schon mal ein Linker gewesen ist. Ansonsten seien die Linken intelligenter als solch „harmlose Spinner", dafür aber auch „gefährlicher" als Rechte. Ansonsten brauche sich die GLU mit „solch überalterten Positionen" nicht abzugeben.

Aktuell scheint es so auszusehen, daß Tobaben nicht in einer Arbeitsgruppe drinsteckt und auch kein Mitglied werden könnte (wegen Doppelmitgliedschaft in der „Deutschen BI"!). Die Möglichkeit, am GLU-Plenum teilzunehmen, wird ihm jedoch ausdrücklich zugestanden!

Dieser Zustand ist unhaltbar! Allein aufgrund der oben dargestellten Enthüllungen drohte er Mitschülern Rache von „seinen Leuten" an, denen er Namen weitergeben wolle.

Wieviel Namen von fortschrittlichen und antifaschistischen GLU-Sympathisanten soll sich Tobaben in Zukunft noch für „seine Leute" notieren können?? Dieser Kerl muß rausfliegen! Es darf keine Zusammenarbeit zwischen GLU und dem rechtsradikalem Lager geben!

KB Lüneburg

AVP-Göttig gründete neue Partei

Am 12.2. dieses Jahres gründeten in Kassel ehemalige Mitglieder der rechtsradikalen AVP unter Führung des Göttinger Ratsabgeordneten Dr. Horst Göttig eine neue Partei – die „Vierte Partei Deutschlands – VPD".

Inzwischen exisiert auch der erste Landesverband in Niedersachsen. Auf der Gründungssitzung übernahm Göttig den Landesvorsitz; zu seinen Stellvertretern wurden Richard Sperber (Hannover) und Gertrud Meyer (Hevensen) gewählt. Göttig meinte, erklärtes Ziel des Landesvorstandes sei eine gemeinsame Landesliste mit Kandidaten von VPD, „Freie Union" und der „Grünen Liste Umweltschutz". Göttig kündigte entsprechende Gespräche für die nächsten drei Wochen an.

Die Gründung dieser neuen Partei ist das Ergebnis einer schon lange andauernden Auseinandersetzung zwischen Göttigs Fraktion und den übrigen Landesverbänden der AVP. Als Göttig Anfang dieses Jahres erklärt hatte, die Probleme des Umweltschutzes zum zentralen Thema des Wahlkampfes in Niedersachsen zu machen, und als sich der LV Niedersachsen den Beinamen „Union für Umwelt- und Lebensschutz" gab, spaltete sich die AVP, wobei sich angeblich fünf Landesverbände hinter Göttig stellten.

Im weiteren Verlauf wurde der gesamte Landesvorstand der AVP Niedersachsen amtsenthoben, da er sich nicht in die Parteiordnung gefügt habe.

Göttig, der schon in einer ganzen Reihe von Parteien mitgemischt hat (ab 1953 Mitglied der FDP, gründete nach dem Austritt die Deutsche Volkspartei, war dann in der Gesamtdeutschen Partei und kam schließlich in den Vorstand der Liberal Sozialen Union) mußte bereits Ende '76 gegenüber dem Bundesvorstand der AVP bekennen, nach seinem Austritt aus der NPD einer rechtsradikalen Splittergruppe angehört zu haben!

Da die Frage wohl angebracht ist, was ein solcher Typ ausgerechnet in der Umweltschutzbewegung verloren hat, sollte die Entwicklung der VPD und ihre Aktivitäten zu den Landtagwahlen nicht unbeobachtet bleiben!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Göttingen

Die erste Sitzung des Tribunals

Die Jury des mit Spannung erwarteten 3. Internationalen Russell-Tribunals hielt in der Zeit vom 28.3. bis 4.4.78 ihre erste Sitzungsperiode ab. Unter den Augen einer breiten Öffentlichkeit, sowohl der nationalen als auch internationalen Presse und einer großen Anzahl von Besuchern, trat die Jury zusammen, um diesmal über die Berufsverbote und damit im Zusammenhang stehende Repressionsmaßnahmen, wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften, zu beraten.

28.3.: Erster Tag

Die Presse, in Sachen Russell-Tribunal ansonsten nicht gerade redselig, konnte jetzt doch nicht mehr daran vorbei, diesem Ereignis Aufmerksamkeit zu widmen. Der „Spiegel" stieg mit seiner e r s t e n Äußerung überhaupt ein, wobei er jedoch seinem Namen als Regierungspresse alle Ehre machte. In dem sechsseitigen Artikel fehlte weder der Vorwurf der *„Volksfrontpolitik"* noch die Behauptung, die BRD könne *„noch immer Vergleichen mit allen anderen demokratischen Staaten"* standhalten. Auch durften die altbekannten *„Zweifel"* an der Unabhängigkeit der Jury nicht fehlen, wobei Gollwitzer und Niemöller voll, ins Visier genommen wurden, denn *„lange ist es ihnen, wie ausländischen Linken und Linksradikalen, ein Bedürfnis, von der Tribüne herab über die Bundesrepublik zu rechten und zu richten"*. Die „Welt" kommt zum gleichen Ergebnis, um dann die Regierungsparteien ins Gebet zu nehmen, daß deren Jugendorganisationen und andere linke Teile immer noch zum Tribunal stünden, und gibt dann die Weisung aus: *„Was ist zu tun? Nun, die beiden Parteien und die Gewerkschaften könnten den Mut entwickeln, alle diese Klimaschaffer und Vorschubleister hinauszuwerfen und bei Funk und Fernsehen dafür Sorge zu tragen, daß die Rundfunkgesetze beachtet werden und mit der Werbung für diese Dinge Schluß gemacht wird. Dann könnten sie dem Treiben der Sektierer wirklich gelassen zuschauen"*.

Nach der für die Bundesregierung peinlichen Veröffentlichung des Geheimpapiers gab diese zentral die Parole aus: „Niedriger hängen" des Geheimpapiers gab diese zentral die Parole aus: *„Niedriger hängen"* und täuschte *„Gelassenheit"* vor, obwohl das Innenministerpapier eine reale Gefährdung des Tribunals belegt.

Schon in den Ostertagen waren zwei Hochschullehrer beim Kleben von Russell-Plakaten von der Polizei überrascht und festgenommen worden. Über vier Stunden wurden sie festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Unter diesen Vorzeichen begann die erste (nichtöffentliche) Sitzung des Tribunals.

Am Abend fand mit ca. 600 Teilnehmern eine Veranstaltung zur Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse mit H. Brandt, der GOG Bochum u.a. statt, von der aus nochmals die Bitte an die Jury herangetragen wurde, die UVB's zu behandeln. Ein offizieller Delegierter der französischen linkssozialistischen PSU unterstrich die Unterstützung seiner Organisation für diese Forderung.

29.3.: Es geht los

8 km vor den Toren Frankfurts, in Harheim, findet das Tribunal statt. Ein vorwiegend katholisches Dorf, 75 % CDU-Wähler; am Straßenrand erwarten die Besucher Aufrufe der CDU zu einer Gegenkundgebung am Sonnabend, die *„gegen diese Unverschämtheit demonstrieren"* will („FR", 29.3.). *„Für die lokale CDU ist das Tribunal ein Treff von Intellektuellen, die sich von der Realität entfernt haben"*. Demagogisch versucht sie, die „schweigende Mehrheit" zu mobilisieren, um dem Tribunal das *„andere Deutschland"* zu zeigen. Man hätte sich ein besseres Klima denken können; aber das Sekretariat hatte sich um keine Räumlichkeiten gekümmert, da ihnen dies aussichtslos erschien.

Der Großteil der Presse war noch auf dem Stand von gestern, nur die „Welt" legte noch ein Brikett nach. Ausführlich zitierte sie den für die Regierung arbeitenden Staatsrechtler, Prof. Martin Kriebel, nach dessen Ansicht das Tribunal drei Ziele verfolgt:

„– eine ‚Isolierung oder weitere Isolierung' der Bundesrepublik von den Nachbarstaaten in Westeuropa
– eine Erschwerung ihrer Bemühungen um die Menschenrechte in den Vereinten Nationen oder auch im Ost-West-Verhältnis und
– die Bundesrepublik wehrlos zu machen gegen eine kommunistische Machtergreifung." Gelassenheit der Regierung?!

Dann die einleitende Pressekonferenz der Jury. Bekanntgegeben werden mußte leider, daß insgesamt 11 Mitglieder nicht angetreten sind. Der schwerste Fall betrifft Otelo de Carvalho, von der hiesigen Presse nicht umsonst als „Linksaußen" hochstilisiert. Er hatte vom portugiesischen Generalstab keine Ausreisegenehmigung erhalten. Gut unterrichtete Kreise in Portugal wollen wissen, daß Willy Brandt seine Finger



Demonstrativ wurde beim ersten Zusammentreffen der Jury ein Platz für Otelo de Carvalho freigehalten, dem der portugiesische Generalstab die Ausreise zur Teilnahme am Tribunal verweigert hatte. Ferner verfaßte die Jury ein Protesttelegramm an Ministerpräsidenten Soares, in dem es heißt: *„Wir protestieren gegen diese Verletzung der Menschenrechte auf freie politische Betätigung und freie Reise, die gegen Major Otelo de Carvalho vorgenommen wurde. Wir sehen dies als eine Verletzung der Vereinbarungen über grundlegende Menschenrechte an, die auch von der portugiesischen Regierung unterzeichnet worden sind, und weiter als eine Verletzung der Verträge von Helsinki."* **Otelo selbst übermittelte dem Tribunal, dem er seine „größte Hochachtung" ausdrückte, telegraphisch sein Bedauern, nicht teilnehmen zu können. Er wünschte der ersten Sitzung, daß sie das Bewußtsein der Völker** über die „grausame politische Verfolgung, die sich im Innern der BRD ent- können. Er wünschte der ersten Sitzung, daß sie das Bewußtsein der Völker **über die** *„grausame politische Verfolgung, die sich im Innern der BRD entwickelt hat"*, **stärken möge. Gleichzeitig weist Otelo aber auf die Gefahren hin, die von der imperialistischen Außenpolitik der BRD drohen: Er erwähnt hier den Einsatz westdeutscher Polizeikräfte außerhalb der BRD, die Errichtung einer riesigen Raketenbasis in Zaire und die Atomgeschäfte der BRD.**

im Spiel hatte. Die Bundesregierung habe deutlich gemacht, daß sie eine Ausreisegenehmigung für Otelo als „unfreundlichen Akt" begreifen würde. Carvalho selber drückt in einem Brief sein großes *„Bedauern"* aus, *„nicht an den Sitzungen des Tribunals teilnehmen"* zu können. Prof. V. Dedijer protestiert als Sitzungspräsident im Namen der Jury bei Ministerpräsident Soares gegen diese *„Beschneidung der Menschenrechte"*, die auch *„von der portugiesischen Regierung unterzeichnet wurden"*. Demonstrativ wird in den nächsten Tagen ein Platz für O. de Carvalho freigehalten.

Pastor Niemöller, als Alterspräsident, eröffnet die erste öffentliche Jury-Sitzung. Mit einer Schilderung seines bewegten Lebens, vom U-Boot-Kommandanten im 1. Weltkrieg zum radikalen Pazifisten, der auch heute wieder antidemokratische Tendenzen verspürt, begründet er seine Mitarbeit am Tribunal.

Dedijer, der Sitzungspräsident, führt fort mit der Begründung für das Tribunal. Vorsichtig, fast 'entschuldigend, beginnt er zu versichern, die Mitglieder der Jury seien nicht gekommen, *„um wie in Nürnberg über ein Land zu Gericht zu sitzen."* Auch unterscheide sich dieses Tribunal *„schon dadurch prinzipiell von seinen Vorgängern"*, daß es in dem betroffenen Land stattfinden könne. Auch wolle das Tribunal die BRD keinesfalls *„mit lateinamerikanischen Diktaturen oder faschistischen Staaten"* vergleichen. Im Gegenteil. *„Nicht ein Unrechtsregime soll verurteilt werden. Vielmehr gilt es, Gefahren erneut und verstärkt kund zu machen, die die unverkürzte Geltung der Menschenrechte bedrohen"*. Bei den anwesenden Journalisten, insbesondere den Westdeutschen, macht sich einiges Erstaunen breit, hatten sie doch mit einer massiven Anklage gerechnet, die so richtig in das von ihnen gezeichnete Bild des „chauvinistischen Auslands" passen würde.

Das Tribunal unterstelle auch keineswegs, *„daß es gegenwärtig in anderen Staaten nicht Menschenrechtsverletzungen ... gäbe, die weit gravierender und bedrohlicher sind. Chile, Argentinien, Brasilien, Iran, Nordirland, die Tschechoslowakei und auch die Sowjetunion."*

Dennoch sei es richtig g e r a d e die BRD zu untersuchen,

„– weil es sich (bei den Menschenrechtsverletzungen in der BRD) nicht nur um Zu- und Einzelfälle handelt;

– weil die Bundesrepublik infolge der deutschen Geschichte verständlicherweise auch vor allem im angrenzenden Ausland besonders aufmerksam beobachtet wird, und

– weil die Bundesrepublik im Rahmen Westeuropas eine führende Rolle spielt, die alle inneren Entwicklungen unter dem Blickwinkel der äußeren Folgen von brennendem europäischen Interesse macht". Ziel des Tribunals sei nicht, *„irgendeine Verurteilung von Institutionen, Personen oder gar der Bundesrepublik insgesamt"*, sondern ein Aufruf an die bundesdeutsche und die internationale Öffentlichkeit, *„aktiv in den Kampf um die unverkürzte Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten."* Ein klares Wort spricht er zu der von den verschiedensten Fraktionen der Vaterländer erhobenen Forderung nach Einbeziehung der DDR in die Untersuchung:

„– so eng die BRD und die DDR historisch verbunden sind, und so sehr es verständlich ist, daß sich die Bürger beider Länder um das Schicksal des jeweils anderen Landes besonders kümmern, so wenig kann es Sache des Russell-Tribunals sein, einen die unterschiedlichen Staaten überwölbenden stellvertretenden gesamtdeutschen Anspruch verkörpern zu wollen;

– die beiden deutschen Staaten, die als Folge des deutschen Faschismus entstanden sind, gehören heute verschiedenen politisch-ökonomischen Systemen an. Das Russell-Tribunal würde in der Prüfung der Fälle und ihrer Ursachen fahrlässig sein, wenn es die Entwicklungen beider deutscher Staaten in einem Topf werfen und unvermittelt miteinander vergleichen würde. Im Prinzip ist es möglich, ein Russell-Tribunal über die DDR zu einem späteren Zeitpunkt zu veranstalten; dann aber unabhängig von dem jetzigen."

Ein Schlag ins Kontor all derer, die mittels der Aufrechnung „BRD gegen DDR" mit einer Beschönigung der hiesigen Verhältnisse liebäugeln. Aber auch die DKP dürfte ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sehen... Dedijer kündigte bereits jetzt ein viertes Russell-Tribunal an, *„das den Gefahren der Geheimdiplomatie und der Abgrenzung von Einflußsphären der Supermächte seit dem 2. Weltkrieg nachgehen soll."*

Johann Galtung (Norwegen) umschrieb in einem weiteren Beitrag die *„Vorgehensweise und die Kriterien des Tribunals"*. Es unterscheide sich *„von seinen Vorgängern nicht in den prinzipiell angewandten Kriterien"*, aber verstehe sich auch *„nicht als ein von außen eingesetztes Gericht, das über die Bundesrepublik als solche im Guten oder Bösen zu befinden hat."* Das Tribunal werde weder *„einen Freispruch"* noch *„eine Verurteilung"* aussprechen, sondern sich auf eine *„Beurteilung"* beschränken, *„gegebenenfalls als warnende Stellungnahme"*.

Besonders hob er nochmals hervor, daß das Tribunal sich allein auf die Menschenrechte beziehe und nur nachweisbare Menschenrechtsverletzungen behandelr. werde.

„Die Aussage gilt beispielsweise für die Stammheimer Todesfälle. Ohne Frage bleibt im Zusammenhang dieser Todesfälle manches Ungereimte. Ohne Zweifel haben sich auch die beteiligten Behörden nicht so verhalten, daß sie über jeden Verdacht, und sei es auch nur nicht rechtfertigbarer Fahrlässigkeit, erhaben wären. Doch ein Urteil vermöchte sich die Jury angesichts des unklaren und unklar gelassenen Sachverhalts nicht zureichend zu bilden, bevor nicht eine eigene unabhängige, mit allen nötigen Kompetenzen ausgestattete internationale Untersuchungskommission die Sachlage restlos aufgeklärt hat." Obwohl dies konsequenterweise die Frage nach solch einem Untersuchungsausschuß innerhalb des Tribunal aufwirft, kommt er stattdessen zu dem Schluß: *„Aus diesen Gründen wird sich die Jury mit den Stammheimer Todesfällen und ähnlich gelagerten Problemen auch während der zweiten Sitzungsperiode nicht befassen können."*

Obwohl in diesen Worten eine grundsätzlich andere Haltung zum Ausdruck kommt (Bereitschaft zur Untersuchung bei Vorlage ausrei- grundsätzlich andere Haltung zum Ausdruck kommt (Bereitschaft zur Untersuchung bei Vorlage ausreichenden Beweismaterials), als dies die Unterstützerbewegung bisher von den bestimmenden Teilen des Beirats und des Sekretariats gewohnt ist (generelle Ablehnung dieses Themas, da es „zu gefährlich" werden könnte), konnten letztere noch einmal aufatmen.

Auch zu einer weiteren in der Unterstützerbewegung umstrittenen Frage nahm Galtung Stellung. *„Von der einen Seite wird von der Jury gefordert, Gewerkschafsausschlüsse müßten unbedingt im Kontext der Berufsverbote als eine andere Form derselben behandelt werden; von der anderen Seite wird die Glaubwürdigkeit des Tribunals in Frage gestellt, wenn es zu gewerkschaftskritischen Äußerungen im Verlauf des Tribunals kommen sollte."*

Die vorläufige (?) Entscheidung der Jury, in der es nach Aussagen verschiedener Jurymitglieder selbst diese Widersprüche gibt, ist: **„Im Zentrum der Verhandlungen steht das staatliche Berufsverbot, stehen vom Staat ausgehende Verletzungen; zum anderen werden Gewerkschaftsausschlüsse aus diesem Grunde nur dort und nur insoweit behandelt, als sie mit einem staatlichen Berufsverbot direkt gekoppelt sind."** Pech für den Beirat, der die Betroffenen zwar nicht daran hindern wollte, ihren Gewerkschaftsausschluß im Zusammenhang mit dem Berufsverbot darzustellen, der aber der Jury dennoch „empfehlen" wollte, sich damit nicht zu befassen. Wieder mal konnte eine Zusage, die man der DKP gemacht hatte, nicht eingehalten werden...

Galtung schalt dann den DGB, der mit seinem Abgrenzungsbeschluß *„schlecht beraten und informiert sei"*, und forderte ihn nochmals auf, das Tribunal zu unterstützen.

Die Anklage

Die Anklagerede wurde in Form eines Gutachtens von Erich Kuby vorgetragen, seines Zeichens Journalist beim „Stern". Er ging mit der sozialliberalen Regierung hart ins Gericht. Die heutige Situation sei undemokratischer und repressiver als die gesamte Adenauer-Ära, das System der Repression erheblich ausgebaut, perfektioniert und die Auswirkungen noch verheerender. Der Terrorismus habe in der BRD niemals eine ernsthafte Gefahr dargestellt, sondern lediglich als Vorwand gedient, die Strafgesetze zu verschärfen, den Polizeiapparat auszubauen, die Kriminalisierung und Verfolgung der Linken auszudehnen – insgesamt die Freiheitsrechte massiv einzuschränken. Die „FR" wird einen Tag später, nach den teilweise vorsichtigen Formulierungen der Mitglieder der Jury überrascht schreiben: *„Als dritter Hauptredner des Vormittags gab anschließend Erich Kuby ein recht persönlich gefärbtes Gutachten der Situation der Bundesrepublik ab, das ein etwas einseitig negatives Bild aus der Sicht eines linken Intellektuellen malte. Kuby betonte, daß in der Bundesrepublik zwar kein Faschismus herrsche, erinnerte aber daran, daß in keinem anderen Land der Welt eine ‚Endlösung' zur Vernichtung der Juden praktiziert worden sei. Er nannte die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst einen rabiaten Antikommunismus, der auch eine Spielart der westdeutschen Ostpolitik sei."* In den anschließenden Fragen blitzte schon das später oft zu verzeichnende Interesse der Jurymitglieder an den Aktivitäten der Neonazis auf. Leider ging Kuby darauf kaum ein. Seiner Ansicht nach droht die Gefahr allein von der Rechtsentwicklung der etablierten Parteien.

Aktion der „Antifas"

Verwandte von politischen Gefangenen und „antifa-Gruppen" aus verschiedenen Städten der BRD traten mit der Forderung an die Jury heran, die laufenden Prozesse zu beobachten, Besuche bei Gefangenen durchzuführen, öffentlich die Forderungen aus dem Hungerstreik zu unterstützen, sich für die Betreuung der Häftlinge durch „amnesty international" und das „Rote Kreuz" einzusetzen sowie die Isolationshaft und die „Selbstmorde" von Stammheim zum Thema des Russell-Tribunals zu machen. Diese Forderungen versuch-

Fortsetzung auf Seite 9

ERKLÄRUNG englischer Parlamentsmitglieder

Dieses Jahr zu Ostern beginnt das Russell Tribunal seine Arbeit betreffs der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Es wird die Praxis dessen behandeln, was bei seinen Kritikern unter dem Namen „Berufsverbote" bekannt wurde, wobei Bewerber für den Öffentlichen Dienst politischen Überprüfungen unterzogen werden. Ebenso behandlet werden damit zusammenhängede Fragen staatsbürgerlicher Freiheiten, zu denen radikale und andere Gruppierungen in der BRD verschiedene Angaben gemacht haben.

Einer der Mitglieder dieses Tribunals ist unsere Kollegin, Jo Richardson, die sich in Großbritannien einen guten Namen durch ihre Arbeit für die Staatsbürgerlichen Freiheiten erworben hat.

Nun ist es so, daß die SPD der Einberufung des Tribunals ziemlich ablehnend gegenübersteht und daß in Regierungskreisen erwogen wurde, wie man diese Arbeit behindern könne. Verschiedene Stellungnahmen sind bisher von Organisationen innerhalb Deutschlands gemacht worden, so z.B., daß das Tribunal „unter kommunistischem Einfluß" stehe oder in anderer Weise einseitig sei. Wir möchten unsere wohlbedachte Ansicht kundtun, daß alle diese Reaktionen falsch sind. Wir unterstützen Jo Richardson in ihrer Entscheidung am Tribunal teilzunehmen, welches unseres Erachtens nach wertvolle objektive Erkenntnisse zu einem Thema liefern wird, das alle diejenigen in Westeuropa direkt betrifft, denen die Bürgerrechte wichtig sind.

Frank Allaun, MP, Norman Atkinson, MP, Robin Cook, MP, Robin Corbett, MP, Martin Flannery, MP, Arthur Latham, MP, Tom Litterick, MP, Ian Mikardo, MP, Stan Newens, MP, Jeff Rooker, MP, Brian Sedgemore, MP, Ron Thomas, MP, Stan Thorne, MP, Aurdrey Wise, MP.

Fortsetzung von Seite 8

ten sie mit der Besetzung einer nahegelegenen Kirche Nachdruck zu verleihen. Die Jury sah sich offenkundig nicht in der Lage, hierzu sofort Stellung zu nehmen, zumal die Forderungen in ultimativer Form gestellt wurden. Das übernahm jedoch der Beirat. Er unterstrich, *„daß diese Russell-Initiativen mit dem Russell-Tribunal nichts zu tun haben"*, eine bei der Vorbringung von Forderungen wohl nicht nur deplazierte Distanzierung. Ebenso wurde die Kirchenbesetzung abgelehnt. Die Forderung nach Einbeziehung der Haftbedingungen und der „Selbstmorde" von Stammheim ins Tribunal hatte viele Anhänger; auch die Aktion stieß durchaus auf Sympathie. Jedoch verscherzten sich die „Antifas" einiges dadurch, daß sie der Jury wiederum vorwarfen, bei einer Beschränkung des Tribunals auf die Berufsverbote, Zensurmaßnahmen und Grundrechtsverletzungen in Strafrechtsverfahren werde dieses Tribunal *„für die Sozialdemokratie funktionalisiert"* und *„gegen den antiimperialistischen Widerstand gewendet werden"* Dies zeigte erneut das bornierte Desinteresse der „Antifas" an der Untersuchung anderer Repressionsmaßnahmen.

Die Kirche war besetzt. Der Pfarrer versprach, keine Polizei zu holen, ließ jedoch durchblicken, daß er die Besetzer nicht gegen „aufgebrachte Bürger" schützen könne.

DKP: Drohung gegen Russell-Unterstützer in den eigenen Reihen

Der Nachmittag begann mit einer Erklärung Narrs zur Problematik, Berufsverbotefälle vors Tribunal zu bringen. Die erste Schwierigkeit war die Furcht, bei öffentlichem Auftreten weitere Repressalien einzuhandeln, insbesondere in noch schwebenden Fällen. Die zweite trat mit der Erklärung des DGB-Vorstands auf, da auch von dieser Seite Maßnahmen zu erwarten sind, seien es Ausschlüsse, Entzug des Rechtsschutzes o.ä., wobei Narr allerdings gläubig versicherte, es werde keine Ausschlüsse geben.

Die größte Schwierigkeit habe jedoch bei der DKP gelegen. Narr: **„Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Mehrheit der Berufsverbote — man schätzt 60 % — wenigstens im Augenblick, gegen Mitglieder oder angeblich überführte Sympathisanten der DKP ausgesprochen worden sind. Wollte das Russell-Tribunal korrekt verfahren, müßten notwendigerweise Fälle präsentiert werden, in denen den Bewerbern nichts anderes vorzuwerfen war, als daß sie der DKP angehören... ...obwohl alle Garantien, die vernünftigerweise und ohne dem Zweck des Tribnals zu schaden (na ja,- AK), nämlich kompromißlos Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, ... gegeben wurden, wurde von den der DKP nahestehenden Teilen der Hamburger Initiative und von der DKP selbst all ihren Mitgliedern nahegelegt, sich nicht am Tribunal zu beteiligen. Die Gegnerschaft der DKP geht sogar noch weiter: Sie hat Mitgliedern, und das können wir belegen, die sich am Russell-Tribunal beteiligen wollten, mit Ausschluß gedroht. Die DKP ist somit die Gruppierung in der Bundesrepublik, die sich im Sinne angedrohter Ausschlußverfahren am härtesten gegen das Russell-Tribunal gewandt hat...."** So schnell schießen die Preußen!



Die anwesenden Mitglieder der Jury. Vordere Reihe (von links): Lombard[o] Richardson, Dedijer, Narr, Gollwitzer und Niemöller (auf dem Bild nicht zu sehe[n] Möller-Kristensen, Nauta, Branton, Griffiths, Lukes, Taikeff, Gifford, Faye, Dr Bertrand-Russell-Peace-Foundation, Ken Fleet.

Die ersten Fälle

Maria Leiterer, Mitte 77 nach zweijähriger Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen, wegen Kandidatur auf einer Liste der „Demokratischen Front" (demokratisches Bündnis, in dem auch Mitglieder des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" mitarbeiten), und Unterzeichnung einer „Augsburger Erklärung gegen Berufsverbote" (die auch von SPD-Bundestagsabgeordneten mitunterschrieben wurde). Neben den Zweifeln aus der Mitgliedschaft in der „DF" wurde ihr vor allem eine Behauptung in der Erklärung zur Last gelegt: *„Entgegen allen Beteuerungen, sie (die Berufsverbote) richteten sich auch gegen faschistische und neofaschistische Kräfte, beweist die tatsächliche Praxis das Gegenteil."* Dies stelle eine Ehrenverletzung des Dienstherren dar.

Die Fragen der Jury konzentrierten sich zunächst auf die Form der Anhörungen (nimmt der VS dran teil?), und das sog. „besondere Treueverhältnis zum Staat" (Lombardo Radice: *„Ich glaube, sowas muß aus der deutschen Sprache ausgeschlossen werden"*). Besondere Aufmerksamkeit wurde dann den Faschisten im Staatsdienst gewidmet, wobei von V. Dedijer der Hinweis auf das Westberliner Dokumentationszentrum kam, in dem die Unterlagen über die Nazivergangenheit so manch einer Staatsgröße schlummert. Lombardo-Radice schließt mit den Worten an die Presse: *„Ist es wahr oder falsch, was heute gesagt wurde? Bitte schön, antworten sie morgen in der Zeitung oder der Presse."*

Zweiter Fall dieses Tages war die Entlassung des Lehrers **Hans Roth**. Im Mittelpunkt dieser „Affäre" steht ein Gerichtsurteil, nach dem das Landesverfassungsschutzamt verpflichtet wurde, die Akten über die Anhörungen und die sonstigen „Erkenntnisse" zu vernichten. Der VS weigerte sich mit dem Hinweis auf seine besonderen Aufgaben! Da das Verfahren in einer höheren Instanz immer noch anhängig ist, erschien der Zeuge nicht vor der Jury, da er weitere Repressalien davon erwartet. Das besondere Interesse der Jury weckten in diesem Fall die Praktiken des Verfassungsschutzes: was ist in den Akten, wie wird es [...] dies schon

[...]tungsreihe

Bremen: In einem Brief an die Russell-Peace-Foundation, das Russell-Sekretariat, die Jury und den Beirat sowie das „Sozialistische Büro" protestieren die „Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung" Delmenhorst und Bremen, die Oldenburger [...]

Diesen Zeitabschnitt stellen sie in Dokumenten, Kommentaren, Essays,

Linke in der „Halblegalit[ät"]

Die Presse [...]

Nicht nur das „timing" zeigt, daß hier gezielt eine Gegenveranstaltung gegen das Russell-Tribunal propagiert wird.

Daß die SPD bei diesem Vorgehen mitgemischt hat, verdeutlicht auch die von der Presse breit veröffentlichte Stellungnahme von Professor Kogon zum Tribunal, der im Sinne von SPD-Integrationsversuchen gegenüber linken Kritikern der Entwicklung in der BRD erklärte, daß *„trotz Kritik an der Bundesrepublik diese ein freiheitlicher Rechtsstaat"* sei, der nicht in eine Reihe mit faschistischen Staaten gestellt werden dürfe. Die bürgerliche Presse interpretierte dann auch die Absichten des Hannoveraner Kongresses: er sei *„als Gegengewicht zum Frankfurter 'Tribunal' gedacht"* (Nürnberger Nachrichten, 30.3. Neue Hannoversche, 29.3., Welt 29.3.); der Kongreß sei *„unschwer als Gegenveranstaltung zum januskö[pfi...]"* [...] fühle sich nicht als Angeklagter und sehe der Sache mit aller Gelassenheit entgegen. Der Beirat gab sich im Gegenzug ebenso "gelassen" bei der Kritik an Repressionsmaßnahmen des westdeutschen Staates. Umso engagierter war man dafür bei der Abgrenzung von K-Gruppen und von Angehörigen der politischen Gefangenen zugange, die eine Kirche in Harheim besetzt hatten (siehe Bericht).

Dies nahm teilweise groteske Züge an. Er könne sich nicht vorstellen meinte beispielsweise Narr auf der ersten Pressekonferenz am 29.3., daß der SPD-Vorstand heute einen solchen Abgrenzungsbeschluß gegen das Russell-Tribunal fällen würde, wie e[r] es getan hat (warum nimmt er diesen Beschluß dann nicht zurück?). Oder: Die Anti-Russell-Tiraden des DGB beruhten auf "Mißverständnissen" und "Fehlinformationen" (warum werden dann die ersten Ausschlußverfahren vorbereitet?). – Angesichts solcher Thesen konnte einem der Atem stocken...

Die Presse zeigte sich in der Mehrheit nicht auf den Kopf gefallen und nahm den Ball auf. Das Tribunal selbst und die Jury bekamen ver[...]

[...]schaft die Anstellung an einer Privatschule (!) verweigert. Sie bekannte sich in allen Anhörungsverfahren ausdrücklich zu dieser Mitgliedschaft. Zu den Anhörungsverfahren führte sie aus: *„Die latente Nötigung zum Verrat, die solchen Verhören zugrunde liegt, Verrat an den eigenen politischen und theoretischen Überzeugungen, zum Verrat der sozialistischen und kommunistischen Bewegung, der die Betroffenen in der Regel angehören, das ist das Beleidigendste, Entwürdigendste, Erniedrigendste solcher Berufsverboteverfahren, in denen es angeblich nur um den Einzelfall geht."*

Diese Haltung machte ziemlich Eindruck im Saal, zumal sie auch noch hinzufügte, daß sie die Entscheidung, vor dem Tribunal auszusagen, „persönlich politisch verantwortet", also diesmal nicht „die Partei" hinter sich hat, sondern gegen sich.

Auch das Problem der sogenannten „Verfassungstreue" spielte in den Befragungen eine Rolle. So fragte Galtung danach, welche Garantien ein demokratischer Staat von seinen Beschäftigten verlangen könne und müsse. Er hält ein gewisses Minimum an Loyalität für gerechtfertigt. Der Franzose Faye dagegen meinte, der Begriff „Verfassungstreue" sei aus dem mittelalterlichen Gedankengut entnommen. „Treue" beinhalte eine absolute, unkritische Bindung an eine Institution und sei daher mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar.

***

*der [...]*sitzung begann mit der [...]che mit den Angehö[...] [...]geführt. Einen Tag später beschloß die Jury, eine Unterkommission zu Stammheim zu bilden. Narr und Wesel war es nicht gelungen, durch ihre vorgezogenen, auf eigene Faust verfaßten Stellungnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen.
Damit war ihre Beschwichtigungsstrategie gegenüber der Sozialdemokratie in einem zentralen Punkt gescheitert.

die Bundesländer und Kommunalbehörden, sie mögen Vertreter und Beweismaterial zur Dokumentation der Notwendigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Berufsverbote an das Russell-Tribunal entsenden." Anschließend wurden die Fälle Wedel (Frankfurt) und Lefevre (Westberlin) behandelt. Bei ersterem wurden Kontakte zur „KPD/ML" vermutet (er hatte sein Auto in der Nähe einer „KPD/ML"-Veranstaltung geparkt und soll auf einer Tagung dieser Organisation in Erscheinung getreten sein). Bei Lefevre geht es um das gerichtliche Verbot einer Beschäftigung an der FU, obwohl die Universität dies wünschte. Danach referierte Ulrich Preuß (Universität Bremen) als juristischer Gutachter über die Berufsverbote-Rechtsprechung in der BRD.

Wieder galt das Hauptaugenmerk der Jury dem Verfassungsschutz. Es wurde der Antrag gestellt, alle verfügbaren Materialien über Arbeitsweise, Ausmaß der Bespitzelungen usw. der Jury vorzulegen. E. Taikeff (Jurist aus den USA) machte in seiner Befragung deutlich, daß der VS Bestandteil des westdeutschen Polizeiapparates sei und sich lediglich dadurch von der „gewöhnlichen" Polizei unterscheide, daß er geheim arbeitet. Taikeff: *„Man kann also sagen, daß der Verfassungsschutz eine Geheime Staatspolizei ist?!"*

Auf der mittäglichen Pressekonferenz wurde eine distanzierende Erklärung der Jury von der Kirchenbesetzung abgegeben. In dem sachlich gehaltenen Text (die Distanzierung erfolgte nur von dem „Mißbrauch" des Namens des Tribunals durch die [...]



Tribunal ist der Meinung, daß alle Gefangenen, einschließlich solcher, die wegen Gewaltaktionen gegen den Staat angeklagt oder verurteilt sind, auf diejenigen Menschenrechte Anspruch haben, die ihre Behandlung und die Gefängnisbedingungen betreffen, und die in einem demokratischen Land nicht verletzt werden dürfen. Das Tribunal erbittet die unverzügliche Vorlage von dokumentierten Fällen möglicher Verletzungen der Rechte von Gefangenen."

Am gleichen Nachmittag brachen die Angehörigen der Gefangenen und die „Antifas" die Kirchenbesetzung ab. Der Pfarrer, keineswegs ein „Linksradikaler", aber in Harheim als „Kommunist" und „Sympathisant" zunehmend ins Schußfeld des „Volkszorns" geraten, konnte erleichtert aufatmen ...

Währenddessen ging es im Bürgerhaus um den Heidelberger Juristen Empell, der nicht zum Referendariat zugelassen wurde, weil ihm Verbindungen zum „Sozialistischen Patientenkollektiv" vorgeworfen wurden, und ein Ermittlungsverfahren wegen [...]

Wirkung: [...] [...]kriminellen FDP und CDU/CSU, ihrerseits „Heuß-Initiativen" und „Lübke-Komitees" zur „Verteidigung der Demokratie" zu gründen.

[...]zesses hat die Anwaltskammer als verlängerter Arm der Staatsschutzbehörden gegen ihn ein Berufsverbot verhängt. In seinen Ausführungen erinnerte er an das Stammheimer Hetz- und Vorverurteilungsklima. Er wies darauf hin, daß führende Strafrechtsexperten direkt in der Tradition des Hitlerfaschismus stehen und beendete seine Ausführungen mit dem Satz: *„Das Problem deutscher Geschichte ist, daß personell und strukturell der Faschismus nicht überwunden ist."*

Die Fragen der Jury-Mitglieder konzentrierten sich zum einen auf den Punkt, inwieweit man die Anwaltskammer als unabhängig bezeichnen könne. Zum anderen hinterfragten sie die Ausschlußbegründung der Anwaltskammer, die Düx aufgrund seines Engagements für seine Mandanten als „unwürdig für den Anwaltsstand" einstufte. Lord Gifford betonte ausdrücklich, daß Düx nach der britischen Auffassung des Rechtsanwaltberufs seine standesmäßige Pflicht erfüllt habe.

Als drittes wurde Düx gefragt, inwieweit er versucht habe, seinen Fall vor eine internationale offizielle Instanz zu bringen. Dieses ist aber erst möglich, wenn alle Rechtswege in der Bundesrepublik ausgeschöpft sind; eine Entscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht will Düx aber auf jeden Fall herbeiführen.

Während die Jury-Sitzungen sich bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich mit Berufsverboten beschäftigten, intensivierte sich am Rande des Tribunals die Diskussion um die Gewerkschaftsproblematik. Zahlreiche Gespräche wurden geführt, Jurymitglieder gaben in Interviews z.T. unterschiedliche Stellungnahmen dazu ab. Klar war schon zu diesem Zeitpunkt, daß das Interesse, mehr über die Gewerkschaftsausschlüsse zu erfahren, sehr groß war.

***

Debatte über Gewerkschaftsausschlüsse

Der vierte Verhandlungstag stand ganz im Zeichen der Diskussion der Zusammenhänge zwischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB und der staatlichen Berufsverbotspraxis. Mehr noch, über weite Strecken wurden die Gewerkschaftsausschlußpolitik und die Zusammenarbeit des DGB mit dem Verfassungsschutz faktisch als eigenständige Komplexe – wie es der linke Teil der Unterstützerbewegung immer gefordert hatte – problematisiert. Die drei Berufsverboteopfer, die an diesem Tag ihre Fälle vortrugen, waren sämtlichst aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, bevor sie der Radikalenerlaß traf.

Ebenso erfreulich wie die klare Ablehnung der Gewerkschaftsausschlußpraxis durch die Jury waren ihre Bekanntmachungen auf der Pressekonferenz an diesem Sonnabend:

Narr gab im Auftrag der Jury bekannt, daß ein Unterausschuß zur Untersuchung der Situation der politischen Gefangenen gebildet werden solle. Er gab ebenso zu verstehen, daß sie dieser Ausschuß auch mit Stammheim beschäftigen werde. Dies war ein deutlicher Hinweis darauf, daß der Diskussionsprozeß innerhalb der Jury beträchtlich anders verlief, als gerade Narrs Äußerungen auf den Pressekonferenzen der letzten Tage hätten vermuten lassen (ständige überflüssige Distanzierungen von den „Antifas" usw.)



Am 1.4. veranstaltete die lokale CDU eine Kundgebung gegen das Russell-Tribunal, die leider nicht nur als Aprilscherz zu verstehen ist. Die Parolen sprechen vielmehr für sich. Neben NPD-Leuten beteiligten sich auch die MLD offiziell an dieser Aktion. Der pseudolinke Provokateurshaufen führte ein eigenes Transparent mit sich, das sich in nichts vom Tenor der CDU unterschied: „Russell-Tribunal: Klagt die Neuen Zaren an, nicht die demokratische BRD". Trotz dieser Aktionseinheit gelang es CDU, MLD und NPD nicht, mehr als ca. 30 Aktive auf die Beine zu bringen.

... denn „lange ist es ihnen, wie ausländischen Linken und Linksradikalen, ein Bedürfnis, von der Tribüne herab über die Bundesrepublik zu rechten und zu richten". Die „Welt" kommt zum gleichen Ergebnis, um dann die Regierungsparteien ins Gebet zu nehmen, daß deren Jugendorganisationen und andere linke Teile immer noch zum Tribunal stünden, und gibt dann die Weisung aus: *„Was ist zu tun? Nun, die beiden Parteien und die Gewerkschaften könnten den Mut entwickeln, alle diese Klimaschaffer und Vorschubleister hinauszuwerfen und bei Funk und Fernsehen dafür Sorge zu tragen, daß die Rundfunkgesetze beachtet werden und mit der Werbung für diese Dinge Schluß gemacht wird. Dann könnten sie dem Treiben der Sektierer wirklich gelassen zuschauen".*

Nach der für die Bundesregierung peinlichen Veröffentlichung des Geheimpapiers gab diese zentral die Parole aus: *„Niedriger hängen"* und täuschte *„Gelassenheit"* vor, obwohl das Innenministerpapier eine reale Gefährdung ...

Zusätzlich wurde Bräutigam angelastet, er habe *„gegen die Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber verstoßen"*, als er öffentlich eine Intensivstation für die Lübecker Kinderklinik gefordert hatte. Außerdem habe er früher einmal eine „Wohngemeinschaft mit einem kommunistischen Funktionär" bewohnt. Desweiteren wurde angeführt, in seinem von Zollbeamten aufgebrochenen Fahrzeug sei u.a. eine Ausgabe des „Roten Morgen" gefunden worden.

In der Befragung Bräutigams hinterfragten sowohl Nauta (Niederlande) als auch Bourdet (Frankreich) die Tatsache, daß bei einem Gewerkschaftsausschlußverfahren der Betroffene noch weniger Möglichkeiten zu seiner Verteidigung hat als beim Berufsverbot.

T. Griffiths (England) fragt zunächst, ob die Gewerkschaften einem gesetzlichen Zwang unterlägen, ihr Material staatlichen Organen zur Verfügung zu stellen.

Als dies verneint wurde, interessierte ihn, ob ÖTV-Führer Schwalbach ein Einzelfall oder Symptom einer *„sich immer mehr ausbreitenden Seuche"*, der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Verfassungsschutz, sei.

Nachdem diverse Beispiele dieser „Seuche" benannt worden waren, faßte H. Branton seine Eindrücke zusammen: *„Ich versuche, meine Augen vor'm Herausfallen zu bewahren."* In Frageform kleidete er anschließend seine Vorstellung vom gewerkschaftlichen Kampf gegen Berufsverbote: *„Hat die Gewerkschaft jemals Streiks oder andere Kampfmaßnahmen gegen einen öffentlichen Arbeitgeber ergriffen, der ein Gewerkschaftsmitglied mit Berufsverbot belegt hatte?"* Die Antwort war natürlich nein. Was die Engländer wieder bemerkenswert fanden: Ein solcher (politischer) Streik wäre in der BRD auch illegal.

Die Befragung beschloß Ingeborg Drewitz mit der rhetorischen Wendung: *„Es haben sich doch die Funktionäre ... gewerkschaftsschädigend verhalten, indem sie Informationen aus der Gewerkschaft an den Arbeitgeber weitergereicht haben!"*

Norbert Bräutigam hatte sich besonders bemüht, die Jury auf die ersten gewerkschaftlichen Ausschlußverfahren wegen Unterstützung des Russell-Tribunals aufmerksam zu machen. Diese Ausschlußverfahren laufen gegen die Lübecker Betriebsrätin Brigitte Schultek und drei weitere ÖTV-Mitglieder, die zu einer Veranstaltung mit Erich Fried aufgerufen hatten, an der auch die örtliche Russell-Initiative beteiligt war. Drahtzieher dieser Ausschlußverfahren ist wiederum Schwalbach, und auch in diesem Fall scheint er mit Verfassungsschutzmaterial gut bestückt zu sein (siehe hierzu ausführlich Russel-Info des KB, Nr. 5). Eine spontane Befragung der anwesenden Betriebsrätin war leider nicht möglich. Einige Jury-Mitglieder informierten sich jedoch in den Mittagsstunden ausführlich über diesen Fall, um Solidaritätsmaßnahmen mit diesen ersten „Opfern" des Russell-Tribunals einzuleiten.

Der Fall Josef Grünen

Josef Grünen war Anfang '74 nach betrieblichen Auseinandersetzungen aus einem Privatbetrieb in Trier entlassen worden. Gewerkschaftlichen Rechtsschutz konnte er in seinem Arbeitsgerichtsprozeß nicht in Anspruch nehmen, weil er unter Hinweis auf sein Engagement für die „KPD" im Frühjar '74 aus der IG Metall ausgeschlossen worden war.

Seit dem Frühjahr '75 arbeitete Grünen als Kältetechniker an den Universitätskliniken in Mainz. Hier wurde ihm dann das Berufsverbot im Öffentlichen Dienst erteilt, ebenfalls wegen seines Einsatzes für die „KPD". Als Begründung wurde angeführt, ein Kommunist sei ein Sicherheitsrisiko für die Patienten und Einrichtungen der Kliniken. In der Begründung des Berufsverbots wurde eine regelrechte Lebensgefahr für die Klinikpatienten behauptet. Grünen könne ja Patienten vergiften, Medikamente verderben und alle möglichen weiteren Sabotageakte vornehmen!

All diese Möglichkeiten habe Grünen zwar niemals wahrgenommen, sondern im Gegenteil äußerst korrekt gearbeitet. Dies seit allerdings als besonders geschickte Taktik eines Kommunisten zu werten, der sich bis zum „Ernstfall" tarnt – ein Horrorgemälde, das für den geistigen Zustand seiner Verfasser spricht!

Einem dermaßen verleumdeten Kollegen gewerkschaftliche Solidarität zu verweigern, kommentierte der Ire Dr. Browne mit den Worten: *„Ich komme aus einem Land, wo wir die Arbeitersolidarität mit der Muttermilch eingesogen haben. Diese Gewerkschaftsausschlüsse sind so schockierend, sie sind das Schockierendste von allem, was ich hier untersucht habe."* Browne wertete die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Ausdruck der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit Regierung und anderen staatlichen Stellen bei der „Hexenjagd gegen die Arbeiter".

Jury-Mitglieder stellen Besuchsantrag in Stammheim

Am 2. April, dem 5. Tag der ersten Sitzungsperiode, wurden verschiedene Berufsverbotefälle von (nicht anwesenden) DKP-Mitgliedern vorgetragen. Es handelte sich hier um Fälle der Ausweitung der Berufsverbote auf weitere Berufe wie z.B. Lokführer, Postboten etc.

Im Anschluß daran stellte Beiratsmitglied Wesel die Positionen der Bundesregierung dar.

Am Abend wurden zwei Gutachten über psychologische Auswirkungen der Berufsverbote auf die Opfer und potentiellen Opfer zum einen, auf die Verfolger von Berufsverboteopfern zum anderen vorgetragen.

Zwei Ereignisse ragten auf der Sitzung hervor:

Starkes Interesse bestand auf der Pressekonferenz bei den anwesenden Journalisten an der am Vortag angekündigten Untersuchungskommission zu Stammheim. Die Aufgaben und die personelle Zusammenarbeit wurden mehrfach hinterfragt. Jury und Beirat bestätigten die Kommission, lehnten es zu dieser Zeit aber ab, nähere Angaben hierzu zu machen, da hierüber noch beraten werde.

Überraschend war an diesem Tag das österreichische Jury-Mitglied Prof. Robert Jungk erschienen, genauso überraschend, wie sein Fehlen bei den vorangegangenen Sitzungen.

Nach einer Stunde Anwesenheit – die DKP-Berufsverbotefälle wurden gerade vorgestellt – stellte er die Frage, wo denn die DKP auf dem Tribunal sei. Von einem Jury-Mitglied wurde ihm die ablehnende Haltung der DKP gegenüber dem Tribunal erläutert. Der Sinn von Jungks Frage wurde deutlich, als er forderte, die DKP und die von ihr gegen Parteimitglieder, die sich am Tribunal beteiligen, angedrohten Repressionen gehörten vor dem Tribunal behandelt! Er setzte sich ferner für den Gegenkongreß sozialdemokratischer Intellektueller in Hannover ein und bedauerte, durch zeitliche Gründe am Erscheinen dort verhindert zu sein.

Beiratsmitglied Narr betonte zu dem Kongreß noch einmal, daß es sich um keinen Gegenkongreß zum Tribunal handele, sondern daß hier Deutsche beweisen wollten, daß sie allein Mann's genug seien, die Menschenrechte zu wahren.

Bei dieser Einschätzung der SPD-Initiative scheint doch der Wunsch der Vater des Gedanken zu sein ...

Am selben Tag publizierte der Frankfurter „Informationsdienst" (ID) ein Interview mit dem englischen Jury-Mitglied Howard Branton, in dem dieser ankündigte, er werde mit zwei anderen Juroren Gefangenenbesuche in Stammheim beantragen.

Diese Initiative von drei Jury-Mitgliedern ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie besagt, daß man sich trotz aller Erpressungen von verschiedenster Seite nicht davon abhalten läßt, tatsächlich a l l e Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und den Kampf dagegen aufzunehmen.

... Sitzungspräsident, ... fort mit der Begründung für ... Tribunal. Vorsichtig, fast 'entschuldigend, beginnt er zu versichern, ... Mitglieder der Jury seien nicht gekommen, *„um wie in Nürnberg über ... Land zu Gericht zu sitzen."* ... unterscheide sich dieses Tribunal *„schon dadurch prinzipiell von ... Vorgängern"*, daß es in dem ... offenen Land stattfinden könne. ... wolle das Tribunal die BRD ... falls *„mit lateinamerikanischen ... aturen oder faschistischen Staa...* vergleichen. Im Gegenteil. *... ein Unrechtsregime soll ver... werden. Vielmehr gilt es, Ge... erneut und verstärkt kund zu ... die die unverkürzte Gel... der Menschenrechte bedrohen".* ... den anwesenden Journalisten, ... sondere den Westdeutschen, ... sich einiges Erstaunen breit, ... sie doch mit einer massiven ... ge gerechnet, die so richtig in ...



Zur Zielscheibe der Sympathisantenjagd in der Presse und vor allem auch in Frankfurt-Harheim selbst wurde eine vorübergehende Kirchenbesetzung in der Nähe des Tagungsortes des Tribunals Die Besetzer wollten mit dieser Aktion die Jury auf die unmenschlichen Haftbedingungen für politische Gefangene in der BRD aufmerksam machen und Öffentlichkeit für den Hungerstreik von 24 Gefangenen schaffen. Pfarrer und Kirchenvorstand wandten sich zwar gegen die Besetzung, gaben der Polizei aber auch nicht die Erlaubnis zu einer gewaltsamen Räumung.

... scher Staaten in einem Topf werfen und unvermittelt miteinander vergleichen würde. Im Prinzip ist es möglich, ein Russell-Tribunal über die DDR zu einem späteren Zeitpunkt zu veranstalten; dann aber unabhängig von dem jetzigen."

Ein Schlag ins Kontor all derer, die mittels der Aufrechnung „BRD ...

... Tribunal zu unterstützen.

Die Anklage

Die Anklagerede wurde in Form eines Gutachtens von Erich Kuby vorgetragen, seines Zeichens Journalist beim „Stern". Er ging mit der sozialliberalen Regierung hart ins Gericht. Die heutige Situation sei

ERKLÄRUNG englischer ...rlamentsmitglieder

...es Jahr zu Ostern beginnt das ...ell Tribunal seine Arbeit be... der Menschenrechte in der ...esrepublik Deutschland. Es wird ...raxis dessen behandeln, was bei ...n Kritikern unter dem Namen ...ufsverbote" bekannt wurde, ... Bewerber für den Öffentlichen ... politischen Überprüfungen un...gen werden. Ebenso behandelt ...en damit zusammenhängede Fra...taatsbürgerlicher Freiheiten, zu ... radikale und andere Gruppie...n in der BRD verschiedene Angemacht haben.

...ner der Mitglieder dieses Tribu... unsere Kollegin, Jo Richard... die sich in Großbritannien einen Namen durch ihre Arbeit für ...taatsbürgerlichen Freiheiten er...n hat.

...n ist es so, daß die SPD der ...rufung des Tribunals ziemlich ...nend gegenübersteht und daß ...gierungskreisen erwogen wurde, ...an diese Arbeit behindern kön... Verschiedene Stellungnahmen ...isher von Organisationen inner...Deutschlands gemacht worden, ..., daß das Tribunal „unter ...unistischem Einfluß" stehe ... in anderer Weise einseitig sei. ...öchten unsere wohlbedachte ... kundtun, daß alle diese ...ionen falsch sind. Wir unter...n Jo Richardson in ihrer Ent...ung am Tribunal teilzunehmen, ...s unseres Erachtens nach wert... objektive Erkenntnisse zu einem ...ema liefern wird, das alle diejenigen in Westeuropa direkt betrifft, denen die Bürgerrechte wichtig sind.

Frank Allaun, MP, Norman Atkinson, MP, Robin Cook, MP, Robin Corbett, MP, Martin Flannery, MP, Arthur Latham, MP, Tom Litterick, MP, Ian Mikardo, MP, Stan Newens, MP, Jeff Rooker, MP, Brian Sedgemore, MP, Ron Thomas, MP, Stan Thorne, MP, Aurdrey Wise, MP.

Die „freie Presse" ...

Nachdem verschiedene „Denkmodelle" des Innenministeriums ungewollt bekannt geworden waren, das Russell-Tribunal mit polizeistaatlichen Mitteln zu verhindern, bemühten sich die Regierungsparteien und ein Teil der Presse während der ersten Sitzungsperiode des Tribunals, „Gelassenheit" zu demonstrieren. Das jedenfalls machte Regierungssprecher Bölling auf eine Kleine Anfrage hin deutlich, mit der CDU und CSU *„der Bundesregierung Gelegenheit geben (wollten), ‚intensiv der Verleumdung unseres Landes entgegenzutreten'"* („FAZ", 31.3.).

„Das unterdessen gezeigte Selbstbewußtsein der Bundesregierung dürfte die Frankfurter ‚Tribunal'-Veranstalter politisch mehr beschäftigen als es eine Reaktion mit politischen Keulen vermocht hätte" (ebenda). Entsprechend sahen die Artikel in einem Teil der bürgerlichen Presse aus, in denen man sich in ungewohnter Zurückhaltung übte. Dahinter stand offensichtlich das Bemühen, auf diese Weise doch noch Einfluß auf das Tribunal zu gewinnen. Dagegen stellte die Springer-Presse die Frage, *„ob es überhaupt sinnvoll sein kann, von dem internationalen Russell-Tribunal Notiz zu nehmen"* („Berliner Morgen", 29.3.). *„An sich müßte man einem Gremium von intellektuellen Außenseitern, ideologischen Sonderlingen, Linkssozialisten und Kommunisten die Gnade des Verschweigens gewähren."*

Allerdings hilft *„Schweigen allein hier nicht weiter"*, da sich das Tribunal *„bereits im Vorbereitungsstadium weiter Medienbereiche im In- und Ausland bemächtigt hat"* (ebenda). Und weil das Tribunal nicht mehr verschwiegen werden kann, wird eimerweise Dreck gekübelt.

Für den „Abend" stellt das Russell-Tribunal eine *„Gefahr für die Souveränität der Bundesrepublik"* dar und diene *„nur den Zwecken Moskaus"* (30.3.). In der „Rheinischen Post" sind es *„Kommunisten und Kommunistenfreunde"*, die eine „Schau" veranstalten, um die BRD *„international in Verruf zu bringen, sie innerlich zu verunsichern und linke Verfassungsfeinde zu unterstützen"* (29.3.). *„Die nur mit Ausländern besetze Jury – von moskauunabhängigen Kommunisten majorisiert – hat die Urteile im Grunde schon fertig"* (Kurier am Mittag, NDR II, 29.3.). Diese *„notorischen Kritiker und Gegner der Bundesrepublik"* („BM", 29.3.) kennt man natürlich schon *„von anderen Schauplätzen, von Straßenschlachten, Demonstrationen und Hausbesetzungen"* („Nürnberger Zeitung", 31.3.). Das Tribunal, dieser *„kommunistische Zirkus"* („Welt", 28.3.), *„wird Sympathisanten-Abwässer produzieren"* („BM", 29.3.). **„Von diesem selbsternannten Tribunal bis zum Tribunal der Roten Brigaden, die Aldo Moro entführt haben, ist es nur ein kleiner Schritt"** („Welt am Sonntag", 2.4.).

Nach dem „Staatsrechtler" Kriele soll mit dem Russell-Tribunal *„die Isolierung dieses Staates betrieben, zum anderen die Wehrhaftigkeit gegen den Kommunismus nachhaltig geschwächt werden"* („NZ", 31.3.). Die CDU-Geschäftsstelle in Gießen und Wetzlar druckten den von 4.300 Menschen unterschriebenen Tribunals-Aufruf in der „FR" nach, mit der Aufforderung an ihre Anhänger, „rechtliche und disziplinarische Schritte" einzuleiten, *„um gegen Lehrer und Professoren vorgehen zu können, die kommunistisches Gedankengut unterstützen ‚und damit auch unsere Kinder verseuchen'"* („Gießener Anzeiger", 18.3.). Und der Wetzlarer stellvertretende CDU-Landtagsabgeordnete Gebhard-Euler hetzte dazu in Goebbels Manier: **„Durch die Sympathien vieler SPD-Mitglieder gegenüber kommunistisch gelenkten Aktionen scheue dieses ‚rußlandhörige Gesindel' nun nicht mehr das Licht der Öffentlichkeit"** (ebenda)!!

Tatsächlich – auf diese Komplimente darf man ruhig stolz sein!

Schrille Begleitmusik der DKP

Den Beginn des Russell-Tribunals kommentierte die DKP-Presse in der ihr eigenen „sachlichen" Art und Weise: **„'Russell-Tribunal' tagt in Frankfurt – Eröffnung mit antikommunistischen und antigewerkschaftlichen Akzenten"** („UZ", 31.3.78). *„Zu den Initiatoren zählten Kräfte mit antikommunistischen und antigewerkschaftlichen Positionen."* Das Tribunal werde *„von maoistischen und trotzkistischen Gruppen für ihre spalterische Tätigkeit mißbraucht"* („UZ", 30.3.78). **„Der bisherige Verlauf bestätigt ... die Befürchtungen demokratischer Kräfte der Bundesrepublik, daß das Russell-Tribunal nicht der Zusammenführung der demokratischen Kräfte dient, sondern für antikommunistische, gruppenegoistische Ziele und Absichten mißbraucht wird"** („UZ", 31.3.).

Wenn man dieses wütende, inhaltsleere Gegeifer mit der bedingungslosen Anbiederung der DKP an die doch nun wahrlich antikommunistische etc. Gewerkschaftsführung vergleicht, wird der Kontrast recht deutlich! Offensichtlich kann und kann die DKP es einfach nicht verdauen, daß hier ganz ohne ihre Regie und sogar gegen ihren eindeutigen Widerstand eine Sache zustande gekommen ist, die von fast allen fortschrittlichen Kräften, in einer für die BRD bisher wohl einmaligen Breite, unterstützt wird.

So ist es auch zu verstehen, daß die „UZ" (31.3.78) sich sehr empört über die *„Publizität"*, die das Tribunal ihrer Meinung nach ganz zu Unrecht in der Öffentlichkeit genießt. Die „UZ" versteigt sich in ihrer Wut darüber sogar zu der idiotischen Behauptung, die bürgerlichen Medien *„bekunden überaus großes Wohlwollen für die Frankfurter Veranstaltung. Das geschieht offenkundig, weil das Tribunal nicht der Zusammenführung demokratischer Kräfte gegen die Menschenrechtsverletzungen dient, sondern Spaltung und antikommunistische Gruppen begünstigen soll"* (31.3.78). Der DKP wäre es natürlich am liebsten, wenn das Russell-Tribunal in den bürgerlichen Medien totgeschwiegen würde. Daß dies nicht geschieht, ärgert die DKP unendlich. Dabei hat doch die in der Tat relativ breite (allerdings keinesfalls „wohlwollende"!) Kommentierung des Tribunals in den bürgerlichen Medien keinen anderen Grund als die gleichfalls recht breite Kommentierung in der „UZ": Das Tribunal ist halt ein Faktor, den man kaum totschweigen k a n n. Das paßt weder dem Springer noch dem Mies. Es ist aber nun mal so!

Das ist, nebenbei gesagt, ein alter Trick der DKP: Wenn die bürgerlichen Medien über eine Initiative berichten, die der DKP nicht ins Konzept paßt, so ist das ein Beweis für Kumpanei. Berichten sie hingegen über die DKP, so beweist das natürlich nur die „wachsende Beachtung, die die konstruktive Politik der DKP in der Öffentlichkeit findet."

Veranstaltungsreihe

Westberlin: Fast 3.000 Menschen kamen am 29.3. in die „Neue Welt" zur Russell-Veranstaltung mit zwei Mitgliedern der internationalen Jury und einem Mitglied des westdeutschen Beirats. Mehrere hundert Leute konnten aufgrund der Verweigerung eines geeigneten Raumes nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Von Lolle Nauta wurde erklärt, daß er sich nicht aus antideutschen Ressentiments am Russell-Tribunal beteilige, sondern weil es wichtig für ganz Nauta wurde erklärt, daß er sich nicht aus antideutschen Ressentiments am Russell-Tribunal beteilige, sondern weil es wichtig für ganz Europa sei, was in der BRD, dem mächtigsten Land in Westeuropa, geschieht; denn *„von der BRD werden nicht nur Mercedes' exportiert"*.

Bonn: 1.700 Leute beteiligten sich an dieser Russell-Veranstaltung, auf der u.a. Johan Galtung von der Jury und Gollwitzer für den Beirat sprachen. Johan Galtung bestand darauf, mit dem Publikum zu diskutieren. Außerdem setzte er sich dafür ein, daß die Gewerkschaftsausschlüsse vor dem Tribunal behandelt werden sollten. Von Zuhörern wurde über die drohenden Gewerkschaftsausschlüsse gegen Lübecker ÖTV-Mitglieder berichtet, die eine Antirepressionsveranstaltung unterstützt hatten, zu der u.a. auch die örtliche Russell-Initiative aufgerufen hatte.

Bremen: In einem Brief an die Russell-Peace-Foundation, das Russell-Sekretariat, die Jury und den Beirat sowie das „Sozialistische Büro" protestieren die „Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung" Delmenhorst und Bremen, die Oldenburger Russell-Unterstützergruppe und der ARAK Bremerhaven gegen die Art der Durchführung einer Russell-Veranstaltung mit Mitgliedern von Jury und Beirat am 5.4. in Bremen. Die Unterzeichner bedauern, daß diese der Durchführung einer Russell-Veranstaltung mit Mitgliedern von Jury und Beirat am 5.4. in Bremen. Die Unterzeichner bedauern, daß diese wichtige Veranstaltung allein über die ausgesuchten Kanäle des „Sozialistischen Büros" durchgeführt wird, ohne daß die Unterzeichnenden, seit längerem in der Russell-Unterstützungsarbeit aktiven Gruppen, hieran beteiligt werden. Dies stelle eine Schädigung der gewünschten breitestmöglichen Wirkung für eine solche Veranstaltung dar: *„Es drängt sich der Verdacht auf, daß mit der eingeschlagenen Vorgehensweise in außerordentlich schädlicher Weise gezielt bestimmte Gruppen in den Vordergrund gehoben und aufgewertet werden sollen."* Die Unterzeichner bitten um Auskunft, warum diese Veranstaltung nicht als gemeinsame Sache der Unterstützerbewegung geplant wird.

Gegenveranstaltung

Gegenveranstaltung zum Russell-Tribunal

Rechtzeitig und gezielt zur Eröffnung des Russell-Tribunals wurde der Plan eines „Kongresses zur Verteidigung der Republik" bekannt gegeben („Hannoveraner Kongreß") mit so prominenten Teilnehmern wie Max Frisch, Günter Grass, Carola Stern, Eugen Kogon, Jean Amery und Walter Jens – zumeist Mitglieder der Wählerinitiative von Schriftstellern und Künstlern zur Unterstützung der SPD.

Nicht nur das „timing" zeigt, daß hier gezielt eine Gegenveranstaltung gegen das Russell-Tribunal propagiert wird.

Daß die SPD bei diesem Vorgehen mitgemischt hat, verdeutlicht auch die von der Presse breit veröffentlichte Stellungnahme von Professor Kogon zum Tribunal, der im Sinne von SPD-Integrationsversuchen gegenüber linken Kritikern der Entwicklung in der BRD erklärte, daß *„trotz Kritik an der Bundesrepublik diese ein freiheitlicher Rechtsstaat"* sei, der nicht in eine Reihe mit faschistischen Staaten gestellt werden dürfe. Die bürgerliche Presse interpretierte dann auch die Absichten des Hannoveraner Kongresses: er sei *„als Gegengewicht zum Frankfurter 'Tribunal' gedacht"* (Nürnberger Nachrichten, 30.3., Neue Hannoversche, 29.3., Welt, 29.3.); der Kongreß sei *„unschwer als Gegenveranstaltung zum januskōpfigen 'Russell-Tribunal' auszumachen"* (Stuttgarter Zeitung, 29.3.).

Die Initiatoren des Kongresses vermieden allerdings einen Frontalangriff auf das Tribunal, an dessen *„Unvoreingenommenheit sie nicht glauben können"* (Stuttgarter Zeitung, 29.3.). Sie spekulieren dabei offensichtlich auf Einbrüche in der Russell-Bewegung. Nicht zuletzt wird gerade immer hervorgehoben, daß es sich um *„kritische Demokraten"* (Stuttgarter Zeitung), Personen, *„die sich schon in den vergangenen Jahren als qualifizierte Gegner des Radikalenerlasses gezeigt hatten"* (Nürnberger Nachrichten), handele, was bei einigen der aufgeführten Namen zutrifft. Daß die mit dem Kongreß verfolgte Strategie nicht ganz ohne Wirkung ist, zeigen die Reaktionen einzelner Russell-Beteiligter. Prof. Narr betonte auf Pressekonferenzen, der Kongreß werde mit Begeisterung begrüßt und *„jeder von uns würde auch daran teilnehmen"*. In ähnlicher Weise pflichtete ihm Tribunalsmitglied Galtung bei, der besonders betonte, wie erfreulich es sei, daß die Deutschen die Sache in die eigenen Hände nähmen. Hinweise auf den gegen das Tribunal gerichteten Charakter wurden strikt abgestritten. Hat man so schnell die Propagandareise für das „Modell Deutschland" eines Grass durch's Ausland vergessen??

[illegible] sich nicht als Angeklagter und sehe der Sache mit aller Gelassenheit entgegen. Der Beirat gab sich im Gegenzug ebenso "gelassen" bei der Kritik an Repressionsmaßnahmen des westdeutschen Staates. Umso engagierter war man dafür bei der Abgrenzung von K-Gruppen und von Angehörigen der politischen Gefangenen zugange, die eine Kirche in Harheim besetzt hatten (siehe Bericht).

Dies nahm teilweise groteske Züge an. Er könne sich nicht vorstellen, meinte beispielsweise Narr auf der ersten Pressekonferenz am 29.3., daß der SPD-Vorstand heute einen solchen Abgrenzungsbeschluß gegen das Russell-Tribunal fällen würde, wie er es getan hat (warum nimmt er diesen Beschluß dann nicht zurück?). Oder: Die Anti-Russell-Tiraden des DGB beruhten auf "Mißverständnissen" und "Fehlinformationen" (warum werden dann die ersten Ausschlußverfahren vorbereitet?). – Angesichts solcher Thesen konnte einem der Atem stocken...

Die Presse zeigte sich in der Mehrheit nicht auf den Kopf gefallen und nahm den Ball auf. Das Tribunal selbst und die Jury bekamen ver-

[illegible] macht wurde. Alles in allem [illegible]zierte sich das Sekretariat von den „Antifolterkomitees" bereits am 28.3., der Beirat brachte es sogar auf tägliche Abgrenzungserklärungen am 29., 30. und 31.3. (an diesem Tag wurde die Kirche geräumt).

Die Jury hingegen wandte sich am 31.3. zwar auch gegen den *„Mißbrauch"* des Namens des Russell-Tribunals durch die besetzenden „Russell-Initiativen zu den Haftbedingungen politischer Gefangener", bekräftigte jedoch die Forderung nach voller Wahrung der Rechte von Inhaftierten und bat um *„die unverzügliche Vorlage von dokumentierten Fällen möglicher Verletzungen der Rechte der Gefangenen"*. Gespräche mit den Angehörigen wurden geführt. Einen Tag später beschloß die Jury, eine Unterkommission zu Stammheim zu bilden. Narr und Wesel war es nicht gelungen, durch ihre vorgezogenen, auf eigene Faust verfaßten Stellungnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen.

Damit war ihre Beschwichtigungsstrategie gegenüber der Sozialdemokratie in einem zentralen Punkt gescheitert.

„Gustav-Heinemann-Initiative"

Am 22.3. stellte sich die neugegründete „Gustav-Heinemann-Initiative" der Öffentlichkeit vor. Die Initiative soll jedem offen stehen, der sich den Gedanken des toten Bundespräsidenten verbunden fühlt, dessen Name für *„die besten Traditionen des liberalen Bürgertums, des demokratischen Sozialismus und christlicher Weltverantwortung"* stehe (aus dem Aufruf der Initiative, „Vorwärts" vom 30.3.). Am 23. Mai, *„dem Tag des Grundgesetzes"*, will sich die Initiative mit allen Interessenten treffen, *„um über die Gefahren zu sprechen, die unserem Grundgesetz heute drohen, und über die Chancen, die es auch heute bietet"*. Die Initiative scheint von vornherein stramm im Kielwasser der Sozialdemokratie zu schwimmen. Gründungsmitglieder wie Erhard Eppler, Heinz Oskar Vetter, Johannes Rau (NRW-Wissenschaftsminister, designierter Nachfolger von Kühn), Verfassungsrichter Simon usw. lassen gar keinen anderen Schluß zu. Engagierte Demokraten wie die Theologen Gollwitzer und Frenz erfüllen demgegenüber bestenfalls die Funktion eines linken bzw. liberalen Feigenblattes. Entsprechend schlußfolgert auch die „Deutsche Zeitung – Christ und Geld": *„Insgesamt scheint der neue Kreis innerhalb der SPD doch ein Auffangbecken für diejenigen am linken Rand der Partei zu sein, die man vor dem Abgleiten ins politische Sektierertum bewahren und an die Partei anbinden (!) will ..."* („DZ", 31.3.).

Laut „DZ" will die Heinemann-Initiative auch einen am 15./16. April in Hannover stattfinden Kongreß unterstützen, der als Gegenveranstaltung zum Russell-Tribunal fungiert (siehe dazu auch Artikel in diesem AK). Das Russell-Tribunal zeigt Wirkung. Jetzt wird es aber Zeit für FDP und CDU/CSU, ihrerseits „Heuß-Initiativen" und „Lübke-Komitees" zur „Verteidigung der Demokratie" zu gründen.

Verlag Neue Kritik DM 13,80

„Der Deutsche Herbst" heißt bei den Autoren „Die Tage vor Köln",

Bravo! DFG/VK für Russell-Tribunal

Nach langen Geburtswehen ist es endlich geschafft: In der letzten „Zivilcourage", der Zeitung der DFG/VK, veröffentlichte der Bundesvorstand jetzt einen schon vor einiger Zeit gefaßten Beschluß, in dem er die Notwendigkeit einer Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in der BRD unterstrich. Er rief dazu auf, dem Russell-Tribunal Materialien zu den die KDV'ler betreffenden Repressialien zur Verfügung zu stellen und Zeugen zu benennen.

Dieser Beschluß bringt die in der DFG/VK vorhandene breite Zustimmung zum Russell-Tribunal zum Ausdruck: Bereits vor dieser Entscheidung hatten sich die Landesverbände Baden-Württemberg und Westberlin für das Russell-Tribunal ausgesprochen; einzelne DFG/VK-Gruppen arbeiten in den örtlichen Russell-Initiativen mit (z.B. Tübingen); einzelne DFG/VK-Mitglieder hatten „in Privatinitiative" dem Tribunal Material zur Verfügung gestellt; eine wegen Mitgliedschaft in der DFG/VK in Bayern vom Berufsverbot betroffene Lehrerin, Cornelia Stoll, war sogar bereit, ihren Fall vor der Jury des Russell-Tribunals darzustellen!

Dieser Beschluß des Bundesvorstandes ist umso erfreulicher, als sich an dieser Frage unseres Wissens erstmalig in der bisherigen Politik der DFG/VK ein Standpunkt durchgesetzt hat, der dem der Revisionisten diametral entgegensteht (die DKP hetzt bekanntlich in altbekannter Manier weiter g e g e n das Tribunal). Dies macht zum einen deutlich, daß die zur bisherigen Vorstandsmehrheit oppositionellen Kräfte in der DFG/VK in der letzten Zeit an politischen Einfluß und Durchsetzungsvermögen gewonnen haben; der Beschluß dokumentiert aber auch in aller Schärfe die Schwierigkeiten der Revisionisten, auch in dieser Frage, wo ein großer Teil ihrer traditionellen Bündnispartner das Tribunal unterstützt, die Durchsetzung ihrer Unvereinbarkeitspolitik zu gewährleisten.

Vorausgegangen war diesem Beschluß eine recht langwierige Debatte innerhalb des Verbandes. Bereits im Frühjahr letzten Jahres hatte es in der DFG/VK die ersten Auseinandersetzungen gegeben. Der Bundesvorstand lehnte damals einen Antrag zur Unterstützung des Tribunals ab. Der Westberliner Landesverband schrieb über diese Vorgänge in seinem „Aktivisten-Rundbrief" vom August '77: *„Der Bundesvorstand vermochte es nicht, auf seiner letzten Sitzung in Stuttgart einen Antrag auf DFG/VK-Beteiligung positiv zu entscheiden. Die Gründe hierfür sind unklar... Wir meinen, daß eine Ablehunug einer DFG/VK-Beteiligung zumindest begründet werden muß... Das Ehrenmitglied des VK, Bertrand Russell, und die seine Arbeit fortsetzende Russell-Peace-Foundation müssen auch weiterhin einen Platz in der DFG/VK haben."*

Unter expliziter Bezugnahme auf einen ähnlichen Beschluß der SOdZdl bekräftigte der Westberliner Landesvorstand dann noch einmal seine Unterstützung des Tribunals und seine Mitarbeit in der Westberliner Unterstützerbewegung; er mißbilligte das Verhalten des Bundesvorstands in dieser Frage und forderte ihn sowie den Bundesausschuß der DFG/VK dazu auf, ihre bis dahin ablehnende Haltung zu revidieren. Auf der nächsten Bundesvorstandssitzung am 3./4.9.77 wurde der Tagesordnungspunkt ‚Russell-Tribunal' dann noch einmal ausführlich behandelt. Der Bundesvorstand behielt es sich dabei vor, seine Entscheidung über die Unterstützung des Russell-Tribunals von dem Erhalt einer gültigen, autorisierten Entscheidungsgrundlage abhängig zu machen.

Zu diesem Zweck wurde ein Brief an die Russell-Peace-Foundation beschlossen, in den nahezu die gleichen Fragen aufgenommen wurden, die zuvor auch die DKP-dominierte Initiative „Weg mit den Berufsverboten" formuliert hatte, um sich damit die Nichtbeteiligung am Russell-Tribunal so leicht wie möglich zu machen (zentraler Bestandteil dieser Fragenkataloge waren jeweils die Komplexe „politischer Stellenwert" des Tribunals, Gewerkschaftsausschlüsse, politische Gefangene, Unterstützerkreis etc.). Bis dahin also lag die DFG/VK, was die Beschäftigung mit Russell betrifft, immer noch voll auf der für die Revisionisten allgemein verbindlichen Linie – wenngleich auch die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" erheblich dreister aufgetreten war und der Russell-Foundation u.a. von vornherein abverlangt hatte, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften nicht zu behandeln.

Stellvertretend für die Russell-Foundation antwortete am 12.10.77 Thomas Dieckmann vom Sekretariat auf die Anfrage des DFG/VK Bundesvorstandes. Dieckmann zeigte sich ähnlich „entgegenkommend" wie bereits gegenüber der Hamburger „Initiative", was schließlich in der Aussage gipfelte: *„Meines Erachtens kann es nicht die Absicht des Tribunals sein, die Grenzen zwischen radikaldemokratischer Opposition und den Terroristen zu verwischen"* (damit wollte D. klarstellen, daß die Vorfälle in Stammheim keinesfalls Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein könnten!).

Vor der entscheidenden Bundesvorstandssitzung am 10./11.12.77 in Stuttgart wandte sich Eva-Maria Bannach, BV-Mitglied und Vorsitzende des Westberliner Landesverbandes der DFG/VK, mit einem Brief an die Vorstandsmitglieder, in dem sie nochmals die Notwendigkeit des Russell-Tribunals begründete und den Bundesvorstand aufforderte, seine ablehnende Haltung so schnell wie möglich zu revidieren. Sie schrieb: *„Liebe Freunde. Es geht wieder einmal um das Russell-Tribunal, um was sonst, wie mir scheint, jedoch nicht n u r um dieses. Jetzt sähe ‚die Sache eher noch schlimmer aus als vorher', wurde bei der letzten BV-Sitzung gesagt, und das war die Begründung dafür, daß ‚die Sache' für nicht so wichtig eingestuft wurde. Was sieht noch schlimmer aus?? Ich meine, nicht das Russell-Tribunal, dessen Jury von nicht einem Demokraten per Feindbild abgelehnt werden kann, ebensowenig wie der deutsche Beirat. S o n d e r n die politischen Zustände in der Bundesrepublik!!...*

Ich verlange nicht, daß der Bundesvorstand sich zu ‚vaterlandslosen Gesellen' erklärt; ich unterstelle auch nicht, daß der BV gewollt mit der Reaktion schweigt. Ich stelle nur fest, daß das politische ‚Dilemma' so weit gediehen ist, daß Pazifisten Angst haben, sie könnten mit Terroristen verwechselt werden. Damit dohen sie (um überdeutlich zu sein), willkommene Bauklötze für die Festung der Einschüchterungsstrategen zu werden ...

Es liegt mir fern, die BRD mit der Weimarer Republik zu vergleichen, es liegt mir genauso fern, Analogieschlüsse zwischen der BRD und dem Chile Pinochets zu ziehen. Warum aber sehe ich mich überhaupt genötigt, solche potentiellen Unterstellungen im Vorhinein von der Hand zu weisen? Ebenso wie manche anderswo mit den vorsorglichen Worten ‚Ich bin zwar kein Linker' oder – noch besser! – ‚Ich bin zwar eigentlich ganz unpolitisch' um geneigte Ohren buhlen zu müssen.

Ich habe allerdings das dumpfe Gefühl, daß so, wie ‚wir' uns gegen abenteuerliche Gleichsetzung zur Wehr setzen, andere Landsleute sich heute dagegen wehren, mit den hiesigen Zuständen in einen Topf geworfen zu werden...

Wogegen wir uns doch wehren müssen, – und zwar schleunigst – das ist die immer weiter klaffende Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, die zunehmend per Gesetz, per Verfassungsgerichtsurteilen, per Verwaltungsanordnung und nicht zuletzt per Exekutive festgeschrieben wurde und womöglich wird ...

Ich schäme mich der unsensiblen Situations- und Entwicklungsanalyse, die der abwartenden und abwertenden Haltung des BV zum Russell-Tribunal zugrunde zu liegen scheint (und bedaure, daß ich mich bislang auf eine ‚bessere' Einsicht verlassen habe), was einem ablehnenden Signal für die Mitgliedschaft gleichkommen mußte. Freunde, ich fürchte in der Tat, daß wir uns mitschuldig machen an dem Totschweigen, das um sich greift.

Jede von uns verschwiegene Menschenrechtsverletzung trägt bei zu unserer nächsten frechen Herausforderung, im Westen wie im Osten. Stabilisiert das Feindbild-Denken hier wie dort. Den Anti-Kommunismus und den ‚Anti-Antikommunismus' ... Auch aus dieser Motivation heraus sollten wir das Russell-Tribunal unterstützen. Wir sollten nicht all diejenigen allein lassen, die – auch für uns – tatkräftig versuchen, massivem Druck von oben standzuhalten. Dazu gehört selbstverständlich auch die Initiative Weg mit den Berufsverbotten, dazu gehören aber eben auch die Jungdemokraten und die Jungsozialisten, denen praktisch die innerparteiliche ‚Vogelfreiheit' versprochen wurde, sofern sie es wagen... Ich hoffe, wir wagen es!!!"

Gleichzeitig legte Eva-Maria Bannach eine Beschlußvorlage vor, in der sie verlangte, daß der Bundesvorstand das Russell-Tribunal begrüßen solle und die Landesverbände und Gruppen aufgefordert werden, in ihren Bereichen für das Tribunal zu werben, Materialien beim Russell-Sekretariat zur Werbung in den Gruppen anzufordern und in der nächstmöglichen Ausgabe der „Zivilcourage" über die Unterstützung des Russell-Tribunals zu berichten.

Auch wenn der dann schließlich beschlossene Aufruf nicht ganz so weitgehend ist, so ist damit jedoch eine gute Grundlage geschaffen, um in den DFG/VK-Gruppen ‚auf Volldampf' zu schalten und die Möglichkeiten zu nutzen, die Repressionen gegen KDV-ler, die Einschränkungen des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung usw. bei der zweiten Sitzungsperiode der Jury zur Sprache zu bringen!!

Russell—Kurzmeldungen

Norwegen: In der Märznummer ihres „Studentforum" hat die Norwegische Studentenunion dem Russell-Tribunal ihre volle Unterstützung zugesagt. In der Studentenzeitung zugesagt. In der Studentenzeitung heißt es dazu u.a.: *„Wegen Übergriffen auf demokratische Rechte ist die BRD ins Kreuzfeuer geraten. Es sieht so aus, als würde dies eine schlimme Tradition in diesem Lande sein. Bürgerlich-liberale Traditionen haben nie einen Nährboden gehabt. Die Folgen sind u.a.: Eine lange und konsequente Verfolgung der Linken und damit derjenigen Kräfte, die am entschiedensten das Nazitum und andere Phänomene, die die deutsche Geschichte so tragisch gemacht haben, bekämpft haben ..."*

Weiterhin kritisiert „Studentforum" die Haltung eines großen Teils der norwegischen Presse, die offenbar darum bemüht ist, die Kritik an der BRD abzuschwächen.

Das „Studentforum" will über den Verlauf des Russell-Tribunals ausführlich informieren. Die Norwegische Studentenunion plant eine Westdeutschlandwoche. Auch das norwegische Berufsverbote-Komitee bereitet z.Zt. mehrere Veranstaltungen vor.

***

Dänemark: Im März hat sich die Initiativgruppe „vesttyskland information" mit einer Probeausgabe ihrer Zeitung ‚Die Verbotsrepublik' der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie will durch Berichte, Zusammenstellung und Übersetzung von Dokumenten sowie anderen Materialien speziell solche Vorgänge in der BRD aufgreifen, die in der dänischen Öffentlichkeit weniger bekannt sind. In der ersten Ausgabe der neuen Zeitung werden beispielsweise folgende Themen behandelt: Die Solidarität von



mehr als 200 Vertrauensleuten der dänischen Volksschul- und Gymnasiallehrergewerkschaft mit den vom Ausschluß bedrohten (bzw. mittlerweile davon betroffenen) Bochumer GEW-Kollegen; die Verschärfung der Berufsverbotepraxis am Fall Häberlein, die „Buback-Nachruf"- und die Grohnde-Prozesse, die Angriffe auf das Russell-Tribunal, der OTRAG-Raketenstützpunkt der BRD in Zaire und die politische Entlassung der Storno-Kolleginnen in Flensburg.

Die Gruppe „vesttyskland information" bittet um Stellungnahmen und um die Zusendung von Material. **Kontaktadresse:**

vesttyskland-information
Nörrebrogade 88, 4
2200 Kopenhagen N.

***

Frankfurt: Am Osterwochenende kamen die Mitglieder der NARGS (Nationale AG Repression gegen Schwule) zu ihrem bisher zehnten Treffen zusammen. Wie bereits von Anfang an geplant, wird sich dieser Zusammenschluß schwuler Gruppen aus nunmehr zwölf Städten nach dem Russell-Tribunal nicht auflösen, sondern die Sammlung von Repressionsfällen verstärkt für die Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, um die unvermindert anhaltende Diskriminierung von Schwulen in der BRD zu bekämpfen. Auf dem Treffen wurden eine Reihe neuer Projekte in Angriff genommen: So wird die NARGS zu Pfingsten in Hamburg das traditionelle Pfingsttreffen der Schwulengruppen veranstalten. Dabei soll in Form von Straßenaktionen, Teilnahme am Stadtparkfest usw. u.a. auch Propaganda für die „Bunte Liste /Wehrt Euch" gemacht werden.

In einigen Städten wollen die Schwulen am 1. Mai in eigenen Blökken an den Demonstrationen teilnehmen. Desweiteren wurde zum 8. Mai (Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus) eine Presseerklärung erarbeitet, in der unter Hinweis auf die kürzlich aufgetauchte Doktorarbeit des ehemaligen niedersächsischen Justizministers Puvogel die Situation der Schwulen im „III. Reich" dargestellt wird (Puvogel hatte in seiner Doktorarbeit die Beseitigung „unwerten Lebens", u.a. auch der Schwulen gefordert).

Das bedeutendste der verabredeten Projekte aber wird ein internationaler Schwulenkongreß sein, der unter dem Arbeitstitel „Rosa Mond von Homolulu" Ostern '79 stattfinden soll. Auf diesem Kongreß sollen Erfahrungen ausgetauscht, Vorschläge für die zukünftige, auch internationale Arbeit diskutiert und natürlich gefeiertwerden. Der Ort des Treffens steht noch nicht fest. Ein Aufruf zu diesem bislang einmaligen Kongreß wird in den nächsten Wochen in sechs verschiedenen Sprachen in alle Welt gehen.

***

Frankfurt. In einemals Pressemitteilung verbreiteten „Offenen Brief" an die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber, erläutert der „Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend" die Gründe für seine Unterstützung des Russell-Tribunals: *„Tatsächlich .. hat es in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren einige Hunderttausend Überprüfungen von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz und zahlreiche Berufsverbote gegeben, und es gibt sie weiter; es gibt Einschränkungen der Verteidigerrechte, neue Polizeigesetze, Kontaktsperre für vermeintliche Terroristen, Verschärfungen in der Strafgesetzgebung und auch Disziplinierungen von demokratischen Jugendverbänden ...*

Dieses sind Tatsachen und Entwicklungen, denen wir entsprechend unserer Zielsetzung als krititscher, demokratischer Jugendverband ... entschieden entgegentreten müssen ... Deshalb unterstützt unser Verband aktiv die Vorbereitung und Durchführung des Russell-Tribunals ..." Desweiteren schreibt der BDP: *„Mit Empörung haben wir die Veröffentlichung eines internen Papiers des Innenministeriums ... zur Kenntnis genommen: Ein Planspiel über die Möglichkeiten, das Russell-Tribunal zu verhindern, zu kriminalisieren, auszuschalten. U.a. führt es auch einen Punkt an (3.4.), der uns als geförderten Jugendverband direkt betrifft, nämlich die Möglichkeit der Aberkennung der Förderungswürdigkeit von Verbänden, die das Russell-Tribunal unterstützen ... Wir fordern Sie, Frau Ministerin, daher auf, deutlich zu machen, daß sie sich von der Überlegung distanzieren, Jugendverbänden, die das Russell-Tribunal unterstützen, die Förderung zu entziehen, und uns dies bitte auch mitzuteilen!".*

***

Hannover. Am 18.3. fand in Hannover eine dritte Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Russell-Tribunal statt, zu der ca. 150 Interessierte erschienen. Damit war es dem Anti-Repressions-Arbeitskreis trotz verschiedener Boykott- bzw. Erpressungsversuche seitens der Juso/SB/GIM-Fraktion noch gelungen, gemeinsam mit dem Juso-Unterbezirk Hannover , Juso-AStA TU, GIM, KB, hsh, SB, Theaterwerkstatt und Unorganiserten eine Veranstaltung zu kontroversen Standpunkten innerhalb der Unterstützerbewegung durchzusetzen. Es sprachen S.Cobler vom Sekretariat; H.B.Rhein (Juso, VDS-Vorstand); Hans Seichter (aus der Gewerkschaft ausgeschlossener Betriebsratsvorsitzender der Delmenhorster Müllwerker) und Kurt Groenewold. Rhein wies noch einmal auf die (inzwischen offenbar modifizierten) Bedingungen hin, von deren Erfüllung der Juso-Bundesvorstand eine Unterstützung des Tribunals abhängig macht: *„1. die Gewerkschaften dürfen nicht mit auf die Anklagebank gesetzt werden; 2. die SPD muß geschont werd*[...]

tenjagd in der Presse und vor allem auch le eine vorübergehende Kirchenbesetzung Tribunals Die Besetzer wollten mit dieser ılichen Haftbedingungen für politische Gemachen und Öffentlichkeit für den Hungeren. Pfarrer und Kirchenvorstand wandten ben der Polizei aber auch nicht die Erlaub-

Die Anklagerede wurde in Form eines Gutachtens von Erich Kuby vorgetragen, seines Zeichens Journalist beim „Stern". Er ging mit der sozialliberalen Regierung hart ins Gericht. Die heutige Situation sei

gebener Konzeption und Vorbereitung des Russell-Tribunals nicht an diesem Vorhaben" beteiligen wolle. *„Einer unserer wesentlichen Vorbehalte"* – so Mechthilt – *„trifft den Anspruch der Unabhängigkeit des Russell-Tribunals".* Was nun gerade daran so schlecht sein soll, erfährt man zwei Sätze später: *„wir haben jedoch den Eindruck gewonnen, daß mit der ‚Unabhängigkeit' die Unabhängigkeit von der bestehenden Bewegung gegen die Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte gemeint ist".* Wenn prominente Revi-Partner von der „bestehenden Bewegung" sprechen, meinen sie damit natürlich in erster Linie sich selber – also DKP, MSB, SHB, usw. Ein Grund mehr, die Unabhängigkeit des Russell-Tribunals auch vor den einengenden und spalterischen Praktiken der „bestehenden (Revi-)Bewegung" zu verteidigen und Mechthild bis auf Weiteres im eigenen Saft schmoren zu lassen (Zitate aus „Extra-Dienst", 21.3.).

Nach Berichten der Skandinavien-Kommission, eines Mitglieds der

Staatsbürgerlichen Freiheiten erben hat.
Vun ist es so, daß die SPD der erufung des Tribunals ziemlich hnend gegenübersteht und daß egierungskreisen erwogen wurde, man diese Arbeit behindern kön- Verschiedene Stellungnahmen bisher von Organisationen inner- Deutschlands gemacht worden, z.B., daß das Tribunal „unter munistischem Einfluß" stehe in anderer Weise einseitig sei. möchten unsere wohlbedachte cht kundtun, daß alle diese tionen falsch sind. Wir unteren Jo Richardson in ihrer Entdung am Tribunal teilzunehmen, hes unseres Erachtens nach wertobjektive Erkenntnisse zu einem na liefern wird, das alle diejenin Westeuropa direkt betrifft, en die Bürgerrechte wichtig sind.

Frank Allaun, MP, Norman Atkinson, MP, Robin Cook, MP, Robin Corbett, MP, Martin Flannery, MP, Arthur Latham, MP, Tom Litterick, MP, Ian Mikardo, MP, Stan Newens, MP, Jeff Rooker, MP, Brian Sedgemore, MP, Ron Thomas, MP, Stan Thorne, MP, Aurdrey Wise, MP.

Zur Politik des SB

Ein durchaus "gefährliches Spiel" mit dem Russell-Tribunal betreibt das Sozialistische Büro (SB), das im westdeutschen Beirat und im Sekretariat maßgeblichen politischen Einfluß besitzt. Je näher das Russell-Tribunal rückte, desto mehr entfalteten die SB-orientierten Kräfte ihre politisch-taktischen Vorstellungen zur vollen Blüte – und desto waghalsiger wurden die raffinierten Schlenker, mit denen sie diese Politik nach allen Seiten hin (und das heißt vor allem nach rechts!) schmackhaft machen wollten. Zur Glaubwürdigkeit des Tribunals hat diese Übertaktiererei sicher nicht beigetragen.

Insbesondere die Professoren Narr und Wesel (beide im Beirat) ließen keine Gelegenheit, die sich ihnen kraft ihres Amtes in den Medien bot, aus, ihre speziellen Vorstellungen als die einzig maßgeblichen kundzutun. Diese sind auf einen kurzen Nenner gebracht: Auf gar keinen Fall das „Modell Deutschland" allzu scharf kritisieren, um Bündnismöglichkeiten mit der SPD, dem DGB und der DKP nicht zu verbauen. Im Sinne solcher taktischen Zugeständnisse wurden Statements und Versprechungen an Hinz und Kunz abgegeben, was die Jury tun und was sie auf alle Fälle lassen werde. Dies stellte eine klare Präjudizierung des Tribunals selbst dar, wozu Beirats- wie auch Sekretariatsmitglieder (die diese schlechten Sitten eingeführt hatten), in keinster Weise befugt waren. Die Jury freilich ließ sich ihren eigenen Kopf nicht nehmen und brachte so manches durcheinander, was Beirat bzw. Sekretariat mit höchstem taktischen Geschick eingefädelt hatten.

Blick auf die Sozialdemokraten

Die SPD hatte im Vorfeld des Tribunals nicht lange gebraucht, um festzustellen, daß der Versuch der Bundesregierung, dem Tribunal mit der bewährten Methode der Sympathisantenjagd beizukommen, nicht gerade Pluspunkte gebracht hatte. Sie schickte also ihre "Linken" vor mit der Argumentation, Kritik sei prinzipiell zwar diskutabel, völlig unmöglich und ein "schwerer Fehler" sei es jedoch, ein Russell-Tribunal durchzuführen, da dies die BRD auf eine Stufe mit Vietnam und Chile stelle (denen die Untersuchungen der beiden ersten Tribunale galten). Dieses monoton wiederholte und bis zur absoluten Plattheit breitgetretene "Argument" ist freilich reine Demagogie. Denn erstens ging es auch bei diesen beiden Tribunalen vor allem um die Untersuchung einer bürgerlichen Demokratie, nämlich der USA, und zweitens war es frei erfunden, die BRD solle als ein System, das mit Chile oder Südvietnam vergleichbar wäre, angegriffen werden.

Dennoch erreichten derlei Plattitüden aus der SPD und der ihr hörigen Presse ihren Zweck: Beirat und Sekretariat distanzierten sich bei jeder Gelegnheit davon, die BRD für faschistisch zu halten und zollten dem westdeutschen "Rechtsstaat", den sie ja nur vor Schlimmerem bewahren wollten, ihren Respekt. Sei-
dem westdeutschen "Rechtsstaat", den sie ja nur vor Schlimmerem bewahren wollten, ihren Respekt. Sei-
tenhiebe gegen den KB ließ man sich dabei natürlich nicht entgehen, denn dieser vertrete angeblich solche "fixen Ideen" ("Faschismusthese"). Ein alles in allem doch recht einfältiges Vorgehen! Nicht ein einziges Mal waren die Herren in der Lage, sich mit der von uns behaupteten Faschisierung in der BRD (nicht Faschismus! – aber Lesen will auch gelernt sein...) auch nur ansatzweise inhaltlich auseinanderzusetzen.

Stattdessen gingen die Beteuerungen einiger Beiratsmitglieder, bei diesem Tribunal handle es sich um etwas völlig Neues und gänzlich anderes als bei den vorangegangenen, und man werde auf keinen Fall zu nahe treten, soweit, daß der „Vorwärts" der SPD bereits öffentlich spekulierte, vielleicht könnte ein „Freispruch" für das „Modell Deutschland" drinliegen. Man dürfe allerdings auf keinen Fall mit Repressionsmaßnahmen gegen die Leute vorgehen, da man damit nur alles verderbe. Im Gegenzug müsse jedoch vom Beirat und vom Sekretariat erwartet werden, daß diese sich von den Linksradikalen distanzieren.

Dies war die Ausgangssituation zu Beginn der ersten Sitzung der Jury. Die Bundesregierung erklärte schamlos, Verbotsmaßnahmen gegen das Tribunal könne nur vermuten, wer unter Verfolgungswahn leidet. Man fühle sich nicht als Angeklagter und sehe der Sache mit aller Gelassenheit entgegen. Der Beirat gab sich im Gegenzug ebenso "gelassen" bei der Kritik an Repressionsmaßnahmen des westdeutschen Staates. Umso engagierter war man dafür bei der Abgrenzung von K-Gruppen und von Angehörigen der politischen Gefangenen zugange, die eine Kirche in Harheim besetzt hatten (siehe Bericht).

Dies nahm teilweise groteske Züge an. Er könne sich nicht vorstellen, meinte beispielsweise Narr auf der ersten Pressekonferenz am 29.3., daß der SPD-Vorstand heute einen solchen Abgrenzungsbeschluß gegen das Russell-Tribunal fällen würde, wie er es getan hat (warum nimmt er diesen Beschluß dann nicht zurück?). Oder: Die Anti-Russell-Tiraden des DGB beruhten auf "Mißverständnissen" und "Fehlinformationen" (warum werden dann die ersten Ausschlußverfahren vorbereitet?). – Angesichts solcher Thesen konnte einem der Atem stocken...

Die Presse zeigte sich in der Mehrheit nicht auf den Kopf gefallen und nahm den Ball auf. Das Tribunal selbst und die Jury bekamen vergleichsweise "gute Noten". Dagegen wurden die "linksextremen Unterstützer" des Tribunals anläßlich der Kirchenbesetzung noch einmal recht gruselig aufgelistet und sozusagen mundgerecht für eine Distanzierung serviert. Die "FAZ" gab sich betont sachlich, registrierte *"Rechtfertigungsversuche"* des Tribunals und enthielt sich ansonsten jeder Wertung der Vorgänge (30.3.78). Der Hinweis auf *"Störer... , die für die Gefangenen der 'Roten Armee Fraktion' demonstrierten"*, auf den Verkauf von Schriften der "Roten Brigaden" im Foyer des Bürgerhauses, auf anwesende Palästinenser und überaus radikale Zivildienstleistende durfte allerdings nicht fehlen. Die "Nürnberger Nachrichten" registrierten den Auftakt des Tribunals gar mit freudiger *"Überraschung"* (30.3.). Am weitesten wagte sich die "Frankfurter Neue Presse" vor (30.3.). Das Tribunal habe sich *"so sehr in die Defensive (begeben), daß sich unwillkürlich die Frage stellte:'Wer ist eigentlich angeklagt, die Bundesrepublik oder das Russell-Tribunal?' "* Die "FNP" hofft daher, daß dem Tribunal *"gar nichts anderes übrig bleiben (wird), als zu einem verhältnismäßig 'milden' Urteil zu kommen."* Und zu der heißersehnten Abspaltung der Linken gehen dem Schreiber gar die Gäule durch: *"Wirklich unerwünscht waren den Russell-Juroren dagegen die Kommunisten einer anderen Couleur: die*
"Wirklich unerwünscht waren den Russell-Juroren dagegen die Kommunisten einer anderen Couleur: die
K-Gruppen, die ein paar Meter entfernt eine evangelische Kirche besetzten, nachdem sie sich als 'Angehörige der RAF' im Tribunal selbst kein Gehör verschaffen konnten."

Welche "goldenen (Distanzierungs-)Brücken" die Journalisten dem Tribunal zu bauen bemüht waren, geht aus einem (zusammenfassenden) Bericht der Pressekonferenz vom zweiten Sitzungstag hervor.

Frage eines Journalisten: Die Kirchenbesetzer verstehen sich als Teil der Unterstützungsbewegung; vielleicht sagen Sie dazu nochmal was... Narr: Distanziert sich.

Frage: Wenn ich so den Pressespiegel vor mir sehe, dann wird die Kirchenbesetzung fast überall in den Vordergrund gerückt. Sollte nicht die Jury recht bald eine Aussage zu den Inhalten und Forderungen dieser Aktion machen, da das Ihre Ziele ja doch ziemlich gefährdet...

Narr: Distanziert sich erneut (Wir lassen uns nicht in eine radikale Richtung drängen).

Frage: Die Kirchenbesetzer wollen ihre Aktion solange fortsetzen, bis die Jury ihre Forderungen erfüllt. Sind Sie bereit, diese Forderungen zu akzeptieren?

Narr: Distanziert sich wieder (Wir lassen uns nicht erpressen); usw. usf.

Es ist beschämend, wie leicht den Journalisten dieses Spielchen gemacht wurde. Alles in allem distanzierte sich das Sekretariat von den „Antifolterkomitees" bereits am 28.3., der Beirat brachte es sogar auf tägliche Abgrenzungserklärungen am 29., 30. und 31.3. (an diesem Tag wurde die Kirche geräumt).

Die Jury hingegen wandte sich am 31.3. zwar auch gegen den „*Mißbrauch*" des Namens des Russell-Tribunals durch die besetzenden „Russell-Initiativen zu den Haftbedingungen politischer Gefangener", bekräftigte jedoch die Forderung nach voller Wahrung der Rechte von Inhaftierten und bat um „*die unverzügliche Vorlage von dokumentierten Fällen möglicher Verletzungen der Rechte der Gefangenen*". Gespräche mit den Angehörigen wurden geführt. Einen Tag später beschloß die Jury, eine Unterkommission zu Stammheim zu bilden. Narr und Wesel war es nicht gelungen, durch ihre vorgezogenen, auf eigene Faust verfaßten Stellungnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen.

Damit war ihre Beschwichtigungsstrategie gegenüber der Sozialdemokratie in einem zentralen Punkt gescheitert.

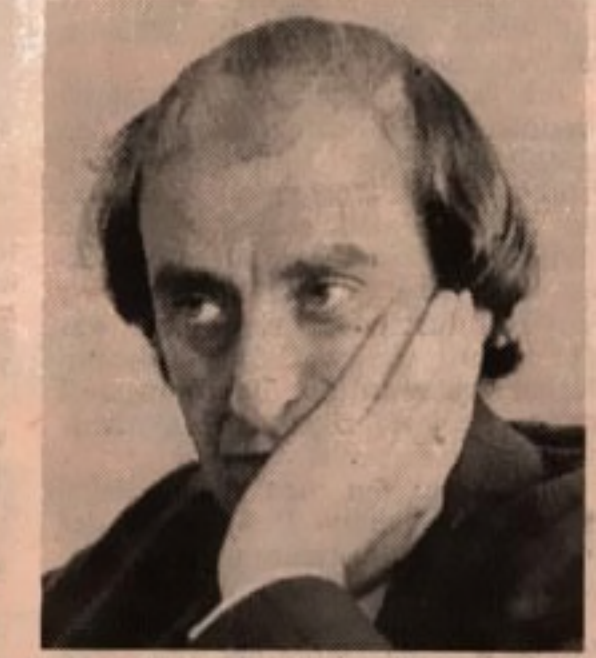
Schacher um Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse

Hatten einige Beiräte (bzw. Sekretäre) eine Behandlung des Stammheim-Komplexes schon immer eindeutig abgelehnt, so galt ihnen eine Untersuchung der Gewerkschaftsausschlüsse als Verhandlungsobjekt in den Gesprächen mit der DKP und den Jusos, für die dieses Thema absolut tabu ist.

Neben der Versicherung, die Gewerkschaftsausschlüsse seien kein Tagesordnungspunkt auf dem Tribunal, gab sich insbesondere Wesel schließlich zu dem Versprechen an die Adresse der DKP her, selbst zu intervenieren, falls diese doch auf dem Tribunal zur Sprache kämen. Bekanntlich waren all diese Bemühungen umsonst: Wesels Zusicherungen vermochten das (berechtigte!) Mißtrauen der DKP nicht zu besänftigen. Diese sah ganz richtig voraus, daß es den Jury-Mitgliedern bei aller Sympathie für Herrn Prof Wesel wichtiger sein würde, der Frage nachzugehen, ob es sich bei den Gewerkschaftsausschlüssen wirklich um menschenrechtsverletzungen handelt.

„Unabhängigkeit"...

Erstaunlich bei alledem bleibt, für wie selbstverständlich es Narr und Wesel hielten, daß Entscheidungen dieser Art bei ihnen lägen. Denn weder in der Frage Stammheim noch bei den UVB's waren sie legitimiert, irgendwelche Verhandlungen zu führen oder Entscheidungen zu treffen.



Halten viel von taktischer Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie: Narr, Wesel

Halten viel von taktischer Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie: Narr, Wesel

Diese Entscheidungen - so war es von Anfang an beschlossen - sollten allein in der Hand der Jury selbst liegen. Alles andere hätte dem Grundsatz einer unabhängigen Jury diametral widersprochen. Gegen diesen Grundsatz haben Narr und Wesel nicht nur in der Praxis ganz massiv verstoßen; sie haben sich sogar ausdrücklich zu dieser Verfahrensweise bekannt. So ließ das Duo der „FR" gegenüber mit selbstgefälliger Arroganz verlauten, nichts käme „offiziell" für das Russell-Tribunal heraus, was nicht über ihren Schreibtisch gegangen wäre (übrigens ein originelles Zeugnis über das Demokratieverständnis der Beiden!).

Man muß hier mit aller Deutlichkeit noch einmal daran erinnern, daß der westdeutsche Beirat dazu auserkoren wurde, der Jury beratend zur Seite zu stehen, und sonst gar nichts! Der Beirat wird z.B. keine Mitbestimmungsbefugnisse bei einer abschließenden Bewertung der Untersuchungen durch die Jury haben; es stand im übrigen auch keineswegs von vornherein fest, ob überhaupt westdeutsche Mitglieder in der Jury vertreten sein sollten. Ein so definierter Beirat täte, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, gut daran, sich im Hintergrund zu halten und bei politischen Stellungnahmen äußerste Zurückhaltung zu üben, um die Glaubwürdigkeit des Tribunals und die Unabhängigkeit seiner Urteilsfindung nicht zu gefährden.

Ähnliches gilt für das Sekretariat. Dessen Aufgaben wurden seinerzeit wie folgt bestimmt: „*...die einzige Aufgabe des Sekretariats ist die Vorbereitung des Tribunals. Anders als Organisationen oder Unterstützungskomitees muß sich das Sekretariat aller politischen Aktivitäten enthalten, außer der Vorbereitung des Tribunals. Es kann nicht abhängig von einer politischen Fraktion in der Unterstützungsbewegung sein, noch kann es Gruppen eine bestimmte Linie aufzwingen*" (Erklärung der Russell-Foundation vom 24.6.77). Das Gegenteil war der Fall. Große Teile der Unterstützungsbewegung, darunter auch der KB, hatten bei Einsetzung des (damals) „vorläufigen Sekretariats" durch die Russell-Foundation warnend darauf hingewiesen, daß es sich bei den Sekretären vor allem um solche handle, die in der Unterstützungsbewegung eine sehr prononcierte Position vertreten hatten, und von denen aufgrund ihres bisherigen Verhaltens auch nicht zu erwarten war, daß sie auf diese Position verzichten würden. In der Tat benutzten einige Sekretäre alsbald ihre neugewonnene „Autorität", um ihre Vorstellungen, die gerade im Verzicht auf eine allseitige Untersuchung des „Modell Deutschland" zugunsten einer Einbeziehung von SPD/DKP bestanden, in den Unterstützungsgruppen durchzusetzen. Diese Sekretäre waren (wie auch danach die maßgeblichen Kräfte im Beirat) eindeutig abhängig von einer Fraktion in der Unterstützungsbewegung (SB/GIM). Ebensowenig hielten sich diese Sekretäre an die Maßgabe: „Was genau unter diesen (Menschenrechts-)Verletzungen verstanden wird, kann nicht vom Sekretariat oder anderen Vertretern der Foundation entschieden werden. Nur eine unabhängige Jury wird dies entscheiden."

Materialvorbereitung....

Unerwartet kommt nun noch hinzu, daß Sekretariat und Beirat unterliessen, was eigentlich von jedermann für selbstverständlich gehalten wurde: „*Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Unterstützer, die Jury mit sorgfältig zusammengestelltem Material zu versorgen, so daß die Jury zu einem vollständigen Urteil über Menschenrechtsverletzungen kommen kann. Das Sekretariat hat die Aufgabe, dieses Material zu sammeln. Wir erklären öffentlich, daß kein Material unterschlagen werden wird, sondern daß alles der Jury übergeben werden wird und dies auf eine Weise, in der die Öffentlichkeit es kontrollieren kann...*" (Erklärung der Russell-Foundation, s.o.).

Tatsächlich wurde von Jury-Mitgliedern im Verlauf der ersten Sitzung mehrfach bemängelt, daß ihnen schlicht Dokumente fehlen - sowohl zu den angegebenen Berufsverbote-Fällen wie auch erst recht zu Gewerkschaftsausschlüssen und anderen Repressionsmaßnahmen. Offenbar verfügen die Jury-Mitglieder nur über Gutachten zu den verschiedenen Repressionsbereichen, die vom Sekretariat angefordert worden waren, sowie über zusammenfassende Berichte zu den vorgesehenen Berufsverbote-Fällen.

Weitere Materialien mußten während der ersten Jury-Sitzung vielfach noch ad hoc beschafft, übersetzt, vervielfältigt usw. werden.

Diese hanebüchene Schlamperei bei den elementarsten Vorbereitungsarbeiten für das Tribunal steht "in bemerkenswertem Widerspruch zu den überaus zahlreichen Engagements einiger Sekretäre und Beiräte in der „großen Politik" (bzw. dem, was sie dafür halten ...). Dies heißt nicht, daß es nicht einige unter ihnen gegeben hat, die mit diesen Arbeiten bis an den Rand ihrer physischen Leistungskraft befaßt waren. Wir wundern uns jedoch über den überaus breiten Raum, den z.B. neunmalschlaue Lehrmeisterei der westdeutschen Linken durch Beirats- und Sekretariatsmitglieder (in Büchern, Artikeln, Rundbriefen, Sekretariatsberichten usw.) einnimmt, wenn es andererseits nicht einmal möglich gewesen ist, für die Jury ausreichendes Dokumentationsmaterial zusammenzustellen. Im übrigen ist es ein Skandal, daß Beirat und Sekretariat erwießenermaßen haufenweise Material zugesandt bekommen haben, das jetzt offenbar mehr oder weniger herumliegt, anstatt es der Öffentlichkeit oder zumindest der gesamten Unterstützungsbewegung zugänglich zu machen, die es dringend für ihre Arbeit benötigen würde.

Es liegt auf der Hand, auch hier in eine politische Zensur durch die maßgeblichen Kräfte in Beirat und Sekretariat zu sehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die von ihnen heftig angegriffene Publikation der Gutachten (über die Frage, welche Bereiche politischer Repression durch das Russell-Tribunal behandelt werden sollten) durch die Marburger Unterstützungsgruppe.

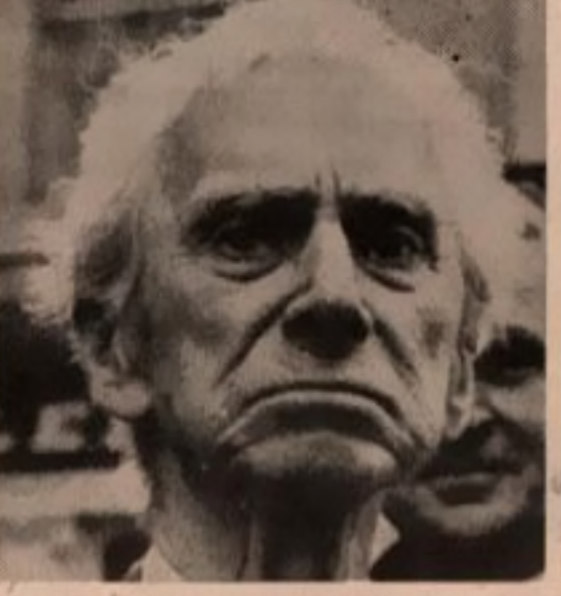
Einige Sekretäre hatten insbesondere gefordert, Gutachten zu den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht zu veröffentlichen, weil dies die Verhandlungen mit der DKP „stören" könne (alle Gutachten dazu wiesen die UVBs eindeutig als Menschenrechtsverletzungen aus. Und wie soll man es beurteilen, daß die Jury bei Beginn der ersten Sitzung praktisch kaum über Informationen und Unterlagen zu diesem Thema verfügte?! Auf welcher Grundlage fielen eigentlich Beschlüsse über eine Behandlung oder Ausklammerung dieser Frage?? Und weshalb hütete das Sekretariat wohl die Adressen der Jury-Mitglieder sorgsamer als ihre eigenen Augäpfel?!

Offenbar war man in der Wahl der Mittel nicht sehr wählerisch, um die eigene Konzeption durchzusetzen.

Was aber für ein Russell-Tribunal am bedenklichsten ist: bei einer derartigen Verfahrensweise ist es nicht mehr der Bezug zu den Menschenrechten. der ausschließlich maßgeblich für alle Entscheidungen ist, sondern an die Stelle dieses Kriteriums tritt das politisch-taktische Kalkül. Hier gebührt erneut Wesel das Verdienst, sich wenigstens offen zu diesem Abrücken von den Russell-Prinzipien bekannt zu haben. Wesel äußerte auf öffentlichen Veranstaltungen verschiedetlich, inhaltliche Zugeständnisse seien eben nun einmal nötig, um die DKP dazuzugewinnen, und ohne die DKP könne es keine Untersuchung der Berufsverbote geben. Sich für die DKP erpressbar zu machen, wäre freilich das Ende nicht nur des Russell-Tribunals, sondern auch jeder anderen erfolgversprechenden demokratischen Initiative, wie die Erfahrung zeigt. Nicht umsonst haben die bisherigen Tribunale
chenden demokratischen Initiative, wie die Erfahrung zeigt. Nicht umsonst haben die bisherigen Tribunale
strikt darauf geachtet, daß gerade derartige Fälle nicht eintreten können.

Das gleiche gebrochene Verhältnis zu den Menschenrechten hatte Wesel bereits einmal überdeutlich in einem Stammheim-Artikel für die „links" (Zeitung des SB) demonstriert. Dort gab er zwar zu, daß die Selbstmord-These durch die gleichgeschalteten Medien gewaltsam in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingetrichtert wurde, während man ehrlicherweise zumindest zugeben müsse, daß die Behörden dafür keinerlei Beweise erbringen konnten, und die wahren Vorgänge in der Todesnacht nach wie vor unklar seien. Dennoch war es sein Hauptanliegen, alle Vermutungen über eine mögliche Ermordung von Baader, Ensslin und Raspe niederzuschmettern. Überlegungen in diese Richtung seien gefährlich und abenteuerlich, da dies schwerwiegende Folgen für die Einschätzung des Staates haben müßte (in der Tat!). Auch in dieser Frage stand für Wesel nicht die objektive Prüfung möglicher Menschenrechtsverletzungen im Vordergrund, sondern die Abwehr „gefährlicher Überlegungen", die ganz und gar nicht in sein politisches Konzept paßten.

Diese Haltung „paßt" aber nicht zu den Prinzipien eines Russell-Tribunals, das – wie V. Dedijer in seiner Eröffnungsrede völlig richtig bemerkte – „**keine Bedingungen (akzeptieren kann), die unsere Untersuchung und Ergebnisse einschränken**". Deshalb kann schon jetzt gesagt werden, daß es bis zur zweiten Sitzungsperiode des Tribunals noch einiges zu „verbessern" gibt, was die Arbeit des westdeutschen Beirats und Sekretariats angeht!





Hielten wenig von taktischer Rücksichtnahme: Russell, Sartre

...Nicht für Rache, aber gegen Verjährung

Persönlicher Erlebnisbericht eines ehemaligen Insassen des KZ Stutthof

Entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, daß *„Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, ... zu verhaften und dem Gericht zu übergeben"* sind, soll Ende 1979 die Verfolgung von Nazi-Verbrechen zwischen 1933 und 1945 verjähren.

Dieser Schritt ist nicht nur eine Provokation gegen alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten, sondern bedeutet auch eine nachträgliche Sanktionierung der bisherigen Praxis der Nicht-Verfolgung von Nazi-Verbrechen. Die beabsichtigte Verjährung bedeutet auch eine Unterstützung und Aufwertung aller faschistischen Diktaturen, wie Chile, Brasilien etc., und liegt auch ganz auf der Linie der Kumpanei der Herrschenden dieses Landes mit diesen Diktaturen, wie man jüngst beim Besuch des brasilianischen Faschisten Geisel in der BRD sehen konnte.

Was unter anderem 1979 verjährt sein soll – die Raub- und Mordpolitik des deutschen Imperialismus, die Schandtaten noch heute aktiver ehemaliger Nazi-Größen – brachte der SS-Chef im Reichssicherheitshauptamt, Heydrich, vor Führern von „Einsatzgruppen" in Polen auf den Punkt: *„Die Entwicklung im ehemaligen Polen ist zunächst so gedacht, daß die ehemaligen deutschen Provinzen deutsche Gaue werden und daneben ein Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung mit der Hauptstadt Krakau geschaffen wird ... Die Lösung des Polenproblems ... unterschiedlich nach der Führerschicht und der unteren Arbeiterschicht des Polentums. Von dem politischen Führertum sind in den okkupierten Gebieten höchstens noch drei Prozent vorhanden. Auch diese drei Prozent müssen unschädlich gemacht werden und kommen in KZs. Die Einsatzgruppen haben Listen aufzustellen, welche markanten Führer erfaßt werden, da-*

stens noch drei Prozent vorhanden. Auch diese drei Prozent müssen unschädlich gemacht werden und kommen in KZs. Die Einsatzgruppen haben Listen aufzustellen, welche markanten Führer erfaßt werden, da-

neben Listen mit der Mittelschicht: Lehrer, Geistlichkeit, Adel, Legionäre, zurückkehrende Offiziere usw. Auch diese sind zu verhaften und in den Restraum abzuschieben. Die seelsorgerische Betreuung der Polen soll durch katholische Geistlichkeit aus dem Westen durchgeführt werden, die aber nicht polnisch sprechen dürfen. Die primitiven Polen sind als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern und werden aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau ausgesiedelt. Das Judentum ist in den Städten im Getto zusammenzufassen, um eine bessere Kontrollmöglichkeit und später Abschubmöglichkeit zu haben" (Quelle: Deutschland im 2. Weltkrieg, Rugenstein).

Unser Interview mit einem ehemaligen Gefangenen des KZs Stutthoff – einem ehemaligen Professor – scheint uns deswegen bedeutsam, weil es einfach über den alltäglichen faschistischen Terror in Polen berichtet, zeigt, wie systematisch, planmäßig dieses faschistische Völkermordprogramm von den deutschen Imperialisten bis hin zu den KZs durchgeplant war. Das Interview spricht aber auch von Solidarität und Widerstand, von Aktionen, von denen wir heute lernen müssen und können.

„Wir wollen das lieber in Erinnerung behalten, nicht vergessen..."

„Ich kann ihnen nur aus meiner persönlichen Erfahrung erzählen... ... Soweit es sich um mich persönlich handelt, bin ich in den ersten Wochen während des Krieges in Posnan bei meiner Schwester gewesen. Die Luftangriffe waren sehr unangenehm. Wir waren nicht auf den Krieg vorbereitet. Nach dem Krieg wurden zuerst Bekanntmachungen gegeben, daß alles immobile und mobile Gut der polnischen Bevölkerung beschlagnahmt sei. Wer gegen die Okkupationsmacht etwas unternimmt, wird erschossen. – Die Wehrmacht hatte schon im Oktober in allen Orten in der Provinz von Polen Geiseln genommen und sie meist gleich erschossen. Auf Märkten, auf freien Plätzen. Geistliche, Bauern, Intelligenz, Lehrer. Die Bevölkerung sollte zuschauen. Diese Terroraktionen sind weniger bekannt, weil sie in den ersten Tagen geschahen.

Anfang November fanden die sogenannten Aussiedlungsaktionen statt. Das war so: Während der Nacht kamen die Deutschen, die Polizei in die Wohnungen, und die Leute mußten in einer halben Stunde, 50 Minuten, je nachdem, die Wohnungen räumen. Sie durften nur mitnehmen, was sie tragen konnten. Sie wurden dann in Übergangslager in Posnan gebracht. Dort blieben sie manchmal ein paar Wochen. Dann wurden sie in Lastzügen und Viehwagen nach dem Osten verschleppt. So meine Schwester mit ihrem Mann aus Posly, ebenso meine Mutter und meine zweite Schwester und Cousinen, die zusammenwohnten. ... Ich nicht, weil ich zufällig nicht dort war.

Das war alles ziemlich anstrengend, weil diese Aktionen im Spätherbst und den ganzen Winter gemacht wurden. Es war ein kalter Winter, keine warme Kleidung, keine Verpflegung während der Fahrt, so daß viele in den Zügen starben.

Sie wurden dann an Orte im „Generalgouvernement" gebracht und von der Bevölkerung aufgenommen. Die polnischen Aussiedler wurden in den Wohnungen untergebracht, aus denen zuvor Juden gewaltsam rausgeschmissen worden waren, oder paar Familien wurden in eine Wohnung zusammengebracht. Die geräumten Wohnungen sind dann von den polnischen Aussiedlern bezogen worden...

Mein Freund, der während der September-Kämpfe in Warschau gewesen war, ist zu mir nach Posnan zurückgekommen. Er kam dann an seinen Ort, wurde dort gleich verhaftet und nach kurzer Zeit, wo er an einer Chaussee arbeitete, wurde er mit vielen anderen in den Wäldern von Jarischewa erschossen.

Ich bemühte mich mit anderen Freunden, mit Professoren aus den beschlagnahmten Wohnungen von Professoren die Bücher zu retten, was uns teilweise auch gelang. Auch die Bibliothek meines Freundes versteckten wir. Diese Bücher konnten wir zum Teil durch den Krieg retten, was sehr wichtig war, weil die polnischen Bücher während der Besatzungszeit in den Papierfabriken als Makulatur zu Papier verarbeitet wurden.

Wir besorgten uns dann illegal einen Passierschein. Den Beginn der Okkupationszeit erlebten wir in Krakau, dann in Warschau...

Ich habe mit meinen Kollegen in Posnan Anfang Dezember 1939 eine konspirative Organisation aufgebaut,

einen Passierschein. Den Beginn der Okkupationszeit erlebten wir in Krakau, dann in Warschau...

Ich habe mit meinen Kollegen in Posnan Anfang Dezember 1939 eine konspirative Organisation aufgebaut,

die sich bemühte, nach Möglichkeiten, gegen die Okkupationsmacht zu kämpfen.

Nicht auf militärischem Gebiet. Wir waren keine Soldaten. Aber auf kulturellem und wissenschaftlichem Wege. Das haben wir die ganze Zeit gemacht. Wir haben auch eine wissenschaftliche Untersuchungsarbeit organisiert. Weil die Schulen geschlossen waren, organisierten wir auch Schulungsarbeiten. Geschlossen wurden die mittleren und höheren Schulen. Die Volksschulen und die Berufsschulen waren zugelassen. Die

Okkupationszeit war lange und schwer. Wenn man die Deutschen kannte, wenn man wußte, was sie machen und was nicht, konnte man durchkommen. Aber es ist nicht jedem gelungen. Mir gelang das bis April 1944. Zufällig wurde ich von der Gestapo verhaftet, verhört. Da ich deutsch konnte, waren die Verhöre für mich leichter.

Nach einem Verhör hat man mich ins KZ geschickt. Erst ein paar Wochen im Gefängnis Pawiak (berühmt-berüchtigtes Folter-Untersuchungsgefängnis der Gestapo – Anm. AK) und dann nach Stutthof an der Wasserkante.

Im Gefängnis war es nicht gut. Nicht deswegen, weil wir zu zehnt in einer Einzelzelle sitzen mußten, oder nicht wegen des schlechten Essens, sondern besonders wegen dem, was wir tägliches „Kontingent" nannten, d.h. man hat Verhaftete aus der Zelle geholt und erschossen. Bis zu 250 Menschen am Tag. Das war eine schreckliche Angelegenheit. Keiner wußte, wer erschossen wird und wann. Da waren wir glücklich, als wir wußten, daß wir in KZs gefahren wurden. Weil es für uns alle hier viel schlimmer war. Es war auch ein Glück, als wir erfuhren, daß wir nicht nach Süden, sondern nach Norden fahren, also nicht nach Auschwitz, sondern nach Stutthof, nach dem Waldlager, wie es die Gestapo-Leute nannten.

Tatsächlich ist das Lager schön gelegen, schöner als Auschwitz, aber



Eine der vier Sammelzellen, die von den Inhaftierten „Straßenbahnen" genannt wurden. In diesen Zellen warteten die Häftlinge oft viele Tage und Nächte lang auf das Verhör. Es durfte hier weder geschlafen noch gesprochen werden. Die Häftlinge mußten, das Gesicht in die Zelle gerichtet, regungslos sitzen. Die Verletzung eines dieser Verbote zog schwere Strafen nach sich. Folterkammer im Pawiak.

streng. Die Zeiten im KZ waren sehr verschieden. Es gab Jahre mit Vernichtungsaktionen gegen Häftlinge, während das Lager gebaut wurde, und es wurde lange gebaut, weil die vielen Krankheiten gewesen sind, Epidemien, Typhus. Daran starben sehr viele.

... Wir haben uns dort bemüht, unter Kollegen, die sehr verschieden waren, Bauern oder Jungs, die ins „Reich" zur Arbeit verschleppt

Epidemien, Typhus. Daran starben sehr viele.

... Wir haben uns dort bemüht, unter Kollegen, die sehr verschieden waren, Bauern oder Jungs, die ins „Reich" zur Arbeit verschleppt

worden waren und dann ins KZ geschickt wurden, irgendwie zu wirken.

Damit die Atmosphäre besser wird zwischen uns, weil das schlimmste im Lager ist, wenn man keine Zukunft sieht. Also die Zukunft war in den Informationen aus dem Kriege, wie der Krieg verlief. Wir, die deutsch konnten, erfuhren manchmal von den Vorposten was, haben das Radio schwarz abgehört. Wir hatten Informationen, die wir weitergaben und so übergaben, daß sie den Glauben an das Ende des Krieges nicht verloren, und daß der Krieg zum Fall des Hitlerregimes führen wird. Dann haben wir auch künstlerische Aktionen gemacht. Wir haben Verse geschrieben, vom Standpunkt des Häftlings aus. Wir hatten einen Magier, der einiges zeigen konnte, damit die Leute nicht nur an ihre Verhaftung dachten und vielleicht daran, daß sie vernichtet werden, sondern auch an was anderes.

Wir organisierten kleine Veranstaltungen, haben gesungen – das hat geholfen, damit die Menschen besser lebten.

Ich hatte dort auch einen jungen Freund. Der wurde verhaftet, weil er beim Radio-Hören erwischt wurde. Er wurde erschossen. Das hat mich schwer getroffen, weil es etwas anderes ist, ob man einen anderen Menschen verliert oder einen Freund. Ich kam dann in ein Kommando. Das Lager hatte viele Gruppen, die abseits und außerhalb des Lagers arbeiteten. Wir arbeiteten in der Danziger Werft. Dort waren wir zuerst 300, dann 1.000 und dann kamen neue, immer neue. Bis Ende März 1945.

Es war ein kleineres Lager. Auch bewacht. Jeden Tag mußten wir über die Weichsel. Zwölf Stunden arbeiteten wir pro Tag. Sonntags acht. Später änderte sich das etwas; da arbeiteten wir zehn Stunden, sonntags nicht mehr. Schon am 17. Januar wurde die Arbeit gestoppt. Das Werk wurde evakuiert.

Sie wollen was zum Programm im Lager wissen?...

Das Programm war zum Teil auch von der Lagerverwaltung angeordnet. Ich glaube, in den meisten Lagern gab es ein Orchester mit Häftlingen, das bei verschiedenen Anlässen spielte, z.B. wenn Kolonnen zur Arbeit gingen, bei der Rückkehr, bei verschiedenen Exekutionen und anderen Sachen.

Dies entsprach nicht dem Geist der Häftlinge. Wir haben meist un-

gingen, bei der Rückkehr, bei verschiedenen Exekutionen und anderen Sachen.

Dies entsprach nicht dem Geist der Häftlinge. Wir haben meist un-

sere Veranstaltungen gemacht mit Zustimmung der Verwaltung, der Häftlingsverwaltung. Es gab ja zwei Verwaltungen, die Häftlingsverwaltung und die SS-Verwaltung. Die SS hatte an diese Stelle zuerst Verbrecher mit grünem Winkel gestellt... Später versuchten wir Polen selber, an diese Stellen zu kommen, z.B. an die Arbeitsverteilung, die sind sehr wichtig gewesen, denn je nach dem, wo jemand zur Arbeit ging, hatte er Hoffnung durchzukommen oder nicht. So nahmen wir auch diese Stellen. Und so sorgten wir dafür, daß die meisten der politischen Untergrundkämpfer bessere Bedingungen erhielten. ... Im Dezember hatten wir auf den Außenkommandos einen sehr schnellen SS-Mann, dann einen etwas menschlicheren, der uns auch gestattete, ein Puppentheater zu Weihnachten zu machen. Ich habe das selbst geschrieben. Meine Kollegen machten die Kulissen. Wir gaben zwei Vorstellungen. Das war sehr interessant für die Zuschauer, auch für den Oberscharführer – er hieß Reder –, der mit Frau und Kindern da war. Eines Tages kam er mit einem Marineoffizier zu uns in die Probe und sagte: „Siehst du, so leben die hier, wie andere im Freien".

Das hat er alles aus Propagandagründen gemacht. Er war auch menschlicher, oder er wußte vielleicht, daß der Krieg verloren war. Wollte sich sozusagen sichern; es gab viele solcher Fälle, wo sich die Menschen so sichern wollten...

Sie fragen, was wir von dem Völkermordprogramm, besonders der Ausrottung der Intelligenz bemerkten?

Daß die Intelligenz, die Geistlichen und die Jugend verfolgt wurde, das haben wir gesehen, gefühlt, auch ohne irgendwelche Dokumente. Dokumente gab's erst nach dem Krieg; da erfuhr man erst, daß solche Pläne existierten. ... Das war auch logisch, denn wenn man eine Großraumwirtschaft führen will, wenn man die Menschen, die Rassen züchtet, ist es logisch, diejenigen, die nicht deutsch sind, zu vernichten. Wer ein Volk wie die Juden vernichtet und in einer solchen Weise, der war zu allem fähig. Das hat man auch so erfahren...

Sie fragen nach Sabotageakten?

Wir haben in der Danziger Werft gearbeitet. Ich z.B. in der hydraulischen Abteilung, und habe U-Boote gebaut. Haben Röhren geschliffen usw. Viele Kollegen arbeiteten bei den Deutschen Ausrüstungswerken. Hier wurden Waffen, die vom Felde kamen, wieder repariert. Dort konnte man bei den Waffen sabotieren. Auch wir sabotierten unbemerkt beim U-Boot-Bau. Leider kamen die Schiffe nicht mehr zur See. Es war schon zu spät. Wenn es dazu gekommen wäre, hätten die Röhren geleckt usw. Sabotage wurde überall gemacht.

Sie fragen nach dem Widerstand in Polen?

Die Bewegung in Warschau z.B. war sehr stark. Zum Beispiel sind Gestapo-Leute erschossen worden, auf der Straße oder in ihren Wohnungen. Oder die Aktion gegen Kutschera, den General der Polizei und SS. Das war eine sehr große, sehr gut organisierte, sehr gut durchgeführte Aktion. Er ist hier auf der Straße erschossen worden, als er von seinem Haus zum Büro fuhr. SS-General Kutschera wurde 1944 von Antifaschisten hingerichtet. Wie uns erzählt wurde, ist die ganze Sache drei Monate vorbereitet worden. Die Basis des ganzen Unternehmens war, daß der General in diesem nur von Deutschen bewohnten Viertel jeden morgen pünktlich sein Haus verließ, sich zur Gestapo begab. Da er zweimal unpünktlich war, mußte die Aktion abgeblasen werden. Beim dritten Male kam er nicht weiter.

Solche Fälle passierten jeden Tag. Das war die Antwort auf die Erschießungen, die die Deutschen gemacht haben. Auf der anderen Seite nahmen sie dies als Vorwand, Hunderte auf dem Pawiak (Foltergefängnis der Gestapo in Warschau, Sitz von Kutschera – Anm. Red.) zu erschießen. Aber man konnte nicht anders, weil nach großen Erschießungen, wie Kutschera, die Gestapo vorsichtiger wurde.

Sie fragen mich, was ich von den NS-Prozessen in Ihrem Lande halte?

Sie fragen mich, was ich von den NS-Prozessen in Ihrem Lande halte?

Bei den Prozessen wurden auch welche gehängt. Es waren nicht nur SS-Leute, sondern auch einige von den Selbstverwaltungen, weil einige Verbrecher waren. Aber vollkommen ist das nie gewesen. Also viele, wie wir jetzt sehen, sehr viele deutsche SS- und Gestapo-Leute leben auf freiem Fuß.

Sie sind „entnazifiziert" worden, haben sogar noch Rente erhalten, sehr gute, das ist eine Sache, die uns sehr s c h r e c k l i c h ist.

Die Bundesrepublik hat keine Todesstrafe. Es waren zu viele Deutsche in der SS, bei Hitler, in der Partei. Es waren zu viele Verbrecher, als daß man sie alle vor Gericht bringen könnte. Deswegen kann man sagen, daß von seiten der Bundesrepublik von Anfang an eine Politik getrieben wurde, diese Leute zu schützen. Das ist klar. Ob es möglich gewesen wäre, gleich nach dem Kriege alle zu bestrafen, weiß ich nicht; die Wirtschaft würde ja nicht weitergehen können. Es waren zu viele.

Deswegen hatte man ja von Seiten der Okkupationsmächte Gesetze gemacht, daß man die Verantwortlichkeit geteilt hat: die großen Verbrecher, die kleinen, die kleinsten und die sogenannten unschuldigen Parteigenossen. **Überhaupt, wir Slaven, wir Polen, sind nicht etwa so, daß wir auf alle Fälle Vergeltung haben wollen; wir wollen lieber das alles in Erinnerung behalten, nicht vergessen, als in jedem Fall eine Vergeltung erzwingen.**

Aber natürlich sind wir nicht dafür, daß solche Leute wie Heß oder Kappler frei kommen. Wenn einer schon 80 oder 90 Jahre ist und noch sitzt, dann erscheint das so, daß er vielleicht nicht sitzen sollte. Zum Beispiel Kappler, der krank ist, man fragt sich, ob das richtig ist vom menschlichen Standpunkt. Hier zeigt sich aber etwas anderes. Die Sache wird gebunden damit, daß die Leute, die sagen, daß sie freikommen sollen, auch sagen, daß sie unschuldig sind. Darin liegt der Hund begraben.

Vom menschlichen Standpunkt aus möchte man natürlich die Menschen nicht so lange im Gefängnis sehen. Ein Freikommen würde aber eine Begnadigung der Verbrechen bedeuten. Deswegen sind wir dagegen."

Dies Interview wurde von zwei Hamburger KB-Genossen gemacht. Es empfiehlt sich zu diesem Thema im AK 114 zu lesen: „Nie vergessen! Auschwitz – die Völkermord‚fabrik' des deutschen Faschismus", sowie in AK 115, „Wenn ich an die Kinder denke", und zum Aufstand im Warschauer Getto (AK 122 und AK 123)



Nachrichten vom Widerstand



Grohnde-Prozesse: Erste Urteile stehen bevor

Die Grohnde-Prozesse sind in eine Phase getreten, in der Gericht und Staatsanwaltschaft offensichtlich das Interesse am konkreten Prozeßverlauf verloren haben – für sie ist die Sache klar, die im Augenblick vor allem auftretenden Zeugen der Verteidigung interessieren sie nicht mehr.

Am deutlichsten macht das Staatsanwalt Borchers, der für zwei Wochen in Urlaub gefahren ist, ohne seinen Stellvertreter über den Verfahrensstand zu informieren. Auf eine Frage von RAin Eisele, wie er sich das vorstelle, wie er sich über das Prozeßgeschehen während des Urlaubs informieren wolle, antwortete er: Er könne sein Plädoyer jederzeit halten. Mit anderen Worten, für ihn sind die Prozesse gelaufen, Aussagen von Entlastungszeugen interessieren ihn nicht Das bestätigt auch sein Stellvertreter, der an die Zeugen der Verteidigung keine einzige Frage zu stellen hat.

Das Gericht folgt müde und mehr oder weniger unwillig den Aussagen der Entlastungszeugen, die in erschütternder Weise noch einmal die Brutalität des Polizeieinsatzes vom 19.3. aufrollen. So erscheinen am 31.3., dem 50. (!) Verhandlungstag in den Grohnde-Prozessen:

– Oskar, am 19.3. niedergeritten, anschließend von der Polizei zusammengeschlagen, der Spann seines Fußes war gesplittert, er mußte drei Wochen an Krücken gehen;
– Sabine, am 19.3. niedergeritten, von einem Pferdehuf am Kopf getroffen, anschließend von drei Polizisten zusammengeschlagen: komplizierter Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung, angebrochene Schulter drei Wochen Krankenhaus;
– Joachim, am 19.3. zusammengeschlagen, als er ungeschützt mit ausgebreiteten Armen auf die Polizeikette zuging und rief: „Ich komme in friedlicher Absicht!" – Stark blutende Kopfplatzwunde, schwere Prellungen.

Einig sind sich alle Zeugen, daß der Reiterangriff kein „Entlastungsangriff' war, sondern ein Überfall zu einem Zeitpunkt, als die Demonstranten abzogen. Der von der Polizei behauptete Steinhagel ist nicht einmal auf dem Polizeifilm zu sehen. Oskar und Sabine sagen übereinstimmend aus, daß sie bewußt niedergeritten wurden – es wäre genügend Platz zum Ausweichen für die Reiter dagewesen.

Der Polizeizeuge Hermann muß am 29.3. zugeben, daß die Eisenstangen (mit denen die Polizei durch den Zaun stieß und Demonstranten schwere Unterleibsverletzungen zufügte) extra für den 19.3. bereitgelegt wurden.

Das Gericht macht aus seinem Desinteresse keinen Hehl: Da wird Zeugen das Wort abgeschnitten, da ihre Aussage *„nicht zur Sache gehört"* (Fritz Storim als er seine Einschätzung der Prozesse darlegt; Joachim Steffen, als er von seinen Gesprächen als Landesvorsitzender des LBU mit Albrecht berichtet) oder es wird den Zeugen das Zeugengeld verweigert, da ihre Aussagen *„nicht sachdienlich"* gewesen wären (Jens Scheer, Joachim Steffen).

Richter Rienhoff erklärt am 28.3. ganz offen, *„daß das ganze Theater mit den Zeugen nur dazu da ist, daß die Zuhörer Anlaß zum Stören bekommen."* (Was natürlich ein Beweis für Rienhoffs Unvoreingenommenheit ist – jedenfalls wird der Befangenheitsantrag abgelehnt.)

Der Stand der einzelnen Verfahren:

Rüdiger: Noch ein Termin (7.4.) mit Zeugen der Verteidigung, danach voraussichtlich Plädoyers.
Andreas: Beweisaufnahme abgeschlossen, am nächsten Termin (4.4.) Plädoyers.
Christian: Nächster Termin 5.4., Vernehmung von Zeugen der Verteidigung.
Eso: Nächster Termin: 6.4., Vernehmung von Zeugen der Verteidigung.
Jerry: Es wird in Abwesenheit von Jerry weiterverhandelt. Nächster Termin: 3.4.

Außerdem wird am 6.4. das Verfahren gegen Wolfgang aus Hamburg eröffnet. Es ist zu erwarten, daß zumindest im Verfahren gegen Andreas in Kürze (voraussichtlich am 11.4.). das Urteil verkündet wird, bei Rüdiger eventuell eine Woche später.

„Bomben-Terror gegen Grohnde-Richter"?

Unter dieser reißerischen Überschrift wurde in der Hamburger „Morgenpost" (vom 22.3.78) eine sehr mysteriöse Geschichte verbreitet.

Auf einen 58jährigen Grohnde-Richter soll ein Anschlag mit einer Bundeswehr-Übungshandgranate verübt worden sein; *„Nur durch ein Wunder blieb der Richter bei dem Anschlag unverletzt"* hieß es. Seine Tochter soll einen *„Schock"* erlitten haben, als sich vor dem Fenster die Explosion mit *„riesigem Knall"* ereignete. Sofort nach dem Anschlag wurde noch etwas mehr Stammheim-Atmosphäre für die Prozesse verordnet:

„Nach dem Anschlag wurden alle Grohnde-Richter sofort unter erhöhten Polizeischutz gestellt. Die Staatsanwaltschaft: ‚Sie werden rund um die Uhr bewacht'" (s.o.).

Oberstaatsanwalt Schmidtkowsky: *„Es gibt schon eine heiße Spur. Polizeiexperten haben im Garten des Richters Fußabdrücke gesichert".*

Außerdem, so weiß die „MoPo" zu berichten, hätten *„radikale Atomgegner auf Flugblättern gedroht: Richter muß sterben".*

Insgesamt ein gefundenes Fressen, den Prozessen, bei denen ja „Grohnde-Terroristen" verknackt werden sollen, auch aktuell ein wenig mehr „Terror-Atmosphäre" zu verleihen.

Dazu ist offensichtlich auch unbedeutend, was an der Sache im einzelnen wirklich dran ist:
– So hat es ein solches Atomgegner-Flugblatt nie gegeben.
– So wird nicht einmal der angeblich betroffene Richter bekanntgegeben.

Seit der ersten Horrormeldung hat man bisher öffentlich kein Sterbenswörtchen mehr über diesen „Terroranschlag" gegen den Grohnde-Richter gehört - die aufgeputschte „Stammheim-Atmosphäre" bleibt.

AKW-Nein-Kommission

DKP pißt sich selbst an's Bein!

Keine Uranlieferung für die BRD aus der UdSSR!

Wie wir im AK 124 (S. 15) berichteten, lagern zur Zeit in Weisweiler 1.100 t Uranhexafluorid (Abfallprodukt beim Anreichern von Uran, geplanter Brennstoff für „Schnelle Brüter") und in Neukirchen–Vluyn hat die STEAG ein Lager für 1.900 t beantragt und genehmigt bekommen.

Interessanterweise berichtet die DKP in der „UZ" v. 3.3. 78 von ihren eigenen Aktivitäten, um den Widerstand der Bevölkerung in Neukirchen-Vluyn voranzutreiben. Dabei zitieren sie aus dem „Brockhaus" über das Uranhexafluorid, daß dieses *„als Betriebsstoff in Atomreaktoren und für Atomwaffen gebraucht"* werde.

Die DKP will offenbar gegen die Lager in Weisweiler und Neukirchen-Vluyn Front machen, obwohl – und das ist sicher auch der DKP nicht entgangen – das Uranhexafluorid in Weisweiler und für Neukirchen–Vluyn aus d e m „Realen Sozialismus", der UdSSR herkommt, die Uran für die BRD-Atom-Industrie anreichert! Sollte sich hier womöglich eine „antisowjetische Linie" in der DKP breitgemacht haben??!

Eine klärende Stellungnahme wäre hier sicher angebracht. Konsequenterweise sollte man doch von der DKP fordern, daß sie bei ihrem Protest gegen die Lagerstätte nicht nur gegen Lagerung an sich, sondern auch gegen die Ursachen angeht, und das ist zweifellos auch die Bereitschaft der UdSSR für die ehrgeizigen Pläne des westdeutschen Imperialismus auch noch Hilfestellung zu leisten.

AKW-Nein-Kommission

Die DKP will offenbar gegen die Lager in Weisweiler und Neukirchen- AKW-Nein-Kommission

Jugendzentrum wegen Anti-AKW Aktivitäten von Polizei überfallen

Hannover: Für den alljährlich vor de Etatberatungen fälligen Angriff auf das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße (Hannover) sorgte diese Woche Innenminister Groß persönlich.

Mit schwerem Kaliber gegen das UJZ versuchte er, gleichzeitig auch

lich.

Mit schwerem Kaliber gegen das UJZ versuchte er, gleichzeitig auch

der Anti-AKW-Bewegung eins reinzuwürgen: Das UJZ sei *„Ausgangspunkt zahlreicher verfassungsfeindlicher Aktivitäten vor allem im Zusammenhang mit der Errichtung von Kernkraftwerken"*, heißt es in einem „durch Indiskretion" an die Presse gelangten Brief von Groß an Oberstadtdirektor Koldewey. Konkret soll die Elektrogruppe des UJZ mit „z.T. selbstgebauten Sendern" am 19.3. den Polizeifunk gestört haben. *„Die Telefonanlage diene als Einsatzzentrale für Auswärtige Gruppen."*

Inzwischen sei man dazu übergegangen, in *„verselbständigten Gruppen mit Sitz im Zentrum"* zu arbeiten, womit *„jetzt der Zustand erreicht ist, daß das UJZ für linksextremistische Aktivitäten rechtlich nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden kann."* Eine dieser Gruppen sei *„der sogenannte ‚Vermittlerausschuß', der neben Flugblättern die Broschüre ‚Grohnde-Prozesse – Stammheim in Hannover' herausgegeben"* habe.

Und damit ist Groß beim Kern der Sache, wo ihm die AKW-Gegner nicht mehr nur zum Vorwand dienen, auf das UJZ einzugschlagen. Die „linksextremistischen Aktivitäten" beschreibt er nämlich genauer: *„Im Zusammenhang mit den laufenden Strafverfahren gegen mutmaßliche Straftäter, die während der Grohnde-Demonstration festgenom-*

den Strafverfahren gegen mutmaßliche Straftäter, die während der Grohnde-Demonstration festgenom-

men wurden, sei die Kornstraße Mittelpunkt aller Aktivitäten" (alle Zitate: HAZ vom 25.3. 78).

Die Polizei nahm – wie üblich – Groß' Worte sehr wörtlich: Am 28.3. wurde Alfons, einer der Sozialarbeiter im UJZ, bei einer „Verkehrskontrolle" verhaftet und auf die Wache gebracht. In der Presse erklärte die Polizei dazu: Ein bedauerlicher Irrtum. *„Wir können uns nur entschuldigen"* („HAZ", 29.3.).

Nicht entschuldigen kann sich die Polizei für das. was danach passierte: Alfons war kaum ins Zentrum zurückgekehrt, als mehrere Polizeifahrzeuge demonstrativ das Zentrum umstellten und ohne lange zu fackeln mit der Chemischen Keule gegen Leute aus dem Zentrum vorgingen, die nach dem rechten sehen wollten. Einer mußte ins Krankenhaus gebracht werden, ein anderer, der den Spuk fotografieren wollte, wurde verhaftet – sein Fotoapparat ging dabei zu Bruch.

Damit war Groß aber am Ende seines Lateins. Er konnte keine Beweise vorlegen. Auf ein Ultimatum hin mußte er am 30.3. einen Teil seiner Behauptungen zurücknehmen, einen weiteren Teil widerlegte der Ermittlungsauschuß in einer Presseerklärung Groß' Hofschreiber Krische von der HAZ, der auf das Ultimatum des UJZ nicht einging, muß mit einer Klage rechnen – Streitwert: 174.000 DM,

HAZ, der auf das Ultimatum des UJZ nicht einging, muß mit einer Klage rechnen – Streitwert: 174.000 DM,

das ist die Summe, mit der das UJZ in diesem Jahr von der Stadt gefördert werden soll.

SPD-Fraktionsvorsitzender Heinemann erklärte, *„es grenze an Rufmord, im Zustand des Verdachts gebliebene Vorwürfe gegen das UJZ Kornstraße zu erheben, ohne den Beweis hierfür anzutreten,"* (NHP vom 1.4.). Die Entscheidung über die 174.000 DM wurde am 30.3. von Verwaltungsausschuß vertagt.

DAS UJZ hat sich in einem Rundfunkinterview dazu bekannt, daß der Kampf gegen die radioaktive Verseuchung von Mensch und Umwelt e i n e n Schwerpunkt seiner Arbeit bilde, der allerdings nicht freiwillig gewählt, sondern von Staat und AKW-Betreibern aufgezwungen sei. Zur Zeit wird das UJZ renoviert, Wiedereröffnung mit einem Fest ist am 15.4.

„Das lassen wir uns nicht durch die Verleumdung eines Gerne-Groß kaputt machen!" (Flugblatt des UJZ).

Ein Genosse aus Hannover

Entlassung von AKW-Gegner bei der RWE

Kurz nach der Dortmunder Pro-Atomkraft-Demonstration wurde W. Knobel, der bei der RWE in der Abteilung Energieanwendung und Öffentlichkeitsarbeit arbeitet, gekündigt. Offizielle Begründung der RWE:

1. Er habe kritische Äußerungen in innerbetrieblichen Gesprächen zur Atomkraft gemacht.
2. Er habe an der Dortmunder Demo nicht teilgenommen.
3 Er habe kritisiert, daß die RWE Kunden, die den Strom nicht bezahlen konnten, immer sofort den Strom abstellt.

Als diese Begründung auf Wiederstand stieß, wurde sie durch „mangelnde Qualifikation" ersetzt. In einem Brief an den Betriebsratsvorsitzenden schrieb die Geschäftsleitung aber ganz offen ihre eigentlichen Gründe:

„Die wachsende Identitätskrise in vielen Bereichen unseres Lebens hat auch vor dem RWE nicht halt gemacht. Umsomehr liegt uns daran, daß die bei uns beschäftigten Mitarbeiter die Interessen des Unternehmens vertreten ... Wer also glaubt, die gegebenen Möglichkeiten und Zielsetzungen des Unternehmens mit seinen eigenen Anschauungen nicht vereinbaren zu können, ist für den Aufgabenbereich Energieanwendung und Öffentlichkeitsarbeit nicht geeignet". Die hier geforderte völlige Identifizierung mit den Unternehmenszielen zeigt deutlich, wie offen jetzt schon Berufsverbote und Radikalenerlasse in Betrieben praktiziert werden. Was im „Staatsdienst" das aktive Eintreten für die „FDGO" ist „ist in den Betrieben das aktive Eintreten und die Identifizierung mit den „Unternehmenszielen".

So schrieb „klartext", 3/78, (Essener Alternativzeitung), zu Recht: *„wer Panzerteile bei Rheinstahl baut – für den Krieg stimmen; wer beim RWE arbeitet, den Atomtod wollen..."*

Diese Kündigung wurde übrigens durch das Arbeitsgericht Gelsenkirchen voll als rechtmäßig erklärt! (Alle Informationen aus „klartext", 3/78)

AKW-Nein-Kommission

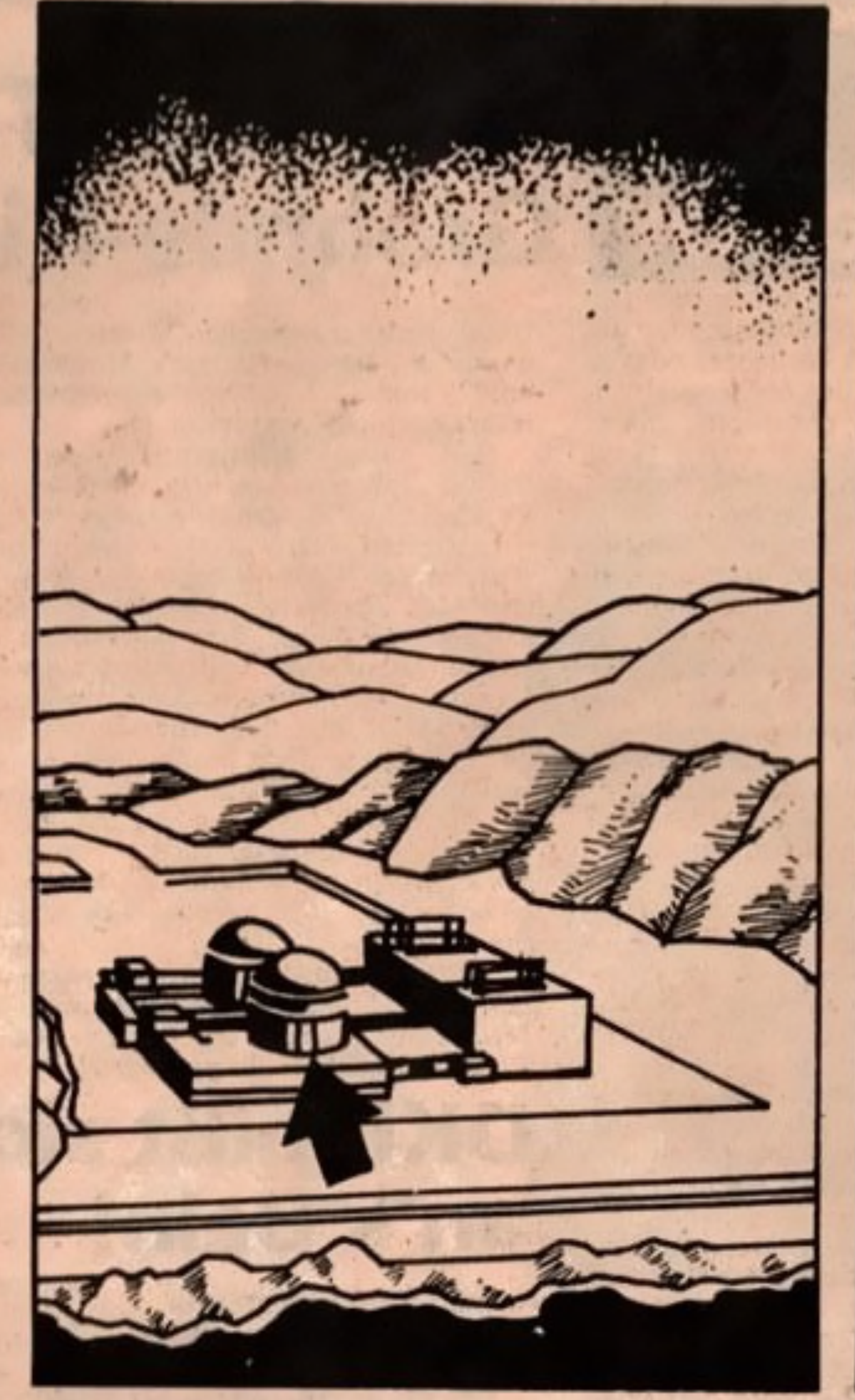
ETA — Bomben gegen AKW

Am 17.3. um 15 Uhr detonierte im zu 90 % fertiggestellten Atomkraftwerk von Lemoniz (40 km von Bilbao entfernt) eine große Sprengladung und zerstörte wesentliche Teile der Anlage. Bei der Explosion wurden zwei Arbeiter getötet und 14 leicht verletzt. Verantwortlich für die Legung des Sprengsatzes erklärte sich der militärische Flügel von ETA (ETA/m). Nach Angaben von ETA/m soll es sich um 70 kg Dynamit gehandelt haben, die in einem der Generatoren explodierten. In die Wand des Generators aus Stahlbeton wurde ein Loch von einem Meter Durchmesser gerissen. Der massive Stahldeckel des Behälters, in dem später der Reaktor arbeiten sollte, wurde weggeschleudert, er wiegt mehrere Tonnen. Nach Meinung der Arbeiter von Lemoniz kann der Sprengsatz nur von Arbeitern selbst gelegt worden sein (opinion, 30.3.78)

Die Tatsache, daß bei dieser bewaffneten Aktion von ETA zwei Arbeiter ums Leben kamen, hat eine erhebliche Diskussion in der baskischen Presse verursacht, ob ETA/m rechtzeitig ihre telefonische Warnung durchgegeben hatte, sowie eine eindeutige Verurteilung dieser Aktion seitens der reformistischen Parteien (PSOE, PCE...) und auch revolutionärer Organisationen (MC, OIC,ORT) zur Folge gehabt.

Zu den Vorwürfen aus der Öffentlichkeit hat ETA/m in einem ausführlichen Kommunique, das in der baskischen Presse (besonders von „egin") ebenso ausführlich abgedruckt wurde, Stellung genommen. ETA/m erklärte, daß die beiden Kommandos, die die Aktion durchführten, einerseits die Betreiberin des AKWs, Iberduero, fast eine halbe Stunde vor der Explosion benachrichtigten und den Sender „Radio Popular von Bilbao" etwa eine viertel Stunde vor der Detonation, was jeweils ausreichend Zeit gegeben hätte, den Ort zu evakuieren. ETA/m kommt zu dem Schluß, daß die eigentlich Verantwortlichen für den Tod der beiden Arbeiter die AKW-Betreiber waren, die die Arbeiter aus dem Gefahrenbereich nicht zurückzogen.

In dem Kommunique heißt es weiter, daß die Explosion die Inbetriebnahme des AKWs zumindest in der nächsten Zeit technisch unmöglich mache. Falls es zu einer vollkommenen Stillegung des AKWs komme, so werde nach Meinung von ETA/m sicher der baskische Generalrat (ein von Madrid zugestandenes Übergangsgremium für die baskische „Autonomie") sich den Verdienst an die Brust heften wollen.„*Wir dagegen sind der Meinung, daß ein solcher Erfolg nicht ausschließlich das Werk von ETA wäre, sondern das Ergebnis eines langen und leider blutigen Kampfes der baskischen Arbeiter, was die enge Verbindung zeigt, die zwischen der Selbstorganisation des Volkes und dem bewaffneten Kampf von ETA besteht...*" (egin,24.3.78).



Druckwasserreaktor
Reaktorgebäude
70 kg Dynamit
genauer Ort der Explosion
Druckwasser
Ort, wo die Arbeiter waren
Reaktorkern

Der Kampf gegen AKW's im Baskenland (Euzkadi)

Die Explosion im Herzen des AKWs von Lemoniz ist der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Bombenanschlägen gegen die AKW-Betreiberin Iberduero. Insgesamt hat es bisher 24 solcher Anschläge allein im Jahr 1978 gegeben (opinion, 30.3.78).Am 1. März detonierten fast zur gleichen Stunde im ganzen Baskenland 11 Bomben (mehrere andere kamen nicht zur Explosion oder wurden vorher entschärft) in den Niederlassungen von Iberduero. Der Sachschaden (ausgebrannte Büros etc.) ging in die Millionen. Der politisch-militärische Flügel von ETA (ETA/pm) hatte sich für diese Bombenwelle verantwortlich erklärt (es gibt Hinweise darauf, daß es sich um eine gemeinsame Aktion beider ETA-Flügel gehandelt hat) und in einem Kommunique gesagt, daß es sich um eine Aktion zur Unterstützung und Stärkung des Volkskampfes gegen die AKWs handle: „ *Wenn auf der ganzen Welt der Kampf gegen die Atomkraftwerke ein Kampf zur Erhaltung der Umwelt ist, so stellt der Anti-AKW-Kampf in Euzkadi über die AKWs hinaus, auch die Existenz eines zentralistischen Staates im Dienste der Oligarchie (Iberduero) in Frage. Der Anti-AKW-Kampf ist Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse und des ganzen baskischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung*". (El Pais, 3.3.78)

Tatsächlich waren die Proteste der baskischen Bevölkerung gegen die an ihrer nur 50 Km langen Küste vorgesehene Installation von 12 Atomreaktoren für europäische Maßstäbe einmalig. Die größte Demonstration fand am 14. Juli 1977 mit 150.000 Menschen in Bilbao statt. Es war die größte Anti-AKW-Demo, die es bisher in Westeuropa oder gar auf der Welt gegeben hatte.

Direkt am AKW von Lemoniz demonstrierten am 12.3.78 — also nach der großen Bombenwelle — zwischen 70.000 und 100.000 Menschen. Die meistgerufene Parole war hier schon „Lemoniz, ETA, Dynamit". Bei dem Nationaltag Euzkadis, dem „Aberri Eguna", bei dem am 26.3. in ganz Euzkadi ca. 300.000 Menschen demonstrierten, war ebenfalls eine der meistgerufenen Parolen „ETA, Lemoniz, mehr Dynamit" (s. Artikel in diesem AK). Die unmittelbare Sympathie für bewaffnete Aktionen gegen die lebensgefährlichen AKWs umfaßt im Baskenland erhebliche Teile der Bevölkerung, insbesondere der Jugend. Selbst in den Teilen der Anti-AKW-Bewegung, die diesen Aktionen im einzelnen eher skeptisch gegenüberstehen, herrscht jedoch offenbar die Zuversicht, daß „bei uns" kein AKW in Betrieb genommen werden wird, da „die" es vorher in die Luft sprengen werden (so eine baskische AKW-Gegenerin auf einem Anti-AKW-Kongreß in Amsterdam, der insgesamt von einer eher sozialdemokratischen Strömung geprägt war).

Auch ein Plakat, das derzeit in Euzkadi von den „Komitees für eine baskische nichtnukleare Küste" vertrieben wird, zeugt von der engen Verbundenheit des nationalen Befreiungskampfes und des Anti-AKW-Kampfes im Baskenland. Auf diesem Plakat steht oben in blutigen Buchstaben „Lemoniz" und unten in totenhaften Buchstaben „Iberduro" — in der Mitte steht in zerbrochenen Buchstaben „Euskadi" und um Euskadi explodiert „Guernica", d.h. Fetzen des berühmten Bildes von Picasso, der die Zerstörung von Guernica durch die deutschen Nazis malte.

Spanien— Kommission

Neun Millionen Menschen vergiftet — Seveso ist überall

Im US-Staat Michigan weisen neun Millionen Amerikaner durch das chemische Mittel PBB (Polybrombiphenyl) Vergiftungserscheinungen auf. Ursache für diese Katastrophe ist eine Verwechslung des hochgiftigen PBB mit einem Zusatz für Futtermittel.

Im Frühjahr 1974 starben oder traten Mißbildungen bei Kühen, Schweinen und Hühnern auf den Farmen in Michigan auf. Die Ursache war zunächst nicht bekannt. Die Farmer selbst wurden von Krankheiten wie Müdigkeit, Bauchschmerzen, Appetitlosigkeit, Durchfall und Depressionen befallen. Finger und Zehen schwollen an. Die Krankheiten nahmen zum Teil derartige Ausmaße an, daß einzelne Personen ihren Beruf aufgeben mußten. Ein Arbeiter konnte sich keine Straße mehr merken und fand seine Arbeitsstelle nicht. Bei einem Fahrer bewirkte der Gedächtnisschwund, daß er seine Werkzeuge nicht wiederfand. Von der zuständigen Landwirtschaftsbehörde und der Gesundheitsbehörde wurden auch bei Bekanntwerden dieser Krankheiten keinerlei Untersuchungen eingeleitet. Erst als ein Farmer die Milch seiner Kühe zur Untersuchung in eine Universität brachte, stellten die Wissenschaftler fest, daß sich in der Milch PBB befand.

Der „Stern" (1/77) beschreibt PBB folgendermaßen: „*PBB ist eine Substanz, die vom Stoffwechsel im Körper nicht abgebaut, also nicht mit Urin oder Kot nach einer gewissen Zeit ausgeschieden wird, sondern sich in den Zellen des Körpers festsetzt. In starken Dosierungen führt das zum Tod, in schwächeren kann es Erbschäden, Unfruchtbarkeit, Gelenkstarre, Wachstumsstörungen hervorrufen*".



Das Landwirtschaftsministerium von Michigan spielte das Ausmaß der Giftkatastrophe herunter. Es befürchtete Schadensersatzforderungen, die in die Milliarden gehen, da viele Farmer, denen der gesamte Viehbestand verendete, ihrer Existenz beraubt wurden. Als feststand, daß PBB die Ursache für die Krankheitserscheinungen war, ließ die Behörde die Tiere je nach ihrem PBB-Gehalt in zwei Klassen einteilen. Die mit dem hohen Gehalt — ca. 30.000 Rinder, 15.000 Schweine und 1.500.000 Federvieh — wurden erschossen und vergraben. Die anderen Tiere ließ man weiterhin zum Verkauf zu. Die Farmer verkauften daraufhin z.T. sofort ihre gesamten Viehbestände, bevor das Vieh auf ihren Höfen starb.

Die Einteilung in die zwei PBB-Klassen ist ein Verbrechen ersten Grades, da die Behörde dabei bewußt in Kauf nahm, daß durch den Verzehr dieser tierischen Produkte noch mehr Menschen vergiftet wurden. Immerhin verursachen bereits 0,2 Gramm PBB schwere Schäden. Bekannt wurde außerdem, daß Analysen in Michigan einen sehr geringen PBB-Gehalt aufweisen, während Universitäten außerhalb des Staates bei den gleichen Tieren die zehnfache Menge an PBB feststellen. Die Behörden gingen auch gegen einen Tierarzt vor, der eigenständig die Untersuchung von Tieren vornahm. Ihm wurde Lizenzentzug angedroht. Der gleiche Tierarzt war es auch, der nach drei Jahren feststellte, daß die Farmer ein bestimmtes Futtermittel alle bei der gleichen Firma einkauften. Dieser Betrieb wiederum bezog von der „Michigan Chemical Company" Süßstoff für die Futtermittelherstellung, wobei jedoch bei einer Sendung anstelle des Süßstoffes 2.000 Pfund PBB angeliefert wurden. Die Ursache dieser Verwechslung ist ein geradezu klassischer Fall kapitalistischer „Kostenminimierung": Bei der „Michigan Chemical Company" waren nämlich die Behälter für PBB ausgegangen, das zur Kennzeichnung dieses hochgefährlichen Stoffes immer in roten Plastiksäcken abgepackt wurde. Anstelle dessen benutzte man einfache Papiersäcke und veränderte deren Aufschrift von „Nutrimaster" (für Süßstoff) in „Firemaster" und füllte dort das PBB ein. Als die „Firemaster"-Säcke in die Futtermittelfabrik gelangten, nahm man dies zwar zur Kenntnis, scherte sich aber nicht darum, da das PBB dem Süßstoff dem Aussehen nach ähnelte. Damit nahm eine Katastrophe ihren Lauf, deren Ausmaße nur mit Seveso oder den berüchtigten Quecksilbervergiftungen in Japan zu vergleichen sind.

AKW-Nein-Kommission

Hungerstreik der AKW-Gegner



Zu einer Hungerstreikaktion fanden sich über Ostern Schweizer AKW-Gegner auf Initiative der GAGAK zusammen. Etwa 500 Personen beteiligten sich an der Essensverweigerung von Freitag bis Montagmittag, und nahmen nur Tee und Salz ein. Die Aktion wurde in beheizten Zelten durchgeführt, die Hungerstreikenden wurden ärztlich betreut. Die Teilnehmer veranstalteten u.a. eine Demonstration in Aarau und führten mehrere Meetings und Diskussionsrunden zu Themen wie Repression gegen AKW-Gegner, Frauen gegen AKWs und AKWs und Arbeitsplätze durch. Außerdem solidarisierten sie sich mit den streikenden Arbeitern von Firestone, denen die Entlassung droht.

Der Hungerstreik lief unter den Forderungen:

- *Totale Öffentlichkeit aller Informationen und Beschlüsse zur Atomenergie! Keine geheimen Probeläufe und Katastrophenpläne! Schluß mit den vollendeten Tatsachen!*
- *Vierjähriger Bau- und Bewilligungsstop für alle Atomanlagen! Sofortiger Bau- und Bewilligungsstop für die AKWs Gösgen und Leibstadt!*
- *Keine Atommülldeponien, solange Atommüll produziert wird! Kein nationales Zwischenlager für die Brennelemente in Lucens (mit dem das Nichtfunktionieren der Wiederaufbereitungsanlage überbrückt und verdeckt werden soll)!*
- *Nein zu jeder Repression gegen AKW-Gegner! Nein zur nationalen Repressionspolizei! (die sogenannte Sicherheitspolizei)!*

Brunsbüttel: Sicher nur durch Stillegen!

Durch einen Bericht der „Prozeßgruppe der BUU" (autonom) vom 15.3.78 wurden neue Einzelheiten über die diversen Stillstände des AKW Brunsbüttel im letzten Jahr ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Da zu erwarten ist, daß die NWK/HEW diese Störungen, wie auch die „Abnutzungserscheinungen" im AKW Stade, unter dem Mantel der Verschwiegenheit behandelt wissen will, schreibt die Prozeßgruppe: *„Wir bitten Euch, diese Sache möglichst breit in die Öffentlichkeit zu tragen, insbesondere auch zu erreichen, daß die Medien über diesen Fall berichten".* Zusätzlich zu dem jetzt vorgelegten Bericht soll in ca. zwei Wochen ein kommentierter Bericht zu den Tatsachen nachfolgen.

Was ist passiert?

Das AKW Brunsbüttel wurde im letzten Jahr dreimal abgeschaltet: vom 8.7. bis zum 6.8.77, ab 25.8. für einige Tage und vom 1.9.77 bis zum 20.1.78. Die offiziellen Gründe lauteten: Abschaltung für „planmäßige Überholungsarbeiten", bei dem zweiten und dritten Stillstand war es jeweils Überprüfung bzw. Erneuerung von Dichtungen der Hauptkühlmittelpumpen. Ende letzten Jahres wurde dann eine weitere Begründung für den dritten Stillstand nachgeschoben: Nun waren es nicht mehr die Dichtungen der Hauptkühlmittelpumpen, sondern ganze Befestigungsteile eben dieser Pumpen, die in den Reaktorbehälter hineingefallen sind (!) und mit Tauchern aus dem Reaktorbehälter rausgeholt werden sollten.

Diese Pumpen sind für den Kühlmittelfluß durch die Brennelemente verantwortlich. Fallen die Pumpen aus, so sind die Brennelemente ohne ausreichende Kühlung, und sie schmelzen zusammen – damit stände das AKW Brunsbüttel vor dem GAU! Bei nur einer der insgesamt acht Pumpen ist inzwischen eine Konstruktionsänderung vorgenommen worden, die anderen sieben können nach wie vor genau wie die erste kaputt gehen!

Warum das AKW jedoch überhaupt dermaßen früh nach der Übergabe an die Betreiber (das AKW wurde am 9.2.77 an die Betreiber übergeben) abgeschaltet werden mußte, wird bislang allerdings verschwiegen. An eine „planmäßige Überholungsarbeit" zu glauben, bereitet starke Schwierigkeiten, denn bei den anderen in „Betrieb" befindlichen AKW's in der BRD gab es knapp fünf Monate nach der Einschlatung des AKW's keine „planmäßige" Abschaltung, es sei denn durch einem Unfall! Diese Vermutung wurde damals dadurch gestärkt, daß bekanntgeworden ist, daß bei der „Routineuntersuchung" der gesamte Reaktordruckbehälter geöffnet wurde, eine sonst nur beim Brennelementewechsel übliche Maßnahme - nur werden die Brennelemente nicht fünf Monate nach der Inbetriebname, sondern erst ca. nach einem Jahr gewechselt!

Die Prozeßgruppe hat nun herausgefunden, daß in den beiden Wochen vor und nach dem Abschalten des AKW's im Juli 1977 sehr große Mengen Radioaktivität in die Umwelt gepustet wurden, darunter vor allem das Jod-131, das sich in der Milch von Kühen ansammelt. Insgesamt wurde dabei 95 % der jährlich (!!) zugelassenen Menge für kurzzeitige Abgabe von radioaktiven Stoffen ausgestoßen - wie gesagt, in maximal zwei Wochen! Dies ist umso bemerkenswerter, als das bei dem zugegebenen Störfall im September '77, bei dem auch der Reaktordruckbehälter geöffnet wurde, „nur" etwa 3 % der im Sommer abgegebenen Rate abgegeben wurde. Aus den zugänglichen Informationen läßt sich daher nur der Schluß ziehen, daß entweder das AKW während des Betriebes einen Unfall hatte, der Radioaktivität freisetzte und daraufhin das AKW abgeschaltet wurde! Oder der Reaktor mußte durch Störungen abgeschaltet werden und beim Öffnen des Druckbehälters ist die Radioaktivität abgegeben worden - egal, wie es nun gewesen ist, die Abgabe des radioaktiven Jod allein sollte Grund genug sein, das AKW endgültig abzuschalten! Die Prozeßgruppe hat aufgrund von angegebenen Abgaberaten und gemessenen Jod-Mengen in der Milch der Kühe darüber hinaus den begründeten Verdacht, daß an den Meßstationen für die abgegebenen radioaktiven Stoffe manipuliert wurde, so daß das gesamte Ausmaß der Verseuchung kaum mehr zu recherchieren ist!

Genau wie in Stade sollte hier gefordert werden, daß eine unabhängige Untersuchungskommission (und von den BI's bestimmt) aus den Betriebsunterlagen durch das AKW Brunsbüttel bestimmt!

Vollständige Information über den Unfall im AKW Brunbüttel!

Sofortige Stillegung der AKWs Brunsbüttel und Stade!

(nach einem Bericht der Prozeßgruppe der BUU vom 15.3.78)

AKW-Nein-Kommission

Atomindustrie bestätigt: Schneller Brüter nur eine Versuchsruine – zu gefährlich!

Der natriumgekühlte Schnelle Brüter (Prototyp wird in Kalkar gebaut) wurde bis vor kurzem noch von der Atomindustrie als d a s Atomei angepriesen, das zukünftige Energiesorgen aus der Welt schaffen würde. Allein in Kalkar wurden bisher 3 Mrd DM verbaut, ohne daß der Brüter läuft. Ebensoviel hat der Parallelbau „Superphenix" in Frankreich verschlungen (H. Strohm, WAA).

Inzwischen muß selbst die Atomindustrie zugeben, daß die Warnungen der Atomgegner vor diesem gefährlichsten und kostenspieligsten Atomei nicht aus der Luft gegriffen waren: der Atomindustrie wird der Schnelle Brüter inzwischen in der geplanten Form selbst zu heiß.

Erst kürzlich hatte die „Internationale Natrium-Brutreaktorbaugesellschaft" weitere Loblügen losgelassen. Mit dem hochexplosiven Natrium plane man. *„ein international anerkanntes Kühlmittel einzusetzen, dessen Gefahren eingegrenzt und beherrscht werden können. . . Man ist übezeugt: Kalkar braucht nicht im geringsten eine Technik-Ruine zu werden"* („Ruhrnachrichten", 30.3. 78).

Gerade das Natrium als möglicher Auslöser von Atom-Katastrophen soll jetzt aus dem Verkehr gezogen werden. Kalkar soll eine weitere Generation von Schnellen Brüter-Ruinen folgen!

Statt des Natriumbrüters wurde in den USA und der BRD von Atomwissenschaftlern in letzter Zeit ein sog. „Gasgekühlter Schneller Brüter" als „zweite Generation" der Brutreaktoren angepriesen. Federführend ist von seiten der BRD die Kernforschungsanlage Jülich, welche unter internationaler Zusammenarbeit derzeit im belgischen Kernforschungszentrum Mol ein mehrjähriges Forschungsprpgramm durchführt, um die Eigenschaften des „Gasgekühlten Schnellen Brüters" unter realistischen Betriebsbedingungen zu testen.

„Ein erstes Experiment mit Brennstäben für den gasgekühlten Brüter ergab dort, daß dieses System „machbar" ist und auf eine hohe Brutrate hoffen läßt" (VWD, 2.3.78). Und auch mit Eigenlob wird nicht gespart, so bezeichneten Jülicher Wissenschaftler in Mol das dort laufende Experiment als *„einen Meilenstein in der Entwicklung der Schnellen Brüter"...* („Jülicher Nachr.", 3.3. 78).

Bei dem Jülicher Experiment wird statt des hochesplosiven Natriums als Kühlmittel das ungefährliche Edelgas Helium verwendet.

Bereits seit 1971 wurde im Atomforschungszentrum Karlsruhe intern über die Gefahren des Natriums diskutiert: *„Die Kritik konzentrierte sich hauptsächlich auf unvorhergesehene technische Probleme, Sicherheitsrisiken und steigende Kosten"* (Strohm, „Friedlich in die Katastrophe"). Um was für „technische Pro bleme" es sich hier handelt, kann man ahnen, wenn man weiß, daß das Kühlmittel Natrium äußerst explosiv und korrosionsfreudig ist und daher weder mit Luft noch mit Wasser zusammengebracht werden darf.

Diese sehr „unangenehme" Eigenschaft führte denn auch bereits bei den in Betrieb befindlichen Brütern zu mehr oder weniger schweren Störfällen, z.B. Ausfall der Dampferzeuger bis hin zu ausgedehnten Bränden.

„Für tausende von Schweißnanten muß jeder Kontakt, auch durch kleinste Lecks, zwischen Natrium und Wasser verhindert werden". Durch „rigoroseste Fertigungsqualität", durch Auflösung der *„Dampferzeuger in kleine Module, die bei Lecks relativ leicht ausgetauscht werden können"*, soll dies gelöst werden. Doch seien, so Dr. K. Traube, Geschäftsführer der Interatom. auch kleine Modulen langfristig „wohl zu aufwendig" (Strohm, „Schnelle Brüter und WAA's").

Noch deutlicher äußerte sich Baumgärtner, ein führender Atomforscher aus Karlsruhe, bei Führungen: der Schnelle Brüter in Kalkar werde nur „kurze Zeit" laufen, nach dem ersten größeren Unfall müsse er stillgelegt werden. In Kalkar werden den Besuchern sogar ganz unverfroren Auffangbecken gezeigt, in denen das Natrium, wenn es durch Lecks strömt, aufgefangen werden soll. Gleichzeitig sieht man verformbare Stahlplatten, die angeblich Explosionen im Reaktor verhindern sollen.

Inzwischen setzen die Atombetreiber schon auf den gasgekühlten Brüter. Nichts desto troz wird die Atomindustrie alles dransetzen,um auch vorher die Kalkar-Ruine aufzubauen und den Brüter solange zu betreiben, bis ein Unfall alles weitere verhindert.

AKW-Nein-Kommission

UAA in Gronau beantragt

Am 10.3. hat die Uranit GmbH beim Arbeitsministerium der NRW-Landesregierung einen Antrag auf Errichtung einer Urananreicherungsanlage in Gronau eingereicht. Der Standort Gronau, direkt an der niederländischen Grenze und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Almelo, wurde von der Uranit in Übereinstimmung mit den *„Empfehlungen der Bundesregierung"* ausgewählt („Jülicher Nachrichten", 11.3.), und mittlerweile vom Gronauer Stadtrat genehmigt („FAZ", 29.3.78). Für ca. max. 170 Arbeitsplätze wird die Stadt 7 Mio. und das Land 19 Mio. Mark für den Grunderwerb springen lassen.

Die UAA – geplanter Baubeginn 1980 – soll zunächst eine jährliche Kapazität von 1.000 Tonnen Urantrennarbeit (UTA) erhalten, *„die für die dauernde Versorgung von ca. acht großen Kernkraftwerken mit je 1,2 Millionen Kilowatt Leistung (Typ Biblis) ausreicht"* (ebenda). Der Z e i t p u n k t, zu dem der Antrag auf Errichtung der ersten Urananreicherungsanlage auf westdeutschem Boden gestellt wurde, ist dabei alles andere als zufällig: Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der geplanten – aber unsicheren! – Erweiterung der niederländischen „Ultracentrifuge" sowie den damit verbundenen Uranlieferungen an das brasilianische Militärregime. Die BRD hatte seit geraumer Zeit massiven Druck auf die niederländische Regierung ausgeübt, die Kapazitäten der UAA in Almelo zu erweitern. Diese Erweiterung ist insbesonders für die BRD von größter Wichtigkeit, weil nur unter dieser Voraussetzung die von der Urenco eingegangene Lieferverpflichtung von 2.000 Tonnen angereicherten Urans an Brasilien erfüllt werden kann, was wiederum erst die Abwicklung des BRD-Atomgeschäftes in seinem vollen Umfang ermöglichen würde. Zwar wurde die Erweiterung der „Ultracentrifuge Nederland" im Februar vom niederländischen Parlament genehmigt, die Lieferung des angereicherten Urans an Brasilien ist indes aber noch alles andere als ,klar: Die niederländische Regierung verlangt nämlich von Brasilien mehr oder weniger handfeste „Garantien" gegen eine Verwendung des Brennmaterials für militärische Zwecke (konkret: Klare Aussagen der brasilianischen Regierung, wo und wie sie die Lagerung des anfallenden Plutoniums vornehmen will). Brasilien ist bislang nicht bereit gewesen, derartige Garantien zu geben, was nur den berechtigten Verdacht nährt, daß die brasilianischen Faschisten ihr Atomenergieprogramm nicht ausschließlich zur „friedlichen Nutzung" projektiert haben. Die westdeutschen AKW-Betreiber wollen sich die „Eskapaden" des niederländischen Urenco-Partners nun offenbar nicht mehr länger gefallen lassen und drängen daher auf den Bau einer eigenen ausschließlich von ihnen kontrollierten UAA:

„Heinz Kornbichler, Leiter der deutschen Teilgesellschaft in der Almelo-Partnergruppe Urenco, erklärte im Fernsehen, daß die deutsche Seite angesichts der ,politischen Unsicherheit in den Niederlanden, was die Lieferung angereicherten Urans an Brasilien betrifft', keine Ausbau-Investitionen in Almelo mehr vornehmen will. Um die Einhaltung der Liefertermine sicherzustellen, müsse deshalb mit Vorrang eine Anreicherungsfabrik bei Gronau an der deutsch-niederländischen Grenze auf deutschem Boden entstehen" („FR", 13. 3.).

Damit dürfte Almelo für die westdeutschen AKW-Betreiber allerdings kaum gestorben sein. Äußerungen, wie die von Kornbichler, dienen eher dazu, den Druck auf die niederländische Regierung erneut zu verschärfen und sie zu animieren, unter Hinweis auf westdeutsche „Alleingänge", bzgl. der Brasilienlieferung doch noch die Kurve zu kratzen. Überhaupt wird das Gronau-Projekt eng mit Almelo verbunden bleiben: Bereits in diesem Jahr soll in Gronau mit dem Bau eines Zentrifugenmontagewerks begonnen werden, dessen Erzeugnisse dann für die Anlagenerweiterung in Almelo eingesetzt werden.

Keine UAA in Gronau, Almelo und auch nicht anderswo!

AKW-Nein-Kommission

Gorleben: Jetzt will die DWK das Land aufkaufen!

Nach einer Meldung in der „FAZ" vom 31.3. ist die DWK zur Zeit im Raum Gorleben damit beschäftigt, von den Eigentümern das für die WAA vorgesehene Gelände aufzukaufen. Den insgesamt 60 Eigentümern des ca. zwölf Quadratkilometer großen Geländes wurde *„gleichzeitig und zu gleichen Bedingungen"* ein Kaufangebot gemacht, aufgrunddessen 4,10 DM/qm von der DWK gezahlt werden soll. Obwohl dies ein überhöhter Preis für Grundstücke ist, ist dieser Vorstoß wohl eher so zu verstehen, daß die DWK versucht, einige Bauern zu bestechen, und um andererseits bei den anstehenden Enteignungen (neues Berggesetz, siehe AK 124, S. 15) behaupten zu können, daß ja die Möglichkeit bestanden hätte, die Grundstücke zu verkaufen. Nach außen hin zeigt sich die DWK optimistisch bei den geplanten Landkäufen, obwohl jetzt schon klar ist, daß daraus nicht viel werden wird, denn die evangelische Kirche hat das ihr gemachte Angebot (86.000 qm für 353.400 DM) schon zurückgewiesen und sich in einer Presseerklärung geweigert, *„durch den freiwilligen Verkauf eines kircheneigenen Gebäudes zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage beizutragen".* Pastor Mahlke aus Gartow *„nannte den angebotenen Quadratmeterpreis überhöht, und sagte, die Kirchengemeinde habe ein Zeichen setzen wollen, daß wir uns nicht von hochgesteckten Angeboten in die Irre leiten lassen"*, nach seinen Angaben ist der von der DWK angebotene Preis ca. das vielfache des sonst üblichen Preises – die DWK läßt sich ihre Propagandashow schon einiges kosten! Da jedoch von vornherein klar ist, daß ein großer Teil der Eigentümer ihre Grundstücke nicht verkaufen werden, fehlt auch in der „FAZ" nicht der dezente Hinweis, daß aufgrund des gerade verabschiedeten neuen Berggesetzes die Grundstücke ohne große Formalitäten munter enteignet werden können. Und dies wird sicher nicht ohne Schwierigkeiten von Seiten der Bevölkerung abgehen. Die DWK hat weiterhin angekündigt, daß bis Ende dieses Jahres die Abwicklung des Bohrprogramms begonnen werden könne – was wohl nichts anderes heißen soll, als daß es nach den Landtagswahlen am 4. Juni richtig losgehen soll!

AKW-Nein–Kommission

Sicher von AKW's: Mit »Schwarzen Sheriffs« und MP's gegen den Protest der Bevölkerung

Zunehmend bereitet den AKW-Betreibern die „Sicherung" ihrer Atomkraftwerke Sorgen – nicht etwa die Sicherung der Bevölkerung vor den Atomanlagen, sondern natürlich die Sicherung der AKW's vor der Bevölkerung!

So geht es vor allem um eine Zentralisierung und Vereinheitlichung der am AKW-Zaun patrouillierenden Schläger (NWK-Bullen in Brokdorf etc.). Aktueller Anlaß für eine diesbezügliche Anfrage im Bundestag sind zum einen die Erklärungen und Taten einiger Anti-AKW-Gruppen in Frankreich und südbadischer Gruppen, in Zukunft auch in der Form von Sabotageaktionen z.B. gegen Hochspannungsanlagen, Umspannwerken und auch AKW-Baustellen ihren Protest gegen das Atomprogramm zu äußern, wie auch ein vom VS ausgegrabenes Strategiepapier („Das tapfere Schneiderlein") schleswig-holsteinischer Anti-AKW-Gruppen, das angeblich ähnlich zu militanten Aktionen gegen Atomkraftwerke aufrufen soll. So heißt es in einem vertraulichen Bericht der Innenministerkonferenz: *„Für die Zukunft können Anschläge auf Kernkraftwerke und sonstige kerntechnische Einrichtungen nicht ausgeschlossen werden. Abgesehen von einer Freisetzung oder Entwendung radioaktiven Materials könnten bereits Anschläge, die außerhalb der Anlage keine Auswirkungen haben, eine erhebliche Beunruhigung der Bevölkerung hervorrufen"* (nach „Spiegel", 9/78 v. 27.2.78).

Zur Zeit werden die im „Betrieb" befindlichen AKW's vorwiegend durch Polizisten und/oder „Schwarzen Sheriffs", d.h. privaten Wach- und Schließgesellschaften gesichert. In Bayern (Grundremmingen, Ohu) sind es sogar ausschließlich die „Schwarzen Sheriffs", die unliebsame Besucher fernhalten sollen. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern dürfen die Hilfssheriffs in Bayern neben den üblichen Waffen, wie Giftgase, Knüppel etc „'im Bedarfsfall' die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden MP's aus dem Spind holen" (ebenda)!! Sie können sich nach Gebrauch dieser Bürgerkriegswaffen sofort hinter das Notwehr- und Nothilfegesetz verschanzen und da kaum durch Vorschriften belastet, noch einfacher als schon die Polizei mit der Knarre spielen!

Und auch für Karlsruhe hat die Baden-Württembergische Regierung entsprechende Sicherungen vorgesehen: Für 13 Mio DM aus dem Forschungsministerium (!) sollen dort entsprechend ausgerüstete private Sicherungstruppen eingesetzt werden. Da solche Aufgaben wohl eher das zukünftige Übungsfeld des BGS und anderer Sondereinheiten sind, wurde dies Ansinnen einsweilen vom Haushaltsausschuß des Bundestages abgelehnt: *„Der Ausschuß wendet sich gegen die Einrichtung privatrechtlich organisierter Werkschutzeinheiten, soweit sie mit Maschinenpistolen und Panzerfahrzeugen (!!) ausgerüstet werden sollen. Nach seiner Auffassung ist das allein Sache der Länder (Polizei) und des Bundes (Bundesgrenzschutz)"* (ebenda) – nur kann es uns wohl relativ egal sein, ob nun BGS oder „Schwarzer Sheriff" die MP in der Hand hat!

AKW-Nein-Kommission



frauen



3 Jahre BVG-Urteil zum § 218

Vorbemerkung: Dieser Artikel, der an den 3. Jahrestag des BVG-Urteils (25.2.) anknüpft und auch die Abtreibungs-Gesetzgebung und -Praxis in einigen anderen Ländern behandelt, ist nicht mehr ganz „aktuell", was den 25.2. angeht. Er lag schon beim letzten Mal vor, mußte aber aus Platzgründen verschoben werden. Die Situation und die Kämpfe der Frauen in Italien gegen die herrschende Abtreibungs-Praxis sollen demnächst in einem weiteren Artikel untersucht werden. AK-Redaktion.

Daß das Thema § 218 heute nicht mehr zu den Hauptdiskussionspunkten der westdeutschen Frauenbewegung gehört, wird wohl niemand infrage stellen. Um so erfreulicher war es, daß an etlichen Orten Frauen aus Frauenzentren oder anderen Frauengruppen den 25.2., den 3. Jahrestag des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Fristenregelung, zum Anlaß nahmen, um gegen die entwürdigende und bevormundende Abtreibungs„reform" zu protestieren.

Denn ein Problem ist der § 218 nach wie vor. Ist es schon in großen Teilen des Landes schwierig für die Frauen, einen Arzt zu finden, der ihnen eine Indikation ausstellt, so wird auch die vorgeschriebene soziale Beratung oft genug dazu benutzt, der Frau ihre Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch wieder auszureden oder sie deswegen moralisch zu verteufeln. Darüber hinaus gestaltet sich die Suche nach einem Krankenhausbett sehr häufig zu einem nervenzehrenden und demütigenden Wettlauf mit der Zeit.

Das gesetzlich verankerte Recht der Ärzte, sich auf ihr „Gewissen" zu berufen, und die Sparpolitik im Gesundheitswesen treiben die Frauen von zwei Seiten in die Enge. Holländische Kliniken oder für weniger informierte Frauen Kurpfuscher und Austragung der Schwangerschaft sind für viele die verbleibende Lösung. Frauen haben allen Grund, sich gegen diese „Reform" zur Wehr zu setzen!

So schreiben Bielefelder Frauen in ihrem Flugblatt zum 25.2.78:

„Doch trotz der schlechten Erfahrungen (oder gerade deshalb) mit dem § 218 muß es unsere Aufgabe sein, Druck auf Beratungsstellen, Ärzte und Krankenhäuser auszuüben. Denn nur so können wir erreichen, daß

– die Frauen nicht mehr gezwungen sind, nach Holland zu fahren
– die Wartezeiten für ein Krankenhausbett, die in Bielefeld bis zu vier Wochen betragen, sich drastisch verkürzen
– in den Krankenhäusern Betten für Frauen zur Verfügung gestellt werden
– auch hier die schonendste Methode zur Abtreibung, die Absaugmethode, verwendet wird!"

An verschiedenen Orten in der BRD fanden Aktionen zum 25.2. statt. Wir wollen über einige kurz berichten:

Bielefeld: In Bielefeld hat die 218-Beratungsguppe des Frauenzentrums am Samstagvormittag in der Innenstadt das Bild bestimmt. Umrahmt von dem umgedichteten Moßmann-Lied von Frau Kaffke wurde ein Stück aufgeführt, in dem die Schwierigkeiten mit dem Indikationenmodell in Bielefeld dargestellt wurden. Die Bielefelder Gynäkologenherrlichkeit bekam auch ihr Fett ab, und mit Namensangaben wurde nicht gespart. An fünf Plätzen wurde das Stück aufgeführt, und jedesmal sahen sich 20 – 40 Menschen die Vorführung von Anfang bis Ende an.

„Während des Spielens wurden Flugblätter verteilt, Video-Aufnahmen gemacht, Leute per Tonband interviewt und auch so mit ihnen diskutiert. Abgesehen von einigen reaktionären Sprüchen wurde das Stück gut aufgenommen. Außerdem hat es uns auch großen Spaß gemacht", berichtete eine teilnehmende Genossin.

Dortmund: Frauen aus der Frauenaktion Dortmund (FAD) machten den 25.2. zum Aktionstag und verteilten in der Innenstadt informative Flugblätter zum § 218. Sie enthielten eine politische Einschätzung, Informationen zu der in den meisten Fällen entwürdigenden Abtreibungspraxis sowie konkrete Hinweise, was frau im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft tun kann; diese sind teilweise auch in den Sprachen ausländischer Arbeiterinnen gegeben.

Bochum: Frauen des Frauenzentrums verteilten ein Flugblatt, ebenso das Frauenkomitee in Bonn. In Duisburg machten KB-Genossinnen einen Info-Stand.

Hamburg: Auf einer Demonstration der Zivildienstleistenden am 25.2. nahm eine Rednerin aus der Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen die Gelegenheit wahr, u.a. auf die doppelte Moral der Herrschenden einzugehen: Während sie eine Militarisierung der Frauen und ihre Einbeziehung in den Kriegsdienst immer offener propagieren, argumentieren sie andererseits mit dem „Schutz des werdenden Lebens", wenn es um die Frage der Abtreibung geht. Sie plädierte für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch (wo er zwischen Kindestötung und Völkermord plaziert ist) und für die Legalisierung der Abtreibung. In der Innenstadt wurde mit einem Transparent und Sandwiches gegen die Abtreibungsmisere protestiert; Diskussionen mit Passanten wurden geführt.

Nicht unerwähnt wollen wir eine Veranstaltung lassen, die verschiedene Frauengruppen aus Hamburg-Altona in Hinblick auf die Bürgerschaftswahl u.a. zum Thema § 218 und Verhütungsmittel in Zusammenarbeit mit einem Arzt und einer Ärztin durchgeführt haben.

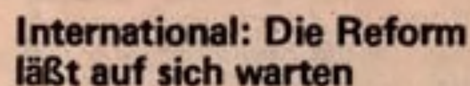
Die Veranstaltung am 9.3. war so erfolgreich und stieß auf so lebhaftes Interesse, daß sie am 16.3. fortgeführt wurde (siehe AK 124).

Bleibt noch zu berichten, daß der KBW in einigen Regionen – so im Raum Bremen und einigen kleineren Orten in NRW – „Propagandafahrten" organisiert hat mit Abschlußkundgebungen, an denen am Schluß der Rundfahrt in Essen ca. 30 Leute teilnahmen. In Bielefeld fand eine Kundgebung mit 15 überwiegend männlichen Teilnehmern zum „Volksentscheid" statt.



International: Die Reform läßt auf sich warten

In etlichen europäischen Ländern besteht seit Ende der 60er Jahre eine Bewegung zur Reformierung der Abtreibungsgesetzgebung im Sinne der Frauen. Sie hat teilweise eine liberalere Abtreibungs p r a x i s durchsetzen können – wie in den



International: Die Reform läßt auf sich warten

In etlichen europäischen Ländern besteht seit Ende der 60er Jahre eine Bewegung zur Reformierung der Abtreibungsgesetzgebung im Sinne der Frauen. Sie hat teilweise eine liberalere Abtreibungs p r a x i s durchsetzen können – wie in den

Niederlanden – teilweise wurde der Bewegung mit einem „reformierten" restriktiven Gesetz – wie in der BRD – eine Niederlage bereitet.

In **England** ist die Labour-Regierung z.B. offensichtlich an einem ungeklärten Zustand interessiert. Von ihr gehen jedenfalls keine Initiativen für ein Gesetz im Interesse der Frauen aus, obwohl sie natürlich die Möglichkeit dazu hätte. Frau hat den Eindruck, als würde hier so lange gewartet, bis auf dem Hintergrund eines allgemein rechteren Klimas eine restriktive Abtreibungsgesetzgebung durchgesetzt werden kann, wie in der BRD geschehen.

Auch in **Italien** wird die Verabschiedung einer fortschrittlichen Reform seit Jahren hinausgezögert, woran die dortigen „Kommunisten" nicht gerade unschuldig sind. Nach wie vor müssen die Frauen unter demütigenden und entwürdigenden Bedingungen abtreiben – sofern sie Ärzte finden. Die Französische Frauenzeitung „Femmes en mouvement" („Frauen in der Bewegung") berichtet von einer Demonstration mit 10.000 Frauen in Rom, die gegen Vergewaltigung und Abtreibungsverbot protestierten. Der aktuelle Anlaß: Ein junges Mädchen wollte bei einem Arzt in der Umgebung Roms heimlich eine Abtreibung vornehmen lassen; bevor es dazu kam, schloß der Arzt die Tür ab, bedrohte das Mädchen mit einem Skalpell und vergewaltigte sie. Der Fall wurde innerhalb der Frauenbewegung bekannt und es wurde eine Kampagne gegen das Abtreibungsverbot und gegen Gewalt an Frauen insgesamt beschlossen.

Es bedarf in allen Ländern offensichtlich einer gleichermaßen langen und massiven Bewegung, um dieses wichtige Stück Selbstbestimmungsrecht der Frau zu erkämpfen. Um auch einen Einblick in die internationale Lage zu geben, haben wir einige Länder herausgegriffen:

England

Seit 1967 gilt in Großbritannien ein Abtreibungsgesetz, das die Abtreibung bis zur 28. Woche auf Kosten des staatlichen Gesundheitsdienstes zwar ermöglicht, Ärzte und Krankenhäuser dazu aber nicht verpflichtet. Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet. Englische Frauen müssen redegewandt, reisefertig und gut bei Kasse sein, um eine Abtreibung zu bekommen. Es bestehen große regionale Unterschiede in der Handhabung des Gesetzes (in Hartlepool werden 96% der Abtreibungen, in Wolverhampton nur 7% im staatlichen Gesundheitsdienst durchgeführt, nach „Guardian" vom 21.2. 78).

Die englische Frauenbewegung tritt in zahlreichen Aktionen nach wie vor für kostenlose Abtreibung auf Verlangen der Frau ein (Free Abortion on Demand, a Woman's Right to Choose! – Freie Abtreibung auf Verlangen, die Frauen müssen selbst entscheiden!).

Aber der Reaktion ist das Gesetz von 1967, das liberalen Ärzten und karitativen Einrichtungen relativ wenig Beschränkungen auferlegt und England aufgrund zeitweise äußerst reaktionärer Abtreibungsgesetzgebung auf dem Kontinent zu einem „Abtreibungsland" machte, ein Dorn im Auge.

Inzwischen wurde der d r i t t e Änderungsantrag gegen das jetzige Gesetz eingebracht. Gegen die Gesetzesänderungsentwürfe von James White und William Benyon setzten sich die englischen Frauen massiv zur Wehr. Auch der neueste Vorstoß des konservativen Parlamentariers Bernard Braine stößt bei ihnen auf wenig Begeisterung, sieht er doch eine Verkürzung der Zeitspanne, innerhalb derer Abtreibungen vorgenommen werden können, und eine behindernde Kontrolle der karitativen Einrichtungen vor. Außerdem soll die Klausel zum Schutz der „Ge-

zur Wehr. Auch der neueste Vorstoß des konservativen Parlamentariers Bernard Braine stößt bei ihnen auf wenig Begeisterung, sieht er doch eine Verkürzung der Zeitspanne, innerhalb derer Abtreibungen vorgenommen werden können, und eine behindernde Kontrolle der karitativen Einrichtungen vor. Außerdem soll die Klausel zum Schutz der „Ge-

wissens"freiheit für Ärzte verstärkt und auch auf Schwestern, die sich nicht auf „religiöse Gründe" berufen können, ausgedehnt werden („Guardian", 21.2.78).

Am 3.3. bekam die 2. Lesung des Entwurfs im Parlament keine Mehrheit. Das vermindert seine Chancen, Realität zu werden, beträchtlich („Guardian", 4.3.78).

Aber nicht nur auf parlamentarischer Ebene wühlen die Abtreibungsgegner. Mit Prozessen gegen einzelne Ärzte, und betroffene Frauen oder mit Hetzpublikationen versuchen sie, einen Klima-Umschwung zu ihren Gunsten herbeizuführen.

In einem langen und kostspieligen Prozeß mußte die größte karitative Abtreibungsorganisation BPAS (British Pregnancy Advisory Service) ein Hetzbuch von SPUC-Mitgliedern (Society for the Protection of the Unborn Child = Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Kindes) Punkt für Punkt auseinandernehmen und umgerechnet 100.000 DM Prozeßkosten auf den Tisch legen („Spare Rib", März 78; „Guardian", 30.1.78).

Aber die englische Frauenbewegung, in der Abtreibungsfrage zusammengeschlossen in der NAC (National Abortion Campaign = Nationale Abtreibungs-Aktionseinheit) gibt nicht auf. In der Diskussion ist, die zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen mit einem eigenen Gesetzentwurf zu verbinden, anstatt immer auf neue Vorstäße der Rechten reagieren zu müssen.



Plakat der Bewegung für die Freigabe der Abtreibung (MLAC): Pfaffen, Ärzte und Bullen verwehren den Frauen den Zugang zum Krankenhaus. MLAC fordert: Freie und kostenlose Abtreibung für alle!

Niederlande

Nach wie vor klaffen in den Niederlanden die gesetzliche Regelung und die praktische Handhabung der Abtreibung weit auseinander. Während das aus dem Jahr 1886 stammende Gesetz die Abtreibung verbietet – es sei denn, es liegt

Niederlande

Nach wie vor klaffen in den Niederlanden die gesetzliche Regelung und die praktische Handhabung der Abtreibung weit auseinander. Während das aus dem Jahr 1886 stammende Gesetz die Abtreibung verbietet – es sei denn, es liegt

eine medizinische Indikation vor – können niederländische und ausländische Frauen unter menschenwürdigen Bedingungen – allerdings zu einem Preis von ca. 300 bis 500 Gulden (Entspricht dem gleichen Wert der DM) einen Schwangerschaftsabbruch in einer von 16 Kliniken vornehmen lassen.

Die Debatten im niederländischen Parlament, eine gesetzliche Neuregelung zu treffen, die der herrschenden Praxis Rechnung trägt, dauern fast ebenso lang wie die Bewegung der niederländischen Frauen für die Erkämpfung und die Verteidigung der liberalen Praxis und für Forderungen wie

– Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch!
– Abtreibung auf Kosten der Krankenkasse!
– Die Frau entscheidet!

(siehe AK 97, S. 32).

Für einen dramatischen Höhepunkt sorgte auf seine Weise der christreaktionäre damalige Justizminister und heutige Premierminister van Agt im Mai '76 mit seinem Versuch, die Abtreibungsklinik Bleomenhove zu schließen.



Demonstration für die Freigabe der Abtreibung in Frankreich

Die Frauen hielten die Klinik mehrere Tage – teilweise auch angesichts eines massiven Polizeiaufgebots – so lange besetzt, bis der Oberste Gerichtshof dem Justizminister neben der bereits errungenen politischen Niederlage auch eine juristische bescheinigte (siehe AK 82 und 88).

Im April '76 wurde ein relativ liberaler Gesetzentwurf der sozialdemokratischen PvdA und VVD (Liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie) in der Zweiten Kammer (entspricht Parlament) mehrheitlich angenommen. Danach sollte die Abtreibung nicht mehr unter das Strafrecht fallen. Die Frau selbst sollte nach Beratung mit dem Arzt über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden können. Eine Fristenregelung war nicht vorgesehen („FR", 16.12.76). Von der Ersten Kammer wurde der Entwurf aber im Dezember '76 mit den Stimmen der christkonservativen und – frau höre und staune – Senatoren der VVD (!!) blockiert.

Die VVD spekulierte darauf, mit ihrem Verhalten ihre Chancen für eine Regierungskoalition mit den Konservativen nach den Neuwahlen im Mai 77 verbessern zu können. Auf Kosten der Frauen – ein wahrhaft „liberaler" Grundsatz!

Bei dem monatelangen Gerangel um eine neue Regierungskoalition nach den Wahlen im Mai 77 traf auch die PvdA die „pragmatische" Entscheidung, die Abtreibungsfrage nicht mehr zum Thema im Parlament zu machen. Die niederländische Frauenbewegung organisierte etliche Aktionen gegen diesen Schacher (siehe auch AK 115).

Genützt hat den Sozialdemokraten ihre „Kompromißbereitschaft" auf Kosten der Frauen nichts: Die Regierung bildeten schließlich im Dezember 77 die VVD und die Christreaktionäre mit van Agt als Ministerpräsident an der Spitze (AK 120, v. 9.1.78).

Irgendeine Stellungnahme zur Abtreibung ist im Regierungsprogramm
nicht enthalten. Es ist daher nicht
treibung ist im Regierungsprogramm nicht enthalten. Es ist daher nicht zu erwarten, daß es in der nächsten Zeit zu einer Veränderung der jetzigen Lage kommt. Die Forderungen der Frauen bestehen weiter.

Frankreich

Im Januar 75 wurde das „loi Veil" (ein Gesetz, benannt nach der französischen Gesundheitsministerin Simone Veil) als Antwort auf eine enorme Massenbewegung besonders um die MLAC (Bewegung gegen das Abtreibungsverbot und für unschädliche Verhütungsmittel) eingeführt: Das Gesetz von 1920, das die Abtreibung in großem Umfang unter Strafe stellte, wurde für fünf Jahre ausgesetzt. Das war aber nicht nur zeitlich ein begrenzter Sieg: Die Abtreibung ist heute weder frei noch kostenlos, und die gesetzlichen Möglichkeiten können nicht voll ausgeschöpft werden.

Auch heute treiben Hunderttausende Frauen „illegal" ab. Frauen, die „legal" abtreiben wollen, sehen sich Beschränkungen, Hindernissen und Verboten gegenüber.

Die Abtreibungen müssen in der Regel vor der 10. Woche vorgenommen werden. Frau braucht Zeit, um die Schwangerschaft überhaupt festzustellen, einen Arzt aufzusuchen, Untersuchungen machen zu lassen, eine Woche „nachzudenken", ein „Gespräch" bei einer anerkannten Organisation zu machen, um eine „Bescheinigung" über eine „Beratung" zu bekommen. Die Kosten müssen die Frauen selber tragen: Eine Abtreibung kostet zwischen 800 und 2000 Franc (das sind 400 bis 1000 DM). Auch die Untersuchungen müssen bezahlt werden und kosten jeweils zwischen 50 und 80 Franc. In Rennes z.B. gibt es nach der 8. Woche keine andere Möglichkeit, als nach England zu fahren (Informationen nach „l'etincelle" Nr. 44, 19.1.78).

Besonders im Norden Frankreichs ist die medizinische Versorgung mangelhaft. Die weitverbreitete katholische Ideologie ist den Ärzten willkommener Vorwand, Abtreibungen zu verweigern.

Diese eklatanten Mißstände haben die MLAC veranlaßt, in eigener Regie Abtreibungen durchzuführen, teilweise auch mit nichtmedizinischem Personal. Immer wieder kommen ihre Mitglieder dafür vors Gericht. So auch in Lille in Nordfrankreich Frank Dupin, der am 20.2.78 seinen ersten Prozeßtag hatte. Für ihn ruft die MLAC auch außerhalb Lille's auf, zum Prozeß zahlreich zu erscheinen.

Sein Verbrechen:

„Ich werde angeklagt, weil ich 400 Abtreibungen vorgenommen habe. Ob ich verurteilt werde oder nicht – ich werde auf jeden Fall weitermachen. Ich habe nicht das Recht, Frauen die Hilfe zu verweigern, die sie von mir fordern, noch habe ich das Recht, meine Kenntnisse, die ich mir aneignen konnte, für mich zu behalten" („l'etincelle", 23.2.78). Frank Dupin hatte außerdem an einem 16-jährigen Mädchen eine Abtreibung vorgenommen, die zuvor innerhalb der legalen Frist dreimal (!) zum Krankenhaus am Ort gegangen war – vergeblich. Das Urteil: Drei Monate Gefängnis auf Bewährung und 1000 Francs (= 500,– DM) Geldstrafe, 5000 Francs Schmerzensgeld für das Mädchen. Außerdem wird ihm die Ausübung seines Berufs als Zahnarzt für fünf Jahre verboten. Für die 400 Abtreibungen zwischen 1973 und 1976 erhielt Frank Dupin Freispruch (nach „Le Matin", 28.2. 78).



Französische Frauen demonstrieren gegen die Prozesse, die sechs Frauen wegen Beihilfe zu verbotenen Abtreibungen gemacht wurden, unter dem Motto: „Wir sind alle betroffen"

Belgien

„Freigabe der Abtreibung – die Frau soll selbst entscheiden!" Unter dieser Hauptparole demonstrierten am 4. März in Gent (Belgien) über 4.000 Menschen für die vollständige Freigabe der Abtreibung. Die Demonstration fand im Rahmen der europäischen Woche gegen Gewalt an Frauen statt.

Die belgische Frauenbewegung hatte schon frühzeitig auf der Basis des Pariser Aufrufes die Abtreibungs-
hatte schon frühzeitig auf der Basis des Pariser Aufrufes die Abtreibungs-
frage zum zentralen Thema ihrer Aktion erklärt. Ihre Entscheidung begründeten die Frauengruppen und Abtreibungskomitees so: *„Die Probleme der Empfängnisverhütung und Abtreibung bestehen noch immer ohne Ausnahme für Tausende von Frauen. Mittlerweile meinen viele Frauen, daß ihre Forderungen nur im Kampf erfüllt werden können."* (Erklärung des 4.März-Komitees vom Dezember 77).



In Belgien existiert nach wie vor das reaktionäre Abtreibungsverbot von 1920, das Abtreibung und Unterstützung dafür in jeder Form mit Strafen zwischen drei Monaten Gefängnis bis zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Geldstrafen belegt.

In den letzten zehn Jahren wurden zahlreiche Gesetzesvorlagen im Parlament eingebracht, die eine Liberalisierung der Abtreibung, im wesentlichen Fristenregelungen und Indikationen unter staatlicher Kontrolle, vorsahen. Kein einziger dieser Vorschläge wurde bisher im Parlament tatsächlich zur Abstimmung gestellt; in der Regel wurden sie nicht einmal behandelt. Im Januar dieses Jahres wurde ein „gemäßigter" BSP (Sozialdemokratische Partei) -Vorschlag in der „Vereinigten Senatskommission für Justiz" verhandelt, der auf heftigen Widerstand der CVP (Christdemokraten) und der Volk-Unie (Flämische nationalistische Partei) stieß.

Ebenfalls im Januar legten drei weibliche sozialdemokratische Abgeordnete eine neue Gesetzesvorlage vor, die die generelle Freigabe der Abtreibung als einen medizinischen Eingriff vorsieht, über den nur die Frau allein zu entscheiden hat.

Dieser Vorschlag wird von der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot begrüßt, allerdings schreiben die Veranstalter der 4.März-Demo richtig: *„Aber was wird mit dieser Gesetzesvorlage passieren? Sicher nichts, wenn wir die Kammer und den Senat allein gewähren lassen. Wir müssen durch Demonstrationen und breite Öffentlichkeitsarbeit die öffentliche Meinung und die Presse bearbeiten. Nur durch den Druck der Basis wird die Abtreibung aus dem Strafrecht verschwinden"* (Broschüre des 4.März-Komitees).

Zwei Jahre Kampf gegen das Abtreibungsverbot

In den letzten zwei Jahren fanden zahlreiche Aktivitäten für die Freigabe der Abtreibung statt. Am 11. November 1976 stand der Nationale Frauentag in Belgien unter der Losung „Abtreibung raus aus dem Strafrecht". Es wurde zur Schaffung lokaler Abtreibungs-Komitees aufgerufen. Die in den Parlamentsparteien vertretenen Frauen wurden aufgefordert, sich in ihren Parteien für die Freigabe der Abtreibung einzusetzen. Im Februar 77 existierten bereits 26 derartige Komitees. Anläßlich des Internationalen Frauentags 1977 demonstrierten am 5. März 7.000 Menschen in Brüssel für die Legalisierung der Abtreibung. Mit lokalen Aktivitäten, Presseerklärungen und kleineren Aktionen wurde der Kampf fortgesetzt.

Die Gegenreaktionen ließen nicht auf sich warten: Fortschrittliche Ärzte wurden bespitzelt und juristisch verfolgt, Material beschlagnahmt, so z.B. eine Aufklärungsbroschüre und der Film „Geschichten über A".

Am 11. Juni 77 sammelte die „Front für das Leben" die Reaktionäre zu einem Marsch gegen die Liberalisierung der Abtreibung in Brüssel. Im Februar dieses Jahres wurde vom BRT (belgischer Rundfunk) eine Sendung des „Kollektivs für Empfängnisverhütung und Liebe" einfach abgesetzt.

4.März-Komitee bereitet Frauentag vor

Bereits im Dezember letzten Jahres hatten sich die lokalen Abtrei-

Bereits im Dezember letzten Jahres hatten sich die lokalen Abtreibungs-Komitees und die verschiedenen Frauengruppen (Feministinnen, fem-soc Gruppen, Frauenhaus-Gruppen) aus Flandern und der Wallonie zum 4.März-Komitee zusammengeschlossen und unter folgenden Hauptforderungen zu breiter Unterstützung aufgerufen:

- Freigabe der Abtreibung
- Abtreibung auf Wunsch der Frau, d.h. Ablehnung von Beratungsstellen, die die Entscheidung anstelle der Frauen treffen.
- Kostenrückerstattung
- eine aktive Politik der Sexualerziehung und der Information über Empfängnisverhütung
- Schaffung größerer regionaler Zentren, wo Abtreibungen unter guten medizinischen Bedingungen durchgeführt werden können.

Dieser Aufruf fand eine Unterstützung, die an Breite noch wesentlich über die des Nationalen Frauentages hinausging: Ca. 160 Gruppen und Organisationen unterstützten die Demonstration, darunter neben den autonomen Frauengruppen alle linken Organisationen einschließlich der KP-Frauen und -Jugend, zahlreiche regionale Gewerkschaftsverbände, die FGTB-Frauen (sozialdemokratische Gewerkschaft), die Frauenkommission der SETCa (Gewerkschaft der Techniker und Angestellten), die BSP-Ortsgruppen Uccle und Gent, die Jungsozialisten auf nationaler Ebene und viele andere mehr.

Zur Vorbereitung der Demo lief eine breite Informationsarbeit. In sechs Städten fanden Veranstaltungen statt, in Gent fahren mehrere Male Auto-Korsos durch die Stadt.

Am 11. Februar organisierte das Komitee in Brüssel in den Hallen von Schaerbeek ein Fest „6 Stunden für die Freigabe der Abtreibung" zu dem über tausend Menschen kamen.

Mit der Beteiligung von über 4.000 Menschen war die Demonstration am 4. März in Gent ein Erfolg und wird von der Bewegung als neuer Impuls für die weitere Kampagne verstanden.

Achtung, Frauen aus Naturwissenschaft und Technik!

Vom 4. bis 7. Mai 78 findet in Frankfurt das 3. Treffen von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik statt. Die vorausgegangenen Treffen (im Juni 77 in Aachen und im Januar 78 in Hamburg) waren eine gute Möglichkeit, einen Erfahrungsaustausch mit Frauen zu machen, die oft sehr isoliert in ihrer Ausbildung oder ihrem Beruf dastehen.

Frau sein in einer Welt, die Männer für sich reserviert sehen wollen, bedeutet oft, Anfeindungen ausgesetzt zu sein, sich rechtfertigen und ständig beweisen zu müssen, daß frau »es doch kann« — oder bei der Bewerbung von vornherein abgelehnt zu werden.

Viele Frauen schlucken all diese Probleme herunter, weil sie nicht wissen, wie sie diesen Berg allein bewältigen sollen. Auch wenn frau sie darauf anspricht, kommt erstmal die Antwort: »Ich fühle mich nicht diskriminiert, ich muß halt Leistung bringen«.

Bisher ist es noch nicht gelungen, die Sauereien, denen Frauen auch in diesem Bereich ausgesetzt sind, einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Aber Dokumentationen oder Artikel wurden und werden von verschiedensten Frauengruppen dazu schon erstellt. (Siehe auch Bericht vom letzten Treffen im AK 121 und »Solidarität« 43).

Das Treffen in Frankfurt wird sicherlich weitere Fälle von Diskriminierungen zutage fördern und vielleicht auch Möglichkeiten aufzeigen, wie frau sich allein und gemeinsam wehren kann.

Es bleibt zu hoffen, daß zum 3. Treffen noch mehr Frauen aus nichtakademischen Bereichen kommen, wie z. B. Kfz-Mechanikerinnen oder Schreinerinnen.

Wer sich für das Treffen interessiert, sollte sich schnellstens anmelden bei: Anette Lossau, Leipziger Str. 32, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/771680. Dort ist auch die Dokumentation über das letzte Treffen zu bekommen. Das Treffen in Hamburg war für einige Hamburger Frauen Anlaß, eine ständige Gruppe zu diesem Thema zu gründen, die sich im Frauenzentrum Langenfelder Straße 64 D, Hamburg 50, regelmäßig trifft.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Erwachsenenbildung für Frauen in Freiburg

In Freiburg hat sich vor einiger Zeit die **„Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes - Frauen lernen gemeinsam, e.V."** gegründet. Die Idee, sich eine berufliche Basis selbst zu schaffen und nicht in bestehende Institutionen zu gehen, kam 3 Frauen im Sommer letzten Jahres. Sie Begründen ihr Vorhaben so: *„In den Institutionen und im öffentlichen Leben sitzen an den Schalthebeln von Politik, Wirtschaft, Rechstssprechung und Kultur nur Männer, die die tatsächliche Unterdrückung der Frauen verharmlosen oder verdrängen. Wenn dort Frauen auftauchen, dann sind es Alibifrauen oder sie haben sich völlig an die männlich-normierte Welt angepaßt. In den bestehenden Institutionen wird Weiterbildung oft ausschließlich verstanden als berufliche Weiterbildung ... Lernziele und -inhalte sind nicht in der ständigen Diskussion mit den Teilnehmern entwickelt, sondern werden in Fachgremien diskutiert".*

Aus dieser Situation haben die Frauen den Schluß gezogen, daß eine Erwachsenenbildung für Frauen auch von Frauen gemacht werden soll. Sie haben einen Verein gegründet, in dem die Inhalte, Formen und Ziele der Weiterbildung von den Frauen selbst festgelegt werden. Ab Februar sollen nun die ersten Gruppen zu folgenden Themen anlaufen: Frauenarbeitslosigkeit , Kräutergruppe, ein KFZ-Kurs für Frauen und eine Fotogruppe „ Mütter fotographieren Kinder".

(Informationen aus: „ Stadtzeitung für Freiburg", Febr. 78).

Neues aus der Sponti-Presse

Das „Elefantenklo" aus Giessen berichtet von einer Informationsveranstaltung des Frauenhaus-Vereins unter Mitwirkung von Frauen aus dem Westberliner Frauenhaus und Carol Hagemann White, die ein Seminar zu „Gewalt in der Ehe" an der Westberliner Uni durchgeführt hat. Kontakt: Die Frauenhaus-Frauen treffen sich Donnerstags um 20.30 Uhr im Frauenzentrum Ludwigstr. 44

+++

Die Märznummer des Stuttgarter „Blättle" berichtet, daß das Stuttgarter Frauenzentrum jeden Freitag ab 20.00 Uhr in der Kernerstr. 31 einen Kneipenabend nur für Frauen durchführt. Die Gestaltung des Abends übernehmen abwechselnd Gruppen aus dem Frauenzentrum.

+++

Das Bielefelder „Stadtblatt" berichtet über den Frauengesprächskreis Baumheide (jeden Donnerstag ab 20 Uhr im Freizeitzentrum Baumheide). Informationen über andere Frauengesprächskreise sind zu erhalten über: VHS, Alter Markt 1, Tel.: 512 979 und 512 440. Außerdem beginnt im März eine Gesprächsgruppe für Hausfrauen und berufstätige Frauen im „Impuls", Stapenhorststr. 24, Tel.: 67 61 5.

+++

Dacia Maraini's Artikel über ihren Besuch bei der Anhörung Irmgard Möllers in Stammheim im Februar 78 bringt „radikal" Nr. 34 (Westberlin) in der deutschen Übersetzung aus „Il Manifesto". Dacia war Mitglied der italienischen Delegation, die sich bei einer Reise durch die BRD über die herrschende Repression, speziell über die Haftbedingungen Irmgard Möllers informierte.

+++

Die Märznummer des Aachener „Klenkes" berichtet über die Schwierigkeiten der beiden Vereine „Frauenhaus e.V." und „Frauen helfen Frauen e. V." im Kampf um ein selbstverwaltetes Frauenhaus in Aachen, das bis heute von der CDU im Stadtparlament verhindert wird.

+++

Zwei Seiten in der Kasseler „Stadtzeitung" berichten ausführlich über Schwangerschaft – Geburt – Stillen, wobei auch eine Buchbesprechung über „Der sanfte Weg in's Leben" enthalten ist. Darüberhinaus berichtet das Frauenzentrum ausführlich über seine Ziele und Arbeit. Eine Seite ist Simone de Beauvoir zu ihrem Geburtstag gewidmet. Und dann noch was Witziges: Kasseler Männer haben ein Fest ohne Frauen gefeiert! Unter der Überschrift: „Ein schöner Abend ohne Frauen" schwärmt ein Mann über die Solidarität und die Hemmungslosigkeit, mit der die Männer gemeinsam – endlich ohne die Zwänge, die mit Frauen immer dabei seien – gefeiert haben. . . Kommentar eines Mannes: „Es war der Himmel auf Erden!" Allerdings geht der Artikel wohltuenderweise nicht in die Richtung, die Siegfried Knittel im „Pflasterstrand" eingeschlagen hat, sondern bewegt sich im Rahmen der Selbsterfahrungsgruppen der Männer und der Schwulengruppen.

+++

Im „Fragezeichen" aus Hannover findet sich ein ausführlicher Artikel über das seit November 77 bestehende Frauenhaus (s. auch AK 124).

+++

Eine Informationsstelle „Frauen in Not" hat die Arbeiterwohlfahrt in Nürnberg nach Angaben in „was lefft" vom März/April 78 eröffnet. Jeden Freitag von 15 bis 17 Uhr können sich Frauen in der Karl-Bröger-Str. 9, 1.Stock zu § 218-, Familien- und Eheproblemen informieren und beraten lassen. Telefonisch erreichbar ist die Beratungsstelle Mo. bis Fr. von 9 bis 11 Uhr unter (0911) 448 644 und 442 951.

„Walpurgisnacht"

Stellungnahme einer Genossin der AG Frauen

Ich bin eher für als gegen eine Beteiligung an der diesjährigen Walpurgisnacht-Demonstration.

In der Auseinandersetzung um die Beteiligung an der diesjährigen Walpurgisnacht beziehen sich die Genossinnen und Genossen auf die Ereignisse von vor einem Jahr. Was mir dabei (siehe AK 125) nicht gefällt, ist das recht lockere Verhältnis zu Fakten. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß unsere Beteiligung an einer Demo, die unter der zentralen Parole »Frauen gegen Männergewalt« angesetzt war, nicht in Frage kommt und von uns auch nicht »flexibel« gehandhabt werden sollte. Der Ablauf der Demos hatte unsere damalige Einschätzung leider noch übertroffen (die Genoss/inn/en aus Münster sollten sich dazu den AK 104 noch mal zu Gemüte führen). Auch drehen hätten wir an dieser Stoßrichtung nicht mehr können, wie es der Leserbrief aus Bochum im Nachhinein fordert. Kritische Stellungnahmen von »K-Frauen« wurden doch im letzten Jahr als unerlaubte Einmischung in die Angelegenheiten der autonomen Frauenbewegung betrachtet; ganz abgesehen davon, daß längst nicht nur sektiererische Fehler unserer Genossinnen zu ihrem Hinauswurf aus Frauenzentren geführt haben.

Der Kritikprozeß an der Walpurgisnacht hat sich dann innerhalb der autonomen Frauenbewegung selbst entwickelt.

Und dieses Jahr?

Undiskutiert sollte eine Walpurgisnacht-Demo sicher nicht geplant werden, gerade auch weil viele Frauen im Nachhinein Unbehagen und Kritik an einer Aktion, die sie zunächst als die ihre begriffen, geäußert haben.

Dafür sehe ich allerdings recht gute Voraussetzungen. Wenn wir uns die breite Palette der für den Kölner Kongreß geplanten Themen ansehen, so ist es völlig widersinnig, eine Aktion »gegen Männergewalt« als Abschluß zu erwarten. So sollen in Köln z. B. die Themen Gewalt in der Familie, im Beruf und in der Rechtsprechung behandelt werden; Gewalt gegen Frauen in staatlichen Institutionen (Z. B. Gefängnis), in Medien und Kirche ist genauso Thema wie Gewalt in Medizin, Sexualität und gegen Lesben.

Von daher sehe ich auf dem jetzigen Informationsstand keinen Grund für uns, eine Teilnahme an der Demo in Köln abzulehnen, auch dann nicht, wenn das Problem der Vergewaltigung einen etwas größeren Raum einnimmt als die übrigen Kongreßthemen. Allerdings sehe ich keinen Grund, an der Walpurgisnacht ausschließlich die Vergewaltigungsproblematik auf die Straße zu tragen. Es gibt keinen direkten Anlaß, diese Frage stärker zu betonen als andere Unterdrückungsformen gegen die Frau. Dazu wäre ein gerade laufender Prozeß o.ä. sicher besser geeignet.

Berechtigt ist das Anliegen, etwas gegen Vergewaltigung zu unternehmen und das Problem ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, allemal! So haben wir uns an einer Demo aus Anlaß einer Vergewaltigung mit tödlichem Ausgang in Berlin-Charlottenburg (siehe AK—Beilage zu AK 100, März 77) beteiligt und auch im AK nicht nur aus Anlaß der Walpurgisnacht Artikel zu diesem Thema geschrieben (siehe z. B. AK 72 (!) — Januar 76).

Auch eventuelle Demos in anderen Städten am 30.4. würde ich nicht von vornherein ablehnen und sehe auch nicht p r i n z i p i e l l e Gründe, so eine Aktion als Alternative zum 1. Mai zu betrachten. Ich könnte mir gut vorstellen, daß etliche Frauen ihre Transparente am nächsten Morgen auf die 1. Mai-Demo mitnehmen und dort einen Frauenblock machen.

Ich finde auch das Argument in der Stellungnahme aus Münster zu diesem Punkt sehr einleuchtend. Es heißt dort: *»Wenn z. B. die Drucker dieses Jahr am 30. April eine gesonderte Demonstration planten, um für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen, dann würden wir diese Demo sicher unterstützen, auch wenn Revis und Sozis versuchen, mit Mitbestimmungsparolen zu desorientieren«.*

Noch was zum Schluß:

Es fällt eigentlich auf, daß wir Frauen in der BRD nicht alljährlich an einem bestimmten Tag unsere Forderungen auf die Straße tragen, sozusagen eine Art 1. Mai für Frauen. Denn der 1. Mai reicht da sicherlich nicht aus, trotz Frauenblock. Dort sind wir ja nur ein Teil der Demo, wenn auch meist einer der kämpferischten. Diesen Mangel haben die Frauen der englischen Frauenbewegung längst behoben. Traditionell führen sie alljährlich am 8. März (oder kurz danach) ihre Frauendemo durch, an der sich nur Frauen beteiligen. Wir sollten uns auch überlegen, ob wir in Zukunft an diesem Tage weiter nur im Saal bleiben wollen.

Eine Genossin der AG Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Stellungnahme aus Braunschweig

Wir arbeiten für eine breite örtliche Beteiligung am 1. Mai! Gerade angesichts der Auseinandersetzung innerhalb der Linken um den Pflasterstrand-Artikel und die gesamte Tendenz, die darin sehr „ anschaulich " zum Ausdruck kommt, erhält die Frage des 1. Mai eine besondere Bedeutung. Wir sehen, daß die Ursachen des Erstarkens dieser frauenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen zum Teil auf die Schwäche der Frauenbewegung zurückzuführen sind (vgl. AK 124) und daß wir daher im Moment einen harten Kampf für die Berücksichtigung der Fraueninteressen am 1. Mai – und nicht nur eingeschränkt auf ihn ! – führen müssen und wollen. Wir wollen also am 1. Mai zeigen, daß es die Frauenbewegung noch gibt, daß sie nicht zu übergehen ist und daß wir uns gegen jede Mißachtung der Frauenbewegung zur Wehr setzen werden. In diesem Zusammenhang stimmen wir dem Vorschlag der Genossin aus Hamburg zu, daß wir in Frauenblocks mit lila und roten Fahnen und Parolen gegen Repression und/oder Gewalt gegen Frauen zeigen, daß wir auch noch da sind.

Damit dieses auch gelingt, haben wir die Braunschweiger Frauengruppen mit einem Extra-Brief zur Beteiligung an der AE zum 1. Mai eingeladen und werden auch gesonderte Treffen vorschlagen, um in aller Ruhe unsere Forderungen und Vorschläge zu diskutieren, die wir dann in die AE einbringen wollen.

Darüber hinaus treten wir für eine AG zum 1. Mai auf dem Kölner Kongreß ein – auch wenn es schon reichlich spät ist. Denn bisher hatten wir ja die Situation, daß der 1. Mai in der Frauenbewegung keine wesentliche Rolle gespielt hat, so daß es auch darum geht, die Diskussion über den
che Rolle gespielt hat, so daß es auch
darum geht, die Diskussion über den
1. Mai in der Frauenbewegung anzufangen, was wir in Köln auch tun sollten. Daraus geht auch schon hervor, daß wir uns trotz der zeitlichen Nähe zum 1. Mai am Kölner Kongreß beteiligen werden (erinnert sei noch mal an die in Hannover im Februar verabschiedete Resolution auf dem Russell-Frauen-Treffen, in der die beiden anstehenden Kongresse als gegenseitige Ergänzung und nicht als Konkurrenz eingeschätzt wurde und von daher zu beiden mobilisiert werden soll!), weil wir meinen, daß es unheimlich gut ist, wenn das Thema „Gewalt gegen Frauen" so umfassend diskutiert wird, wie es für Köln geplant ist.

Und jetzt zur Walpurgisnacht:

Vorweg ist zu sagen, daß wir der Einschätzung der Hamburger Genossin zur letzten Walpurgisnacht zustimmen und nicht finden, daß unsere Entscheidung im letzten Jahr falsch war. Weiterhin finden wir es auch nicht richtig, daß es über die Demos im letzten Jahr keine öffentliche Auseinandersetzung in der Frauenbewegung gegeben hat. Trotzdem lehnen wir eine Beteiligung an der Demo in Köln nicht ab. Denn zum einen sehen wir, daß der Stand der Frauenbewegung heute ein ganz anderer ist als vor einem Jahr. Es gab die Schleyer-Entführung die Terroristenjagd und die scharfen Angriffe auf nicht angepaßte Frauen und und und; und es gab Reaktionen aus der Frauenbewegung, die Kongresse, Briefe an I. Möller, Stellungnahmen gegen die Repression und es gab wieder eine öffentliche Auseinandersetzung über wichtige Fragen innerhalb der Frauenbewegung. Von daher glauben wir nicht, daß es eine ähnliche Linie gegen „die Männer" in diesem Jahr geben wird, weil die Diskussionen schon weiter sind. D.h. wir greifen den Vorschlag der Kölner Frauen auf, die Walpurgisnacht-Demo zum Abschluß des Kongresses zu machen, die dann aber auch im Rahmen des Kongresses ablaufen sollte: und zwar zum einen inhaltlich und zum anderen sollten sich an ihr die Frauen beteiligen, die am Kongreß teilgenommen haben. Das wäre eine Form, wie die auf dem Kongreß erarbeiteten Inhalte an die Öffentlichkeit getragen werden können. D.h. wir lehnen a) eine Demonstration durch Vergnügungsviertel oder die menschenleere Innenstadt ab, und b) eine nationale Mobilisierung für diese Demonstration. Wir sehen in ihr nicht die zentrale Aktion der Frauenbewegung, sondern sie hat eine Bedeutung in Zusammenhang mit dem Kongreß, weil sie nämlich eine Möglichkeit (unter mehreren) ist, die Problematik „Gewalt gegen Frauen" in die öffentliche Diskussion zu tragen – der 1. Mai ist z. B. eine andere gute Möglichkeit.

Anmerken möchten wir hier, daß
re gute Möglichkeit.
Anmerken möchten wir hier, daß
wir nicht generell gegen eine nationale Frauendemo sind, daß wir es befürworten, daß z.B. nach einem scharfen Angriff auf die Frauenbewegung u.a. eine nationale Demo durchgeführt werden kann, es müßte dann allerdings über Parolen, Redebeiträge innerhalb der Bewegung eine Auseinandersetzung laufen, ähnlich so wie wir es aus der Anti-AKW-Bewegung kennen.

Für falsch halten wir es übrigens, wenn die Stellungnahmen aus Münster und Bochum nur die Walpurgisnacht vor Augen haben und keine Gedanken an die Einbeziehung von Frauengruppen am 1. Mai verschwenden, weil darin nach unserer Meinung zum Ausdruck kommt, daß sie es sich so reichlich einfach machen und sich um die Auseinandersetzung innerhalb der Linken über die Frauenfrage herumdrücken – d.h. also vor den oben beschriebenen Tendenzen zurückweichen.

Frauengruppe im KB/Braunschweig

Leserbrief

1. Uns scheint die Feststellung wichtig, daß die Befürworter einer Teilnahme die Entscheidung vom letzten Jahr zumindest in Frage stellen.

Es geht ihnen also um mehr als die bloße Beteiligung an der diesjährigen Demo, es geht auch um die Entscheidung vom letzten Jahr. Denn auch Bochum räumt ein, daß sich *„eine Beteiligung des KB ... nicht nur aus den für uns günstigeren Ausgangsbedingungen (im Vergleich zum letzten Jahr) ableiten (läßt)."*

2. Wir wollen zuerst auf die Motive der Veranstalterinnen eingehen, die von Münster und Bochum gar nicht erwähnt wurden:

a) U. E. sollte man bei den Diskussionen berücksichtigen, daß die „Walpurgisnacht"-Demos im vergangenen Jahr zum ersten Mal stattgefunden haben. Initiiert wurden sie von „autonomen" Frauen, die bewußt und gezielt die reaktionäre Tendenz gegen d i e Männer und den 1.Mai ins Spiel gebracht haben. Es läßt sich die Tendenz absehen, aus der „Walpurgisnacht" eine s t ä n d i g e E i n r i c h t u n g der Frauenbewegung zu machen. Das halten wir aus den folgenden Gründen nicht für sinnvoll:

– eine Demo mit der wesentlichen Stoßrichtung gegen den Teilaspekt der Gewalt gegen Frauen, die Vergewaltigung, kann beim derzeitigen Stand keine großen Mobilisierungserfolge bringen und ist inhaltlich einfach ungenügend

– sollte die Demo gleichberechtigt andere wesentliche Aspekte behandeln (Gewalt in der Ehe, § 218, Akkordarbeit für Mütter, Hexenjagd gegen fortschrittliche Frauen), so ist nicht einzusehen, weshalb diese Demo am 30.4. stattfindet und nicht am 8.März (Internationaler Kampftag der Frauen), wo unter ähnlichen Parolen (in der ganzen Welt) traditionell demonstriert wird.

Insofern verstehen wir die „Walpurgisnacht" nicht als eine sinnvolle Ergänzung zum 1.Mai oder zum 8. März.

b) Alleine die Tatsache, daß eine Demo unter überwiegend fortschrittlichen Parolen stattfindet, kann für uns nicht alleine Grund sein, uns zu beteiligen. Vielmehr kommt es auch darauf an, gute Bedingungen für weitere Diskussionen auch nach (und während) der Demo zu schaffen. Wesentlich wichtiger ist aber noch, „neue" Frauen zu aktivieren und „alte" wieder in den Kampf einzubeziehen.

Bei einer Demo mitten in der Nacht und zudem durch die sog. „Vergnügungsviertel" (wen frau da wohl ansprechen und überzeugen will??) sehen wir diese wichtigen Bedingungen nicht. Die Erfahrungen des letzten Jahres bestätigen das.

3. Nun konkret zu den Argumenten aus Münster und Bochum für die Beteiligung:

a) Schlechter als im letzten Jahr (weil nur eine zentrale Demo stattfindet) stehen die Chancen, *„viele Frauen"* (Münster) zur Demo zu bekommen. Dagegen spricht ebenfalls die augenblickliche Situation der Frauenbewegung, die ihre frühere Stärke nicht erreicht hat (was die relativ wenigen Demos zum 8. März zeigen).

b) Die Genossen aus Münster meinen, bei einer Teilnahme hätten wir *„die besten Möglichkeiten geschaffen, reaktionäre Gruppierungen wie die ‚Schwarzen Botinnen' zu entlarven und langfristig aus der Frauenbewegung zu verdrängen."* In Wirklichkeit ist es doch so, daß die „Walpurgisnacht" nur ein ganz kleines Mosaik in unserem Kampf ist. Im Laufe der Zeit werden sich sicher viele gute Gelegenheiten bieten, z.B. die ‚Schwarzen Botinnen' zu entlarven. Wieso das „am besten" am nächsten 30.4. gehen soll, bleibt offen.

Außerdem würden wir uns mit der konsequenten Fortsetzung dieser Politik zum Spielball irgendwelcher (fast jeder) Demo machen (wie der Genosse aus der Redaktion ausgeführt hat).

4. Last not least: Wir sind der Ansicht, daß eine (nicht nationale!!) Demo der Kölner und auf dem Kongreß anwesenden Frauen als abschließende Manifestation und unter nicht auf Vergewaltigung eingeschränkten fortschrittlichen Parolen (s.o.) durchaus sehr begrüßenswert gewesen wäre! Allerdings ist von den Veranstalterinnen entgegen wirklicher demokratischer Gepflogenheiten der Ablauf und Charakter bereits festgelegt, so daß u.E. eine Beteiligung (und „Einflußnahme", wie Bochum glaubt) nichts Wesentliches mehr ändert!

Eine Sympathisantin und ein IKAH-Genosse aus Hamburg

Prozeß gegen die Anmelderin der Walpurgisnacht demonstration 1977

Wegen "Verstosses gegen das Versammlungsgesetz" soll der verantwortlichen Anmelderin der Frauendemonstration zur „Walpurgisnacht" 1977 in Frankfurt der Prozess gemacht werden. Die Anklage ist zustande gekommen, weil die Nachtdemonstration nur mit sehr scharfen Auflagen durch die Polizei genehmigt wurde: die Frauen durften keinen Lärm machen, sich nicht schminken und keine Masken tragen ! Da diese Auflagen zum großen Teil nicht eingehalten worden waren, wurde Anklage erhoben. Eine einzelne Frau soll nun stellvertretend für alle anderen eingeschüchtert werden.

Die Frankfurter Frauen haben am 28.3. ein Vorbereitungstreffen mit 40 Frauen zur Mobilisierung für den Prozeß gemacht, auf dem beschlossen wurde, einen Informationsstand in der Innenstadt zu machen. Außerdem gaben die Frauen eine Presseerklärung heraus.

Wir erklären uns mit der Angeklagten voll solidarisch und fordern alle Frauen auf, den Prozeß möglichst breit bekannt zu machen und gegebenenfalls Prozessbeobachterinnen zu entsenden. Der Termin ist am 4.4.78 um 10 Uhr im Zimmer 260, Gerichtsgebäude B, 2. Stock in Frankfurt

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Rechte Politiker gefährden die Zukunft unserer Kinder!

„Linke Träumer gefährden die Zukunft unserer Kinder" und „Linke Träumer gefährden unsere Sicherheit" sind Hauptparolen der CDU im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf. In einer ihrer Wahlanzeigen macht die CDU detailliertere Angaben, wie s i e sich die Zukunft unserer Kinder vorstellt. Man liest dort: „ ... **Ein Drittel der 1977 festgenommenen Täter waren Jugendliche! Bei den Jugendlichen sind die Rohheitsdekikte um 30 Prozent gestigen!"**

Natürlich denkt die CDU nicht im Traum daran, diese Entwicklung irgendwie mit Jugendarbeitslosigkeit, „Spar"politik gerade auf dem Kinder- und Jugendsektor usw. in Zusammenhang zu bringen und entsprechende Vorschläge anzubieten. Nein, für die CDU sind auch hier *„die linken Träumer"* schuld, die *„ auch bei der Polizei ... verhängnisvollen Reform-Wirrwarr angerichtet"* haben. Die Polizei sei *„falsch organisiert"* und *„hoffnungslos überlastet. So kann sie den Kampf gegen Gewalt und Terror nicht gewinnen!"*. – Daran also liegt's nach Meinung der CDU, wenn immer mehr Jugendliche und immer mehr auch schon Kinder „kriminell" werden. Daher hat die CDU auch nichts Besseres vorzuschlagen als:

Verstärkung der Polizei, Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, „Polizei-Kontaktbeamte" in den Wohnbezirken, Gesetzesänderungen All dies nach dem Motto: **„Damit wir wieder in Sicherheit leben können: CDU!"** Was die CDU mit solchen Vorschlägen den Kindern und Jugendlichen antun will, ist nicht viel humaner als das Programm der NSDAP.

Ein ganz normales kapitalistisches Geschäft

„ ... weil ich so, wie ich rumlief und in der Schule herumhockte und so weiter, weil ich so, wie ich als Mensch war, nicht mit mir einverstanden war, unzufrieden war mit mir selbst. Ich wollte sein, wie ich nicht war. Vielleicht wird einem zuviel von Film, Werbung und Literatur suggeriert, man kann dieser Flut von Vorstellungen, wie man sein soll, auf die Dauer nicht standhalten. Bekommt einen Frust, weil man bleibt, was man ist. Ich war nicht der Hauptdarsteller, ich war kein Star oder sonstwas, sondern der Hans um die Ecke, und wenn ich Dope nahm, dann war ich jemand" („Andere Zeitung", 11/77).

So oder ähnlich erklären Jugendliche in der BRD, warum sie Rauschgift nehmen. 40.000 sollen es nach bürgerlicher Statistik inzwischen sein. 25.000 davon werden zum „harten Kern" der „Drogenszene" gerechnet („Tagesspiegel", 7.11.77). Mindestens 400 von ihnen setzten sich 1977 in irgendeiner Bahnhofs- oder Kneipentoilette, im Hinterhof oder sonst irgendeinem Loch den letzten Schuß. Rauschgift sollte fähig machen, „Ideen zu bekommen", „Hemmungen zu überwinden", wurde gespritzt, „weil man den Alltag vergißt", „weil sich Glücksgefühle einstellen" (Zitate aus Antworten auf eine Umfrage unter Rauschgiftsüchtigen im Auftrag der BRD-Regierung).

Die Opfer...

Die Opfer...

Die bürgerliche Presse bezeichnet das Ansteigen des Rauschgiftkonsums gerade unter Jugendlichen in der BRD als „zweite Drogenwelle". Diese unterscheidet sich wesentlich von der ersten, die vor ca. zehn Jahren ablief. Damals waren es in erster Linie Studenten und Oberschüler, die – garniert mit ideologischen und politischen Argumenten – zu Drogen griffen. „In" waren leichtere Rauschgifte wie Haschisch, LSD usw.

Heute sind es vor allen Dingen Jugendliche aus der Arbeiterklasse, die den Hauptteil der Rauschgiftkonsumenten ausmachen. So stellen Drogenberater im Ruhrgebiet fest, daß es statt Oberschülern *„mehr Schüler von anderen Schularten und jugendliche Arbeitslose (sind), die ihren Kummer über den mißlungenen Start im Berufsleben mit dem verhängnisvollen Schuß in die Vene betäuben"*. Und eine Untersuchung der Technischen Universität Westberlin kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei den Opfern der „zweiten Drogenwelle" jetzt vornehmlich um Jugendliche handelt, *„die aus unvollständigen oder zerrütteten Familien kommen, keine abgeschlossene Schulbildung haben und deren Berufslaufbahn durch Ausbildungswechsel oder -abbruch gekennzeichnet ist"* („Welt der Arbeit", 23.2.78).

In Westberlin, dem Zentrum der „zweiten Drogenwelle" – dort gab es allein 1977 85 Todesopfer – ist zu beobachten, daß der Schwerpunkt der „Szene" sich in Außenbezirke wie Gropiusstadt und das Märkische Viertel verlagert hat, in denen eine unmenschliche Betonarchitektur, kaum Freizeitmöglichkeiten, hohe Jugendarbeitslosigkeit u.a. zusammenkommen („Zitty" 11/77).

Doch nicht nur in der Struktur der Abhängigen unterscheidet sich die „zweiten Drogenwelle" von der ersten. Hinzu kommen zwei weitere Unterschiede:

– die Opfer des Rauschgifthandels werden immer jünger. So stellte die TU Westberlin fest, daß von 203 befragten Rauschgift-Konsumenten 96 schon im Alter zwischen zehn und 16 Jahren und 40 im Alter von 17 bis 18 Jahren mit dem Drogenkonsum begonnen hatten („HEZ 11/77). Der Einstieg in den Rauschgiftkonsum besteht meist zunächst „nur" in der Verbindung von Alkohol und Psychopharmaka („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.5.77).

– Rauschgift wie Haschisch sind in den Hintergrund getreten gegenüber „harten" Drogen wie Heroin. *„Im Regelfall greifen sie dann bereits nach einem Jahr zur Injektionsnadel"* (ein Mitarbeiter des AK Ochsenzoll, in dem „Drogentherapie" betrieben wird). Im Juli 1977 starb in Westberlin eine 13-jährige an einer Überdosis Heroin („Tagesspiegel", 8.2.78).

Weg ist also der Schleier des Rauschgiftkonsums als Mittel des Protestes, wie ihn vor zehn Jahren Ideologen wie Timothy Leary verbreiteten. Geblieben ist das, was Rauschgifthandel immer war: Ein Geschäft mit „Träumen", das den Käufer über kurz oder lang kaputt macht. Und betroffen sind diejenigen, für die ihre reale Situation so beschissen ist, daß sich der Einkauf von „Träumen" aufdrängt: arbeitslose Jugendliche, von Streß und Leistungsdruck kaputtgemachte Schüler.

... und die Heuchler

Die bürgerlichen Politiker geben sich „besorgt" über den Anstieg der Drogenabhängigkeit in der BRD. So will die Bundesregierung angeblich „nichts unversucht" lassen, um alko-
Drogenabhängigkeit in der BRD. So will die Bundesregierung angeblich „nichts unversucht" lassen, um alko-
hol- und rauschgiftgefährdeten Jugendlichen zu helfen, „die aus dem Teufelskreis ausbrechen wollen". Die Heuchelei dieser Sprüche zeigt sich daran, wo die bürgerlichen Politiker die Ursachen für den steigenden Rauschgiftkonsum sehen: nämlich bei den Jugendlichen selber, nicht in den Verhältnissen, in denen diese Jugendlichen leben müssen! Und daran, wie sie der Drogenwelle beikommen wollen – allemal mit dem Polizeistaat.

Für die SPD/FDP-Regierung liegt die Ursache des zunehmenden Rauschgiftkonsums wesentlich in einer mangelnden Information der Jugendlichen über die Gefahr des Rauschgiftkonsums, in mangelnder Vorbildwirkung der Eltern und zu wenig *„Erziehung durch Vorbild und Liebe"* („FAZ", 12.11.77). Nur sehr zaghaft werden auch die gesellschaftlichen Ursachen angetickt: Mit einer „Neuordnung des Jugendhilferechts", d.h. mit „Angeboten" an die Jugendlichen, soll der Drogenkonsum gesenkt werden. Der in Hamburg für die „Beobachtung der Drogenszene" zuständige Oberschulrat kann sogar *„nicht ableugnen, daß da Zusammenhänge bestehen"*, zwischen Jugendarbeitslosigkeit, Schulstreß und Rauschgiftkonsum. Aber: *„Sie sind ... nicht Zusammenhänge ersten Grades"* („Welt", 10.2.77).

Die CDU/CSU geht demgegenüber in die Vollen. So ihr „jugendpolitischer Sprecher" im Bundestag: *„Als Ursachen nannte er Realitätsflucht der Jugendlichen, mangelnde Orientierung durch die Erziehung, Zentralisierung des Staates, Anonymisierung in der Gesellschaft, Bürokratisierung"*. Der SPD/FDP-Regierung wird vorgeworfen, die Familien funktionslos gemacht zu haben. Angegriffen wird auch die *„ideologisch gelenkte Emanzipation der Frau"*, die dazu beigetragen habe, *„die Frauen in eine Rollenkonfusion zu treiben und damit die Familien zu gefährden"* („Süddeutsche Zeitung", 12.11.77).

Die bürgerlichen Parteien lenken also mit unterschiedlicher Intensität die Schuld für die „Drogenwelle" auf die Familien – das gängige Interpretationsmuster bürgerlicher Politiker, wenn Kinder und Jugendlichen Schaden zugefügt wird (Kindesmißhandlungen, Schußstreß etc.).

Die reaktionäre Rechte geht da noch einen Schritt weiter: Von ihnen wird der Jugend insgesamt der Vorwurf der Kaputtheit gemacht und die Forderung nach einer „straffen Hand" aufgestellt. So meinte ein Vorstandsmitglied der Landeselternvereinigung an Bayerns Gymnasien auf einer Fachtagung, *„daß die Gesellschaft jederzeit und für alle Situationen Entschuldigungen für die Jugendlichen bereit habe ... Dem Jugendlichen werde auf diese Weise ‚ein ständiges Alibi' suggeriert, er fühle sich deshalb in seiner labilen Haltung bestätigt. Sie forderte für die Zukunft ein ‚neues Konzept', wonach dem Jugendlichen nahegebracht werden müsse, daß der einzelne der Gesellschaft verantwortlich sei und nicht etwa umgekehrt"*. Auf der gleichen Tagung forderte der Vertreter eines „Schulpädagogischen Instituts" eine *„ ‚qualitative Veränderung' der Schulen und einen ‚härteren Kurs' mit mehr Anforderungen an den Jugendlichen"*. Begründet werden diese Tiraden auch mit dem Hinweis



auf den *„volkswirtschaftlichen Schaden"*, den der Drogenkonsum mit sich bringt: *„12.000 arbeitsunfähige Drogenabhängige"* („SZ", 4.7.77).

Noch nicht offen ausgesprochen steht im Hintergrund die Forderung nach einem neuen „Arbeitsdienst" für „Deutschlands kaputte Jugend".

Entsprechend sehen die Vorschläge der bürgerlichen Politiker aus:

– Drogenabhängigkeit wird zum medizinischen und psychischen Problem gemacht. Projekte, die versuchen, in ihrer Arbeit von den gesellschaftlichen Ursachen der Rauschgiftabhängigkeit auszugehen, werden geschlossen, wie das Therapie-Zentrum in Hamburg-Altona (wegen „linksradikaler Indoktrination") oder mit der Schließung bedroht, wie die „Free Clinic" in Heidelberg, die Drogensucht nicht nur „medizinisch" behandeln wollte.

Bezeichnenderweise sollen von den 60 Drogenberatungsstellen, die im Rahmen eines „Modells" der Bundesregierung betrieben worden sind und die z.T. eine sehr gute Arbeit gemacht haben, nur noch elf weitergefördert werden (lt. Info der „free clinic"). Die „wissenschaftliche Begleitung" soll ausgerechnet das Max Planck-Institut übernehmen, das der Inbetriff für Wissenschaft im Dienst des Kapitals in allen Bereichen ist (von der Atomenergie bis zur Verhaltensforschung, die von Altnazi Lorenz betreut wird).

– Wo keine gesellschaftlichen Ursachen vorliegen dürfen und der einzelne Drogenabhängige, im Höchstfall seine Familie, Schuld an der Abhängigkeit sein soll, tritt der Polizeistaat an. So ist die Höchststrafe für Rauschgifthandel mittlerweile von drei auf zehn Jahre angehoben worden. Die westeuropäischen Polizeizentralen haben sich auf ein kostspieliges gemeinsames Programm geeinigt. Offen diskutiert wird, Jugendliche, die der Opiatabhängigkeit verdächtigt werden, erst einmal für sechs Wochen „zwangsunterzubringen". („HEZ", 11/77). Betroffene: die Drogenabhängigen, die von den Bullen – zusätzlich zum Terror der Abhängigkeit – durch Abschleppen auf Wachen etc. terrorisiert werden. Und die kleinen Dealer, die in einem miesen aber eben kapitalistischen Geschäft arbeiten – und wohl oft nicht wüßten, wie leben, wenn sie diese Geschäfte nicht betrieben. Selbst die Oberbullen klagen: Die „großen Fische" des Rauschgiftmarktes schnappen wir nicht! Allerdings eine fragwürdige Argumentation für eine Polizeistreitmacht, die beim Verschwinden eines Arbeitgeberpräsidenten die ganze BRD auf den Kopf stellen kann und von heute auf morgen die Gesetze entsprechend polizeilichen Anforderungen geändert bekommt.

Versteht sich von selbst, daß die Bereitstellung von Mitteln für die Polizei den Großteil des „Anti-Drogen-Programms" bürgerlicher Politiker ausmacht. Beispiel Westberlin: Mittel insgesamt 8,6 Millionen. Davon
Programms" bürgerlicher Politiker ausmacht. Beispiel Westberlin: Mittel insgesamt 8,6 Millionen. Davon
sollen 1,2 Millionen an die Initiativen der Drogentherapie gehen. Diese sollen auch noch nachweisen, daß sie das Geld wirklich brauchen. Die gleiche Summe geht für den Ausbau der Polizeiklinik drauf, um dort Urinproben etc. vorzunehmen. Eine Ausgabe, die enthüllt, wen die verstärkten polizeilichen Aktivitäten treffen sollen. Und eine absolut sinnlose Ausgabe darüber hinaus, weil diese Untersuchungen auch in der eh mit Drogentherapie befaßten Uniklinik durchgeführt werden könnten. Der Rest der Summe verteilt sich dann auf Ausbau städtischer Kliniken und auf – die Polizei! Drogentherapie a la SPD! („Tagesspiegel", 26.10.77).

Eine Begleiterscheinung des Polizeistaatseinsatzes an der Drogenfront: fortschrittliche politische Wohngemeinschaften z.B. werden unter dem Vorwand „Drogenfahndung" heimgesucht – und manchmal ist es „leichter", bei einer Hausdurchsuchung statt einer Waffe eben etwas Heroin unterm Bett zu „finden". (Eine Methode, die das faschistische Regime im Iran benutzt, das Oppositionelle teilweise auch unter dem Vorwurf des Rauschgifthandels inhaftiert und ermordet!)

– Hinzu kommt eine teure und dümmliche „Aufklärung" nach dem Motto „Du machst Dich kaputt, der Dealer macht Kasse", die bestimmt noch niemanden davon abgehalten hat, in einer trostlosen Situation zum Rauschgift zu greifen.

Ein ganz normales kapitalistisches Geschäft

Die bürgerlichen Politiker und ihre Medien führen diese Art von „Kampf gegen die Drogenkriminalität" und verbreiten die entsprechenden Reden über verdorbene Jugend, Familien etc., um davon abzulenken, daß es sich beim Geschäft mit den Drogen um ein Geschäft handelt, das auf dem Boden des Kapitalismus wächst, das genau solchen Marktgesetzen wie andere kapitalistische Geschäftszweige unterliegt – und heute Hochkonjunktur hat. Sicherlich unbeabsichtigt schildert die stockreaktionäre „FAZ" das ganze treffend: *„Der Markt und seine Zielgruppen werden genau erkundet, auf Verschiebungen wird sensibel und geschickt reagiert. Man ist ständig auf der Lauer: Wo gibt es neue Gruppen mit sogenanntem Leidensdruck, die der chemischen Abkürzung zum Wohlbefinden und zur ‚Problem-Bewältigung' bedürftig sind? Wo bilden sich neue Konsummotive, bei denen man nachhaken könnte – heute etwa Schulstreß oder Arbeitslosigkeit? In welchen Gebieten der Großstadt, so zum Beispiel lauten marktstrategische Überlegungen, ist Arbeitslosigkeit besonders breit vertreten? Wie kann man bestehende Abhängigkeiten etwa von der legalen Droge Alkohol ‚umfunktionieren' oder mit der eigenen Waren kombinieren? Man arbeitet mit internationalem Management, mit Preissenkung, Preistreiberei, Stoffverknappung, mit Weckung von Bedarf, mit Einflußnahme, mit Schaffung von Moden, von Trends: also unter bedenkenloser Ausnutzung von Marktprinzipien und Markttechniken"* („FAZ", 26.5.77).

Genau: Der Kapitalismus schafft das Bedürfnis nach Rauschgift. Wo die reale Situation für viele Menschen so beschissen ist, werden Träume, wird ein wenn auch scheinbarer Ausweg – zur Ware.

Ein Geschäft, das in den kapitalistischen Ländern sogar weitgehend legal ist. Was betreiben denn Firmen die Hoffmann-La Roche und andere Pharma-Konzerne anderes, wenn sie
legal ist. Was betreiben denn Firmen die Hoffmann-La Roche und andere Pharma-Konzerne anderes, wenn sie
ihr Valium, Librium oder sonstwas auf den Markt werfen: Sie verkaufen das Erträglichwerden der Zustände. Und bezeichnenderweise versteht sich Psychiatrie in der BRD ja auch weitgehend darin, Patienten, sogenannte „Anormale", erst einmal mit Tranquilizern zu beruhigen. Und nicht zufällig führt der Weg für Jugendliche in die Drogenabhängigkeit sehr oft über „Beruhigungsmittel", die z.T. sogar von Ärzten gegen Schulstreß verschrieben werden. Und nicht zufällig werden diese Mittelchen kombiniert mit einer anderen legalen Droge – dem Alkohol. Allesamt Geschäfte, die sich fest im Kapitalismus organisiert haben, ihre Steuern zahlen oder hinterziehen...

Illegal wird der Handel mit der „Ware Träume" für den bürgerlichen Staat erst, wenn er zu schnell, zu brutal und mit zu großen Schäden für die „Volkswirtschaft" (sprich: für's Kapital) Menschen zerstört.

Und so stehen auch hinter dem Geschäft mit dem Rauschgift typische Kapitalisten, ob es nun die „Halbwelt"-Kapitalisten sind, die sich Mischkonzerne aus Prostitution und Rauschgifthandel aufgebaut haben oder Typen aus dem „Jet-Set". Nicht zufällig werden gerade übermütige Kapitalistentöchter und -söhne des öfteren mit größeren Mengen Rauschgift erwischt, wie jüngst Millionenerbin Putzi von Opel mit Haschisch im Wert von 20 Mio Mark in Frankreich („Stern" 8/78).

Der Kampf gegen das Geschäft mit der Droge ist der Kampf um bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterjugend, um eine Schule ohne Schulstreß, eine menschenwürdige Lebensperspektive für die Jugendlichen. Es ist der Kampf um die Unterstützung, Erhaltung und den Ausbau einer Drogentherapie, die wie die „free clinic", das TZA u.a. davon ausgeht, den Betroffenen bewußt zu machen, wessen Opfer sie geworden sind und die Perspektive zu eröffnen:

Nicht Träume kaufen,
Träume zur Wirklichkeit machen!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



„Wir wollen nicht wie Waren hin- und hergeschoben werden"

Die vor einigen Jahren in großer Zahl aus Südkorea (und anderen südostasiatischen Staaten) in die BRD geholten Krankenschwestern sollen jetzt klammheimlich wieder in ihre Heimat abgeschoben werden. Nicht etwa, weil es zuviele Krankenschwestern gibt, sondern weil auch hier der westdeutsche „Sozialstaat" den Rotstift angesetzt hat. Und wie überall sollen natürlich zuerst die sowieso schon Benachteiligsten dran glauben. Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft gibt es da allerdings auch gar keine Probleme, *„die koreanischen Krankenschwestern seien schließlich mobiler als deutsche Arbeitskräfte und hätten weniger Anspruch an ihren Wohnort"* („Frankfurter Rundschau", 22.3.78).

Die Frauen sehen das allerdings etwas anders und sind jetzt erneut mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gegangen, die wir im folgenden abdrukken:

„Geschätzt — aber nicht mehr gebraucht?"

ken:

„Geschätzt — aber nicht mehr gebraucht?"

„In Bayern sind mehreren koreanischen Krankenschwestern Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verweigert worden. Schwester Sung Wan Yoon will weiter in der BRD arbeiten, um ihre Familienangehörigen unterstützen zu können. Sie arbeitet seit sechs Jahren hier ... Jetzt droht ihr die anbefohlene Rückkehr ... Die traurige Geschichte von Schwester Sung Wan Yoon ist eine von Tausenden. In den sechziger Jahren hat man sie alle aus Korea, aus Indien, aus Taiwan, aus Indonesien und den Philippinen buchstäblich als rettende Engel in die Bundesrepublik geholt. Damals drohte der Pflegebetrieb hierzulande mangels Personal zusammenzubrechen."

So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 9. März 1977.

Allein durch den Einsatz von ausländischen Krankenpflegerinnen und -helferinnen wurde und wird zum Teil heute noch die Patientenpflege in zahlreichen Krankenhäusern und Sanatorien gesichert. Und dies trotz der Rotation, die das Ausländergesetz zum Resultat hatte. Jetzt sollen die über 16.000 Krankenschwestern aus Nicht-EG-Ländern bis 1979 die BRD verlassen. Der Hauptgrund für dieses Vorhaben von Regierungen und Behörden besteht keineswegs im gestiegenen Angebot einheimischer Arbeitskräfte, sondern in den spürbaren Sparmaßnahmen auch im Gesundheitswesen.

Im Zuge dieser Maßnahmen wird die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert und für viele ausländische Krankenschwestern ist die erzwungene Rückkehr, wenn nicht Ausweisung und Abschiebung eine reale Bedrohung. Sie haben zwar Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn sie mehr als sechs Monate in der BRD gearbeitet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind, aber dieses Recht kann praktisch kaum wahrgenommen werden, da gleichzeitig ei-

in der BRD gearbeitet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind, aber dieses Recht kann praktisch kaum wahrgenommen werden, da gleichzeitig ei-

ne Aufenthaltserlaubnis erforderlich ist. Eine Aufenthaltserlaubnis bekommt man jedoch nur, wenn man eine Arbeitserlaubnis hat. Durch diese Koppelung werden die Krankenschwestern von einer Stelle zur anderen geschickt und die Verantwortung schieben die Behörden und Arbeitgeber gegenseitig von sich ab. Man könnte uns sagen, jetzt sei endlich die Zeit gekommen, unsere hier erworbenen Kenntnisse von modernen medizinischen Einrichtungen zu Hause anzuwenden. Aber wie sieht die Realität zu Hause aus? In Ländern wie Südkorea, Indien, den Philippinen usw. fehlt eine Gesundheitsorganisation, die die notwendigsten Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung auch nur einigermaßen befriedigen könnte. Dadurch ist es für die Rückkehr fast aussichtslos, einen Arbeitsplatz zu finden. Gerade die gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückständigkeit in unseren Heimatländern hat uns hier auf den Arbeitsmarkt geworfen. Und an dieser Lage hat sich nichts geändert. Die Rückkehrer vermehren zum großen Teil Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu Hause.

Wo sollen wir hin?

Sollen die Ledigen unter uns einen beliebigen deutschen Mann heiraten, um der Ausweisung zu entgehen? Was sollen die Mütter unter uns tun, wenn ihnen die Erwerbsmöglichkeit für ihre Kinder und Familienangehörigen entzogen wird?

Wir sind Menschen!

Wir wollen nicht wie Waren hin und hergeschoben werden. Außerdem haben die Patienten uns immer noch bitter nötig. Durch den Personalmangel in den Krankenhäusern werden die Patienten vernachlässigt und die verbleibenden Pflegekräfte leiden unter erzwungener Mehrarbeit.

die Patienten vernachlässigt und die verbleibenden Pflegekräfte leiden unter erzwungener Mehrarbeit.

DESHALB FORDERN WIR:

1. *Gewährung der Aufenthaltserlaubnis, damit wir unseren Anspruch auf Arbeitslosengeld wahrnehmen können.*
2. *Unbefristete Aufenthaltserlaubnis!*
3. *Das Recht auf Weiterarbeit in der Bundesrepublik.*

Koreanische Frauengruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Kontaktadresse:

**Kang Won Hea, Adlzreiterstr. 15
8000 München 2, Tel. 089/53 57 55**

Bei dieser Adresse können Unterschriftenlisten mit diesem Aufruf angefordert werden.

Skandal! Krankenhausleitung ließ Geräte nicht warten — Ein Patient gestorben!

Im August '76 verstarb im Urban-Krankenhaus, Westberlin, ein 26-jähriger Mann während der Narkose an O2-Mangel infolge eines defekten Dichtungsrings am Narkosegerät. Die Nachforschungen ergaben, daß das Narkosegerät seit über 2 Jahren nicht mehr gewartet worden war, die nach dem Zwischenfall durchgeführte Überprüfung der anderen Geräte ergab weitere schwerwiegende Defekte!

Die Angehörigen leiteten frühzeitig eine Strafanzeige „gegen Unbekannt" ein. Wie zu solchen Fällen an der Tagesordnung, versuchte die Krankenhausleitung, einen „Schuldigen" zu präsentieren. Mit Hinweis auf einen möglichen ärztlichen „Kunstfehler" sollte der Diensthabende Narkosearzt belangt und für diese ungeheuerlichen Mißstände verantwortlich gemacht werden. Da für alle, die im Bereich der Anästhesie arbeiten, die Mängel an den Geräten und damit die Verantwortlichkeit der Krankenhausleitung so offensichtlich waren, erklärten sie sich zusammen mit dem Personalrat mit dem betroffenen Kollegen solidarisch.

Eine gemeinsame Erklärung mit der Forderung nach einer außerordentlichen Personalversammlung wurde von 580 Kollegen unterschrieben.

Die Krankenhausleitung versuchte die Personalversammlung zu verbieten (!) — es handle sich hierbei um ein „schwebendes Verfahren".

Trotzdem erschienen zu der Versammlung 450-500 Kollegen. Dort wurden u.a. weitere unverantwortliche Nachlässigkeiten der Krankenhausleitung zutage gefördert:

- Die Wartung der Geräte ist seit Bestehen des Neubaus einfach „eingespart" worden;
- die Narkosegeräte wurden in 5 Jahren ein einziges Mal auf ihre Funktion hin überprüft;
- vier Geräte mußten nach dem Todesfall aus dem Verkehr gezogen werden;
- im gesamten medizinisch-technischen Bereich gab es keine Wartungen;
- im Juli 1977 versagte die Technik eines Op-Tisches — er kippte mit dem Patienten um;
- im November reißen die gelockerten Schrauben eines Röntgengerätes aus, und die 30kg schwere Röhre stürzt zu Boden — es hätte ein Patient darunter liegen können.

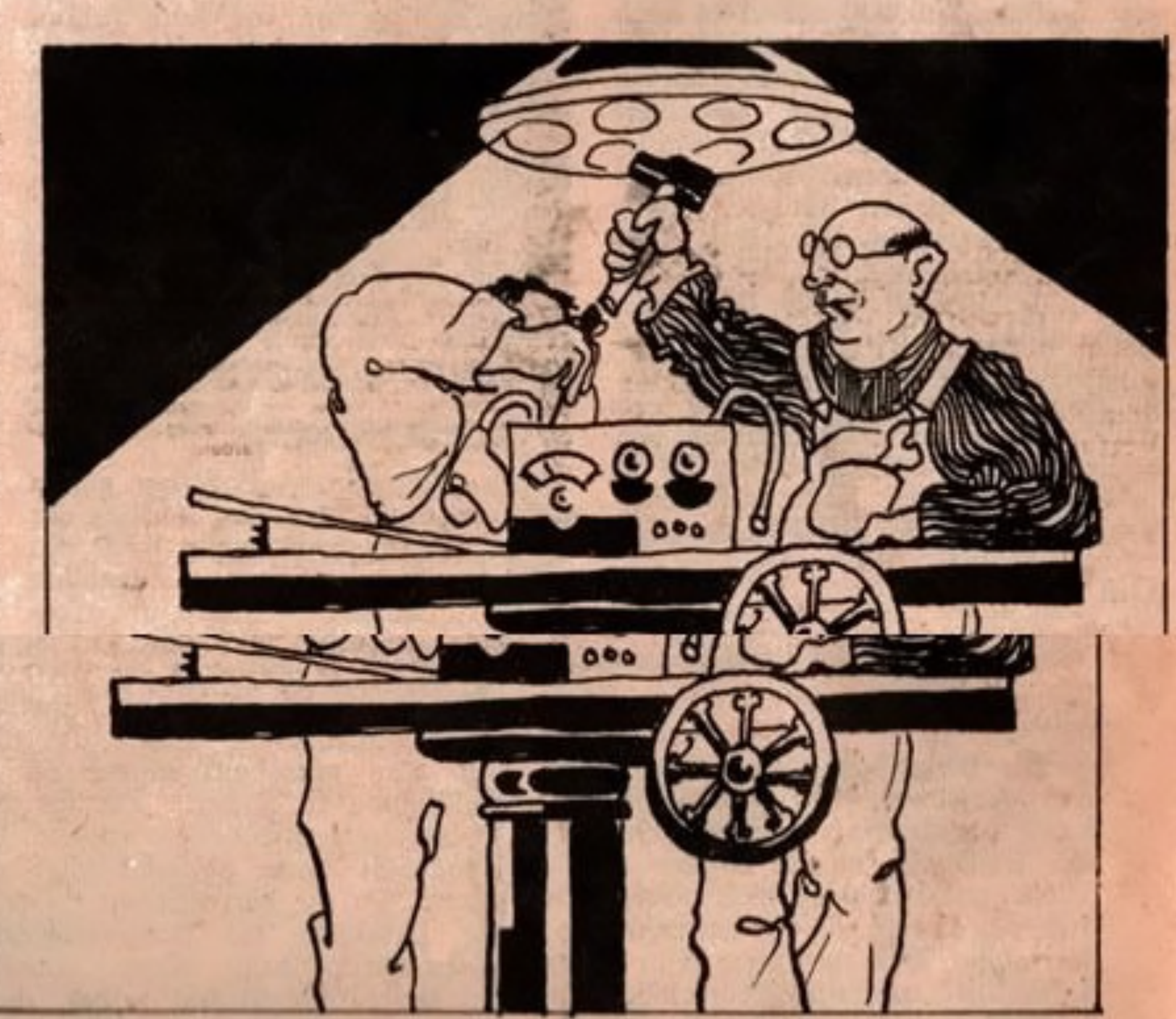
Das Pflegepersonal der Inneren Intensivstation erklärte, daß es solange die Arbeit an dem Dialysegerät ablehne, bis dieses nicht nach mehrjähriger Pause wieder auf seine volle Funktionsfähigkeit hin überprüft worden sei! ...

Das Verfahren ist noch nicht zu Ende, aber die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, das Verfahren einzustellen.

„Der augenblickliche Stand ist der, daß die Kollegen des Hauses überlegen, wie sie mitwirken können, daß die Angehörigen zu ihrem vollen Recht kommen. Auf der anderen Seite hat die Krankenhausleitung aus Sparüberlegungen heraus so fahrlässig die Sicherheit der Geräte des Hauses vernachlässigt, daß die Kollegen zur Zeit prüfen, welche straf- und dienstrechtlichen Schritte sie gegen die Krankenhausleitung unternehmen können.

Wie sieht es in den anderen Häusern aus?" (aus: Eingriffe, Febr. '78)

Gesundheitsgruppe KB/Gruppe Westberlin



Leserbrief

Die Fürsorge des Westberliner Senats beim Strahlenschutz

Was die Strahlenschutzverordnung eindeutig und mit gutem Grund vorschreibt: die Strahlenbelastung der Bevölkerung unter den Grenzwerten der Verordnung zu halten und die Ableitung radioaktiver Stoffe scharf zu kontrollieren, Genehmigungen für Anstalten, Betriebe, Institute etc., die radioaktive Stoffe ableiten, nur zu gewähren, wenn diese u.a. Abwasserauffang-Anlagen, Luftfilter-Anlagen, Abklingbecken zum Schutz der Umwelt installiert haben, ist für den Westberliner Senat nicht maßgebend.

Von rund 100 Westberliner Krankenhäusern werden ganze 10 einmal im Monat kontrolliert. Dabei fallen in fast allen radioaktive Abwässer an, wobei 50 % der Radioaktivität d i r e k t in die öffentliche Kanalisation geleitet werden!

Das bestätigt auch die Feststellung der medizinischen Wochenzeitschrift vom 10.12.76, daß sich in den Abwässern von Krankenhäusern außerordentlich hohe Aktivitätswerte befinden. Sie stammen aus Rückständen, die ohne die vorgeschriebene Abklingzeit in das allgemeine Kanalnetz gegeben werden. Kein Krankenhaus in West-Berlin besitzt ein Abklingbecken! Um 1980 sollen z w e i Krankenanstalten — das Rudolf-Virchow und eventuell das Krankenhaus Neukölnn — eine Abklinganlage erhalten.

Auch die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls des Landes Berlin (ZRA) ist technisch völlig überaltert. Diese radioaktive Mülldeponie mitten in West-Berlin hat heute schon Schwierigkeiten, die abzuliefernden Abfallmengen zu behandeln und endzulagern!

Trotz alledem: Für den Westberliner Senat besteht selbstverständlich keine Gefahr für die Bevölkerung, obwohl u.a. das hochgiftige Jod 131 (Halbwertszeit über 8 Tage) freigesetzt wird, und dadurch Patienten, Personal und die Umwelt erheblich belastet werden.

Die Westberliner Krankenanstalten und die Mülldeponie mit den gesetzlich vorgeschriebenen Einrichtungen zu versehen, würde nur soviel wie 3 km Stadtautobahn kosten. Dieser Ausbau wird — im Gegensatz zu den Schutzmaßnahmen vor radioaktiver Verseuchung — zügig vorangetrieben.

Damit zeigt sich: die gesetzliche Strahlenschutzverordnung ist nur ein Alibi. Gerechtigkeit und Fürsorge für die Bevölkerung zu erwarten, ist naiv, weil diese Forderung den ökonomischen Verhältnissen dieser Gesellschaft widersprechen.

Ein Mitglied der Westberliner Sanitätergruppe gegen AKW's

Willkür der „Götter in Weiß" gegen zwei Kolleginnen

Zwei Schwestern der Wachstation im Urban-Krankenhaus Westberlin (eine Kollegin ist Vertrauensfrau der Abteilung Anästhesie) erfuhren am eigenen Leibe durch Strafversetzungen die Macht der „Götter in Weiß".

Die Wachstation arbeitet mit einer minimalen personellen Besetzung, von 34 Planstellen sind nur 28 besetzt, so daß die Kollegen öfters zwei Schichten hintereinander arbeiten müssen bzw. aus den freien Tagen geholt werden. Demgegenüber steigt die Anzahl der Patienten, so daß die Kollegen unter einer enormen Arbeitshetze zuungunsten der Patienten leiden.

Als am 1.2.78 während dieser menschenunwürdigen Arbeitssituation zwei private Telefongespräche für die Oberärztinnen der Anästhesie kamen, weigerten sich die beiden betroffenen Schwestern, diese Telefonate weiterzuvermitteln. Sie waren der Meinung, daß die Patientenversorgung vorging, zumal eine der Schwestern einen Patienten für eine Notoperation vorbereitete.

Eine andere Meinung hatte da der Chefarzt. Mit den Worten: *„Sie müssen Zeit haben, sie müssen der Obrigkeit gehorchen, schon alleine von der Erziehung her ... Wenn Sie die Arbeit nicht mehr schaffen, können Sie ja auf eine andere Station gehen, aber da müssen Sie auch arbeiten. Wenn Sie Zeit haben, Pause zu machen, haben Sie auch Zeit, Telefonate zu vermitteln!"*, schrie er die betroffenen Kolleginnen an und bewirkte mithilfe der Oberin und der Abteilungsschwester eine Strafversetzung in die Rettungsstelle — wohlgemerkt: es ging um die Nicht-Vermittlung von privaten Telefongesprächen in Streßsituationen. Die Begründung lautete u.a., daß die Wachstation eine Planstelle zuviel hätte (!!) und die Rettungsstelle unterbesetzt wäre, was aber beides nicht der Realität entspricht.

Sogar das ÖTV-Haus, welches eigentlich im Urban-Krankenhaus durch Aktivitäten gegen Kollegen bekannt ist, schrieb einen Informations- und Protestbrief an alle Kollegen.

Mit der Forderung, daß die Umbesetzung sofort zurückgenommen wird und eine Personalversammlung zu diesem Vorfall stattfindet, ging eine Unterschriftenliste durchs Haus, die alleine von 38 Kollegen aus der Anästhesie unterschrieben wurde.

Gesundheitsgruppe KB/Gruppe Westberlin

Erstes Urteil im Smon-Arzneimittel-Prozeß

Das erste Urteil im Arzneimittelprozeß um die sogenannte Smon-Krankheit erging Ende Februar 78 zu Lasten der Schweizer Firma Ciba-Geigy, der japanischen Firma Takeda Chemical und Tanebe Seiyaku sowie des japanischen Staates. Die 16 Kläger – zwei waren im Laufe des Prozesses an den Auswirkungen der Smon-Krankheit gestorben – und die Angehörigen erhalten danach je nach Fall Entschädigungen zwischen 64.000 und 280.000 DM, insgesamt 2,2 Mio. DM.

Das Urteil des Bezirksgerichts der Stadt Kanazawa gilt als bahnbrechend, weil zum ersten Mal in dem seit sieben Jahren andauernden Prozeß ein Gerichtsentscheid die schädliche Wirkung des Wirkstoffes Quinoform festgestellt hat. Das Mittel ist unter dem Namen Mexaform in der ganzen Welt bekannt. In Japan ist es seit Anfang der 70er Jahre verboten. In der BRD ist Mexaform seit ca. einem Jahr verschreibungspflichtig. Smon ist eine Nervenkrankheit, die sich in Lähmungserscheinungen der unteren Körperhälfte sowie in teilweiser oder totaler Erblindung zeigt.

In Japan sind bisher 11.000 Patienten anerkannt. In 900 Fällen führte die Krankheit zum Tode (einschließlich Selbstmorde). In der BRD gibt es ganze 23 anerkannte Fälle von Smon.
(alle Angaben nach „FR", 2.3.78)

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Von einem, der kein Blatt vor den Mund nahm

„Es ist wieder soweit: Staatliche Repression macht jetzt auch vor Pastoren nicht mehr halt. Wenn sich kirchliche Amtsträger in einer gegenüber den Herrschenden kritischen Weise engagieren, bleibt der Staat nicht untätig..."

So beginnt eine kleine Schrift, die die Angriffe auf Pastor Bretzke, seit dem 19.3.77 wegen seines mutigen Auftretens bei der Grohnde-Demonstration AKW-Gegnern bekannt, dokumentiert. Seitdem Pastor Bretzke seine Ablehnung von Atomkraftwerken in Gemeinde und Öffentlichkeit publik machte, ist er immer wieder Angriffen seitens des Staates und der Kirchenleitung ausgesetzt:

– Im September '76 lud Bretzke zu einer Diskussion mit den aus den Wyhl-Prozessen bekannten Rechtsanwälten Rainer Beeretz und Siegfried de Witt und dem WSL-Chef des Weserberglandes, Werner Schirr, in sein Pfarrhaus in Tündern (in der Nähe von Grohnde) ein. Nicht eingeladen war ein Kriminalbeamter des siebenten Kommissariates der Hamelner Kriminalpolizei, das sich vor allem mit staatsschützenden und nachrichtenpolizeilichen Aufgaben beschäftigt. Der Beamte hatte die Aufgabe „festzustellen, ob radikale Kräfte Veranstaltungen solcher Art steuern". Später entschuldigte sich die Polizei, nachdem die Landeskirche interveniert hatte, und sicherte zu, nicht mehr unangemeldet im Pfarrhaus zu erscheinen, sondern sich vorher anzumelden. Bretzke damals dazu: *„Dieser Vorgang ist bezeichnend für unsere gesamtstaatliche Entwicklung. Dadurch soll*

Pfarrhaus zu erscheinen, sondern sich vorher anzumelden. Bretzke damals dazu: „Dieser Vorgang ist bezeichnend für unsere gesamtstaatliche Entwicklung. Dadurch soll

offenbar eine duckmäuserische Einstellung in der Bevölkerung hervorgerufen werden." In anderen Bereichen, so beispielsweise an den Universitäten, habe das bereits Früchte getragen. Ihm sei das aktuelle Geschehen in seinem Pfarrhaus „im Grunde genommen egal", doch werfe es die Frage nach den grundsätzlichen Entwicklungstendenzen in unserem Staat auf. Bretzke gibt sich furchtlos: *„Ich habe keine Angst und werde auch in Zukunft kein Blatt vor den Mund nehmen."* (nach „Deister- und Weserzeitung", 7.9.76).

– Als Bretzke am 17. November 76 mit drei anderen Pastoren und 600 Bürgern einen Bußgottesdienst am AKW Grohnde durchführte, wurde dies vom Kirchenvorstand und Landessuperintenden mißbilligt.

– Als sich im März 77 in Bretzkes Wohnung AKW-Gegner versammelten, wurden von der Polizei die Kennzeichen gleich aller Wagen in der Umgebung aufgenommen. Für Bretzke ist das Geschehen Ausdruck einer Hysterie, *„die ich in unserem Lande gegenüber protestierenden Bürgern zu sehen glaube."*

– Der nächste Angriff ging vom Landessuperintenden für den Sprengel Hannover aus. Bretzke hatte, inzwischen in Hannover tätig, für den 16. Okt. 77 zu einem Sondergottesdienst zum Thema Atomenergie eingeladen. Umgehend schrieb der Landessuperintendent, daß es sich hierbei nur um „einseitige Indoktrination" handeln könnte. Diesmal sprang der zuständige Kirchenvorstand Bretzke zur Seite, indem er auf der Unabhängigkeit des Pastors in der „öffentlichen Verkündung" bestand. Bretzke konnte seinen Gottedienst abhalten.

– Zum bisher schwersten Schlag holte die Staatsgewalt aus, als sie Bretzke im November 77 in einem Strafbefehl zur Zahlung von 2.250,– DM verurteilte. Bretzke wird darin vorgeworfen , am 19.3. öffentlich zur Nötigung der Polizei aufgerufen zu haben, indem er „...... *während der Kundgebung der Bürgerinitiative auf dem Platz vor der Zuckerfabrik als Sprecher der Versammlungsleitung über Lautsprecher die Polizei aufforderte, binnen 30 Minuten öffentlich zuzusichern, daß Busse mit anreisenden Demonstranten nicht mehr behindert würden, und für den Fall, daß die Forderung nicht erfüllt würde, ankündigte, die Versammlung werde den Bahnübergang in Kirchohsen so lange besetzen, bis den Bussen freie Durchfahrt zugesichert werde. Vergehen nach §§ 240, 22, 23 StGB."* (aus dem Strafbefehl)

Auch das Landeskirchenamt war sofort zur Stelle, als es von dieser Sache hörte, und forderte Bretzke auf, *„ausführlich zu berichten und uns*

Auch das Landeskirchenamt war sofort zur Stelle, als es von dieser Sache hörte, und forderte Bretzke auf, „ausführlich zu berichten und uns

gleichzeitig mitzuteilen, ob der Strafbefehl rechtskräftig ist." Pastor Bretzke hat gegen diesen Strafbefehl Widerspruch eingelegt. Bis heute ist es zu keinem neuen Verfahren gekommen.

– Dann wollte das Landeskirchenamt von Bretzke auf einmal wissen, ob er Ministerpräsident Albrecht in einem Schreiben *„angegriffen und beleidigt"* hätte. Nachdem Bretzke das Landeskirchenamt aufforderte, ihm den Inhalt und das Datum des Briefes zu benennen, machte das Landeskirchenamt einen Rückzieher und erklärte alles zu einem „Mißverständnis".

– Ein weiteres Verfahren wurde gegen ihn eingeleitet nach einer Veranstaltung anläßlich der Selbstverbrennung Hartmut Gründlers (siehe nebenstehenden Artikel).

(Alle Informationen sind der Broschüre: „Staatsverunglimpfung – um Gottes Willen?!" entnommen. Herausgegeben vom „Arbeitskreis Kirche in der Gesellschaft", H. Gellermann, Bethlehemplatz 1, 3000 Hannover 91, Preis 1,–).

KB/Gruppe Hannover

„Südafrika — Hoffnung um welchen Preis?"

Im AK 121 berichteten wir über ein Papier des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Thema *„Südafrika – Hoffnung um welchen Preis"*.

Da dieses Papier zum einen insbesondere von den westdeutschen Kirchen heftig kritisiert wird, zum anderen schwer zugänglich gemacht wird, wollen wir hier im ARBEITERKAMPF erst einmal unkommentiert wesentliche Teile des Papiers zur Kenntnis geben. Entnommen wurden diese Auszüge den „Informationen über Weltkonflikte" Nr. 3.:

Da dieses Papier zum einen insbesondere von den westdeutschen Kirchen heftig kritisiert wird, zum ande- … che Teile des Papiers zur Kenntnis geben. Entnommen wurden diese Auszüge den „Informationen über Weltkonflikte" Nr. 3.:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Regierung keinesfalls ihre Zustimmung zu einem auf dem Verhandlungswege vorbereiteten friedlichen Abbau der Rassentrennung geben wird, sondern daß sie vielmehr fest entschlossen ist, diese mit allen Mitteln (sprich: Gewalt) beizubehalten. Dies bedeutet, daß Widerstand gegen die Apartheid mit immer größerer Wahrscheinlichkeit nicht nur illegal, sondern auch gewaltsam sein wird.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns daran erinnern, daß Christen in bezug auf Gewalt mitunter zwischen ihrer Person und ihrem Amt unterschieden haben. Demzufolge besteht vielleicht ein wichtiger Unterschied zwischen Gewalt zur Selbsterhaltung und Gewalt zum Schutze anderer.

Diese Weigerung, diejenigen zu richten, die glauben, daß sie keine andere Wahl mehr haben, als auf repressive Gewalt mit gewaltsamer Auflehnung zu antworten, spiegelt sich im Programm zur Bekämpfung des Rassismus durch die Vergabe von Zuwendungen wider, die aus dem Sonderfonds an eine Reihe von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika vergeben werden;

Diejenigen, die die Legitimität des sich ausbreitenden Kampfes zur Beendigung der Apartheid anzweifeln, sollte man vielleicht daran erinnern, daß es sich um den Kampf einer historisch gewaltlosen Mehrheit gegen eine entschlossen mit Gewalt vorgehende Minderheit handelt. Die schwarze Revolution in Südafrika mit dem gegenwärtigen Terrorismus in Europa zu vergleichen, wie es die Vorster-Regierung tut, ist reine Demagogie, denn Terroristen sind eine Minderheit, die mit Gewalt gegen Regierungen vorgeht, die eine friedliche Opposition durchaus zulassen. Wir bezeichnen zum Beispiel die westeuropäischen Widerstandskämpfer, die mit Gewalt gegen ihre Nazi-Unterdrücker vorgegangen sind, nicht als Terroristen, weil wir ihre Sache als gerecht und ihre Methoden als diszipliniert ansehen.

Auf der Grundlage ebendieser Argumente fordern die Schwarzen in Südafrika uns heute auf, ihren Kampf als gerechten Widerstand anzuerkennen.

Diejenigen, die außerhalb Südafrikas leben und die das Ende der Apartheid herbeiwünschen, haben die Wahl: sie können sich entscheiden, ob sie etwas tun wollen oder nicht. Wenn sie sich entscheiden, nichts zu tun, dann unterstützen sie die Häresie jener südafrikanischen Kirchen und Christen, die behaupten, Apartheid sei mit dem Evangelium vereinbar. Sie unterstützen ferner die Einstellung der westlichen Industriestaaten, für die Profite wichtiger sind als Gerechtigkeit. Und durch ihre Passivität lähmen sie den gerechten Kampf der Unterdrückten.

So bleiben ihnen heute noch drei Möglichkeiten zu handeln:

- O indem sie diejenigen, die gezwungen sind zu flüchten, in jeder Hinsicht unterstützen (und das heißt auch, für entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten sorgen);
- O indem sie sich für die Unterstützung all derer einsetzen, die innerhalb Südafrikas für die Befreiung arbeiten; und
- O indem sie, wann immer dies möglich ist, darauf hinarbeiten, daß Südafrika keinerlei Unterstützung aus dem Ausland – durch wirtschaftliche und militärische sowie kulturelle und politische Zusammenarbeit – mehr erhält.

Erinnern wir uns daran: Christen sind Menschen, die es wagen, in einer Welt der Verzweiflung von Hoffnung zu sprechen. Der Kampf in Südafrika fordert uns heute mehr denn je dazu heraus, auszusprechen, was wir mit dieser Hoffnung meinen, und mitzuhelfen, den Preis für diese Hoffnung zu zahlen.

Evanglische Kirche Deutschlands: Versöhnung, aber nicht Befreiung!

Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) hatte nichts eiligeres zu tun, als sich von diesem Papier zu distanzieren. *„Wir hoffen, daß es gelingt, die Vertrauenskrise, die durch den unverantwortlichen Versand des Papiers eingetreten ist, aufzufangen und sicherzustellen, daß Fehlleistungen dieser Art sich nicht wiederholen"* (zitiert nach „FR", 14.3.78). Heuchlerisch wird behauptet, daß die Distanzierung gerade wegen der Betroffenheit über die Verschärfung der Lage im südlichen Afrika vorgenommen werde. Die EKD sei bemüht, alles, was ihr legitim erscheine zu tun, *„um in der Republik Südafrika Menschenrechte und Menschenwürde zur Geltung zu verhelfen"* (nach „FR").

Wirkliche Befreiung aus der Jahrhunderte alten Knechtschaft hält die EKD nicht für „legitim". Sie hofft auf Versöhnung zwischen Schwarzen und Weißen ohne Veränderung der Machtverhältnisse: „Macht die Faust auf" war vor einigen Jahren das Motto gegen die Apartheidpolitik der BRD-Kirche: damit sollte die Friedhofsruhe wiederhergestellt werden. Solange der Widerstand der Schwarzen gegen ihre Unterdrücker nicht offen ausgebrochen war, hat die Kirche in der BRD zum Rassismus kaum Stellung genommen und nicht angeprangert, daß weiße Kirchen in aller Offenheit die Apartheidpolitik gestützt haben. Ende der sechziger Jahre hat sich dann der Weltkirchenrat aufgrund massiver Forderungen schwarzer Christen ausführlich mit der Situation im südlichen Afrika beschäftigt, Analysen und Dokumente vorgelegt und schließlich das „Antirassismusprogramm" verabschiedet, in dem vorgesehen ist, neben vielen humanitären Projekten auch die militant kämpfende Befreiungsbewegung zu unterstützen, ohne Auflagen für die Verwendung der zugewiesenen Gelder. In der BRD ist dieses Programm von vielen fortschrittlichen Christen außerordentlich begrüßt worden. Die Kirchenführungen der meisten Landeskirchen der BRD haben sich jedoch geweigert, Gelder für das Antirassismusprogramm zur Verfügung zu stellen. Dennoch kamen die meisten Gelder für das Programm aus der BRD – aus privaten Spenden.

Die Reaktion des Rates der EKD auf das neue Papier zur Situation in Afrika zeigt, daß die Auseinandersetzungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre längst in Vergessenheit geraten sind (natürlich nicht unbewußt). Es werden zu dem Papier des Weltkirchenrates Fragen gestellt, die selbst die „Frankfurter Rundschau" „peinlich" findet; es sind Fragen danach:

- ob das Papier auch wirklich legitimiert ist
- ob es mit den Kirchen in Südafrika abgesprochen ist,
- ob die politische Lagebeurteilung auch zutreffend ist,
- ob der Vergleich der Berechtigung des Befreiungskampfes in Südafrika mit dem des Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus denn möglich sei,
- ob man denn „für eine gerechte Sache" kämpfen dürfe,
- ob man von gerechter Rebellion sprechen dürfe, wo doch die meisten Theologen die Formulierung „gerechter Krieg" ablehnen.

Kirchenkommission

Schlichtungsstelle der Ärztekammern

Schlichtungsstelle der Ärztekammern

zieht Bilanz

Die Schlichtungsstelle der Norddeutschen Ärztekammern Westberlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat eine erste Bilanz gezogen. Seit November 76 gibt es diese Institution, die einer „Kampagne" gegen die Ärzteschaft entgegentreten soll, in der Medizinern ein Vertuschen von Kunstfehlern vorgeworfen wurde. Wer hier Recht bekommt (Recht bekommen soll?) wird anhand einiger Zahlen deutlich. Bis Ende 77 sind 1.235 Verfahren beantragt worden, von denen gleich 572 wegen „Nichtzuständigkeit" abgewiesen wurden. *„Die Träger von öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern unterwarfen sich nämlich nicht den Verfahren der Schlichtungsstelle, Ansprüche gegen Ärzte an solchen Krankenhäusern müssen die betroffenen Patienten gerichtlich geltend machen"* („HA", 28.2.78). 277 Anträge waren verjährt oder wurden zurückgenommen.



77 der beantragten Fälle sind ablehnend beschieden worden, d.h. nach Meinung der Schlichtungsstelle kein ärztlicher Fehler. 278 der Fälle sind noch nicht abgeschlossen, lediglich 31 Fälle wurden bisher als ärztliche Behandlungsfehler anerkannt, also noch nicht einmal 2,5% aller eingereichten Verfahren (Zahlen nach „FAZ", 9.3.78). Die Kosten für diese Verschleierungsverfahren tragen übrigens großzügigerweise die Ärztekammern.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage 20.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Die Selbstverbrennung Hartmut Gründlers und ihre Folgen

Am 16. November 77 verbrannte sich der 47jährige Tübinger Lehrer vor der Hamburger Petri-Kirche aus Protest gegen die Atompolitik der Bundesregierung – am selben Tag, als der SPD-Parteitag über die Atomfrage debattierte.

In einem Brief klagte er die Bundesregierung und die Kirchen wegen ihrer „Atompolitik", bzw. deren Unterstützung, an. Die „Initiative Kirchliche Mitarbeiter" stellte am 22.11.77 eine Gedenktafel an der Petri-Kirche mit dem Text an: *„Hartmut Gründler verbrannte sich hier. Er wollte sein eine Fackel des Protestes gegen den gewissenlosen Ausbau von lebenszerstörender Atomenergie. Wir sind betroffen ..."*

Am Buß- und Bettag hielt der Hamburger Hauptpastor Carl Malsch eine Predigt zum Tode von H. Gründler. Diese Rede erntete verbitterten Protest bei ehrlichen Atomkraftgegnern wegen seiner z.T. zynischen Haltung zum Tode Gründlers. So sagte Malsch: *„Opfer aus Angst und Verzweiflung und Resignation sind nicht nötig."* Die Theologen Frau Sölle und F. Steffensky antworteten Herrn Malsch: *„Die letzten Äußerungen Gründlers erlauben nicht, seine Motive auf Angst zu reduzieren ... Es war ein Schritt persönlicher Stärke"* und *„Wir schreiben Ihnen betroffen, weil der Gottesdienst dem Toten keine Ehre antat; und traurig, weil die Kirche nun wieder einmal als unfähig dasteht, den Visionen der sensibelsten Menschen gerecht zu werden"* („FR", 6.2.78).

Die Staatsanwaltschaft schaltet sich ein

E. Bretzke, Pastor aus Hannover, nahm den Tod Gründlers zum Anlaß zu der Aussage *„der Staat müsse aufhören, ‚Menschen in die Verzweiflung und in den Tod zu nötigen'"* („Lutherische Monatshefte" 3/78). Diese in einer Predigt getane Äußerung rief den Staatsanwalt auf den Plan. Er leitete ein „Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates" ein.

Ein ungeheuerlicher Vorgang, daß offensichtlich aufgrund von Spitzeltätigkeit in Predigten, der Staatsanwalt ein Verfahren einleitet. Die letzten Verfahren dieser Art sind aus der Zeit zwischen 1933 und 45 bekannt. Nach zahlreichen Protesten stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ohne Begründung ein („FR", 4.3.78).

Dieser ungeheuerliche Vorgang sollte alle Demokraten innerhalb und außerhalb der Kirche zu schärfsten Protesten anregen.

Kirchenkommission

Betrieb und Gewerkschaft





Zwischenbilanz der BR-Wahlen

Die bisher gelaufenen Auseinandersetzungen bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen zeigen erneut, daß linke Gewerkschafter überall dort, wo sie sich für demokratische Verhältnisse bei der Wahl der Kollegenvertretung einsetzen, den erbitterten Widerstand der rechten Betriebsratsfürsten und DGB-Führer gegen sich haben.

Wo fortschrittliche Kollegen ihren Kurs trotzdem unbeirrt weiterverfolgten, zeichneten sich z.T. beachtliche Erfolge der Gewerkschaftslinken ab:

– Im Hamborner Werk der Duisburger Thyssen-Hütte erreichte eine „Liste demokratischer Gewerkschafter" 18% der Stimmen; dies obwohl die Kollegen von seiten der IG-Metall einer schier unglaublichen Hetzkampagne gegenüberstanden und sich dazu zwei Ausschlußanträge einhandelten, weil sie für die Persönlichkeitswahl eingetreten waren!!! (Näheres dazu im nachstehenden AK-Artikel).

– Bei Reynolds-Aluminium setzten die fortschrittlichen Kollegen die Persönlichkeitswahl durch und erreichten, daß auch der aus der IGM ausgeschlossene Betriebsratsvorsitzende mit auf der gemeinsamen Liste kandidierte und mit 3/4 aller abgegebenen Stimmen wiedergewählt wurde.

– Bei den Farbwerken Cassella in Frankfurt erhielt eine „RGO"-Liste der „KPD/ML" 27% der Stimmen – eine saftige Quittung für die IG Chemie-Führung und deren undemokratische Praktiken.

kratische Praktiken.

Obwohl in den meisten Betrieben die Betriebsratswahlen erst für Anfang/Mitte April anstehen, hat sich bei den Auseinandersetzungen um die Kandidatur, die Bildung von Listen und das Wahlverfahren bereits heute eine eindeutige Tendenz herausgeschält:

Die DGB-Funktionäre in den Ortsverwaltungen und die rechten Berufsbetriebsräte setzen in der Regel alles daran, eine demokratische Persönlichkeitswahl zu verhindern. Ziel dieser Praktiken ist es, linke Kollegen nach Möglichkeit aus den Betriebsräten herauszuhalten. Dabei scheuen sich die DGB-Rechten nicht einmal, mit dem noch reaktionäreren „Christlichen Gewerkschaftsbund" zu kooperieren; daneben kommen alle denkbaren Methoden der Einschüchterung, Verleumdung und Wahlschieberei zur Anwendung. Es darf auch angenommen werden, daß von dieser Seite mit der unlängst bekannt gewordenen Schnüffelliste gearbeitet wird, auf der die DGB-Führung 650 Namen und Adressen ausgeschlossener Gewerkschafter aufgelistet hat.

Die bislang ungewöhnlichsten Erfahrungen in der Auseinandersetzung um Persönlichkeits-/Listenwahl mußten die o.a. Duisburger Kollegen machen: Ihre Forderung nach Persönlichkeitswahl brachte ihnen prompt einen Ausschlußantrag ein, da sie gegen IGM-Richtlinien verstossen hätten. Diese Richtlinien sehen in der Tat L i s t e n w a h l vor, während das Eintreten für Persönlichkeitswahl im IGM-Funktionärsorgan „Der Gewerkschafter" 1/78 als linke „Stimmungsmache" abqualifiziert wird.

Unter ausdrücklicher Berufung auf das Wahlverfahren des Betriebsverfassungsgesetzes stellt die IGM-Führung dazu fest: *„Der Gesetzgeber hat also die Listenwahl als Regelfall zugelassen. Mit dem scheinheiligen Bekenntnis zur Personenwahl wollen sich bestimmte Grüppchen als besonders demokratisch ettikettieren, um dann in letzter Minute doch ihre Liste aus dem Hut zu zaubern".*

Besonders letztere Unterstellung („...*Liste aus dem Hut zaubern*") trifft durchaus nicht auf die Linken zu, wohl aber auf manche Schweinspraktiken der IGM-Führer. In guter Erinnerung ist jedenfalls noch das Vorgehen der IBM bei Solex, West-Berlin:

Vor den Betriebsrätewahlen 1975 enthüllte ein Betriebsrat Schulungsinterna der IGM-Ortverwaltung vom August 1974. Dort war zur Ausschaltung linker Kandidaten empfohlen worden:

„ - man bilde eine IGM-Liste, auf der die unbequemen Kandidaten gar nicht oder auf den hinteren Plätzen landen,

- sodann initiiere man eine Liste, von Nichtmitgliedern, um Persönlichkeitswahlen zu verhindern,

- bei der dann folgenden Listenwahl wären damit unbequeme Kandidaten ohne Chance" und die vorher ausgemauschelten Posten der rechten Betriebsräte gesichert (Zi-

vorher ausgemauschelten Posten der rechten Betriebsräte gesichert (Zi-

tat aus dem demnächst im Reents-Verlag erscheinenden „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen"). Trotz der Dementis der IGM-Führung lief alles nach Plan: Die Linken landeten auf den hinteren Plätzen, kurz vor Listenschluß tauchte eine Liste „Unorganisierter" auf.

Die Funktion der „Liste von Nichtmitgliedern" kann dabei wahlweise auch - wie z.B. bei der Duisburger Thyssenhütte - vom reaktionären CMV wahrgenommen werden.

Die Tatsache, daß in vielen Betrieben, wo derzeit noch keine Opposition existiert, die Persönlichkeitswahl auch von DGB-Funktionären durchgeführt wird, zeigt, daß die Verteufelung dieses Wahlverfahrens sowie die Bevorzugung der Listenwahl rein taktisch bedingt und davon abhängig sind, wieweit die Gewerkschaftsrechten linke Konkurrenz befürchten. Insofern kann es auch kaum verwundern, wenn die DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle" im Dezember letzten Jahres ausnahmsweise zu Feststellungen gelangte, die den Vorstandsrichtlinien der IGM direkt zuwiderlaufen und in Duisburg bereits für Ausschlußanträge gereicht hätten:

„Die Mehrheitswahl (=Personenwahl) ist der Verhältniswahl (=Listenwahl) vorzuziehen. Darüberhinaus erweitert sie den Entscheidungsraum des Wählers. Der Wähler kann die Kandidaten direkt wählen, ohne an eine Liste gebunden zu sein".

Vereinzelt gibt es auch bereits Beispiele dafür, daß sich Gewerkschaftsführer zum Schein geradezu f ü r die Persönlichkeitswahl stark machen, um diese Frage für die Konfrontation mit den Linken zu nutzen:

So verteilte die IGM-Führung bei Daimler-Benz in West-Berlin Flugblätter gegen eine „RGO"-Liste der „KPD/ML", in denen es heißt: *„Kommunisten wollen Persönlichkeitswahl verhindern"!*

Selbiges verbreitete die IGM-Führung auch bei HDW in Kiel: die „RGO" habe die Persönlichkeitswahl verhindert.

„Auseinandersetzung" mit links: Verleumdung und Hetze

Neben den o.a. wahltaktischen Tricks, Ausschlußdrohungen usw. schrecken die Gewerkschaftsführer auch nicht davor zurück, ganze Verleumdungsfeldzüge gegen linke Kandidaten zu organisieren. In Duisburg hatten die örtlichen IGM-Führer keinerlei Skrupel, selbst die bürgerliche Presse in größerem Maßstab dafür einzuspannen: Über die „Neue-Ruhr-Zeitung" behauptete die IGM-Führung in Duisburg, daß bei Thyssen die „Radikalen" von Tür zu Tür zögen, um sich Unterschriften zu erschleichen, Kollegen unter Druck zu setzen und sogar Hausfrauen zur Fälschung der Unterschrift ihres Mannes „verleiten" würden. Knapp einen Monat später schreibt die „Ruhr-Nachrichten" zu den Betriebsrätewahlen bei Hoesch in Dortmund zu der dortigen „RGO"-Liste: *„Etliche Unterschriften, so die IG-Metall, seien von kranken oder in Urlaub befindlichen Kollegen in deren Wohnungen geholt worden. In einem Fall habe sogar die Ehefrau unterschrieben"* und die Unterschriften seien mit *„unrichtigen Behauptungen erschlichen"* („RN", 23.3.).

Es würde uns kaum wundern, wenn es zu dieser Frage Vordrucke der IGM-Führung für Verleumdungsaktionen gäbe. Die Methode, Unterschreiber linker Listen massiv unter Druck zu setzen, ist hinreichend von denen bekannt, die den Linken dies unterschieben (siehe im letzten AK Hanomag-Henschel).

Im folgenden eine Übersicht über den Stand der Wahlen in einer Reihe von Betrieben.



Gewerkschaftsausschluß wegen Forderung nach Persönlichkeitswahl!

Thyssen-Hütte, Duisburg. *»Durch Dein Eintreten für einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit gegnerischen Organisationen und Gruppen hast Du gegen Beschlüsse der IG Metall verstoßen und dem Ansehen der IG Metall geschadet«* — dieses Schreiben erhielten Mitte Februar zwei Vertrauensleute der Thyssen-Hütte in Duisburg. Auf Betreiben der IGM-Vertrauenskörperleitung wurde ihr Gewerkschaftsausschluß beantragt, der IGM-Ortsvorstand unter Führung des berüchtigten »Kommunistenfressers« Bulitz bestätigte den Antrag bei einer Gegenstimme. Das »Vergehen« der Kollegen:

Am 9. Dezember hatte die als fortschrittlich bekannten Kollegen auf einer Betriebsversammlung im Hamborner Werk aufgefordert, zu den diesjährigen Betriebsratswahlen auf jeden Fall eine Persönlichkeitswahl durchzuführen, um eine demokratische Wahl zu gewährleisten.

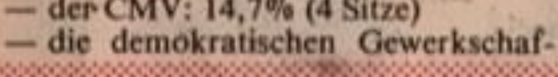
Bisher kam bei Thyssen den rechten sozialdemokratischen Betriebsratsführern zugute, daß die kleine reaktionäre Gruppe des »Christlichen Metallarbeiterverbandes« (CMV) eine eigene Liste aufstellte, so daß die auf den vorderen Plätzen der IGM plazierten rechten Betriebsräte über die Listenwahl immer wieder ungestört in den Betriebsrat einzogen. Durch die Forderung der beiden Kollegen sahen diese maßgeblich die Betriebsratspolitik bestimmenden Kräfte die Gefahr heraufziehen, daß ihnen die Thyssen-Kollegen bei Persönlichkeitswahl eine klare Abfuhr erteilen. Entsprechend hanebüchen ist die Ausschlußbegründung: Mit der Forderung nach Persönlichkeitswahlen hätten die beiden Vertrauensleute die Gegner vom CMV unterstützt und sich damit „gewerkschaftsschädigend" verhalten! Das klingt gerade so, als wenn konsequente Gewerkschafter, die für die Interessen der Kollegen eintreten, einen reaktionären Christen bei der Wahl zu fürchten hätten. Fürchten müssen allerdings rechte Betriebsratsfürsten genau wie der CMV, daß sie bei Persönlichkeitswahlen abgebürstet werden. Deshalb stemmen sich beide so massiv gegen dieses Verfahren und arbeiten dabei Hand in Hand.

Ein Skandal ist, daß sich diese sauberen „Gewerkschafter" auf die Richtlinien des IGM-Vorstandes zu den Betriebsrätewahlen stützen können, die ausdrücklich der Listenwahl den Vorrang geben. Mit derartig arbeiterfeindlichen Beschlüssen im Rücken können rechte Betriebsräte ungeniert ihre Machtpolitik betreiben. IGM-Boß Bulitz gab dann auch in der örtlichen Presse offen zu, warum man die Persönlichkeitswahl ablehne: weil sonst *„Chaoten in den Betriebsrat gewählt werden"* („Neue Ruhr-Zeitung", 14.2.78)! Die beiden Vertrauensleute ließen sich allerdings weder durch derart undemokratische Machenschaften, noch durch den gegen sie erhobenen Ausschlußantrag einschüchtern: Zusammen mit einem dritten Kollegen kandidierten sie auf der „Liste demokratischer Gewerkschafter". Diese Liste wurde von nun an Zielscheibe eines schon faschistoiden Trommelfeuers. IGM-Boß Bulitz ließ vor allen Duisburger Metall-Betrieben unter Hinweis auf die Vorgänge bei Thyssen Flugblätter verteilen: *„Extremisten kriechen aus ihren Löchern! Eine Fülle von Papier überflutete in letzter Zeit wieder die Duisburger Metallbetriebe. Linksextremistische Gruppen unterschiedlichster Schattierungen versuchen, ihre Schmierblätter an den Mann zu bringen. Die kommunistischen Extremisten sind Feinde aller demokratischer Gesellschaftsordnungen. Sie hassen die Freiheit, und das geben sie offen zu. Sie sprechen lediglich für ihre kleine Minderheit. Eine Minderheit, die mit fanatischem Haß der großen Mehrheit der Beschäftigten ihren Willen aufzwingen möchte. Die Gruppen gehen damit in Richtung Diktatur."*

Mit Hauspostsendungen und Hausbesuchen machten die IGM-Führer Stimmung gegen die oppositionelle Liste. Ständig versuchten sie durch die Gleichstellung mit den Faschisten, den Todfeinden der Gewerkschaften, die Linken zu verleumden. Während der Wahlen wurden systematisch die Plakate der Liste runtergerissen. Keine Tricks waren ihnen zu schade (und teuer). Gegenüber einer von der „KPD/ML" eingereichten weiteren Liste arbeiteten sie mit massivem Druck. Nachdem über die örtliche

Presse behauptet worden war, die „Chaoten" würden in Duisburg-Hamborn von Tür zu Tür ziehen und Unterschriften erschleichen, wobei sogar Hausfrauen zur Fälschung von Unterschriften „verleitet" worden seien. Ein Kandidat der Liste, der seine Einverständnis-Erklärung beim Wahlvorstand noch nicht hinterlegt hatte, wurde gezielt unter Druck gesetzt. In Permanenz wurde der Kollege bearbeitet und von allen übrigen Kollegen ferngehalten. Zu Hause war er nicht aufzutreiben. Mittlerweile ist bekannt, daß er Urlaub im Sauerland machte — die IGM-Ortsverwaltung soll ihm dies ermöglicht haben. Die Liste der „KPD/ML" wurde dadurch ungültig. Die Schweinereien der IGM-Führer haben aber trotz allem nicht den gewünschten Erfolg gehabt:

— Die IGM-Liste erhielt 64,9% (22 Sitze)
— der CMV: 14,7% (4 Sitze)
— die demokratischen Gewerkschafter: 18,1% (3 Sitze, 6 hätte die Liste besetzen können, sie hatte zu wenig Kandidaten).



Die IGM hat damit 23% verloren, der CMV gewann 3% hinzu. Ausdruck der Unzufriedenheit der Kollegen ist auch die um 8% gesunkene Wahlbeteiligung.

Im Werk Duisburg-Ruhrort von Thyssen gab es für die IGM ebenfalls starke Verluste. Mangels Alternative für die Kollegen profitierte der CMV von der bisherigen Mauschelpolitik:

IGM: 74,48% (Vorjahr: 86,26%)
22 Sitze (Vorjahr: 26 Sitze)
CMV: 23,21% (11,86%)
6 Sitze (3 Sitze)

Die IGM-Liste verlor 2000 Stimmen (jetzt 3780) — die Wahlbeteiligung sank um 1600 Stimmen!

Für die Liste demokratischer Gewerkschafter ist der Wahlausgang ein großer Erfolg im Kampf gegen alle Anfeindungen. Es gilt jetzt, einen ähnlichen Erfolg im Kampf gegen das Gewerkschaftsausschlußverfahren zu erzielen.



Reinhard Bulitz,
1. Bevollmächtigter der IG Metall

Extremisten kriechen aus ihren Löchern!

Geschlossenheit und Festigkeit

Eine Fülle von Papier überflutete in letzter Zeit wieder die Duisburger Metallbetriebe. Linksextremistische Gruppen unterschiedlicher Schattierungen versuchen, ihre Schmierblätter an den Mann zu bringen.

Die kommunistischen Extremisten sind Feinde aller demokratischen Gesellschaftsordnungen. Sie hassen die Freiheit, und das geben sie offen zu.

Sie sprechen lediglich für ihre kleine Minderheit. Eine Minderheit, die mit fanatischem Haß der großen Mehrheit der Beschäftigten ihren Willen aufzwingen möchte.

Die Gruppen gehen damit in Richtung Diktatur

Damit aber wollen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nichts zu tun haben, und für solche Chaoten hat die IG Metall keinen Platz in ihren Reihen.

Wer so die Grundwerte und die Menschenwürde mit Füßen tritt, hat die IG Metall und alle Gewerkschaften gegen sich.

Die Chaoten haben bald erkannt, daß sie mit ihren Parolen bei den Thyssen-Arbeitnehmern keinen Blumentopf gewinnen können. Deshalb änderten sie ihre Strategie und versuchen seitdem, unter den Belegschaften Mißtrauen zu verbreiten, die IG Metall als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu diffamieren und ihre Funktionäre zu verleumden.

Unsere Antwort an diese Gruppen:

Geschlossenheit, Solidarität und Festigkeit

Es geht um das Vertrauen und die Existenz aller Arbeitnehmer!

Hetzflugblatt der IGM-Führer, breit verteilt



Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA)

Inzwischen ist bei der HHLA die Frage des Wahlverfahrens bei der diesjährigen Betriebsratswahl klar:

Zum ersten Mal seit Bestehen der HHLA gibt es eine Listenwahl. Zur Wahl stellen sich eine ÖTV-Liste unter der Führung der altbekannten rechtssozialdemokratischen Berufsbetriebsräte (mit 74 Kandidaten), die Liste „ÖTV-Kollgen der ‚Alternative' ", eine gewerkschaftsoppositionelle Kollegengruppe mit inzwischen 13 Kandidaten und die aus einem Mann bestehende am „KPD/ML"-Konzept orientierte „RGO"-Liste.

Daß die Persönlichkeitswahl platzte, ist eindeutig das unrühmliche Verdienst der ÖTV-Spitze. Obwohl sich die „Alternative"- Kollegen bis kurz vor Listenabgabeschluß um eine einheitliche Betriebsliste bemüht hatten (die auch dem ausgeschlossenen „RGO"-Kandidaten die Kandidatur ermöglicht hätte), haben sich die ÖTV– Führer dazu nicht bereit erklärt. Auf einer Vertrauensleutesitzung vom 20.3. wurde ein Antrag der „Alternative" auf Erstellung einer HHLA-Einheitsliste erneut nicht einmal zur Abstimmung zugelassen. Ungeachtet dessen erkärten die Hamburger ÖTV-Fürsten Rumpel und Matthiessen nur einen Tag später in einem Flugblatt scheinheilig, daß „ *die Vertrauensleute-Vollversammlung am 20. März 1978 nochmals bekräftigt (habe), daß es nach wie vor unser Ziel sein muß, eine PERSÖNLICHKEITSWAHL und keine Listenwahl durchzuführen*". Und frech wird dann weitergelogen:„*Diese ÖTV-Liste ist die HHLA–Liste*"! Diese Äußerungen sollen Kollegen, die über den tatsächlichen Ablauf der VK-Sitzung nicht informiert sind, glauben machen, daß die ÖTV-Funktionäre die wahren Demokraten seien, während alle anderen als „Spalter" bezeichnet werden. Für den weiteren Betriebsrats-Wahlkampf dürften sicher noch weitere Hämmer aus dieser Richtung zu erwarten sein.

Die „KPD/ML" dreht durch

Zunächst kam der Hammer noch aus einer anderen Richtung: In dem „KPD/ML"-Blättchen „Der rote Handhaken" wird aus der Erklärung Rumpels, daß die anderen Listen nicht mit Gewerkschaftsausschluß zu rechnen hätten, flugs eine Begünstigung der „*'Alternative-Liste' ... von den Gewerkschaftsbonzen*" konstruiert.

„*Offensichtlich mit der Vorstellung, daß die ‚Alternative' am ehesten dazu geeignet ist, bei der Wahl dem RGO-Kandidaten Wolfgang Stimmen wegzunehmen (!!). Offensichtlich aber auch sind den ÖTV-Funktionären 10 ‚Alternative'-Betriebsräte lieber als ein einziger RGO-Betriebsrat!*".

Und das ist leicht erklärt, denn „*Nur die RGO*" (im Original unterstrichen) vertritt „*die Interessen der Kollegen kompromißlos*".
Wie gehabt dreht sich für diese Leute die Welt sowieso nur um die „KPD/ML"-Achse. Ein paar Absätze weiter gibt es die „Alternative" schon gar nicht mehr! „*Dieses Jahr haben die Kollegen die Wahl zwischen zwei (??!) eindeutigen Programmen: auf der einen Seite das Programm der Revolutionären Gewerkschaftsopposition..., auf der anderen Seite das Programm der ÖTV...*".

Nach dieser Sicht der Dinge ist die „Alternative" ohnehin bloßes Anhängsel der ÖTV-Führer. Demgegenüber ist wohl jedem HHLA-Kollegen klar, daß die Hauptauseinandersetzungen im Wahlkampf zwischen der rechts-sozialdemokratischen offiziellen Gewerkschaftslinie und der gewerkschaftsoppositionellen Politik der „Alternative" verlaufen werden. In dieser Auseinandersetzung gibt die sektiererische und großmäulige „RGO"-Politik (bei der HHLA „*haben die Arbeiter den Kandidaten der ...RGO zum Betriebsrat vorgeschlagen*"...) für die ÖTV-Führer die Schießbudenfigur ab, mit der sie eine tatsächlich gewerkschaftsoppositionelle Arbeit bei den Kollegen in Mißkredit bringen werden.

Jedenfalls bemüht sich der „RGO"-Kandidat nach Kräften, das zu erwartende gute Abschneiden der „Alternative"-Liste klein zu halten. Dazu müssen im „Roten Handhaken" auch solche Lügen herhalten wie die Behauptung, daß zwei namentlich genannte „Alternative"-Kandidaten dem „RGO"ler Unterschriften abgejagt und dabei auch noch ein ÖTV-Flugblatt verteilt hätten, daß u.a. auch gegen die „RGO"-Liste gehetzt habe. Wer's glaubt, wird selig.

Hafenzelle
KB/Gruppe Hamburg

MBB/Hamburg

Etwa 30 Kollegen hatten in einer Stellungnahme den IGM-VK aufgefordert, sich für Persönlichkeitswahlen auszusprechen. Mit Hinweis darauf, daß im MBB-Werk Ottobrunn die IGM bei den letzten Wahlen durch die Persönlichkeitswahl 4 Sitze verloren habe, wurde dies abgelehnt. Auch Forderungen nach einer Mitgliederversammlung der IGM zu den Wahlen wurden abgelehnt. Die Forderung zweier Vertrauensleute, die obigen Antrag unterstützt hatten, auf die IGM-Liste zu kommen, wurde ebenfalls zurückgewiesen. Vier Kollegen haben daraufhin eine „Liste Alternative" gebildet und beim Wahlvorstand eingereicht. Daneben kandidiert noch der rechte Verband „Christliche Gewerkschaften Deutschlands", der bei den letzten Wahlen sechs Sitze erhielt.

Versuche einiger IGM-Betriebsräte, mit Ausschlußdrohungen und antikommunistischer Hetze Kollegen am Unterschreiben der »Liste Alternative« zu hindern, verfehlten ihr Ziel. Die Liste steht am 11.4. zur Wahl.

Opel/Bochum

Die „Gruppe Oppositioneller Ge- sammlungen aufgestellt werden. Eine

werden. Für den weiteren Betriebsrats-Wahlkampf dürften sicher noch weitere Hämmer aus dieser Richtung zu erwarten sein.

wurden abgelehnt. Die Forderung zweier Vertrauensleute, die obigen Antrag unterstützt hatten, auf die IGM-Liste zu kommen, wurde eben-

kommunistischer Hetze Kollegen am Unterschreiben der »Liste Alternative« zu hindern, verfehlten ihr Ziel. Die Liste steht am 11.4. zur Wahl.

Opel/Bochum

Die „Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter" (GOG), die zwölf Betriebsräte hält, hat sich von Beginn an für die Kandidatur auf einem Wahlvorschlag eingesetzt.

Dann spielte sich folgendes ab: Bei der IGM-Listenaufstellung Mitte Januar wurde die alte Betriebsratsclique um den Vorsitzenden Perschke teilweise ausgebootet. Dabei spielte sich anschließend Perschke als besonderer Demokrat auf. Er, der sonst immer an der Spitze stand, wenn es gegen Linke, insbesondere die GOG ging, setzte sich auf einmal für Persönlichkeitwahlen ein und sammelte im Werk sogar Unterschriften dafür! 17 Betriebsräte stellten daraufhin einen Ausschlußantrag gegen Perschke wegen Verstoß gegen die IGM-Richtlinien! Selbst im Konkurrenzkampf der Fürsten wird also diese Vorstandsrichtlinie verwendet.

Es gibt allerdings auch eine Reihe von linkssozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten, die nicht mehr bereit sind, mit Perschke zu kandidieren.

Mittlerweile sind die Wogen wieder etwas geglättet. Mit ziemlicher Sicherheit wird es am 9. Mai Listenwahl geben. Immerhin konnte auf der Vertrauensleute-Wahlkonferenz am 25.2. erreicht werden, daß die IGM-Kandidaten auf Bereichsversammlungen aufgestellt werden. Eine (geplante) zweite IGM-Liste wurde untersagt.

Die GOG hat unabhängig von der Frage, welches Wahlverfahren durchgesetzt wird, ihr betriebliches und gewerkschaftliches Forderungsprogramm vorgelegt und den Kollegen zur Diskussion gestellt. Sie fordert auf, die Betriebsratskandidaten an ihrem bisherigen Verhalten zu den Forderungen der Kollegen zu messen und Verbesserungsvorschläge für das Programm zu machen. Eine miese Rolle spielt bei Opel auch wieder die „KPD/ML". In Flugblättern propagiert sie das Programm der „RGO" und fordert auf, „revolutionäre Betriebsräte" zu wählen. So weit, na ja. Allerdings: In ihren Angriffen gegen den IGM-Apparat holt die „KPD/ML" zum Rundschlag aus, indem sie die GOG fast gleichberechtigt mit dem IGM-Apparat abhandelt. So heißt es z.B. zu den Betriebsräten der GOG: „ ... *deren Verhalten hat vielen Arbeitnehmern gezeigt, daß die GOG nicht konsequent ihr Interesse vertritt*". Es deutet sich an, daß die „KPD/ML" auch bei Opel eine parteieigene „RGO"-Liste plant, was eine bewußte Provokation gegen die linken Gewerkschafter besonders von der Liste der GOG darstellt.

VW-Werk/Wolfsburg

Am 14./15. März wurde der Betriebsrat gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 86% erhielten:
IGM 48 Sitze
CMV 8 Sitze
sonstige: 7 Sitze
Unter den vier Listen gab es keine einzige linke Alternative. Im Unterschied zu vielen Betrieben hat es in Wolfsburg seitens der IGM allerdings ein demokratischeres Aufstellungsverfahren gegeben: In Abteilungsversammlungen wurden die IGM Kandidaten gewählt, die einzelnen Abteilungen hatten anteilig ausgeschriebene feste Listenplätze.

Deutsche Lufthansa/Hamburg

Die Betriebsratswahl wird im Arbeiter- sowie im Angestelltenbereich nach dem Listenwahlmodus durchgeführt. Im Angestelltenbereich erklärte die DAG, daß sie durch Einreichung ihrer Liste die Persönlichkeitswahl durchbreche. Für den Arbeiterbereich fand am 20.3. ein Treffen der Listenvertreter statt. Bei diesem Treffen, 2 Tage vor dem Ende der Einreichungsfrist, sollte die gemeinsame Liste für den Arbeiterbereich aufgestellt werden.

Anwesend waren 2 Vertreter der ÖTV-Liste, Manfred Winge für seine »Alternative« (eine von der CDU-Unterabteilung CDA finanzierte Liste) ein Vertreter der oppositionellen »Informativen«-Liste sowie ein DAG-Mitglied, das die Liste »Ausländer« vertrat. Diese Liste führt wieder ein Spanier an, selbst DAG-Mitglied. Dieser Kollege befand sich gerade im Urlaub.

Bei dem Gespräch stellte sich heraus, daß für die »Ausländer«-Liste nicht die notwendigen Zustimmungserklärungen für eine Einreihung auf der gemeinsamen Liste vorlagen. Der DAG-Vertreter erklärte, daß er trotzdem die Liste einreichen werde. Damit hatte die DAG auch im Arbeiterbereich die Persönlichkeitswahl gesprengt, obwohl sich die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung dafür ausgesprochen hatte!

Ob das Versäumnis des Spaniers auf Berechnung oder Unwissenheit beruht, ist nicht bekannt. Der DAG paßt es allerdings genau in den Kram. Sie hatte von dem Spanier bereits vor seinem Urlaub verlangt, seine Liste für Listenwahl einzureichen.

Die Wahl wird am 20. April beginnen. Bis dahin wird die DAG sich als Urheber der Listenwahl vor der Belegschaft noch äußern müssen.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Die „RGO-Listen"

Die „KPD/ML" orientiert zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen darauf,saubere „revolutionäre"„RGO"–Listen zu bilden. Das ganze Unternehmen läuft offenbar nach dem Motto: Jeder „ML"er eine „RGO"! Dabei nimmt die „KPD/ML" wenig Rücksicht auf die bisherige Arbeit linker Gewerkschafter, wie die Fälle HHLA und Opel Bochum zeigen. Im Gegenteil vertritt die „ML" gegenüber diesen Kollegen einen üblen Provokationskurs, der durchaus mit rechten Spaltungsmanövern zu vergleichen ist. Vielfach reibt man sich gerade in Betrieben, wo über Jahre eine konsequente linke Gewerkschaftspolitik betrieben wurde, verwundert die Augen, wenn es plötzlich heißt: „Kollegen, wählt die RGO, die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen", ohne daß bis dahin von einer „RGO" was zu merken war.

Neben diesem sektiererischen Kurs spekuliert die „KPD/ML" auf Proteststimmen; mit Erfolg, wie der Fall Cassella zeigt. Die „RGO"–Listen sind beliebte Zielscheibe antikommunistischer Hetzangriffe der Gewerkschaftsführer gegen jegliche Opposition. Die „KPD/ML" macht ihnen allerdings die Hetze auch sehr leicht.
27 % (288) der Stimmen erhielten die 3 „RGO"– Kandidaten bei den **Farbwerken Cassella in Frankfurt**.

Bei **BASF in Ludwigshafen** kandidierten 3 Kollegen als „RGO". Ihre Kandidatur war heftigen Angriffen der IG Chemieführer ausgesetzt, die alles versuchten, die Liste nicht zustandekommen zu lassen (u.a. wurden Presse und Rundfunk eingeschaltet). Das Wahlergebnis:

- 14041 Stimmen für die IG Chemie
- 1911 für die Christen (die immerhin bei den Angestellten 61 % der Stimmen erhielten).
- 530 Stimmen für die „RGO".

Die „RGO" hat bei etwa 3,5 % damit einen der 35 Betriebsratssitze.

Weitere „RGO"–Listen kandidieren:
- bei **Hoesch in Dortmund, HHLA in Hamburg** (1 Kandidat)
- bei **Daimler–Benz in West-Berlin** (6 Kandidaten)
- bei **Schmalbach-Lubeca in Heilbronn** (1 Kandidat)
- bei **KWU in West-Berlin** (6 Kandidaten)
- bei **Kammerich Mannesman** (1 Kandidat)
- bei **HDW in Kiel** (3 Kandidaten)
- bei der **Bosch–Siemens–Geräte–West–Berlin** (2 Kandidaten)
- bei **Klöckner in Bremen** (5 Kandidaten)

Angaben aus „Roter Morgen".

Metall

Spitzelskandal bei den HSW und anderswo

Erst die Spitze des Eisbergs sichtbar!

Die an Abhör- und Spitzelaffären nicht gerade arme Bundesrepublik ist um einen Fall reicher. Wie schon im letzten AK berichtet, ist die gesamte Belegschaft der Hamburger Stahlwerke (HSW) vom Verfassungsschutz auf politische Zuverlässigkeit überprüft worden. Insbesondere jeder neueingestellte Arbeiter ist auf Verfassungsschutzformularen an die Behörde gemeldet worden und noch vor Ablauf der Probezeit wieder gefeuert worden, wenn sog. „Erkenntnisse" vorlagen. Und dies, obwohl HSW nicht auf der Liste der sog. „sicherheitsempfindlichen" Betriebe steht, auf der vom Bundeswirtschaftsministerium vor allem Versorgungsbetriebe und Rüstungsfabriken zusammengefaßt sind (in Hamburg allein ca. 100).

Das Bekanntwerden des HSW-Skandals hat inzwischen auch die Hamburger Bürgerschaft und den SPD/FDP-Senat aufgeschreckt. Der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber hat an den Senat eine kleine Anfrage gerichtet, in der er u.a. Auskunft darüber verlangt, ob derartige Spitzeleien in anderen Hamburger Betrieben auch gemacht werden. Die Beantwortung dieser Frage führte für die verantwortlichen Politiker, insbesondere für Innensenator Werner Staak (SPD) und seinen Staatsrat Frenzel zu äußerst peinlichen Szenen. Die Antwort des Senators, die laut „Hamburger Abendblatt" vom 23.3. *„bereits senatsintern heftig umkämpft"* war, fiel so dürftig aus, daß sie von der Bürgerschaft nicht gebilligt wurde. In der Antwort wurde die Verfahrensweise des Verfassungsschutzes mehr *„umschrieben als beschrieben"*, wie es ein Senatsmitglied ausdrückte. Erst eine in wesentlichen Punkten abgeänderte Fassung wurde von den Abgeordneten akzeptiert. Und obwohl die zweite Antwort nach wie vor gerade die wesentlichen Fragen n i c h t beantwortet, sind die wenigen bekanntgegebenen Tatsachen schon ungeheuerlich genug.

„Nicht nur die Mitarbeiter der Hamburger Stahlwerke, sondern auch die Beschäftigten anderer Hamburger Firmen wurden und werden vom Landesamt für Verfassungsschutz seit Jahren auf ihre politische Zuverlässigkeit überprüft. Sie werden auch dann durchleuchtet, wenn sie nicht in sogenannten sicherheitsempfindlichen Bereichen arbeiten" („Hamburger Morgenpost", 23.3.). Dieses Eingeständnis des Innensenators kann eigentlich nur heißen: praktisch a l l e größeren Hamburger Firmen beziehen relevante Teile ihrer Personalakten direkt aus Geheimdienst-Quellen, da ja 100 Firmen eh zur Bespitzelung offiziell freigegeben sind. Und von Senatsseite wird offenbar nicht im mindesten daran gedacht, diese praxis, nachdem sie ruchbar geworden ist, einzustellen. Es geht offenbar nur darum, die Überwachungen in Zukunft auf eine gesetzlich etwas tragfähigere Grundlage zu stellen. Wie anders ist es sonst zu verstehen, daß Staak keinerlei Zusagen machte, daß die Bespitzelungen eingestellt werden? Vielmehr gab er bekannt, er habe eine *„streng vertrauliche"* Dienstanweisung erlassen, um damit bis zur Einsetzung des nach dem neuen Hamburger Verfassungsschutzgesetz zu bildenden dreiköpfigen Kontrollausschusses den *„rechtsfreien Raum"* auszufüllen.

Frei nach dem Motto: die Macht hab ich schon, das Recht bieg ich mir noch...

Besagtem Kontrollausschuß gegenüber will der Senator dann auch die Namen derjenigen Betriebe mitteilen, die beim Verfassungschutz Kunden sind. Dieser Kontrollausschuß ist das Kernstück des „liberalen" Hamburger Verfassungsschutzgesetzes, das erst am 13. Februar dieses Jahres in Kraft trat. Die Tatsache, daß Staak erst dort mit den wirklich „heißen" Informationen rausrücken will, macht allerdings sehr deutlich, was es mit der ganzen Liberalität auf sich hat: dieser Verschleierungsausschuß hat einzig die Aufgabe, die brisanten Themen schon im Vorfeld zu entschärfen und die Reibungspunkte zwischen den Rathausparteien (in Hamburg ist Wahlkampf!) schon dort zu beseitigen.

Weiter teilte Staak mit, daß der Verfassungsschutz die ihm auf Formblättern übermittelten Daten nur vernichten werde, *„soweit sie ... nicht relevant sind."* Das heißt, daß man – einmal in der Kartei – keine Chance hat, dort jemals wieder rauszukommen. Die häufige Folge: Berufsverbot in der „freien Wirtschaft":

Ganz offensichtlich deutet der Innensenator mit dieser Aussage aber auch an, daß es zwischen Geheimdienst und Betrieben eine Zusammenarbeit a u f G e g e n s e i t i g k e i t gibt, was wiederum den Schluß nahelegt, daß die von den Kapitalisten in ihrer Existenz stets bestrittenen „Schwarzen Listen" zentral beim Landesamt für Verfassungsschutz geführt werden. Von Profis, auf Kosten der Steuerzahler...!

Über die bekannte Tatsache hinaus, daß der Verfassungsschutz bei HSW aktiv war, gab der Senat wohlweislich nur spärliche Auskünfte. Heraus kam immerhin, daß die Bespitzelungen nicht erst 1973 begonnen hatten, wie es der stellvertretende Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Pitsch (FDP!), ursprünglich behauptet hatte. Der Anlaß (oder der Vorwand) für die Nachforschungen waren *„seit 1971 anhaltender Verdacht der nachrichtendienstlichen Ausspähung spezieller Fertigungsverfahren und 1973 zusätzliche Bombendrohungen gegen das Unternehmen"* (zit. nach „Hamburger Abendblatt", 23.3.).

Der somit zugegebene Beginn der Spitzeltätigkeit deckt sich also auch genau mit den ersten Entlassungen fortschrittlicher Kollegen – Ende 1971 flogen die ersten zwei Mitglieder der VK-Leitung. Zu den angeblichen Bombendrohungen schreibt das „Abendblatt": *„Wie das Abendblatt erfuhr, gab es gegen die zur Korff-Gruppe gehörenden HSW keine Bombendrohungen. Sie hatten sich lediglich gegen andere Unternehmen der Gruppe gerichtet."*

„Agententätigkeit für den Osten", „terroristische Bedrohungen" – das sind die an den Haaren herbeigezogenen Vorwände, mit denen der SPD-Senator Staak die t a t s ä c h l i c h e Verschwörung von Kapitalisten, Gewerkschaftsführern und staatlichen Stellen gegen ganze Belegschaften und insbesondere fortschrittliche Kollegen zu rechtfertigen sucht.

Bei HSW selbst hat das Bekanntwerden des Spitzelskandals zu einer Reihe personeller Veränderungen geführt. So wurde einen Tag vor der ersten Veröffentlichung des Falles (113.) der Personalchef Keppeler rausgeschmissen. Geschäftsleiter Kehl hatte ja, wie berichtet, behauptet, von allem nichts gewußt zu haben. Keppeler hat gegen diese Behauptung inzwischen eine einstweilige Verfügung erwirkt, offenbar will er nicht allein für den Skandal den Kopf hinhalten. Aber noch andere Leute stolperten über die Affäre: bei den kürzlich durchgeführten Betriebsratswahlen wurde der gesamte alte Betriebsrat in die Wüste geschickt. Diese gewerbsmäßigen Arbeiterverräter, die sich auf die ersten acht von 16 Listenplätzen gesetzt hatten, wurden total abgebürstet. Die Geschäftsleitung, die diese Leute bisher immer protegiert hatte, ließ die Clique fallen wie eine heiße Kartoffel; bekanntlich liebt die Bourgeoisie den Verrat, aber nicht den Verräter. Seit Jahren war es im Betrieb ein offenes Geheimnis, daß diese Bande von Reaktionären jeden Kollegen, der sich über betriebliche Mißstände beschwerte, an die Personalabteilung denunzierte, was zu einer ganzen Reihe von Entlassungen führte. In mehreren Fällen beantragte der BR selbst die Entlassung von fortschrittlichen Kollegen und lieferte – selbst noch vor Arbeitsgerichten! – die entsprechenden Begründungen.

Eine ganz entscheidende Rolle bei der Liquidierung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Linken spielten aber auch die sozialdemokratischen Gewerschaftsführer von der IG Metall. In engster Absprache mit der HSW-Geschäftsleitung haben diese Leute seinerzeit alles drangesetzt, diejenigen – zumeist jungen – Gewerkschafter zu isolieren und schließlich sogar aus dem Betrieb zu schmeißen, die die wesentlichen Träger der gewerkschaftlichen Aktivitäten waren (es waren d i e s e, linken Kolleginnen und Kollegen, die den IGM-Vertrauenskörper und die Gewerkschaft insgesamt bei HSW aufgebaut hatten!).

Wenn sich die Hamburger IGM-Strategen heute (z.B. in der „Morgenpost") darüber „empören", daß der VS bei HSW herumspionieren und die Linken zum Abschuß empfehlen durfte, dann kann man das wirklich nur noch als nackte Heuchelei bezeichnen und sich wieder einmal über die Unverfrorenheit dieser Leute wundern.

Die jetzt geschaßten Betriebsräte waren nicht nur die Schützlinge der Geschäftsleitung, sondern ausdrücklich und nachweislich auch der IGM-Führung. Der inzwischen pensionierte Sekretär Prehm war es, der gemeinsam mit den Betriebsräten durch einen „Putsch" die Kräfteverhätnisse in dem ehemals fortschrittlichen Vertrauenskörper umkrempelte. Als es Anfang 1974 darum ging, den Vertrauenskörper personell aufzustokken, wollte die VK-Leitung eine Nachwahl durch die IGM-Mitglieder durchführen lassen. Prehm legte stattdessen eine Liste von über zwanzig Leuten vor, die sogleich von der Ortsverwaltung als Vertrauensleute eingesetzt wurden. Es handelte sich dabei vor wiegend um Meister und andere Vorgesetzte – Vertrauensleute der Geschäftsleitung! Mit diesen Leuten im Rücken und in Anwesenheit von vier (!) IGM-Sekretären wurde dann auf der VK-Sitzung die linke VK-Leitung abgesetzt. Der VK stellte mit der neuen Mehrheit an den Betriebsrat den Antrag, die Entlassung der drei linken VK-Leiter zu erwirken. Eine Woche später waren die Kollegen mit sofortigem Werksverbot entlassen! Die IGM-Führung legte noch einen Zahn zu und verpaßte den Kollegen ein dreijähriges Funktionsverbot. Die Kollegen gewannen zwar alle Kündigungsschutzprozesse, kamen aber nie wieder in den Betrieb.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß die IGM-Ortsverwaltung in der HSW-Affäre selbst Dreck am Stecken hat – und zwar nicht zu knapp! Insofern ist große Skepsis gegenüber den Beteuerungen angebracht, die IGM wünsche eine volle Aufklärung der Angelegenheit.

Mehr an Enthüllungen ist da eher zu erwarten durch die Klage eines direkt betroffenen ehemaligen HSW-Arbeiters, der wegen „gelegentlicher Fehlzeiten" und „Minderleistung" 1976 entlassen worden war. Was tatsächlich die Gründe für den Rausschmiß waren, enthüllte eine ehemaliger leitender Angestellter der HSW-Personalabteilung gegenüber dem „stern" (16.3.): Der Kollege hatte sich nach einem tödlichen Arbeitsunfall beim Betriebsrat über die mangelhaften Sicherheitseinrichtungen beschwert. *„Die Beschwerde war vom Betriebsrat an die Personalabteilung weitergeleitet worden, und die bat den Verfassungsschutz um Überprüfung. Dort gab es ‚Erkenntnisse'. Immerhin war Schulz (Pseudonym), der keiner politischen Partei angehört, einmal vorübergehend festgenommen worden, als er gegen eine NPD-Versammlung demonstrierte. Der entlassene Facharbeiter bewarb sich später bei rund 80 Firmen, darunter Reynolds und Klöckner-Pentapack. Von Klöckner erhielt er eine Absage, obwohl die Firma eine Woche später per Inserat dringend nach einem Mann mit genau seiner Qualifikation suchte."*

Der Reynolds-Betriebsrat hat diese Veröffentlichung inzwischen zum Anlaß genommen, die Geschäftsleitung nach einer möglichen Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu befragen.

Die Praktiken des Hamburger Verfassungsschutzes sind schon jetzt zu einem Wahlkampfthema im Vorfeld der anstehenden Bürgerschaftswahlen geworden. Indes ist von den etablierten Parteien eine vollständige Aufklärung nicht zu erwarten, zu oft sind Geheimdienst-Affären schon in Ausschüssen und Gremien versickert und verschleiert worden. Die Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen der „Bunten Liste - Wehrt Euch" und ihre Bürgerschaftskandidaten werden aber mit Sicherheit alles daransetzen, daß dieser Skandal angesichts breiter Empörung in den Betrieben und der demokratischen Öffentlichkeit nicht wieder vermauschelt werden kann.

Metall-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Blohm KG: SPD-Wahlschlager ist pleite!



150 Blohmer versperren Nölling den Weg und stellen ihn zur Rede

Am Freitag, den 17.3., wurde auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung der Bergedorfer Schleifmaschinenfabrik Robert Blohm den 280 Kollegen mitgeteilt, daß ein Antrag auf Konkurs gestellt wurde. Die Firma Robert Blohm wurde nach sechs Jahren Raubwirtschaft verschiedener Kapitalisten im Sommer 1976 durch den Hamburger Senat vor dem Zusammenbruch „gerettet" mit dem Ziel, für das Werk schnellstmöglich einen Käufer zu finden. Insgesamt wurden 13 Mio. Mark aus Steuergeldern investiert. Das Projekt Blohm, das im Wahlkreis von Bundeskanzler Schmidt steht, wurde im Bundestagswahlkampf '76 von der SPD als „Modell zur Sicherung von Arbeitsplätzen" vorgezeigt.

Als im Januar dieses Jahres auf einer Betriebsversammlung als neuer Käufer die Schweizer Firma Feintool vorgestellt wurde, atmete die Belegschaft auf. Am 1.April wollte sie das Werk für den Preis von 1 Mark übernehmen. Der Senat verlängerte seine Bürgschaft bis zu diesem Zeitpunkt. Senator Nölling beteuerte: „Die Arbeitsplätze sind nun gesichert". Es wurden sogar Neuinvestitionen versprochen. Und es gab Beifall für Feintool, Senat und Betriebsrat.

„Völlig unerwartet" kam nun der Konkursantrag, begründet mit der plötzlichen Absage von Feintool und der Aufkündigung sämtlicher Kredite durch die Hamburger Landesbank. Zu dem Rücktritt nahm der Hamburger Senat folgendermaßen Stellung: die Vorverträge seien unter falschen Voraussetzungen abgeschlossen worden, die Firma Feintool wurde nicht von Lizenzvergaben – von denen auch der Senat nichts gewußt haben wollte – unterrichtet. Total „empört" trat Wirtschaftssenator Nölling die Flucht nach vorn an: *„Wenn wir nicht von den Blohm-Geschäftsführern so belogen worden wären, wäre der Rettungsversuch gutgegangen"* („Bild", 20.3.).

Inzwischen mußte Nölling aber zugeben, daß er zumindest über Blohm'sche Lizenzvergaben an die japanische Firma Sanyo informiert war. Die Blohm-Pleite so kurz vor der Bürgerschaftswahl ist ein herber Schlag für die Hamburger SPD. Noch bis vor wenigen Wochen galt Blohm als Musterbeispiel dafür, wie SPD-Politik Arbeitsplätze rettet.

Jetzt geht es für den Senat nur noch darum, sich möglichst ungeschoren aus der Affäre zu ziehen. Hierfür wurden weitere 2,6 Mio. Mark Steuergelder bewilligt, womit ein ordnungsgemäßer Konkurs sichergestellt werden soll. Außerdem wurde für die Belegschaft ein Sozialplan in Aussicht gestellt.

Vorbehaltlose Unterstützung erhält Senator Nölling trotz „Lug und Betrug" von Seiten der Gewerkschaftsführer und des Betriebsrats. Die IGM-Bezirksleitung brachte es sogar fertig, in einer Presseerklärung Nölling das Vertrauen der IG Metall auszusprechen. Betriebsrat und IG-Metall-Führer setzen auf Konkurs und Stillhalten. Im Betrieb wird das Gerücht verbreitet, daß ein Hamburger Unternehmer namens Schulz bereit sei, das Werk zu kaufen. Der Betriebsrat hat eine Unterschriftensammlung gestartet, und die Belegschaft aufgefordert, ruhig und besonnen zu bleiben, um die „feinen Herren" nicht zu verärgern. In dem Schreiben heißt es, daß die Kollegen mit ihrer Unterschrift ihren Arbeitswillen bestätigen und *„bereit sind, diesen auch unentgeltlich zu bekunden"*. Leider hat bereits ein Drittel der Kollegenschaft diesen Mist unterschrieben.

Es ist nicht das erste Mal, daß der BR die Kollegen zum „freiwilligen Verzicht" anstiften konnte. So geschehen im Jahr 1976, als alle auf die tarifliche Lohnerhöhung verzichteten. Und in diesem Jahr mußten die Kollegen für einen Monat aus einem selbst aufgenommenen Kredit ihren Lohn finanzieren, der ihnen erst wesentlich später vom Senat zurückerstattet wurde.

Am 21.3. fingen jedoch 150 Kollegen Senator Nölling vor dem Bergedorfer Rathaus ab und stellten ihn zur Rede. Bei dieser Aktion wurde Nölling klargemacht, daß die Kollegen auf den Sozialplan pfeifen und ihren Arbeitsplatz behalten wollen. Und daß sie bei einem Auftragsbestand von 8 Mio. Mark plus 1 Mio. Mark Kundendienstaufträge keinen Grund für einen Konkurs sehen.

Leider ist die kämpferische Haltung der Kollegen durch die gezielte Abwiegelei von Betriebsrat und IGM-Führung und durch die Gerüchte über eine eventuelle Betriebsübernahme abgeflaut. Die anfangs durchgeführte eigenständige Betriebsüberwachung – damit keine wichtigen Unterlagen verschwinden – wurde aufgegeben.

Tatsache ist aber, daß es für die Blohmer keinen Grund gibt, stillzuhalten und abzuwarten. Denn selbst für den Fall, daß das Werk verkauft wird, ist völlig unklar, ob und wieviel Arbeitsplätze erhalten bleiben. Entlassungen wird es auf alle Fälle geben. Die Belegschaft sollte sich daran erinnern, daß durch Stillhalten und Lohnverzicht die Arbeitsplätze noch nie sicherer geworden sind. „In Ruhe abwarten", wie vom Betriebsrat gewünscht, nützt nur denen, die die Kollegen verraten und verkaufen wollen.

Metallkommission

»Strahlende Arbeitsplätze« bei Siemens — neue Einzelheiten

Westberlin. Wie schon im AK berichtet, müssen im Westberliner Siemens-Röhrenwerk vornehmlich türkische Arbeiterinnen an radioaktiv verseuchten Werksarbeitsplätzen arbeiten. Im Sommer 1977 erkrankten über 20 der Kolleginnen mit den gleichen Symptomen, zwei von ihnen starben. Sie wurden schleunigst in die Türkei überführt und dort beerdigt – ohne weitere Untersuchung ihrer Todesumstände.

In der Folgezeit hat sich ein Ausschuß gebildet, der sich die Aufdekkung dieses Skandals zum Ziel gesetzt hat. Dieser Ausschuß hat inzwischen erste Untersuchungsergebnisse veröffentlicht. Der Westberliner Stadtzeitung „radikal" (10.3.) entnehmen wir einige „Kostproben":

„An zahlreichen Kleidungsstücken von Arbeiterinnen der Ableiterfertigung wurden Messungen durchgeführt. Folgendes wurde dabei festgestellt: Eine zunächst qualitativ durchgeführte Untersuchung bewies, daß die Kleidungsstücke heute noch starke radioaktive Strahlung aufweisen, obwohl sie z.T. bereits gewaschen waren oder fast zwei Jahre nicht mehr getragen wurden."

„Bei den Messungen legte man eine 0-Rate von 500 Impulsen pro Minute zu Grunde. Die Untersuchungen bei einem Rock z.B. ergaben, daß statt der 500 Impulse eine Strahlung von 31.000 (!) Impulsen pro Minute vorhanden war. Die anderen untersuchten Kleidungsstücke ergaben Werte zwischen 1.000 und 20.000 Impulsen pro Minute."

„In einer völlig ungekennzeichneten Schublade befand sich radioaktiver Staub von Aktivitäten oberhalb des größten Meßbereichs meines Zählrohres." – „Das in der Fertigung verwendete Promethium befindet sich durch den Fertigungsprozeß in der Atemluft und auf Arbeitsgeräten, Händen und Kleidungsstücken der Arbeiterinnen. Von dort wird es mit der Nahrung, durch Verletzung der Haut und durch die Atemorgane in den Körper aufgenommen und reichert sich in Lunge, Verdauungstrakt und Knochen an. Promethium ist an sich eine Substanz nur mittlerer radioaktiver Giftigkeit, jedoch sind die im Werk verteilten Mengen so groß und der Umgang mit diesen Substanzen so leichtfertig, daß eine erhebliche Gefährdung der Arbeiter besteht."

Interview mit D.Y. (Auszug)

D.Y.: Ich arbeitete vom 21.9.1973 bis 11.3.1977 in der Abteilung Ableiterfertigung im Röhrenwerk. Meine ersten Beschwerden waren Müdigkeit, Schwindelgefühle, Gewichtsverlust, Augenbeschwerden und Haarausfall. Im September 1977 mußte mich der Betriebsarzt in das Krankenhaus einweisen. Kurz davor wurde ich in einen anderen Raum versetzt, wo die Radioaktivität geringer war, aber an meinen Beschwerden hat sich nichts geändert. Auf Grund dieser Beschwerden war ich sehr oft krankgeschrieben. Während einer Krankschreibung im März 1977 wurde ich gekündigt mit der Begründung, ich sei für diese Arbeit nicht mehr geeignet. Mir wurde auch keine andere Arbeitsstelle bei Siemens vorgeschlagen. Am 9. Mai wurde ich ohnmächtig und wurde ins Paulinenkrankenhaus eingeliefert. Die Symptome hatten sich verstärkt, dazu kamen zusätzlich Abnahme der roten Blutkörperchen und Atembeschwerden. Auch heute habe ich diese Beschwerden noch.

Untersuchungsausschuß: Was können Sie über die gesundheitlichen Zustände ihrer damaligen Kolleginnen sagen?

D.Y.: Ich weiß mit Sicherheit, daß eine große Zahl von Kolleginnen schwer krank sind, aber Angst haben, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Sie befürchten, daß die Geschäftsleitung durch die Siemens-Krankenkasse davon erfahren würde und sie entlassen werden, wenn sie sich gezielt auf Spätschäden durch radioaktive Verseuchung untersuchen lassen. Aber dennoch ist der Krankenstand in der Abteilung außergewöhnlich hoch, wobei die Krankschreibungen auf allgemeine Beschwerden beschränkt sind.

U.A.: Wie hat die Geschäftsleitung reagiert, nachdem die radioaktive Verseuchung aufgedeckt wurde?

D.Y.: Sie erpreßte von den Kolleginnen Unterschriften, daß sie angeblich über die Gefahren der Radioaktivität in der Ableiterfertigung informiert worden wären. 10 Kolleginnen wollten nicht unterschreiben, wurden daraufhin zu Kaffee und Kuchen eingeladen und abermals unter Druck gesetzt. Sie unterschrieben dann doch noch. (...)

U.A.: Wie verhielten sich der Betriebsrat und die IG Metall, nachdem sich Ihre Krankheit verschlimmerte und Sie entlassen wurden?

D.Y.: Der Betriebsrat hat sich nicht darum gekümmert. Ich ging zur IG Metall, um Rechtsschutz zu beantragen. Die IG Metall lehnte jeden Rechtsschutz ab und unterstützte mich in keiner Weise. (...)

Metallkommission
KB / Gruppe Hamburg

Ein Toter und 26 Verletzte durch Arbeitshetze

Sietas-Werft, Hamburg. Am Dienstag, dem 21. März, stürzte auf der Sietas-Werft in Hamburg-Neuenfelde ein etwa 65 Tonnen schweres Heckteil eines Schiffes um. Dabei wurden ein Kollege getötet und 26 zum Teil schwer verletzt. Der Werft-Chef Sietas sprach von einem „Malheur", einem Unfall, mit dem man auf einem Werftgelände zuweilen rechnen müsse.

Die Sietas-Werft gilt als „Hamburgs schnellste Schiffsfabrik". Im vergangenen Jahr hat die Werft 28 Neubauten abgeliefert, so viel wie keine andere Werft der BRD. Der Neubau, für den das Heckteil bestimmt war, wurde im Herbst 1977 in Auftrag gegeben und soll bereits im Mai fertig sein.

Folge dieser Terminhetze: Die 27 vorwiegend türkischen und jugoslawischen Schweißer wurden in das Schiffsinnere geschickt, obwohl an den stützenden Pallhölzern noch gearbeitet wurde. Dabei hatten sich vorher einige Kollegen geweigert, das Heckteil zu betreten, doch der Meister drohte mit Entlassung (nach „Hamburger Morgenpost", 22.3.78).



Das umgestürzte Heckteil und demonstrierende Kollegen, die zunächst niemanden an die Leiche ihres toten Kollegen heranließen.

Der Werft-Chef Sietas wies alle Vorwürfe, daß die Sicherheitsvorkehrungen ungenügend seien, beleidigt als „Gemeinheit" zurück, da das Schiffsheck auf die gleiche Weise abgestützt war wie vorangegangene Bauten. Dazu der Direktor des Amtes für Arbeitsschutz, Günter Rust: *„Allein die Tatsache, daß das Heck umgekippt ist, beweist, daß die notwendigen Vorkehrungen nicht getroffen wurden. Wenn die vorangegangenen Bauten ähnlich abgestützt waren, ist es purer Zufall, daß nicht längst etwas passiert ist"* (nach „Hamburger Abendblatt", 23.3.78).

Sofort nach dem Unglück demonstrierten über 100 vorwiegend ausländische Kollegen gegen die gefährlichen Arbeitsbedingungen und forderten die Bestrafung der Schuldigen an diesem Unglück. Die Werftleitung alarmierte gegen die demonstrierenden Arbeiter sofort die Polizei, die mit 22 (zweiundzwanzig) Wagen anrückte. Erst dem per Polizeistafette rangekarrten türkischen Konsul gelang es, die Arbeiter zu „beruhigen". Als der Unfall passierte, wurde von der Werft lediglich e i n Notarztwagen bestellt!

Werft-Chef Sietas in den Knast!

Metallkommission
KB / Gruppe Hamburg

Erst ausgeschlachtet, dann stillgelegt!

Kremer - Werft, Glückstadt. Vor Ostern erfuhren die 220 Arbeiter der Kremer-Werft in Glückstadt, daß alle zum 30. Juni auf die Straße fliegen sollen. Gerüchte gab es schon länger, aber noch Anfang März erklärte ein Werftvertreter, daß Berichte, wonach die Arbeitsplätze gefährdet seien, „total falsch sind".

Die Kremer-Werft wurde vor zwei Jahren von dem Hamburger Kapitalisten Ulrich Harms übernommen. Dafür bekam Harms beträchtliche Finanzspritzen. Mit Hilfe dieser Steuergelder wurden zunächst etwa 100 Kollegen rausrationalisiert. Mitte dieses Jahres laufen die Auflagen aus, die mit den Steuer-Subventionen verbunden waren (Sicherung der Arbeitsplätze). Und prompt legt der Kapitalist die Werft still, nachdem er rausgeholt hat, was rauszuholen war. Unter anderem hatte Harms bei der Werftübernahme auch das Grundstück übernommen, dafür hat die Werft dann monatlich 70.000 DM Pacht an Harms gezahlt.

Harms hat bereits mit einigen anderen Firmen eine ähnliche Geschäftspolitik betrieben. So hat er bereits u.a. die Firmen Bohn und Kaehler in Kiel sowie Velox in Barmstedt mit kräftigen Steuersubventionen übernommen und nach der Übernahme die Belegschaft um mehr als die Hälfte abgebaut.

Der Betriebsrat hat beschlossen, keiner Kündigung zuzustimmen, die mit der Stillegung begründet wird. Und der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Elmshorn, Peter Ladehoff, hat Harms' Geschäftspolitik scharf kritisiert.

Aber Harms' Geschäftspolitik, mit Hilfe von Steuergeldern alles rauszuholen und dann auszusteigen, ist heutzutage nicht ungewöhnlich (Blohm in Hamburg-Bergedorf oder auch Schulte & Bruns in Emden sind ähnliche Beispiele).

Metall-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

ÖTV

DGB weiter auf dem Weg zur Polizeigewerkschaft



Ford Köln: Die Polizei weiß, daß sie bei Arbeitskämpfen „strikt die Grundsätze der Neutralität ... zu beachten hat".

Der DGB hatte in seinem Zentralorgan „Welt der Arbeit" den jüngst erfolgten Beitritt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) als *„historisches Datum"*, als *„Vorgang von historischer Qualität"* usw. gefeiert (WdA, 16.378). In dem gleichenArtikel wurde der GdP-Beitritt (*„17. Säule des DGB"*!) schon als kräftige Aufwertung der Polizeigewerkschaft eingeschätzt. Und dafür wollte natürlich nicht zuletzt die DGB-Führer selbst sorgen. So findet sich in der neuesten Ausgabe der „Welt der Arbeit" (23.3.78) ein längerer Artikel, der zur *„Aussöhnung der Arbeiterbewegung mit der bewaffneten Macht im Staat"* (Originalton DGB!) beitragen soll. Behandelt wird eine Informationstagung in NRW mit einzigem Tagesordnungspunkt „Polizei und Streik". Da versicherte man sich vor 80 Leitern der Schutz- und Kriminalpolizei aus NRW, daß die Polizei bei Arbeitskämpfen *„strikt die Grundsätze der Neutralität, Nichteinmischung und Zurückhaltung zu beachten hat."* GdP-Mitglied Dietl, *„einer der führenden deutschen Rechtsexperten"*, erklärte jovial, *„daß es keinen polizeiwidrigen Streik gibt, sondern daß ein Arbeitskampf nichts anderes ist als eine zum demokratischen Alltag einer funktionierenden freiheitlichen Demokratie gehörenden Austragung von Konflikten."* Da gelte es „die Verhältnismäßigkeit der Mittel" zu wahren. Die Streikposten dürften „in der Aufregung" auch einmal über die Strenge schlagen, „über die Grenze des Erlaubten hinausgehen". Doch der „führende Rechtsexperte" sieht allerdings auch Probleme: *„in der Auseinandersetzung mit extremistischen Gruppen"*. *„Auschreitungen waren Exesse von Einzelpersonen oder von Extremistengruppen, die sich an Arbeitskampfaktionen anzuhängen suchten."*

Da soll aber eine *„ständige Verbindung zwischen Tarifparteien und Polizei"* und *„ ‚rückhaltlose gegenseitige Information' um Mißverständnisse und falsche Solidarisierungen auszuschließen"* Abhilfe schaffen.

Der Artikel gipfelt in der Überlegung, *„das historisch gewachsene und teilweise [?] noch bestehende Mißptrauen zwischen organisierter Arbeitnehmerschaft und Polizei weiter ab[zu]bauen."* Dazu schlagen die Bullen im DGB vor: *„In gemeinsamen Seminaren sollten Polizeibeamte und Arbeitnehmer z.B. aufarbeiten, was jetzt aus Arbeitskämpfen an Erfahrungen kommt, damit die verschiedenen Rollen deutlicher gesehen werden"*!

— Der DGB macht's möglich!

Das ist schon ein starkes Stück, daß sich die Bullen im DGB völlig ungehindert und unkommentiert über ihre „Neutralität und Zurückhaltung" bei Streiks auslassen können, und daß sie trotz zunehmender Aufrüstung und Brutalisierung auch bei Arbeitskämpfen (da lieferte der jüngste Druckerstreik einige Beispiele für) offen von den DGB-Führern umworben werden.

Der GdP-Beitritt und die exclusive Werbung für die Bullen sowie die immer engere Zusammenarbeit mit dem Verfassungschutz (u.a. in der „Fachgruppe VS" der ÖTV, die das Image der „Staatsschützer" aufpolieren soll), machen deutlich, wie weit sich der DGB schon in die reaktionäre Formierung von Staat und Gesellschaft eingefügt hat. Dabei spielt der DGB immer eine Vorreiterrolle bei der Vertretung und Durchsetzung offen reaktionärer Positionen in der Arbeiterschaft.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Führer werben für den Verfassungsschutz

Wie wir einer kleinen Notiz der „Frankfurter Rundschau" (31.3.78) entnahmen, hat vor kurzem ein Gespräch zwische ÖTV-Spitze und Vertretern der „Fachgruppe Verfassungsschutz" stattgefunden. Ja, es gibt tatsächlich eine „Fachgruppe VS" in der ÖTV, die die Aufgabe hat, Imagepflege für die „Staatsschützer" zu betreiben (und nebenbei möglicherweise auch die Aufgabe Gewerkschaftsmitglieder zu bespitzeln?).

Nach seinem Gespräch mit den Berufsschnüfflern erklärte Albrecht Rothländer, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, jede *„ pauschale Kritik am Verfassungsschutz und seinen Beschäftigten, insbesondere jede Diffamierung, [sei] politisch verfehlt und menschlich unanständig"* (FR, 31.3.)! Und so einer nennt sich Gewerkschafter. Dabei ist die offene Werbearbeit der ÖTV-Führer für Polizeistaats- und Verfassungsschutzmethoden garantiert nur die Spitze der reibungslosen Zusammenarbeit und der engen Verflechtung von Verfassungsschutz und Gewerkschaften. Wir wüßten gern mehr darüber. Für sachdienliche Hinweise unserer Leser sind wir immer dankbar.

Verfassungsschutz raus aus der ÖTV!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Tarifabschluß bei der Lufthansa

So eilig hatte es die ÖTV-Führung noch nie: Am 17.3. wurden die drei neuzuverhandelnden Tarifverträge — der Vergütungstarifvertrag, der Manteltarifvertrag und die Tätigkeitsmerkmale für die „Deutsche Lufthansa" (DLH) abgeschlossen. Gewöhnlich ziehen sich diese Verhandlungen sonst über einen längeren Zeitraum hin.

Die Abschlüsse sind in ihren wesentlichen Ergebnissen weit von den ursprünglichen Forderungen entfernt: Beim Vergütungstarifvertrag waren 8,5% gefordert, es wurde mit5,6% abgeschlossen. Anläßlich des 25-jährigen Geschäftsjubiläums der DLH hatte die ÖTV eine einmalige, steuerfreie Zulage von DM 1.200 verlangt; bei DM 600 schloß sie ab. Beim Manteltarifvertrag wurden einige Forderungen erfüllt, wie z.B. die Unkündbarkeit (incl. Änderungskündigungen) nach 15 Jahren. Zu anderen Punkten, wie Kontoführungsgebühr oder Fahrkostenzuschuß, legte die DLH kein Angebot vor.

Beim Tätigkeitsmerkmal-Abschluß sind keine wesentlichen Verbesserungen erreicht worden. Nach wie vor soll das Erreichen einer besseren Lohngruppe durch innerbetriebliche Prüfungen und Bewertungen durch Vorgesetzte erschwert werden.

Dieses Jahr ist die Tarifrunde ‚klammheimlich' über die Bühne gegangen. Während es im letzten Jahr wenigstens noch mehrere Warnstreiks in Hamburg und Frankfurt gegeben hatte, sind diesmal die Tarifverträge ohne irgend welche Aktivitäten der Kollegen abgeschlossen worden.

Dieser Verlauf — mit dessen Ergebnis die ÖTV übrigens nahe an den regierungsamtlichen „Lohnleitlinien" liegt — deutet darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer unter allen Umständen vermeiden wollten, daß die DLH das anderorten schärfere Klima der Tarifkämpfe (Hafen, Druck, Metall) auch bei sich zu spüren bekommt.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Weg zur Wegrationalisierung Zigtausender frei!

Nach langem Kampf, in dessen letzter Phase die Druckkapitalisten wenige Schwerpunktstreiks mit einer einwöchigen bundesweiten Aussperrung beantworteten, wurde am 18./19.3. unter massiver Einmischung der Bundesregierung (s. AK 125) ein Vertrag zur Tarifierung neuer Techniken ausgehandelt und unterzeichnet. Für die Mitglieder der IG Druck und Papier gab es keinerlei Möglichkeit, vor der Unterzeichnung Kenntnis oder gar Einfluß auf den Vertrag zu nehmen. Die DruPa-Führung setzte den Kollegen offenbar bewußt vollendete Tatsachen vor, um nicht erneut in eine Situation wie nach der Aushandlung der berüchtigten „Leitsätze" zu kommen, wo sie aufgrund massiven Protestes der Basis ihr eigenes Verhandlungsergebnis ablehnen mußte. Doch diesmal scheint es der DruPa-Führung durch einige Verbesserungen, eine äußerst komplizierte Formulierung sowie durch die Härte der letzten Phase besser zu gelingen, der Mitgliedschaft den Vertrag sozusagen als das Machbare zu verkaufen. *„Ich muß feststellen, daß wir das Streikziel nicht ganz erreicht haben"*, so Mahlein über den Vertrag, allerdings wäre er keine Niederlage, da man vieles „durchgeboxt" hätte („SZ", 21.3.78). Und Hensche in einem Rundbrief an alle Ortsvereine: *„Der Streik hat sich gelohnt! Nach viertägigen zähen Verhandlungen kam Sonntagnacht der Tarifvertrag über die neue Technik zustande. Unsere beiden Tarifkommissionen haben dem Tarifvertragsentwurf einstimmig zugestimmt. Insgesamt ist das Ergebnis ein Erfolg unseres bis in die letzten Stunden geschlossen geführten Streiks. Das schließt nicht aus, daß im einzelnen auch Abstriche hinzunehmen waren"*.

So hat auch die an dem jetzigen Vertrag vorhandene und z.T. recht scharfe Kritik (wie z.B. schon fast traditionell aus Hamburg) nicht das Ausmaß an Schärfe wie bei der Ablehnung der ersten „Leitsätze" erreicht, wo für den Fall der Unterzeichnung die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages zwecks personeller Konsequenzen gefordert worden war. Doch was ist das Ergebnis?

„Im Vergleich zu den Ende Januar vereinbarten „Leitlinien", die dann trotz der Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter von diesen selbst vom Tisch gefegt wurde, ist das jetzt erzielte Ergebnis nur in einem Punkt wirklich von Nutzen für die Betroffenen. Schriftsetzer und die ihnen gleichgestellten Fachkräfte erhalten eine Einkommensgarantie (durch Ausgleichszahlung für die geringer bewerteten neuen Arbeitsplätze) bis zum Rentenalter. Alle anderen erzielten Verbesserungen liegen im Bereich äußerst diffiziler Details. Man wird künftig eigene Computer brauchen, um die Ansprüche jedes einzelnen Arbeitnehmers der Druckindustrie nach Punkt und Komma, nach Jahr und Tag auszurechnen" („SZ", 21.3.78). Konkret: Bestimmte, qualifizierte Satzarbeiten wie z.B. die Gestaltung nicht standardisierter Anzeigen ist auf die Dauer von acht Jahren weiterhin „geeigneten (?!) Fachkräften der Druckindustrie, insbesondere Setzern" vorbehalten. Der Großteil der Satzarbeit, die Texterfassung, soll zukünftig „vorrangig" von Fachkräften der Druckindustrie getätigt werden. Jedoch ist dies nicht zwingend und fällt praktisch völlig weg, wenn die Kapitalisten wie in §15 des Vertrages vorgesehen, die Redakteure dazu zwingen, ihre eigenen Artikel selbst in die Bildschirmgeräte einzugeben. Und wozu sonst sind derartige Paragrahpen gemacht. D.h. dort, wo die Setzer ersteinmal nicht so ohne weiteres zu ersetzen sind, wird ihnen für eine Zeit die Weiterbeschäftigung garantiert, und dort, wo die Kapitalisten sie durch billigere Arbeitskräfte oder durch die Redakteure schon jetzt ersetzen können, sorgen schwammige und widersprüchliche Paragraphen für die Wegrationalisierung der Setzer. Die Setzer wird man also in Zukunft nur noch mit dicken Wälzern über die Ausführungen des Tarifvertrages antreffen. Bei Streitfragen wird man den Tarifastrologen befragen müssen. Große Teile des Vertrages gleichen auch eher einem Sozialplan als einem Tarifvertrag. Nun zur Frage der künftigen Bezahlung: Schriftsetzer, die weiterbeschäftigt werden, sollen bis zur Erreichung des Rentenalters ihren jetzigen relativ hohen Tariflohn weitergezahlt bekommen. Andere, nicht näher definierte Fachkräfte, sollen stufenweise in sechs Jahren vom Setzerlohn auf den zukünftig für Bildschirmarbeit geltenden niedrigen Angestelltengehaltstarif gedrückt werden. Neu an diesen Geräten Beschäftigte, wie z.B. Schreibkräfte, erhalten von Anfang an diesen relativ niedrigen Angestelltengehaltstarif.

D.h., es wird künftig für ein und dieselbe Tätgikeit sehr unterschiedliche Bezahlung geben. Mit dem finanziellen Zugeständnis gegenüber den Setzern haben sich die Kapitalisten also hervorragende Spaltungsmöglichkeiten erkauft. Zusätzlich sind sie noch in der Lage, sich scheinheilig hinzustellen und die DruPa scheinbar von links anzugreifen: *„Vielmehr verletzte die IG Druck die Solidarität sowohl mit den anderen Arbeitnehmern als auch mit der jüngeren Generation. Diese Gewerkschaft versuchte, Privilegien für einen Berufstand durchzusetzen, welche die Rechte der übrigen Arbeitnehmer, besonders der Angestellten, beeinträchtigt ..."* („SZ", 21.3.78). Die z.B. in Hamburg aufgestellte Forderung zur Bezahlung hieß dagegen: Maschinensetzerlohn für Bildschirmtätigkeit! — was natürlich für a l l e Bildschirmarbeiter gelten sollte.

In den weiteren Punkten, was die Pausenregelung usw. angeht, haben sich weitgehend die Kapitalistenvorstellungen durchgesetzt. So gilt jetzt statt der ursprünglichen Forderung nach 20 Minuten Pause pro Stunde die Vereinbarung von 5 bzw. 15 Minuten alle zwei Stunden, wobei diese durch Arbeitsablaufsteuerung, d.h. z.B. normale Pausen (Frühstück, Mittag) wegfallen können. Trotz der erwiesenen erheblichen Augen- und sonstigen Schädlichkeit der Bildschirmarbeit wurde die Forderung nach maximal vier Stunden Beschäftigung an diesen Geräten fallengelassen.

Insgesamt bleibt fetszustellen, daß der jetzige Vertrag so gut wie keinen Schutz gegen die Arbeitsplatzvernichtung bietet, sondern wie die „FR" am 21.3. in ihrer Schlagzeile schrieb, den Weg für Elektronik bei Zeitungen freimacht. Mit diesem Vertrag und seinen sehr schwammigen und dadurch unterschiedlich auslegbaren Bestimmungen versucht die DruPa-Führung sich aus der Verantwortung zu ziehen und die konkrete Interpretation bzw. Ausschöpfung den jeweils Betroffenen und ihren Betriebsräten aufzubürden. So lautet auch die wesentliche Kritik der Hamburger DruPa an diesem Vertrag.

Somit sind die Auseinandersetzungen zwischen den Druckkollegen und den Druckkapitalisten mit diesem Vertrag keineswegs abgeschlossen. Nur sind sie jetzt vorerst in die jeweils betroffenen Betriebe verlagert und der Vertrag sichert den Kapitalisten relativ gute rechtliche Ausgangspositionen für die betrieblichen Auseinandersetzungen. Die DruPa-Linke sollte alle Kraft daran setzen, den betrieblichen Widerstand zu organisieren, um den Kapitalisten bei der jetzt anlaufenden Umstellung auf elektronische Satzherstellung und der damit verbundenen Arbeitsplatzvernichtung das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Protestmarsch der Drucker in Hamburg



Nach dem Druckerstreik: Hetze aus vollen Rohren!



Nach dem Druckerstreik: Hetze aus vollen Rohren!

Hieß es auf der Titelseite der ersten „SZ" vom 21.3. noch: *„.... und außerdem haben sich ganze Stauseen von Aggressionen gebildet, die jetzt ganz langsam ablaufen müssen — bei den Lesern, in den Betrieben, natürlich auch innerhalb der Redaktionen. Und das heißt auch, daß wir zunächst nur sehr vorsichtig miteinander reden sollten, weil sich in dieser langen Zeit der unterbrochenen Kommunikation doch eine Art Entfremdung eingestellt hat, zwischen uns allen"*, so wird bereits auf Seite vier voll zugeholzt: *„Selten hat eine Gewerkschaft ihrer eigenen Sache so viel Schaden zugefügt wie die IG Druck und Papier mit ihrem Arbeitskampf 78. (...) Die Methoden und Ziele dieses Kampfes der Druckergewerkschaft markieren wirklich eine historische Wende — zum Weg in eine falsche Richtung und zur Denaturierung der Arbeitnehmerorganisation. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit aus dem Auge verloren — und sie hat Ziele anvisiert, die zur sozialen Systemveränderung führen sollten. Damit hat dieser Streik ganz allgemein die Zweifel an der sozialen Vernunft und Verantwortung der deutschen Gewerkschaften bestärkt. Diese haben bisher ein allseits gerühmtes Augenmaß gezeigt. Nun dürften die Fragen lauter werden, wie sie es mit dem Gemeinnutz wirklich meinen. Wenn der gewerkschaftliche Eigennutz zur Rücksichtslosigkeit verkommt, so wird die Tarifautonomie zur Debatte gestellt werden, denn diese Autonomie hat ja nicht den Sinn, daß der Willkür freier Lauf zu lassen sei"*, dies gipfelt in: *„Damit verletzt ein derartiger Kampf in fundamentaler Weise das Gemeinwohl. Er macht die Grundvoraussetzungen der Demokratie, Information und Gedankenaustausch zunichte"*.

Wie hier in der „SZ" lebt auch nach dem diesjährigen Druckerstreik wieder die mit einer massiven Hetzkampagne verbundene Diskussion und Forderung nach Verbot des Streikrechts für die Drucker auf. Im Zuge der sich verschärfenden Klassenkämpfe stellt die „SZ" dann ja zusätzlich auch gleich die Tarifautonomie insgesamt infrage. Die „FAZ" und die „Welt" gehen traditionell noch etwas grobschlächtiger und offener reaktionär an dieses Thema heran: *„Was ist das für ein Mann?* (gemeint ist Detlef Hensche — Anm. AK). *Seit Lenin ist bekannt, daß die Gewerkschaften sich vorzüglich dazu eignen, mit Hilfe von Arbeitskämpfen das kapitalistische 'System' zu ruinieren. Hensche hat dieses Rezept studiert. Der jüngste Arbeitskampf trägt seine Handschrift ebenso wie die Härte der tarifpolitischen Auseinandersetzungen im Jahre 1976"* („Welt", 21.3.78). Und zur persönlichen Diffamierung: *„1976 VERKAUFTE Hensche das väterliche Unternehmen (drei Millionen Umsatz). Von diesem ‚Ballast' befreit, erklärt er heute: ‚Man muß sich fragen, ob nicht Erben und Schwiegersöhne auf Unternehmersesseln die eigentlichen Heizer auf der E-Lok sind"*.

Tja, wenn es man so wäre, wie die reaktionäre Presse es ihren Lesern weismachen will. Aber zurück zur Realität. Die neuerlichen Drohungen gegen Streikrecht und Tarifautonomie, verbunden mit massiven Eingriffen z.B. der Bundesregierung in die Verhandlungen sollten nicht als alljährliche Geschwätz auf die leichte Schulter genommen werden. Wir müssen aufgrund unserer Erfahrungen davon ausgehen, daß diese Angriffe so gemeint sind, wie sie da geschrieben stehen und den Kampf dagegen entwickeln.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Blamage für Broschek-Kapitalisten

Hamburg. Seit etlichen Jahren versucht die Geschäftsleitung des Druckbetriebes Broschek linke Kollegen loszuwerden, darunter auch einige Mitglieder des Betriebsrates. Bei einem dieser Betriebsratsmitglieder witterten die Kapitalisten jetzt ihre Chance zu einem unkomplizierten Rausschmiß: Durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts war der betreffende Kollege aus dem Betriebsrat ausgeschlossen worden und hatte mithin auch seinen besonderen Kündigungsschutz verloren. Es dauerte dann keine zwei Tage mehr, bis die Geschäftsleitung beim Betriebsrat einen Antrag auf fristlose Kündigung einreichte. Der Betriebsrat legte Widerspruch ein, was die Geschäftsleitung freilich nicht daran hinderte, die Kündigung auszusprechen. Trotzdem hatten die Broschek-Kapitalisten schließlich das Nachsehen: Mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung konnte der Kollege seine Weiterbeschäftigung durchsetzen, was tags drauf im Betrieb auch hinreichend begossen wurde. Er hatte nämlich, sowie er von seiner beabsichtigten Kündigung erfuhr, eine Liste zur Betriebsratswahl (auf der nur er kandidierte) zusammen mit den nötigen Unterschriften beim Wahlvorstand eingereicht, womit er wieder unter besonderen Kündigungsschutz fiel. Angesichts der sehr kurzen Zeit, die dem Kollegen zum Sammeln der Unterschriften zur Verfügung stand, ging es letztlich um Minuten: Erst kurz vor der Betriebsratssitzung, auf der die Kündigung behandelt werden sollte, reichte er seine Liste beim Wahlvorstand ein, übrigens sehr zum Ärger der meisten Betriebsräte, die es gern gesehen hätten, einen lästigen Mitbewerber für die Betriebsratswahl loszuwerden.

Tagelang versuchte nun die Geschäftsleitung mit Hilfe ihrer Abteilungsleiter, die Unterzeichner der Wahlliste des linken Kollegen unter Druck zu setzen. So gelang es ihr schließlich, daß mehrere Kollegen ihre Unterschrift wieder zurückzogen. Aber auch damit kamen die Broschek-Kapitalisten ihrem Ziel nicht näher, da der betreffende Kollege zusammen mit anderen mittlerweile auf einer anderen Liste zur Betriebsratswahl kandidiert. Ironie des Schicksals: Von insgesamt fünf Wahllisten bei Broschek, erhielt diese Liste auch noch die Nummer 1.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Besetzung der „FR": „Ne knallharte Mannschaft"



Als einzige Belegschaft in der BRD haben die Kollegen der „FR" die Aussperrung aktiv verhindert und im Gegenzug den Betrieb besetzt. Diese Aktion sowie die eigenständige Herausgabe eines Extrablattes und später auch einer Notzeitung, die für einen Solidaritätspreis in 30.000 Auflage in Frankfurt verkauft wurde, läßt Erinnerungen an „Repùblica" wach werden und zeigt den richtigen Weg für die kommenden Kämpfe. Der „ID" hat ausführlich über die Besetzung berichtet. Wir wollen im folgenden kurze Auszüge daraus wiedergeben:

Kollege Fritz, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der „FR" und Ortsvereinsvorsitzender der Frankfurter DruPa: *„Wir haben also, als diese Aussperrungsverfügung bekannt würde, hier im Frankfurter Werk sofort in Spätdienst, der gegen Mitternacht beendet sein würde, gebeten, daß ein paar freundliche Kollegen bereit sein würden, die nicht vorhandene Nachtschicht zu überbrücken und den Anschluß an die Frühschicht zu schaffen; und im übrigen weitere Kollegen, die Frühdienst hatten, der um 8 Uhr begonnen hätte, gebeten, um 5 Uhr zu kommen. Bevor die Tore geschlossen wurden (die Aussperrungsverfügung galt für Mittwochmorgen, 6 Uhr) hatten wir entscheidende Teile unser technischen Belegschaft im Haus. Wir haben in der Zeit heut nacht dann auch den Text der Aussperrungsverfügung genommen und haben sie kommentiert und ein Extrablatt der ausgesperrten Belegschaft produziert. Das wurde nur von Setzern und Korrektoren gemacht. Wir würden auch, wenn sich entsprechende Redakteure bereit finden würden, uns entschließen, eine, oder die Rundschau in eigener Produktion zu machen, ohne nach der Geschäftsleitung zu fragen".*

Zur Absicherung der Besetzung gegen mögliche Polizeiübergriffe sagte ein Kollege: *„Es sollen mehr Kollegen nachts da sein, guck mal, jetzt am Tag machen die net dicht, nur nachts, wenn die ganzen Angestellten raus sind, das Vorderhaus leer ist, dann fangen die an. Und dann werden wir Muffe kriegen, ist doch klar, dann sind nur noch die Arbeiter hier. Da werden sie dann was versuchen".* Allerdings gab es keine Polizeiübergriffe und es wurde auch lediglich einmal versucht, das Tor dichtzumachen. Nachdem dies verhindert wurde, gab es keinen neuen Versuch in diese Richtung. In der „FR"-Druckerei, dem zweiten Werk, das in Neu-Isenburg steht, kam leider keine Besetzung zustande, da die Kollegen bis Mittwochmorgen frei hatten und dann vor verschlossenen Toren standen, außerdem war dort der Diskussionsprozeß nicht so weit fortgeschritten. Zu der Kommunikation und der Stimmung während der Besetzung eine Kollegin: *„In der Kantine sind unheimlich viele Leute, viel mehr als sonst. Es ist eine irre gute Stimmung. In jeder Kantine sitzen sonst immer nur ganz bestimmte Gruppen am Tisch, die über politische Kontakte oder sonstwie halt zusammenhängen, und auch da nur: die aus der Anzeigenabteilung, aus dem Vertrieb, aus der Technik, aus der Redaktion. Und jetzt plötzlich ist es unheimlich gemischt und es war unheimlich laut gestern in der Kantine, es ist viel diskutiert worden — es war schon eine gute Stimmung".* Die geplante Notzeitung der Kollegen kam erst am Freitag, den 17.3. heraus, da die Redaktionsleitung der regulären „FR" davon Wind bekam und mit Schwierigkeiten drohte, falls der Namenszug o. ä. benutzt werden würde. Die Notzeitung mußte dann auch außer Haus gesetzt und gedruckt werden, da dort der Strom von der Geschäftsleitung abgestellt wurde. Aber sie kam dennoch heraus.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Einpeitscher Gruner + Jahr

War die ach so liberale Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr schon in der gesamten Auseinandersetzung um die Vernichtung des Setzerberufes einer der Scharfmacher, so bleibt sie, bzw. der „Stern"-Chef Henri Nannen, diesem Ruf auch in der nachträglichen Hetze treu. Bereits für den „Stern" Nr. 13 v. 22.3.78 war ein Nannen-Hetzartikel gegen die DruPa und den Kampf der Drucker und Setzer um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze vorgesehen. Doch es ließ sich im Hause Gruner + Jahr nicht so ohne weiteres ein Setzer finden, der bereit war, dieses Schweinspapier gegen seinen Kampf zu setzen. Dies führte zu einigen Aufregungen in der Chef-Etage. Dem Vernehmen nach soll es sogar ein Gipfel-Gespräch mit Vertretern der Kapitalistenverbände gegeben haben, um über diesen Vorfall zu beraten. Die Forderung der Kollegen nach gleichzeitiger Veröffentlichung einer Darstellung aus ihrer Sicht wurde rundweg abgelehnt, was ein Schlaglicht auf die Ernsthaftigkeit von Nannens Sprüchen über die durch den Druckerkampf ach so gefährdete Pressefreiheit wirft. Nach einigem Hin und Her ist der Artikel unter dem Aufmacher „Neues Deutschland — Ausgabe West?" jetzt im „Stern" Nr. 14 vom 29.3.78 erschienen. Hier noch einige Kostproben daraus: *„Dem ideologischen Einpeitscher des Streiks aber, dem jungen Juristen Dr. Detelf Hensche im Vorstand der IG Druck, ging es, wie er freimütig erklärte, noch um etwas anderes: um die Beendigung der privatwirtschaftlichen Struktur der Presse, die er für 'verfassungswidrig' hält (...) Aber diese 'Verlegermacht' ist ja auch gar nicht die Wirklichkeit der Bundesrepublik, in der die Meinungsvielfalt geistig unabhängiger Journalisten noch etwas gilt (...) Aber Zeitungsmachen ist nun einmal eine eigene Sache, ohne die Freiheit des Geistes ist da wenig auszurichten. Und unter Funktionären ist diese Freiheit offenbar nicht zu Haus (...) Diesmal nahm die IG Druck fünf Geiseln, fünf einzelne Zeitungsverlage. Die wollte sie mit Schwerpunktstreiks unter möglichster Schonung der Gewerkschaftskasse in die Knie zwingen. Dann wären die nächsten fünf drangekommen. Und so weiter, bis der 'Gegner' zusammengebrochen wäre (...) Wäre es undemokratisch, oder auch nur fair, wenn in einem verfassungsrechtlich garantierten Arbeitskampf der eine mit Fäusten, der andere nur in Fesseln kämpfen dürfte?"*

Und diese Hetze sollen die Kollegen gegen sich setzen? Mit Demokratie hat das nichts zu tun!

Die DKP-Jubelperser der DruPa-Führung

Stößt der jetzt zwischen DruPa-Führung und Druck-Kapitalisten abgeschlossene Tarifvertrag zur Einführung neuer Techniken (siehe nebenstehenden Artikel) bei der Mehrzahl der aktiven Druckkollegen auf Protest oder doch zumindest auf Bauchgrummeln, so sieht sich die DKP genötigt, für den Hauptvorstand in die Bresche zu springen.

„Nach drei Wochen Streik: Druckunternehmer mußten neue Zugeständnisse machen" („UZ", 21.3.), *„Standhaftigkeit und Solidarität überwanden Unternehmerhaltung"* („UZ" 22.3.) und *„Drucker-Arbeitskampf erfolgreich abgeschlossen"* („UZ", 23.3.), so lauten die Schlagzeilen der DKP-Presse zu diesem Thema. Und in einem Glückwunschtelegramm der DKP-Führung an die DruPa-Führung heißt es: *„Mit Genugtuung stellt der geschäftsführende Bundesvorstand fest, daß Euer beharrlicher Kampf gegen den harten Widerstand der Unternehmer erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß gewerkschaftliche Standhaftigkeit und Solidairtät notwendig sind, um eine uneinsichtige und reaktionäre Haltung der Arbeitgeber zu überwinden"* („UZ", 22.3.). Und in einer Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP heißt es, *„daß Erfolge im Kampf gegen die Angriffe des Großkapitals, im Ringen um Sicherung der Arbeitsplätze, für Absicherung der Einkommen und der beruflichen Qualifikation möglich sind, wenn die Gewerkschaften entsprechend dem Willen ihrer Mitglieder handeln und sich auf die Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten stützen"* („UZ", 23.3.).

Ja, wenn das so wäre, aber die DKP meint tatsächlich den Kampf der Drucker und Setzer um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, wo es gerade hieran gemangelt hat. Und hätte die Mitgliedschaft nicht kräftig gegen die Führung auf den Putz gehauen, so wäre ihnen bereits im Januar ein noch mieserer Vertrag untergejubelt worden. Aber die DKP hätte wohl auch da von einem großen Sieg gefaselt, weil es halt so sein muß und weil die DKP mit der DruPa-Führung ganz besonders enge Bande verbinden. In Hamburg versuchte die DKP zeitweise auf der dort recht verbreiteten Kritikwelle mitzuschwimmen, um nicht gerade den ganz rechten Flügel zu bilden, doch auf der letzten Delegiertenversammlung verhielt sie sich getreu der „UZ": Unter dem Vorwand, dem anwesenden Hauptvorstandsmitglied Körner einige Fragen zum unterzeichneten Vertrag zu stellen, brachen sie in Lobhudeleien über das Erreichte und den „konsequenten" Kampf aus. Selbst Körner mußte feststellen, daß er darin keine Fragen entdecken könne, vielmehr ihnen nur beipflichten könne.

Zu ihrer Beliebtheit tragen derartige Schmierenkomödien nicht gerade bei — und das ist gut so.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

HBV-Fachgruppenvorstand nicht anerkannt

In Westberlin wurde der Fachgruppenvorstand, den die HBV-Kollegen im Buchhandel auf einer Mitgliederversammlung gewählt haben, vom übergeordneten HBV-Landesbezirksvorstand nicht bestätigt.

Alle gewählten Kollegen hatten sehr weitgehende Forderungen zum Manteltarifvertrag gestellt, so z.B.
- mehr Urlaub für alle,
- volle Absicherung des 13. Monatsgehaltes,
- 500 DM Urlaubsgeld,
- 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Dies sind Forderungen, die die Kollegen auf einer Mitgliederversammlung vorher beschlossen hatten.

Ein Kollegeausdemalten Vorstand hatte zusätzlich folgende Forderung zur Diskussion gestellt, die gleichzeitig sein Wahlprogramm bei Wiederwahl darstellen sollte: Abwählbarkeit von Vorstandsmitgliedern, wenn sie nicht die Interessen der Kollegen vertreten, Kampf für die Abschaffung des § 218, Unterstützung des Freiheitskampfes im südlichen Afrika (s. Beschluß der Delegiertenkonferenz der IG Metall).

Als dieses Programm im „Arbeitskreis Betriebe" zur Diskussion gestellt wurde, lehnte die Mehrheit der Kollegen dies als Programm für den gesamten Vorstand ab, weil diese Forderung den Kollegen insgesamt nicht zu vermitteln sei.

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Friedler (SEW) polemisierte besonders gegen dieses Programm, wohlwissend, daß er schon einmal zum Rücktritt gezwungen worden war, weil er mehr darauf trachtet, sich beim Landesvorstand anzubiedern, anstatt den Vorstellungen der Kollegen entsprechend zu handeln.

Landesleiter M. Alles entdeckte dann bei dem Programm der Kollegen prompt Übereinstimmung mit dem KBW-Programm. Er sah schon den Vorstand in den Händen des KBW, und setzte durch, daß der Vorstand nicht bestätigt, das heißt auf kaltem Wege einfach wieder abgesägt wurde.

Auf einer weiteren Sitzung wurde vor dem Landesbezirksvorstand eine Kollegin, die gewählt woden war, einer „Befragung" unterzogen. Da auch der Landesbezirksvorstand die Nichtbestätigung nur ganz knapp (mit 8 : 6 Stimmen) durchsetzen konnte, wurde bei nachträglicher Bestätigung mit einer „Personenuntersuchung" gedroht. Das muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß eine SEW'lerin einen gewählten Kollegen als angeblichen KBW'ler denunziert hatte.

Demokratieverständnis der Gewerkschaftsführer

Doch dies sollte erst der Auftakt einer größeren Säuberungsaktion sein Am 20.3. standen neue Manteltarifverhandlungen mit den Kapitalisten an. Kurzerhand „wählte" Landesleiter Alles sich eine neue Tarifkommission. Die alte, die die Kollegen auf einer Mitgliederversammlung gewählt hatten, paßte ihm nicht mehr. Zwei Kollegen waren von der Liste gestrichen und fünf neue aufgenommen worden, einer davon ist auf Gewerkschafts-Mitgliederversammlungen seit zwei Jahren kaum gesichtet worden, bei anderen handelt es sich um SEW'ler, die ja bekannt sind, daß sie immer bereit sind, den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer nachzulaufen.

Dazu muß man wissen, daß eigens der Hauptvorstand den Westberliner Kollegen verboten hat, ihre Forderungen nach der 35-Stundenwoche in den Verhandlungen zu vertreten. Dies lehnten die gewählten Kollegen der Tarifkommission bisher ab, sodaß Landesleiter Alles nur nach Düsseldorf kabeln konnte, man rechne nicht damit, der Forderung des Hauptvorstandes auf Anhieb nachkommen zu können.

Die Empörung der Kollegen im „Arbeitskreis" Betriebe war daraufhin groß. Am 16.3. erschienen 41 Kollegen. Mit 33 : 8 Stimmen wurde die Wiederaufnahme der aus der Tarifkommission ausgebooteten Kollegen und die Bestätigung des von den Kollegen gewählten Fachgruppenvorstandes bis zum 20.3. gefordert.

Andernfalls würden die Kollegen der Manteltarifkommission nicht bei den Verhandlungen erscheinen. Noch am folgenden Wochenende lag dann die Erklärung von Landesleiter Alles vor, er wolle sich für die Bestätigung einsetzen. Im Gegenzug sollte allerdings der Fachgruppenvorstand unterschreiben, daß das umstrittene Wahlpapier kein Richtlinienprogramm für die zukünftige Fachgruppenvorstandsarbeit sein würde. Das war ja schon vorher geklärt gewesen.

Ein HBV-Genosse aus Westberlin

Hageba/co op
Abschuß des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden in Vorbereitung

Hamburg. Einen Nervenkrieg haben die co op-Unternehmer gegen den ehemaligen Vorsitzenden des hageba-Betriebsrates eingeleitet.

Nachdem dieser Kollege nach den letzten Betriebsratswahlen nicht mehr in den Betriebsrat gewählt wurde (siehe AK Nr. 125) hat die Geschäftsleitung sich seinen Rausschmiß vorgenommen.

Als Aufhänger dafür nehmen die Unternehmer seinen Widerspruch gegen eine automatische Übertragung seines Arbeitsvertrages auf eine andere Gesellschaft (die Abteilung, in der er gearbeitet hat, wurde mitten in den laufenden Betriebsratswahlen veräußert!). Jetzt argumentiert die Geschäftsleitung damit, daß ein geeigneter Arbeitsplatz im Betrieb hageba nicht angeboten werden könne, obwohl der Kollege ausdrücklich erklärt hat, daß er seine bisherige Arbeit weiterführen will.

Zusätzlich wird er auch noch moralisch unter Druck gesetzt, indem die Geschäftsleitung behauptet, daß wenn überhaupt, ein Arbeitsplatz nur dann angeboten werden könne, wenn dafür ein anderer Kollege gekündigt würde!!

Nachdem sowohl der Betriebsrat als auch der Kollege sich gegen diese Erpressung gewehrt haben, hat die Geschäftsleitung das „Angebot" gemacht, das Arbeitsverhältnis im beiderseitigen Einvernehmen zu beenden, ohne dafür allerdings irgendeine Bedingung zu nennen.

Dieses „Angebot" war an die Androhung geknüpft, daß man ansonsten gezwungen sei, „notwendige Maßnahmen" einzuleiten. Welcher Art diese Maßnahmen sein sollen, wird nicht gesagt, läßt sich aber unschwer denken.

Der Kollege hat das „Angebot" abgelehnt und besteht auf Zuweisung eines neuen Arbeitsplatzes. Unterdessen mußte er jedoch seine alte Arbeit abgeben, wurde in ein anderes Zimmer versetzt, wo nur selten Kollegen arbeiten, weil sie im Außendienst beschäftigt sind und soll wohl so „weichgekocht" werden.

Wie hieß es doch mal? „Im Mittelpunkt steht der Mensch" — wohl nicht für Linke in einem gemeinwirtschaftlichen Betrieb!

HBV-Komitee

HBV

Tarifrunde

Banken — Versicherungen — Buchhandel

Wie üblich wird auch in diesem Jahr bei verschiedenen HBV-Tarifrunden abgewartet, bis die wesentlichen Branchen abgeschlossen haben. Gerade angesichts des kürzlich abgeschlossenen Druckerstreiks und der laufenden Auseinandersetzungen bei Metall, setzen die HBV-Kapitalisten durch Null-Angebote und Scheinverhandlungen auf Verzögerungstaktik. Die HBV-Gewerkschaftsführer andererseits stutzen die Forderungen der aktiven HBV-Gewerkschaftsmitglieder erst einmal herunter.

Banken:

Wie berichtet, hatten die Hamburger Bankenkollegen 8,5 % mehr Lohn, — mindestens 170,— DM gefordert, außerdem 25 Tage Mindesturlaub und Einführung der 35-Stunden-Woche.

Angeblich „schwache" Bezirke waren der Grund, warum die HBV stattdessen nur 6,8 % und 300,— DM Urlaubsgeld bei mindestens 25 Tagen fordert.

Am ersten Verhandlungstag hatten die Kapitalisten erklärt: *„Am besten wäre es in diesem Jahr von Einkommens- und Urlaubsverbesserungen für die Arbeitnehmer ganz abzusehen"* (s. Tarifinformationen der HBV vom 27.2.). Nun, das wäre überhaupt für die Kapitalisten das beste.

Am zweiten Verhandlungstag, am 16.3.78, hatten sich die Kapitalisten zu 3,5 % durchgerungen, wenn dies nicht akzeptiert würde, müsse rationalisiert werden bzw. Arbeitsplätze gingen verloren (s. Tarifinfo der HBV vom 16.3.). Man vertagte sich erstmal auf April — am 11.4. soll weiterverhandelt werden.

Versicherung:

Die HBV fordert dort 7 % mehr Lohn, eine Verbesserung der Tarifstruktur und der Urlaubsregelung, angeblich also noch einmal 0,8 % hinzu. Die DAG ging gleich auf 6,5 % runter. Die von der HBV beschlossene Forderung wurde nach einer Mitglie-

runter. Die von der HBV beschlossene Forderung wurde nach einer Mitglie-

derbefragung „ermittelt" (laut „ausblick" 2/78, Gewerkschaftszeitung der HBV). Dabei fallen dann Forderungen von mindestens 200,— DM, die etwa in Hamburg aufgestellt worden war, schnell unter den Tisch.

Am 20.3. machten auch hier die Kapitalisten das Angebot, alles beim alten zu belassen, woraufhin die Verhandlung auf den 4.4. vertagt wurde.

Buchhandel und Verlage, Hamburg:

9,5 % Lohnerhöhung, mindestens 150,— und 100,— Erhöung für die Auszubildenden hat die Mitgliederversammlung und die Tarifkommission der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der Gewerkschaft HBV in Hamburg für die anstehende Tarifrunde gefordert.

Über diesen Beschluß hat sich der zuständige Landesbezirksleiter Arnold Krause kaltschnäuzig hinweggesetzt und eigene Forderungen beschlossen, die vor allem die niedrigeren Gehaltsgruppen benachteiligen, die Lehrlingsforderung hat er um 30,— gekürzt und die ebenfalls von der Mitgliederversammlung geforderte Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag nicht übernommen.

Wegen dieser Mißchtung des Willens der Mitglieder haben die Kollegen eine außerordentliche Mitglieder versammlung beschlossen, bei der A. Krause Rechenschaft ablegen soll. Obwohl Krause zum wiederholten Mal solche Alleingänge gemacht hat, scheuen die in der Fachgruppe vertretenen DKP-Anhänger nicht davor zurück, Krause noch in Schutz zu nehmen. Begründung: Krauses Privatforderung ist nicht schlecht, weil sie den Forderungen der Buchhändler in Baden-Württemberg entsprechen und damit zur Vereinheitlichung der Tarifkämpfe beitragen.

Man darf gespannt sein, ob die Mehrzahl der Kollegen ebenfalls dieser Meinung ist.

HBV-Komitee

GEW

Aktiver Antikommunismus erwünscht

Bochum. Mittlerweile haben die zehn Bochumer Kollegen, die am 11.2.78 vom Hauptvorstand aus der GEW ausgeschlossen wurden, von Frister schriftliche „Begründungen" für ihren Rausschmiß erhalten. Das von der Kölner Russell-Initiative veröffentlichte „Begründungs"-Schreiben an den Ausgeschlossenen Christian H. dokumentiert dabei erneut, mit welcher Unverfrorenheit Frister seine Kahlschlag-Politik verteidigt. Der Abdruck zweier Texte gegen das von der CDU geplante „K-Gruppen-Verbot" im Bochumer GEW-Info stelle – so Frister – *„eine propagandistische Unterstützung der genannten Organisationen dar"*. Das Verhalten der für den Abdruck dieser Texte verantwortlichen GEW-Mitglieder müsse daher *„als Tätigkeit für diese genannten Organisationen gewertet werden."* Im Klartext: Wer sich im Zusammenhang mit dem von der CDU erwogenen Kommunistenverbot für die Verteidigung der Organisationsfreiheit einsetzt oder, wie die Bochumer, auch nur dahingehende Anträge bzw. Erklärungen anderer v e r ö f f e n t l i c h t, muß sich von Frister bereits die Unterstellung gefallen lassen, direkt für unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallende kommunistische Organisationen tätig zu sein. Derartige Konstruktionen darf man nebenbei wohl auch als mehr oder weniger offenen Hinweis an den Verfassungsschutz verstehen, sich dieser Kollegen entsprechend anzunehmen. Im Übrigen – so Frister– könne es für die Begründung des Ausschlusses *„dahingestellt bleiben, ob Sie für die Aufnahme der Texte in dem Imfo direkt verantwortlich waren oder sich aktiv an der Entscheidung über die Veröffentlichung beteiligt haben."* Hinreichend für den Rausschmiß sei bereits der Umstand, daß der Kollege einen Beschluß des GEW-Ortsvorstandes unterstützt habe, in dem sich dieser hinter den Abdruck der inkriminierten Texte stellte, *„da das (GEW-) Info wie bisher als Informationsforum zur gewerkschaftlichen Arbeit ... verstanden"* werde. Dieser OV-Beschluß erülle nämlich bereits den Tatbestand der *„Billigung der propagandistischen Unterstützung von KBW und KPD"*, wobei insbesondere die in diesem Beschluß enthaltene Feststellung, der Abdruck der Texte würde *„im Zusammenhang mit den Bedingungen auch unseres gewerkschaftlichen Kampfes einen wichtigen Informationsbeitrag darstellen"*, als reine *„Schutzbehauptung"* gelten könne. Frister versteigt sich demgegenüber zu der nur bezeichnenden Auffassung, daß *„verfassungsrechtlich zulässige Maßnahmen eines Verfassungsorganes (Bundesrat) gegen Organisationen, die der Verfassungswidrigkeit verdächtig sind, ... nicht im Zusammenhang mit den Bedingungen unseres gewerkschaftlichen Kampfes"* stünden *„und auch der Aufruf zur Abwehr solcher verfassungsrechtlich einwandfreien Maßnahmen ... mit den Bedingungen unseres gewerkschaftlichen Kampfes nichts zu tun "* habe.

Eindeutiger hätte Frister seine Absichten – nämlich aus der GEW eine folgsame S t a a t s gewerkschaft zu machen – kaum darstellen können. Sein Hinweis, der „gewerkschaftliche Kampf" habe nichts mit der Abwehr „solcher verfassungsrechtlich einwandfreien Maßnahmen " zu tun, ist zudem ausgesprochen doppelzüngig: Schließlich polemisiert die DGB-Führung bereits seit geraumer Zeit gegen die „Mitbestimmungs"-Klage der Kapitalisten vor dem BVG, obwohl diese zweifellos eine „verfassungsrechtlich zulässige Maßnahme" ist. Dies in Rechnung gestellt, reduzieren sich Fristers Ausführungen auf ihren eigentlichen Kern: Bedingungslose Unterstützung oder Billigung des herrschenden Antikommunismus, selbst wenn er – wie in diesem Fall– von der CDU ausgeht.

Lehrerkomitee KB/ Gruppe Hamburg

P.S.: Anfang April werden Bochumer Kollegen speziell zu den Ausschlüssen eine weitere Dokumentation herausbringen.

Frister führt Briefwahlverfahren ein

Auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses – dem höchsten GEW/ Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen – wurde am 18.3. die „Ordnung für die Durchführung von Direktwahlen" geändert. Faktisch läuft diese Änderung auf die Einführung des Briefwahlverfahrens innerhalb der GEW hinaus.

Die Geschichte dieses Wahlverfahrens ist ein markantes Beispiel für die zunehmende Zerstörung demokratischer Strukturen in der GEW. Bereits 1974 wollte Frister das bis dahin gültige Prinzip, nach dem die Funktionäre auf Gewerkschaftsversammlungen gewählt wurden, durch das Briefwahlverfahren ersetzen. Konkreter Hintergrund dieses Vorstoßes war die zunehmend stärker auftretende Gewerkschaftslinke, der Frister mittels Briefwahl die Mobilisierung der sog. „schweigenden Mehrheit" entgegensetzen wollte. Nachdem aber der undemokratische Kern des Briefwahlverfahrens allzu offenkundig wurde – schließlich läuft dieses Prinzip darauf hinaus, daß ausgerechnet die inaktiven GEW-Mitglieder, die weder an gewerkschaftlichen Versammlungen noch an darüberhinausgehenden Aktivitäten teilnehmen, den Kurs der Gewerkschaft bestimmen sollen – machte Frister einen scheinbaren Rückzieher: Er kreierte nun die „Direktwahlen".

Dahinter verbarg sich natürlich nichts anderes als ein modifiziertes Briefwahlsystem. Nach diesem „Direktwahlverfahren" war zwar Stimmabgabe auf der Wahlversammlung erlaubt, jedoch sollten die Wahlurnen anschließend noch mehrere Tage für nachträglich abgegebene Stimmen offen bleiben. Der Unterschied zum reinen Briefwahlverfahren bestand bei diesem System vor allem in zwei Punkten:

- auf der Wahlversammlung war noch die Aufstellung neuer Kandidaten möglich,
- die inaktiven Mitglieder mußten sich auf jeden Fall noch zum Wahllokal bemühen.

Dieses „Direktwahlverfahren" wurde dann auf dem außerordentlichen Bundeskongreß in Köln 1975 verabschiedet. Nach nahezu dreijähriger „Direktwahl"-Praxis sah Frister nun im Herbst 1977 die Zeit gekommen, den Übergang zum reinen Briefwahlsystem einzuleiten. Für den Gewerkschaftstag in Mannheim lag dazu ein entsprechender Antrag des Hauptvorstandes vor, der folgendes beinhaltete:

+ Keine Kandidatenaufstellung auf der Wahlversammlung, da andernfalls den Briefwählern die Kandidatenliste nicht rechtzeitig mitgeteilt werden könne.
+ Keine Aufstellung von Wahlurnen nach der Wahlversammlung, sondern Stimmabgabe durch „Briefwahlen".
+ Regelung dieses „Briefwahlverfahrens" durch den Hauptvorstand sowie bei „Bedarf" Einführung von Listenwahlen durch die einzelnen Landesvorstände.

Da der Mannheimer Gewerkschaftstag diesen Antrag nicht mehr befaßte, holte jetzt der Hauptausschuß die Verabschiedung nach.

Die Auswirkungen des undemokratischen Briefwahlverfahrens auf die gewerkschaftliche Arbeit lassen sich unschwer abschätzen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Existenz dieser Regelung in der Hamburger GEW beispielsweise dazu geführt hätte, daß sich die rechtslastige und mittlerweile ausgeschlossene „Alternative"–Clique auch heute noch im Vorstand der Fachgruppe Volks- und Realschulen herumtreiben würde.

Neben den erwünschten personellen Veränderungen in der Zusammensetzung der jeweiligen Vorstände, dürfte die Absicht des neuen Wahlverfahrens allerdings in erster Linie darin liegen, die Inaktivität und politische Passivität unter den Gerwerkschaftsmitliedern massiv zu fördern. Frister will eine tote, folgsame GEW und wenn es sich schon nicht verhindern läßt, daß sich linke Kolleginnen und Kollegen zusammensetzen und sich e i g e n e Gedanken machen, so sollen sie doch zumindest unter sich bleiben.

Die nächsten Schritte bei der Metamorphose des Wahlverfahrens sind bereits heute vorhersehbar:

+ Festlegung möglichst langer Wahlperioden (drei Jahre);
+ Einführung von Wahl „vorschlägen" der jeweiligen Vorstände, dem die uninformierten, passiven Mitglieder dann „bedenkenlos" zustimmen sollen.

Ob Frister sich mit diesen Manipulationen allerdings neue Freunde schaffen oder gar die Linken vom Halse bekommen kann, darf allerdings doch stark bezweifelt werden...

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Frankfurt. Angesichts der zunehmenden Lehrerarbeitslosigkeit schrieb Erich Frister in der »Erziehung und Wissenschaft« 3/78 einen flammenden Aufruf: *»Der Hauptvorstand der GEW ruft alle Mitglieder der GEW ... auf, die Politiker an ihre Pflicht zur Solidarität zu erinnern, indem sie selbst Solidarität zeigen«.*

Ein erstes Zeichen der »Solidarität mit den Arbeitslosen hat jetzt der Hauptvorstand gesetzt, als er den Mitgliedsbeitrag der arbeitslosen Kollegen verdreifachte (von 1 DM auf 3 DM). Die Politiker werden das als Verpflichtung auffassen...

• • •

Westberlin. Anläßlich einer Verschärfung des Schulgesetzes hat die Westberliner SPD mit tadelndem Unterton festgestellt, daß an den Schulen jahrelang Persönlichkeiten herangebildet worden seien, *»welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen«.*

Im Neuentwurf des Senators für das Schulwesen heißt es jetzt: *»Ziel* (des Schulunterrichts, Anm. AK) *muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit und der Menschenwürde zu gestalten«.* Dies aber bedeute - so der Senator - daß man neben *»nazistischen auch totalitären und anti-pluralistischen Ideologien entschieden entgegenzutreten«* habe.

Nur ein Hinweis mehr, daß die üble Tradition, nach der seit nunmehr 30 Jahren Schutzbestimmungen gegen den Faschismus zum Kampf gegen links umfunktioniert werden, munter fortgesetzt werden soll.

• • •

Hannover. Nachdem die CDU in NRW mit großem Getöse die geplante Koop-Schule, deren Kern eine integrierte Orientierungsstufe war, zu Fall gebracht hat, geht sie jetzt auch in Niedersachsen - wo es noch aus SPD-Zeiten eine gemeinsame Orientierungsstufe gibt - zu Werke. Großes Getöse ist hier allerdings nicht angebracht, da man den Koalitionspartner FDP nicht verschrecken und den Anschein erwecken will, die regierende CDU wolle die Schule aus der parteipolitischen Konfrontation heraushalten. So wurde denn auch auf dem jüngsten Landesparteitag der CDU ein besonderes Bubenstückchen ausgeheckt: Es bleibt zwar formal bei der integrierten Orientierungsstufe, dort sollen jedoch die Schüler *»unter Berücksichtigung der Grundschulzeugnisse im Hinblick auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium vorgruppiert werden«* (»FR«, 23.3.78). Und damit die »Vorgruppierung« auch richtig klappt, soll die aufs Gymnasium orientierte Gruppe von einem Gymnasiallehrer unterrichtet werden. Von der Orientierungsstufe bleibt somit lediglich die Fassade.

• • •

Wiesbaden. Eine alte GEW-Forderung wird in Hessen endlich Wirklichkeit: das 10. Pflichtschuljahr! Allerdings gilt diese Reform nur für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, was beweist, daß es hier nicht um vermehrte Chancengleichheit geht, sondern darum, die Jugendarbeitslosigkeit zu verschleiern.

In Westberlin, wo kürzlich ein 10. Pflichtschuljahr beschlossen wurde (vgl. Rebell 27), macht man sich derweil schon weitergehende Gedanken: *»Beabsichtigt sei, für Jugendliche, die kein Ausbildungsverhältnis eingehen und auch keinen Oberschulzweig besuchen, ein elftes Schuljahr einzurichten, das die Bezeichnung 'Berufsgrundbildungsjahr' tragen und für jugendliche Arbeitslose verpflichtend sein soll«* (»FAZ«, 22.2.78). Dieser Zynismus ließe sich beliebig verlängern, bis dahin, daß alle Arbeitslosen in irgendwelche Schulen gesteckt würden. Dem könnte man dann die Bezeichnung »lifelong learning« geben!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

»Maulkorb? - Nein Danke!« Neues vom Plakettenstreit

Hamburg. Wie bereits mehrfach berichtet, war den Hamburger Lehrern im September letzten Jahres von der Schulbehörde untersagt worden, die Plakette „Atomkraft? Nein Danke!" in der Schule zu tragen.

Daraufhin hatten über 100 Lehrer mit Unterstützung der GEW beim Verwaltungsgericht Widerspruch gegen die sofortige Vollziehbarkeit des Plakettenverbots eingelegt. Das Verwaltungsgericht lehnte diesen Widerspruch mit Hinweis auf die *„besondere Zurückhaltungspflicht"* des Beamten ab und befand zudem, das Plakettentragen sei *„schlechthin Indoktrination"*.

Damit hatte sich das Gericht der Argumentation der Schulbehörde voll angeschlossen.

Nach diesem Richterspuch haben die Lehrer ihre Anti-Atomkraft-Plaketten ablegen müssen, tragen anstelle dessen jedoch vielfach den ähnlich gestalteten Button „Maulkorb – Nein Danke!". Außerdem wurden Unterschriften für eine vom GEW-Landesvorstand ausgearbeitete Protesterklärung gesammelt, in der es u.a. heißt:

„Wir, die Unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen, unterstützen mit unserer Unterschrift diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die gegen das Verbot der BSJB, Anti-Atomkraft-Plaketten während des Dienstes zu tragen Widerspruch eingelegt haben ... Wir sehen in diesem Verbot weiterhin eine Einschränkung der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit ..."

Auf juristischer Ebene laufen z. Zt. zwei Verfahren:

- Ein GEW-Vorstandsmitglied hat gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes einen Musterprozeß beim Oberverwaltungsgericht angestrengt, der im April entschieden sein wird.
- Darüberhinaus führen zehn betroffene Kollegen eine eigenständige Klage vor dem Arbeitsgericht, da der GEW-Landesvorstand die Übernahme dieses Rechtsstreites vor Ausgang ihrer Beschwerde vor dem OVG abgelehnt hatte. Die Hauptverhandlung soll am 10. April vor dem Arbeitsgericht stattfinden.

Unabhängig von dem Ausgang dieser Prozesse, wird der öffentliche Protest gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit bei der Zurückerkämpfung des Plakettenverbotes der wesentliche Faktor bleiben müssen.

Ein vielversprechender Schritt in diese Richtung ist die Veranstaltung „Gegen die Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit in Schule und Kulturbetrieb", die die GEW zusammen mit der IG-Drupa am 13. April durchführen wird. Erich Fried und Walter Jens haben bereits ihre Teilnahe zugesagt.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Antifa-Treffen in Tübingen

Am 11./12.März fand in Tübingen ein Treffen verschiedener süddeutscher antifaschistischer Gruppen statt. Eingeladen hatte das Antifaschismus-Komitee Tübingen. Vertreten waren. Anti-Strauß-Komitees aus Regensburg und München, Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann Nürnberg, Aktion Jugendhaus Schloßmühle Urach, Arbeitskreis gegen faschistische Bestrebungen Sindelfingen, einige Hamburger Initiativen und die Antifa-Kommission des KB. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Erfahrungsaustausch der verschiedenen Gruppen.

burger Initiativen und die Antifa-Kommission des KB. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Erfahrungsaustausch der verschiedenen Gruppen.

Es wurden dann Fragen diskutiert. Wie arbeitet man mit und in der Gewerkschaft? Welche Erfahrungen haben die Gruppen mit der Polizei? Soll man auf Verbote von Faschistenveranstaltungen orientieren? Welche Erfahrungen hat man in der Zusammenarbeit mit alten Antifaschisten gemacht? Fast alle Gruppen hatten wiederholt versucht, mit der VVN zusammenzuarbeiten, waren dabei aber meist auf strikte Ablehnung gestoßen. Bei Aktionen war es häufig so, daß die VVN sich geweigert hatte, an einer Aktionseinheit teilzunehmen; wenn die Gruppen diese Aktionen dann durchgeführt hatten, konnte man nachher in der „tat" lesen, die VVN, die Gewerkschaften, die DKP usw. hätten diese Aktionen durchgeführt. So in Hamburg bei der Besetzung des Curio-Hauses, in München bei einer Aktion in Dachau, in Nürnberg bei der Durchsetzung des Verbots eines „Auschwitzkongresses" und in Tübingen beim Prozeß gegen die Hoffmann-Bande. Einige Teilnehmer wollen ihren Gruppen vorschlagen, an der FIR-Demonstration in Köln teilzunehmen und dort einen Offenen Brief an die VVN zu verteilen. In dem Brief sollen die Mitglieder der VVN daran erinnert werden, daß es im antifaschistischen Kampf keine „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" geben sollte.

dem Brief sollen die Mitglieder der VVN daran erinnert werden, daß es im antifaschistischen Kampf keine „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" geben sollte.

Alle Gruppen wollen die Zusammenarbeit verstärken und sich umgehend über alle antifaschistischen und faschistischen Aktivitäten informieren.

Da viele Fragen offenbleiben mußten, wurde ein weiteres Treffen beschlossen, auf dem dann z.B. auch Fragen der Einschätzung der Situation in der BRD, eine Analyse dessen, was Faschismus ist und eine Konzeption des antifaschistischen Kampfes diskutiert werden können.

Einen solchen Erfahrungsaustausch - ohne politische „Berührungsängste" - sollten auch norddeutsche antifaschistische Gruppen anvisieren.

Eine Genossin aus Hamburg-Eimsbüttel

Antifaschistische Demonstration in Dortmund

In Dortmund fand am 24.3.78 eine Demonstration mit rund 5.000 Menschen statt. Anlaß war die alljährlich stattfindende Mahn- und Gedenkveranstaltung des internationalen Rombergpark-Komitees zum Gedenken an den Karfreitag 1945, an dem die SS 240 Antifaschisten ermordete.

Auf einer sich anschließenden Veranstaltung sprachen Vertreter antifaschistischer Organisationen aus den Niederlanden, Polen, der Sowjetunion, der DDR und der BRD.

Fast komisch mutet es an, daß auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn eine Ansprache am Mahnmal hielt. Dabei bagatellisierte er die Nazi-Nostalgie, die er mit „Neugier" und „Geschäftemacherei" erklärte.

• • •

Nazis raus aus Celle!



Am 25.3. wollte die NPD/JN zwei „Infostände" und eine Kundgebung in Celle durchführen. Den 40 Nazis stellten sich 60 Antifaschisten entgegen. Vor Kundgebungsbeginn verteilten die Antifaschisten Flugblätter, machten einen Infostand und zogen dann in einem Demonstrationszug zur NPD-Kundgebung, um sie mit Trillerpfeifen und Sprechchören zu stören. Anschließend gab es noch eine antifaschistische Abschlußkundgebung.

Die Stadt Celle nutzte die Gelegenheit, um in Celle eine kleine Bürgerkriegsübung durchzuführen, mit Polizeihubschrauber, zwei Hundertschaften Polizei und Scharen von Zivilbullen. Hingegen hatten zwei Antifaschisten, die auf dem Weg zum Infostand von Nazis mit Tränengas überfallen wurden, alle Mühe, von der Polizei die Feststellung der Personalien der Nazis zu verlangen; sie mußten erstmal ihre eigenen vorzeigen.

Zu dieser Aktion konnte es kommen (in dieser Weise die erste in Celle), weil die Celler Antifagruppe sich rechtzeitig bemüht hatte, mit anderen Organisationen und Gruppen eine gemeinsame Aktion zu planen. Von der Antifagruppe, Mitgliedern der Schülerzeitung „Zündschnur", der Frauengruppe und dem KB wurde ein gemeinsames Flugblatt und die Aktion vorbereitet, und durchgeführt. Sogar die VVN unterstützte die Aktion und stellte einen Verbotsantrag gegen die Nazi-Kundgebung.

Die SPD schlug – auf eine gemeinsame Aktion angesprochen – ihr Erfolgskonzept von vor 1933 vor: Gar nichts zu tun, um die Nazis nicht „aufzuwerten".

• • •

Junger Antifaschist verurteilt

Münster: Anfang November 1977 wollte die JN in Münster einen „Informationsstand" machen. Daraus wurde nichts, denn 10 jungen Antifaschisten zwangen die Nazis, ihren Stand abzubauen, indem sie um den Stand herumtanzten, rhytmisch klatschten, Parolen gegen die Faschisten riefen und sangen.

14 Tage später fand dann eine Kundgebung der JN statt. In ihrem Aufrufflugblatt dazu nannten sie die Antifaschisten einen „kommunistischen Schlägertrupp", „Schleyer-Mörder" usw. Der Lambertibrunnen, wo die Nazi-Kundgebung stattfand, war mit Polizei und Zivilbullen umstellt, die die Nazis schützen sollten. Ohne die Bullen hätten die Nazis keine Chance gehabt, denn 150 Antifaschisten waren gekommen, denen es gelang, durch Sprechchöre, Trillerpfeifen und Werfen von faulen Apfelsinen den Nazi-Auftritt zu behindern. Ein junger Antifaschist wurde festgenommen, weil er angeblich eine Apfelsine geworfen hatte. Bei der Festnahme wurde er brutal traktiert (Arme auf den Rücken gedreht, geschlagen).

In der ersten Märzwoche kam es zum Prozeß vor dem Amtsgericht Münster. 20 Jugendliche, die im Zuhörerraum saßen, waren über den Zynismus des Richters während des Prozesses empört. Wegen Zwischenrufen und Beifall für das gute Plädoyer des Anwalts wäre der Saal beinahe geräumt worden.

Der Antifaschist wurde zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt (der Staatsanwalt hatte 350 DM gefordert).

Ein antifaschistischer Schülerarbeitskreis hat mit Wandzeitungen zu einer Spendensammlung für den verknackten Genossen aufgerufen, um die Prozeßkosten und die Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren.

KB/Sympathisanten Münster

Faschisten vor Gericht

Faschisten vor Gericht

Auf einem Flugblatt des Frankfurter Naziführers Schönborn wurden Nürnberger Demokraten und Antifaschisten als „linksextreme Kriminelle" und „zionistische Terroristen" bezeichnet. Ein Nürnberger Rechtsanwalt stellte Strafanzeige gegen Schönborn wegen Beleidigung und übler Nachrede. Aus Frankfurt bekam der Anzeige-Erstatter den Bescheid, daß *„von der Erhebung der öffentlichen Klage abgesehen wird."* Zur Begründung wird ausgeführt: *„Der Beschuldigte ist am 4.12.76 vom Schöffengericht Frankfurt/Main (Az.: 4LS32/76) zu 6 Monaten Freiheitsstrafe (Bewährung) verurteilt worden. Neben dieser Strafe fällt die Strafe, zu der die Verfolgung in diesem Verfahren führen kann, nicht ins Gewicht".* Der Rechtsanwalt hat dagegen Beschwerde eingelegt. (nach „ED", 21.3.78)

• • •

Ein Installateur aus Gunzenhausen in Mittelfranken hatte Kupferreliefs mit dem Bild Adolf Hitlers und Nazi-Embleme vertrieben.

Zunächst war dem Mann ein Strafbefehl über 600 DM zugegangen; gegen diesen legte er Einspruch ein. Er machte vor dem Amtsgericht in Neumarkt geltend, daß er aus rein finanziellen Gründen gehandelt habe. Daraufhin wurde die Geldstrafe auf 150 DM herabgesetzt. Die Bilder hatten bei einer Ausstellung in Gunzenhausen Aufsehen erregt und waren von der Polizei beschlagnahmt worden (SZ, 27.3.78).

FRANK WALUS ist von fünf Zeugen als ehemaliger Gestapo-Mann wiedererkannt worden. Er hat sich vor einem Gericht in Chicago zu verantworten. Der 55 Jahre alte Walus, der 1970 die amerikanische Staatsbürgerschaft erlangte, wird beschuldigt, den Einwanderungsbehörden falsche Angaben über sein Vorleben gemacht zu haben. Im Fall einer Verurteilung droht ihm die Ausweisung aus den USA. Eine aus Polen stammende und jetzt in den USA lebende Krankenschwester berichtete als Zeugin, sie habe 1943 in Kielce gesehen, wie Walus etwa ein Dutzend jüdische Kinder im Alter von fünf bis neun Jahren den Eltern entriß. Die Kinder seien dann in ein benachbartes Haus gebracht und dort erschossen worden (SZ, 28.3.).

Neuer Antrag auf Einstweilige Verfügung von Ziesel gegen ARBEITERKAMPF

Mit einem weiteren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung vom 16.3.78 hat sich Kurt Ziesel, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der rechtslastigen „Deutschland-Stiftung", erneut beim AK gemeldet. (siehe auch AK 124, 125)

Im Schreiben von Ziesels Rechtsanwalt Ossmann (übrigens kein unbeschriebenes Blatt für Münchens Linke, was derartige Prozesse angeht) wird – bezogen auf den AK 123 vom 20.2.78, S.29 – gefordert, uns zu verbieten, *„wörtlich oder sinngemäß zu behaupten bzw. zu verbreiten:*
1. Der Antragsteller (Ziesel – Anm. AK) *sei von 1931 bis 1933 Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der 'Deutsch-Österreichischen Tageszeitung' gewesen,*
2. der Antragsteller habe wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich flüchten müssen,
3. der Antragsteller habe sich als Chefredakteur des Hamburger 'Hanseatendienstes' durch die Denunziation jüdischer Mitbürger hervorgetan.
4. der Antragsteller sei Gründungsmitglied der Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GfP) gewesen, in Verbindung mit der weiteren Behauptung, Mitbegründer seien ferner der rechtsradikale Verleger Kurt Vowinkel, der leitende Redakteur der 'Deutschen Nationalzeitung' Karl Mages, der Redakteur der Deutschen Wochenzeitung, Dr.Peter Kleist sowie Helmut Sündermann, ehemaliger Reichspressechef der NSDAP gewesen". (Antrag, Seite 6)

Wie schon im ersten, noch laufenden Verfahren führt Ziesel als "Beweis" lediglich eigene Eidesstattliche Erklärungen an, bzw. in einem Fall auch die Eid.Erklärung eines Gesinnungsgenossen. Bei seinen von Ziesel bestrittenen Angaben stützte sich der AK auf die Zeitschrift „dokumentation der zeit" 12/1970 (Berlin/DDR) und den „PDA-Interndienst", Vorläufer des heutigen „PDI-Hintergrunddienstes".

Vielleicht wird sich Ziesel vor Gericht auch zu dem uns von einem aufmerksamen Antifaschisten zugeschickten Dokument („Das freie Forum", Zeitung der GfP, siehe AK 124, Seite 3) äußern, das ja in Widerspruch zu verschiedenen beeideten Behauptungen Ziesels steht.

Der Antrag auf Erlaß der Einstweiligen Verfügung soll, ginge es nach Ossmann/Ziesel, wieder in München verhandelt werden. Wie schon bei vielen ihrer Verfahren zieht es die Herren zum Landgericht München I, 9.Zivilkammer; anscheinend meinen sie, dort 150%ig sicher zu sein, im Vorsitzenden Richter Prof.Dr.Putzo einen Garanten für einen „fairen Prozeß" vorzufinden.

Für Ossmann/Ziesel geht jedoch nicht immer alles nach Wunsch. Zwar folgte das Gericht dem Antrag, die Ladungsfrist für die mündliche Verhandlung auf fünf Tage abzukürzen. Auf Antrag unseres Rechtsanwaltes wurde die Verhandlung jedoch vom 29.3.78 um eine Woche verschoben.

Auch zum Gerichtsstand München ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Aktivitäten

Der Stadtrat von Nassau (Lahn) hat gegen die Stimmen der SPD ein Treffen der SS-Organisation HIAG zu Pfingsten genehmigt. Gleichzeitig forderte der CDU-Abgeordnete H.J. Stampf sogar Polizeischutz für das Treffen der Faschisten. Der stellvertretende Vorsitzende des Juso-Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau hat ein Verbot des Treffens gefordert. Mehrere SPD-Abgeordnete aus Bonn erwägen, an einer geplanten Gegendemonstration teilzunehmen. (Nach „ED", 14.3. und 21.3.78)

• • •

Wie die „Ostfriesen-Zeitung" vom 29.3. berichtete, haben „unbekannte Täter" in den letzten Wochen jüdische Friedhöfe in Norden und in Leer in erheblichem Maße zerstört. Bei diesem Vorfall kam dann auch heraus, daß die Nazis – zumindest in Norden – schon öfter den jüdischen Friedhof demoliert haben. Der letzte größere Fall passierte am 20. April 77. (KB Emden).

• • •

Am 31.3. hatte die NPD einen Infostand im Altonaer Einkaufszentrum (Hamburg). Etwa 12 Jungfaschisten (2 davon mit Tarnjacken und Barrett, die anderen schwarz gekleidet) und ein älterer Nazi verteilten das NPD-Wahlprogramm für Hamburg („Erhaltung unseres Volkstums", „Sofortige Rückführung von illegalen Ausländern", „Kampf der Überfremdung" usw.).

Einer der umstehenden Antifaschisten begann, die NPD-Faschisten zu fotografieren. Sofort stürzten sich einige von ihnen auf ihn. Es gab eine kurze Schlägerei, in deren Verlauf ein Jungnazi die Kamera packte, zu Boden warf und mit dem Fuß zerstampfte.

Die Polizei (mehrere Wagen) schaute ruhig zu.



Grabschändungen auf dem jüdischen Friedhof in Norden

• • •

In einer kostenlos verteilten Sonderausgabe der „Oltreconfine" (Organ der italienischen Neofaschisten) kündigt die MSI-DN ein Aktionsbündnis mit den spanischen Francofaschisten an. *„Das ist der Kristallisationskern, um den sich weitere gesinnungsverwandte Kräfte gruppieren sollen - und auch werden"*, heißt es in dem Sonderblatt. Der MSI-Führer Almirante hat auch schon zu französischen Faschisten Kontakte geknüpft. Die Tatsache, daß die Sonderausgaben zweisprachig in der BRD auftauchten, läßt darauf schließen, das bestehende Kontakte zu den BRD-Faschisten ausgebaut werden sollen. (nach „ED", 21.3.78)

• • •

Am 23. April will die internationale Faschistenzentrale „Europäische Neu-Ordnung" (ENO) am Sitz ihres Chefs, G. Amaudruz, in Lausanne einen „Internationalen Kongreß" abhalten. Bekannt ist, daß der Führer der britischen Faschistengruppierung „British Movement" dort sein wird (Mc Laughlin). Die BM ist es, zu der in den letzten Monaten auch Nazi-Roeder mehrfach Kontakte unterhielt. Der weitere Teilnehmerkreis dürfte entsprechend sein: Seit Jahren hat Schönborn Kontakt zur ENO, neuerdings ebenfalls Christophersen. Als BRD-Gruppierungen mit ENO-Verbindungen sind außerdem die Hamburger „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft" (Ludendorffer-Rassisten) und die „Volkssozialisten" um Werner Kosbab besonders hervorgetreten.

Bewaffnete Nazi-Banden in der BRD — das hat Tradition! —

Die in der bürgerlichen Presse geradezu sensationell aufgemachte Aufdeckung der „Hansa"-Bande als kriminelle, bewaffnete Vereinigung erweckt – wieder einmal – den Anschein, als sei eine solche Nazi-Bande etwas total Außergewöhnliches. Eine Verirrung *„jugendlicher Polit-Rocker"* (Hamburgs Innensenator Staack) im ansonsten von „Rechtsextremen" nicht bedrohten demokratischen Gemeinwesen. . . Tatsache ist, daß es seit Jahr und Tag in der Bundesrepublik (und gerade seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre) terroristische Nazi-Gruppen gibt, die es schon immer verstanden haben, sich Waffen zu beschaffen und die auch nicht davor zurückgeschreckt sind, diese Waffen zu gebrauchen. Auch die Verquickung von Nazi-Verbrechertum und „gewöhnlicher" Kriminalität (Bankraub usw.) ist keineswegs neu.

Wenn überhaupt, so sind diese Nazi-Kriminellen durchweg mit der allergrößten staatlichen Milde „verfolgt" worden. Die folgende Liste ist zweifellos unvollständig.

„Europäische Befreiungsfront"

Im Nov./Dez. 69 wurde die „Europäische Befreiungsfront" vor allem aus ehemaligen Mitgliedern des NPD-„Ordnerdienstes" unter Anleitung des VS-Agenten (!) Krahberg gegründet. Geplant waren Anschläge und Überfälle u.a. auf Politiker und Journalisten sowie Schiessereien an der DDR-Grenze. Beim Brandt-Stoph-Treffen 1970 in Kassel wollten sie die Stromversorgung lahmlegen. Einen Tag vorher wurden sie „ausgehoben". Dabei fanden sich: 15 Pistolen, drei Trommelrevolver, drei Kleinkalibergewehre, eine Jagdflinte, zwei Karabiner, ein Sturmgewehr, eine Maschinenpistole, 1000 Schuß Munition!

Im Prozeß 1972 wurden von den 30 Mitgliedern nur fünf zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr „auf Bewährung" (!) und Geldbußen an das Rote Kreuz verurteilt (Inform. nach „Welt", 12.7.72; „SZ" und „FAZ", 19.7.72).

„Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"

1970 gründete Roland Tabbert in Hanau die „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung", deren Schwerpunkt in Westberlin lag.

Am 16.6.71 veranstalteten einige Mitglieder ein „Probeschießen" an der DDR-Grenze: Mit zwei Kleinkalibergewehren und einer Leuchtgeschoßpistole machten sie Zielschiessen auf Wachtürme in der DDR.

Zum 13.8.71 (Tag des „Mauerbaus") waren dann größere Sachen geplant: Sprengstoffanschläge auf die SEW-Zentrale, das SEW-Druckhaus, ein sowjetisches Reisebüro, Zielschüsse auf DDR-Grenzsoldaten und ein Handgranaten-Überfall auf einen DDR-Wachturm.

Am 12.8.71 fanden Hausdurchsuchungen statt. Dabei wurden u.a. gefunden: Eine Maschinenpistole, ein Colt, Pistolen, Gewehre, 2.400 Schuß Munition. Ein Prozeß



Hoffmanns „Wehrsportgruppe" im Manöver

deswegen ist unbekannt (nach: „Publik", 25.12.70; „Spiegel", 34/71; „Pardon", 1/72).

Nazibande in Köln/Düsseldorf

Im Februar 71 stieß die Polizei auf eine weitere Nazibande im Raum Köln/Düsseldorf. Bernd Hengst und Rüdiger Krauß hatten sich etwa 15 Leute, vor allem aus dem NPD-„Ordnerdienst", zusammengeholt. Geplant waren Überfälle auf Banken und Munitionsdepots, Anschläge auf die Bundesbahn und die Bonner SPD-Baracke.

Bei Hausdurchsuchungen fand die Polizei 17 Gewehre und Karabiner, neun Pistolen, mehrere Bajonette, Stilette, größere Mengen Munition. Zwei Monate später wurden erneut Durchsuchungen vorgenommen. Diesmal kamen ein Kleinkalibergewehr, eine Pistole sowie weitere Munition zum Vorschein.

Prozeß unbekannt (nach „Spiegel", 22.2.71; „FR", 16.2.71; „SZ", 2.4.71).

„NS-Kampfgruppe Großdeutschland"

Im Februar 72 gründete Manfred Knauber die „NS-Kampfgruppe Großdeutschland". Diese Gruppe hatte direkten Kontakt zur „NSDAP/AO" von G. Rex Lauck in den USA. Im Oktober 72 wurde die Bande „ausgehoben". Dabei fanden sich: Fast 2.000 Schuß Munition, Eierhandgranaten, Pistolen, ein Karabiner. Der Prozeß im Januar endete mit milden Bestrafungen. Die Haftstrafen waren durch die U-Haft schon abgesessen, alle drei verließen frei den Gerichtssaal.

Erst kürzlich berichtete die „tat", daß eine „Wehrwolfgruppe in der NS-Kampfgruppe Großdeutschland der NSDAP/AO" einen Hetzbrief nach Israel schickte (nach: „FAZ" 23.1.76; „tat" 3.3.78).

„NSDAP"–Gruppe Neumann/Wegner/Ollmann/Müller

1974 suchte sich Hans-Jürgen Neumann Mitstreiter für ein „4. Reich". Gemeinsam mit Willi Wegner, Ralf Ollmann und Harald Müller (von der „NS-Kampfgruppe Mainz") beschmierte er in Mainz und Göttingen die jüdischen Friedhöfe mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen. Dann legten sie einen Brandsatz in einen Göttinger Politischen Buchladen. Geplant war auch die Entführung von Simon Wiesenthal (Leiter des „Jüdischen Dokumentationszentrums" in Wien). Im April 74 wurden sie jedoch festgenommen. Inzwischen hatte die Bande bereits drei Waffenlager angelegt:

- Mainz: Drei Gewehre, zwei Gas- und Schreckschußpistolen, 2.600 Schuß Munition, acht Dolche, ein chemisches Labor.
- Soltau: Zwei Gewehre, zwei Pistolen, zwei Schießkugelschreiber und Funkgeräte.
- Im Harz: Acht MP's, die Wegner aus einer Zollbaracke gestohlen hatte. Der Prozeß fand erst im November 76 statt, da Neumann

völlig untergetaucht war, und Wegner, der sich in Hamburg unter falschem Namen versteckt hielt, wiedergefunden werden mußte. Wegner erhielt 39 Monate Gefängnis, Ollmann 21, er allerdings „auf Bewährung". Er bedankte sich, in dem er jetzt bei der „NSDAP"-Westberlin mitmacht.

„NS-Kampfgruppe Mainz"

In Mainz ist seit 1969 eine etwa 13köpfige Bande um die Familie Müller tätig. Ihre Hauptaktivität liegt im Schmieren und Kleben von Hakenkreuzen und NS-Parolen und dem Bedrohen vor allem jüdischer Bewohner. Ein Anschlag auf einen linken Buchladen konnte gerade noch von der Polizei verhindert werden. Im Februar 76 schlugen sie zwei Antifaschisten auf offener Straße zusammen. Die 1974 bei ihnen gefundenen Waffen erhielten sie zurück: Die Müllers besitzen einen Waffenschein!

Bisher führte keiner ihrer Prozesse zu einer Haftstrafe („Konkret", 4/77; „FAZ", 2.4.76).

„NSDAP"-Westberlin

In Westberlin gibt es etwa seit Ende 73 eine „NSDAP". Im November 76 berichtete die Presse relativ breit über die Verhinderung einer „Gründungsversammlung". Bei dieser Gelegenheit wurden 13 Personen festgenommen. In ihrem Besitz befanden sich Hieb- und Stichwaffen, eine Maschinenpistole und eine geladene Pistole. Der Großteil wurde sofort wieder auf freien Fuß gesetzt und inszenierte u.a. eine Schlägerei im Gerichtssaal während des Prozesses gegen den Nazi-Attentäter Ekkehard Weil im Januar 78.

Im Februar 78 wurden erneut 16 Personen bei einer „NSDAP"-Versammlung festgenommen und sofort wieder freigelassen („tat", 7.10.77; „Welt", 8.11.76 u. 20.2.78; „FR", 24.1.78).

Bankraub für Heß-Befreiung

Im Dezember '75 standen zwei Faschisten in München vor Gericht. Sie hatten im Juli eine Bank überfallen und 36.000 DM erbeutet. Weitere Überfälle waren geplant. Das Geld sollte für eine gewaltsame Befreiungsaktion von Rudolf Heß verwendet werden. Einer der beiden wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, das Urteil gegen den anderen ist unbekannt (AK 72).

„Freikorps Adolf Hitler"

Im Januar 78 erschien folgende kleine Meldung in der Presse: Ein „Freikorps Adolf Hitler" und ein „Freikorps Saudi-Arabien" werden von der Bundesanwaltschaft verdächtigt, eine Bank in Günderroth bei Gummersbach überfallen zu haben. Außerdem sollen sie den Versuch gemacht haben, Waffen und Munition aus dem Nahen Osten in die BRD (für weitere Überfälle) zu schmuggeln („SZ", 7./8. Jan. 78).

„Wehrsportgruppe Hoffmann"

Nicht vergessen sollte man die jahrelangen, ungeahndeten paramilitärischen Aktivitäten von Karl-Heinz Hoffmann, dessen „Wehrsportgruppe" anscheinend auch mit den Verbrechern der „Hansa"-Bande in Zusammenhang steht.

1956: Bei einer Hausdurchsuchung wird bei H. diverses Schießgerät beschlagnahmt („Stern", 28.2.74). 1963: H. wird in der Türkei als Waffenschmuggler verhaftet („Stern", 28.2.74). 1973: H. erhält eine Waffenbesitzkarte von der Stadt Nürnberg, die ihm Ende 74 wieder entzogen wird. Seit 1973 baut H. seine „Wehrsportgruppe" auf und beginnt mit regelmäßigen Kampfübungen.

Auch Hoffmann hat bisher noch nicht für längere Zeit im Knast gesessen.

»Rache!«...NPD offen auf SA-Kurs

»Wir kommen wieder! Am 15. April treten wir erneut dem linken Mob entgegen« - so drohte die NPD/JN in einem Flugblatt, knapp eine Woche, nachdem die Göttinger Antifaschisten deren Kundgebung am 11.2. verhindert hatten. - Und weiter: *»Wir Nationaldemokraten werden wieder und wieder für unsere Überzeugung auf den Marktplatz gehen - und keiner wird uns dabei aufhalten können!«.*

Bedenkt man, daß die Auftritte der NPD/JN in Niedersachsen im wesentlichen von herumreisenden Schlägertrupps bestritten werden, wird klar, daß es sich hier nicht um einige allgemeine Bekenntnisse zum Weitermachen handelt, sondern daß dies die ganz konkrete Aufforderung an die Nazi-Aktivisten ist, in Göttingen »Rache« zu nehmen...

Mit diesem Aufruf bekennt sich die NPD offen zu einer Politik, von der sie sich bislang noch vorsichtig distanziert hatte. Hier werden offensichtlich erste Konsequenzen einer NPD-internen »Lagebeurteilung« sichtbar, die das Bundesinnenministrium vor kurzem in einem Artikel über die NPD zitiert - wie üblich unter dem beschönigenden Titel »Der Niedergang der NPD«.

In dieser »Lagebeurteilung« des Bundesvorstandes der NPD heißt es, daß in der *»biologischen* (!), *geistigen und seelischen Not in Deutschland«* die Zeit *»für eine geistige Erneuerung noch nie so günstig«* gewesen sei (»FR«, 21.3.). Günstig für die NPD allerdings nur, wenn sie sich »umorientiere« von einer *»Partei der NPD-Wähler«* zu einer *»Kaderpartei und Kampfgemeinschaft«*. Im Zentrum dieser Bemühungen müsse der »Auf- und Ausbau« der NPD-Jugendorganisation JN stehen - und die ist ja bekanntermaßen »legaler« Organisator der Schlägereinsätze der »NSDAP«-Gruppen; sie ist mit diesen nicht nur verfilzt, sondern des öfteren sind die entsprechenden Ortsgruppen nahezu identisch.

Wesentliches Kennzeichen dieser Politik ist es, daß jedes Anzeichen von Schwäche oder Zurückweichen der Antifaschisten die Nazis nur zum nächsten Schritt, zur nächstgrößeren Provokation ermuntert.

So gab es in Göttingen diesmal - im Gegensatz zum 11.2. - von seiten der VVN und Jusos sehr frühzeitig eine Initiative, deren Hauptanliegen es war, die »Chaoten« rauszuhalten und um jeden Preis militanten Auseinandersetzungen mit den Nazis aus dem Weg zu gehen.

Aus dieser Ecke kam auch der Vorschlag, weitab von der Faschisten-Kundgebung eine »Gegenkundgebung« vor dem Gewerkschaftshaus abzuhalten. Daraufhin *»beantragte die NPD zusätzlich einen Demonstrationszug durch die Innenstadt, an dessen Weg auch das DGB-Haus liegen soll«* («Göttinger Tageblatt«, 23.3.).

Auch wenn dieser Antrag abgelehnt wurde, deutet sich doch schon an, wohin langfristig die Politik des Ausweichens und des Rückzugs vor den Nazi-Banden führen wird.

Vorbild .....

»Ich habe gleich zu Beginn unserer großen Versammlungstätigkeit die Organisation eines Saalschutzes eingeleitet...,der grundsätzlich lauter junge Burschen umfaßte. ... Sie waren durchdrungen von der Lehre, daß, wenn einmal die Vernunft schweige und die Gewalt die letzte Entscheidung habe, die beste Waffe der Verteidigung im Angriff liege, und daß unserer Ordnertruppe der Ruf schon vorangehen müsse, kein Debattierclub, sondern eine zum äußersten entschlossene Kampfgemeinschaft zu sein...«(Hitler, »Mein Kampf«, S. 549f).

»Wie haben mich die Augen meiner Jungen damals oft angeleuchtet, wenn ich ihnen die Notwendigkeit ihrer Mission auseinandersetzte, ihnen immer und immer wieder versicherte, daß alle Weisheit auf dieser Erde erfolglos bleibt, wenn nicht die Kraft in ihre Dienste tritt...« (ebda., S. 550).

»Die nationalsozialistische Bewegung hat damals zum ersten Male ihre Entschlossenheit gezeigt, künftighin auch für sich das Recht auf die Straße in Anspruch zu nehmen und damit dieses Monopol den internationalen Volksverrätern und Vaterlandsfeinden aus der Hand zu winden« (ebenda, S. 613).

Nachahmer 1978

»Man muß den jungen Idealisten, von denen einige erstmals im Einsatz standen und deren Mehrzahl unter 18 Jahren waren, bescheinigen, daß sie in bewundernswürdiger Haltung den Überfall bestanden und durch ihre Tapferkeit und mannhafte Gegenwehr beim Göttinger Bürger große Anerkennung fanden«.

»Der 11. Februar war für uns keine Niederlage. Die Entlarvung sowohl des roten Terrorismus wie der erbärmlichen Feigheit der Hüter der öffentlichen Ordnung und ihrer parteipolitischen Hintermänner wird dazu beitragen, daß der Bürger begreift, daß nur die Nationaldemokratie seine Interessen wahren kann. Das Erlebnis der gemeinsamen Gefahr hat außerdem die jungen Kameraden in ihrem Zusammenhalt weiter bestärkt. Es ist nicht das letzte Wort gesprochen, wer auf die Dauer in Göttingen die Straße behaupten wird«.(Hans Michael Fiedler, NPD-Ideologe, in »Deutsche Stimme« 3/78).



Bei der NPD-Kundgebung am 11.2. Göttingen: JN-Funktionär Adolf Damman, mit einem Eisenrohr bewaffnet.

Nazi-Banden werden vom Staat gedeckt

Ende März war in der Tagespresse Erstaunliches zu lesen: Bei der Fahndung nach Waffenräubern sei die Polizei *»auf eine rechtsradikale Vereinigung gestoßen«*, die auch weitere Verbrechen begangen oder geplant habe. Die Bande sei *»in Hamburg, Schleswig-Holstein, im Raum Köln und Nürnberg tätig gewesen«*. Es seien *»bisher fünf mutmaßliche Mitglieder der Gruppe inhaftiert«* worden, mit 15 bis 20 weiteren Festnahmen sei nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Lüneburg, die mit dem Fall befaßt ist, *»in den nächsten Tagen«* zu rechnen (Zitate: »FR«, 28.3.).

Bisher wird dieser Bande zur Last gelegt:

— Ein Überfall auf einen Kölner Geschäftsmann; 65.000 DM Beute.
— Ein Überfall auf ein niederländisches Wachkommando auf dem Nato-Übungsplatz Bergen-Hohne am 5.2.78; Beute: u.a. vier Maschinenpistolen. In der damaligen Berichterstattung war dieser Überfall als eine Aktion der »RAF« dargestellt worden.
— Ein bewaffneter Banküberfall am 19.12.77 in Hamburg-Bergstedt; Beute: 60.000 Mark.

Ganz offensichtlich ist dies nur die Spitze des Eisbergs. Nach Angaben des ermittelnden Staatsanwalts Reifenberg treffen bei ihm laufend Ermittlungsakten über ähnliche, bisher ungeklärte Straftaten ähnlichen Ausmaßes ein — insbesondere auf Bundeswehreinrichtungen. Die Bande soll auch die gewaltsame Befreiung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß geplant haben. Die Bande soll sich als »Wehrsportgruppe« des öfteren in der Lüneburger Heide getroffen haben, um dort militärische Übungen zu machen und Zielschießen zu drillen.

Die Berichterstattung der bürgerlichen Medien über diese Vorgänge ist in Inhalt und Aufmachung mehr als bescheiden. In sämtlichen Berichten fehlte jeder Hinweis auf die Namen der Inhaftierten sowie nähere Angaben zu der »rechtsradikalen Vereinigung«.

Wären die Verhafteten L i n k e gewesen, so wären die Meldungen mit

gung«.

Wären die Verhafteten L i n k e gewesen, so wären die Meldungen mit

Sicherheit auf allen Titelseiten plaziert worden, es hätte Fotos und Namen gegeben, es hätte detaillierte Angaben über die betreffende Gruppe gegeben, ... und es wären sicher auch gleich alle möglichen Spekulationen über weitere »Sympathisanten« angestellt worden. Da es aber »nur« Rechte sind, hüllen sich Justiz und Polizei in Schweigen. **Offenbar soll die Existenz bewaffneter Nazi-Banden möglichst wenig ins öffentliche Bewußtsein dringen. Zudem bereitet die jetzige staatliche Verdunkelungs-Taktik um diese Banden schon milde Urteile oder Freisprüche gegen die Nazi-Verbrecher vor. Beispiele dafür hat es in den letzten 10 Jahren eine ganze Reihe gegeben.**

Wir ermitteln selbst!

Zum Glück sind Antifaschisten heute nicht nur auf die fragwürdigen „Ermittlungen" der Polizei angewiesen, sondern sie ermitteln s e l b s t.

Daher läßt sich zum Hintergrund dieser Geschichte bisher folgendes sagen:

Anfang März wurde in der Tagespresse gemeldet, daß der Rechtsradikale Lutz W. am 28.2.78 verhaftet worden sei — wegen des Verdachts, am 19.12.77 in Hamburg zusammen mit einem Komplizen eine Bank überfallen zu haben. Lutz W. heißt — was in der bürgerlichen Presse verschwiegen wurde — mit vollem Namen Lutz Wegener. Er galt als »Stellvertreter« des Chefs der »Hansa«-Bande, Michael Kühnen. Wegener trat außerdem als offizieller Sprecher der ANS auf. Unter diesem Tarnnamen will sich die »Hansa«-Bande an den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Juni beteiligen. Zusammen mit Kühnen war Wegener bereits einmal am 1.9.77 von Zivilfahndern der Polizei festgenommen worden, als die beiden gerade Hakenkreuze in Schaufensterscheiben ritzten. Auffällig ist, daß diese — verglichen mit den jetzigen Vorwürfen — relativ geringfügige Sache in der Tagespresse damals ganz groß aufgemacht wurde — man sah Fotos, auf denen Wegener und Kühnen in Handschellen abgeführt wurden, allerdings waren die Namen auch damals nur abgekürzt und zudem einheitlich in der gesamten Presse vertauscht worden. Auch der ARBEITERKAMPF saß dieser wahrscheinlich von der Pressestelle des Hamburger Senats ausgehenden Fehlinformation zunächst auf, bevor wir dann durch eigene Ermittlungen erfuhren, um wen es sich handelt.

Die damalige großaufgemachte Festnahme von Kühnen und Wegener — sowie in derselben Nacht eines dritten Parolen-Schmierers, Tibor Schwarz — hatte allzu offensichtlich die alleinige Funktion, die demokratische und jüdische Öffentlichkeit nach einer Welle von Nazi-Schmierereien und Grabschändungen in Hamburg zu beruhigen und polizeiliche Aktivität vorzutäuschen. So las man auch wie bestellt in der Tagespresse, der Polizei sei mit der Festnahme der drei *»ein entscheidender Schlag gegen die Hamburger Neo-Nazis«* gelungen (»Hamburger Morgenpost«, 2.9.77). *»Mit diesen Festnahmen dürften die Urheber ähnlicher Aktionen ... festgestellt sein«* (»Welt«, 2.9.77). Am besten traf Springers »Abendblatt« den vom Senat gewünschten beruhigenden Ton: *»Hakenkreuz-Schmierereien auf Schaufenstern, NS-Parolen an Haus-Fassaden, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen — in den vergangenen Monaten keine seltenen Entdeckungen in der Hansestadt. Seit gestern — so hofft die Polizei — ist dieser Spuk vorbei«* (»HA«, 2.9.77).

Der „Spuk" geht erst richtig los

Die traurige Wahrheit ist, daß Kühnen, Schwarz und Wegener umgehend wieder entlassen wurden. Sie selbst behaupten triumphierend in ihrem Nazi-Organ »Sturm«, die Verfahren gegen sie seien eingestellt worden. Jedenfalls: Der »Spuk« war natürlich keineswegs »vorbei«, sondern ging jetzt erst richtig los! Die »Hansa«-Bande trat immer offener auf. Während sie sich bis dahin vorwiegend in den Schlägertrupps der NPD bei deren Veranstaltungen betätigt hatte, organisierte sie nunmehr eine Folge eigener Veranstaltungen, die alle trotz vorherigem Verbot stattfinden konnten. Dies spielte sich so ab, daß Kühnen & Co. vor dem — verbotenen Versammlungslokal den

die alle trotz vorherigem Verbot stattfinden konnten. Dies spielte sich so ab, daß Kühnen & Co. vor dem — verbotenen Versammlungslokal den

neuen Versammlungsort mitteilten (die anwesenden Herren von der zivilen Polizei hörten solange höflich weg!) und dann dorthin zogen.

Zwischendurch fand es der Senat dann offenbar wieder einmal angebracht, Aktivität gegen das immer frechere Treiben der Nazi-Bande vorzutäuschen: Am 19.2.78 wurden Kühnen und zwölf weitere Nazis festgenommen, als sie an einem — ansonsten vom Senat pietätvoll gehüteten! — »Kriegerdenkmal« — aus der Nazi-Zeit (Aufschrift: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen«) eine Kundgebung abhalten wollten. Wie es sich so fügte: Ein Fernsehteam war gerade präsent und filmte fürs »NDR-Freitagsmagazin«, wie die Polizisten aus ihren Wagen stürmten und sportlich hinter den flüchtenden Jungnazis herjagten. Nahaufnahmen zeigten, wie die Nazis, unter ihnen Kühnen, in sicherem Polizeigriff abgeführt, dann an die Polizei-Autos gestellt und »nach Waffen abgesucht« wurden usw. Der nichtsahnende Zuschauer mußte annehmen, daß in Hamburg mit den Nazis so richtig hart umgesprungen wird und sie nicht zum Zuge kommen können ... Die Sendung wurde am Abend des 24.2.78 ausgestrahlt und am selben Tag ausdrücklich im Nachrichtenteil der »Morgenpost« angekündigt.

Polizei mit Knüppeln und Kötern für die Nazi-Gangster

Ein, zwei Tage später konnte man sich überzeugen, wie es mit der rauhen Wirklichkeit in Hamburg bestellt ist: Am 25.2.78 konnte die »Hansa«-Bande ein in Hamburg verbotenes Treffen nach Buchholz (Niedersachsen, bei Hamburg) verlegen, wo es ungestört ablief. Am 26.2.78 gab es dann die bisher stärkste Provokation des Hamburger Senats:
Ein von der „Hansa"-Bande und Thies Christophersens („Auschwitz-Lüge") organisiertes bundesweites Nazi-Treffen wurde nicht nur zugelassen, sondern von der Polizei massiv geschützt.

Da mehrere hundert Antifaschisten zur Stelle waren, die den brauen Haufen schnell auseinandergetrieben hätten, war es die Polizei, die immer wieder — teilweise mit Knüppeleinsatz und scharfen Hunden — den Nazis den Weg ins Versammlungslokal freimachte.

Nur einen Tag später, am 27.2.78, teilte Hamburgs Innensenator Staak mit, »Rechtsradikale« hätten sich möglicherweise Gelder durch Bankraub besorgt. Am 28.2.78 wurde die Verhaftung von Lutz Wegener bekannt. Erst später wurde bekannt, daß schon seit dem 23.2.78 ein weiterer Nazi in Haft sei — wegen des Verdachts, am 5.2.78 an einem bewaffneten Überfall auf ein NATO-Lager bei Bergen-Hohne (Beute: vier Maschinenpistolen) beteiligt gewesen zu sein. Inzwischen wird auch Lutz Wegener wegen dieses Waffenraubs verdächtigt.
Das heißt in der Schlußfolgerung ganz klar: dem Hamburger Senat war es am 26.2.78 voll bewußt, daß hier mit dem Risiko schwerer Verletzungen unter den antifaschistischen Gegendemonstranten eine Gangsterbande von der Polizei geschützt wurde.

Nebenbei: Verwickelt in den Waffenraub ist auch Uwe Rohwer, der jetzt auch zu den Inhaftierten gehören soll. Uwe Rohwer besitzt einen Bauernhof in Schleswig-Holstein, auf dem er regelmäßig paramilitärische Übungen mit angehörigen der »Wiking-Jugend« und anderen Jungnazis organisiert. Rohwer ist »Gauführer« der »Wiking-Jugend« Schleswig-Holstein. Sein Stellvertreter, Manfred Börm, wird beschuldigt, den Überfall auf ein Fernsehteam, das ein Lager der »Wiking-Jugend« filmen wollte, verübt zu haben (Sommer 76). Bei einer Hausdurchsuchung bei ihm waren daraufhin u.a. eine Maschinenpistole gefunden worden. Rohwer war am 26.2.78 beim Hamburger Nazi-Treffen dabei. Ebenfalls dabei war Hoffmann aus Nürnberg, der dort schon seit Jahren unter der Tarnbezeichnung »Wehrsportgruppe« eine bewaffnete Nazi-Bande unterhält.



Bullen prügeln Faschisten den Weg frei

Jahrelang hat sich der Staat unwillig gezeigt, diesem Gangster und seiner Bande das Handwerk zu legen. Unverständlicherweise wurden sogar mehrfach Gefängnisurteile gegen Hoffmann »zur Bewährung« ausgesetzt. W i e er sich »bewährt« hat, sieht man nun! Der Hinweis der Presse, die jetzt »entdeckte« rechtsradikale kriminelle Vereinigung sei auch in Nürnberg »tätig« gewesen, kann sich eigentlich nur auf die Hoffmann-Bande beziehen.

Alle Spuren führen zur NPD

Daß diese Zusammenhänge systematisch von der Polizei und Justiz verschwiegen werden, stellt in der Konsequenz eine direkte Hilfe für die Nazi-Gangster dar, weil damit derhindert wird, endlich volles Licht in das Geflecht der kriminellen Nazi-Szene zu bringen. Wir wissen inzwischen aus eigenen Ermittlungen, daß die »Hansa«-Bande mit Kadern u.a. auch den Aufbau ähnlicher, derzeit noch kleinerer, Banden in Hannover und Bremen unterstützt. Wir wissen ebenso, daß mehrere bekannte »Hansa«-Banditen am Bundeskongreß der NPD-Jugendorganisation JN in Osnabrück (September 77) teilgenommen haben, ebenso wie an einem Aufmarsch der NPD in Hamburg-Eimsbüttel am 29.10.77. NPD-Funktionär Timmermann leitete persönlich Schlägertrupps der »Hansa«-Bande, als diese am 23.7.77 in Hamburg mit Knüppeln auf antifaschistische Demonstranten losgingen.

Die Verbindungen der kriminellen Nazi-Szene zu ihrer legal getarnten Organisation und Zentrale, der NPD sind anscheinend auch das, was vom Staat vor allem zu bemänteln versucht wird. Denn gerade erst hat es der Staat soweit gebracht, daß die NPD in verschiedenen Urteilen als »nicht verfassungsfeindlich« eingestuft wurde, daß also der ungehinderte Zugang ihrer Mitglieder zum Öffentlichen Dienst nunmehr ganz legal praktiziert werden kann. Wie der Staat der NPD helfend unter die Arme greift, zeigt sich auch daran, daß dieser Nazi-Partei Schulden in Höhe von mehreren Hunderttausenden Mark (aus zuviel erhaltener »Wahlkampfkosten-Erstattung«) zinslos (!!) auf weitere Jahre gestundet worden sind. Das heißt: Die NPD ist pleite, nur der Kredit des Staates hält sie überhaupt noch am Leben!

Daß der Staat vor d i e s e m Hintergrund nicht das geringste Interesse hat, daß die Verbindungen der NPD/JN zur kriminellen Nazi-Szene aufgedeckt werden, ist schon verständlich.

Grünes Licht für Nazi-Propaganda

Es stellen sich weitere Fragen: Der Polizeibericht vom 1.9.77 zur Festnahme von Kühnen, Wegener und Schwarz behauptet, die drei Festnahmen seien *»nach wochenlangen gezielten Observationen unter erheblichem Kräfteeinsatz«* erfolgt. Springers »Welt« (2.9.77) übernahm diese Version und fügte hinzu: *»Die etwa 15 von der Polizei als ‚äußerst fanatisch' bezeichneten aktiven Mitglieder des Vereins werden — neben etwa 1.400 linksextremen Fanatikern — mit größter Aufmerksamkeit beobachtet«*. So »aufmerksam« jedenfalls, daß zumindest Wegener, neben Kühnen die bekannteste Figur der »Hansa«-Bande, anscheinend noch mindestens zwei bewaffnete Überfälle begehen konnte. Und während Hamburgs Innensenator Staak Ende März 1978 plötzlich vor einer *»neuen Welle des Rechtsextremismus«* warnt und laut darüber grübelt, *»ob nicht gewalttätig auftretende Gruppen bereits den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllten«* (»Hamburger Morgenpost«, 25.3.78), kann man anderswo lesen, die Polizei habe die jetzt »entdeckte« kriminelle Nazi-Bande schon *»im vergangenen Herbst als kriminell eingestuft«* (»Frankfurter Rundschau«, 28.3.78).

Im Polizeibericht vom 1.9.77 ist die Rede von einem *»Kreis fanatischer Rechtsextremisten«* um den »Freizeitverein Hansa«.
„Diese kleine, aber äußerst fanatische Gruppe gründete 1975 die ‚NSDAP-Gau Hamburg' und am 8. Mai 1977 den ‚SA-Sturm-Hamburg'. Beide NS-Nachfolgeorganisationen versuchen permanent, das NS-Gedankengut durch Schriften, Hakenkreuzplakatierung und Schmierereien, verbunden mit übelster Hetze gegen das jüdische Volk und demokratische Parteien, zu verbreiten".

Soweit der im Tonfall und in der Sache ganz erstaunliche Polizeibericht. Dieser Bericht enthält also reichlich Vorwürfe, um die »Hansa«-Bande als Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP und insgesamt als kriminelle Vereinigung zu betrachten und vor allem auch tatsächlich so zu behandeln. Es ist, wie wir wissen, trotz dieses Polizeiberichts und der dahinter zu vermutenden sonstigen »Erkenntnisse« von Politischer Polizei und VS monatelang n i c h t s unternommen worden, um der »Hansa«-Bande endlich das Handwerk zu legen! Dies bestätigt die Erfahrung, daß nazistische und antisemitische Propaganda, ja sogar Werbung für den Nazismus und die NSDAP, in der BRD in aller Regel nicht als Verbrechen bestraft und konsequent unterbunden werden. Es mußte anscheinend erst noch zu mehreren Fällen von bewaffnetem Raub kommen, bevor wenigstens ein paar der Gangster inhaftiert wurden. Daß es bei diesen Raubüberfällen keine Toten und Verletzten gab, ist jedenfalls nicht der Polizei zu verdanken.

Nazi-Gangster bei den Bürgerschaftswahlen?

Es ist sonnenklar, daß »Freizeitverein Hansa«, ANS etc. nur die legalen Aushängeschilder dieser kriminellen Bande sind. So erklärte »Hansa«-Chef Kühnen in einem Interview, daß sich die ANS-Mitglieder in einer Gruppe, ähnlich der »Wehrsportgurppe Hoffmann« paramilitärisch ausbilden würden.

— Ebenfalls Kühnen erklärte, daß nur einige Nazis öffentlich auftreten würden. Andere dagegen würden »andere Aufgaben wahrnehmen«. Zumindest Lutz Wegener hatte sich nach dem 26.11.77 tatsächlich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen — mit dem jetzt bekanntgewordenen Ergebnis.
— In diesem Zusammenhang interessant ist auch eine Anzeige in der illegalen Nazizeitung »Wille und Weg« Nr. 9/77 (die letzte erschiene Ausgabe dieser »Reichszeitung der NSDAP«; bald soll sie als »Völkischer Beobachter« wieder neu erscheinen), in der eine »Deutsche Wacht« um Spenden bittet: »Wir sind ein kleiner entschlossener Haufen junger Deutscher: die deutsche Wacht. Niemand wird je unseren Namen erfahren, solange noch einer von uns lebt ... Achtung! Verfolgen sie aufmerksam die Presse. Wir haben mit dem Kampf gegen Ausbeutung und Verrat unseres Volkes begonnen! ...«.

Selbst in dieser Situation aber bringt es der Hamburger Senat noch fertig, sich gaaanz dumm zu stellen und so zu tun, als seien die ANS und

Selbst in dieser Situation aber bringt es der Hamburger Senat noch fertig, sich gaaanz dumm zu stellen und so zu tun, als seien die ANS und

die aufgedeckte kriminelle »rechtsradikale Vereinigung« zwei völlig verschiedene Dinge — trotz der eindeutigen »Erkenntnisse« der Polizei und des VS (siehe Polizeibericht zum 1.9.77!!). In den »Husumer Nachrichten« vom 29.3. mußte man gar lesen: *»Wie der Hamburger Innensenator Werner Staak [SPD] mitteilte, wird zur Bürgerschaftswahl am 4.6. in Hamburg eine ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten' antreten«*. Auch die Aussagen der zuständigen Behörden lassen darauf schließen, daß man tatsächlich zu allen bisherigen pro-nazistischen Ungeheuerlichkeiten auch noch den Schlußakkord setzen will, indem man diese kriminelle Nazi-Bande unter ihrem Tarnnamen ANS zu den Wahlen zuläßt — falls sie die benötigten 500 Unterschriften zusammenkriegt! Und gleichzeitig bringt Staak es auch noch fertig, zynisch herumzuschwafeln: *»Nur eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und eine volle Ausschöpfung des Strafrahmens können verhindern, daß aus einzelnen Schwelbränden ein neonazistischer Flächenbrand wird«* (»Husumer Nachrichten«, 29.3.). Dabei wäre man doch in Hamburg schon froh, wenn der Senat aufhören würde, seine Polizei zum Schutz dieser Nazi-Gangster einzusetzen!

Es paßt ins Bild, daß von den »15 bis 20 weiteren Festnahmen«, die vom Staatsanwalt als angeblich unmittelbar bevorstehend angekündigt wurden, bis heute nichts mehr zu hören war. So kann diese Ankündigung auch nur als Mahnung an die Nazi-Gangster verstanden werden, ihre Wohnungen aufzuräumen und nötigenfalls ihre Koffer zu packen.

Do it yourself!

Schon jetzt ist klar, daß von Staats wegen die ganze Affäre so weit wie möglich vertuscht werden soll und daß der Prozeß (wenn's überhaupt einen gibt) in aller Stille und mit skandalös milden Urteilen erledigt werden soll. Umso nötiger ist's, jetzt die eigenständige antifaschistische Ermittlungs-Arbeit zu verstärken: Rüber mit a l l e n Informationen, Zeitungsmeldungen, Fotos, Auto-Nummern usw. zu den Nazi-Umtrieben!

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg und
AK-Redaktion**

Die VVN und der antifaschistische Kampf in Nürnberg

Die seit Juli 1977 bestehende Aktionseinheit (AE) gegen die „Wehrsportgruppe Hoffmann", in der sich 7 Organisationen zusammengeschlossen haben, hat nie für sich in Anspruch genommen, einen Zusammenschluß a l l e r Antifaschisten erreicht zu haben. Deshalb hat sie von Anfang an darauf orientiert, auch andere Organisationen und Gruppierungen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Mit dieser Absicht wurde in den letzten Monaten an die VVN herangetreten, die sich selbst als eine wichtige Kraft im antifaschistischen Kampf darstellt und auch von uns als solche eingeschätzt wird. Um so mehr ist es zu bedauern, daß es bis heute weder zu einer Zusammenarbeit noch zu einer vernünftigen Auseinandersetzung gekommen ist. Vorwürfe, die von der VVN gegen die Aktionseinheit erhoben werden, machen sich nicht an der konkreten antifaschistischen Arbeit der AE fest, sondern an angeblicher Gewerkschaftsfeindlichkeit und Verunglimpfung von ehemaligen Widerstandskämpfern durch Teile der AE.

Im Aktions- und Orientierungsprogramm der VVN liest sich dies folgendermaßen: „.... *Deren Aktivitäten richten sich durchaus nicht gegen rechts. Im Gegenteil, sie treiben objektiv der Reaktion die Hasen in die Küche. Das trifft sowohl auf die Anarchistengruppen, die mit Entführungen, Geiselnahmen und Bombenanschlägen die Grenze zur Kriminalität längst überschritten haben, als auch auf die Gruppierungen, die den Namen der alten KPD gestohlen haben und sich in der Öffentlichkeit als Kommunisten vorstellen, zu*". (Was wohl heißen soll, daß die VVN darüber befinden will, wer sich Kommunist nennen darf und wer nicht! – Anm. AK-Redaktion)

„*Wie diese Gruppen und Grüppchen auch alle heißen mögen, mit links, mit der Arbeiterbewegung hatten und haben sie nichts gemein. Sie sind alle nach den Rezepten des CIA und anderer obskurer Geheimdienste in der Retorte erzeugte Erscheinungen. Ihr Zweck und ihre Aufgaben bestehen darin, die Arbeiterbewegung als die entscheidende antifaschistische Kraft weiter aufzuspalten, sie unfähig zu machen, mit allen anderen demokratischen Kräften ein Bündnis gegen faschistische Bestrebungen, für Entspannung und friedliche Koexistenz zu schaffen. Ob die Anhänger dieser Gruppierungen es wollen oder nicht, sie sind objektiv Handlanger der schwärzesten Reaktion. In unseren Reihen haben sie nichts zu suchen und mit ihnen kann es keinerlei Gemeinsamkeiten geben*". Sprechen wir also von den Aktivitäten der Nürnberger AE, mit denen wir laut VVN „Handlangerdienste für die schwärzeste Reaktion" geleistet haben: Diese Aktivitäten haben sich im Wesentlichen auf vier größere Aktionen, die von der AE geplant und durchgeführt wurden, konzentriert:

1. Eine Kundgebung auf dem Nürnberger Hauptmarkt, die sich gegen die Durchführung eines „Auschwitz-Kongresses" in Nürnberg richtete, der dann aufgrund massiver Proteste verboten wurde; durch Anwesenheit der Antifaschisten am Tagungsort konnte dieses Verbot auch durchgesetzt werden.
2. Eine Kundgebung und Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung in Nürnberg.
3. Eine Kundgebung und Demonstration gegen die erste von Hoffmann öffentlich durchgeführte Veranstaltung.
4. Eine Veranstaltung zu Hoffmann und eine Anti-Hoffmann-Broschüre.

Trotz der Aufforderung an die VVN, sich an den genannten Aktionen zu beteiligen, konnte sich die VVN nicht zu einer Zusammenarbeit mit der AE entschließen.

Weniger Vorbehalte zeigte z.B. die Israelitische Kultusgemeinde, die sich anläßlich des „Auschwitz-Kongresses" mit Mitgliedern und einer Rede an der Kundgebung beteiligten.

An der Kundgebung gegen die NPD teilzunehmen, lehnte die VVN ebenfalls ab. Trotzdem folgten relativ viele Mitglieder dem Aufruf der AE und verteilten auf der Kundgebung ein „tat"-Extrablatt zu Hoffmann.

Während der Planung eines Hoffmann-Tribunals wurde erneut an die VVN herangetreten, um eine Zusammenarbeit zu erreichen. Geplant war eine Veranstaltung, auf der es zu einer öffentlichen Diskussion zwischen antifaschistischen Organisationen und Gruppen kommen sollte. Auf dem Podium sollten nach dem Vorschlag der AE Vertreter der AE, der VVN, SPD, des DGB und ausländische Gäste sitzen, um eine gemeinsames Vorgehen gegen Hoffmann zu diskutieren. Keine der angesprochenen Organisationen hielt es für angebracht, dieser Einladung zu folgen. Was bei dem anwesenden niederländischen Journalisten Martin van Amerogen auf ziemliches Unverständnis stieß. Er war sehr erstaunt, daß nicht einmal gegen so offen auftretende Faschisten eine Diskussion über gemeinsames Vorgehen möglich ist.

Auch in seinem ganzseitigen Artikel in der Wochenzeitschrift „Vrij Neederland", der unmittelbar nach der Veranstaltung erschien, ist er auf diesen Punkt noch einmal eingegangen.

Die AE hatte der VVN vor der Veranstaltung in mindestens vier Gesprächen, auch mit dem Vorstand, angeboten, einen Vertreter auf das Podium zu entsenden, um die Standpunkte der VVN zu vertreten. Dies wurde abgelehnt, da die Veranstaltung von der AE organisiert sei, mit der keine Zusammenarbeit bestehe. Statt gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften zu versuchen, ein breites antifaschistisches Bündnis in der Praxis herzustellen, verlegte sich die VVN in den letzten Monaten auf eine „Plattformdiskussion" als Voraussetzung jeder Zusammenarbeit. Mit einem Einladungsschreiben vom 27.9. an „die demokratischen Organisationen und Parteien in Nürnberg" zu einem Gespräch über die Prinzipien des antifaschistischen Kampfes, legte die VVN eine Plattform als Diskussionsgrundlage vor, die den Standpunkt der VVN zum antifaschistischen Kampf in der BRD darstellen sollte. Schon der papierene Anspruch, „d i e demokratischen und antifaschistischen Organisationen und Parteien Nürnbergs" einladen zu wollen, erwies sich in der Praxis als Farce: neben den der DKP nahestehenden Organisationen wurde die Einladung nur der DFG/VK und den Jusos zugeschickt; weder die Antifaschistische Aktionseinheit insgesamt, noch die anderen Organisationen wurden zu dem Gespräch eingeladen! Die AE beschloß, daß trotzdem alle an ihr beteiligten Organisationen (also auch die nicht eingeladenen "K-Gruppen") zu dem Termin erscheinen sollten, um die Diskussion aufzunehmen.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt, da sich die AE darüber einig war, daß die Stoßrichtung der Plattform von vornherein einige politische Richtungen von einer Zusammenarbeit ausschließen würde.

Tatsächlich legt die gesamte Plattform den Verdacht sehr nahe, daß es darum gehen sollte, „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" gegenüber bestimmten Organisationen durchzusetzen und damit auch die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit in der AE zu zerschlagen.

Zur Verdeutlichung hier einige Kostproben aus der Plattform: „*Die antifaschistischen Prinzipien und Postulate der Länderverfassungen und des Grundgesetzes bilden heute einen unverzichtbaren Rahmen und Ausgangspunkt der Einheit der antifaschistischen Kräfte. Das bedeutet für die antifaschistischen Kräfte in der BRD, sich für die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitsplatzsicherung, Mitbestimmung und gleichen Bildungschancen einzusetzen. Das bedeutet aber auch, dafür zu kämpfen, daß Notstandsgesetze und -verordnungen, Berufsverbote aufgehoben werden und die unveräußerlichen Grundrechte der Verfassung verwirklicht werden. Das Eintreten für Entspannung ist integraler Bestandteil des antifaschistischen Kampfes vor und nach 1933.... Wer die Prinzipien der friedlichen Koexistenz prinzipiell ablehnt, wer den Friedensbewegungen und anderen demokratischen Bewegungen antikommunistische Losungen aufzwingen will, wer Widerstandskämpfer, die heute führende Positionen in ihren Ländern bekleiden* (Sollte hiermit etwa Willy Brandt oder Herbert Wehner gemeint sein?! – Anm. d. Verf.) *diffamieren und verleumden möchte, wer mit scheinrevolutionären oder offen reaktionären Begründungen die Notwendigkeit oder Möglichkeit gemeinsamen Handelns von Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen und Christen negiert, der stellt sich selbst auf eine Plattform, auf der keine antifaschistische Einheit möglich ist... Plattformen, in denen diese Positionen des Antifaschismus, zum Beispiel die antifaschistischen Postulate im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verankert sind, garantieren die politische Durchschlagkraft des antifaschistischen Kampfes. Verfehlt sind deshalb Versuche, die Formen der antifaschistischen Aktion gegenüber ihren Inhalten zu verselbständigen, durch eine vordergründige Diskussion der Aktionsformen von der notwendigen inhaltlichen Klärung der Aktionsinhalte und -ziele abzulenken*".

Mit derartigen politischen Aussagen zu Themen, deren Klärung für ein antifaschistischen Bündnis keine Voraussetzung sein darf, kann nur der Ausschluß bestimmter politischer Kräfte bezweckt werden. Dies wurde auch auf dem ersten Termin sofort deutlich: der VVN ging es überhaupt nicht um die Klärung politischer Differenzen; Hauptinhalt der gesamten Diskussion war die unerwünschte Anwesenheit einiger Gruppen aus der Antifa-AE. Der Rausschmiß der nicht eingeladenen Organisationen konnte nur durch das Auftreten der Vertreter der DFG/VK und der Jusos verhindert werden, die erklärten, daß sie nach den sehr guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit allen an der AE beteiligten Organisationen nicht bereit seien, auf die Zusammenarbeit mit einer dieser Organisationen zu verzichten.

Zu einer inhaltlichen Diskussion kam es auf diesem Termin überhaupt nicht. Es konnte allerdings noch erreicht werden, daß der anwesende VVN-Vorstand zusichern mußte, für den nächsten Termin a l l e anwesenden Organisationen einzuladen! Diese Einladung sollte darüber hinaus eine Aufforderung an alle Gruppen enthalten, schriftliche Stellungnahmen zur vorgelegten Plattform zu verfassen, die dann zusammengetragen und als Grundlage für die nächste Diskussion benutzt werden sollten.

Daß aber selbst Zusagen, die die VVN in Anwesenheit sehr vieler demokratischer Kräfte macht, nichts wert sind, wurde schnell deutlich: die Einladung wurde nie verschickt! Auch drei 'Mahnbriefe', die der VVN von der AE, der DFG/VK und den Jusos zugesandt wurden, konnten ihr diesen Beschluß wohl nicht mehr ins Gedächtnis zurückrufen. Nicht einmal Antwort gab es auf diese Briefe. Im Gespräch mit einem Vorstands-Mitglied wurde einem Vertreter der AE sogar ins Gesicht gesagt, solch einen Beschluß habe es nie gegeben! – Bei den Mitgliedern der AE, und gerade auch bei den traditionellen Bündnispartnern der VVN, machte dieses Vorgehen keinen besonders guten Eindruck: Jusos und DFG/VK betonten noch einmal die gute Zusammenarbeit mit den von der VVN nicht eingeladenen Organisationen und gaben zu verstehen, daß sie nur d a n n beim nächsten Termin erscheinen würden, wenn dies auch dem KB und dem „Arbeiterbund" zugestanden würde. –

Allerdings konnte selbst dies die VVN nicht dazu bewegen, ihre Haltung zu überdenken.

In der Antifaschistischen Aktionseinheit löste die vorgelegte Plattform der VVN ein fast dreimonatige Debatte um eine eigene Stellungnahme aus, durch die bedauerlicherweise andere wesentliche Aufgaben im antifaschistischen Kampf vernachlässigt wurden.

Obwohl zu Beginn der Auseinandersetzung von allen beteiligten Organisationen erklärt worden war, daß durch diese Plattform wichtige politische Kräfte vom antifaschistischen Kampf ausgeschlossen würden, wurde in den weiteren Beiträgen von allen beteiligten Organisationen (mit Ausnahme des KB) die Initiative der VVN über den grünen Klee gelobt und versucht, umfassend zu allen von der VVN angesprochenen Fragen einen einheitlichen Standpunkt der AE zu entwickeln, was bei dem dort vorhandenen politischen Spektrum („Arbeiterbund", KABD, BDP/BDJ, DFG/VK, Russell-Initiative, KB, Jusos und Sozialdemokraten) natürlich in die Sackgasse führen mußte. Besonders deutlich wurde dies, als gefordert wurde, in einer Plattform der AE einen prinzipiellen Unvereinbarkeitsbeschluß mit allen Organisationen zu verankern, die die Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten" bezeichnen. In diesem Sinne wurde gefordert, daß sich die Russell-Initiative von der „Roten Hilfe", die dort zeitweilig mitarbeitet, distanzieren müsse, ansonsten sei eine Mitarbeit der Russell-Initiative in der AE nicht mehr möglich.

Im Gegensatz zu solchen leidigen Plattformdebatten war und ist es möglich, gemeinsam den antifaschistischen Kampf zu führen, unabhängig von Widersprüchen, die in anderen Fragen bestehen und unabhängig von unterschiedlichen Vorstellungen über die Formen des Protests.

Auch gegenüber der VVN ist es sicherlich wesentlich erquicklicher, die Auseinandersetzung an den konkret anstehenden Fragen des antifaschistischen Kampfes zu führen, anstelle an solch leidigen Fragen wie Frieden, sozialer Fortschritt, Mitbestimmung und Arbeitsplatzsicherung zu diskutieren, wo von vornherein klar ist, daß die Widersprüche dort nicht zu knacken sind.

KB/Nürnberg

Anmerkung der AK-Redaktion

Die Vorgänge in Nürnberg zeigen wieder einmal die erschütternde Naivität großer Teile der Linken im Umgang mit der DKP und ihren Vorfeld-Organisationen, denen die VVN zuzuordnen ist.

Die VVN hat es tatsächlich geschafft, daß sich verschiedene Organisationen monatelang mit einer von der VVN vorgelegten „Plattform" abmühten, „Änderungsvorschläge" erarbeiteten und sogar einen Riß in der antifaschistischen Aktionseinheit entstehen ließen. Dabei schert sich die VVN ganz offenkundig um diese müßigen Debatten und „Änderungsvorschläge" nur einen feuchten Dreck!

Festzustellen ist: Die VVN k a n n bedeutende „Änderungsvorschläge" zu der von ihr vorgelegten „Plattform" überhaupt nicht akzeptieren, da dies in Widerspruch zur Absicht und Funktion dieser „Plattform" stünde. **Die zentralen Aussagen der „Plattform" sind w ö r t l i c h abgeschrieben aus einem Grundsatzartikel von Christoph Strawe, Mitglied des Präsidiums der VVN, in der VVN-Zeitung „tat" vom 11.11.77 (siehe dazu auch AK 39).** Die Nürnberger VVN hat diese zentralen Thesen nicht einmal umformuliert, sie hat sie tatsächlich wörtlich übernommen. Warum denn wohl? Der Artikel von Christoph Strawe behandelt a u s s c h l i e ß l i c h die Frage, warum die VVN auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen mit dem KB zusammenarbeiten darf. Auch die „Plattform" der Nürnberger VVN dient nicht der Herstellung einer gemeinsamen Basis für gemeinsame antifaschistische Aktionen, sondern dient ausschließlich dazu, eine Handhabe für die Ausgrenzung des KB (und anderer „K-Gruppen") zu liefern.

So heißt es z.B. in der „Plattform" (wörtlich nach Strawe!), es könne keine Zusammenarbeit geben mit jemandem, der „*Widerstandskämpfer, die heute führende Positionen in ihren Ländern bekleiden, diffamieren und verleumden möchte*". Einige Organisationen der antifaschistischen Aktionseinheit dachten dabei an Brandt oder Wehner und haben entsprechende „Änderungsvorschläge" ausgetüffelt: „*Widerstandskämpfer, die dem antifaschistischen Erbe treu geblieben sind*", und ähnlich schlaue Einfälle. Offensichtlich ist ihnen nicht klar geworden, daß der e i n z i g e Zweck dieses Passus in der „Plattform" der Nürnberger VVN darin besteht, Kritik an den Verhältnissen in der DDR etc. zu diskriminieren. Oder meint etwa jemand im Ernst, der VVN sei es wirklich um Brandt oder Wehner gegangen? Oder um wen sonst?!...

Ähnlich haben einige Organisationen an „Änderungsvorschlägen" zu jenen Passagen der „Plattform" herumgebastelt, wo auf das Grundgesetz Bezug genommen wird. Entgangen ist ihnen dabei, daß diese Passagen lediglich darauf abzielen, in inquisitorischer Manier das Bekenntnis zur „FdGO" zur Voraussetzung einer Zusammenarbeit zu machen.

Nicht problematisiert wurden von diesen Organisationen anscheinend die Passagen zur „friedlichen Koexistenz" usw. Wahrscheinlich wurde nicht gesehen, daß diese Passagen die Absicht verfolgen, Kritiker der sowjetischen Außenpolitik als angebliche „Entspannungsfeinde" etc. von gemeinsamen Aktionen auszuschließen.

Der VVN ist also von einigen Organisationen sehr weit auf den Leim gekrochen worden. Wir verstehen auch nicht, wie man sich von der VVN eine Diskussion darüber aufzwingen lassen kann, ob Vertreter der „Sozialfaschismus-Theorie" bündnisfähig seien – während man keineswegs daran denkt, die Bündnisfähigkeit der VVN kritisch in Frage zu stellen, wenn sie beispielsweise den KB wörtlich als „aus der Retorte des CIA und anderer obskurer Geheimdienste" stammend und als „Handlanger der schwärzesten Reaktion" beschimpft. Offenbar wird hier von einigen Organisationen ganz selbstverständlich mit zweierlei Maß gemessen: Der VVN ist es erlaubt, nach Lust und Laune Organisationen wie den KB in einer Weise zu beschimpfen, die um keinen Deut qualifizierter ist als die „Sozialfaschismus-Theorie". Und man läßt sich, statt diesem spalterischen Treiben der VVN offensiv entgegenzutreten, auch noch müßige Debatten um Unvereinbarkeits-"Plattformen" aufzwingen, bei denen sich die revisionistische VVN-Führung doch nur ins Fäustchen lachen. S o wird man die „These 41" des DKP-Parteivorstands ganz bestimmt nicht knacken können!

Wie die VVN ‚dokumentiert'

In Hamburg erschien kürzlich eine „Dokumentation" der VAN, Hamburger Landesverband der von der DKP dominierten VVN („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"). Sie trägt den Titel „**Hamburg darf kein Tummelplatz für Neo-Nazis werden!**". Über das Wörtchen „w e r d e n" im Titel mag der Antifaschist noch schmunzeln. Bedenklicher wird es aber, wenn man den Inhalt der „Dokumentation" betrachtet. Die Broschüre „dokumentiert" nämlich in erster Linie Flugblätter und Briefe der VVN, der DKP und DKP-naher Gruppierungen, ferner auch des DGB und der Jusos. Fakten über die Aktivitäten der Faschisten in Hamburg und über konkrete antifaschistische Aktionen kommen demgegenüber viel zu kurz und sind sehr oberflächlich behandelt. Gänzlich vermißt der Antifaschist jedweden Hinweis auf die in Hamburg zweifellos stärkste antifaschistische Kraft, den KB! Weder wurde auch nur eines unserer Flugblätter etc. dokumentiert, noch gibt es im Text irgendwelche Erwähnung. Dabei ist die VAN ansonsten gar nicht kleinlich: Sogar ein freundliches Schreiben der „Jungen Union" (CDU-Jugendorganisation) wurde „dokumentiert"!

Der verzweifelte Versuch, den KB auf gar keinen Fall zu erwähnen, führt zu bemerkenswerten Eiertänzen. So heißt es über eine geplante Nazi-Veranstaltung am 15.5.77, die durch eine wesentlich vom KB initiierte und getragene Besetzung der von Nazis gemieteten Räume (Curio-Haus und Friedrich-Ebert-Halle) verhindert wurde, nur knapp: „*Nachdem das Treffen der Neonazis in öffentlichen Gebäuden verhindert war, flüchteten die Faschisten ...*", und an anderer Stelle: „ ...: *Treffen durch antifaschistische Gegenmaßnahmen verhindert ...*". Daß es überhaupt eine Besetzung der Räume gegeben hat, erfährt der Leser der Broschüre immerhin aus den (kommentarlos!) „dokumentierten" Notizen der Springer-Presse, in denen unter Überschriften wie „*Linksradikale verhinderten das Treffen von 400 Rechtsradikalen*" („Hamburger Abendblatt", 16.5.77) mit eindeutiger Tendenz berichtet worden war.

Auch an anderen Stellen, so bei der geplanten Großkundgebung und „Kampftag" der NPD am 7.8.76, sind in der „Dokumentation" sehr kunstvoll alle Hinweise auf den KB umgangen worden. In einer „Chronik" über die Nazi-Aktivitäten in Hamburg hat die Broschüre zwar jede zerbrochene Fensterscheibe in einem DKP-Büro aufgelistet, aber die antisemitischen Schmierereien an den „Markthallen" („Juda verrecke!", „Klarsfeld in die Gaskammer!") vom 22./23.7.77 werden nicht erwähnt. Der Grund liegt auf der Hand: Die Schmierereien standen in Zusammenhang mit einer Podiumsdiskussion in den „Markthallen" am 23.7.77 zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?". Die VAN hatte eine Beteiligung damals unter Hinweis auf die Teilnahme des KB abgelehnt. Natürlich wird auch die Veranstaltung in der „Dokumentation" nicht erwähnt.

Nicht weniger traurig ist größtenteils die Dürftigkeit dessen, was in dieser „Dokumentation" an Fakten über die Nazis zusammengetragen ist. **Man gewinnt den Eindruck, daß die VAN/VVN zu diesem Thema, das doch eigentlich einen Kern ihrer Arbeit bilden müßte, sehr wenig seriöse Untersuchungsarbeit macht und daß sie anscheinend auch gar keinen besonderen Wert darauf legt, Zusammenhänge in der rechtsradikalen Szene deutlich zu machen.**

So kann man z.B. über Thies Christophersen, eine zentrale Figur des Neonazismus, Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „Auschwitz-Lüge", usw. usf. (dem regelmäßigen AK-Leser bestens bekannt) in dieser

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

Wie die VVN ‚dokumentiert'

Broschüre nur lesen, er sei ein *„nazistischer Sprücheklopfer"*. Ist das als Beschreibung nicht etwas dürftig?! ... So wird die jahrelange staatlich geduldete Aktivität nazistischer Propagandisten in Hamburg (Borchard, „Faschistische Front", und Eckart, „Freundeskreis der NSDAP") nur außerhalb jedes Zusammenhangs und ohne ein einziges erläuterndes Wort auf e i n e r Seite mit zwei, drei Zitaten „dokumentiert"!

So wird eine faschistische Hess-Demonstration am 23.7.77 in der „Dokumentation" als Aktion der Wiking-Jugend dargestellt, obwohl es eine Aktion der NPD-Jugendorganisation JN war, was für die Verbindung von NPD/JN zur offenen Nazi-Szene doch recht aufschlußreich wäre, wenn's in der „Dokumentation" korrekt erwähnt würde. Bilder von dieser Demonstration, auf denen Jungnazis mit Knüppeln zu sehen sind, sind in der VAN-„Dokumentation" unterschrieben mit *„Wiking Jugend – Bewaffnete Schlägertrupps wie einst die SA!"*. Der Antifaschist sieht auf den ersten Blick, daß es sich bei den Abgebildeten um Mitglieder der berüchtigten „Hansa"-Bande handelt – unter ihnen ihr Chef Michael Kühnen, sein „Adjudant" Lutz Wegener (inzwischen wegen bewaffnetem Raub in U-Haft) und der bei Nazi-Schmierereien festgenommene Tibor Schwarz. Der Antifaschist erkennt aber staunend noch mehr: schon vor Monaten erschienenen „Antifaschistischen Steckbrief" gegen die „Hansa"-Bande zu sehen, der der VAN vorliegt!

Deutlicher kann man kaum machen, wie die berüchtigte „These 41" (um Himmels willen und unter keinen Umständen aber auch nicht die allerkleinste Zusammenarbeit mit „Maoisten"!) sich d i r e k t zugunsten der Faschisten auswirkt.!

Überhaupt, die „Hansa"-Bande!... Das ist wohl das allerfinsterste Kapitel in dieser mißlungenen „Dokumentation". Über diese Nazi-Bande, an der die Begünstigung krimineller nazistischer Umtriebe durch den Hamburger Senat am deutlichsten wird, findet sich in der gesamten „Dokumentation" außer der falsch als „Wiking-Jugend" beschrifteten Bildseite nur noch e i n e Seite, die im Wesentlichen aus zwei Zeitungsmeldungen zur Festnahme von Kühnen, Wegener und Schwarz am 1.9.77 (bei Nazi-Schmierereien) sowie zwei herausgesägten Bildern von Kühnen besteht. Daß keinerlei Kommentar dazu in der gesamten „Dokumentation" zu finden ist, und daß Kühnen sogar nur als „Michael K." erwähnt wird – als hätte es nicht zu den einzelnen Figuren der Bande eine Fülle von Enthüllungen im ARBEITERKAMPF gegeben! – nimmt nach alledem kaum noch Wunder.





Original und „Dokumentation": NPD-Funktionär Timmermann (rechts im Bild mit ausgestrecktem Arm) wurde von der VVN „abgesägt".

Die Layouter der VAN-Broschüre haben kunstvoll die Fotos entlang den Konturen der Figuren ausgeschnitten, teilweise einzelne Figuren „herausgesägt". So sieht man jetzt in der VAN-„Dokumentation" zwar zwei der Jungnazis mit Knüppeln. „Abgesägt" (und daher nicht in der „Dokumentation" zu sehen) ist jedoch der d i r e k t neben den beiden stehende NPD-Funktionär und Bürgerschaftskandidat Timmermann, der die beiden mit ausgestrecktem Zeigefinger offensichtlich gerade auf antifaschistische Demonstranten loshetzt! Da wir nicht annehmen, daß die VAN Timmermann bewußt decken wollte, kann es sich bei der Verstümmelung des Fotos nur um totale Ignoranz handeln. Timmermann ist beispielsweise mit deutlichem Konterfei auf einem

Es ist auch keineswegs eine Besonderheit dieser „Dokumentation". Ganz allgemein ist zu sehen, daß in der „UZ" und in der „tat" (VVN-Organ) kaum Fakten zu den kriminellen Umtrieben der „Hansa"-Bande und ähnlichen Banden zu finden sind. Die einzig mögliche Schlußfolgerung ist: 1. daß VAN/VVN trotz ihres antifaschistischen Alleinvertretungsanspruchs keine eigenständige tiefergehende antifaschistische Untersuchungsarbeit machen; 2. daß sie, von der verrückten „These 41" gebunden, Veröffentlichungen des KB grundsätzlich „übersehen"; 3. daß sie noch nicht einmal die bürgerlichen Medien und deren Informationen wirklich ausschöpfen!

Insgesamt ein beschämendes Bild.

Buchbesprechung:



Diese von Heinz Brüdigam verfaßte **„Dokumentation über die Errichtung der faschistischen Diktatur"** (im Röderberg-Verlag erschienen) ist unbedingt lesenswert. Er zeichnet chronologisch nach, wie die Nazis innerhalb eines Jahres mit Unterstützung des Großkapitals, durch Terror, Massenpropaganda und „Gleichschaltung" sämtlicher nichtfaschistischer Einrichtungen die Arbeiterklasse zerschlagen und alle demokratischen Kräfte unterdrücken konnte.

Heinz Brüdigam schildert auch die Reaktion des Auslandes auf den Faschismus in Deutschland, an Hand des Reichstagsbrandprozesses, der Bücherverbrennung und den ersten Todesurteilen gegen Antifaschisten.

So tagte vom 14.-18. September in London der internationale Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Reichstagsbrandes, der vom Internationalen Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus ins Leben gerufen worden war. Anhand von Dokumentationen, Zeugenaussagen und Gutachten wurde die Unschuld der angeklagten Kommunisten nachgewiesen und gleichzeitig belegt, daß allein die Faschisten ein politisches Interesse an der Reichtagsbrandstiftung hatten, um einen ungehemmten Terror gegen Nazi-Gegner, insbesondere KPD-Funktionäre, auszuüben.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt schreibt in seinen Memoiren: *„In Großbritannien (und nicht nur dort) beeinflußte der Gegenprozeß die öffentliche Meinung so rasch und empfindlich, daß die Bevölkerung nicht nur beunruhigt war, sondern den Nazis auch mit wachsendem Mißtrauen begenete. Meiner Ansicht nach besteht ein Ergebnis unserer Arbeit darin, daß jede spätere Enthüllung über die Nazis schneller und bereitwilliger aufgenommen wurde und daß jede spätere Verteidigung der Nazis weniger Wirkung hatte, als das sonst der Fall gewesen wäre"* (S.74).

Die internationalen Proteste hatten den Freispruch der von den Nazis wegen des Reichstagsbrandes angeklagten bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff zur Folge; jedoch erst ein Jahr später wurden diese auf den Druck der Weltöffentlichkeit freigelassen!

Das Braunbuch über den Reichstagsbrand, eine Anklage gegen den Hitlerfaschismus, hatte 1935 eine Gesamtauflage von 600.000 Exemplaren erreicht und war in 15 Sprachen übersetzt worden (S.70). Zu diesem Zeitpunkt wäre eine grössere Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus möglich gewesen. Die Betriebsratswahlen im März waren für die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" (NSBO) mit nur 25% der Stimmen so schlecht, daß die Wahlen abgebrochen und ausgesetzt wurden (S.50).

Daß diese Mobilisierung nicht gelang, ist nicht zuletzt der opportunistischen und spalterischen Politik der SPD zuzuschreiben, was auch Heinz Brüdigam in seinem Buch sehr deutlich aufzeigt.

Das Buch ist durch seine übersichtliche Struktur und seine materialreichen Quellen auch ein wertvolles Nachschlagewerk.

Im Anhang befinden sich Quellen- und Personenverzeichnis, die wichtigsten Reden und Aufrufe gegen die Nazi-Diktatur, die wesentlichsten Gesetze im Wortlaut, ferner die Nürnberger Urteile von 1946 gegen Göring und Frick (war Innenminister und verantwortlich für die Unterzeichnung sämtlicher Gesetze), eine zusammenfassende Chronologie der Ereignisse, sowie eine Auflistung antifaschistischer Zeitschriften und Zeitungen.

Ein Chemiegenosse

Leserbrief zur »Schwulen-Frage«

Leserbrief zur »Schwulen-Frage«

Erfreulicherweise ist der AK eine der wenigen Zeitungen (von Kommunisten wohl die einzigste), die etliches über die Schwulenunterdrückung bringt. Das ist sehr erfreulich, wenn auch ziemlich klar. (gerade deshalb). Dazu möchte ich etliches anmerken. Im Grunde genommen kann man drei große Strömungen feststellen (geschlechtsspezifisch) : a) linke Bewegung; b) Frauenbewegung, und c) Schwulenbewegung. Daß sich die Frauenbewegung einigermaßen von der allgemeinen linken Bewegung getrennt hat, ist bereits bekannt. Ich will auch nur näher auf die linke-und Schwulenbewegung eingehen. Was ich bedauere ist, daß es keinen Dialog zwischen beiden Gruppen gibt. So ist es zwar klar (?), daß in Schwulen-Zeitungen (Schwuchtel, Rosa, Emanzipation) linkes Gedankengut zu finden ist und unter diesem Aspekt sie auch schreiben (als linke Schwule), daß die Alternativzeitungen und der AK über schwule Sachen schreiben, jedoch findet kein Dialog ‚statt. Gerade das empfinde ich als einen großen Mangel.

Die linken schwulen Ansichten kommen fast ausschließlich in schwulen Zeitungen vor. Kaum anzunehmen ist jedoch, daß der heterosexuelle Mensch schwule Zeitungen kauft. Demzufolge bleiben ihr/ihm diese Gedanken und Entwicklungen verborgen. Hingegen liest der linke Schwule wohl auch andere linke Literatur. Aber: In diesen anderen Alternativ-Zeitungen, die die heterosexuellen Menschen lesen, gibt es ebenfalls keine Auseinandersetzung/Dialog, sondern nur/meist Stellungnahmen (Russell/Schwule, Veranstaltung/Erfolgsmeldungen). Die Position Mann/Schwuler bleibt unbefragt.

Der linke Mann sagt: Solidarität schön und gut, jedoch ist die Befreiung zuallererst eure Sache. Richtig. Doch Frage: als der DKP-Ordner bei der Demo (AK 124) einem Schwulen das Schild „Gegen Schwulenunterdrückung" wegnahm und zerbrach, war er da alleine, und wo waren seine heterosexuellen Genossen? Wo kann man was lesen über das Selbstverständnis des „normalen" Mannes zum Schwulen? Ist mir bisher nicht unter die Finger gekommen. Wo wurde mal was über die Schwierigkeiten des heterosexuellen Menschen zum Schwulsein geschrieben? Alles das bleibt unbeantwortet.

Der AK des KB's ist zwar das einzigste K-Blatt, das regelmäßig über Schwule und von Schwulen berichtet. Gottseidank und großes Lob. - jedoch mit den Berichten zieht mann sich leicht aus der Affäre, . . .Daher will ich ein paar provokatorische Thesen aufstellen! 1. Die Solidarität des linken Mannes ist eine verbale. 2. Diese verbale Solidarität läßt sich kaum hinterfragen und ist daher sehr bequem, sie paßt gut zum Image des Linken. 3. Der linke Mann reagiert mit Agressivität und Wut, wenn sein „Mann-Sein"vom Mann in Frage gestellt wird. . . 4. Die Frau kann sich nicht emanzipieren, solange der Mann sich nicht in Frage stellt (gestellt wird). Der Mann kann sich nicht emanzipieren, solange er seine Sexualität nicht in Frage stellt. 5. Der linke , homosexuelle Mann wird durch die Verhaltensweise des linken Mannes verunsichert, durch die Kluft von Anspruch und Wirklichkeit, damit entsteht erhebliche Spannung zwischen ihnen.

Mit lieben Grüssen,
ein (nicht-KB) Genosse (aus Lübeck)

»Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus«

Mit der Bitte um Abdruck wurde uns folgende Erklärung zugeschickt:

Am Samstag, den 22. April 1978 findet in Köln die internationale Demonstration und Kundgebung für Auflösung der SS-Verbände und Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda statt.

Die Schwulengruppe ‚RAGE' fordert alle Antifaschisten auf, an der Demonstration teilzunehmen. Die Demonstration beginnt um 14.00 Uhr ab Theodor-Heuss-Ring und die Kundgebung um 15.30 Uhr auf dem Neumarkt.

Warum fordern wir Schwulen zur Teilnahme an dieser Demonstration auf? – In den Konzentrationslagern der Nazis wurden auch Tausende homosexueller Männer und Frauen bestialisch gequält und ermordet. Als Erkennungszeichen mußten Schwule ein aufgenähtes rosa Dreieck tragen, den ‚Rosa Winkel'. Heute tragen wir wieder den ‚Rosa Winkel' als Symbol gegen die Schwulenunterdrükkung.

Schwule, die die Mordanstalten der Nazis überlebten, haben bis heute keine Wiedergutmachung erhalten. Obwohl der § 175 vor der Machtergreifung der Faschisten ersatzlos gestrichen werden sollte – von den Nazis jedoch verschärft wurde – fand das Bundesverfassungsgericht 1957 im § 175 kein typisch nationalsozialistisches Rechtsdenken. Es erklärte, dieser Paragraph widerspreche nicht dem Grundgesetz der BRD. Auch heute noch gibt es diesen Paragraphen, wenn auch in abgeänderter Fassung.

Und der Boden ist immer noch fruchtbar! Zunehmende Aktivitäten neofaschistischer Banden, Einschränkungen der Grundrechte durch Anti-Terror-Gesetze (Polizeigesetz, Razziengesetz, Kontaktsperregesetz, Verteidigerausschlüsse, neue Meldegesetze etc.), Berufsverbote, Zensurparagraphen (z.B. 88 a), Notstandgesetze und warnende Stimmen auch von liberaler Seite des In- und Auslands (Russell-Tribunal über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD) zeigen den Weg zum Faschismus auf.

Deshalb sollte es die Pflicht jedes Demokraten und Antifaschisten sein, gegen diese Tendenzen anzugehen.

Deshalb beteiligt euch an der Demonstration am 22.4. 78 in Köln, denn nur gemeinsam können wir den Neo-Faschismus bekämpfen!

Schwulengruppe ‚RAGE',
Frohnhauserstr. 271
4300 Essen I

Nürnberg: Hoffmann erneut verurteilt - »auf Bewährung«!

Nach dem Tübinger Hoffmann-Prozeß, der sich im wesentlichen mit einem Überfall der Hoffmann-Bande gegen linke Demonstranten beschäftigte, fand Anfang März in Nürnberg vor dem Landgericht ein nach den Anklagepunkten sehr viel weiterreichender Prozeß statt. Hoffmann wurde am 18.10. letzten Jahres in Tübingen zu 10 Monaten Knast, allerdings „auf Bewährung", und 2.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Während in Tübingen „nur" das Vergehen des Landfriedensbruchs und der gefährlichen Körperverletzung verhandelt wurde, stand nun vorm Nürnberger Landgericht die „Wehrsportgruppe Hoffmann" als politische Gruppierung unter Anklage. In der Anklageschrift hieß es, die Hoffmann-Bande sei eine nach außen hin als „Wehrsportgruppe" deklarierte, in Wahrheit jedoch als politische Kampfgruppe gemeinte Vereinigung. Sie stelle den Anfang einer Bewegung dar, mit deren Hilfe Hoffmann sein Ziel erreichen wolle, die „freiheitlich-demokratische Ordnung" zu beseitigen und durch eine „Führerstruktur" zu ersetzen.

Folgende Tatbestände waren Grundlage der Anklage:

– Am 17.12.76 veranstaltete Hoffmann eine „Feier" in seinem Wohnort Heroldsberg bei Nürnberg. Zu dieser Veranstaltung wurden mit persönlicher Einladung („Uniform oder festliche Kleidung erwünscht") u.a. auch die bekannten Faschisten Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten"), Rudel, Heinzmann (Führer des Hochschulrings Tübinger Studenten HTS, der zusammen mit Hoffmann in Tübingen den Schlägereinsatz gegen Antifaschisten leitete) und Huscher („Denk-mit-Verlag" ih nürnberg") geladen. Dabei trat die Hoffmann-Bande in Uniform auf. Hoffmann hielt einen Vortrag zu dem Thema „Totenkopfzeichen im Wandel der Zeit". Hoffmann selbst hat dieses von der SS benutzte Zeichen an den Uniformen seiner Bande als „Markenzeichen" angebracht. Auch sämtliche „Truppenfahrzeuge" tragen solch einen Totenkopf. Die unterschiedlichen Ränge waren mit einer unterschiedlichen Anzahl von Sternen gekennzeichnet. Am Saaleingang zur „Feier" hatte die mit „FG" (Feldgendarmerie) gekennzeichnete Ordnertruppe die Kontrolle übernommen. Alle Ordner trugen offene Gummiknüppel, einer sogar ein Seitengewehr. Das ist nach Meinung des Staatsanwalts klar ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Tragen von Uniformen als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung).

Hoffmann dagegen behauptet, in der Truppe würde „nur Wehrsport" betrieben und mit Politik habe das alles nichts zu tun, darum dürfe seine Bande Uniformen tragen, „wie jede Fußballmannschaft auch".

– Am 26.2.77 rückte die Hoffmann-Truppe mit 22 Mann zu einer „Felddienstübung" aus. Teilweise waren sogar Mitglieder aus anderen Teilen der BRD angereist. In zwei tarnfarbenen Mannschaftswagen und in gleichartigen Uniformen fuhr die Kolonne, mit Hoffmann in einem tarnfarbenen VW-Käfer vorweg, zur „Übung". Sie sollten aber nicht weit kommen: Auf der Autobahn wurde der Konvoi von der Polizei gestoppt und zu einer Autobahnwache geleitet. Hoffmann selbst war mit seinem VW nur durch Sperrfahrzeuge der Polizei aufzuhalten. Als der Zug gestoppt war, gab Hoffmann das Kommando „Absitzen! Haut ab!" Trotzdem konnten aber alle Beteiligten festgenommen werden. Alle Fahrzeuge, die mitgeführten Waffen (vier Gewehre und eine Pistole) sowie die Uniformen wurden beschlagnahmt. Zwei Gewehre und die eine Pistole waren nicht angemeldet. Alle Gewehre waren angeblich unbrauchbar gemacht. Ein Sachverständiger sagte allerdings aus, daß die Waffen durch eine einfache Zange wieder in ihre volle Funktion gebracht werden können und somit als Waffen im Sinne des Waffengesetzes gelten. Allen Hoffmann-Leuten wurden blaue Drillichanzüge angeboten, da sie ihre Uniformen ausziehen mußten. Hoffmann selbst lehnte ab und mußte in Unterhose den Heimweg antreten. Zur gleichen Zeit wurde das Gelände von Hoffmann in Heroldsberg einschließlich des Hauses durchsucht. Viele Unterlagen, Waffen und Uniformen, SS-Abzeichen und Hakenkreuzembleme wurden sichergestellt. Aufgrund einer beschlagnahmten Hakenkreuzfahne besteht der Verdacht, daß die Hoffmann-Bande im Haus diese Fahnen in Eigenproduktion herstellt. Der entsprechende Stoff war im Haus vorhanden.

– Pfingsten '76 besuchte Hoffmann mit 10 Mitgliedern seiner Bande ein Zeltlager der Wiking-Jugend in Anschau. Auch dabei trugen die „Wehrsportler" ihre Uniformen. An zwei Lagerfeuern wurden, in Anwesenheit von 14-jährigen Kindern in Wiking-Trachten, folgende Lieder und Parolen gesungen:
„Horst-Wessel-Lied",
„Bei der Fahrt nach Jerusalem ist das Gas nicht zu vergessen",
„Blut muß fließen knüppeldick, wir scheißen auf die Freiheit der Bundesrepublik",
„Laßt die Fahrtenmesser blitzen und die Sozischweine flitzen".



Alles in allem umfaßt die Anklage folgende Punkte:

– Verbotenes Tragen von Uniformen als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung.
– Einteilung von bewaffneten Ordnern in einer öffentlichen Versammlung.
– Widerstand gegen die Staatsgewalt.
– Verwendung und Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.
– Verunglimpfung des Staates.
– Volksverhetzung.
– 12 Vergehen gegen das Waffengesetz.

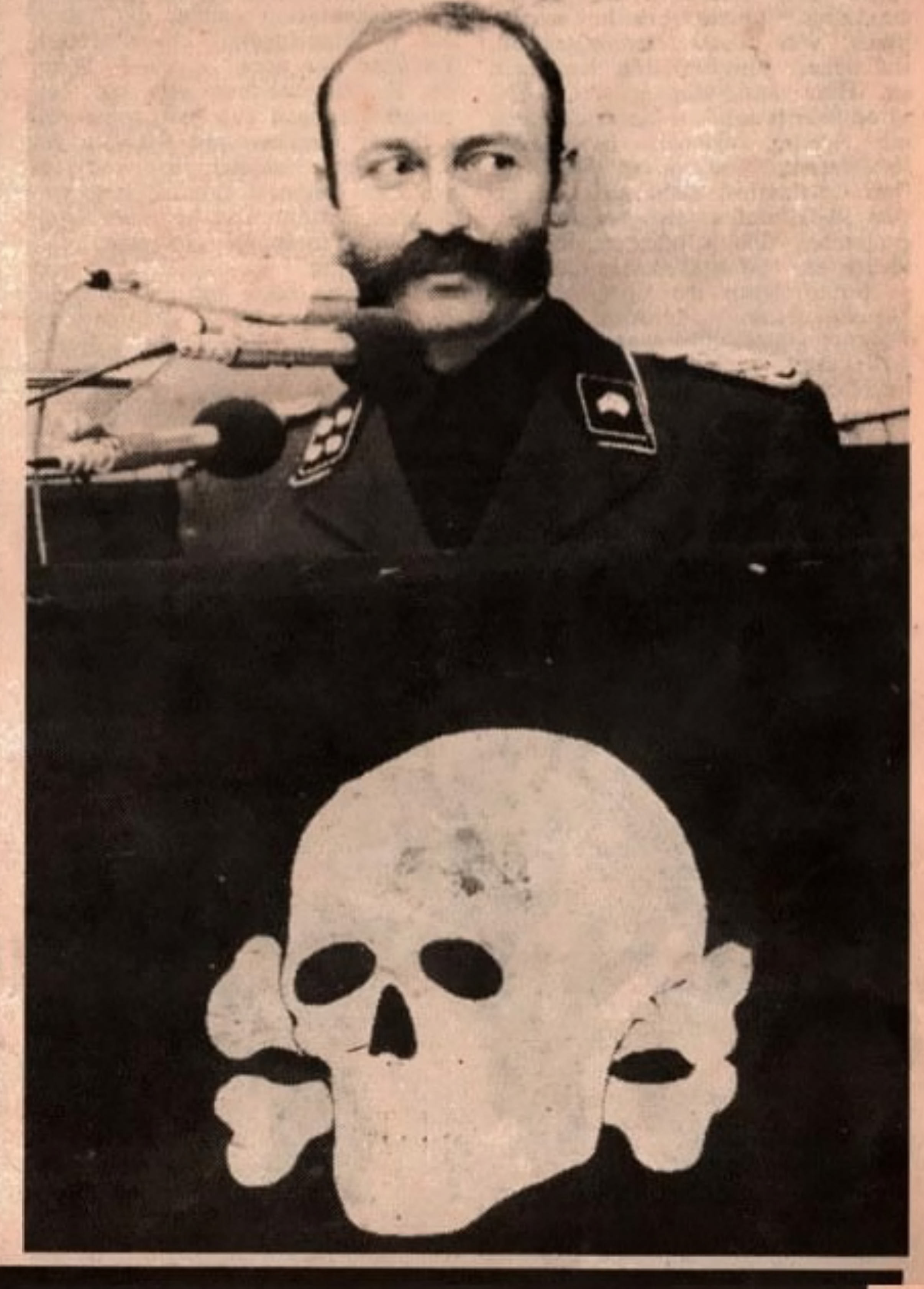
Trotz der politischen Einleitung durch den Staatsanwalt wurde durch die Verhandlungsführung des Richters deutlich, daß hier kein politischer Prozeß veranstaltet werden sollte. Der vorsitzende Richter betonte immer wieder, daß hier kein politischer Prozeß geführt werden sollte, er bot auch dem Faschisten Hoffmann reichlich und betont höflich Gelegenheit, zu erklären, daß er, Hoffmann, keinesfalls die Absicht hatte und habe, mit seiner „Wehrsportgruppe" Politik zu machen. Das Urteil lautete schließlich:

Ein Jahr Freiheitsstrafe, allerdings „zur Bewährung" ausgesetzt, und zusätzlich eine Geldstrafe von 5.000 Mark. Es fragt sich, wieso ein notorischer und mehrfach vorbestrafter Nazi-Verbrecher wie Hoffmann immer noch „Bewährung" kriegt!

Es ist also wiederum nicht gelungen, Hoffmann hinter Gitter zu bringen. Er darf weiterhin seine „Übungen" abhalten; dies wurde ihm sogar ausdrücklich in einem Schreiben des bayerischen Innenministeriums bestätigt und gestattet – solange er nicht gegen Forstgesetze verstößt!...

KB/Gruppe Nürnberg

Eine Dokumentation zu den Umtrieben Hoffmanns und seiner Bande ist zu erhalten über:
Antifaschistische Aktionseinheit
c/o L. Dicke
Postfach 150473
85 Nürnberg



»Volkssozialisten«: Neue Nazi-Zentrale gegründet

Anfang März meldete eine „**Volkssozialistische Einheitsfront**" (**VSE**) ihre Gründung. Das verabschiedete „Aktionsprogramm" dürfte mit den Vorstellungen der „**Volkssozialistischen Deutschen Partei**" (**VSDP**), die hinter der VSE steckt, identisch sein: „*Die Gesellschaft muß verändert werden! ... Klassensozialismus führt zum Panzerkommunismus!... Unsere Zukunft liegt jenseits von Kommunismus und Kapitalismus!... Darum: Absage an den Materialismus – Solidarität des ganzen Volkes ... Erteilt den Agenten des kommunistischen Staatskapitalismus eine entschiedene Absage. Verstärkt die nationalrevolutionäre demokratische Basis der Volkssozialisten*".

Verantwortlich für die VSE und VSDP zeichnet **Werner Kosbab** (Frankfurt) – jetzt im „Zentral-Büro" der VSE. Früher trat er als Repräsentant einer „**Aktion Deutscher Sozialismus** (Deutsche Arbeitsgemeinschaft – Nationalrevolutionäre Bewegung)" auf. Diese ADS organisierte am 27./28.9.75 in Frankfurt ein „**Nationales Forum der volkssozialistischen Bewegung Deutschlands**". Seitdem gehört Kosbab der „ständigen politischen Kommission" des „Nationalen Forum" an. Das Forum pflegt beste Kontakte zur internationalen Faschistenszene: So zur französischen „**Jeunesse d'Action Europeenne**" und zur italienischen „**Union Sozialista Nazionale**" (USN). (Übrigens: Als USN-Chef Donini für ein Jahr ins Gefängnis mußte, jammerte hierzulande besonders **Michael Borchardts** „**Faschistische Front**", Hamburg, über das Unbill ihres italienischen „Kameraden"!) Als weitere Forum-Gäste traten 1975 in Frankfurt Vertreter der „**Volkssozialistischen Bewegung**" und der „**Volksbewußten Arbeiterpartei**", beides österreichische Faschistengrüppchen, auf.

Und schließlich gab sogar **G. Amaudruz** aus Lausanne (Schweiz), Chef der „**Europäischen Neuordnung**" (**ENO**) dem Frankfurter „Forum" die Ehre seiner Anwesenheit. Die ENO ist die internationale Zentrale faschistischer Terrororganisationen wie „**Ordine nuovo**"/„**Ordine nero**" (Italien), „**Ordre Nouveau**" (Frankreich) und ähnlicher Gruppen, die meist das „neue Ordnung" im Namen tragen. „Ordine nuovo" ist verantwortlich für die meisten der faschistischen Bombenanschläge in Italien, während „Ordre nouveau" sich anscheinend bisher auf Überfälle gegen Linke und ausländische Arbeiter „beschränkt" hat.

Von der ENO führt eine Verbindung auch zu **Thies Christophersen** (und über diesen weiter zu **Schönborn** und zur Hamburger „**Hansa**"-**Bande**): Christophersen hat an mindestens einem internationalen Treffen der ENO teilgenommen (laut Bericht in seiner „Bauernschaft"). Er publiziert auch Schriften von Amaudruz in seinem „Kritik-Verlag". Christophersen war auch beim „Nationalen Forum" anwesend.

Neben Kosbab wurde als weiteres Kommissionsmitglied des „Nationalen Forum" u.a. **Heinrich v. Hirschhausen** gewählt, einer der führenden Aktivisten der rechtsradikalen „**Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft**", die zum Kreis der sogenannten „**Ludendorffer**" gehört. Auch einer der engsten Kumpane Kosbabs war schon 1975 als weiteres Kommissionsmitglied mit dabei: **Friedhelm Busse**. (Angaben nach: PDI, 4.2.76; „Italia e Popolo" – Zeitung der USN, Febr. 76; sowie nach eigenen Feststellungen).

Busse (München 2, Kapuzinerstr. 2) wird jetzt wieder als Mitglied des „Zentralen Büros" der VSE genannt. Er ist Gründer und Bundesvorsitzender der „**Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands**". Zuvor war er, bis 1972, in der NPD, gründete dann die „Aktion Neue Rechte" in Bayern mit, aus deren Zersplitterung die verschiedensten „nationalrevolutionären", „solidaristischen' usw. Faschistengruppen entstanden – unter anderem auch die VSBD. Über diese und über das „Nationale Forum" gibt es Kontakte zur „**NSDAP/Österreich**", zum „**Nationalen Ideologie-Zentrum**" Wien (steht u.a. dem Kreis um die Nazi-Zeitung „Mut" sehr nahe), zur italienischen USN u.a.m. . 1971 war Busse bei den Krawallen der „**Aktion Widerstand**" dabei; er war beteiligt an einem „Sturm" von Neonazis auf die UdSSR-Botschaft in Bonn (Strafe: 1.800,- Mark). 1977 zeichnete er – gemeinsam mit dem Frankfurter Altnazi **Erwin Schönborn** („**Kampfbund Deutscher Soldaten**") – für Flugblätter verantwortlich. (Nach „KAZ", 13.7.77).

Als weiterer Aktivist dieses Kreises ist unlängst wieder der ehemalige Münchner Kreisvorsitzende der NPD-Jugendorganisation JN, Alfred Nusser, hervorgetreten: Nusser bewarb sich bei den bayrischen Kommunalwahlen als VSBD-Kandidat um den Posten des Münchner Bürgermeisters (AK 125).

– Neben Kosbab und Busse gehört auch **Karl Jochheim-Armin** zu den Führern der neugegründeten „Einheitsfront" VSE. Die „Karriere" dieses Faschisten in Kurzfassung: 1924 „Jungstahlhelm"; 1927 NSDAP; 1944/45 Untersturmführer der Waffen-SS. Seit 1945 Gründer und Mitgründer diverser rechtsradikaler Gruppen, besonders im Jugendbereich; 1953 bei der Gründung der „**Nationalen Sammlung**" dabei – u.a. zusammen mit **R. Etzel**, Führer des „Deutschen Block" (der heute dem Kreis um „National-Zeitung"s-Herausgeber Frey angehört). 1968 gründete Jochheim-Armin eine „**Sozialrevolutionäre Nationale Kampfgemeinschaft Deutschland**", ein Jahr später, wieder mit R. Etzel, eine „**Nationale Front**". 1972 folgte die Gründung einer „**Bürgerinitiative Neue Ordnung (!) überall**". Ende Oktober 1972 wurde in München ein Waffenlager einer „**Kampfgruppe Großdeutschland**" ausgehoben, die Kontakt zu Jochheim-Arnim hatte (AK 24). Kosbab und Jochheim-Arnim arbeiteten übrigens schon einmal 1973/74 zusammen: im Rahmen der „**Nationalrevolutionären Basisgruppen**" um das Blättchen „**Nationale Verantwortung**" (AK 40).

– Der als weiterer VSE-Führer genannte **Alfred Warton** (Wien) ist aus „volkssozialistischen Gruppen" Österreichs bekannt.

Die Bildung der VSE ist Ausdruck der Bemühungen der nazistisch-faschistischen Kräfte in der BRD, sich bundesweit zu sammeln. Neben dem Kreis um „Hansa"-Bande, Schönborn, Christophersen, Hoffmann ist mit der Gründung der VSE ein weiteres Zentrum dieser Sammlungsbestrebungen geschaffen worden. Abgesehen von persönlichen Eifersüchteleien und Unverträglichkeiten, an denen bisher viele ähnliche Sammlungsversuche gescheitert sind, ist doch festzustellen, daß die einzelnen Nazi-Gruppen nicht in totaler Konkurrenz zueinander stehen. Nennenswerte politische Unterschiede gibt es zwischen ihnen sowieso nicht. Kennzeichnend sind Querverbindungen zwischen den einzelnen Gruppen (so ist Kosbab seit 1974/75 auch Mitarbeiter des Schönborn-Blättchens „Deutsche Freiheit"), Mehrfach-Mitgliedschaften in verschiedenen Gruppen und die Bildung irgendwelcher nur dem Namen nach bestehender Scheingruppen als Tarnung krimineller Banden (in Hamburg beispielsweise Tarnfirmen wie „Freizeitverein Hansa" oder „ANS"). Dies verfolgt offenbar auch bewußt den Zweck, den Eindruck totaler Konfusion in der Nazi-Szene zu erwecken und die Schonung krimineller Banden durch Polizei und Justiz zu erleichtern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der KGB ist immer dabei...

Auch die „Rote Fahne" der „KPD" (29.3.78) hat sich der „Hansa"-Bande angenommen. Was die Fakten angeht, bewegt sich die „Rote Fahne" auf demselben dünnen und oberflächlichen Niveau wie „UZ", „tat" usw. Deutlich von diesem abgehoben ist allerdings das Fazit ihres Artikels: „**Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung eines amerkianischen Buchautoren, der nachweist, daß auch in Moskau unter direkter Anleitung des KGB Kader für die Gründung neonazistischer Gruppen ausgebildet wurden!**" Die Geschichte ist uralt, so ca. 20 Jahre, und stammt aus den schlimmsten Zeiten des Antikommunismus nach dem KPD-Verbot. Wir glauben nicht daran. Da halten wir es schon für wahrscheinlicher, daß der KGB „KPD"-Kader ausbildet, um den Kommunismus lächerlich zu machen und der DKP-Führung die Fortsetzung ihrer Spalterpolitik zu erleichtern.

Schleyer-»Fahndungspanne« Vorwand zum weiteren Ausbau des Polizeistaats

Knapp sieben Monate nach der Entführung von Hans Martin Schleyer gab es in der Presse eine große Empörung über angebliche „Pannen" bei der Fahndung nach dem Schleyer-Versteck. Schaut man allerdings näher hin, bleiben einige Zweifel,ob Schleyer überhaupt gefunden werden sollte. Stimmt schon die Verzögerungstaktik der Bundesregierung nachdenklich, die den Kapitalisten Chef offensichtlich nicht austauschen wollte, kommen nun einige Tatsachen hinzu, die den Verdacht auf eine gezielte Ignorierung des Schleyer-Verstecks erhärten.

Zahlreiche Hinweise auf das Schleyer Versteck

Kurz nachdem Schleyer entführt worden war, teilte Bundesinnenminister Maihofer den Innenministern der Länder mit, daß das BKA nunmehr das Recht habe, Anordnungen nicht nur den Landeskriminalämtern, sondern auch den Polizeidienststellen geben zu können. Am 6.September wurde in Bonn eine „Zentrale Einsatzleitung" (ZEL) geschaffen. BKA-Chef Herold übernahm das Oberkommando. Für die bundesweiten „tatbezogenen" Ermittlungen wurde die „ZEL 2" unter der Leitung des BKA-T-Abteilungsleiters, Gerhard Boeden, eingerichtet. Die Personalstärke bestand aus 210 Personen. Die„ZEL 2" gründete in Köln eine Außenstelle, die „Sonderkommission 77", die die Ermittlungen in diesem Raum durchführen sollte. Zusätzlich wurde ein „Koordinierungsstab" gegründet, der „Fahndungsraster" entwickeln sollte, um Orte zu lokalisieren, an denen Schleyer gefangen sein k ö n n t e („Welt", 12.3.78). Daß die „ZEL S" und der gesamte westdeutsche Fahndungsapparat ins Leere gelaufen sein sollen, erscheint umso merkwürdiger, seit behauptet wird, daß Hinweise auf ein mögliches Schleyer-Versteck schon v o r d e r E n t f ü h r u n g v o r l a g e n: In dem Neubaukomplex Renngraben 8 in Köln-Erftstadt wurde eine Wohnung durch eine Frau gemietet, die die Kaution von 600 DM bar bezahlte. Die *„Hausverwaltung teilte der Polizei in Erftstadt ihren Verdacht sofort mit"* („Welt", 2.3.78). Dieser Hinweis ging angeblich bereits im Juli 1977 bei der Polizei ein. Drei Wochen nach der Entführung Schleyers durchsuchte die Polizei auch das Haus am Renngraben – allerdings ließ sie gerade die Wohnung aus, in der sich Schleyer aufgehalten haben soll! Eifrige Hausbewohner hatten allerdings schon lange vorher ihre Beobachtungen der Polizei mitgeteilt. *„Wenige Tage nach der Entführung beobachtete eine Frau einen merkwürdigen Umzug vor dem Wohnhaus. Außer einer mannshohen Holzkiste wurde nichts verladen"* („Hamb.Morgenpost", 3.3.78). Dieser Hinweis, sowie die Behauptung einer Frau, Willy Peter Stoll erkannt zu haben, blieben ohne Folgen. In der „Süddeutschen Zeitung" vom 21.3.78 ist sogar die Rede von 72 Hinweisen auf das Schleyer-Versteck. Der Innenminister von Nordrhein-Wesfalen *„Hirsch gab gegenüber der ‚Welt am Sonntag' zu, daß dem Landeskriminalamt der Deckname der Mieterin dieser Wohnung seit dem 8.September bekannt war"* („Welt",5.3.78). Und diese Fülle von Informationen soll vollständig durch das „Fahndungsraster" der Polizei gefallen sein? Aktiv wurde die Polizei erst nach einem zweiten Hinweis der Hausverwaltung: Sie ließ ab Mitte September das Haus Renngraben 8 überwachen. Zu diesem Zeitpunkt war Schleyer allerdings schon „umgezogen"...

„Einsatz in Liblar war bis zum letzten vorbereitet"

Die in der Presse hochgespielte „Panne" bei der Suche nach Schleyer mutet geradezu wie eine geplante Taktik des BKA an. Denn wie anders ist es zu verstehen, wenn der Erftstadter Bürgermeister Kappes (CDU) erklärt: *„Der Einsatz gegen die verdächtige Hochhauswohnung sei 'bis zur letzten Maschinenpistole' vorbereitet gewesen. Trotz Drängens der örtlichen Polizeibehörde habe die Soko das vereinbarte Einsatzstichwort 'Zollkontrolle' jedoch nicht gegeben"* („FR", 13.3.78). Auch die „Bild" vom 7.3.78 weiß von 70 Hinweisen zu berichten, aufgrund derer die Soko 77 die Überwachung des Verstecks vornahm. *„Sie beobachtete das Versteck und bereitete den Sturm vor – aber niemand gab den Einsatzbefehl".*

Im März heißt es nun plötzlich, *„ein Polizei-Fernschreiben mit frühzeitigen und konkreten Hinweisen auf die Terroristenwohnung" sei „spurlos verschwunden"* („Welt", 9.3. 78). Auch die Durchschrift sei *„trotz intensiver Durchsicht nicht mehr auffindbar"* („Hamburger Morgenpost", 9.3.78).

Schließlich tauchte immerhin eine Fotokopie des Fernschreibens auf, mit *„mehreren Verarbeitungsvermerken, deren Herkunft bisher noch nicht geklärt ist"* („Welt", 10.3.78). Der Häufung von Merkwürdigkeiten im Fahndungsablauf wird noch die Krone aufgesetzt, indem die „Hamburger Morgenpost" vom 11.3. 78 mutmaßte: **„Saß Mordkomplize in Polizeizentrale?"**

Am Ende wird es wohl wieder mal der sowjetische Geheimdienst KGB gewesen sein ...

„Strukturelle Verbesserungen der polizeilichen Zusammenarbeit"

Die Debatten um die „Fahndungspanne" waren Anlaß für Innenminister Maihofer, *„jeden Tag seine engsten Mitarbeiter zu stundenlangen Krisensitzungen"* zu versammeln („Welt", 5.3. 78).

Ein wesentlicher Gegenstand war dabei wohl das „Computer-Wirrwarr" der westdeutschen Polizeibehörden. *„Trotz frühzeitiger Absprachen, nur gemeinsame Entwicklungen einzuführen, gibt es heute neben der leistungsstarken Computeranlage des Bundeskriminalamtes und dem EDV-Netz des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) acht Landesrechner. Sie sind von unterschiedlichen Herstellern (IBM oder Siemes), beziehungsweise, wenn sie von einem Lieferunternehmen stammen, handelt es sich um verschiedene Typen. Die Landesrechner haben verschiedene Datenbanken, verschiedene Datensätze und unterschiedliche Bildschirme. Das heißt, jede Information, die von einem Landesrechner an den Computer des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden kommt oder umgekehrt, muß umgeschlüsselt werden. Jedes Land braucht dadurch seinen eigenen Programmierer. Diese Inkompatibilität ist auch inzwischen den Computeranlagen des BKA und des Verfassungsschutzamtes gegeben, obwohl 'Nadis' auch in der Terroristenfahndung eingesetzt ist"* („Welt", 13.3. 78).

Doch nicht nur das „Computer-Wirrwarr" soll aufgehoben werden. Auch interne Kompetenzquerelen zwischen Kripo und Schutzpolizei sollen geregelt werden. Dregger (CDU) will darüber hinaus regelmässige Planspiele, um den Polizeiapparat noch perfekter an- und ablaufen zu lassen: *„In Planspielen wird die Zusammenarbeit der Landespolizeien mit dem Bundeskriminalamt sowie das Zusammenwirken der Polizei mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesgrenzschutz unter der Verantwortung der Führungszentrale im Bundesinnenministerium in regelmässigen Abständen geprobt"* („Welt", 22.3. 78).

Das Gerangel um Verantwortlichkeiten und Rücktrittsforderungen entlarvt sich als Farce. CSU-Höcherl, als „unabhängige Persönlichkeit" („SZ", 21.3. 78) mit der Aufklärung der „Pannen" beauftragt, sagt: *„Die Klärung politischer Verantwortung sei nicht seine Aufgabe; auch um Vorschläge für mögliche politische Konsequenzen gehe es nicht"* („SZ", 21.3. 78).

Über die „Pannen" sollen lediglich weitere Verbesserungen im zentralisierten Polizeisystem vorgenommen werden, die Affäre selbst aber soll in den Archiven des BKA begraben werden.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung

Bei dem Artikel „Geplante 'Kontrolle der Nachrichtendienste'? – Aber nicht doch!" ist uns im AK 125 ein Fehler unterlaufen: Das Bundesgesetz über die parlamentarische „Kontrolle" der Nachrichtendienste wurde nicht am 16.3.78, sondern schon am 9.3.78 im Bundestag verabschiedet („Welt", 10.3.78).

Behindertenheim erhält nur wenig Schadenersatz

Nur ca. 5000 DM Schadensersatz muß das zuständige Kölner Regierungspräsidium für Verwüstungen leisten, die 100 Polizisten vor einem Jahr im Rahmen einer „Terroristenjagd" im Behindertenheim Klever Hof (Odenthal) angerichtet hatten. Das ist nur die Hälfte des tatsächlich entstandenen Schadens. Damals war die Polizei brutal gegen die Behinderten vorgegangen und hatten dabei Türen, Fenster und Möbel zerschlagen (nach „ED", Nr. 23).

Kein Gras über Todesschüsse

Am 9.2.77 wurde in einer Neubauruine in Rodenbach/Hanau der Schüler Peter Lichtenstein von einem Polizisten erschossen. Am Jahrestag veranstalteten Familienmitglieder, Freunde und Mitschüler eine Fackeldemonstration für ihn und andere Opfer der bisher noch ungesetzlichen polizeilichen Todesschüsse.

Die Ermittlungen gegen den Todesschützen wurden inzwischen eingestellt.

Anwesend bei dem Fackelzug waren auch Freunde und die Frau von Klaus Beinert, der am 7.1.78 im Frankfurter Arbeiterviertel Riederwald von einem Polizisten erschossen wurde – der Polizist war übrigens außer Dienst! Auch hier sieht alles danach aus, als ob die Ermittlungen eingestellt werden würden.

Die traurige Bilanz der polizeilichen Todesschüsse

Todesschüsse durch die westdeutsche Polizei drohen grauer Altag zu werden. Für den Zeitraum von 1971 bis September 1977 mußten wir 119 Todesfälle, verursacht durch die Polizei registrieren – ohne einen Anspruch auf die Erfassung aller Fälle zu erheben. Seit September 77 fanden zwölf weitere Menschen durch Polizeikugeln oder andere Gewaltanwendung den Tod.

Oktober 1977 – Dietzenbach

Durch Schock wurde eine 68jährige Rentnerin getötet, als Kriminalbeamte unter Führung eines Staatsanwaltes mit Gewalt in ihre Wohnung eindrangen. Die Polizisten wollten nach eigenen Angaben Beweismaterial gegen den Sohn der Rentnerin sicherstellen. Erst auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft nahm die Mordkommission die Ermittlungen auf. Amtliche Feststellung: *„Todesfall unter außergewöhnlichen Umständen"* („UZ", 18.10.77). Die Kriminalpolizei in Offenbach hatte zunächst auf eine Untersuchung des Falles verzichtet, da wegen „Arbeitsüberlastung" kein Beamter habe abgestellt werden können („Extra-Dienst", 21.1 0.77). Ein Ergebnis der Ermittlungen liegt uns nicht vor.

...und so etwas gibts auch noch:

Am 13.2.78 wurde der Polizist Harmann, der am 2.7.77 den Fuhrunternehmer G. Schlichting erschossen hatte, „verurteilt": 2000,– Mark Geldstrafe wegen „fahrlässiger Tötung". Zeugen des Todesschusses erinnerten sich damals, daß der Polizist Harmann mit dem Kampfruf, „Der schlägt mir kein blaues Auge mehr", sich in Schießstandpositur begeben habe und aus drei Meter Entfernung Schlichting in die Brust schoß.

Das Gericht ging bei dem Urteil davon aus, daß G. Schlichting den gutwilligen Polizisten tobsüchtig angegriffen und verletzt habe und dieser in Notwehr handeln mußte. Harmann wurde nur deswegen „verurteilt", weil er schon früher gezielt auf die Beine o.ä. hätte schießen können, dann hätte er ja immer noch fünf Schuß im Magazin gehabt, um notfalls auf den Körper zu schießen; die größere Möglichkeit eines tödlichen Treffers sei dann akzeptabel („RF", 22.2.78)!

2.11.77 – Frankfurt

Der wegen Einbrüchen steckbrieflich gesuchte Rolf-Udo Rescher kam mit zwei anderen Männern in Frankfurt nachts aus einer Kneipe. Polizisten wollten die drei überprüfen. Dabei wurde der 33-jährige Metzger von drei Beamten tödlich getroffen. Der Arzt stellte bei ihm einen Brustdurchschuß, einen Oberschenkeldurchschuß und einen Steckschuß in der linken Hand fest.

Nach Darstellung der Polizei haben die Beamten lediglich das Feuer erwidert, nachdem Rescher aus drei Meter Entfernung mehrere Schüsse auf die Polizisten abgegeben haben soll („FAZ", 3.11.77). Von Ermittlungen gegen die Beamten ist uns nichts bekannt.

19.2.78. – Aachen

Am 19.2.78 wurde in Aachen der 37-jährige Gastwirt Willi Ramrath bei einer Taxikontrolle erschossen. Nach Angaben der Behörden „löste sich" der Schuß aus der Dienstpistole des Beamten, als er mit der entsicherten Waffe in der Hand die hintere Wagentür des Taxis aufzog. Die Kugel traf den Fahrgast in die Schulter. Er torkelte aus dem Wagen und brach dann sterbend zusammen („FR", 20.2.78).

Von Notwehr war diesmal nichts zu hören, trotzdem ist uns von einem Ermittlungsverfahren nichts bekannt.

18.10.1977 – Mogadishu

Vier Palästinenser hatten eine Lufthansa-Maschine entführt und waren in Mogadishu gelandet. Sie verlangten die Freilassung von RAF-Gefangenen im Austausch gegen die gefangenen Fluggäste. 60 Mann des „Anti-Terror-Kommandos" GSG 9 wurden vom Krisenstab in Bonn beauftragt, in einem „zweiten Entebbe" („Abend", 15.10.77) die entführte Maschine zu stürmen. Bei dieser Aktion anwesend waren, außer der GSG 9, der Anti-Terror-Spezialist des Bundeskriminalamtes Boeden der psychologische Berater des BKA Salewski, vier westdeutsche Militärberater in Somalia, der westdeutsche Geschäftsträger in Somalia sowie Minister Wischnewski.

Beim Sturm auf die Maschine wurden Zohair Yousif Akache, Wadil Harb und Hind Alameh von der GSG 9 erschossen. Die Palästinenserin Suheila Sayeh wurde schwer verletzt.

Die Todeskommandos der GSG9 wurden später als „Unsere Helden" gefeiert. Ein Foto der toten Palästinenser wurde vom „Stern" im Großformat und Farbdruck veröffentlicht. Ermittlungen wegen der Todesschüsse wurden nie erwogen.

28.10.1977 – Kaiserslautern

Ein Bankräuber hatte in Kaiserslautern bei einem Banküberfall 40.000 Mark erbeutet. Auf der Flucht wurde er von einem Polizisten erschossen (Hamburger Abendblatt, 29./30.10.77). Nach Angaben der Polizei ist der Bankräuber mit einer MP erschossen worden, nachdem er eine Pistole auf die Verfolger gerichtet hat („SZ", 29.10.77). Ermittlungen gegen den Todesschützen sind uns nicht bekannt.

2.11.77 – Dortmund

Mit der Drohung, eine Angestellte einer Bank anzünden zu wollen, versuchte ein 33-Jahre alter unbewaffneter Arbeiter, von einer Dortmunder Bank 50.000 DM zu erpressen. Nachdem er die Angestellte mit Spiritus übergossen hatte und mit ihr aus dem Hinterzimmer kam, wurde er von drei gezielten Schüssen der eingetroffenen Polizisten tödlich getroffen. Der Oberstaatsanwalt und Kripochef rechtfertigten dieses Vorgehen mit der *„Gefahr für Leib und Leben der Geisel".*

7.1.78 – Frankfurt/M.

Am 7.1.78 wurde der 24-jährige Mechaniker Klaus Beinert in Frankfurt/M. von Kriminalmeister Ernst Eppstein erschossen. Zu der tödlichen Auseinandersetzung war es gekommen, nachdem mehrere junge Leute die im Erdgeschoß des Wohnhauses liegende Gaststätte durch das Treppenhaus verlassen hatten, um bei einem Freund im Dachgeschoß weiterzufeiern. Dies ging nicht ganz lautlos vor sich. Eppstein, der im selben Haus wohnte, öffnete daraufhin die Tür und verbat sich den Lärm. Er war zu diesem Zeitpunkt schon bewaffnet. Es gab eine Rangelei, in deren Verlauf Eppstein zwei Schüsse abgab. Der erste verletzte einen Nachbarn leicht, der zweite traf Klaus Beinert tödlich („FAZ", 9.1.78).

Die Polizei ließ sofort mitteilen: *„Nach Durchführung der ersten Ermittlungen bestand für den Beamten objektiv eine Notwehrlage"* („FR", 9.1.78). Eppstein sei außerdem als erfahrener Beamter auf Lebzeiten berechtigt gewesen, seine Dienstpistole mit nach Hause zu nehmen – laut einer „Dienstvorschrift über den Besitz und das Führen von Schußwaffen durch Vollzugsbeamte außerhalb des Dienstes". Die Vorschrift war im August 1977 erlassen worden („FR", 11.1.78).

Die Obduktion der Leiche Beinerts brachte nach Aussagen der Staatsanwaltschaft keine gesicherten Erkenntnisse, aus welcher Entfernung der Schuß abgefeuert worden war („FAZ", 12.1.78).

Eppstein wurde weder festgenommen noch vom Dienst suspendiert, obwohl ein Rechtsanwalt im Namen der Ehefrau des Erschossenen Anzeige wegen Mordverdachts stellte. Andere Einzelheiten der Ermittlungen sind uns nicht bekannt.

11.11.1977 – Westberlin

Bei einem 50-jährigen Wachmann sollten mehrere Waffen beschlagnahmt werden. Bei der zunächst friedlich verlaufenden Waffenübergabe soll der Wachmann Kronthaler überraschend eine Pistole gezogen und auf die drei Polizisten geschossen haben. Zwei Beamte wurden schwer verletzt, der dritte konnte das Feuer erwidern („Berliner Mopo" und „Spandauer Volksblatt", 12.11.77). Ermittlungen gegen den Todesschützen sind uns nicht bekannt.

29.1.78 – Westberlin

Am 29.1.78 starb die 52-jährige Gertrud St. an einem Schädelbruch in einer Westberliner Polizeistelle. Angeblich war sie „stark betrunken" von der Polizei aufgefunden und zur „Ausnüchterung" in eine Polizeizelle gesteckt worden. Vor ihrer Einlieferung in die Zelle sei sie nach Aussagen der Polizei von einem Arzt untersucht worden, der aber nichts von einem Schädelbruch feststellen konnte.

Erst nach ihrem Tod kam beim Röntgen heraus, daß sie an einem Schädelbruch gestorben war („BZ" 30.1.78). Von Ermittlungen gegen die Beamten ist uns nichts bekannt.

13.10.1977 – Seesen

Vor Gericht war der 18-jährige Francesco Urru wegen einer Schlägerei zu sieben Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Als zwei Kriminalbeamte den Verurteilten dem Gericht zuführten, riß dieser sich los, rannte eine Treppe hinunter und floh in einen nahegelegenen Park. Einer der Beamten griff zur Waffe und tötete Francesco Urru durch einen Schuß ins Herz. Nach Darstellung des Beamten hatte er auf die Beine des Geflohenen gezielt („FR", 15.10.77). Von Ermittlungen gegen den Todesschützen ist uns nichts bekannt.

Zum Verfahren im Todesfall Peter Lichtenberg (9.2.77, Rodenbach):

Nachdem sowohl die Staatsanwaltschaft in Hanau als auch der Generalstaatsanwalt in Frankfurt die Ermittlungen gegen den Polizeibeamten Jürgen Lörcher, der am 9.2.77 den 14-jährigen Schüler Peter Lichtenberg in Rodenbach erschossen hatte, eingestellt hatte, ist jetzt Anfang März '78 der Antrag auf gerichtliche Entscheidung vom Oberlandesgericht Frankfurt zurückgewiesen worden. Die Begründung war, Lörcher habe im „Zustand der Putativnotwehr" geschossen. Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Still wies als Vertreter des Vaters des erschossenen Peters darauf hin, daß die Frankfurter Richter keine eigenen Ermittlungen angestellt haben: der Polizeibeamte sei nicht einmal verhört worden, ein Lokaltermin habe nicht stattgefunden und es sei in Rodenbach allgemein bekannt gewesen, daß in dem unbewohnten Hochhaus, in dem Peter erschossen wurde, sich öfter Jugendliche aufhielten. Still vermutete, daß das politische Klima in der Bundesrepublik eine Rolle für die Einstellung der Ermittlungen gespielt haben könnte (nach „FR", 8.3.78).

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg und Gruppe Westberlin

Klassenjustiz

Freispruch für Jo Schlehuber

Anklage gegen Gerd und Enno wankt und wankt

Wie schon im letzten AK angekündigt, wurde inzwischen das Verfahren gegen Hans-Joachim Schlehuber vom Verfahren gegen Gerd Albartus und Enno Schwall abgetrennt, weil es immer offensichtlicher wurde, daß ihm keine Unterstützung der »terroristischen Vereinigung Albartus/Schwall« nachgewiesen werden konnte. Derselbe Richter Wagner sprach Jo in dem abgetrennten Verfahren frei, mit der Urteilsbegründung, daß der Angeklagte zwar nach wie vor eine kriminelle Gesinnung habe — nur könne sie ihm nicht nachgewiesen werden!

In seiner Erklärung sagte Joachim Schlehuber u.a.: »*Ich sehe in der Abtrennung des Verfahrens gegen mich und der vorgezogenen Urteilsverkündung keinen qualitativen, grundsätzlichen Unterschied zwischen mir und den bisherigen Mitangeklagten Gerd Albartus und Enno Schwall. Gerd und Enno sind genauso schuldig oder unschuldig wie ich; nämlich unschuldig im Sinne der Anklage wegen Mitgiedschaft in beziehungsweise Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129a. Wir sind unschuldig im Sinne der Anklage und in Anführungszeichen schuldig im Sinne der Voraussetzungen der Anklage. ...*

Aus der bisher abgelaufenen sogenannten Beweisaufnahme habe ich gelernt, wie selektiv und einseitig die Ermittlungen geführt worden sind, nämlich nur in die Richtung, was in ein bestimmtes terroristisches Täterbild paßt; ich habe gesehen, wie z.T. banalste Sachen wie Werkzeuge, Bücher etc. vor dem Hintergrund der berühmten staatsanwaltlichen »Gesamtschau« gewaltsam in was Belastendes umgebogen wurden; ich habe gesehen, auf welchen Phantasieleistungen und Lügengebäuden die ganze Konstruktion dieser terroristischen Vereinigung beruht. Ich kann nur von Glück sagen, daß ich am 3.1. nicht zufällig im Kino war, sonst wäre ich flugs Mitglied einer terroristischen Vereinigung. Ich fordere daher die sofortige Einstellung des Verfahrens wegen Paragraph 129a gegen Gerd, Enno und mich und sofortige Haftentlassung für Enno und Gerd. ... Ich bin in dies Verfahren reingezogen worden, weil es wohl notwendig war, den optischen Eindruck von drei Terroristen zu vermitteln; schließlich können zwei Leute keine terroristische Vereinigung bilden; ...«

Währenddessen wurde im Verfahren gegen Gerd und Enno weiterverhandelt. Schon einen Tag nach Jo's Freispruch (am 7.3.) tauchten bei Zeugenvernehmungen Beweisstücke aus dem Prozeß gegen Johannes Roos und Detlev Schulz auf. (Wie im letzten AK berichtet, war auch dort die Anklage jämmerlich zusammengebrochen. Detlev wurde freigelassen, gegen Johannes gibt es noch eine Anklage wegen krimineller Vereinigung.) Auf die Frage der Verteidigung, was die Beweisstücke aus dem Roos/Schulz-Prozeß plötzlich sollen, erwiderte Richter Wagner nur versonnen, das werden wir noch sehen, das wird sich noch herausstellen.

Was sich herausstellte, war, daß die Anklage noch mehr ins Wanken kam: und zwar auf dem Ortstermin im Aachener Gloriapalast am 16.3. Die einzige gemeinsame Tat dieser berühmten terroristischen Vereinigung soll dieser Brandsatz sein und nun wird immer klarer, daß z.B. Gerd gar nichts damit zu tun haben kann und ob Enno überhaupt in der Nähe der Fundstelle war, läßt sich bislang auch nicht belegen. Da nun die gemeinsame Tat — Brandsatz legen — Kernpunkt der Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ist, sieht sich das Gericht (Staatsanwaltschaft und Richter) zu verzweifelten Konstruktionen und Eselsbrücken genötigt, will es dem Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens nicht zustimmen:

Da das einzige Gemeinsame im Augenblick noch ist, daß Gerd zusammen mit Enno im Kino war, folgert die Generalstaatsanwaltschaft messerscharf, Gerd habe Enno durch seine Anwesenheit und durch leichtes Drehen des Kopfes psychisch unterstützt und bleibt deshalb dringend tatverdächtig. Wobei er ihn unterstützt haben könnte, bleibt dabei im Dunkel, denn niemand hat ihn in der Nähe des Brandsatzes gesehen und all die Werkzeuge, die bei ihm gefunden wurden, besagen nichts darüber, was mit ihnen gemacht wurde oder gemacht werden könnte.

Schon am 6.3. hatte Gerd einen passenden Vergleich angestellt, um zu illustrieren, welche Qualität diese Beweisstücke haben.

Er sagte u.a., ihm vorzuwerfen, diese Sachen zu kriminellen Zwecken benutzt zu haben, wäre ebenso absurd, wie wenn er behaupten würde, Richter und Staatsanwälte hätten Frauen vergewaltigt, weil sie unter Umständen entsprechende Werkzeuge hätten.

Gerd und Enno müssen freigelassen und -gesprochen werden. Dafür braucht das Prozeßbüro in Düsseldorf noch Unterstützung. Hier noch einmal die Nummer des Solidaritätskontos

»G. Albartus u.a.«
Sparkasse Bochum Querenburg
Nr. 133072991 (BLZ 43050001).

IKAH Hamburg

Münchener »Müllprozeß« zwei Freisprüche, Geldstrafe für Margit Czenki

Im sogenannten „Müllprozeß" gegen Margit Czenki, Jutta Fritton und Johann von Rauch ergingen nach fünf Verhandlungstagen die Urteile. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Beamtenbeleidigung und Vortäuschen einer Straftat. Der Anlaß: Aufgrund zweier angeblicher „Bomben" in Form von Müllkartons war es bei einem Protest einiger Leute anläßlich ständiger Bespitzelung und Bedrohung verschiedener linker Wohngemeinschaften vor dem Amtsgericht München zu einem Handgemenge mit der Polizei gekommen, nachdem diese – obwohl die kleine Versammlung schon in der Auflösung begriffen war – aufgrund der von diesen „Terroristen" deponierten „Bomben" Verhaftungen vornehmen wollte. Als die Betroffenen sich wehrten, kam es zu den Verhaftungen und den Anklagen (siehe auch AK 124, S.39).

Inzwischen sind nun die Urteile gesprochen worden: Freispruch für Johnny und Jutta, 3 000 Mark Geldstrafe für Margit. Der Richter folgte damit zwar nicht im ganzen dem Antrag der Verteidigung (dreimal Freispruch), aber erteilte mit diesem Urteil dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft eine deutliche Absage.

Dieses Plädoyer stellte alle bisher dagewesenen Unterstellungen in den Schatten:

– Obwohl ein Zeuge mit allen Details angab, er sei der Müllpaketabsteller, was auch viele andere bezeugten, stand für den Staatsanwalt fest, Johnny von Rauch war's.
– Obwohl alle Zeugen der Verteidigung angaben, Jutta Fritton sei getrennt von Margit abgeführt worden, glaubt der Staatsanwalt nur den Behauptungen einiger Polizisten, beide seien zusammen abgeführt worden und Jutta habe dabei versucht, Margit zu befreien.

Alle Aussagen der Polizisten werden als wahr dargestellt, alle Aussagen der Entlastungszeugen als Lügen. Begründet wird das plump so: Welchen Grund hätten die Polizisten zu lügen? Die machen doch nur ihren Dienst! Die jungen und unerfahrenen Beamten, die haben gar keine Lust, agressiv zu sein! Kommen vielleicht gerade von ihrer Pause... (die lieben netten Kerlchen).

Aber auf der anderen Seite die Entlastungszeugen: alles Leute, die bei der Protestaktion mitmachten, die Observation kritisierten und durch ihre Aussagen die Angeklagten eben schützen wollten. Klar, daß solche Leute lügen!! Für den Staatsanwalt hätte man, wie die Anwälte entgegnen, sich das ganze Verfahren sparen können. Er begründete sein Urteil allein aus den protokollierten Polizeiaussagen.

Daß die Entlastungszeugen viele Punkte ähnlich berichten, spricht für den Staatsanwalt in keinem Fall dafür, daß es sich tatsächlich so zugetragen hat, sondern beweist ihm nur das Gegenteil.

Daß Margit einen Polizisten von einer Frau wegriß, die er so schüttelte, daß sie ein 'Schleudertrauma' (ein ärztliches Attest liegt vor) erlitt und eine Woche lang eine feste Halskrawatte tragen mußte, bezeichnet er zynisch als *„die wurde bloß geschüttelt, nicht an die Wand geklatscht"*. Ist ein Einschreiten erst erlaubt, wenn das Blut nach allen Seiten spritzt??

Dann die väterlich-dummdreiste Tour, warum Frau Czenki nicht erst mal, bevor sie den Polizisten so schwer angreift (sie hat ihn an den Haaren weggerissen), die umstehenden Polizisten zum Eingreifen bewegt?? Etwa: Würden Sie bitte Ihrem Herrn Kollegen sagen, er möge die Dame loslassen?? Mit dieser ganzen Staatsanwaltlogik kommt er dann zu folgenden Anträgen: zwölf Monate für Margit (ohne Bewährung), zehn Monate und zwei Wochen für Johnny (mit Bewährung), 2000 DM Geldstrafe für Jutta Fritton.

Margit wurde vom Richter zuerkannt, Nothilfe geleistet zu haben, bekam aber wegen Beleidigung und Widerstand 3000 DM Geldstrafe. Der Richter ging davon aus, daß auch Polizisten nicht immer die Wahrheit sagen, und die Zeugen der Verteidigung nicht einfach alles Lügner sind. Margit's Darstellung des Geschehens wurde weitgehend als glaubhaft genommen, und sogar der „Dachau-Spruch" („...die Öfen warten schon auf euch...") der Bullen wurde gerügt als „dumm und bösartig". Zwar sind 3000 DM für Margit sicher kein Pappenstiel (es gibt übrigens immer noch ein Spendenkonto: Postscheckamt München, 25 68 58 - 800, Wolfgang Stoye). Aber angesichts der vorausgegangenen Kampagne gegen Margit ist das Prozeßergebnis sicher auch auf die Solidaritätsaktionen und die Schaffung von (Frauen-) Öffentlichkeit zurückzuführen. So schmunzelte frau im Gerichtssaal, als der Vorsitzende darauf hinwies, es sei von oben „kein" Druck auf ihn ausgeübt worden, allerdings hätten verschiedene Frauenverbände versucht, Druck auf ihn auszuüben" ...

Eine Genossin des KB/München

Prozeß gegen Meinungsfreiheit

Kritik an der JVA Werl vor Gericht

Am 28.4. soll in Arnsberg (Sauerland) ein Prozeß gegen drei Flugblattverteiler stattfinden, sowie gegen den Genossen Kai Ehlers, der als presserechtlich Verantwortlicher auf einem von zwei Flugblättern genannt war. Die Flugblätter waren im Mai '77 in Arnsberg verteilt worden. Das eine trug den Titel »*Gefängnisskandal in Werl — Lebensgefahr für Lothar Gend*« das andere »*Aufgepaßt — nicht nur Kunst im Knast*« und knüpfte an einer Kunstausstellung an, die in den Räumen der Staatsanwaltschaft stattfand und Bilder von Gefangenen zeigte. In den Flugblättern wurde auf die bekanntermaßen skandalösen Zustände in Werl hingewiesen, die es u.a. zugelassen hatten, daß Lothar Gend aufgrund einer miserablen medizinischen Versorgung in Lebensgefahr schwebte. Darüber war damals ausführlich in der linken Presse berichtet worden. Was den Leiter der JVA aber offensichtlich am meisten störte, war, daß vier seiner »Mitarbeiter« als NPD'ler benannt wurden (Pommeranz z. B. ist bzw. war sogar Ortsvorsitzender). Die Tätigkeit der NPD'ler wurde in den Flugblättern zum Anlaß genommen, eine Parallele zu ziehen zwischen den Zuständen in Werl und den Zuständen in Nazi-KZs. Damit sah die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung von Bediensteten der JVA Werl.

Die „Totenmühle"

So wird die JVA Werl in einschlägigen Kreisen genannt. Sie wurde ca. zur Jahrhundertwende erbaut und im »Dritten Reich« beachtlich erweitert und erhielt einen Gleisanschluß zur Rüstungsindustrie. Es »leben« dort z.Zt. ca. 900 Gefangene, davon 100 bis 150 Lebenslange und ca. 100 Sicherungsverwahrte. Sie war ursprünglich für »schwer kriminell gefährdete« gedacht, wegen Überbelegung anderer Anstalten kamen jedoch viele »Bierdiebe« zur Verbüßung von Reststrafen nach Werl. Nach Werl wird man »zur Strafe« geschickt, d.h. zur Zwangsarbeit.

Das Schlimmste, was der Gefangene machen kann, ist Arbeitsverweigerung. Wer die Arbeit verweigert, ist »nicht gruppenfähig«. Das Haus 2 — geleitet von Diplompsychologen Schoplick — enthält die Sicherungsverwahrten und die Teilnehmer von »Liftkursen«, die sich auf einen qualifizierten Schulabschluß vorbereiten. Sie gelten als Vorzeigeknackis. Der Anpassungsdruck in den Kursen ist sehr hoch. In Haus 1 befindet sich die »Sicherheitsabteilung B1«. »*Hier befinden sich unter anderem Insassen, die den Herren Mühle, Ihle und Anders nicht genehm sind. In den Augen der genannten Herren also Personen, die ,gegen Sicherheit und Ordnung des Hauses' verstoßen. Al-*



lein verantwortlich für das Wohlergehen dieser in Abteilung B1 Untergebrachten ist der Leitende Regierungsdirektor Helmut Ihle.

Vorher noch geistig normale Insassen, die dorthin verlegt wurden, sind durch die Machenschaften des Vollzugsapparates zu Psychopathen gemacht worden.

Die Gründe dafür: Verabreichung von Medikamenten, die der Anstaltsarzt, Dr. Michaelis im Einvernehmen mit dem Leiter des Landeskrankenhauses Eickelborn verabreicht. Die verabreichten Mittel machen aus geistig gesunden Menschen willenlos dahinsiechende Marionetten, die nichts anderes mehr sind, als verkümmerte tote Reste menschlichen Lebens. Von Zeit zu Zeit werden sie zur Begutachtung in das LKH Eickelborn überstellt« (aus dem Bericht eines Gefangenen, der selbst auf B1 war; nach »JVA Werl, Dokumentation der Knastgruppe Ossendorf«).

Den genauen Ort und die Uhrzeit des Prozesses werden wir im nächsten AK noch bekanntgeben. Wir möchten hiermit aber schon einladen, den Prozeß zu besuchen, um die angeklagten Genossen aufzumuntern und um dem »Prozeßgegner« zu zeigen, daß sich die demokratische Öffentlichkeit für Werl interessiert!

Wir bitten, die Verteidigung auch materiell zu unterstützen. Dafür steht folgendes Konto bereit:

»Arbeiterhilfe e.V.«
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg
Nr. 1 244 365 3
Stichwort: »Werl«

IKAH Hamburg

StrauSS — ungestrafter Terrorsympathisant

Eine Strafanzeige gegen Franz Josef StrauSS, wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung", ist vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe zurückgewiesen worden.

Die Anzeige war wegen StrauSS' unverhüllter Sympathieäußerungen für die faschistische Diktatur in Chile von demokratischen Organisationen und Einzelpersonen gestellt worden.

Begründet wurde die Zurückweisung der Anzeige witzigerweise damit, daß der Sachverhalt keinen in die Verantwortung der Bundesanwaltschaft fallenden Straftatbestand erfülle.

Strafbar ist offenbar nur, im Inland eine terroristische Vereinigung zu unterstützen – nicht aber im Ausland.

Der Bezirksvorstand der „Falken" Ostwestfalen-Lippe hat jetzt erneut Strafantrag gestellt. U.a. werden StrauSS Verstöße gegen den § 88a (Verherrlichung von Gewalt) vorgeworfen. Ob das auch nur für's Inland gilt? („tat", Nr.5)

Übrigens hat StrauSS während seiner Reise offenbar auch Kontakt zu Wilfried von Oven, ehemaliger Goebbels-Adjutant, heute rühriger Faschist in Südamerika und Korrespondent der „National-Zeitung", gepflegt. Jedenfalls schrieb dieser in der „National-Zeitung": *„Als Dr. Strauß auf der Rückreise von Santiago de Chile am 22. November einen einstündigen Aufenthalt in Buenos Aires hatte, sprachen wir mit ihm und seinen ihn begleitenden Mitarbeitern über zahlreiche interessante Themen"* („tat", Nr. 7).

CSU-Pressereferent Schäfer konnte sich auf Befragen an dieses Gespräch nicht mehr so recht erinnern......

Antifa-Kommission

Irmgard Möller in lebensgefährlicher Situation

Aus aktuellem Anlaß – der Prozeß gegen Irmgard Möller wurde am 20.3. überraschend ausgesetzt – machten wir am 21.3. ein Interview mit ihrem Verteidiger, RA Rainer Frommann, Westberlin.

Der Prozeß gegen Irmgard Möller begann am 6.3. Nach drei Verhandlungstagen wurde der Prozeß am 20.3. ausgesetzt, die Verteidiger entpflichtet und die Kosten des bisherigen Verfahrens ihnen auferlegt. Irmgard Möller befindet sich in einer lebensbedrohlichen Situation. Sie wurde an beiden Sitzungstagen in brutalster Weise zwangsweise von männlichen Bediensteten entkleidet und gefesselt. Am 16.3. erlitt sie aufgrund der Mißhandlungen einen Kollaps und wurde ins Robert-Bosch-Krankenhaus nach Stuttgart gebracht. Laut Prof. Müller gibt es „zwingende Hinweise auf innere Verletzungen, aufgrund von Muskelspuren im Blut". Ferner besteht die Gefahr einer Embolie, dies um so mehr, wenn gegen Irmgard Gewalt angewendet wird. Trotz Hinweis der Verteidigung und ärztlichem Befund über die bestehende Emboliegefahr – Irmgard wurde für verhandlungsfähig erklärt, wenn gegen sie Gewalt angewendet wird – wurde sie am 20.3. zwangsweise vorgeführt – an Armen und Beinen gefesselt, von hinten wurde ihr mit dem Ellbogen der Hals zu und der Kopf weggedrückt (!!!). Im Sitzungssaal konnte sie niemanden bewußt wahrnehmen. . . .

Fragen zum Interview

Frage: Kannst Du den bisherigen Prozeßverlauf schildern von Seiten der Angeklagten und der Verteidigung?

Antwort: *„Der Prozeßverlauf wurde bestimmt durch*

- *eine sitzungspolizeiliche Verfügung des Vorsitzenden, die die Verteidiger als kriminelle Waffenschmuggler verdächtigte und deshalb Kontrollen unterwarf (z.B. „ ... daß sich der Verteidiger -Organ der Rechtspflege-dem Kontrollpersonal ohne Schuhwerk, im Genitalbereich nur mit der Unterhose bekleidet, präsentieren muß ..." so die Stuttgarter Rechtsanwaltskammer) welche ihn zu einem „getretenen Hund" (Verteidiger Pluschke) machten – sowie den Widerstand der Verteidiger gegen diese Verfügung;*
- *die Versuche des Gerichts, Irmgard Möller zwangsweise vorzuführen mit der Folge, daß sie „revierkrank" (so Prof. Müller vom Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart) und verhandlungsunfähig geworden ist – sowie den Widerstand der Verteidiger gegen diese Behandlung.*

Die sitzungspolizeiliche Verfügung ging soweit, daß bei „begründetem Verdacht" der Verteidiger aufgefordert werden konnte, sich auszuziehen und im Beisein eines Arztes untersuchen zu lassen (im Verlaufe des Verfahrens wurde diese konkrete Regelung ersetzt durch die in der Sache nichts ändernde „Entscheidung des Vorsitzenden"). In den schwammigen Formulierungen (z.B. „u.a.", „verbotene Gegenstände") wird den als Hilfskräften eingesetzten Polizeibeamten ein so weites Ermessen eingeräumt, daß von einer Delegation richterlicher Gewalt auf die Polizei gesprochen werden kann. So erklärte Vorsitzender Dr. Bähr auf den Antrag der Verteidigung, die von den Kontrollbeamten bei der Durchsuchung in den kleinen Kontrollzellen getragene Waffe „chemical mace" zu entfernen, er habe als Richter zwar die Polizeigewalt, aber keinen Einfluß auf die Bewaffnung der von ihm beigezogenen Hilfskräfte. Als die Verteidigerin Bahr-Jendges sich am 16.3. weigerte, sich von einer Beamtin durchsuchen zu lassen, welche die in geschlossenen kleinen Räumen möglicherweise tödlich wirkende und deshalb dort verbotene Polizeiwaffe am Gürtel trug, wurde ihr prompt entgegnet: „Auf ihre Taktik gehen wir nicht ein!" Da sich die Verteidigerin dieser Polizeiwillkür nicht beugte und der angerufene Vorsitzende nur darauf verwies, daß die Polizei sich bewaffnen könne, wie sie wolle, blieb die Kollegin faktisch an diesem Verhandlungstag ausgeschlossen.

Die Verteidiger haben alle Rechtsmittel ausgeschöpft. Als trotz der für die Verteidigung positiven gutachtlichen Stellungnahmen der Anwaltskammern Stuttgart und Berlin (den Verteidigern wurde das Recht zugebilligt, sich Kontrollen zu widersetzen, welchen der Staatsanwalt und das Gericht nicht unterworfen wurden)das Gericht nicht einmal einen entsprechenden Hinweis gab, daß die angegriffene Verfügung entsprechend dem Gutachten geändert werde, blieb den Verteidigern nur die Möglichkeit, sich durch Verweigerung, d.h. Fernbleiben von der Hauptverhandlung, gegen die Verfügung zu wehren. Dies hatte am selben Tag zur Folge

- *Aussetzung des Verfahrens*
- *Entpflichtung der Verteidiger*
- *Auferlegung der Kosten.*

Dabei kann vorausgeschickt werden, daß die Verteidiger entpflichtet wurden wegen des Fernbleibens an einem Verhandlungstag, an welchem (das war der Verteidigung durch Prof. Müller bekannt und das war dem Gericht mindestens durch eine schriftliche Eingabe an dem fraglichen Tag bekannt gemacht worden) Irmgard Möller nicht verhandlungsfähig war, also bereits deshalb keine Verhandlung stattfinden konnte."

Frage: Das Verfahren gegen Irmgard Möller wurde gestern, 20.3., überraschend ausgesetzt. Die Kosten für das bisherige Verfahren sollen zu Lasten der Verteidigung gehen.

Ist dies, neben den bereits praktizierten, massiven Behinderungen und der Kriminalisierung der Verteidigung politischer Gefangener ein „neuer" Weg, die Verteidigung ökonomisch kaputt zu machen?

Antwort: *„Dies ist kein neuer Weg. Er ist vorgegeben durch die Regelung des § 145 IV StPO, der allerdings Verschulden der Verteidiger voraussetzt. Diese Vorschrift wird z.B. in den Fällen gar nicht benötigt, in denen das Gericht sich weigert, die Vertrauensanwälte zu Pflichtverteidigern zu bestellen und damit dem mittellosen Angeklagten einen Vertrauensanwalt verweigert. Neu ist hier lediglich, mit welcher Schnelligkeit und mit welch schwacher Begründung eine unbequeme Verteidigung bereits während des ersten Konfliktes ökonomisch unmöglich gemacht wird.* **Interessant ist hier auch die Perspektive: Sollte es bei der sitzungspolizeilichen Verfügung bleiben als Muster für künftige politische Strafverfahren, so muß damit gerechnet werden, daß die hier entpflichteten Verteidiger von vornherein nicht mehr zu Pflichtverteidigern bestellt werden.**

Frage: Irmgard Möller wurde letzte Woche mit dem Notarztwagen wegen Herzversagen in die Robert-Bosch-Klinik, Stuttgart, gefahren. Sie hatte sich geweigert, sich fünfmal pro Tag an und auszuzielen für den Prozeß. Daraufhin wurde sie zwangsweise gefesselt und von männlichen Beamten ausgezogen. Dabei wurde sie möglicherweise an ihren Operationswunden verletzt.

Kommt dies nicht dem Tatbestand eines versuchten Totschlags gleich?

Antwort: *„Die Verteidiger haben die lebensbedrohende Situation für Irmgard Möller in ihrem Antrag vom 20.3.78 so benannt:*

„Der an den beiden Sitzungstagen geübte Zwang gegen Frau Möller ist für diese lebensgefährlich. Frau Möllers Untersuchung durch Prof. Müller am Freitag, 17.3.78, hat zwingende Hinweise auf innere Verletzungen ergeben, nämlich Muskelspuren im Blut. Auf die Folgen, z.B. Emboliegefahr, weisen wir ausdrücklich hin. Wir beantragen die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch Prof. Müller..."

Aufgrund dieses Antrages setzte sich der Vorsitzende mit Prof. Müller in Verbindung und erfuhr am 20.3., daß Irmgard Möller nicht verhandlungsfähig war, wenn gegen sie Gewalt angewendet werden sollte.

Obwohl der Vorsitzende also an diesem Tag

- *den ärztlichen Befund über die bestehende Emboliegefahr kannte (Prof. Müller hatte vermutet,daß durch die Mißhandlung Operationswunden aufgeplatzt waren),*
- *die Verhandlungsunfähigkeit bei Gewaltanwendung kannte,*
- *sich selbst an zwei Verhandlungstagen hatte ein Bild machen können von dem schlechten Gesundheitszustand von Irmgard Möller,*
- *wußte, daß Irmgard Möller bereits seit sechs Jahren in Untersuchungshaft sitzt und zumindest seit über einem halben Jahr unter Haftbedingungen leben mußte (z.B. Dauerüberwachung, Pressezensur aller sie betreffenden Themen, fast keine Besuche...) welche ihr langsam aber sicher die Luft zum Atmen nahmen,*

ordnete er am selben Tag die zwangsweise Vorführung zu einem Anhörungstermin (als Voraussetzung für eine Verhandlung ohne die Angeklagte, § 231a StPO) in der JVA an, zu dem sie schließlich gefesselt und wie ein Amokläufer an einem Rollstuhl geschnürt, dem Gericht präsentiert wurde mit dem „Recht" sich nunmehr als Ersatz für eine halbjährliche Hauptverhandlung zu einer 200seitigen Anklageschrift zu äußern. Dies ist nicht nur ein erbärmliches, inquisitorisches Verfahren, sondern bedeutet eine dem Gericht bekannte Lebensgefährdung von Irmgard Möller. Was sich im einzelnen an beiden Tagen ereignete, verdient festgehalten zu werden (siehe Kasten links unten).

Frage: Welche Schritte können für Irmgard Möller unternommen werden, welche Schritte unternimmt die Verteidigung?

Antwort: *„Daß die Verteidigung gegen den Beschluß des Gerichts Beschwerde einlegt, ist selbstverständlich. Daß die Verteidigung Irmgard Möller nicht im Stich läßt, ebenfalls. Unterstützung braucht Irmgard Möller mehr denn je:*

- *durch Besuchsanträge (wer Fragen hat, kann mir schreiben oder mich anrufen),*
- *durch Briefe,*
- *durch Büchersendungen,*
- *durch Kaufen oder Verbreiten der Dokumentation über Irmgard Möller, in welcher vor allem sie selbst zu den Ereignissen vom 18.10.77 zu Worte kommt (die Broschüre kann bei mir bestellt werden. Sie wird jetzt zusätzlich versehen mit den aktuellen Materialien über den Prozeß),*
- *durch Spenden. Sie kann nur soviel einkaufen, wie gespendet wird, bisher noch in keinem Monat in dem erlaubten Umfang; die weitere Verteidigung kann nur gewährleistet werden, wenn die notwendigen Anreisen finanziert werden.*
- *durch Initiativen von z.B. Frauengruppen etc.,*

- **darüber hinaus muß erkannt werden, daß dieser gescheiterte Prozeß, daß die durch Haftbedigungen und Gewaltanwendung lebensbedrohlich gewordene Situation von Irmgard Möller nicht nur sie – sondern eine Vielzahl von Gefangenen betrifft. Die Konsequenzen daraus zu ziehen, kann nicht Sache einzelner sein. Es muß daran gedacht werden, unseren Lern- und Umdenkprozeß einmünden zu lassen in eine organisierte Kooperation von Rechtsanwälten, Angehörigen der Gefangenen und Menschen, die es trotz und gerade wegen aller „Anti-Terrorismus"-Hysterie in diesem „besten deutschen Staat aller Zeiten" nicht widerstandslos hinnehmen werden, daß Irmgard Möller und andere Gefangene nach kurzem Prozeß in radikaler Abschirmung von der Außenwelt lautlos in das Schweigen toter Trakte und hygienischer Zellenhaltung verschwinden."**

KB/Gruppe Westberlin

Das »Selbstmorden« in Fuhlsbüttel geht weiter

Im Monat Januar 78 waren allein in der Anstalt II von „Santa Fu" ein Freitod sowie vier weitere Versuche zu beklagen. Daß dies keine Ausnahmefälle darstellen, sondern leider zum Knastalltag gehört, unterstreichen die neuesten drei Freitodversuche vom Februar 78:
Rainer B. schnitt sich Mitte Februar die Pulsadern auf. Er wurde zum Glück noch rechtzeitig ins AK Barmbek eingeliefert und konnte ge-
zige Möglichkeit sieht zu dem „hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug". In der Nacht vom 6. auf den 7. März 78 nun verlangte er beim Sanitäter eine Schmerztablette. Wie Herbert selbst berichtet, wurde ihm diese verweigert. Statt dessen kam der Sanitäter kurze Zeit später mit sieben Beamten wieder. Diese stürzten sich auf Herbert und seinen Zellengenossen Roland H. Herbert leistete nur passiven Wider-

teidiger -Organ der Rechtspflege-dem Kontrollpersonal ohne Schuhwerk, im Genitalbereich nur mit der Unterhose bekleidet, präsentieren muß ..." so die Stuttgarter Rechtsanwaltskammer) welche ihn zu einem „getretenen Hund" (Verteidiger Pluschke) machten – sowie den Widerstand der Verteidiger gegen diese Verfügung;
– die Versuche des Gerichts, Irmgard Möller zwangsweise vorzuführen mit der Folge, daß sie „revierkrank" (so Prof. Müller vom Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart) und verhandlungsunfähig geworden ist – sowie den Widerstand der Verteidiger gegen diese Behandlung.
Die sitzungspolizeiliche Verfügung ging soweit, daß bei „begründetem
sprechend dem Gutachten geändert werde, blieb den Verteidigern nur die Möglichkeit, sich durch Verweigerung, d.h. Fernbleiben von der Hauptverhandlung, gegen die Verfügung zu wehren. Dies hatte am selben Tag zur Folge
– Aussetzung des Verfahrens
– Entpflichtung der Verteidiger
– Auferlegung der Kosten.
Dabei kann vorausgeschickt werden, daß die Verteidiger entpflichtet wurden wegen des Fernbleibens an einem Verhandlungstag, an welchem (das war der Verteidigung durch Prof. Müller bekannt und das war dem Gericht mindestens durch eine schriftliche Eingabe an dem fraglichen Tag bekannt gemacht worden)
Antwort: „Die Verteidiger haben die lebensbedrohende Situation für Irmgard Möller in ihrem Antrag vom 20.3.78 so benannt:
„Der an den beiden Sitzungstagen geübte Zwang gegen Frau Möller ist für diese lebensgefährlich. Frau Möllers Untersuchung durch Prof. Müller am Freitag, 17.3.78, hat zwingende Hinweise auf innere Verletzungen ergeben, nämlich Muskelspuren im Blut. Auf die Folgen, z.B. Emboliegefahr, weisen wir ausdrücklich hin. Wir beantragen die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch Prof. Müller..."
Aufgrund dieses Antrages setzte sich der Vorsitzende mit Prof. Müller in Verbindung und erfuhr am 20.3., daß Irmgard Möller nicht verhand-

Protokoll von Irmgard Möller

Am 15.3. abend wird mir von Bähr mitgeteilt, ich sei wegen Störung ausgeschlossen spätestens bis zur Verlesung der Anklage.

16.3.
Kurz vor 9 Uhr kommt Hauk (JVA-Beamter) und fragt harmlos, ob ich rüber will, und geht wieder. Nach ca. 5 Min. kommt er mit einem Pulk Grüner zurück,Zwangsvorführung sei angeordnet. In der Tür drückt sich der Arzt mit dem polnischen Namen rum, der Henck (ist bis Mitte April im Urlaub) vertritt. Ich sage, daß ich 1. ausgeschlossen bin und 2. nicht in der Lage, selbst wenn ich wollte, weil ich zu allem trotz x Tabletten wahnsinnige Kopfschmerzen habe und mir von der Zwangsumkleidung gestern noch jeder Faser wehtut. Der Sani, der mit der täglichen Ration auch grad vorbeikommt, gibt mir noch Optalidon und dann fallen die Grünen über mich her, fesseln mir die Hände auf den Rücken und tragen mich in die Umkleidezelle, wo ich wieder mit Gewalt umgezogen werden soll, diesmal von 4 incl. Sanitäterin (Beamtinnen).

Hauk betont mehrmals laut, ‚die Männer gehen jetzt raus'. Weil sie es nicht schaffen, versuchen sie mit Hilfe der Männer, mich auf den Bauch zu drehen (die Variante sind die Fesseln schon vorher). Die Grünen schaffen es auch nicht, gehen auf Hauks Kommando wieder raus, inzwischen haben sie mir die Jeans runtergerissen, werfen mir eine Decke über und gehen dann alle raus.

Ich bleibe mit gefesselten Händen eine halbe Stunde auf dem Bett liegen, bis mir jemand auf Anweisung die Fesseln abmacht und mich in der Zelle zurückläßt.

Kurz vor 10 Uhr sah ich Bahr-Jendges und Frommann aus der Halle kommen und dachte, daß sie mich besuchen kommen.

Vor der Tür hörte ich es rumoren ‚schräg halten' usw, habe mir aber nichts dabei gedacht, bis sie kurz nach 10 Uhr, Hauk mit Handschellen an der Spitze, erneut 6 - 8 Grüne über mich herfielen, mich wieder in die Umkleidezelle schleppten, aus der sie inzwischen Tisch und Bett ausgeräumt hatten und stattdessen eine Bahre mit x Fesseln, auf die ich dann mit unglaublicher Brutalität geschnallt wurde, also Hände und Füße getrennt und 2 Riemen über Brust und Bauch. Verstärkung hatten sie von 3 Beamtinnen in Zivil, die ich noch nie gesehen habe, der Arzt blieb im Hintergrund, die Grünen auf Hauks Kommando vor der Tür, und jetzt machten sie sich zu 6 daran, mir Bein für Bein die Jeans runterzureißen, während eine meinen Kopf und Hals in ihren Ellenbogen preßte und hinten und die übrigen sich an den Armen zu schaffen machten. Sie zögerten einen Moment, mir auch die Unterhose runterzureißen und ich hab, soweit ich überhaupt noch Luft kriegte, gebrüllt, daß sie das lassen sollen – sie zogen mir dann unter wahnsinnigem Gezerre andere Jeans an, während die Beamtinnen mir den Hals ab- und das Kinn hochdrückte. Dann lief sowas wie ein Kollaps, 'nen Moment totaler Blackout, ich konnte nicht mehr atmen, spürte starke Schmerzen in der Brust und würgte – alles gleichzeitig. Bei jedem Atemzug ein stechender Schmerz in Herz und Lunge. Sie banden mir die Hände los und holten einen Notarzt, der mich ins Robert-Bosch-Krankenhaus bringen ließ, vorher wurden mir die Hände wieder gefesselt.

Müller hat ein EKG und 'ne Röntgenaufnahme gemacht und Blut abgenommen. Er konnte an Herz und Lunge direkt nichts feststellen, hält es aber für möglich, daß die Narben innen sich verändert haben, gerissen sind. Er wollte mich auf den Asperg oder hier ins Lazarett bringen lassen, weil ich ‚revierkrank' sei. Ich hab ihm erklärt, daß ich nicht in die totale Verfügung von diesem Knastarzt will, der ja die ganze Zeit zugeschaut hatte, und daß ich wieder in die Zelle will, weil Asperg auch bedeutet, daß erstmal keine Anwälte, keine Bücher usw. Er hat dann mit Herrmann hier telefoniert.

Hauk stand, wenn nicht gerade von Müller rausgeschmissen, mit Hand- und Fußfesseln vor der Bahre.

Protokoll von RA Frommann vom 20.3.

Kurz vor 14.00 Uhr erscheinen so viele Justizwachtmeister in der Zelle, daß der Mandantin „die ganze Zelle grün" erscheint. An der Spitze der Beamte Hauk. Die Mandantin wehrt sich stark. Sie wird an Händen und Füßen gefesselt (Schwere eiserne Fesseln und Zudrehen mit Schlössern). Sie wird auf einen vor der Zelle stehenden Rollstuhl gebunden. Die Arme werden nach hinten um die Lehnen herum und wieder nach vorne von unten auf die Stuhllehne verdreht und festgebunden. Die Beine werden auseinandergezogen und ebenfalls um die Fußstützen verdreht und festgebunden. Sie wurde am ganzen Leib an den Rollstuhl gebunden und in diesem verschnürten Zustand nach unten (parterre, Besucherzelle) gefahren. Der Beamte Hauk schlug vor, ihr noch eine Kopf-(Mund-)fessel (Knebel?) anzulegen. Es war ein Arzt anwesend und als Sani Herr Listner.

Irmgard Möller wehrte sich weiter. Vom Beamten Hauk wurden ihr die ganze Zeit die Handflächen auf die Armstützen des Rollstuhls gedrückt. Ich sah Hautabschürfungen. Dadurch wurde an den Händen die Blutzufuhr unterbrochen – die Hände ‚starben ihr ab".

Unten angekommen – vor dem Gericht – konnte sie in ihrem Zustand niemanden richtig wahrnehmen, bewußt. Sie erkannte keine Personen, auch nicht den Vorsitzenden Dr. Bähr. Sie sah die Gestalten nur schemenhaft. Ihr wurde von hinten mit dem Ellenbogen der Hals zu und der Kopf weggedrückt. Sie hörte Stimmen: „Frau Möller, seien Sie doch vernünftig ... Sie wehrt sich heftig ... Ist ein Arzt da? ... (wiederholt) Ist ein Arzt da? ... Rausführen!..."

Sie hörte keine Frage wie z.B. ob sie etwas sagen wolle.

Danach wird ihr speiübel. Sie hatte Kreislaufbeschwerden. Als ich sie gegen 15.35 Uhr sah, hatte sie starkes Glieder- und Kopfzittern. Sie schwankte beim Gehen und mußte sich an der Wand abstützen.

Nach der Rückführung in ihre Zelle erschien Sani Listner (rechte Hand von Arzt Henck) und fragte, ob sie gesundheitliche Beschwerden habe.

Das »Selbstmorden« in Fuhlsbüttel geht weiter

Im Monat Januar 78 waren allein in der Anstalt II von „Santa Fu" ein Freitod sowie vier weitere Versuche zu beklagen. Daß dies keine Ausnahmefälle darstellen, sondern leider zum Knastalltag gehört, unterstreichen die neuesten drei Freitodversuche vom Februar 78:

Rainer B. schnitt sich Mitte Februar die Pulsadern auf. Er wurde zum Glück noch rechtzeitig ins AK Barmbek eingeliefert und konnte gerettet werden. Zur Zeit liegt er immer noch dort.

Nur drei oder vier Tage später ereigneten sich die anderen Freitodversuche. Kurt S. steckte das gesamte Mobiliar in seiner Zelle in Brand. Durch die schlechten Lüftungsmöglichkeiten war die kleine Zelle schnell verraucht. Kurt wurde mit einer Rauchvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert.

Ungefähr zur gleichen Zeit verübt Wolfgang W. erneut einen Freitodversuch. Nachdem er sich bereits am 15.1.78 mit einer Überdosis Tabletten das Leben nehmen wollte, versuchte er es diesmal durch Öffnen der Pulsadern. Unter starkem Blutverlust wurde er im Zentralkrankenhaus im letzten Moment gerettet. Bereits in unserer Dokumentation über die Ereignisse in „Santa Fu" vom Januar 78 wiesen wir darauf hin, daß gerade bei Wolfgang eine akute Selbstmordgefahr besteht, wenn sein Vollzug nicht verändert wird. Seine Haftbedingungen wurden nicht verbessert.

Wolfgang ist kein Einzelfall. Dies wird deutlich bei den „Bemühungen" der Anstalt um die Selbstmordgefährdeten. Kurt S. z.B. wird in makabrer Weise vorgeworfen, daß er sich überhaupt nicht töten wollte, denn er wüßte genau, daß er bei der starken Rauchentwicklung eine Hilfe für ihn auf jeden Fall rechtzeitig eintreffen würde. Er wolle sich mit seiner Verbrennungsaktion nur über die Anstalt lustig machen. Mit dieser Begründung ist ihm eine Strafanzeige wegen Brandstiftung zugegangen. Heute befindet sich Kurt auf der Isolierstation D I.

Ein noch schockierenderes Beispiel ist der Fall Herbert S. Herbert hatte in der Nacht vom 22.1. zum 23.1. 78 durch Öffnen der Pulsadern versucht, sich das Leben zu nehmen. In einer persönlichen Erklärung schreibt er u.a., daß er hierin die einzige Möglichkeit sieht zu dem „hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug". In der Nacht vom 6. auf den 7. März 78 nun verlangte er beim Sanitäter eine Schmerztablette. Wie Herbert selbst berichtet, wurde ihm diese verweigert. Statt dessen kam der Sanitäter kurze Zeit später mit sieben Beamten wieder. Diese stürzten sich auf Herbert und seinen Zellengenossen Roland H. Herbert leistete nur passiven Widerstand. Beide sind anschließend auf die Isolierstation verfrachtet worden. Am nächsten Tage verlangte Herbert einem Arzt vorgeführt zu werden. Er kam ins ZKH. Herbert selbst schreibt: *„Die haben meine Verletzungen von den Fußtritten auf dem Rücken und in der Nierengegend ignoriert, nur meinen Arm behandelt. Nun das Schärfste: Habe hier dreimal gefragt, warum ich auf D I festgehalten werde. Keiner konnte mir Antwort geben. Roland H. hat heute Rapport gehabt und zwei Wochen D I bekommen, wegen Widerstand. Ich soll erst nächste Woche Rapport haben, kann mir auch denken, warum so spät. Weil dann von den Verletzungen nicht mehr viel zu sehen sein wird".*

Auch Heinz D., ihn verurteilte die Klassenjustiz bereits zu 29 Monaten wegen Fahren ohne Führerschein, hatte, wie vormals berichtet, am 17.1.78 einen Selbstverbrennungsversuch in seiner Zelle auf der Isolierstation D I unternommen, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Mit gefährlichen Verbrennungen, vor allem im Gesicht und an den Händen wurde er in das Unfallkrankenhaus Boberg eingeliefert. Heute, zwei Monate später, liegt er immer noch dort. Die Wunden verheilen nur schwer. Hafterleichterungen hat er nicht zu erwarten, wenn er wieder in „Santa Fu" ist. Mit einer Strafanzeige wegen Brandstiftung muß er auch rechnen.

Die genannten Beispiele zeigen erneut wie hier die Selbstvernichtung von Menschen nicht nur hingenommen wird, sondern teilweise bewußt provoziert werden soll. Hierzu dürfen wir nicht länger schweigen. Jetzt erst recht nicht.

Gefangenenselbstinitiative e. V.
Max-Brauer-Allee 225
2000 Hamburg 50

Interview mit der Anwältin Petra Rogge (Hamburg)

Frage: Es ist bekannt, daß Du mit Kurt Groenewold und Rainer Köncke zusammen in einem Anwaltsbüro arbeitest. Die bürgerliche Presse hat seit einiger Zeit in großer Aufmachung darüber berichtet, daß gegen Kurt Groenewold ein Strafverfahren läuft wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Er wird als „Terroristenanwalt" tituliert und angeklagt, inhaftierte RAF-Mitglieder durch seine Verteidigertätigkeit in ihrer politischen Arbeit unterstützt zu haben. Weniger bekannt ist, daß auch Rainer Köncke und Du wegen derselben „Vergehen" angeklagt sind. Die Anklage hat praktisch denselben Wortlaut wie die Anklage gegen Kurt Groenewold. Kannst Du etwas darüber berichten?

Antwort: Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat gegen Rainer Köncke und mich Anklage erhoben, als Verteidiger von Gefangenen der RAF eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben. Die Anklage ist offenbar aus taktischen Gründen uns jetzt zugestellt worden, zwei Wochen, nachdem der Prozeß gegen Groenewold vor dem Oberlandesgericht Hamburg begonnen hat. Die Anklageschrift ist 194 Seiten stark und ist wörtlich abgeschrieben von der Anklageschrift gegen Groenewold. Der Vorwurf gegen uns reduziert sich darauf, daß wir als Mitglieder des Büros Räumlichkeiten, Papier und Fotokopiermöglichkeiten für das sogenannte Info-System zur Verfügung gestellt haben und die Angestellten des Büros beaufsichtigt hätten. Was die Strafverfolgungsbehörden als Info-System bezeichnen, ist die Vorbereitung der gemeinschaftlichen Verteidigung in den Prozessen gegen frühere RAF-Mitglieder durch Groenewold und die anderen Verteidiger.

Die politische Strategie hinter der Anklage besteht darin, Sozietäten, die in politischen Prozessen verteidigen, insgesamt zu kriminalisieren und damit eine Warnung an andere Anwälte auszusprechen. Mit der Anklage wird kriminalisiert, daß wir trotz der öffentlichen Angriffe gegen die Verteidiger und speziell gegen die Büros Croissant, Ströbele und Groenewold in ein solches Büro eingetreten sind. Die Anklagen können dazu führen, daß dieses Büro seine Funktion bei der Vertretung in politischen Prozessen, bei der Vertretung von Ausländern u.a. nicht mehr wahrnehmen kann.

Frage: Außerdem soll doch gegen Euch ein Berufsverbot verhängt werden, spätestens nach einer Verurteilung?

Antwort: Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat gleichzeitig gegen uns den Antrag gestellt, ein vorläufiges Berufsverbot nach § 132a StPO zu verhängen. § 132a ist eine der Vorschriften, die im Januar 1975 im ersten Antiterror-Gesetz enthalten war und im Hinblick auf den bevorstehenden Prozeß in Stammheim zur Einschränkung der Verteidigungsrechte Gesetz wurde. Sie erlaubt, jemanden aus seinem Beruf auszuschalten in einem Zeitpunkt, in dem ein endgültiger gerichtlicher Spruch nicht vorliegt. Die Unschuldsvermutung, also der Grundsatz, daß niemand vor seiner endgültigen Verurteilung als schuldig behandelt werden darf, daß also allein an den Verdacht keine Sanktionen geknüpft werden dürfen, wird insoweit au ßer Kraft gesetzt.

Ein Berufsverbot darf nur verhängt werden, wenn der Rechtsanwalt für die Rechtssuchenden eine konkrete Gefahr darstellt. Obwohl unsere Tätigkeit als Verteidiger in diesen Verfahren seit mehr als zwei Jahren abgeschlossen ist, kommt die Staatsanwaltschaft erst jetzt, also während des laufenden Prozesses gegen Groenewold, auf den Gedanken, einen solchen Antrag zu stellen. Sie hat offenbar erkannt, daß unser Büro trotz des Berufsverbots gegen Groenewold von uns weitergeführt worden ist. Der Antrag ist der Versuch, durch ein vorläufiges Berufsverbot die Öffentlichkeit und das Verfahren gegen uns vorzustrukturieren. Dazu hat die Staatsanwaltschaft keinen einzigen Gesichtspunkt vorgetragen, aus der sich unsere „Gefährlichkeit für die Rechtssuchenden" ergibt. Sie hofft schlicht darauf, daß bereits eine Anklage nach § 129 StGB genügt, und daß das Gericht dann in eine Prüfung der Gefahr nicht eintritt. Als einzigen Hinweis behauptet die Staatsanwaltschaft, wir hätten unseren Beruf „planmäßig dazu ausgenutzt...", kriminelle Vereinigungen zu unterstützen.

Bereits der Antrag auf Berufsverbot, selbst wenn er aus rechtlichen Gründen nicht durchgesetzt werden sollte, hat mindestens den Zweck, uns in der Öffentlichkeit zu diffamieren und unsere berufliche Tätigkeit als Rechtsanwälte zu gefährden. Jeder Mandant muß sich schließlich überlegen, ob er uns jetzt als Verteidiger bestellt, wenn gegen uns vielleicht kurz vor Beginn seines Prozesses oder gar während seines Prozesses ein Berufsverbot verhängt wird.

Der späte Zeitpunkt zeigt das Interesse der Staatsanwaltschaft: Der Prozeß gegen Groenewold wird von der Bundesanwaltschaft als exemplarischer Prozeß geführt. In seinem Prozeß wird entschieden, ob eine gemeinschaftliche Verteidigungsvorbereitung, der Einsatz gegen zerstörerische Haftbedingungen und die öffentliche Unterstützung eines Hungerstreiks als „kriminell" verurteilt werden kann oder nicht. Mit dem Freispruch oder der Verurteilung im Groenewold-Prozeß steht und fällt auch der Prozeß gegen Köncke und mich. Davon hängen aber noch weitere Verfahren gegen Rechtsanwälte in der Bundesrepublik ab. Es ist bekannt, daß es inzwischen gegen mehr als 70 Rechtsanwälte Strafverfahren oder Ehrengerichtsverfahren wegen ihrer Verteidigung in politischen Prozessen gibt.

Frage: Wir glauben, daß mit den Angriffen auf Euer Büro ein Exempel statuiert werden soll: die Zerschlagung eines linken Anwaltsbüros. Was sind Deiner Meinung nach die wesentlichen Inhalte der Angriffe des Staates, die letztlich für jeden engagierten Anwalt Geltung haben?

Antwort: Die Angriffe gegen die Verteidigung in politischen Strafverfahren finden auf verschiedenen Ebenen statt. Mit immer neuen gesetzlichen Maßnahmen werden Aktionsmöglichkeiten der Verteidiger im Prozeß immer mehr eingeschränkt, während gleichzeitig die Machtbefugnisse der Staatsanwaltschaft erweitert werden. Rechtsanwälte, die ihre prozessualen Rechte im Interesse ihrer Mandanten offensiv benutzen, werden mit Strafverfahren und Ehrengerichtsverfahren überzogen. Diese Maßnahmen sollen eine engagierte Verteidigung in einem politischen Strafprozeß verhindern. Sie sind darüber hinaus auch in jedem Strafprozeß für Gericht und Staatsanwaltschaft Instrumente, einen unliebsamen Verteidiger loszuwerden.

Die Inhalte der Verteidigungstätigkeit, gegen die sich die Angriffe richten, spiegeln sich in den Anklagen aus den Straf- und Ehrengerichtsverfahren wider:

Es soll verboten werden, daß der Anwalt seinen Mandanten bei der Konzeption einer politischen Verteidigung unterstützt, z.B. ihm notwendiges Informationsmaterial für den Entwurf einer Prozeßerklärung überläßt (Anklage gegen Groenewold, Ströbele, Croissant), daß er die Vorbereitung der Prozesse und die öffentliche Vorverurteilung und Haftbedingungen, die die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten herbeiführen müssen, öffentlich und im Prozeß angreift (Anklagen gegen Heldmann, Schily, Plottnitz, Riedel, Spangenberg, Oberwinder). Wer als Verteidiger die Öffentlichkeit über den Hungerstreik seines Mandanten gegen Haftbedingungen informiert, wird verfolgt (Anklage gegen Spangenberg). Wer gegen Übergriffe von Justizbeamten während der Haft Strafanzeigen verfaßt, wer in Beweisanträgen unterstellt, daß die Polizei rechtswidrig vorgegangen ist, wird verfolgt (Anklage gegen Heldmann und Schily). Verfolgt wird auch, wer außerhalb seiner Berufstätigkeit politisch tätig ist, also RA Gildemeister, der Mitglied der KPD ist.

Diese Angriffe gehen mit dem Versuch einher, die Aufgaben und die Stellung des Anwalts im Prozeß neu zu definieren. Der Anwalt soll aus seiner traditionellen Rolle als einseitiger Interessenwahrer seines Mandanten verdrängt werden und zur Zusammenarbeit mit Gericht und Staatsanwaltschaft gegen seinen Mandanten verpflichtet werden. Die Definition des Rechtsanwalts als Organ der Rechtspflege wird immer mehr in den Vordergrund gestellt. Dabei wird das im Gesetz enthaltene Wort „unabhängig", das eigentlich die Stellung des Anwalts beschreibt, geflissentlich weggelassen. Der Anwalt soll weniger die Interessen seiner Partei, als immer mehr die staatlichen Interessen wahrnehmen. Der Versuch, das Rollenverständnis des Anwalts in diese Richtung zu verändern, ist zugleich Ausdruck eines Verlustes an rechtsstaatlichem Denken. Im nationalsozialistischen Staat stand die Forderung im Vordergrund, daß der Rechtsanwalt in erster Linie Staatsziele zu vertreten hat und erst dann die Interessen seines Mandanten. Im Grunde sollte er seine Rolle als Interessenvertreter völlig aufgeben. Dies zeigte sich auch organisatorisch darin, daß die Rechtsanwälte zusammen mit den Richtern und den Staatsanwälten dem sogenannten Bund des Rechtswahrer zugeschlagen wurden.

Frage: Welche Folgen hätte es, wenn es gelänge, das Recht auf Verteidigung, auf engagierten Einsatz für die Mandanten und die Parteilichkeit der Anwälte einzuschränken?

Antwort: Tatsächlich sind die Verteidigungsrechte durch die neuen Gesetze und die Verfolgungsmaßnahmen gegen Anwälte in der letzten Zeit erheblich eingeschränkt worden. Was das für den einzelnen Mandanten bedeutet, wenn er eines Tages ohne Verteidiger vor Gericht steht, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Allerdings geht die Tendenz nicht dahin, den Verteidiger abzuschaffen, sondern den engagierten Verteidiger, den Vertreter der Interessen seines Mandanten, durch einen im staatlichen Interesse ausgesuchten Verteidiger zu ersetzen. Damit würde aber nur ein Schein von Rechtsstaatlichkeit verbleiben.

Frage: Wir haben am Beispiel Deiner Verteidigung von Judy Andersen gesehen, wie ernst Du Deine Aufgabe als Vertreterin der Interessen Deiner Mandantin nicht nur im rechtlichen, sondern auch im menschlichen Sinne begreifst. Du warst für Judy lange Zeit der wichtigste Kontakt in der BRD und hast für sie im wesentlichen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernommen, deren Ergebnis letztlich für sie Erleichterungen gebracht hat. Kannst Du Dir selbst bei sogenannten unpolitischen Mandanten noch eine derartige Betreuung vorstellen, wenn die Pläne des Staates verwirklicht werden?

Antwort: Die Verteidigung von Judy Andersen kann nicht ohne weiteres mit der Verteidigung von sogenannten unpolitischen Mandanten gleichgestellt werden. Zwar waren Judy Andersen und Marion Ihns wegen Mordes angeklagt und sie hatten für die Tat auch keine politischen Motive im traditionellen Sinne. Es war trotzdem kein sogenannter normaler Strafprozeß, weil die Tatsache, daß die beiden Frauen eine lesbische Beziehung hatten und die Tat damit in Zusammenhang gebracht wurde, zu einer Diffamierung von lesbischen Beziehungen überhaupt und der Emanzipation von Frauen benutzt wurde. Die Tatsache, daß Judy Andersen lesbisch war, führte später im Gefängnis auch dazu, daß sie genauso wie die politischen Gefangenen von anderen Gefangenen isoliert wurde.

Im sogenannten normalen Strafprozeß wirken sich die Einschränkungen der Verteidigungsrechte nicht in der gleichen Schärfe aus wie im politischen Strafprozeß. Für die Justizbehörden können die neuen gesetzlichen Möglichkeiten, wie z.B. der Ausschluß des Verteidigers, das Verbot der Erklärung etc. jedoch auch hier als Instrument benutzt werden, einen unliebsamen Verteidiger loszuwerden.

Frage: Es gibt außer Dir in Hamburg und in der BRD nicht gerade viele Anwältinnen, die sich in der Verteidigung ihrer Mandanten wirklich engagieren. Gibt es für diesen kleinen Kreis linker Anwältinnen besondere Probleme, besondere Aufgaben, die sich daraus ergeben, daß sie Frauen sind?

Antwort: Es trifft nicht zu, daß sich nur wenige Frauen in der Verteidigung von Mandanten engagieren. In vielen Prozessen der letzten Jahre sind Frauen als Verteidigerinnen aufgetreten und werden wegen ihrer Verteidigungstätigkeit verfolgt (z.B. Marieluise Becker, Alexandra Goy, Jutta Bahr-Jendges). Trotz der Verfolgung dieser Kolleginnen und der öffentlichen Angriffe gegen sie (z.B. gegen Franziska Piontek in der „Bild"-Zeitung) sind Frauen weiterhin als Verteidigerinnen in diesen Verfahren tätig.

Frage: Wenn wir an Deine Kolleginnen denken, so fallen uns viele davon ein, die in irgendeiner Form mit Repressionen zu tun hatten: Inge Hornischer, Petra Ewe u.a. Siehst Du es so, daß man bei aktiven linken Anwältinnen sehr viel schneller und härter von Staats wegen eingreift als bei Euren männlichen Kollegen?

Antwort: In den politischen Verfahren sind Anwälte und Anwältinnen m.E. in gleicher Weise angegriffen worden, weil sie für das Recht ihrer Mandanten auf politische Verteidigung gekämpft haben.

Frage: Wenn man sich die Öffentlichkeitsarbeit zu Kurt Groenewolds Berufsverbot und Strafverfahren ansieht, meinst Du nicht, daß für und von den betroffenen weiblichen linken Anwältinen noch viel zu wenig an die Öffentlichkeit getragen wurde? Kannst Du Dir ein stärkeres Zusammenarbeiten mit Deinen betroffenen Kolleginnen vorstellen? Wie siehst Du Deine weitere Arbeit als engagierte Anwältin?

Antwort: Unter den Rechtsanwältinnen gibt es ein wachsendes Bewußtsein zusammenzuarbeiten und sich wechselseitig in der Lösung beruflicher Probleme zu unterstützen. Mit der Zusammenarbeit wächst die Möglichkeit, sich gegenseitig über Verfolgungsmaßnahmen zu informieren und solidarische Unterstützung zu organisieren.

Das Engagement der linken Anwälte sollte sich nicht nur im Engagement für ihre Mandanten zeigen, sondern auch in ihrer Bereitschaft, mit anderen Anwälten oder Anwältinnen zusammenzuarbeiten. Der Bereich der Zusammenarbeit beschränkt sich nicht auf die Gebiete des Strafrechts, sondern erstreckt sich auch auf andere Gebiete sozialer und rechtlicher Probleme, auf denen eine engagierte Interessenvertretung und Zusammenarbeit erforderlich ist.

(Das Interview wurde von der AG Frauen, KB / Gruppe Hamburg gemacht)

Isenbergheim-Dokumentation weiterhin verboten

Bremen: Zu den skandalösen Vorfällen im Isenbergheim (wir berichteten mehrfach im AK darüber) brachte die Frauen-Aktionseinheit Bremen im Oktober 77 eine Dokumentation heraus, die auf großes Interesse stieß. Binnen kürzester Zeit waren sämtliche 1.000 Exemplare verkauft.

Am 9.11. wurde mit einer einstweiligen Verfügung (EV) durch die Innere Mission (Trägerin des Isenbergheims) der presserechtlich Verantwortlichen untersagt, elf Passagen der Isenbergheim-Dokumentation weiter zu veröffentlichen. Das hieß faktisch Verbot der Broschüre. Die Frauen-AE legte Widerspruch ein. Am 3.2.78 fand die Verhandlung vor dem Landgericht Bremen statt.

Die Hauptstreitpunkte waren der Todesfall der siebzehnjährigen Susanne Blanke und die Todgeburt von Claudia Gonsch. Nachweislich sei Susanne Blanke an Gehirnblutung gestorben, es existiere kein anderslautendes Gutachten eines Arztes. Aber wenn die Frauen-AE statt: *„durch eine ungeheure Schlamperei des Heimes kam vor zwei Jahren Susanne Blanke ums Leben"*, geschrieben hätte, daß die Heimleitung möglicherweise den Tod dadurch verursacht hat, daß sie Susanne Blanke nicht rechtzeitig zum Arzt schickte, wollte die Richterin diesen Punkt anders bewerten. Es gibt nämlich Zeugenaussagen, die bestätigen, daß die schwangere Susanne trotz Beschwerden nicht in ärztliche Behandlung kam. Die Richterin meinte, daß die Schlamperei der Heimleitung darin gelegen haben könnte, daß Susanne Blanke nicht rechtzeitig zum Arzt geschickt wurde. Das sage aber noch nichts darüber, ob Susanne heute noch leben würde, wenn sie früher zum Arzt gekommen wäre! Der Zusammenhang eines „Versäumnisses" der Heimleitung, das schwangere Mädchen nicht zum Arzt geschickt zu haben, und der spätere Tod des Mädchens sollte vor Gericht nicht gelten; hier wurde ausschließlich über Sätze und Formulierungen aus der Dokumentation verhandelt.

Ähnlich sieht es bei der Beurteilung des anderen Todesfalles, der Todgeburt des Kindes von Claudia Gonsch, aus: *„Möglicherweise wäre es tatsächlich hilfreicher gewesen, Claudia Gonsch sofort ins Krankenhaus zu bringen, statt ihr weiterhin lediglich Binden zu verabreichen"!*

Es wird zugegeben, daß die Heimleitung wie auch im Falle Susanne Blanke, verpflichtet gewesen wäre, gerade bei Schwangeren, die nötige ärztliche Hilfe zu gewährleisten! Aber ... das berechtige die Frauen-AE noch lange nicht, zu behaupten, das Isenbergheim sei verantwortlich dafür, daß Claudia Gonsch ihr Kind verloren hat. Ja, verdammt noch mal, wer ist denn dann verantwortlich? Der liebe Gott??

Nur in einem Punkt wurde durch Gerichtsbeschluß die Einstweilige Verfügung aufgehoben.

Die Frauen-AE darf weiter behaupten: *„Ein halbes Jahr später wiederholt sich der Fall: die schwangere Claudia Gonsch klagt über starke Schmerzen und fordert, zum Arzt gebracht zu werden. Auch sie kommt erst, als es nicht mehr geht, ins Krankenhaus"*. Und trotzdem darf die Heimleitung für nichts verantwortlich gemacht werden. Das ist reine Haarspalterei.

In diesem Tenor lief das ganze Verfahren ab. Jeder der elf Punkte wurde isoliert für sich behandelt. Es wurde so getan, als hätte die Frauen-AE die Innere Mission oder Heimleitung völlig zu Unrecht angegriffen und beschuldigt. Dabei beweisen sämtliche Entwicklungen und Maßnahmen der letzten Zeit, daß die Vorwürfe voll berechtigt waren, daß die Dokumentation ins Wespennest gestochen hat. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß die Heimleiterin abgesetzt wurde, daß Landesjugendamt und Senat sich gezwungen sehen, sich äußerst kritisch mit dem Isenbergheim auseinanderzusetzen?

Auch im Heim selbst hat sich einiges geändert: Der Religionszwang, der Essenszwang wurden aufgehoben, die Post wird nicht mehr geöffnet. Die Mädchen haben „sogar" jeden Tag Ausgang.
Es wurden neue Kräfte (ausgebildete Sozialarbeiter und -pädagogen) eingestellt!

Die Innere Mission will sich dafür offensichtlich an all denjenigen, die die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht haben auf den Skandal, die den Stein ins Rollen brachten, jetzt rächen. Und die Gerichte – wir haben nichts anderes erwartet – spielen da mit! Dabei hat sich die Innere Mission noch etwas „Tolles" ausgedacht. Sie bombardiert die Mädchen, die eidesstattliche Aussagen machten, die die Heimleitung belasten, mit Strafanzeigen. Das dürfte seine Wirkung nicht verfehlen. Die Mädchen sollen eingeschüchtert werden und ihre Aussagen zurückziehen.

Der Prozeß der Frauen-AE ist somit erstmal verloren, was empfindlich ins Geld gehen wird. Bezahlen müssen die Frauen auch, wenn sich in späteren Prozessen (was wir sehr hoffen) herausstellen wird, daß die Innere Mission oder die Heimleitung verantwortlich ist!

Und es stehen noch etliche Prozesse aus. Die allernächsten sind ein Arbeitsgerichtsprozeß (Kündigungsschutzklage von P. Brosch), Prozeß wegen Einstweiliger Verfügung gegen P. Brosch, ProzeSSe gegen einige Illustrierte (Unterlassungsklagen).

AG Frauen/KB/Gruppe Bremen



Militarismus Antimilitarismus



50.000 fordern in Amsterdam:

Stop de Neutronenbom!

50.000 Menschen demonstrierten am 19.März unter der Forderung „Stop de Neutronen-Bom!" durch Amsterdam. Dieser Protestmarsch – bislang der Höhepunkt der niederländischen Anti-Neutronenbombenbewegung – war damit die zweitgrößte Demonstration, die dieses Land seit dem zweiten Weltkrieg erlebt hat.

Die Initiative „Stop de Neutronenbom"

Zur Vorgschichte: Am 19.August 1977 wurde von Mitgliedern der CPN (revisionistische KP der Niederlande) die Initiative „Stop de Neutronenbom" ins Leben gerufen. Schon in den ersten Wochen ihres Bestehens erhielt die Initiative große Zustimmung vor allem aus kirchlichen und akademischen Kreisen. Die ersten örtlichen Aktionsgruppen wurden gebildet. Eine wichtige Unterstützung ihrer Aktion bekam die Initiative durch eine Anzeige in der konservativen Tageszeitung „Trouw", worin rund hundert Menschen aus protestantisch-christlichen Kreisen zur Ablehnung der Neutronenbombe aufriefen.

Das Initiativkomitee beschloß dann, den Charakter der Kampagne

aufriefen.
Das Initiativkomitee beschloß dann, den Charakter der Kampagne



zu verändern: Es sollten nicht mehr nur Solidaritätsbekundungen einzelner Niederländer eingeholt, sondern mit der *„Idee der Volkspetition"* ein massenhaftes Votum gegen die N-Bombe organisiert werden: Jeder Niederländer sollte aufgefordert werden, per Unterschrift seinen Protest gegen die Neutronenbombe zu bekunden. Vier Wochen nach Beginn dieser Volkspetition hatte die Initiative bereits hunderttausend Unterschriften gesammelt. Im Land waren mehrere Kundgebungen durchgeführt worden, die Kommissionen für „Verteidigung" und Außenpolitik der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments führten eine Anhörung über die Neutronenbombe durch. Nico Schouten, Sekretär der Initiative und CPN-Mitglied, ist der Überzeugung, daß diese Anhörung unter dem Eindruck der Proteste beschlossen wurde.

Nach Protestaktionen vor dem niederländischen Parlament, der amerikanischen Botschaft und dem NATO-Hauptquartier, zahlreichen Informationsaktionen, „lay downs" auf Schulhöfen und Straßen und der Herausgabe des ersten „N-Bom Bulletin" wurde am 5.11. in Utrecht die erste größere Kundgebung der Initiative durchgeführt (s.a. AK 117, S.44). Die Kundgebung wurde von fünf mehr oder weniger linken parlamentarischen Parteien und zwei christlichen Organisationen getragen. Die zur christreaktionären CDA zusammengeschlossenen Parteien waren ebenfalls eingeladen worden – mochten aber nicht; revolutionäre Organisationen hätten wohl gewollt, durften aber nicht ....

Mitte November war die erste Viertelmillion Unterschriften beisammen! – Den großen Anklang, den die Aktion in schon so kurzer Zeit fand, erklärt sich Nico Schouten folgendermaßen: *„Es geht hier um einen konkreten Punkt: Nein sagen zur Neutronenbombe. Wir wollten keine anderen Sachen daran binden, so wie allgemeine Atombewaffnung, Verteidigung oder die NATO. In unserer Aktion wurde nur nach dem Standpunkt zur N-Bombe gefragt und nicht nach anderen Standpunkten zur Bewaffnung. Denn das würde eine Einengung der Aktion bedeutet haben. Aus diesem Grund meinten wir auch, daß die Bewegung auf der Grundlage individueller Verantwortlichkeit unterstützt werden muß. Dadurch läßt man weniger weitgehende oder weitergehende Standpunkte von Parteien und Organisationen unberührt und bildet doch kein Hindernis, um Unterstützung zu geben. Bisher unterstützten, was die politischen Parteien betrifft, nur die CPN und die PPR (Politieke Partij Radikalen = Radikaldemokraten, drei Sitze im Parlament – Anm. AK) die Aktion. Bei anderen Parteien geschieht das*

Radikaldemokraten, drei Sitze im Parlament – Anm. AK) die Aktion. Bei anderen Parteien geschieht das

individuell, obwohl machmal ganze Abteilungen insgesamt unterschrieben und mitarbeiten" (ebd.).

Die Mitarbeit der CPN hält das Initiativmitglied Karel Klaasen (PPR) für *„sehr wichtig, sie sind aktiv, man kann sich auf sie verlassen und sie liefern den größten Teil des aktiven Einsatzes"*. Widersprüche innerhalb des Komitees gäbe es hierzu nicht, da man ja als Person (und nicht als Parteimitglied) an der Aktion teilnähme, *„um zu verhindern, daß parteipolitischer Gewinn daraus geschlagen wird"* (ebd.)

Das Internationale Forum

Am Vorabend der für den 18./19.3. angesetzten Großveranstaltungen in Amsterdam konnte das Initiativkomitee eine beachtliche Bilanz seiner Tätigkeit ziehen: **1.116.000 Unterschriften unter die Volkspetition wurden in 6 Monaten gesammelt, 170.000 Aufkleber verkauft und zehnteausende der Plakate, die vorzugsweise in den Wohnungsfenstern aufgehängt werden.**

Am Internationalen Forum beteiligten sich rund 1.500 Gäste aus 29 Ländern Europas und Nordamerikas. Die westdeutsche Delegation bestand aus Vertretern des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, der DFG/VK, der DFU, der DKP, der VVN/Bund der Antifaschisten und des Bundes demokratischer Wissenschaftler (nach „die tat", 24.3.) – eine Zusammenstellung, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt.....

Das Forum am 18.März befaßte sich in Arbeitsgruppen und Plenarversammlungen mit den physischen, medizinischen und moralischen Aspekten der Neutronenbombe, ihrer Auswirkung auf die internationale Lage und die dagegen einzuschlagenden Aktionsformen. Am Forum nahmen aus den Niederlanden Vertreter der CPN, der Radikaldemokraten, der Pazifisten-Sozialisten und Christreaktion teil, nicht aber Vertreter der Sozialdemokraten. Roelof Kruisinga, der „Verteidigungsminister", der aus Protest gegen die Neutronenbombe von seinem Amt zurückgetreten war, sandte dem Forum ein Schreiben, in dem er seiner Hoffnung Ausdruck gab, *„daß das internationale Forum zur internationalen Meinungsbildung und zur Ablehnung der Produktion und Stationierung der Neutronenbombe beitragen möge"* (zit. nach „die tat", 24.3.).

50.000 gegen die Neutronenbombe

Am Tag darauf (19.3.) fand in Amsterdam dann die Demonstration gegen die N-Bombe statt.

Aus vielen Stadtteilen kamen klei-

sterdam dann die Demonstration gegen die N-Bombe statt.
Aus vielen Stadtteilen kamen klei-

ne Demonstrationszüge zum Sammelplatz. Über 50.000 Menschen zogen schließlich durch Amsterdams Straßen. Als die Spitze des Zuges bereits den Ort der abschließenden Kundgebung erreicht hatte, war der Abmarschort immer noch schwarz von wartenden Menschen.

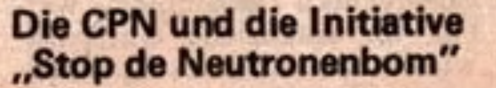
Rudi van de Velt, Mitglied der niederländischen Delegation auf dem Internationalen Forum und CPN-Gemeinderat in Amsterdam, eröffnete das abschließende Meeting, bei dem nur ein kleiner Teil der Demonstranten in der schon riesigen Jaap-Eden-Halle Platz gefunden hatte. Desweiteren sprachen u.a. der italienische Senator Luigi Andrelini, Prof. Drehfall, Präsident des Friedensrates der DDR, die amerikanische Friedenskämpferin Rose sowie der sowjetische Kosmonaut Makarow (Ankündigung: *„....im Januar noch um den Erdball kreisen, heute in der Jaap-Eden-Halle"*), der die sattsam bekannten, deshalb aber noch lange nicht wahren Schnacks von „friedlicher Koexistenz" und „Friedensbemühungen" Marke Sowjetunion unter die Leute brachte.

Nach dem Weltraumeroberer kam die nächsthöhere Instanz zu Wort, der Metropolit der griechisch-orthodoxen Kirche zu Athen.

Viel irdischer dagegen der Naturwissenschaftler Boeker von der Freien Universität Amsterdam, der zur Verbreiterung der Kampffront gegen die Neutronenbombe und zur Fortsetzung der Aktionen aufrief: *„Mit Massenaktionen werden wir die Neutronenbombe vernichten. Danach kommen die anderen Bomben an die Reihe!"* (nach „de Volkskrant" und „De Waarheid" vom 20.3.).

Die Delegation der DFG/VK auf der Amsterdamer Demonstration gegen die Neutronenbombe

Die CPN und die Initiative „Stop de Neutronenbom"



Die CPN und die Initiative „Stop de Neutronenbom"

Der gesamte Verlauf der Initiative „Stop de Neutronenbom" – sei es die Gründungserklärung, die Bündnispolitik oder die eingeladenen Personen und Organisationen – zeigt überaus deutlich die Handschrift der Revisionisten. Hiermit soll keinesfalls der Erfolg der Amsterdamer Massendemonstration herabgewürdigt werden, und auch nicht der Krafteinsatz der CPN-Mitglieder. Trotzdem läßt allein schon der zweifellos richtige Hinweis des Initiativmitglieds der PPR (s.o.), daß die Aktivitäten im wesentlichen von der CPN getragen würden, bei einer gewissen Kenntnis niederländischer Aktionen, an denen die CPN beteiligt war, skeptisch aufhorchen. So wurde z.B. auch das durchaus erfolgreich arbeitende Anti-Kalkar-Komitee (AKK) zwar nominell von Sozialdemokraten, Radikaldemokraten, Pazifisten-Sozialisten und CPN getragen, der gesamte organisatorische Apparat und ein wesentlicher Teil der Aktivitäten waren allerdings in den Händen der CPN. Als die CPN unmittelbar vor einer nationalen Demonstration gegen den Schnellen Brüter dem AKK aufgrund eines Kurswechsels gegenüber der Sozialdemokratie ihre Unterstützung entzog, brach auch das AKK binnen kurzem zusammen. Bei anderen Gelegenheiten, wo sich die CPN politisch nicht mehr durchsetzen konnte, spaltete sie die Initiative und zog ihren eigenen Laden auf (so z.B. in der Solidaritätsbewegung mit dem südlichen Afrika). Im Almelo-Bündnis konnte die CPN mit solchen Vorgehensweisen nicht mehr erfolgreich sein, da sich im Verlauf der Vorbereitungen eine gewisse Front gegenüber den Versuchen der CPN, Proteste abzuwiegeln oder Extratouren zu fahren, gebildet hatte. In der Initiative „Stop de Neutronenbom" und ihrem Umfeld wird jedoch bereits eine Teilnahme etwa der nicht gerade revolutionären Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) unter den Bedingungen der Gleichberechtigung abgeblockt. Was nach Auffassung des Initiativen-Sekretärs Nico Schouten die „breite Basis" des Bündnisses ermöglicht, daß nämlich „nur Personen", aber „keine Organisationen" im Komitee vertreten sind, bildet für die PSP gerade einen Hinderungsgrund. Frank Köhler, Leitungsmitglied der PSP, meinte dazu: *„Wir haben gesagt, daß wir nur unsere Unterstützung geben können, wenn wir gleichberechtigt im nationalen Sekretariat vertreten sind. Das ging nicht, die Machtverhältnisse sollten nicht verändert werden"* (zit.nach „Vrij Nederland", 25.3.).

Ein weiteres kritisches Moment bildet die Ablehnung einer weiterreichenden Perspektive durch das Initiativkomitee. In einem Interview sprach sich Schouten ausdrücklich gegen die Gründung *„neuer internationaler Organisationen"* und eine umfassendere Stoßrichtung aus: *„Wir müssen dabei bleiben, uns an unser Parlament und unsere Regierung zu wenden, mit der Begründung, daß durch massenhafte Aktionen die Beschlußbildung beeinflußt werden kann"* („achtergrond").

rung zu wenden, mit der Begründung, daß durch massenhafte Aktionen die Beschlußbildung beeinflußt werden kann" („achtergrond").

Im Gegensatz zur CPN machen sich die Radikaldemokraten Gedanken über eine Verbreiterung des Bündnisses durch die Bildung eines Beratungsorgans, *„worin verschiedene Gruppen zusammenarbeiten, die sich mit dem Problem der Kernbewaffnung beschäftigen"* („Vrij Nederland", 25.3.). Demgegenüber, so glaubt „Vrij Nederland", sei die Aktion gegen die Neutronenbombe jedoch nur als einmalige Initiative der CPN geplant gewesen: Bei einer Verbreiterung des Aktionsziels und der Einbeziehung weiterer Organisationen würden Differenzen auszutragen sein, *„und das ist etwas, wovor die CPN zurückschreckt"* (ebd.)

Auf diese Weise ist im Rahmen der Aktion die absurde, aber von den Revisionisten gewollte, Situation entstanden, daß die christreaktionäre CDA, die für den Ausbau der konventionellen Bewaffnung und selbstverständlich für den Verbleib in der NATO eintritt, einen Vertreter zu dem Internationalen Forum geschickt hat und der ehemalige CDA-„Verteidigungs"minister Kruisinga eine für zitierenswert befundene Grußbotschaft sendet, Gruppierungen aber, wie die Pazifistisch-Sozialistische Partei – von den revolutionären Gruppierungen ganz zu schweigen – die einen umfassenden antimilitaristischen Standpunkt einnehmen, eine gleichberechtigte Teilnahme verweigert wird.

Niederlande-Kommission

Haager Abweg

Unsere holländischen Nachbarn sind realistische Handelsleute. In der Politik neigen sie zum Träumen. Das macht sie sympathisch, als Bündnispartner aber zu einem Faktor der Unsicherheit.

Die Abstimmung des niederländischen Parlaments gegen die Neutronenwaffe war ein Fall von Selbstaufgabe. Nicht die Bedrohung durch Moskaus Raketen und die immer offensiver wirkenden Panzer und Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes spielten eine Rolle, sondern calvinistische Überzeugung, das Reich Gottes müsse sich schon auf Erden verwirklichen lassen.

Die NATO wird versuchen müssen, mit dem holländischen Beschluß zu leben. Bemerkenswert ist, daß die Holländer die Produktion der Neutronenwaffe als „nicht wünschenswert" bezeichnet, sie aber nicht rundweg abgelehnt haben. NATO-Beamte in Brüssel studieren das Kleingedruckte des Entschließungstextes auf der Suche nach tragfähigen Interpretationen. Auf klarere Signale der Holländer zur Selbstbehauptung der freien Welt läßt sich aber wohl nicht mehr hoffen.

Präsident Carter, der die Europäe[illegible]

Bundesimperialistischer Größenwahn

(aus „Die Welt", 9.3.78)

ZDL-er lassen sich nicht einschüchtern. Trotz 2.000 Disziplinarmaßnahmen neuer Warnstreik geplant.

Nach den erfolgreichen Aktionen im Januar hat das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) jetzt gegen 2.000 ZDLer, die sich am Streik beteiligten, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Vom Stellvertreter Ivens, Franz Strube, wurde vor der Presse angekündigt, daß die Ermittlungen *„sehr streng"* durchgeführt werden sollen!

Allerdings scheint das BAZ hier auf einige Schwierigkeiten bei den Dienststellen zu stoßen: Nach Auskunft von Strube *„seien manche Beschäftigungsstellen aus Solidarität mit Zivildienstleistenden nicht bereit, die Untersuchungen zu unterstützen."* Für diese „Sympathisanten" hat das BAZ dann auch schnell eine Drohung parat: *„In solchen Fällen könne unter Umständen eine weitere Zuweisung von Zivildienstleistenden versagt werden"* („FR", 15.2.78).

Über das Ausmaß der bisher eingeleiteten oder durchgezogenen Disziplinarmaßnahmen liegen bisher leider erst sehr wenige Informationen vor; die folgenden Beispiele sind deswegen wohl nur die Spitze des Eisberges:

+ Eine beliebte, weil scheinbar unauffällige Methode scheint es zu sein, die ZDLer nicht (wie sonst üblich), nach 6 Monaten Dienst in die nächsthöhere Soldstufe zu übernehmen. Für die Betroffenen bedeutet das einen Verlust von 60 DM im Monat. Solche Fälle sind aus Hannover, Tübingen und Hamburg bekannt geworden.
+ In Heidelberg wurde einem ZDLer, dessen Beamtenverhältnis für die Dauer des Zivildienstes ruht, durch seine Behörde die disziplinarische Ahndung des Mitstreikens angedroht.
+ In einer Hamburger Dienststelle dürfen sich alle ZDLer, die sich am Streik beteiligt haben und gegen die ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, nicht als Kandidat bei der Wahl des Vertrauensmanns aufstellen lassen. Hier wird also zusätzlich zu den Diszis auch noch das Recht auf eine wirkungsvolle Interessensvertretung der ZDLer massiv eingeschränkt!!

Die SOdZDL hat jetzt einige kleine Hinweise gegeben, wie sich die betroffenen ZDLer am besten verhalten und die Schwierigkeiten des BAZ noch etwas vergrößern können: Den ZDLern wird empfohlen, bei einer Vorladung zu einer Anhörung dort zwar zu erscheinen (weil das eine dienstliche Anweisung ist!!) allerdings auf die Ausfragerei nicht zu antworten, d.h. die Aussage zu verweigern. *„Denn kein ZDLer sollte dem BAZ bei seinen Ermittlungen noch unter die Arme greifen. Jeder hat das Recht, keine Angaben zur Sache zu machen. Dann muß die Dienststelle durch Zeugen nachweisen, daß man sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht hat. ... Sicherlich wird die Behinderung der Ermittlungsverfahren den Dienststellen eine Menge Arbeit machen. Es wäre also sicherlich gut, sich zumindest mit den Dienststellen, die sich mit uns im Streik solidarisch verhalten haben, gemeinsam zu überlegen, wie man den Jungs von der BAZ-Bürokratie ihre Maßnahmen sauer werden läßt!"* („Diskofo", 25. März 78).

Die Informationen über Disziplinarmaßnahmen sollen bei der Bundeszentrale der SO oder bei den Regionalsprechern gesammelt werden. Für die finanzielle Unterstützung wurde ein zentrales Spendenkonto eingerichtet!!

In der „Diskofo" wird bedauerlicherweise noch der Vorschlag zu einer „Selbstbezichtigungskampagne" der Streik-ZDLer gemacht. Dies in einer Situation, in der die massiven Drohungen von Iven gegen die ZDLer zwar vor dem Streik in der spontanen Bewegung keine Einschüchterung haben bewirken können, jetzt aber, wo die Bewegung etwas „runter" ist, doch viele ZDLer von weiteren Aktionen abhalten. Konkret wird das z.B. an der Ablehnung des Warnstreiks deutlich, die zwar vordergründig mit sehr linken Argumenten begründet wird (ein einstündiger Warnstreik sei einfach zu kurz, da könne man keine sinnvolle Informationsarbeit machen!!) – bei näherem Hinsehen zeigt sich dann aber doch in den meisten Fällen, daß die Angst vor neuen Repressionen das wesentliche Gegenargument ist!! Dies ist im Grunde auch ganz verständlich, da zunächst einmal jeder individuell von den Repressionen betroffen wird. Die Aktivitäten gegen die Einschüchterung und Repression müßten gerade erreichen, daß der gemeinsame Widerstand der ZDLer verstärkt wird, die Solidarität von Kollegen, Dienststellen usw. aufgebaut wird. Was nützt es den Betroffenen in dieser Situation, wenn sich weitere ZDLer beim BAZ melden und sich damit auch der Gefahr von Disziplinarverfahren aussetzen??

Neuer Warnstreik

Einen Tag nach der angekündigten Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts wollen die Zivildienstleistenden trotz der laufenden Repressalien wieder in einen auf eine Stunde befristeten Warnstreik treten. Auf einer Pressekonferenz in Bonn, an der neben der SO auch die Jusos und Judos beteiligt waren, wurde der Streik angekündigt, da davon ausgegangen werden muß, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf jeden Fall negativ für die Zivildienstleistenden ausfallen wird: Entweder werden die Karlsruher Richter eine Beibbehaltung der umstrittenen Gewissensüberprüfung verlangen oder aber zur Auflage machen, daß der Zivildienst zur lästigen Alternative ausgebaut wird, indem er auf 21, eventuell sogar 24 Monate verlängert wird!!

Desweiteren richtet sich der Warnstreik gegen die 2.000 eingeleiteten Disziplinarverfahren. Zur Unterstützung der Betroffenen soll in den nächsten Wochen eine Blutspendeaktion unter dem Motto: „Iven läßt die ZDLer bluten" durchgeführt werden. Zum Auftakt dieser Kampagne wurde Iven nach der Pressekonferenz ein Liter Blut symbolisch überreicht!!

+ In einer Hamburger Dienststelle dürfen sich alle ZDLer, die sich am Streik beteiligt haben und gegen die ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, nicht als Kandidat bei der Wahl des Vertrauensmanns aufstellen lassen. Hier wird also zusätzlich zu den Diszis auch noch das Recht auf eine wirkungsvolle Interessensvertretung der ZDLer massiv eingeschränkt!!

zwar vor dem Streik in der spontanen Bewegung keine Einschüchterung haben bewirken können, jetzt aber, wo die Bewegung etwas „runter" ist, doch viele ZDLer von weiteren Aktionen abhalten. Konkret wird das z.B. an der Ablehnung des Warnstreiks deutlich, die zwar vordergründig mit sehr linken Argumenten begründet wird (ein einstündiger Warnstreik sei einfach zu kurz, da

wird!!

Desweiteren richtet sich der Warnstreik gegen die 2.000 eingeleiteten Disziplinarverfahren. Zur Unterstützung der Betroffenen soll in den nächsten Wochen eine Blutspendeaktion unter dem Motto: „Iven läßt die ZDLer bluten" durchgeführt werden. Zum Auftakt dieser Kampagne wurde Iven nach der Pressekonferenz ein Liter Blut symbolisch überreicht!!

Das BAZ schlägt zurück

Als ein nichtsahnender ZDLler an das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) schrieb und seine Personalakte anforderte, erhielt er folgenden frechen Antwortbrief: *„Von der Bundesdelegiertenkonferenz der SOdZDL ist im Dezember 77 beschlossen worden, daß möglichst viele ZDL zu Beginn der Aktionswoche ihre Personalakten beim Bundesamt für den Zivildienst anfordern sollen, ‚und zwar auf eine Weise, die dem BAZ Sand ins Getriebe streut und von ihm nicht übersehen werden kann'. Die Selbstorganisation ist dabei folgender Auffassung: ‚Das BAZ ist ohnehin überlastet mit der Aufarbeitung und Rücksendung von 80.000 Personalakten ungedienter KDV an die Kreiswehrersatzämter. Kommen unsere Anforderungen noch dazu, so bricht der Betrieb völlig zusammen, was vor allem die evtl. Einleitung von Disziplinarverfahren gegen streikende ZDL erheblich erschwert'.*

Zu diesem Zweck hat die Selbstorganisation ein Antragsformular zur Personalakteneinsicht veröffentlicht. Sie haben sich diesem Aufruf angeschlossen und unter Verwendung des von der Selbstorganisation veröffentlichten Formulars Einsichtnahme in Ihre Personalakte beantragt. Aus diesem Grund betrachte ich Ihren Antrag als mißbräuchlich und bin daher nicht bereit, Ihre Personalakte zum Zwecke der Einsichtnahme an Ihre Beschäftigungsstelle zu übersenden!

Sollten Sie jedoch ernsthaft an einer Einsichtnahme in Ihre Personalakte interessiert sein, kann sie im Bundesamt für den Zivildienst in Köln eingesehen werden. Ich stelle Ihnen anheim, nach Terminvereinbarung hier auf eigene Kosten anzureisen und Einsicht in die Akte zu nehmen!"

Erfreulich ist natürlich allein schon, wieviel Arbeit das BAZ jetzt mit der Verschickung solcher Briefe hat... zu überprüfen wäre weiter, ob sich das BAZ hiermit nicht auch juristisch ins Fettnäpfchen gesetzt hat, denn es ist schließlich das Recht eines jeden ZDLlers ...

Nur könnte die Wahrnehmung dieses Rechtes wegen „Arbeitsüberlastung die Durchführung der Disziplinarmaßnahmen behindern ... und da muß das Recht dann doch lieber aufgehoben werden!

Regionalkonferenzen der SO bestätigen Aktionswoche

Zur Vorbereitung der geplanten SO-Aktionen sind die verschiedenen Regionalkonferenzen der SO zusammengetreten, auf die jede Gruppe Delegierte entsenden kann. Die geplanten Aktionen wurden dabei noch einmal ausdrücklich bestätigt.

West:
Auf der Konferenz am 2.4. nahmen 16 Gruppen teil. Zunächst wurde ein Brief an die DFG/VK verabschiedet, in dem die Ablehnung einer gemeinsamen Aktion bedauert wird. Die angeblich rechtlichen Schwierigkeiten dafür werden als grundlos bezeichnet, auch im Januar habe die DFG/VK einen Streikaufruf mitunterzeichnet. Nur der anwesende DFG/VK-Zivildienstreferent für NRW stimmte gegen diesen Brief. Der Antrag auf Distanzierung vom Bombenanschlag auf das BAZ in Köln kam ebenfalls nicht durch (Antrag vom Regionalsprecher/Mitglied der DFG/VK). Die SO habe damit nichts zu tun. Schon jetzt lag eine Übersicht von rund 300 ZDLern vor, die sich am Warnstreik beteiligen wollen, zusätzlich zu Veranstaltungen etc.

Nord:
Zehn SO-Gruppen hatten sich auf einem Regionalseminar am 25.3. eingefunden. Neben der Aktionswoche wurde die umstrittene Ausweitung der SO über die ZDLer hinaus diskutiert. Es stellte sich heraus, daß in allen anwesenden Gruppen bereits Nicht-ZDLer erfolgreich mitarbeiten.

Es wurde in Resolutionen gegen die Neutronenbombe und einen Musterprozeß gegen Antimilitaristen bei der Bundeswehr Stellung bezogen.

Zum Russell-Tribunal, das von der SO unterstützt wird, soll im Frühsommer eine Arbeitskonferenz abgehalten werden, wobei auch andere antimilitaristische Gruppen eingeladen werden sollen. Eine Dokumentation über verfolgte KDVler soll vorbereitet werden.

Mitte:
Aus zwölf Städten trafen am 18.3 Delegierte zusammen.

Auch hier gab es nur wenige Stimmen gegen den Streik – wie etwa, man wolle später, aber dafür dann einen Tag streiken. Auf geplanten ZDL-Versammlungen soll ausführlich über die laufenden Disziplinarmaßnahmen diskutiert werden.

Auch hier wurde vom SO-Sprecher (DFG/VK-Mitglied) eine Distanzierungserklärung vom Bombenanschlag aufs BAZ vorgelegt. Doch außer ihm trat schließlich keiner dafür ein. Offensichtlich keineswegs ein einheitlicher DFG/VK-Standpunkt (über die Hälfte der Delegierten waren DFG/VK'ler).

In der Diskussion war u.a. auf die Distanzierungskampagne während der Schleyer-Entführung hingewiesen worden, was häufig die Distanzierer erst richtig „in Verdacht" brachte.

Süd:
Dort waren am 18./19. zehn SO-Gruppen vertreten.

Nach längerem Informationsaustausch über den Stand der Gruppen, die gelaufenen und geplanten Veranstaltungen wurde nahezu einhellig die geplanten Aktionen gebilligt, wenn es auch den einzelnen Gruppen überlassen wurde, ggf. alternative Aktionen wie Hungerstreik oder Wehrpaßverbrennungen durchzuführen. Abschließend wurde noch eine Erklärung zur Unterstützung der Nürnberger Russell-Veranstaltung während des Tribunals verabschiedet.

DFG/VK kneift !!!

Während praktisch alle Gruppen und Organisationen, die den Aufruf der SO zu den Januar-Aktivitäten untesstützt haben, auch dieses Mal wieder mit von der Partie sind und zusätzlich erfreulicherweise noch etliche Persönlichkeiten (wie P.P.Zahl, Franz-Josef Degenhardt, Quickborn, Zwerenz, Flechtheim und einige andere) unterschrieben haben, versucht sich die DFG/VK mit sehr fadenscheinigen Argumenten aus der Affäre zu ziehen: In einem Brief versucht Günther Knebel das so zu begründen: *„Der ganze Aufruf läßt den Eindruck entstehen, daß die Aufrufer lediglich gegen die negative ‚Umwandlung des ZD's sind und befürchten, der Zivildienst solle ‚unattraktiver' (Frage: ist er denn jetzt ‚attraktiv'?) gemacht werden. Die alleinige Forderung ‚Kampf dem Arbeitsdienst' verkürzt unseres Erachtens unseren Kampf auf eine reine Defensiv-Position ... Wir bitten also darum, die Forderung ‚Kampf dem Arbeitsdienst' jeweils durch die Forderung ‚Für einen sinnvollen Zivildienst' zu ergänzen. Desweiteren ist der vorletzte Satz des Aufrufs und die letzte Forderung im Aufruf-Text (‚ZD-Streik Bundesweit') problematisch, weil sie u.E. nirgendwo beschlossen wurde und juristische Probleme aufwirft. Um den Eindruck zu vermeiden, daß alle Aufrufer bzw. Unterzeichner auch zum „einstündigen Streik" aufrufen, bitten wir darum, besonders herauszustellen, daß nur die SOdZL – als juristisch nicht fassbare Organisation – zum Streik der ZDL aufruft. Technisch läßt sich das ganze einfach dadurch erreichen, daß der Unterzeichnerliste folgende Bemerkung vorangestellt wird: „Die Forderungen der SOdZDL werden von folgenden Organisationen unterstützt: Unterzeichnerliste folgt ...".*

Interessant zunächst, daß dieser Antwortbrief dem verantwortlichen SO-Kollegen n a c h Abschluß der Unterschriftenliste für den Aufruf zugesandt wurde. Aber obwohl sich Knebel so viel Zeit zur Beantwortung genommen hat, ist doch nicht gerade etwas sehr Kluges und Überzeugendes dabei herausgekommen! Daß die DFG/VK die Forderung „Kampf dem Arbeitsdienst" nur noch in Verbindung mit ihrer speziellen Parole „Für einen sinnvollen Friedensdienst" unterschreiben kann, ist Knebel wohl auch erst in den letzten Wochen klargeworden! Bei den Aktionen der DFG/VK im Februar konnte ihre „Friedensdienst"-Parole jedenfalls noch mühelos gegen die SO-Forderung a u s g e t a u s c h t werden!

Die „juristischen Bedenken" sind entweder als gezielte Abwiegelei generell gegen einen Streik der ZDL-er zu verstehen oder man muß sie tatsächlich als bewußte Provokation auffassen: Die SO ist genauso wie die DFG/VK juristisch greifbar, über die Bundeszentrale, über die Regionalsprecher und über unzählige örtliche Kontaktadressen!! Desweiteren sind es gerade im Augenblick doch die ZDL-er selbst (und nicht Mitglieder des DFG/VK-Bundesvorstandes!), die von den Repressionen des BAZ betroffen sind und betroffen werden können. Den letzten Trick – Unterstützung der Forderungen ja – Unterstützung der Aktionen nein – hätte sich Knebel wirklich lieber schenken sollen – beim Streik im Januar hat er auch nicht solche Mätzchen gemacht!

DFG/VK Bundesvorstand wittert KB-„Drahtzieher" in der SO

Anfang März gaben acht SO-Mitglieder (nahezu alle Mitglieder der Aktionsleitung der SO) eine Dokumentation zur Auseinandersetzung mit der DFG/VK heraus. Inzwischen

„KB-Regionalsprecher" in der SO eine halbe Stunde per Lautsprecher suchen, der dann zwei Stunden später laut eigenem Bekunden krank, aber über jeden „Zweifel an seinem

DFG/VK Bundesvorstand wittert KB-„Drahtzieher" in der SO

Anfang März gaben acht SO-Mitglieder (nahezu alle Mitglieder der Aktionsleitung der SO) eine Dokumentation zur Auseinandersetzung mit der DFG/VK heraus. Inzwischen wurde innerhalb der DFG/VK und an alle SO-Gruppen eine Antwort von Günter Knebel vom Bundesvorstand der DFG/VK verschickt.

Richtig werden in der Antwort noch die Vorwürfe der SO-Kollegen wiedergegeben!

- *„Die DFG/VK hätte ‚hinter dem Rücken des SO' eine weitere Demonstration geplant;*
- *die DFG/VK hätt*
  Rücken des SO

- *„Die DFG/VK hätte ‚hinter dem Rücken der SO' eine weitere Demonstration geplant;*
- *die DFG/VK hätte Absprachen mit Vertretern der SOdZDL nicht gehalten;*
- *auf der DFG/VK-Kundgebung in Bonn hätte nicht der beauftragte Regionalsprecher der SO sprechen dürfen;*
- *die DFG/VK würde bestimmten Funktionären der SOdZDL zu Unrecht den Vorwurf machen, sie wollten einen Konkurrenzverband zur DFG/VK aufmachen."*

Es folgen längere Erläuterungen, warum man sich damit überhaupt auseinandersetzen und daß die Vorwürfe *„im Einzelnen, Punkt für Punkt und sogar an Hand des Beweisführungsversuches der Autoren widerlegt werden ... k ö n n e n"*. Aber das „Hick-Hack" wolle man vermeiden. Stattdessen ist Knebel auf einen anderen Trichter gekommen: Er schnuppert überall dort den KB, wo es die Auseinandersetzungen mit der DFG/VK gibt.

Die gesamte Debatte über die Erweiterung der SO (über ZDLer hinaus) würde offensichtlich *„als Diskussionsgegenstand von KB-Mitgliedern eingebracht"*.

Alle Ehre macht uns auch die eingeschätzte Stärke des KB in der SO: So würde in der SO offensichtlich das *„KB-Kommunikationssystem"* bisweilen ersatzweise benutzt.

Da dünkt sich ein KB-Mitglied offensichtlich als *„wichtigster Mann in der SO"*, der zusammen mit seinem Regionsprecher-Kollegen sogar dem DFG/VK-Bundesvorstand nicht mehr zu verhehlen braucht, *„daß ohne sie in der SO nichts mehr ginge"*. Da muß die DFG/VK nach einem „KB-Regionalsprecher" in der SO eine halbe Stunde per Lautsprecher suchen, der dann zwei Stunden später laut eigenem Bekunden krank, aber über jeden *„Zweifel an seinem gesundheitlichen Wohlbefinden"* erhaben, ankommt. Das alles *„erhärtet"* natürlich *„den Verdacht..., daß nicht nur die Politik des DFG/VK angegriffen werden soll, sondern daß der ‚Kommunistische Bund' versucht, die gesamte Bewegung der Kriegsdienstgegner, das Engagement der Pazifisten für ihren g e w a l t l o s e n Kampf gegen Krieg und Unterdrückung anzugreifen".* –

Dieses Drahtzieher-Muster, das Knebels Stellungnahme von Anfang bis Ende durchzieht, müßten wir dann ungefähr nach dem Muster kontern, daß hier und dort die DKP-Drahtzieher in der DFG/VK sitzen, die ja bekanntlich nicht nur Maoistenschnüffler, sondern auch Maoisten-Hasser sind, wovon sich Knebel hier hat anstecken lassen.

Aber wir wollen (im nächsten AK) darauf ernsthafter eingehen. Doch bereits offensichtlich ist, daß die SO-Dokumentation über die DFG/VK sehr lesenswert ist!

Für 1,– DM kann sie bei Andreas Sielaff, Geesmoor 29, 2000 Hamburg 61 bestellt werden.



Reutlingen. Das Oberschulamt Tübingen verweigert der Reutlinger Lehrerin Sabine F. die Übernahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien. Begründung: Sie sei „zumindest" 1973 Mitglied der DKP und des MSB Spartakus gewesen und habe für den MSB auch für das Tübinger Studentenparlament kandidiert.

Außerdem sei sie auf Einladung der FDJ zu einer Tagung nach Dresden gefahren. Das Berufsverbot für Sabine ist ein weiteres Beispiel für die in den CDU/CSU-regierten Bundesländern immer häufiger angewandte Praxis, Lehrern (und zunehmend auch Juristen) nicht einmal mehr die Beendigung ihrer Ausbildung zu „gestatten", wozu die Absolvierung des Vorbereitungsdienstes notwendig ist. Diese Verschärfung der Berufsverbotepraxis wurde von der CDU bewußt gegen das BVG-Urteil von 1975 beschlossen, in dem es immerhin noch hieß, daß der Zugang zum öffentlichen Dienst nicht beschränkt werden dürfe.

***

Freiburg. In der Auseinandersetzung um den Rausschmiß des Studenten Günter R. aus der katholischen Fachhochschule Freiburg (wegen des Verteilens von MSB-Flugblättern) gab es jetzt eine erste gerichtliche Entscheidung. Vor dem Arbeitsgericht Freiburg kam es zu einem „Vergleich" darüber, daß fünf der zehn wegen Solidarität mit Günter R. gekündigten Lehrbeauftragten weiter beschäftigt und die Kündigungen als ungültig erklärt werden.

***

Frankfurt. Einen Gegenbericht zu dem von der Bundesregierung der UNO vorgelegten Bericht über die buchstabengetreue „Einhaltung der UN-Menschenrechtsdeklaration in der BRD" will der „Verband demokratischer Juristen" (VDJ) für die UNO erarbeiten. Darin soll vor allem die Berufsverbotepraxis in der BRD zur Sprache kommen.

***

Bochum. Seltene Wege nahm das Berufsverbotsverfahren gegen den Bochumer Oberstadtdirektor Werner Sch., der 1975 zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden sollte: Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion (dem die SPD-Fraktion gerne Folge leistete), wurde eine „verfassungs(schutz)rechtliche" Überprüfung Sch's. vorgenommen. Obwohl die Schnüffler auf Sch's DKP–Mitgliedschaft stießen, gelangte die Bochumer Verwaltungsspitze zu der Auffasung, daß ihm keine verfassungswidrigen Aussagen oder Aktivitäten vorzuwerfen seien und er daher einen Rechtsanspruch auf Verbeamtung auf Lebenszeit habe. Der für die Ernennung und Entlassung von städtischen Beamten zuständige Bochumer Oberstadtdirektor Jahofer (SPD) wandte sich nun an den Regierungspräsidenten und über ihn an den Innenminister von NRW, Hirsch (FDP)

Diese beiden teilten der Stadt Bochum mit, daß sie eine Ernennung Sch's zum Beamten auf Lebenszeit a b l e h n e n. So sieht sie aus, die „Solidarität der Demokraten".

***

Hamburg. *„Insgesamt läßt sich festhalten, daß die Aktionen zum sechsten Jahrestag (des Ministerpräsidentenerlasses über Berufsverbote) im ganzen und im einzelnen deutlich zeigen, daß die Kräfte, die die Berufsverbote bekämpfen, zunehmen, daß die Diskussionen vertieft und verbreitert ablaufen."* Zu dieser optimistischen Einschätzung der Bewegung gegen die Berufsverbote kommt der Arbeitsausschuß der **Initiative Weg mit den Berufsverboten".**

Eine Einschätzung übrigens, die nahezu unverändert in jedem Jahr wieder zum Besten gegeben wird.

In diesem Jahr scheint sie aber besonders nötig zu sein: So steht der Bericht des Arbeitsausschusses in der „tat" vom 24.3. wohl kaum zufällig direkt unter einem Artikel, in dem Mitglieder des Arbeitsausschusses nochmals ihre Ablehnung des Russel-Tribunals „begründen".

So gesehen scheint es für die Revis um so notwendiger, die eigenen Aktivitäten so groß wie nur irgend möglich herauszustellen.

Neue Berufsverboteverfahren bei der Bundesbahn

Die Berufsverbotspraxis bei der Bundesbahn (die bekanntlich einen SPD-Minister als obersten Dienstherrn hat), weitet sich immer mehr aus. Das jüngste Beispiel hierfür sind die Ermittlungsverfahren gegen zwei bereits auf Lebenszeit verbeamtete Bundesbahnangehörige, denen ihre DKP-Mitgliedschaft zur Last gelegt wird. Einer von ihnen, der Bundesbahnhauptsekretär Hans Sch. aus Homburg erhielt sogar vor zwei Jahren eine Dankurkunde der Bundesbahn für die in 25(!) Jahren *„dem deutschen Volk geleisteten Dienste".* Wenige Monate später erhielt derselbe Kollege von der Bundesbahndirektion Saarbrücken die Ankündigung seines Berufsverbots:

„Nach unseren vorliegenden Erkenntnissen sind sie Mitglied der Deutschen kommunistischen Partei (DKP) ... Wegen des Verdachts von Pflichtverletzungen werden Sie zu einer Anhörung für Ende des Monats Oktober vorgeladen ... Bei dieser Vorladung sollen Sie auch gehört werden, wie Sie zu den Zielen der DKP – Sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats (= Sozialistische Umwälzung und Macht der Arbeiterklasse) – stehen".

Eine ähnliche Vorladung erhielt auch der Oberwerkmeister Herbert G. Ihm wird unter anderem vorgehalten, daß er 1969 mit einem „Friedenszug" in die Sowjetunion und 1974 auf Einladung des FDGB nach Cottbus (DDR) gereist sei.

Die Erklärung der beiden „Beschuldigten", sie hätten eine „positive Haltung" zum Grundgesetz und zur Verfassung des Saarlandes, wurde von der Bundesbahndirektion als eine „verbale Schutzbehauptung" zurückgewiesen:

„Nach wie vor besteht der begründete Verdacht, daß Sie – über eine bloße Mitgliedschaft hinaus – sich mit den Zielen der DKP identifizieren und aktiv für diese Partei tätig waren und sind. Die Ziele der DKP sind aber nach Auffassung der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 7/4231 vom 29.10.1975) verfassungsfeindlich ...".

Die beiden Kollegen haben sich inzwischen mit einem Brief an den obersten Dienstherrn der Bundesbahn gewandt (Minister Gscheidle, SPD), in dem sie ihn auffordern, mit Nachdruck für die *„Rückkehr zu demokratischen Prinzipien"* einzutreten.

Damit wenden sie sich offensichtlich an den falsche Adresse. Ist es doch die SPD-Bundesregierung, die ständig die Berufsverbotepraxis in den bundeseigenen Betrieben verschärft hat. Es ist damit zu rechnen, daß das Verfahren gegen die beiden Kollegen mit der Verhängung von Berufsverboten enden wird.

Verfassungsschutz schnüffelt auch in Büchereien

Daß der VS Informationen über "Staatsfeinde, Symphatisanten und Terroristen" auch aus Bibliotheken bezieht, ist bekannt. Wie groß das Ausmaß dieser Bespitzelung ist, kann man bisher nur ahnen: *"Etwa 20 konkrete Fälle politischen Drucks und versuchter Einflußnahme auf öffentliche Bibliotheken wurden 1977 registriert, 'nur die Spitze eines Eisberges', wie ein namhafter Bibliotheksdirektor versichert."* (FR, 30.3.78). Schon 1976 wurden im Zuge der Fahndung nach den "Hinrichtern" von Drenkmann zwei Verfassungsschützer in der FU-Bibliothek gesichtet, die sich *"nach den Buchausleihmodalitäten und darüber, ob eine Kontrolle der Identität der Personen, die Bücher ausleihen, durch die Vorlage des Personal- bzw. Studentenausweises stattfindet"* erkundigen (FR, 30.3.78). Diese beiden Herren wurden seinerzeit aus der Bibliothek hinausgeworfen.

Aber es liegen auch andere konkrete Beweise und Fälle vor, in denen der VS aktiv wurde:

Fall 1: "Ein Benutzer der Bibliothek der Stadt X, der mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft... Günter Sonnenberg in der Strafanstalt besucht und mit ihm gesprochen hatte, fertigt ein Gedächtnisprotokoll an und fotokopiert es mehrmals. Eine solche Fotokopie wird im Lesesaal der Bibliothek gefunden, der Besucher Sonnenbergs hatte es dort vergessen. Auf der Rückseite eines der Blätter steht ein Name, vom Stammheim-Besucher ohne jeden Bezug zu seinem Gespräch mit Sonnenberg notiert, möglicherweise als Gedächtnisstütze. Zu seiner großen Überraschung und zur noch größeren des Trägers jenes notierten Namens schaltet sich der Verfassungsschutz ein und nimmt den 'durch puren Zufall Notierten', wie der Sonnenberg-Besucher beteuert, eindringlich unter die Lupe. Seitdem macht er sich berechtigte Gedanken darüber, wie er wieder aus der Kartei des Staatsschutzes getilgt werden könnte.

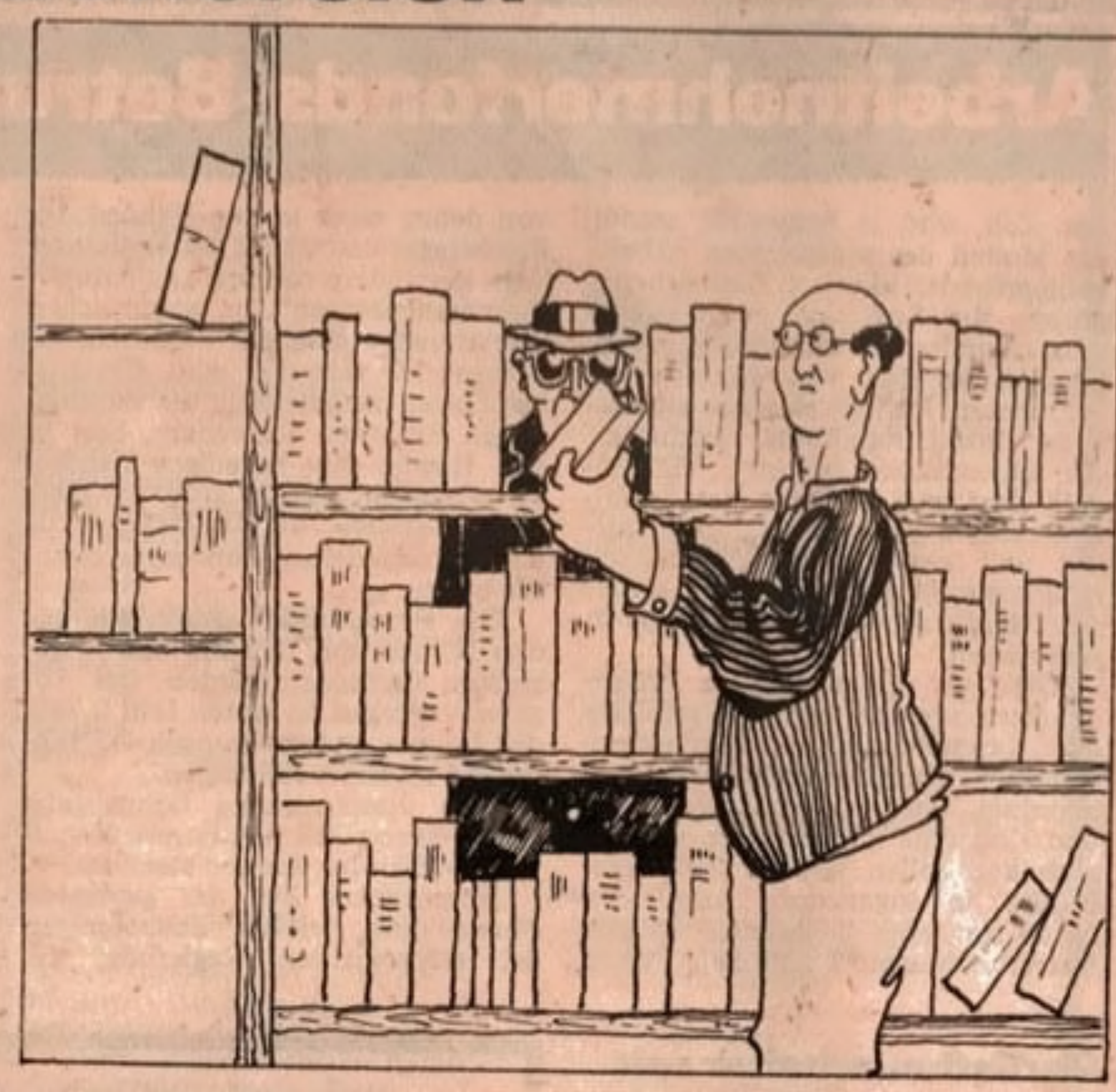
Wie gelangt das Gedächtnisprotokoll aus dem Lesesaal der Bibliothek an den Staatsschutz?

Mag die Erklärung naheliegen, daß eifrige Bibliotheksangestellte den Verfassungsschutz eingeschaltet haben, so ist der Fall 2 schon bedenklicher:

Ein drogenabhängiger Jugendlicher in der Stadt Y erhält Besuch von der Kripo. Die sucht nach Rauschgift und findet auch prompt welches: Bücher, genauer 'linke' Bücher, oder was Kripo-Beamte so dafür halten. 'Die Rosenhofstraße' beispielsweise war darunter, verfaßt von dem bekannten kommunistischen Romancier Willi Bredel in der Weimarer Republik, ferner der vietnamesische Erzählband 'Kämpfendes Saigon', dann Graham Green und – sinnigerweise – George Orwells '1984'.

Da außerdem...ein Freund des Verdächtigen Kommunist war, gab die Kripo den Fall an den Verfassungsschutz weiter. Der ging – wie selbstverständlich – in die Bibliothek und ließ sich zeigen, welche Bücher der Jugendliche im Laufe der Zeit ausgeliehen hatte. 'Wir wollen ermitteln, ob er sich auch für weitere Bereiche interessiert', lautete die lakonische Begründung. Die Rechtsanwälte des jungen Mannes legten Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Beamten und gegen den Bibliotheksdirektor ein.

Fall 3: Eine Junge Zahnärztin in der Stadt Z gerät aus ihr unerfindlichen Gründen in die Kartei des Verfassungsschutzes. Dessen Beamte sprechen im Zuge der Ermittlungen ebenfalls bei der Ausleihung der Bibliothek vor und lassen sich den Computerausdruck mit den entliehenen Buchtiteln der Frau geben. Sie finden vorbehaltlose Unterstützung, das EDV-Personal der Bibliothek ist sogar mit Feuereifer bei der 'Fahndung' und rückt alle gewünschten Daten heraus. Die Direktion der Bibliothek war in diesem Falle nicht informiert worden, die Herren vom Verfassungsschutz hatten sich gleich an die zuständigen Personen gewandt." (FR, 30.3.78). Diese und andere Fälle führten dazu, daß sich die Mitgliederversammlung des Vereins der Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken (VBB) am 23.10.77 und der Bibliothekarstag 1977 in Bremen sich mit diesem Thema befaßten und aufforderten *"die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und alle Vorfälle, die die Einschränkung der Meinungsfreiheit bewirken könnten, den Vereinsvorständen zu melden"* (FR 30.3 78).



"Die Bibliothekare wollen jetzt an die Öffentlichkeit treten. Sie glauben, über genügend Indizien zu verfügen, die – abermals – eine erschreckende Entwicklung belegen, zumindest ankündigen. Denn der Griff nach dem gedruckten Wort, damit auch nach der Meinungsfreiheit, ist ja nur ein Symptom für die Demontage des Rechtsstaats. ,Es ist wieder einmal Zeit, Widerstand zu leisten', sagt ein Büchereidirektor, ,es muckt keiner mehr auf, das ist ja das Irre" (FR, 30.3.78)

Keine Zensur und Bespitzelung in den Bücherhallen!!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Hamburg. Die beiden vom Berufsverbot betroffenen Hamburger Lehrer Hans-Werner Sch. und Sabine B. (siehe Artikel in AK 120 und 123) haben u.a. anläßlich des Russel-Tribunals eine Dokumentation über ihre Berufsverbotefälle herausgegeben.

Beiden war von Seiten des Senats die Teilnahme an Veranstaltungen des KB und darüberhinaus (ohne den Funken eines Beweises) die Mitgliedschaft im KB vorgeworfen worden. Anstelle von Beweisen hatten die Berufsverbotebürokraten eine „innere Bindung" der beiden Kollegen an den KB konstruiert.

Ein Musterbeispiel dafür, wie im „liberalen" Hamburg Berufsverbote gemacht werden. In dem Vorwort zu ihrer Dokumentation schreiben die beiden Kollegen:

„Anhand einer Auswahl von Originaldokumenten aus den gegen uns gelaufenen bzw. noch laufenden Berufsverboteverfahren wollen wir einer breiteren Öffentlichkeit einen genaueren Einblick in den Ablauf solcher Erfahrungen ermöglichen.

Deutlicher als es die Berufsverbieter selbst in ihren Schriftsätzen und Erklärungen tun, kann kein Berufsverbotegegner den ganzen Zynismus dieser Leute und das Geschwätz von einem angeblich ‚rechtsstaatlichen' Verfahren entlarven.

Wir wollen deshalb in dieser Dokumentation die Berufsverbieter selbst reichlich zu Wort kommen lassen". Die Dokumentation kann bestellt werden bei:
Sabine Breustedt
Fährstr. 87
2102 Hamburg 93

Skandinavien

Arbeitnehmerfonds-Betrug an der schwedischen Arbeiterklasse!

Zur Zeit wird in Schweden erneut das Modell der sogenannten Arbeitnehmerfonds diskutiert. Eine Arbeitsgruppe der SAP und des Gewerkschaftsbundes LO entwickelte in Anlehnung an das vom bürgerlichen Ökonomen Rudolf Meidner entwikkelte Investitionsmodell zugunsten der schwedischen Industrie, ein Modell, das nach Meinung der Sozialdemokraten geeignet ist, *„ein starkes und entwicklungsfähiges Wirtschaftssystem mit steigender Wohlfahrt und sicheren Arbeitsplätzen zu garantieren"*.

Die jetzt vorgeschlagenen Arbeitnehmerfonds, die auf der Grundlage der „Kapitalbildung und der Gewinnverteilung" basieren sollen, sehen im einzelnen vor: Aktiengesellschaften und Konzerne mit mehr als 500 Angestellten sollen jährlich 20% ihrer Profite in sogenannte Ausgleichsfonds steuerfrei investieren. Es gibt hierfür insgesamt 2 nationale Fonds, von denen einer in den Händen des Reichstages und damit der Regierung liegt, der andere von den „Arbeitnehmerorganisationen", im wesentlichen also vom schwedischen Gewerkschaftsverband LO verwaltet wird. Ein dritter Fonds, aufgeteilt in die verschiedenen Regionen Schwedens, liegt in den Händen der jeweiligen Landesverwaltungen, also der großen bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit in den verschiedenen Landesparlamenten bilden.

Die Fonds sollen zusätzlich aus den Löhnen der Arbeiter und Angestellten finanziert werden. Die Abgaben betragen im ersten Jahr 0,75% des Lohnes und sollen nach 4-5 Jahren auf maximal 3% steigen.

Eine dreiprozentige Lohnabgabe würde einen jährlichen Fondszuschuß von 6 Milliarden Kronen bedeuten.

Wesentliches Ziel der geplanten Fonds-Politik bilden Bestrebungen der schwedischen Regierung, die Exportindustrie anzukurbeln. So sollen die Arbeitnehmerfonds als Anleihen für die schwedische Industrie verwandt werden.

Alles in allem steht hinter den geplanten Arbeitnehmerfonds die Absicht, durch staatliche Lohnsenkungen das schwedische Kapital auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Um den Widerstand der Arbeiterklasse möglichst gering zu halten, werden die geplanten Maßnahmen sehr eng mit Mitbestimmungsillusionen verbunden. So werden jährlich gegen die Lohnabgaben der Beschäftigten Aktien ausgegeben, die jedoch nicht aus den jeweiligen Unternehmen entfernt werden dürfen. Auf diese Weise soll vorgegaukelt werden, daß jeder Arbeiter als Aktionär gleichzeitig Mitinhaber des Betriebes sei. Diese Politik der Klassenversöhnung wurde seit langer Zeit vorbereitet und bildet eine konsequente Fortsetzung der von der Sozialdemokratie entwickelten „solidarischen Lohnpolitik".

In diesem Zusammenhang gewinnt das Modell der Arbeitnehmerfonds neben seiner Funktion als staatliche Investitionsmöglichkeit auch ideologische Bedeutung. Nach den „wilden" Streiks 1969/70 fiel es den schwedischen Gewerkschaftsführern immer schwerer, ihre Tarifpolitik, eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbund, Staat und Kapitalisten, als solidarische Lohnpolitik zu verkaufen. So sah die staatliche Lohnpolitik bis jetzt vor, insbesondere die Lohnentwicklung in der Exportindustrie zu bremsen, um die Gewinn- und Kostenlage dieses Industriezweiges zu schützen. Dies geschah vor dem Hintergund, daß in diesen expandierenden Zweigen die Löhne gewöhnlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Deshalb wurde im Interesse des schwedischen Kapitals von den besser verdienenden Arbeitern in den Exportindustrien Solidarität mit den schlechter bezahlten in Gestalt von Maßhalten bei ihren Forderungen während der Tarifverhandlungen verlangt. Auf diese Weise wurden ungeheure Profite in den produktiven Zweigen der Industrie, also im Export erzielt, während das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse gesenkt wurde. Hiergegen richtete sich immer stärker der Widerstand der schwedischen Arbeiterklasse, der sich insbesondere in den „illegalen" Streiks insbesondere der höher bezahlten Arbeiter ausdrückte. Im Scheitern dieser Politik wurden schon 1975 die ersten Diskussionen um die sogenannten Arbeitnehmerfonds geführt, gekoppelt mit „Reformen" wie das 1977 verabschiedete Mitbestimmungsmodell.

Dieses Gesetz bezieht die Gewerkschaften neben der Lohnpolitik auch in die Arbeits- und Unternehmensführung mit ein, ein erster Schritt also in die Richtung gemeinsamer Unternehmens- und Gesellschaftsplanung im Interesse des schwedischen Kapitals. Durch die Mitarbeit von Gewrkschaftsvertretern bei Investitionen und Rationalisierungen soll von vornherein ein größerer Widerstand der Arbeiterklasse verhindert werden. Parallel hierzu bietet das Mitbestimmungsgesetz den schwedischen Kapitalisten die Möglichkeit höherer Strafzumessung bei der Teilnahme an sogenannten illegalen Streiks.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch das Modell der „Arbeitnehmerfonds" an Bedeutung, denn die Gewerkschaftsvertreter werden durch ihre Mitarbeit in einem der nationalen Fonds direkt an der Politik der staatlichen Lohnsenkung gegen die Interessen der schwedischen Arbeiterklasse beteiligt und mehr als heute auf einen Kurs der Klassenzusammenarbeit festgelegt. In diesem Zusammenhang ist auch die gemeinsame Stellungnahme der Sozialdemokratie und der mit ihr verflochtenen Gewerkschaftsführung zu den geplanten Arbeitnehmerfonds zu sehen, die u.a. besagt: „Ein großer Schritt ist gemacht, wenn der Vorschlag durchgeführt wird. Es wird der Wirtschaft neues Kapital für Industrieinvestitionen zugeführt und damit die Vorraussetzung für eine weitsichtige und in die Zukunft gerichtete Planung verbessert."

Es bleibt zu hoffen, daß die schwedischen Arbeiter das geplante Betrugsmanöver in Bausch und Bogen ablehnen werden!

Skandinavienkommission

Gerüstbauarbeiter seit drei Monaten im Streik!

Dänemark. Nachdem 4 Kollegen der Firma „Activ Stillads Service" in Kopenhagen entlassen worden waren, weil sie Arbeiten aus Sicherheitsgründen abgelehnt hatten, traten die 106 Arbeiter am 2. Januar in den Streik. Trotz des „Angebots" der Kapitalisten, die vier wieder einzustellen, streiken die Kollegen weiter. Sie gehen davon aus, daß sie einen Arbeitsgerichtsprozeß ohnehin gewinnen würden. Außerdem wollen sie mit ihrem Kampf erreichen, prinzipiell Arbeiten ablehnen zu können, wenn diese nach Meinung der Kollegen (und nicht der Kapitalisten) sicherheitsgefährdend sind.

Skandinavienkommission

wenn diese nach Meinung der Kollegen (und nicht der Kapitalisten) sicherheitsgefährdend sind.

Skandinavienkommission

Angriffe gegen Palästina-Solidaritätskongreß!

Vom 24. bis 27. März fand in Kopenhagen aus Protest gegen die israelische Aggression gegen das palästinensische Volk ein Solidaritätskongreß mit Vertretern von PFLP und Al Fatah statt. Dieser Kongreß war von Venstre Socialisterne, Forbundet mod Imperialisme, Palästinesisk Arbejderunion, Forbundet Socialisterne und KAB/ML einberufen worden.

Bereits vor drei Jahren hatte ein ähnlicher Kongreß stattgefunden, ohne daß es zu großer Aufregung gekommen wäre. Diesmal gab es jedoch massive Hetze und Behinderungen. Von dänischen Politikern wurden beide Organisationen als „Terrororganisationen" bezeichnet. Ein Folketingsabgeordneter stellte den Antrag, allen Palästinensern die Einreise zu verweigern und so den Kongreß platzen zu lassen, weil es *„hier und im Ausland Sorge und Abscheu hervorrufen wird, wenn die dänische Regierung nicht eingreift"* (Information, 22.3.). Zwar sprach die dänische Regierung kein Einreiseverbot aus, erteilte aber den Auftrag, alle Palästinenser von der Fremdenpolizei genau überprüfen zu lassen, um *„vorbeugend Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten"*. Die Veranstalter bekamen außerdem nicht den für den Kongreß ursprünglich vorgesehenen Saal.

Zwei zionistische Verbände stellten einen Verbotsantrag unter Berufung auf einen Paragraphen, nach dem Versammlungen verboten werden können, auf *„denen zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen wird"*. Wesentlich auf Initiative dieser Verbände hin führte ein – offenbar eigens zu diesem Zweck gegründetes – „Komitee gegen den internationalen Terrorismus" am 25. März eine Demonstration durch unter den Parolen „Stoppt den Terrorismus" und „PFLP und Al Fatah – raus aus Dänemark!".

Skandinavienkommission

verweigern und so den Kongreß platzen zu lassen, weil es „hier und im Ausland Sorge und Abscheu hervorrufen wird, wenn die dänische Regierung nicht eingreift" (Information,

Parolen „Stoppt den Terrorismus" und „PFLP und Al Fatah – raus aus Dänemark!".

Skandinavienkommission

Belgien

Kurzmeldungen

Anwaltsvereinigung gegen den Abbau der Verteidigerrechte

Am 14.3. führten das „Nationaal Advokatenkollektif" (eine Koordinationsgruppe verschiedener lokaler fortschrittlicher Anwaltszusammenschlüsse in Belgien) und die „Europäische Verteidiger-Union" eine Pressekonferenz in Brüssel durch. Anlaß war der Beginn des Croissant-Prozesses. Erklärtes Ziel, war die Mobilisierung der verschiedenen belgischen Anwaltsvereinigungen gegen den Abbau der Rechte der Verteidigung in der BRD, wie sie gegenwärtig am deutlichsten in den Verfahren gegen Klaus Croissant und Kurt Groenewold zum Ausdruck kommen: *„Es ist die Pflicht der Rechtsanwälte in Europa und ihren Vertretungen, darüber zu wachen, daß die Rechte der Verteidigung in der BRD respektiert werden"* (BPA 25.3.78). Nach der Pressekonferenz zogen 20 Anwälte zur westdeutschen Botschaft, um einen offenen Brief zu übergeben. Nach einer halben Stunde Wartezeit in Gesellschaft von 15 MP-bewaffneten „Rijkswachtern" ließ man sie wissen, daß der Herr Botschafter nicht zu sprechen sei.

***

Belgische Juristen gegen Anti-Terror-Konvention

Gegen die Unterzeichnung der europäischen sog. „Anti-Terror-Konvention" durch die belgische Regierung wandten sich am 9.3.78 in einer Pressekonferenz Vertreter der „Vereinigung Demokratischer Juristen", des „Centrums für Internationales Recht der Freien Universität Brüssel" und einer „Kommission Justiz und Frieden". Sie kritisieren die fast automatische Ausweisung ohne Berücksichtigung politischer Gründe, die im Extremfall *„einen Gefolterten, der seinen Folterer niederschlägt, einem Kindermörder"* gleichstelle. Keines der unterzeichnenden Länder *„könne bei einem Auslieferungsbegehren dann noch die Art der fraglichen Beschuldigungen überprüfen"*. Die Kovention würde Belgien gegenwärtig noch existierender Kontrollmöglichkeiten berauben, „mißbräuchlichen Interpretationen" seien hierdurch Tür und Tor geöffnet. Hier wurde angeführt, daß die Kovention u.a. auch die Auslieferung aufgrund „Zerstörung materieller Güter" vorsieht. Dadurch könne die Auslieferung eines Arbeiters verlangt werden, der z.B. *„im Laufe eines Streiks den Wagen seines Arbeitgebers beschädigt"* hat. Ebenfalls kritisiert wird, daß auch die „Mittäterschaft" und der „Versuch eines Deliktes" zur Auslieferung berechtigen sollen.

Eine deutliche Warnung vor einem drohenden „Europa der Polizei"! (alle Zitate nach „Le Soir", vom 10.3.78).

***

Internationaler Homo-Tag – voller Erfolg

Am 18.3. organisierte die belgische Homo-Gruppe „De Rooie Vlinder" den ersten internationalen Homo-Tag in Gent. Mehr als 2000 Menschen folgten dem Aufruf. (Die Gruppe „Rooie Vlinder" versteht sich als linke Aktionsgruppe für die Befreiung der Homosexualität, wobei dieser Kampf verbunden wird mit dem Kampf um die Abschaffung des kapitalistischen Systems). Die Veranstaltung stand im Zeichen der Forderung nach Streichung des Artikels 372 aus dem belgischen Strafgesetzbuch. Dieser Paragraph stellt die sexuellen Beziehungen unter Männern unter 18 Jahren unter Strafe, während die Grenze für heterosexuelle Beziehungen bei 16 Jahren liegt- eine eindeutige Diskriminierung der Schwulen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ernest Glinne bekam großen Beifall, als er seinen Gesetzvorschlag zur Abschaffung dieses Paragraphen propagierte. Eine Podiumsdiskussion zur Strategie der Schwulenbewegung, die Auftritte zahlreicher Kabarett- und Musikgruppen sowie ein abschließender „Tuntenball" bildeten das weitere Programm dieser erfolgreichen Veranstaltung.

***

VMO–Faschisten wieder aktiv

Die Faschisten in Flandern machen zunehmend von sich reden.

Nach zahlreichen rassistischen Provokationen gegen ausländische Arbeiter und der Organisierung eines internationalen Nazi-Aufmarsches am 4.3. in Antwerpen (siehe AK 125), überfielen sie am 19.3. das Fest der Jugendorganisation der revisionistischen KP Belgiens in Mechelen. Kurz vor Beginn stürmten etwa 30 VMO-Mitglieder („Vlaamse Militanten Orde") den Festsaal, zerstörten Info-Tische und Stellwände und warfen mit Stühlen nach den Anwesenden, unter anderem auch Kindern. Vier Menschen wurden leicht verletzt.

In Zusammenhang mit diesem jüngsten Übergriff erhob jetzt die KPB die Forderung nach dem Verbot der rechtsradikalen Organisation und der Auflösung ihrer Privat-Milizen. Der nächste Schritt im Kampf gegen die braune Brut wird eine nationale Demonstration gegen Rassismus und Faschismus am 22. April in Antwerpen sein.

Belgien-Kommission

Schweiz

Schweiz

Kurzmeldungen

Cincera und immer noch kein Ende...

14 Tage Gefängnis auf Bewährung erhielt der Präsident der Kommission einer Sekundarschule wegen „Verletzung des Amtsgeheimnisses". Hintergrund: zwei Lehrer waren 1972 in Sachen Militärdienstverweigerung aktiv. Der eine als Verteidiger eines Verweigerers, der andere, indem er mit einer Schulklasse dieses Verfahren besuchte. Beide erschienen dem Präsidenten verdächtig. Er lud sie zu einem Verhör. Das Protokoll dieses Treffens wurde 4 Jahre später von Mitgliedern des „demokratischen Manifest" im Archiv des Schweizer (von staatlichen Stellen unterstützten) Privatschnüfflers Cincera gefunden. Der Prozeß gegen den Schulkommissionspräsidenten erbrachte, daß dieser das Protokoll auf Anforderung an den Cincera-Vize Hans Scharph gegeben hatte, rein aus „persönlichem Vertrauen", ohne Kenntnis von dessen Verwendung, versteht sich. Auffällig nur, daß bei diesem persölichem Arrangement das Dokument mit dem Vermerk „vertraulich" vom Präsidenten versehen wurde.

Interessant war auch in dem Prozeß, daß der Verwendungszweck der Schnüffeltätigkeit ansatzweise deutlich wurde. Einer der beiden Lehrer war Angeklagter im Prozeß des schweizerischen Nestle-Konzerns gegen 13 Mitglieder der Berner „Arbeitsgruppe 3. Welt", die Nestles Praktiken in der 3. Welt enthüllt hatten. Informant des Nestle-Konzerns über die politische Vergangenheit der Angeklagten: Schnüffel-Cincera, der 150 Seiten Unterlagen zur Verfügung stellte, darunter auch das Protokoll, das Gegenstand des Verfahrens war.

Immerhin ist damit ein Cincera-Zuträger verurteilt. Festzuhalten bleibt, daß der Schnüffel-Chef und seine Gang nach wie vor unbehelligt sind, während die Mitglieder des „Demokratischen Manifest", die Aufklärung leisteten, verurteilt wurden.

Cincera gehört vor den Kadi!

* * *

Cincera beschäftigte Schüler als Spitzel

Folgende Meldung entnehmen wir der „PZ" (POCH-Zeitung) vom 16.2.78:

In voller Offenheit bestätigte der Regierungsrat Bern, daß der einen privaten Geheimdienst betreibende E. Cincera Schüler als Spitzel beschäftigt hat, wovon sowohl die Behörden als auch die Schulleitung gewußt haben.

Z.B. wird zugegeben, daß einer der Schüler-Spitzel nicht zur Schule ging, um vor einer Kaserne in Bern Verteiler von linken Flugblättern zu fotografieren. Der Rektor genehmigte ausdrücklich das Fernbleiben des Schülers, *„weil er aufgrund der vorangegangenen Gespräche annehmen mußte, daß der betreffende Schüler mit der Polizei zusammenarbeitet"* (aus der Erklärung des Regierungsrates, zit.n.PZ v. 16.2.). Dieses geradezu kriminelle Vorgehen wird dadurch gerechtfertigt, daß den Schulen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre durch linke Organisationen erhebliche Schwierigkeiten bereitet worden seien. Auch in der Schweiz scheint nahezu jeder Rechtsbruch „rechtens" zu sein, wenn es gegen Linke geht.

* * *

Der Dollar fällt – ein Multi macht dicht

Schon seit längerem war bekannt, daß der multinationale US-Konzern Firestone Werke dichtmachen will. Die Schweiz, die USA und Kanada sind davon betroffen. Und so einfach ist das: Wegen des Verfalls des Dollars und damit verbunden dem starken Ansteigen des Schweizer Franken und steigender Produktionskosten, *„können Reifen billiger importiert werden, als die Produktion in der Schweiz kostet"* („Basler Zeitung", 23.3.). Deshalb wird das Firestone-Werk in Pratteln dichtgemacht. Alle 620 Arbeiter und Angestellte werden entlassen (1974 waren es noch 1450 Beschäftigte!).

Die Belegschaft ist am 22.3. sofort in den Streik getreten.

Schweizkommission

Gewerkschaftsausschlüsse auch in der Schweiz!

Zu scharfen Auseinandersetzungen ist es im „Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband" (SMUV) gekommen. Hintergrund ist die Veröffentlichung eines Ende 1977 herausgegebenen „Manifest 77" in dem die fehlende innergewerkschaftliche Demokratie im SMUV kritisiert und mehr Einflußnahme der Basis gefordert wird. Dieses Manifest ist u.a. von einer Reihe Gewerkschaftsführern unterzeichnet worden und wird breit diskutiert.

Einer der Unterzeichner ist der Sekretär der SMUV-Sektion Monthey, Jean-Claude Gründisch. Ebenso wie der Sekretär der Sektion Lausanne/Sainte Croix, Franko, ist er wegen der Unterstützung des Manifest von der SMUV-Führung entlassen worden. Bereits im November letzten Jahres wurde Gründisch vom Dienst suspendiert. Der Konflikt verschärfte sich, als auf der gesamtschweizerischen Delegiertenversammlung des SMUV am 26.11.77 scharfe Attacken gegen die „Manifest"-Unterzeichner geritten wurden.

Ende Januar 1978 fand eine Hauptgruppenversammlung der SMUV-Sektion Montey statt. Angesichts der anlaufenden Repression durch die Gewerkschaftsführung beschloß diese Versammlung, so lange keine Beitragszahlungen an die SMUV-Zentrale zu leisten, bis *„Gewähr dafür geboten sei, daß alle Sanktionen aufgehoben worden sind"* („Poch-Zeitung", 23.3.78). Die SMUV-Zeitung bezeichnete diesen Beschluß als „Erpressungsmanöver", Sekretär Gründisch wurde zur Zahlung der Beiträge aufgefordert und umgehend entlassen, ohne daß er auch nur dieser Aufforderung hätte nachkommen können.

Am 9. März fand daraufhin in Monthey eine Versammlung der empörten Gewerkschaftsmitglieder statt. 500 von 1.150 zahlenden Mitgliedern waren erschienen. Die anwesende fünfköpfige Delegation der SMUV-Zentrale hatte nichts zu lachen. Die Versammlung forderte Gründisch' Wiedereinstellung, *„andernfalls die Gründung einer autonomen gewerkschaftlichen Bewegung in Erwägung gezogen werden müsse"*.

Die SMUV-Führung scheint entschlossen, die Befürworter der innergewerkschaftlichen Demokratie rauszusäubern. Hatte sie bis dahin noch abgestritten, die Maßnahmen gegen Gründisch hätten mit seiner Unterschrift unter dem Manifest zu tun, wurde dies auf einer Pressekonferenz in Lausanne offen erklärt („Poch-Zeitung", 16.3.). Auch in der Schweiz haben Gewerkschaftsausschlüsse gegen Linke Tradition: 1921 wurde der gesamte Züricher Verband aufgelöst, einige Jahre später gab es Massenausschlüsse in Basel (wir werden im nächsten AK ausführlich auf die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen eingehen).

Schweizkommission

Portugal

Umfangreiches Atomprogramm geplant

Wir berichten zu diesem Zeitpunkt über dieses Thema, weil sich in letzter Zeit die Anzeichen verdichten, daß nun bald mit der Durchführung des portugiesischen Atomprogramms, das seit einigen Jahren geplant ist, begonnen werden soll. Bisher gibt es in Portugal noch keine Atomanlagen, so daß Portugal momentan „nur" von den Abwässern spanischer AKWs an den Flüssen Duero, Guadiana und Tajo bedroht ist. Die portugiesische Regierung vermied es bisher, selbst auf Anfragen hin, zu dieser Bedrohung Stellung zu nehmen („O Jornal", 10.3.78).

Geplant ist, in Portugal acht AKWs zu errichten („O Diario", 21.3.77). Die Vorarbeiten für die Errichtung des ersten AKW (Probebohrungen etc.) begannen Anfang 1976 bei Ferrel, nahe bei Peniche, an der Westküste Portugals („Diario de Lisboa", „DL", 23.5.77). Dagegen gab es am 14. März 1976 eine Demonstration der örtlichen Bevölkerung mit abschließender symbolischer Platzbesetzung („DL", 23.5.77).

Daß das erste AKW ausgerechnet bei Peniche errichtet werden soll, läßt schon ganz besondere Bedenkenlosigkeit erkennen: In der Gegend von Peniche sind rege seismische Aktivitäten (= Erdbeben) festgestellt worden;. überhaupt ist der Südwesten Portugals erdbebengefährdet. Die Erdbebenkatastrophe von Lissabon im Jahre 1750 bestätigt dies am deutlichsten.

Basierend auf westdeutschen Berechnungen für den Fall eines GAU in einem AKW gibt der portugiesische Physikprofessor Delgado Domingos an, daß in einem solchen Fall im Umkreis von 100 km von Ferrel das 1,3-fache bis 9,8-fache der absolut tödlichen Dosis an Radioaktivität (die mit 1.000 rem zugrunde gelegt wird) frei werden würde („Diario Popular", „DP", 2.1.78). Im Umkreis von weniger als 100 km von Ferrel liegen Lissabon, Santarem und Leiria.

Von den AKW-Befürwortern wird die „Notwendigkeit" der AKWs mit der billigsten Art, Kilowattstunden zu produzieren und der größtmöglichen Energieautonomie des Landes begründet („DP", 2.1.78).

Tatsächlich ist in Portugal auf dem Energiesektor (wie auf so vielen anderen Sektoren auch) eine steigende Abhängigkeit vom Ausland zu verzeichnen. So stieg der Import von Elektrizität von 1975 bis 1976 um 296% an (1975: 465 Mio. KWh; 1976: 1.845 Mio. KWh). Der gesamte Verbrauch elektrischer Energie betrug 1975 in Portugal 8.743 Mio. KWh, 1976 bereits 9.509 Mio. KWh („DP", 29.12.77). So läßt sich unschwer errechnen, daß der Anteil des Imports am Konsum 1975 ca. 5,5% betrug, 1976 aber schon fast 20%.

Diese steigende Abhängigkeit vom Ausland gibt man vor, mit eigenen Uranreserven beenden zu wollen. Tatsächlich sind in Portugal bisher 6.900 t Natururan festgestellt worden („O Diario", 21.3.77). Daß durch das notwendige Anreicherungsverfahren allerdings neue Abhängigkeiten vom Ausland entstehen würden, verschweigen die AKW-Befürworter wohlweislich.

Interessant wird es, wenn wir uns ansehen, wer diese AKWs errichten soll. Die portugiesische Beteiligung am Bau der AKWs soll nämlich weniger als 50% betragen („DL", 29.3.77). Wer besorgt dann die restlichen mehr als 50%? Waren bis vor einiger Zeit die Blicke auf Frankreich (bisheriger Elektrizitätslieferant) und die USA gerichtet, so rückt in letzter Zeit immer mehr die BRD in den Vordergrund. Helmut Schmidt verkündete bereits im letzten Frühjahr, daß Portugal der potentielle Käufer eines BRD-AKW sei („DL", 23.5.77). Konkreter wurde die Angelegenheit, als Staatspräsident Ramalho Eanes im Dezember 1977 anläßlich seines Besuches in der BRD unter anderem Vertreter der KWU empfing, um über die Lieferung von acht AKWs an Portugal bis 1985 zu verhandeln („DL", 15.12.77). Vor diesem Hintergrund könnte es auch interessant sein, daß Portugal bei der Bundesrepublik einen Kredit in Höhe von 44,85 Mio. Mark beantragt hat, um den Ausbau von Landstraßen voranzutreiben („Pagina Um", 6.1.78). Womöglich als begleitende Infrastrukturmaßnahme, um den Transport von Brennstäben und Atommüll abzusichern?

Vor diesem hier grob geschilderten Hintergrund haben sich etliche Ökologie-Gruppen gebildet, um diesem Atomprogramm entgegenzutreten. Am 21. und 22. Januar dieses Jahres veranstalteten diese Gruppen in Caldas da Rainha bei Peniche ein „Festival für das Leben, gegen das Atomare". Neben Diskussionsveranstaltungen und Filmvorführungen gab es eine Ausstellung „Atomarer Humor". Den Abschluß des Festivals bildete eine Demonstration nach Ferrel zum geplanten Bauplatz des ersten AKW. Die Einrichtungen für die Vorarbeiten waren mit Stacheldraht und GNR-Einheiten abgeschirmt worden. Die zentrale Parole der Demonstration lautete: „Die Natur hört auf, wo der Kapitalismus beginnt" („DP", 23.1.78).

Die Linke zum Atomprogramm

Wie sieht nun, abgesehen von diesen Ökologiegruppen, die Haltung der portugiesischen Linken zum Atomprogramm aus?

Von der revisionistischen PCP als stärkster Kraft innerhalb der Linken liegt uns keine Stellungnahme vor. Allerdings kann die PCP-nahe Presse zitiert werden. So bezeichnet die von der PC dominierte Tageszeitung »O Diário« die portugiesischen Uran-Vorkommen als *»nationalen Reichtum«* und schreibt dann weiter: *»Gut verwaltet kann er Jahrhunderte andauern. Er ist eine Garantie für die Energieversorgung Portugals«.»Man kalkuliert: sollte Portugal nur zwei AKWs mit je 600 MW bauen, wären die gesicherten Uranreserven in weniger als 25 Jahren erschöpft. Die Regierung beabsichtigt jedoch, nicht zwei, sondern acht AKWs zu bauen, vier in der Gegend von Ferrel und vier im Norden des Landes. So würden die nationalen Reserven nur sechs Jahre reichen [vorausgesetzt, daß nichts in die BRD exportiert wird)«* (»O Diario«, 21.3.77).

Interessant ist hierbei, daß ein Uranexport in die BRD für so wahrscheinlich gehalten wird, daß er immerhin in die Rechnung mit einbezogen wird. Ansonsten besorgt man sich jedoch lediglich darum, daß das Uran nicht reichen könnte, um auch wirklich ein langfristiges Atomprogramm sicherstellen zu können.

Ein anderes PC-nahes Organ, die Wochenzeitung »Extra«, weiß von einer Ausstellung im Rahmen der Internationalen Lissaboner Messe zu berichten, die den Titel trägt: »Verwirklichungen der sowjetischen atomaren Wissenschaft und Technik«. Das Blatt schreibt: *»Sowohl die Wissenschaft als auch die sowjetischen Wissenschaftler spielten eine wichtige Rolle in der Entwicklung und im technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und in der Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR. Die sowjetischen Wissenschaftler waren die ersten, die die Atomenergie für friedliche Zwecke und für die Erforschung des Weltraums benutzt haben. Es waren nur sechs Jahrzehnte für das sowjetische Volk nötig, um ein agrarisches, industriell unterentwickeltes Land mit niedrigen kulturellem Niveau (bis zur Oktoberrevolution von 1917) in eine industrielle Macht mit hoher wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Entwicklung zu verwandeln«* (»Extra«, 9.3.78).

Abgesehen davon, daß schon durch die Ausstellung an sich die Sympathien der portugiesischen Arbeiterschaft für die Sowjetunion benutzt werden sollen, um ihr das Atomprogramm zugänglich zu machen, wird hier mit handfester Demagogie gearbeitet. Es wird der Eindruck zu erwecken versucht, als gipfele der Aufbau des Sozialismus in der Nutzung der »Atomenergie für friedliche Zwecke und für die Erforschung des Weltraums«.

Zum zweiten Punkt fällt uns beim Stichwort »Kosmos-Satellit« allerlei ein.

Vom MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) liegt uns eine klare Stellungnahme vor. In seinem Zentralorgan »Poder Popular«, heißt es: *»Der MES wird alle Initiativen unterstützen und aktivieren, die sich der Durchführung irgendeines atomaren Planes in unserem Land widersetzen«* (»Poder Popular«, 1.2.78).

Eindeutig f ü r das portugiesische Atomprogramm hat sich die berüchtigte »PCP/ML« (Bruderpartei der »KPD«!) ausgesprochen, von wegen der nationalen Unabhängigkeit und dem Kampf gegen den Sozialimperialimperialismus.

Die andere portugiesische »ML«-Organisation, die wesentlich einflußreichere PCP(r), hat schon vor geraumer Zeit mit einer Artikel-Serie zum Kampf gegen das Atom-Programm aufgerufen.

Kein AKW in Portugal und auch nicht anderswo!

Portugal-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 31 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 E

Spanien



Zum Kongreß von OIC und MC

Die beiden Organisationen der revolutionären Linken Spaniens, MC und OIC, hielten jeweils ihren II. nationalen Kongreß in Bilbao bzw. San Sebastian vom 22.3.—25.3. ab. Zu beiden Kongressen erhielt der KB eine Einladung. Allerdings erreichte uns die Einladung der MC durch eine offensichtliche Schlamperei (?) der Post mit derartiger Verspätung, daß wir die Einladung der MC nicht wahrnehmen konnten. Wir bedauern dies außerordentlich, da uns mit MC längere und recht gute Kontakte verbinden. Ebenso bedauern wir, daß das uns von MC angebotene Gespräch mit Vertretern ihres Zentralkomitees nicht stattfinden konnte. Wir hoffen, daß dies bei späterer Gelegenheit nachgeholt werden kann.

Eine Vertreterin des KB nahm am Kongreß der OIC zusammen mit Vertretern anderer ausländischer Delegationen teil. Bei den internen Diskussionen des Kongresses der OIC waren außer uns selber noch folgende ausländische Delegationen vertreten: MES/Portugal, SWP/Großbritannien, MIR/Chile, MIR/Bolivien und ein Vertreter der marokkanischen revolutionären Organisation Hal Amam.

Bei dem öffentlichen Teil des Kongresses sprach außerdem ein Vertreter der PLO. Zu den internen Kongreßdebatten hatte OIC seitens der spanischen Organisationen lediglich MC und die kanarische Organisation PUCC („Vereinigte Kommunistische Partei der Kanarischen Inseln") eingeladen. Zwischen diesen drei Organisationen (OIC, MC und PUCC) bestehen seit längerem enge politische und ideologische Verbindungen und Bemühungen in Richtung auch auf eine organisatorische Vereinigung. Auf dem Kongreß sowohl von MC wie von OIC wurden die Anstrengungen in dieser Richtung vermittels verstärkter Auseinandersetzung und Zusammenarbeit in konkreten Fragen von den Delegierten lebhaft begrüßt, insgesamt aber erst mittelfristig als realisierbar eingeschätzt.

Bei der öffentlichen Abschlußveranstaltung des OIC-Kongresses sprachen außer den bereits genannten Organisationen Vertreter folgender spanischer bzw. baskischer Organisationen: ETA, HASI, die trotzkistische LKI (= LCR), die Hua-Gruppe ORT, die linkssozialistische PSP und die eurovisionistische PCE.

Der Kongreß der OIC war geprägt von dem Bemühen, in den eigenen Reihen eine einheitliche revolutionäre Orientierung durchzusetzen und grundsätzliche Positionen einer marxistisch-leninistischen Organisation klarzumachen. Dieses Anliegen ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Generalsekretär der OIC vor einigen Monaten ausgeschlossen worden war, da er in der OIC einen reformistischen Kurs durchsetzen wollte. Der ehemalige Generalsekretär Fabregas ist heute Mitglied in der katalanischen sozialistischen Partei (PSC), die engstens mit der sozialdemokratischen PSOE zusammenarbeitet.

Der OIC-Kongreß schätzte die derzeitige Situation in Spanien als die einer in ihren Freiheitsrechten sehr eingeschränkten bürgerlichen Demokratie ein, was als allgemeine und internationale Tendenz der bürgerlichen Demokratien gekennzeichnet wurde. OIC meinte, daß die weitere Stabilisierung der „politischen Reform" in Spanien zu *„großer Härte und Autoritarismus gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk"* führen wird. Die Parteien wie PSOE und PCE, die ehemals den Bruch mit dem faschistischen Franco-Regime vertreten hätten, passen sich vollkommen den Spielregeln des bürgerlichen Staates an. *„Insofern können wir sagen, daß der Reformismus Teil des bürgerlichen Staates ist"*. OIC ist der Meinung, daß ein Staatsstreich der faschistischen Kräfte keineswegs auf der Tagesordnung steht, wie gerade die PCE gern behauptet, um ihre Politik des Paktes mit der angeblich fortschrittlichen Bourgeoisie zu rechtfertigen.

An dem Widerspruch einerseits des Wahlverhaltens des spanischen Volkes (große Mehrheit für die reformistischen Parteien PSOE und PCE) und andererseits den weit fortgeschrittenen sozialen Kämpfen entwickelte OIC die Schlußfolgerung der *„enormen politischen Schwäche der Arbeiter- und Volksbewegung, die nicht in der Lage ist, der Bourgeoisie die soziale und politische Vorherrschaft über die anstehenden Veränderungen streitig zu machen"*. *„Wir haben wichtige Schlachten verloren und es ist wahrscheinlich, daß wir weitere verlieren"*. OIC entwickelte daraus die Perspektive, daß es für die Revolutionäre notwendig ist, sich mit den fortgeschrittensten und kampferfahrensten Teilen dieser Bewegung zu verbinden.

Was die ideologische Standortdefinition von OIC betrifft, halten wir folgende Aussage aus den Kongreßmaterialien (aus denen auch die vorhergehenden Zitate stammen) für besonders wichtig:

„Unsere Partei lehnt Dogmen und die personelle Fixierung an ein theoretisches Werk ab. Deshalb eignen wir uns die Beiträge vieler kommunistischer Führer zur Theorie der sozialistischen Revolution an, von Marx, Engels, Lenin bis hin zu anderen Führern, die zum Fortschreiten und zur Anwendung der Theorie der ‚sozialistischen Revolution' in ihren jeweiligen Ländern und auf globaler Ebene beigetragen haben". Als „Fußnote" zu dieser Aussage wird in den Kongreßmaterialien vermerkt, daß *„eine kritische Revision unserer Vergangenheit eine zu harte Arbeit ist, um sie unvorbereitet in der Berichterstattung zum Kongreß zu behandeln"*. Diese Arbeit werde das ZK nach dem Kongreß in Angriff nehmen. Was die innerhalb der OIC strittige Frage der Einschätzung der „Mao-Tse-Tung-Ideen" anbetreffe, so bat das ZK darum, auf dem Kongreß keine Debatte darüber anzuzetteln. In jedem Fall habe Mao-Tse-Tung einen wichtigen Beitrag zum Problem des Aufbaus und Funktionierens der Partei, zur Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Masse, zur Frage der Behandlung der Widersprüche innerhalb der Partei und des Volkes, sowie zur pädagogischen Aufbereitung der marxistisch-leninistischen Theorie und zur Militärtheorie der sozialistischen Revolution geleistet. Die Delegierten hielten sich an diese vorgegebene Einschränkung der Debatte.

Wir möchten an dieser Stelle nicht näher auf die Behandlung der nationalen Frage durch OIC eingehen, sondern diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen.

Der Redebeitrag der KB-Vertreterin, die im wesentlichen auf die repressive Situation in der BRD (Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Verteidigerausschluß, etc.) einging und den spanischen Genossen klarmachte, daß wir heute — anders als rufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Verteidigerausschluß, etc.) einging und den spanischen Genossen klarmachte, daß wir heute — anders als noch vor wenigen Jahren — die Solidarität der spanischen Kommunisten und Demokraten brauchen, stieß auf einiges Interesse. Einige OIC-Genossen äußerten, *„bei euch ist es ja schlimmer als bei uns"* und *„so schlimm hatten wir es uns nicht vorgestellt"*.

Es war deutlich, daß die spanischen Linken insbesondere nach den „Selbstmorden" von Stammheim ein recht geschärftes Bewußtsein von der repressiven Situation in der BRD haben und für konkretere Informationen sehr empfänglich waren.

Die KB-Vertreterin hatte Gelegenheit, das dritte Russell-Tribunal gegen die Verletzung von Menschenrechten in der BRD nicht nur gegenüber dem Kongreß der OIC, sondern auch der baskischen Presse bekanntzumachen. Zu einer von der OIC einberufenen Pressekonferenz waren vier Journalisten der baskischen Presseorgane erschienen, die allesamt am nächsten Tag nicht nur ausführliche Berichte zum OIC-Kongreß, sondern u.a. auch kurze Meldungen zum Russell-Tribunal über die BRD veröffentlichten.

Zum MC-Kongreß

Zusätzlich zu den beim OIC-Kongreß vertretenen ausländischen Delegationen waren auf dem Kongreß der MC ein Vertreter der PRT Argentinien, des irakischen Baath sowie der F. Polisario und der französischen PSU anwesend. Entsprechende Einladungen waren jedoch auch von der OIC ausgegangen, d.h. die eingeladenen ausländischen Delegationen waren weitestgehend identisch.

Aus Presseberichten geht hervor, daß MC aufgrund der Einschätzung, daß die „politische Reform" in Spanien sich demnächst äußerst repressiv entwickeln könnte (allerdings nicht im Sinne eines faschistischen Putsches, sondern durchaus im Rahmen der „normalen" bürgerlichen Demokratie) eine Revision der voreiligen und überstürzten Legalisierung der eigenen Organisation vollzogen wurde. Zu viele führende Kader wurden dem politischen Gegner namentlich usw. preisgegeben.

MC beschloß daher einen teilweisen Rückzug zu Formen der illegalen Arbeit. Ein ähnlicher Prozeß hatte sich übrigens auch auf dem OIC-Kongreß abgespielt, indem ein Teil des ZK nicht öffentlich, sondern in geheimer Sitzung gewählt wurde.

Ebenso wurde auf dem MC-Kongreß eine „exzessive Dezentralisierung" der Organisation zum Gegenstand der Kritik gemacht. Welche politischen Hintergründe sich mit dieser Frage verbinden, ist uns allerdings aufgrund der vorliegenden Unterlagen stand der Kritik gemacht. Welche politischen Hintergründe sich mit dieser Frage verbinden, ist uns allerdings aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht ausreichend deutlich.

Eine der ideologischen Differenzen zwischen MC und OIC besteht offenbar darin, daß MC sich ausdrücklich zu den „Mao-Tse-Tung-Ideen" bekennt (ohne sich allerdings näher zu den aktuellen Deformationen dieser Ideen zu äußern).

Für besonders begrüßenswert halten wir, daß der MC-Kongreß sich gegen eine Integration Spaniens in die NATO und die sog. Europäische Gemeinschaft ausgesprochen hat.

Wir hoffen, daß wir demnächst genauere Unterlagen zur politischen und ideologischen Ausrichtung des MC-Kongresses erhalten.

Spanien-Kommission





LA VOZ DE LOS TRABAJADORES

OIC

PERIODICO DE LA ORGANIZACION DE IZQUIERDA COMUNISTA

»Aberri Eguna« im Baskenland

Eine Genossin des KB hatte Gelegenheit, den nationalen Kampftag des baskischen Volkes, den „Aberri Eguna" in San Sebastian selbst zu erleben. Es war das erstemal, daß der „Aberri Eguna" legal stattfand. Im ganzen Baskenland demonstrierte eine fast unschätzbare Masse von Menschen. Die baskische Presse brachte Schätzungen von insgesamt 300.000 Menschen. In San Sebastian gingen die Schätzungen von „Radio Popular de Bilbao" am selben Tag der Demonstration allein in die 200.000. Die Genossin gab uns folgenden Bericht:

„Ich war aus Anlaß des Kongresses der OIC in San Sebastian. Am Tag des „Aberri Eguna" war die Familie, bei der ich untergebracht war, schon früh auf den Beinen. Soviel ich mitbekommen habe, waren lediglich die beiden Kinder der Familie (Jugendliche um die 20 Jahre) irgendwie näher politisch interessiert, ohne direkt organisiert zu sein. Aber für die ganze Familie, bis hin zum 86jährigen katholischen Priester, der in der Wohnung mitwohnte, war klar, daß sie sich an der Demo beteiligen würden. Die Mutter blieb schließlich zuhause, um das große Essen „für nachher" zu kochen – sie verfolgte die Demo jedoch über „Radio Popular" und beobachtete sie aus dem Fenster. Ich ging also mit den „Jungen" zur Demo.

Da es am Sammlungsplatz unmöglich war, einen Überblick über die Demo zu bekommen, postierte ich mich, nachdem der Zug losmarschiert war, an einer Stelle, an der ich die Demo vollständig an mir vorbeimarschieren sehen konnte. Ich stand etwa anderthalb Stunden, als die Demo – in fast ausschließlich dichtgedrängten Reihen – an mir vorbei war. Die Reihenfolge der verschiedenen Parteien, die allesamt im Block unter unterschiedlichen Parolen marschierten, war, wie ich vorher erfahren hatte, ausgelost worden, damit es über die Frage der Reihenfolge nicht zu Auseinandersetzungen kommen sollte. An der Spitze marschierte der Block der revisionistischen PCE. Fragt mich nicht, wieviele es waren. Es waren jedenfalls soviele, wie wir in der BRD selten bei Demonstrationen zusammenkriegen, vielleicht zehntausend oder mehr. Parolen sprachen sich für das Autonomie-Statut und „Frieden" aus. Danach kam der Block der EIA, der revolutionären baskischen Organisation, die aus dem politisch-militärischen Flügel von ETA hervorgegangen ist. Ein nicht endenwollender Strom von Menschen. Schätzungsweise war er viermal so stark wie der PCE-Block. Vorherrschende Parolen waren hier „ETA-Lemoniz, mehr Dynamit"(Lemoniz ist ein im Bau befindliches AKW, gegen das ETA gerade Sprengstoffanschläge verübt hatte), „Navarra gehört zu Euskadi", „Unabhängigkeit!", „ETA – mach weiter im bewaffneten Kampf", „Unser Kampf wird die Unabhängigkeit erringen", „Nein zu den AKW's", usw. Daß die Menschen sich nicht zufällig hier eingereiht hatten, wurde aus den Aufklebern deutlich, die die Mehrheit der Demonstranten an ihren Kleidern trugen. Dies galt für alle Blöcke, alle trugen weitestgehend die Abzeichen und Erkennungszeichen der jeweiligen Organisation und Strömung der baskischen Linken.

Nach EIA folgten im wesentlichen hintereinander die linken und trotzkistischen Organisationen, sowie der verschiedenen „ML"-Gruppen. Die größten dieser Blöcke – alle fein säuberlich getrennt und teilweise mit erheblichen Abständen untereinander – bildeten MC und OIC, die gerade ihre jeweiligen nationalen Kongresse in San Sebastian und Bilbao abgehalten hatten. Die Teilnehmer aus anderen Nationalitäten Spaniens (Galizien, Katalonien, etc.) wurden von den am Straßenrand stehenden Menschen mit Beifall begrüßt. Doch die Masse der Teilnehmer an der Demo dieser beiden Organisationen konnten sich zahlenmäßig – auch nicht zusammengenommen – mit dem EIA-Block messen (wir jedoch würden uns sicher freuen, wenn wir eine Demonstration des KB allein in den Ausmaßen von OIC z.B. in Hamburg zustande bringen würden).

Gegenüber OIC und MC fielen der Block der trotzkistischen LCR und erst recht von ORT (eine „ML"-Gruppe mit engen Bindungen zum hiesigen KBW) sehr ab. Die rechts-„maoistische" PTE konnte lediglich ca. 100 Mitglieder – allerdings fast jeder mit einem großen Schild oder Transparent aufbieten. In etwa derselben „Masse" wie die PTE war die sozialdemokratische PSOE auf der Demo vertreten. Dies dürfte ein deutliches Zeichen für die Mobilisierbarkeit der PSOE-Mitglieder für die wichtigsten Anliegen des baskischen Volkes sein. Demgegenüber steht der Wahlsieg der PSOE bei den allgemeinen Wahlen vom 15.6.77 zum spanischen Parlament in Euzkadi.

Danach kam ein enormer Block von Menschen, die grob gesagt alle als „Sympathisanten" von ETA/m – also des „militärischen Flügels" von ETA – anzusehen sind. Der Block war fast noch größer als der von EIA. Mitten in diesem Zug wurde ein riesiges Transparent mit zwei gekreuzten Gewehren und den Initialen von ITA getragen. Und eine für die BRD unvorstellbare Tatsache war, daß eine große Mehrheit der Demonstranten auf ihren Pullovern und Jacken Aufkleber mit ETA-Emblemen (ETA ist nachwie vor eine illegale Organisation, die von Polizei und Militär scharf verfolgt wird) und Sprüchen wie „ETA – das Volk ist mit Dir" trugen. Parolen waren auch hier „ETA – Lemoniz – mehr Dynamit" und ein halb bedächtig, halb lustiges Rufen, das melodisch auf- und abschwankte nach „ETA, ETA...". Mitten in diesem Block gingen die Mitglieder der KAS, der Koordination der nationalen baskischen Linken, aus der EIA inzwischen wegen unüberwindlicher Differenzen ausgetreten ist. Nach diesem äußerst militanten Block, der die um die Ecke biegenden PSOE-Mitglieder mit Sprüchen wie „Espanolistas

Fortsetzung auf Seite 45

Fortsetzung von Seite 46

fuera" (ungefähr: „Einheitsspanier raus") anmachte, kam ein mehr folkloristisch aufgemachter Zug des christdemokratischen nationalistischen PNV. Hier gingen sehr viele ältere Leute, aber auch zahlreiche Jugendliche mit. Insgesamt war dies der mit einigem Abstand stärkste Block der ganzen Demonstration. Vorwiegend wurden in diesem Block die baskischen Nationallieder gesungen (Eusko Gudariak), ein Lied, das allerdings von der ganzen baskischen Linken auch bei allen Gelegenheiten gesungen wird.

Die Abschlußkundgebung ersparte ich mir, der Eindrücke hatte ich genug. Auf der Abschlußkundgebung wurde lediglich – wie ich im Haus der Familie angekommen erfuhr – eine gemeinsame Rede aller beteiligten Organisationen verlesen.

„Radio Popular de Bilbao" berichtete den ganzen Vormittag ausschließlich und life aus den verschiedenen Hauptstädten Euzkadis über die Demonstrationen – eine für die BRD-Verhältnisse ebenfalls unvorstellbare Tatsache. In San Sebastian hatten mehr Menschen demonstriert, als die Stadt Einwohner hat. Die abfahrenden Busse aus den Dörfern der Umgebung sah ich noch Stunden später in der Stadt.

Aus dem Radio erfuhr ich, daß es in Pamplona, wo ca. 70.000 Menschen demonstriert hatten, zu einer Fast-Auseinandersetzung mit der Polizei gekommen wäre, als diese ein ETA-Transparent aus dem Zug holen wollte, sich aber angesichts des Massenprotestes schnell zurückzog.

„Mutter", die ganz begeistert von ihren Radioberichten erzählte, hatte inzwischen ein tolles baskisches Essen mit mehren Gängen gekocht, an dem sich außer mir noch weitere vier „Zugereiste" gütlich taten. Opa Kaplan, mit der Bibel (oder Gesangbuch, oder was das war) erkundigte sich zur stillen Belustigung aller beteiligten sehr interessiert nach der Herkunft aller Mitesser und berichtete von seinen London-Paris- und sonstigen Aufenthalten. Nach dem Essen begleiteten mich die beiden jungen Familienmitglieder zum Bus, der mich wieder dieser schrecklichen BRD ein Stück näher brachte."

Kampagne für Meinungsfreiheit Der Fall „Els Joglars"

Die bekannte katalanische Theatergruppe „Els Joglars" hatte am 6. September 77 ihr Stück „La Torna" uraufgeführt. Das Stück handelte von der Exekution von Heinz Chez, der am selben Tag durch die Garotte hingerichtet wurde wie der katalanische Anarchist Puig Antich. Das Stück stellte in aller Deutlichkeit die Brutalität und Willkür der spanischen Militärjustiz dar.

Das Stück wurde zunächst vom spanischen Informationsminister nicht beanstandet, bis sich im Dezember ein Offizier das Stück näher ansah und es unerhört beleidigend für die Streitkräfte fand. Aufgrund eines vom spanischen König zur Einläutung der spanischen „Demokratie" erlassenen Gesetzes steht jedoch auf „Beleidigung der Streitkräfte" Gefängnisstrafe. Die Justizmaschine kam in Gang. Der Kopf der der anarcho-syndikalistischen CNT nahestehenden Schauspielertruppe, Alberto Boadella, wurde am 15.12.77 von Militärpolizei verhaftet und ins Modelo-Gefängnis von Barcelona gesteckt.



Demonstrationen in Barcelona am 9.3.78. Über zehntausend Menschen fordern Amnestie für „Els Joglars"

Die CNT-Gewerkschaft „Espactaculos publicos" (in der Schauspieler, Kinoarbeiter, usw. organisiert sind) reagierte sofort. Am 19.12. unterbrachen in Madrid die Schauspieler die Vorstellungen und protestierten gegen die Verhaftung Boadellas. Am 22.12. wurde in Madrid und Barcelona ein Generalstreik aller Kultureinrichtungen (Theater, Kinos, etc.) durchgeführt, der von der CNT getragen, aber nachträglich auch von den „Comisiones Obreras" und der UGT unterstützt wurde.



„Meinungsfreiheit" – ein in ganz Spanien weitverbreiteter Aufkleber – Ausdruck der Solidarität mit „Els Joglars"

Die Solidarität mit „Els Joglars" äußerte sich in zahlreichen Grußadressen, Solidaritätskampagnen, Festivals, Veranstaltungen etc., die in vielen Städten Spaniens, vor allem von Studenten und Angehörigen des Kultursektors getragen wurden.

Die größten Demonstrationen für Meinungsfreiheit („Libertat d'expressió") fanden in Barcelona statt. Nach einer Demonstration, an der sich ca. 3000 Menschen beteiligten, kam es am 9.3.78 zu einer Demo von über 10.000 Menschen, auf der Freiheit für „Els Joglars" gefordert wurde. Die Demo wurde von der Polizei mit Rauchbomben und Gummikugeln brutal auseinandergehauen.

Am 12.3. nahmen in Madrid ebenfalls über 10.000 Menschen an auseinandergehauen.

Am 12.3. nahmen in Madrid ebenfalls über 10.000 Menschen an einer Solidaritätsveranstaltung teil, bei der die bekanntesten spanischen Sänger (Luis Lach, Luis Pastor, usw.) auftraten.

Schon im Februar hatten 47 spanische Intellektuelle und Künstler ein Manifest für die Meinungsfreiheit unterzeichnet und eine Vereinigung für die Meinungsfreiheit gegründet.

Alberto Boadella selbst war es gelungen, Ende Februar aus dem Modelo-Gefängnis zu fliehen; er soll sich in Frankreich aufhalten. Allerdings wurden am selbenTag seiner Flucht vier weitere Mitglieder der Schauspielertruppe verhaftet.

Ihnen wurde inzwischen vor einem spanischen Militärgericht der Prozeß gemacht. Alle vier wurden zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt! Zum erstenmal wagten es Verurteilte vor einem Militärgericht, ihrerseits mit Strafanzeige gegen die verantwortlichen Generäle (wegen Urkundenfälschung) zu kontern.

Der Fall „Els Joglars" steht für in letzter Zeit sich häufende Angriffe auf die Meinungsfreiheit in Spanien, für die u.a. die Strafe für die linke Zeitschrift „Saida" (wegen „Beleidi- die Meinungsfreiheit in Spanien, für die u.a. die Strafe für die linke Zeitschrift „Saida" (wegen „Beleidigung der Monarchie"), deren Redakteure für einige Wochen ins Gefängnis gingen, ein weiteres Beispiel ist.

Spanien-Kommission

Gefangener Anarchist totgeprügelt

Am 13.3. wurde im Madrider Carabanchel-Gefängnis der 26jährige Augustin Rueda während eines „Verhörs" von faschistischen Gefängnisbeamten so mißhandelt, daß er nach mehreren Stunden starb. Rueda war Mitglied der anarcho-syndikalistischen CNT.

Als die Gefängnisbeamten, die schon seit langem als Schläger bekannt sind, einen Tunnel entdeckten, den die Gefangenen offenbar selbst für eine spätere Flucht ausgehoben hatten, holten sie eine Gruppe von Gefangenen in den Trakt der Todeszellen, aus dem keine Geräusche nach außen dringen können und starteten dort ihr „Verhör". Andere auch mißhandelte Gefangene berichteten, daß Augustin bis zu seinem Tod nicht die geringste ärztliche Hilfe erhielt.

Erst mehrere Tage später wurde der Gefängnisdirektor und weitere Beamte von Carabanchel vom Dienst suspendiert. Eine Pressekonferenz der Gefangeneorganisation COPEL wurde von der Polizei unterbrochen, eine Trauer-Demonstration der CNT verboten.

Der Tod von Augustin Rueda ist ein Ausdruck der in spanischen Gefängnissen weiterhin existierenden Situation. „*In den spanischen Gefängnissen wird weiterhin gefoltert und die Schläge, die Ohrfeigen, die Isolation, die unmenschlichen Strafen, die Erniedrigungen geschehen jeden Tag unter dem Schutz der Unkenntnis oder des Vergessens*", schrieb ein Redakteur in der liberalen Zeitschrift „triunfo" (25.3.78) und wies bitter auf das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen PSOE hin, die im Parlament gegen eine Amnestie für die sozialen Gefangenen gestimmt hatte.

Am 22.3. erschoß ein Kommando der GRAPO den von der Regierung eingesetzten Beauftragten für eine „Gefängnisreform", Haddad.

Spanien-Kommission



tin Rueda, bedeckt mit der Fahne der Anarchisten. Auf dem Transpa- eht: „Dein Blut möge den Kampf für die Freiheit entzünden"

Türkei

Massenmobilisierung gegen die faschistischen Terrorbanden

Türkei. Mit Massendemonstrationen und Streiks, die in ihrer Breite und zum Teil auch in ihrer Militanz an die Kämpfe der türkischen Arbeiter gegen die Regierung Ende der 60er Jahre erinnern, hat die türkische Bevölkerung auf den hinterhältigen Bombenanschlag faschistischer Kommandos auf eine Studentengruppe in Istanbul reagiert.

Bei diesem Attentat am 16.3. wurden sieben Studenten ermordet, über 50 verletzt, acht Schwerverletzte befinden sich noch im Krankenhaus (wir berichteten im letzten AK darüber).

Nachdem ca. 8.000 Studenten noch am 16.3.78 die Istanbuler Uni besetzt hatten, fanden am folgenden Tag in allen türkischen Großstädten und Universitäten Demonstrationen und Kundgebungen von Studenten statt, an denen sich über 100.000 Demonstranten beteiligten. Allein bei einer Gedenkfeier an den Särgen der Ermordeten in Istanbul nahmen über 50.000 Menschen teil.

Sämtliche große Universitäten wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen (Cumhuriyet, 18.3.78).

Die Massenaktionen am 20. März

Für den 20. März hatte der linke Gewerkschaftsverband DISK zu einem zweistündigen Generalstreik aufgerufen, der von allen linken und fortschrittlichen Organisationen unterstützt wurde.

Diesem Aufruf folgten jedoch nicht nur die in DISK organisierten ca. 610.000 Arbeiter: insgesamt legten mehr als eine Million Arbeiter in allen Teilen der Türkei am 20.3. in der Zeit von 8 bis 10 Uhr die Arbeit nieder! Damit dürfte es sich um den größten Streik handeln, der in der Türkei je stattgefunden hat.

Bemerkenswert ist auch, wie konsequent der Streik durchgeführt worden ist:

Für die zwei Stunden des Streiks ist die gesamte öffentliche Versorgung (Strom, Wasser) zusammengebrochen, Busse und andere öffentliche Verkehrsmittel sind nicht gefahren, d.h. sie sind um Punkt 8 Uhr an der Stelle stehengeblieben, wo sie sich gerade befanden, und wenn es auch mitten auf einer Kreuzung war. In Ankara haben die Busfahrer darüberhinaus mit Unterstützung der Taxifahrer die Hauptverkehrsstraßen und die wichtigste Kreuzung der Stadt abgeriegelt, so daß der gesamte Verkehr stillstand. Darüberhinaus wurden viele Hauptverbindungsstraßen der Türkei gesperrt. Dem Streik der Arbeiter haben sich fast alle Schüler, besonders der der Türkei gesperrt.

Dem Streik der Arbeiter haben sich fast alle Schüler, besonders der Gymnasien, angeschlossen. Insgesamt waren somit am 20.3. mehrere Millionen Menschen an den Protestaktionen beteiligt. Es muß hervorgehoben verden, daß es sich dabei um einen politischen Streik handelte, der nach der türkischen Verfassung nicht legal ist und daß sich z.B. Beamte, Rechtsanwälte und Staatsanwälte beteiligten, für die generell kein Streikrecht besteht.

Bei diesen Massenaktionen ist es in Ankara zu einem größeren Zwischenfall gekommen. Hier hat die Polizei versucht, die besetzte Hauptstraße gewaltsam zu räumen, wobei auch gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt worden sind. Ein Polizeipanzer wurde durch eine Handgranate der Demonstranten außer Gefecht gesetzt. Bei dieser Aktion wurden 316 Demonstranten, vor allem Schüler, festgenommen; 104 sind heute noch in Haft. 36 Verhaftungen hat es bei ähnlichen Aktionen in anderen Provinzen gegeben.

Viele Polizisten haben sich mit dem Generalstreik solidarisiert. So hat die fortschrittliche Polizistenorganisation POL-DER den DISK-Aufruf unterstützt und ein vertrauliches Papier veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß der faschistische Bombenanschlag seit längerer Zeit geplant war. In diesem Papier, einem Rundschreiben an die Istanbuler Polizeidienststellen, teilte der zuständige Polizeioffizier mit, daß Erkenntnisse vorlägen, wonach ein Bombenattentat auf Studenten geplant wird, die Dienststellen wurden aufgefordert, diesen Hinweis besonders zu beachten. Daß die Faschisten ihren Anschlag dann machen konnten, ohne gleich dingfest gemacht zu werden, zeigt, daß sie indirekt von einigen Polizisten unterstützt worden sein müssen. Der Innenminister hat deshalb auch eine Untersuchung angeordnet und die Enthüllung von POL-DER bestätigt.

Ecevit zeigt sein Gesicht

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Ecevit hat die Aktionen am 20.3. verurteilt und DISK vorgeworfen, gegen die herrschenden Gesetze und die Verfassung verstoßen zu haben. Inzwischen sind auch staatsanwaltliche Ermittlungen gegen DISK eingeleitet worden. Ecevit hat zwar den Streik nicht direkt verurteilt, sondern sich vor allem gegen die militanten Aktionen der Busfahrer, Schüler usw. gewandt.

Ecevit hat angekündigt, daß gegen all diejenigen aktiv vorgegangen wird, unter Ausnutzung der „rechtsstaatlichen Möglichkeiten", die „verantwortungslos" gehandelt haben. Um allerdings keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung aufkommen zu lassen, setzte Ecevit hinzu, daß die Regierung ebenfalls gegen Terror und Gewalt ist, aber daß solche Massenaktionen wie am 20.3. nur dem Ziel der Faschisten dienen, das Vertrauen in die Regierung zu untergraben.

Demgegenüber hat DISK erstmals Kritik an der Regierung geübt. DISK betonte, daß die Aktionen am 20.3. eine deutliche Warnung an die Faschisten sein sollten und das dies ein legales und verfassungsmäßiges Recht sei. Und weiter: „*Diejenigen, die diese Aktionen als illegal verurteilen, sollen ihre Drohungen zurücknehmen*" (Cumhuriyet, 22.3.78). Sollte die DISK-Führung nach ausführlicher Diskussion es für erforderlich halten, so wird man eine Antwort auf Ecevits Angriffe verabschieden. Weiter erklärte DISK:

„*Die Aktionen am 20.3. waren eine Probe für einen Generalstreik, es war nicht die erste Aktion der Arbeiter und es wird nicht die letzte sein*" (Cumhuriyet, 22.3.78).

„*Die Aktion am 20.3. ist ein Wendepunkt im Kampf gegen den Faschismus in der Türkei gewesen. Zum ersten mal in der türkischen Revolutionsgeschichte wurden alle antifaschistischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse vereint. DISK wird die Wurzeln des Faschismus ausrotten. Die Aktionen werden so lange fortgesetzt, bis es keine Faschisten mehr gibt... Keine Macht der Welt und auch kein Gefängnis kann unsere Entschlossenheit brechen*" (Cumhuriyet, 27.3.78).

Der gelbe Gewerkschaftsverband Türk-Is wurde von DISK kritisiert, weil Türk-Is die Aktionen am 20.3. nicht offen unterstützt und sich hinter die Kritik der Regierung ge- weil Türk-Is die Aktionen am 20.3. nicht offen unterstützt und sich hinter die Kritik der Regierung gestellt hat. DISK bezichtigte Türk-Is der Klassenversöhnung und des Ökonomismus, während DISK sich eindeutig zum Sozialismus bekannte („*Als klassenbewußte Arbeiter können wir uns nicht korrumpieren lassen, unsere Wissenschaft ist der Sozialismus und wir werden nie verschweigen, daß wir Sozialisten sind*").

Im weiteren heißt es in der DISK-Erklärung, eingehend auf die internen Säuberungen in DISK im vergangenen Herbst: „*In unserer Gewerkschaft muß die Basis die Richtung der Politik bestimmen, wir müssen uns gegen Säuberungen zur Wehr setzen*" (Cumhuriyet, 22.3.). Es hat den Anschein, daß es jetzt zu ernsthaften Spannungen zwischen den Sozialdemokraten in der Regierung und den Sozialdemokraten und Sozialisten in DISK kommt.

Die Aktionen am 20.3. zeigen auch, welche Möglichkeiten für die Linke bestehen, den gewonnenen Spielraum zu nutzen, zeigen aber gleichwohl die Grenze sehr deutlich, bis wohin Ecevits Regierung tatsächlich eine konsequente Durchsetzung von elementaren Forderungen (Recht auf Lebenssicherheit – ein Lieblingsschlagwort im Wahlkampf) zuläßt.

Besonders positiv an den Aktionen am 20.3. ist auch, daß erstmals eine Aktionseinheit der Tat gegen die Faschisten zustande gekommen ist, die sämtliche Sektoren der Linken umfaßt. So unterstützten alle Linken und fortschrittlichen Organisationen den Streikaufruf von DISK und verurteilten die Angriffe der Regierung auf die DISK.

Wenn es gelingt, die angedrohten Repressionen erfolgreich abzuwehren, dann ist ein wichtiger Schritt für weitere Aktionen in der Zukunft getan.

Türkei-Kommission

Frankreich

Zum Wahlausgang in Frankreich

Entgegen den Prognosen der Meinungsforschungsinstitute, die noch eine Woche vor dem ersten Wahlgang am 12.3. ziemlich einhellig einen Sieg der „Links"parteien über die Regierungsparteien voraussagten, endeten die Wahlen zur französischen Nationalversammlung mit der Wahl von 291 Abgeordneten für die bisherige Regierungsmehrheit und nur 200 Abgeordneten für die Linksopposition. Dieses Ergebnis kam nach französischem Wahlrecht in zwei Wahlgängen zustande. Im ersten Wahlgang am 12. März kamen nur die Abgeordneten ins Parlament, die in ihren Wahlkreisen die absolute Mehrheit der Stimmen erhielten. Dies waren insgesamt 68 Abgeordnete, davon 64 aus dem Regierungslager und nur 4 von den Oppositionsparteien (alle KPF).

Im ersten Wahlgang waren die hauptsächlichen politischen Formationen in Frankreich getrennt voneinander aufgetreten. Dieser Wahlgang spiegelt denn auch am ehesten die tatsächliche politische Resonanz der einzelnen Parteien wieder. Auf der Rechten kandidierte die RPR unter Strauß-Freund Chirac als Fortführung der gaullistischen Partei UDR. Die sogenannte rechte Mitte, die von Staatspräsident Giscar d'Estaing geführt wurde, kandidierte als UDR. Sie besteht wiederum aus einer Reihe von Einzelparteien, die um ein relevantes Gegengewicht gegen die RPR zu schaffen, sich schon vor dem ersten Wahlgang auf gemeinsame Kandidaten geeinigt hatten. Dazu kommen verschiedene Splittergruppen der Rechten. Schließlich kandidierten in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen auch neofaschistische Gruppen. Die gesammelte Rechte erhielt im ersten Wahlgang rund 13.300.000 Stimmen. Das sind 48,3%.

Auf der Linken kandidierten Kandidaten der PS und der sich linksliberal nennenden MRG auf einer Absprachebasis nicht gegeneinander. Dieser Block erreichte zusammen 6.964.000 Stimmen. Das sind 24,8%. Auf die PS entfielen dabei 22,7% (1973: 19,2%). Die MRG kam auf klägliche 2,1 Prozent und ist politisch in Zukunft wohl nur noch als Wurmfortsatz der PS lebensfähig. Die KPF erreichte rund 5,8 Millionen Stimmen, was prozentual weniger ist als 1973 (nämlich 20,62 % heute und 21,41 1973). Rein zahlenmäßig konnte auch die KPF von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren und rund 700.000 Stimmen hinzugewinnen. Die KPF hatte in insgesamt vier Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichtet und in jeweils zwei Wahlkreisen zur Wahl

profitieren und rund 700.000 Stimmen hinzugewinnen. Die KPF hatte in insgesamt vier Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichtet und in jeweils zwei Wahlkreisen zur Wahl

eines Kandidaten der PSU bzw. der Linksgaullisten aufgerufen. In allen vier Fällen ging das politische Kalkül der KPF nicht auf, denn ein PS-Kandidat wurde mit Abstand führender Kandidat im ersten Wahlgang und damit Kandidat der Linken für den zweiten Wahlgang. Die links von der KPF kandidierenden Gruppen erreichten insgesamt 3,3%, die Ökologisten 2,1%.

Den 13,3 Mio. Stimmen der Rechtsparteien standen rund 13,9 Mio. Stimmen der Linksparteien im ersten Wahlgang gegenüber (ohne Ökologisten und einige kleinere Gruppen, die sich nicht für die Linke oder Rechte festgelegt hatten), also zahlenmäßig eine linke Mehrheit.

Dennoch ging nach dem ersten Wahlgang durch die Regierungspresse ein spürbares Aufatmen. Unter den Bedingungen des französischen Wahlsystems und unter den Bedingungen des weit verbreiteten Antikommunismus bei PS-Wählern hätte die Linke über 52% der Stimmen erreichen müssen, um eine reelle Chance zu haben, auch eine Mehrheit von Abgeordneten ins Parlament zu bekommen. Zum einen bevorzugt die Wahlkreiseinteilung in Frankreich vor allem ländliche Regionen. Dort stimmen teilweise nur 30- bis 40.000 Wahlberechtigte über einen Parlamentssitz ab. Gerade in diesen Bereichen sind aber die Rechtsparteien mit gewissen Ausnahmen besonders stark. Umgekehrt gibt es in den industriellen Ballungszentren Wahlkreise mit 100.000 Wahlberechtigten und mehr, und hier sind vor allem die Oppositionsparteien stark.

Zweitens ist nach französischem Wahlrecht im zweiten Wahlgang der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Dies zwingt zur Blockbildung, und so traten im zweiten Wahlgang in der Regel ein Kandidat der Linken, zu dessen Wahl alle Linksformationen aufgerufen hatten gegen einen Einheitskandidaten der Rechten an. Um zu solchen Fronten zu kommen, verzichten die anderen Kandidaten. Auswahlprinzip war hier in den meisten Fällen, welcher Kandidat im ersten Wahlgang die meisten Stimmen im Links- oder Rechts-Block erhalten hatte. Für die Linke bedeutete dies, daß im zweiten Wahlgang 245 PS-Kandidaten, 147 KPF-Kandidaten und 20 MRG-Kandidaten gegen die Regierungskandidaten antraten. Während im Regierungslager die gegenseitige Stimmenübertragung von UDF zu RPR und umgekehrt durch die Wähler im zweiten Wahlgang reibungslos funktionierte, erlitt die Linke hier deutliche Einbußen. Diese Einbußen gehen eindeutig auf PS-Wähler zurück, die nicht bereit waren, gemeinsame KPF-Kandidaten zu wählen.

Im zweiten Wahlgang vermochte die Rechte dann aus der knappen Minderheitenposition des ersten

gemeinsame KPF-Kandidaten zu wählen.

Im zweiten Wahlgang vermochte die Rechte dann aus der knappen Minderheitenposition des ersten

Wahlganges eine knappe Mehrheit zu machen. Neben der Verweigerung von PS-Wählern, KPF-Kandidaten zu wählen, spielte auch noch eine gestiegene Wahlbeteiligung eine Rolle. Die Rechte mobilisierte vor allem durch Panikmache in der letzten Woche noch viele „Angstwähler" für sich. Die im ersten Wahlgang schon angeschlagene Linksunion hatte dem nichts entgegenzusetzen. Augenfällig am Wahlergebnis ist die Tatsache, daß sich verglichen mit der Präsidentschaftswahl im Jahre 1974 an der Rechts-Links-Verteilung wenig geändert hat. Innerhalb der Blöcke gab es aber eine ganze Reihe interessanter Entwicklungen.

Im Rechtsblock fällt auf, daß die Giscard-Gruppierung UDF fast bis zur RPR aufschließen konnte. Das ist im wesentlichen dem taktischen Schachzug der französischen Bourgeoisie zu verdanken, zur Aufweichung der Linksunion die gemäßigtere Recht stärker zu fördern. Die UDF-Gruppierungen haben ihren Wahlkampf stark als Werbefeldzug mittels der Medien geführt und die Parole ausgegeben, daß allein sie eine „sinnvolle Reformpolitik" einleiten könne, die Frankreich vor dem Klassenkampf bewahrt. Die RPR hat demgegenüber versucht, den Wahlkampf mit scharfen antikommunistischen Tönen und einer unversöhnlichen Konfrontationshaltung gegen alle Formationen der Linksunion aufzubauen. Das verglichen mit ' 73 schlechte Wahlergebnis der RPR darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es teilweise auf der Basis einer aktiven Mobilisierung kleinbürgerlicher Schichten zustande gekommen ist. Die Gaullisten sind nach wie vor die einzige Rechtsformation, die sich auf unmittelbare Massenunterstützung verlassen kann. Chirac hat nach dem zweiten Wahlgang auch sofort erklärt, daß seine Partei ihren Kreuzzug gegen links unvermindert fortsetzen würde, und die UDF und Giscard als zu weich und zu liberal gegenüber der Linken kritisiert.

Im linken Lager sieht das Wahlergebnis für die einzelnen Formationen der Linksunion bunter aus. Die KPF kann auf einen halben Erfolg verweisen, denn trotz einer von allen anderen Parteien im wesentlichen gegen sie geführten Kampagne, hat sie sich in etwa gehalten. Diese Stabilisierung weist aber beträchtliche Unterschiede im Einzelnen auf. Zunächst hat die KPF in ihren Hochburgen, der Industrieregion um Paris ganz deutlich Stimmen verloren. Sie bleibt gegenüber der PS mit Abstand stärkste Partei der Linksunion, verlor aber bis zu 4%. Dieser Rückgang ist in Teilen von Paris und den neuen Vorortstädten der Departements Essonne und Val d'Oise besonders stark. Es sind vor allem Teile von sozialreformerisch gesinnten Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten, die hier diesmal weniger die KPF gewählt haben.

besonders stark. Es sind vor allem Teile von sozialreformerisch gesinnten Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten, die hier diesmal weniger die KPF gewählt haben.

Demgegenüber steht eine Stabilisierung bzw. sogar stellenweise Verbesserung in den traditionellen Bastionen der KPF in Nordfrankreich (Nord, Pas de Calais, Picardie), Teilen des Südens (Provence, Cote d' Azur, Languedoc) und einiger Wahlkreise in Zentralfrankreich. Besonders interessant ist die Entwicklung im Departement Haute Vienne (Gegend um Limoges). Dort hielt die französische Sozialdemokratie unter dem Parteischild SFIO 1967 noch alle drei Abgeordnetensitze. Inzwischen ist aus der einstigen Bastion der Sozialdemokratie eine Hochburg der KPF geworden, die diesmal alle drei Sitze erobern konnte.

Generell zeigten die Wahlen am 12.3. für die KPF ein Anwachsen ihres Stimmanteils in Hochburgen der PS (bzw. SFIO), leichte Verbesserungen in Teilen der Provinz und deutliche Einbußen in den Hochburgen des Pariser Raums, wo KPF-Kandidaten in den wesentlichen Industriewahlkreisen bei vorhergehenden Wahlen schon im ersten Wahlgang über 50% gekommen waren. Diesmal schaffte das die KPF nur in zwei Wahlkreisen des Pariser Industriegürtels.

Die Untersuchung des PS-Wahlergebnisses zeigt eine halbe Niederlage der PS. Dies, obwohl sie gegenüber 1973 auch prozentual gewonnen hat, und nach der RPR nach Wählerstimmen die zweitstärkste Partei in Frankreich geworden ist. Die Meinungsumfragen der Wochen vor der Wahl gaben der PS alleine zwischen 26 und 28%. Zusammen mit dem MRG wurden von Mitterand sogar 30% und mehr anvisiert, während man umgekehrt die KPF unter 20% drücken wollte.

Von diesen Erwartungen unterscheidet sich das tatsächliche Ergebnis ziemlich drastisch. Einmal verliert die PS in ihren Hochburgen zum großen Teil nach links, zum kleineren Teil aber auch an UDF, Ökologisten etc.

Drei Wahlkreise sind dafür typisch. Im 11.Wahlbezirk der Bouches du Rhone (Arles) geht die PS von 27% im Jahre 73 auf 20,6% zurück. Ebenso im 2. Wahlbezirk des Departements Aude. Dort bekommt sie statt 36,7 nur 30,0%. Ein anderes Beispiel aus einer traditionellen Hochburg im Norden zeigt den gleichen Trend. Im 16. Bezirk Nord (Cambrai) sinkt sie von 28,9 auf 22,82%.

Dort, wo die KPF in ihren Hochburgen verlor, nahm die PS hingegen kräftig zu: beispielsweise im 4. Wahlbezirk des schon erwähnten Departements Essonne im Großraum Paris, wo im 4. Wahlkreis die PS von 14,9% auf 23,42% anwuchs, während die KPF von 30,7 auf 24,28 abfiel.

Die eigentlichen Durchbrüche für die PS fanden nur in den traditionell rechteren Regionen statt, wo Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik

Die eigentlichen Durchbrüche für die PS fanden nur in den traditionell rechteren Regionen statt, wo Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik

zunächst der PS zugute kam. Beispiele dafür sind die Region Lothringen, wo die PS 30% zugewann, das Elsaß mit sogar 50%, Poitou Charente mit 15% mehr, die Bretagne mit 30% mehr, die Basse Normandie mit 20% gewonnenen Stimmen und die Haute Normandie mit 50% mehr.

Gerade in diesen Regionen sind es bürgerliche Wähler die zur PS abschwenken. In der Gesamtheit der Wahlbezirke, wo 1973 Radikale und Reformpartei, beide später Regierungsparteien, mehr als 30% bekamen, gewann die PS z.B. 50% hinzu und kam von 13% im Schnitt auf ungefähr 20%.

Das Wahlergebnis insgesamt ist von der französischen Bourgeoisie und ihren internationalen Freunden natürlich begeistert aufgenommen worden, während bei vielen Linkswählern aus allen Parteien und Gruppen Enttäuschung und Resignation zu spüren ist. Die Pariser Börse reagierte mit einer wilden Hausse, und die achso angeschlagene französische Währung stieg z.B. im Umtauschkurs zur DM sofort um zehn Pfennige. In den Kommentaren der bürgerlichen Presse kommt aber andererseits die Sorge zum Ausdruck, daß immer noch fast 50% gegen die Regierungsparteien abgestimmt haben. Gleichzeitig verleihen die Regierungskreise um Giscard ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die PS nach diesem Wahlergebnis sich endlich von der KPF lösen würde und zur französischen SPD wird.

Tatsächlich ist die Linksunion nur noch ein Torso. Der Führer der MRG hat die Linksunion noch in der Wahlnacht aufgekündigt und mehr Eigenständigkeit propagiert. Mit Nuancen ist dies auch der generelle Tenor der PS-Spitze. Die PS muß allerdings vorsichtiger vorgehen als ihr linksliberales Anhängsel. Sie hat die eigenen Verluste an die KPF vor Augen und eine stärkere innerparteiliche Linke zu fürchten. Fürs erste hat sie die Forderung ihres linken Flügels nach sofortiger Einberufung eines Parteitages, um Fehler der Linksunion zu diskutieren, in klassisch sozialdemokratischer Manier abgebügelt. Mit ihrer Mehrheit in den beschlußfassenden Gremien wurde eine solche Diskussion einfach unterdrückt. MRG wie PS, und das gilt bezeichnenderweise auch für die linken Flügel, lasten die Wahlniederlage ausschließlich oder zu großen Teilen der KPF an.

Die KPF ihrerseits schiebt die Schuld natürlich der PS-Führung in die Schuhe, drückt sich aber naturgemäß vor der Frage, daß ihre jahrelange opportunistische Anpassungspolitik an die PS dieser überhaupt erst die Möglichkeiten gegeben hat, die Linksunion zu sabotieren. Eine interessante Entwicklung bahnt sich aber gerade in diesen Fragen in der KPF an. Schon in der Wahlkampfzeit waren über die Zeitung „politique hebdo" Briefe und Positionspapiere

aber gerade in diesen Fragen in der KPF an. Schon in der Wahlkampfzeit waren über die Zeitung „politique hebdo" Briefe und Positionspapiere

von einer linken Opposition in der KPF an die Öffentlichkeit gelangt. Nach dem vorliegenden Wahlergebnis dürften die kritischen Stimmen in der KPF eher zunehmen.

KB/Gruppe Göttingen

Die Ergebnisse der revolutionären Linken und der Basisbewegung

Der Stimmenanteil der revolutionären Linken und der Basisbewegung bei den französischen Parlamentswahlen (1.Wahlgang) blieb erheblich hinter dem beträchtlichen Erfolg bei den Kommunalwahlen 1977 zurück, und gegenüber den Parlamentswahlen von 1973 fast gleich.

1973 erhielten Kandidaten links von der PCF (vor allem die PSU) ca. 3,2 % der Stimmen, wobei der seinerzeitige PSU-Chef Michel Rocard sogar den Einzug in die Nationalversammlung schaffte-und anschließend zur PS abwanderte, wo er heute einer der wichtigsten Berater von Parteichef Mitterrand ist.

1977 erhielt das revolutionäre Wahlbündnis "Für den Sozialismus-die Macht den Arbeitern" bei den Kommunalwahlen in 32 Städten im Schnitt 4,6% mit Einzelergebnissen bis zu 12% (Orleans). Die Ökologisten erreichten im nationalen Durchschnitt sogar 10%.

Bei den diesjährigen Parlamentswahlen entfielen auf die Listen der revolutionären Linken (incl. der "Front Autogestionnaire", einem Bündnis der PSU mit verschiedenen Basisgruppierungen) insgesamt 3,3% (knapp 1 Mio. Stmmen).

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß zwar "Lutte Ouvriere" in fast allen Wahlkreisen kandidiert hat (471 von 491), nicht aber die anderen Gruppen. Die Ökologisten haben im nationalen Durchschnitt 2,1% erhalten - ein Ergebnis, das auch ziemlich täuschend ist, da nur in 150 von 490 Wahlkreisen kandidiert wurde.

Am besten von den Kandidaturen links von PS und PCF schnitt die "Front Autogestionnaire" (FA) ab. Sie erzielte in 260 Wahlkreisen rund 360.000 Stimmen, ca 2,4 %, was ein Rückgang gegenüber dem PSU-Ergebnis von 1973 ist. In 18 dieser Wahlkreise kam sie auf über 4% , davon die höchsten Stimmenzahlen in einzelnen Wahlkreisen von Paris (5,3%), Isere (6,0%), Yvelines (8,5%), Manche (9,0 %) und Rhone (12,5 %). Die Ergebnisse der betreffenden Wahlkreise in Yvelines und Rhones stellen aber insofern eine völlig unvergleichbare Ausnahme dar, als hier die PCF schon im ersten Wahlgang ihren Kandidaten zugunsten des Kandidaten der FA zurückgezogen hatte - was offensichtlich als Wink an die FA gedacht war, sich vollständig in die "Linksunion" einzureihen und gleichzeitig einer in letzter Zeit innerhalb der PCF lauter gewordenen linken Kritik entgegenkam.

Lutte Ouvriere (LO), die 471 Kandidaten aufgestellt hatte (300 mehr als 1973), kam auf ca. 500.000 Stimmen, was in diesen Wahlkreisen 1,7% entspricht. In den Wahlkreisen, in denen LO bereits 1973 kandidiert hatte, verlor sie im Schnitt 0,6%. In 29 Wahlkreisen, in denen LO über 3%, die besten Ergebnisse davon in Sarrebourg (4%), Parthenay (4,1%), Remiremont (4,5%) und Ambert-Thiers (8,4% - dort kandidierte Arlette Laguiller, die auch 1974 für LO an der Präsidentschaftswahl teilnahm und damals allein 600.000 Stimmen erhielt).

Das aus LCR, OCT und CCA gebildete Bündnis "Für den Sozialismus - Die Macht den Arbeitern" erhielt in 184 Wahlkreisen lediglich 93.000 Stimmen, d.h. 0,9%. Nur in einem einzigen Wahlkreis im Territoire de Belfort kam diese Liste über 2%; ansonsten liegen 33 ihrer Ergebnisse über 1% und die restlichen 151 darunter.

Die "ML"er blieben schließlich in 100 Wahlkreisen mit knapp 0,5% auf der Strecke, wobei es drei Wahlkreise gibt, in denen sie die magische 1%-Grenze übersprangen.

Zusammengenommen ergeben sich daraus in einzelnen Städten durchaus gute Ergebnisse: z. B. in Montbeliard 6,9% (bei den Kommunalwahlen 1977: 9,5%). Aber der Rückfall gegenüber den "Spitzenergebnissen" der Kommunalwahlen ist in den meisten Fällen unübersehbar: in Orleans z.B. 3,6% gegenüber 12%, in Caen 2,6% gegenüber 8,3%.

Die Zeitung der LCR, "rouge", hat dafür drei Gründe angeführt:

"-Die Vielfalt der Kandidaten,die Weigerung von LO, ein gemeinsames Wahlbündnis (wie 1977; Anm. AK) oder auch nur eine Aufteilung der Wahlkreise vorzunehmen;

-Bedeutung dessen, was bei diesen Wahlen auf dem Spiel stand, die im Gegensatz zu den Kommunalwahlen die Frage nach der Regierungsmacht stellten;

-die Art der Kampagne der PC ('gegen die Krisenpolitik; Keine Linksregierung, die die Politik der Rechten macht'), die darauf abzielte, Stimmen, die an die revolutionäre Linke verloren wurden, zurückzugewinnen." (rouge 14.3.).

Tatsächlich hat sich keine der kandidierenden linken Organisationnen umfassend um ein größtmögliches Bündnis bemüht. In unterschiedlichem Maße wurden „Unvereinbatungsbeschlüsse" praktiziert (von der PSU gegenüber den anderen Organisationen der revolutionären Linken) oder organisationsbornierte und sektiererische Positionen in den Vordergrund gestellt (namentlich in der Auseinandersetzung zwischen LO und dem Bündnis „Für den Sozialismus"), bzw. ein gemeinsames Auftreten mit Kräften außerhalb der organisierten revolutionären Linken rundweg abgelehnt (vor allem LCR). Wenn man die Presse der französischen Linken nach den Wahlen liest, so fällt zudem auf, daß diese Fehler auch nachträglich kaum eingesehen werden.

Die Ergebnisse der Ökologisten in 150 Wahlkreisen blieben auch deutlich hinter denen der Kommunalwahlen zurück. In einigen wegen AKW-Baus bzw. lebensbedrohender Umweltvergiftung besonders „umkämpften" Gebieten gab es dennoch gute Ergebnisse: so in Haut- Rhin und Bas- Rhin zwischen 7 und 8 %, in Mulhouse 9,5 %, in Erdeven 10,3 %, in Belz 11,2 %, in Etel 17 % und in den Gemeinden um Pellerin sogar zwischen 30 und 40 %.

Die Frauenorganisation „Choisir" erhielt in 43 Wahlkreisen knapp 33.000 Stimmen, was ca. 1,4 % entspricht. In vier Wahlkreisen kam „Choisir" über 2 %: in Bordeaux, Versailles-Sud, Saint-Germain-en-Laye und im 19. Wahlkreis von Paris, wo Gisele Halimi 4,3 % erhielt. Die 5 Kandidaten der Homosexuellen in Paris erhielten 0,12 %.

(Sämtliche Zahlenangaben nach: tribune socialiste Nr. 778,lutte ouvriere Nr. 511, l'etincelle Nr. 52 und Le Monde vom 16.3.)

Frankreich- Kommussion

Italien

Nach der Moro-Entführung: Neue Polizeistaatsgesetze

Nachdem am 16.März ein Kommando der „Brigate Rosse“ („Rote Brigaden“, BR) in Rom Aldo Moro, den Präsidenten der Christdemokratischen Partei (DC) entführt hat und seine fünf Leibwächter dabei getötet wurden, ist in Italien die Terroristenjagd voll entbrannt:

- 50 000 Polizisten, Carabinieri und – zum ersten Mal in der Geschichte Italiens – 1000 Soldaten sind eingesetzt. Die Suchaktionen konzentrieren sich in erster Linie auf Rom, das von einem doppelten Ring von Armee-Kontrollen umgeben ist.
- La Malfa von der Republikanischen Partei erklärte, Italien habe sich als im Kriegszustand zu betrachten; der Staat müsse sich aller Waffen im Kampf gegen den Terrorismus bedienen. Auf seine Forderung hin wurden die in der Presse veröffentlichten Fahndungsfotos von 20 mutmaßlichen „Terroristen“ auch im italienischen Fernsehen gezeigt, mit der Aufforderung an die Bevölkerung, die Suchaktionen des Staates zu unterstützen.
- Die Ausfallstraßen Roms wurden von Polizei und Soldaten mit umgehängten Maschinenpistolen abgeriegelt; es bildeten sich lange Schlangen wartender Autofahrer, die jeweils angewiesen wurden, Kofferräume usw. zu öffnen („Lotta Continua“, 18.3.78).
- In Neapel wurden ebenfalls die Zugangsstraßen, Hafen und Flughafen und die Touristenzentren besetzt, da man befürchtete, die Entführer könnten sich unter die Touristen mischen („LC“, s.o.).
- Unter anderem in Catania (Sizilien) wurden am Tag nach der Entführung Moros Hausdurchsuchungen bei mehreren Genossen von Lotta Continua und MLS durchgeführt („LC“, s.o.).

Das Ausland fahndet mit

Der italienische Innenminister Cossiga forderte in einem Telegramm an seinen Schweizer „Amtskollegen“ Hilfe bei der Fahndung und erhielt diese sofort zugesichert; die Kontrollen der ausreisenden Fahrzeuge an der italienisch-schweizerischen Grenze wurden daraufhin verschärft durchgeführt („NZZ“, 19./20.3.78).

Weiterhin forderte die Regierung in Rom britische Unterstützung an: Zwei „Antiterrorspezialisten“ der britischen Eliteeinheit Special Air Service – erprobt als Berater der GSG 9-Kommandos in Mogadischu – reisten von London nach Rom.

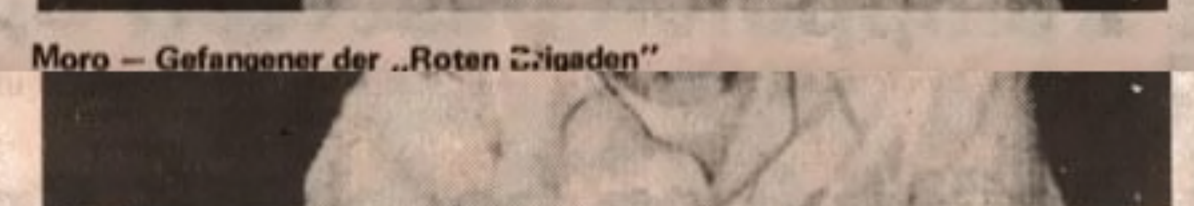
in Rom britische Unterstützung an: Zwei „Antiterrorspezialisten“ der britischen Eliteeinheit Special Air Service – erprobt als Berater der GSG 9-Kommandos in Mogadischu – reisten von London nach Rom.

Besonders hervor tun sich wieder die BRD-Staatsorgane. Nach Angaben des italienischen Rundfunks und Fernsehens sind 32 Spezialisten des Bundeskrimalamtes (BKA) an der Fahndung nach Moro und seinen Entführern beteiligt. Das westdeutsche Innenministerium gibt ihre Zahl mit „zwei oder mehreren“ an. Sie reisten mit einem Daten-Terminal nach Rom, den sie dort an ihre Computer-Anlage Inpol (Informationssystem der Polizei) anschlossen, sodaß jetzt alle im BKA in Wiesbaden gespeicherten Angaben jederzeit auch in Rom abgerufen und ausgewertet werden können. Die reaktionäre „Neue Zürcher Zeitung“ gerät bei dieser „Amtshilfe“ geradezu ins Schwelgen: *„In den ersten Tagen erfolgten schon hunderte von Rückgriffen auf den deutschen Polizei-Computer. Wie wertvoll eine solche elektronische Anlage im Dienste der Verbrechensaufklärung und -bekämpfung sein kann, macht dieser Einsatz deutlich. Die deutschen Beamten waren in der Lage, ihren Kollegen in Rom Dutzende von konkreten Hinweisen auf die italienische Terroristenszene zu vermitteln, darunter mehr als ein halbes Hundert auf Bauten, namentlich Hochhäuser, die von den Terroristen als Schlupfwinkel und Verstecke bevorzugt werden“* („NZZ“, 22.3.78).

Das BKA wartete auch gleich mit zwei deutschen „Terroristen“ auf, die an der Moro-Entführung „maßgeblich beteiligt“ gewesen seien – Achterath und Seckendorff („Hamb. Morgenpost“,21.3.). Auch Christian Klar und Angelika Luther werden vom BKA genannt („Welt“, 22.3.).

Der zweite Schritt: weitere „Anti-Terror-Gesetze“

Am 22.März beschloß das Parlament ein Gesetzesdekret zur wirksameren „Terrorbekämpfung“. Dieses Dekret ist praktisch eine Notstandsmaßnahme, die den Staatsorganen freie Hand bei der Fahndung geben soll und laut Verfassung erst innerhalb der nächsten 60 Tage in ein ordentliches Gesetz umgewandelt werden muß. Es sieht folgende Maßnahmen vor: Der neue Straftatbestand „Vandalismus“ wurde eingeführt; gemeint sind damit Beschädigungen und Zerstörungen von öffentlichen Anlagen. Hierfür werden Strafen von einem bis vier Jahren bei Beschädigung und von drei bis acht Jahren bei Zerstörung der Anlagen angedroht. Die Strafen bei Entführungen sind auf 30 Jahre im „Normalfall“ heraufgesetzt worden. Auf Entführung mit dem „Ziel der Erpressung oder des politischen Umsturzes, die zum Tode des Opfers führt“, steht lebenslängliches Gefängnis. Auch wer sich an der Weitergabe von Lösegeldern beteiligt, wird künftig schärfer bestraft. Hingegen wird Kollaborateuren der Polizei, die auf die Freilassung des Entführten hinwirken, Strafmilderung zugesichert.



Moro – Gefangener der „Roten Brigaden“

Moro – Gefangener der „Roten Brigaden“

Das richterliche Untersuchungsgeheimnis, das bisher eine Weitergabe von Informationen verbot, ist aufgehoben worden. Der Polizei wird das Recht eingeräumt, ihrer Meinung nach verdächtige Personen zu vernehmen, ohne daß diese – wie bei einem formellen Verhör – das Recht haben, einen Anwalt hinzuzuziehen. „Verdächtige“ können bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl inhaftiert werden. „Verdächtige“ Wohnungen können ohne richterlichen Befehl durchsucht werden. Das Abhören von Telefonen für die Dauer von 15 Tagen ist erlaubt, die Abhördauer kann auf Antrag ein- oder mehrmals verlängert werden. Neu ist auch das Recht der Polizei, Verdächtige „zum Zwecke der Identifizierung“ für 24 Stunden ohne Angabe von Gründen festzunehmen. Um das Maß voll zu machen, wurde noch verfügt, daß Menschen, die Gebäude oder Räume an andere Personen überlassen, künftig deren Identität zu prüfen und innerhalb von 48 Stunden den Behörden Mitteilung zu machen haben. Dies Gesetz gilt rückwirkend ab Mitte 1977.

Diese zwölf Artikel des Dekrets wurden mit Zustimmung der PCI und der Sozialistischen Partei (PSI) verabschiedet. Sie gehen auf Vorschläge zurück, die die DC zum Teil schon im vergangenen Jahr ins Parlament – damals noch ohne Erfolg – eingebracht hat. Die Maßnahmen sind auch im bürgerlichen Lager z.T. mit Skepsis aufgenommen worden. So schrieb die reaktionäre Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“, daß die Gesetze als „provisorisch zu betrachten seien und möglichst bald wieder verschwinden sollten“ („NZZ“, 24./25.3.78). Die „Neue Zürcher“ schätzt – nicht ohne hämische Freude – dazu ganz richtig: *„Jedenfalls haben besonders die Linksparteien Vorschläge akzeptiert, die sie noch vor einem halben Jahr als gefährlich für den Rechtsstaat abgelehnt hätten. Jener Prozeß der sogenannten 'Germanisierung', von dem damals abschätzig oder warnend gesprochen wurde, ist längst im Gange. Das gilt auch für die Mobilisierung der Massen gegen den Terrorismus, wie ihn etwa die Kommunisten zur Stunde fordern“* („NZZ“, 24./25.3.78).

Und völlig zu recht stellt die „Rhein-Neckar-Zeitung“ fest: „Dieses Gesetzesdekret bedeutet jedenfalls **eine sehr viel weitgehendere Einschränkung der persönlichen Freiheiten, als sie von den entsprechenden Gesetzen aller europäischen Länder außerhalb des Ostblocks zugelassen werden**“ (23.3.). Diese Gesetze gehen erheblich weiter als die entsprechenden „Anti-Terror“-Gesetze in der BRD und gehen z.T. sogar noch über die Forderungen der CDU/CSU hinaus.**Mit dem feinen Unterschied, daß all diese Polizeistaats-Gesetze von der PCI maßgeblich mitgeplant und mitbeschlossen wurden!**

Und Weiteres ist in Vorbereitung. Es ist eine „Expertenkommission“ aus Vertretern der DC, der PCI, der PSI, der Sozialdemokraten und der Republikaner gebildet worden, die weitergehende Vorschläge ausarbeiten soll. Das Hauptaugenmerk gilt dabei einer „Reform“ der Polizei. Geplant ist eine Aufstockung der Polizei um 12 000 Mann und als flankierende Maßnahme die Schaffung von 4000 neuen Gefängnisplätzen. Geplant ist außerdem eine stärkere Zentralisierung der italienischen Polizei: Außer der dem Innenminister unterstellten Polizei gibt es auch noch die dem Kriegsminister unterstehende Polizei-Truppe der Carabinieri und eine eigene Polizei des Finanzministeriums. Zukünftig sollen die Polizeien stärker beim Innenministerium „koordiniert“ werden. Auch von einer „Reform“ der Geheimdienste ist die Rede.

Bisher keine Erfolge für die Polizei

Allein in den ersten Tagen wurden in Rom 4000 Wohnungen, Garagen und Abstellräume durchsucht („Welt“, 21.3.). Trotz des bombastischen Aufwands fehlt es der Polizei bisher an handfesten „Erfolgen“ ihrer Aktionen. Als erstes „Fahndungsergebnis“ mußte die Südtirolerin Brunhilde Petramer herhalten, gegen die H aftbefehl wegen Verdachts der Teil nahme an der Erschießung des Polizeiwachtmeisters Berardi am 10. März in Turin erlassen worden war, und von der behauptet wurde, ihr Aussehen habe Ähnlichkeit mit dem der Frau, die an der Entführung Moros beteiligt war. Sie erklärte in einem Brief an den Römer Generalstaatsanwalt, nichts mit den Anschlägen vom 10. und 16. März zu tun zu haben; sie konnte auch mit Zeugenaussagen belegen, daß sie sich in der Zeit vom 5. bis 16.3. im Trienter Gebiet aufgehalten hat („NZZ“,21.3. und „LC“, 21.3.78).

Die italienische Regierung hat erklärt, sie werde mit den Entführern nicht verhandeln, erst recht natürlich nicht auf eventuelle Forderungen eingehen. Diese Haltung ist erheblich „härter“ als die der Bundesregierung im Falle Schleyer.

Andererseits scheinen auch die „Roten Brigaden“ einiges aus den Fehlern der Schleyer-Entführer gelernt zu haben: Im Gegensatz zu diesen machen sie sich nicht durch eine Flut von „Ultimaten“ unglaubwürdig und sind mit Erklärungen sehr sparsam. Mit ihrer Ankundigung , Moro einen „Volksprozeß“ zu machen und ihn zu „verhören“, haben sie im Gegensatz zu den Schleyer-Entführern auch von Anfang an einen wirkungsvolleren Gebrauch von der politischen Funktion des Entführten gemacht. In einem Brief klagt Moro, der „Prozeß“ gegen ihn werde *„immer erdrückender“* und könne *„in seiner Form noch gesteigert werden“*. Er deutet die Möglichkeit an, daß er von seinen Entführern **„in einer Weise zum Reden veranlaßt werden“** könnte, **„die in bestimmten Situationen unangenehm und gefährlich sein könnte“** – d.h., er droht auszupacken! In einem Begleitschreiben behaupten die Entführer, das Verhör werde **„bei voller Mitarbeit des Gefangenen“** geführt und habe schon interessante Ergebnisse gebracht! („Welt“, 31.3.; „FR“31.3.). Zwar haben die Entführer bisher noch keinerlei konkrete Forderungen gestellt. Da sich Moro in seinem Brief aber sehr ausdrücklich mit der Möglichkeit eines Austausches gegen politische Gefangene befaßt (den Moro dringend von der Regierung fordert!), ist zu vermuten, daß die Entführer zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sie auch noch konkrete Ergebnisse der „Verhöre“ Moros als zusätzlichen Trumpf ausspielen können, entsprechende Forderungen präsentieren wollen.

Ein paar witzige Kommentare zur Moro-Entführung

Daß Moro ganz simpel von der terro-

Ein paar witzige Kommentare zur Moro-Entführung

Daß Moro ganz simpel von der terroristischen Gruppe „Rote Brigaden“ entführt worden sein könnte, paßt anscheinend niemand so recht ins Konzept. Beispielsweise fabuliert die DKP in ihrer „UZ“: **„Dahinter stekken die Neofaschisten“** („UZ“,21.3.) Hinter der Entführung würden *„einflußreiche in- und ausländische reaktionäre Kräfte“* stehen („UZ“, 22.3.). Die „Roten Brigaden“ hätten –was frei erfunden ist ! – *„seit Jahren Verbindungen zu internationalen neofaschistischenOrganisationen unterhalten, die noch in der Zeit der faschistischen Diktatur in Portugal und des Obristenregimes in Griechenland zurückreichen“* („UZ“, 21.3.). Die „Roten Brigaden“ seien *„eine Terrorgruppe von Neofaschisten und anderen reaktionären Elementen“* (ebenda). Der Gipfel war jedoch die Behauptung, es gebe **„Verbindungen zwischen den neofaschistischen 'Roten Brigaden' und Geheimdiensten der USA und der NATO. Die Terroristen werden nach den Presseberichten auf NATO-Stützpunkten auf Sardinien ausgebildet“** („UZ“, 18.3.).

Die „UZ“ zitierte auch beifällig den PCI-Chef Berlinguer, der die Entführung demagogisch als **„einen der schwersten Angriffe auf die demokratischen Errungenschaften des Volkes“** bezeichnet hatte („UZ“,21.3.). Dabei liegt es doch auf der Hand, daß die Bedrohung der demokratischen Errungenschaften nicht von den „Roten Brigaden“ ausgeht, sondern von den mit den Stimmen der PCI beschlossenen drastischen Polizeistaats-Gesetzen ! Das ist in Italien nicht anders als in der BRD. Und das Märchen von den „neofaschistischen Drahtziehern“ der Moro-Entführung, das in Italien nicht nur von der PCI, sondern weit ins rechte Lager hinein vertreten wird, dient keinem anderen Zweck als dem, diese Polizeistaats-Gesetze gegenüber der Arbeiterklasse propagandistisch besser „verkaufen“ zu können.

Ähnlich wie die „UZ“ berichtete übrigens auch die sonstige DKP-nahe Presse. Sp schrieb die „DVZ“:„*Zwischen den 'Roten Briganden' und dem ehemaligen Geheimdienstchef und Putschplaner Miceli bestehen zahlreiche Querverbindungen*“(23.3.)

Eine weitere Version zur Moro-Entführung brachte die sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit“ vor: Nicht nur westliche Geheimdienste stünden hinter der Entführung, sondern auch die Chinesen, die „direkt oder indirekt“ für den Terrorismus in Westeuropa verantwortlich seien. Es gebe „getarnte Verbindungsbüros“ und „aktive Unterstützung der italienischen Maoisten für die Neofaschisten“. Das Ziel der Chinesen in Italien sei es, „die demokratische Erneuerung abzuwürgen“ (nach „il manifesto“, 25.3.)..

Nicht weniger humorvoll ist die anscheinend weit in linken italienischen Kreisen - außerhalb der PCI - gehandelte Version, der sowjetische Geheimdienst KGB habe die Entführung Moros arrangiert. Traurig ist allerdings, daß diese These nicht nur von den "ML"ern vertreten wird, sondern daß sich ausgerechnet Lotta Continua zum Sprecher dieser Version gemacht hat. So vertrat beispielsweise ein führendes Mitglied von LC entsprechende Andeutungen in einem Interview mit dem BRD-Fernsehen – was von der "KPD" in ihrer "Roten Fahne" freudig aufgegriffen wurde (RF, 22.3.).

Mehrfach hat LC in ihrer Tageszeitung betont darauf hingewiesen, daß in den Kommuniques der "Roten Brigaden" zur Moro-Entführung die Sowjetunion überhaupt nicht erwähnt werde. Das sei doch sehr verdächtig (LC, 22.3.). Es sei ja auch noch gar nicht geklärt, woher eigentlich die vier Entführer der "Landshut" (Mogadischu) gekommen seien: **"... Eine Verbindung, die von einigen mit der Sowjetunion verbündeten arabischen Staaten bis zu 'Carlos' reicht' zu Gruppen des palästinensischen Widerstands, – dieselben, die die japanische 'Rote Armee' als operative Gruppe beim Massaker von Lod einsetzten"** (LC, 22. 3.).

Ähnlich weiß auch die "Süddeutsche Zeitung" zu berichten, daß vielleicht *"die Fäden des linken Terrorismus in Prag zusammenlaufen und östliche Geheimdienste auf diese Weise die italienische Verfassungsordnung zu unterminieren trachten"*

deutsche Zeitung" zu berichten, daß vielleicht "die Fäden des linken Terrorismus in Prag zusammenlaufen und östliche Geheimdienste auf diese Weise die italienische Verfassungsordnung zu unterminieren trachten"

(28.3.). Der "Tagesspiegel" weiß von Gerüchten zu melden, daß *"eine Reihe Angehöriger der...'Roten' in der Tschechoslowakei für den Stadtguerilla-Kampf ausgebildet worden seien"* (23.3.).

Eine sehr hübsche Variante wurde von der französischen Nachrichtenagentur AFP ins Spiel gebracht: danach verfolgen die italienischen Geheimdienste eine "lybische Hypothese". Diese Version stützt sich darauf, daß vor dem Attentat an der Küste vor Rom ein schnelles Schiff von "nicht eindeutiger Herkunft" gesehen worden sein soll (oder eine fliegende Untertasse? – Anm.AK). Außerdem gebe es Berichte des israelischen Geheimdienstes, daß es palästinensische Ausbildungslager in Lybien gebe, *"in denen auch Italiener beobachtet worden seien."* ("Welt", 22.3.).

Die "KPD" schrieb in ihrer „Roten Fahne", für eine Beteiligung des KGB an der Moro-Entführung *"spricht eindeutig auch die Tatsache, daß die Attentäter mit sowjetischen und tschechischen Waffen ausgerüstet waren"* (RF, 22.3.). Es sei *"kein Wunder, daß die Gerüchte und Vermutungen über eine mögliche Drahtzieherschaft östlicher Geheimdienste bei dem Attentat der 'Roten Brigaden' nicht verstummen wollen"* (RF, 29.3.).

Vielleicht wäre damit jetzt auch das Rätsel um Schleyer gelöst: Nicht in der zwischen den Polizei-Computern versackten Neubauwohnung mit dem Einbau-Schrank war er, sondern in den Büros des DKP-Parteivorstands in Düsseldorf. Vielleicht aber auch, wenn man der DKP glauben soll, auf irgendeinem NATO-Stützpunkt oder in der chinesischen Botschaft in Bonn. Da schmunzelt der Terrorist...

Italien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



asien



Narita bleibt geschlossen

Eine weitere Großaktion der japanischen Bewegung gegen den Großflughafen Narita (60 km vor Tokyo) zu Ostern verhinderte die geplante Eröffnung zum 30. März.

Mehrere Zehntausend (die Zahlen reichen von 12.000 bis zu 40.000) Demonstranten stürmten das Flughafengelände und durchbrachen die Sperren von 14.000 Polizisten. Während das Gros der Demonstranten mit *"gepanzerten Lastwagen...und ganzen Batterien von Molotow-Cocktails"* („SZ", 28.3.78) die Bullen in Schach hielten, stürmte eine kleine Gruppe den Flughafen-Tower und zerstörte dort große Teile der technischen Apparatur ("FR", 29.3.). So wurden die gesamte Radar-Einrichtung, die Funkanlage u.ä. zerschla-

trotz 14.000 Bullen gelungen ist, den Flughafen 'stillzulegen', hat den Herrschenden Japans ganz offensichtlich einen echten Schock versetzt. *"Fukuda sagte, die Glaubwürdigkeit seiner Regierung sei dadurch gefährdet, daß es über 13.000 Polizisten am Sonntag nicht gelungen war, eine kleine linksextremistische Gruppe der insgesamt 12.000 (?) Demonstranten an der Zerstörung der Kontrolleinrichtungen zu hindern"* ("FAZ", 28.3.78). Die Kämpfe seien eine *"schwere Herausforderung der Demokratie und des Rechtsstaates"* ("SZ", 28.3.78). Justizminister Setoyama will unter dem Eindruck der verhinderten 12. Flughafeneröffnung jetzt zu Anti-Terrormaßnahmen greifen. *"Eine grundlegende Überprü-*



gen ("Japan Times", 27.3.78), wichtige Dokumente zerrissen und die Fensterscheiben eingeschlagen ("Japan Times", 27.3.). Die Gruppe hatte sich bereits vor der Demonstration in Abwässerkanälen unter dem Tower versteckt und konnte so die polizeiliche Bürgerkriegstruppe überlisten ("SZ", 28.3.).

Die Bullen, mit dem festen Auftrag versehen, die geplante Eröffnung nach 12 Jahren endlich durchzusetzen, gingen kriegsmäßig gegen die Demonstranten vor. Mit Spezialeinheiten wurde versucht, über Kräne

fung der bisherigen Methoden der Terroristenbekämpfung" ist angesagt. ("SZ", 28.3.). Schärfere Gesetze gegen *"subversive Aktivitäten"* sollen durchgepeitscht werden ("Welt", 29. 3.78). Erwogen wird, die Polizei für Demonstrationen generell mit Schußwaffen auszurüsten - zur Zeit sind nur Sondereinheiten derart bewaffnet ("FR", 1.4.78)!

Vorerst jedoch greift Japans Regierung zu weiteren Bürgerkriegsmaßnahmen, um die nächste angekündigte Eröffnung (die 13.) im Mai durchzusetzen. Der Flughafen wird

12 Jahre Widerstand — 12 Jahre Narita-Verhinderung

Der Großflughafen Narita stößt seit Baubeginn 1966 auf massiven Widerstand der Bevölkerung, vor allem der örtlichen Bauern. Konnte schon der Bau nicht planmäßig ablaufen, so hat sich die Lage nach Fertigstellung des Flughafens 1972 noch verschärft. Seit 6 Jahren versucht die Regierung eine Eröffnung durchzudrücken - vergeblich.

Der Flughafen bedeutet für die gesamte umliegende Bevölkerung eine gigantische Bedrohung. Zum einen wurden sämtliche Flughafengelände von den Bauern enteignet, die Umweltbelastung des Flughafens wird darüber hinaus ein normales Leben unmöglich machen. Bei Inbetriebnahme würde über den umliegenden Orten das Damoklesschwert einer totalen Zerstörung liegen, da die Benzintransporte per Bahn durch dichtbesiedelte Gebiete führen! Außer den Umweltgefahren besteht die Gefahr, daß der Flughafen auch als Militärflughafen benutzt wird, für Atombomber usw. ("Ampo", 4/77). Der Kampf gegen Narita hat sich seit 1966 vom Kampf der örtlichen Bevölkerung gegen Enteignung zum nationalen Kampf, zum Zentrum des Widerstandes gegen die umweltvernichtende Regierungspolitik entwikkelt. Seit 1977 wird in allen Teilen Japans gegen die geplante Eröffnung mobilisiert, auch die Aktion Ostern fand als nationale Demonstration statt. ("Ampo"4/77 und "SZ", 28.3. 78). Die militanten Kampfmethoden haben sich nach und nach als 'Notwehr'-Maßnahmen entwickelt — da die Regierung mit brutalsten Mitteln gegen den Widerstand vorging und geht. Schon 1968 wurden in den ersten Demonstrationen über 500 Menschen verhaftet und verurteilt („Ampo" 4/77). 1970 wurden über 1000 Bauern verhaftet ("Ampo" 4/77). 5 Menschen wurden im Verlaufe des 12-jährigen Kampfes getötet ("Ampo" 4/77). Wenn die "SZ" davon spricht, daß *"rotbehelmte Terroristen der sogenannten 4.Internationale"* den Tower stürmten während *"mehrere Hundertschaften ihrer Genossen mit gepanzerten Lastwagen als Vorhut und ganzen Batterien von Molotowcocktails wild um sich schmeißend"* die Polizeiketten durchbrachen, so ist dies nichts als der Versuch, die Breite des Widerstandes zu leugnen und die Bewegung als kleine Terrorgruppe zu diffamieren. Zwischen den Zeilen müssen diese Presseorgane auch zugeben, daß es sich um eine Massenbewegung handelt, um *"Bauern, die für den Flughafenbau enteignet wurden und linksgerichtete Studenten"* ("FR", 28.3.78).

Die Anti-Narita-Kämpfer sind guten Mutes. *"Wir werden den Kampf unbegrenzt fortsetzen und die Eröffnung endgültig verhindern"* ("Welt", 29.3.) erklärte die Widerstandsbewegung.

Asien-Australien-Kommission

Erbitterte Kämpfe um den „Narita"– Tower

die Demonstranten vor. Mit Spezialeinheiten wurde versucht, über Kräne
mit Maschinenpistolen bewaffnet, den Tower zurückzuerobern. Es gibt Bilder, die den Einsatz von mit Gewehr im Anschlag vorgehenden Spezialbullen beweisen! Nach Aussage der "FR" schoß die Polizei in die Demonstranten hinein ("FR", 28.3.). Trotzdem brauchten die Bullen *"mehrere Stunden"* um *"den Kontrollturm zu stürmen und die Eindringlinge Mann gegen Mann zu überwinden"* ("Hamburger Abendblatt", 28.3.78). Am Ostermontag erst gelang es ungefähr 1000 Sturmpolizisten, einen Betonbunker (!) der Demonstranten am Ende einer Landebahn zu stürmen ("Daily Telegraph", 28.3.78). Während der Kämpfe wurden 115 Demonstranten verhaftet und 56 Menschen, darunter 34 Polizisten, verletzt ("Japan Times", 27.3.). Doch wurde das Ziel, die Flughafeneröffnung zu verhindern, erreicht — das japanische Kabinett mußte die Eröffnung (vorerst?) verschieben.

Daß es den Flughafengegnern

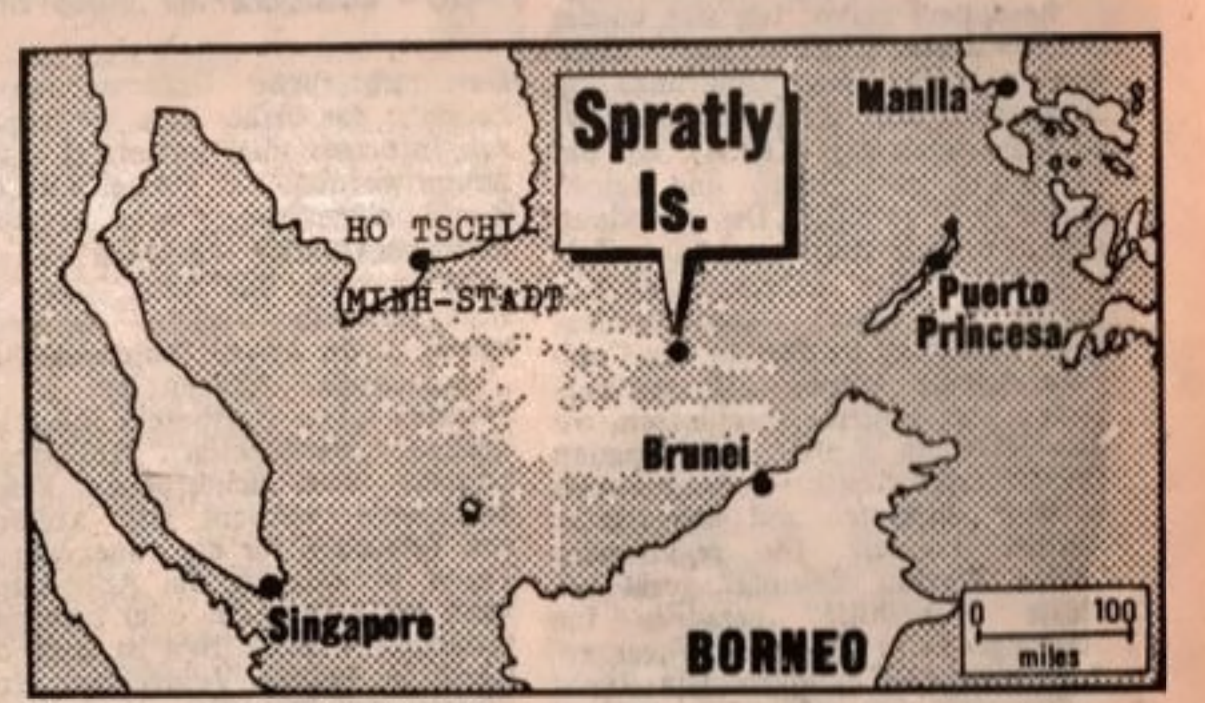
kündigte Eröffnung (die 13.) im Mai durchzusetzen. Der Flughafen wird
jetzt rund um die Uhr von 14.000 Bullen bewacht ("FAZ", 29.3.); zusätzlich sichern 7.000 Bullen die Transportwege zum Flughafen - vor allem die Benzintransporte per Eisenbahn ("Welt", 29.3.).

Die Erfolglosigkeit auch dieser Maßnahmen ist vorprogrammiert, dies geben die zuständigen Minister selbst zu: Der *"Chef des japanischen Sicherheitsausschusses Takemuri Kato sagte, es sei schwierig, den Schutz durch die 14.000 Polizeibeamten, die Narita seit über einer Woche bewachen, unbegrenzt aufrechtzuerhalten"* ("FAZ", 29.3.). Und Fukuda hält eine Eröffnung für *"zu riskant, bevor lückenlose Sicherheit gewährleistet werden könne. Narita muß aber nach allen Seiten gegen mögliche Vorstöße abgesichert werden. Allein um die Bahnlinie, über die die Treibstoffzufuhr läuft, zu bewachen, mußten schon bisher 7000 Polizisten abgestellt werden"* ("Welt", 29.3.). Also wird wohl auch im Mai nichts aus der Eröffnung werden.



Das hätten sie gern! – Aber das war wohl nichts.

Philippinen besetzen Spratley-Inseln



Im Windschatten des vietnamesisch-kambodschanischen Grenzkonfliktes haben die philippinischen Faschisten die umstrittene Inselgruppe Spratley besetzt. Die Inseln werden neben den Philippinen auch von der SR Vietnam und der VR China beansprucht. Den Versuch, eine Lösung dieses Streitpunktes über Verhandlungen zu erreichen, hatte es bislang allerdings nicht gegeben. Allein diese Tatsache macht aus der Besetzung eine direkte Aggression gegen Vietnam und China. Hintergrund der philippinischen Militäraktion sind einerseits vermutete Ölvorkommen, vor allem aber die strategische Bedeutung der Spratley-Inseln (Kontrolle des südchinesischen Meeres und damit des Seeverkehrs entlang der gesamten südostasiatischen Küste). Die philippinischen Militärs geben strategische Beweggründe auch unumwunden zu: Die Aufgabe der philippinischen Ansprüche gegenüber Vietnam *„wäre gleichbedeutend mit der Übergabe Diego Garcias an die Russen"* („Guardian", 3.3.78). Ziemlich klar ist, daß die Philippinen die Okkupation schon wegen der Konfrontationsgefahr mit Vietnam und China nicht im Alleingang vorgenommen haben. Die Aktion fand offensichtlich in Absprache und mit Zustimmung der USA statt. Die USA nämlich akzeptieren die Besetzung *„trotz der Möglichkeit einer Konfrontation im südchinesischen Meer ... als den e i n z i g e n Weg, die Ausdehnung der vietnamesischen Kontrolle in der Region zu verhindern"* („Guardian", 3.3.78).

Zweifellos stecken also weitergehende Ziele hinter der Besetzung; naheliegend wäre der Ausbau der Insel zum amerikanischen Militärstützpunkt — wie sonst, wenn nicht militärisch, soll die angebliche „Ausdehnung der vietnamesischen Kontrolle" gestoppt werden?

Überdies hatte US-Kriegsminister Brown erst kürzlich *„eine Stärkung der amerikanischen Streitkräfte im pazifischen Raum innerhalb der nächsten fünf Jahre angekündigt"* („Frankfurter Allgemeine", 23.2.78). Die US-Streitkräfte sollen danach rein zahlenmäßig wieder aufgerüstet werden und mit modernsten Waffen ausgerüstet werden. Brown nannte u.a. *„auf Unterseebooten stationierte Langstreckenraketen vom Typ Trident mit nuklearen Gefechtsköpfen, Marschflugkörper (Cruise Misle), das neue Düsenkampfflugzeug F 15 und Aufklärungsmaschinen mit Frühwarn- und Überwachungsausrüstung"* („FAZ", 23.2.78). Es liegt nahe, daß die US-Imperialisten für diese Aufrüstung zusätzlich zu den bestehenden Stützpunkten in Micronesien neue Stützpunkte planen. Bekannt ist, daß in Thailand eine amerikanische U-Boot-Basis gebaut wird. Die Gefahr, daß auf den Spratley-Inseln über die Philippinen eine US-Basis errichtet wird, liegt also nahe. Das atomare Vernichtungspotential einer solchen Basis hätte nur ein Ziel — das befreite Indochina!

Deutlich wird, daß auch nach dem zahlenmäßigen Truppenabzug der USA aus Süd-Korea eine Verringerung ihrer Aggressionsabsichten absolut nicht gegeben ist. Oder, wie Kriegsminister Brown sagt: *„Die Aufmerksamkeit, die von der amerikanischen Regierung dem Gleichgewicht der strategischen Rüstung, dem Nordatlantikpakt und dem Nahen Osten gewidmet worden sei, sei nicht zu Lasten der amerikanischen Verpflichtungen in Asien gegangen"* („FAZ", 23.2.78). Die US-imperialistische Bedrohung in Asien ist nicht verschwunden, sie wächst erneut!

Asien-Australien-Kommission

Die Bündnispolitik der indischen Revisionisten: Eiertanz auf Stelzen

In der Bündnispolitik der indischen revisionistischen CPI bahnt sich ein Kurswechsel an. Die Revisionisten streben augenscheinlich nach völlig neuen Ufern. Seit einigen Wochen wird überraschend die Parole von der *„Einheit der linken und demokratischen Kräfte des Landes"* völlig neu interpretiert. Diese Parole hatte bisher dafür herhalten müssen, das mit der reaktionären Congress-Partei praktizierte Bündnis zu rechtfertigen. Sie diente insbesondere als Begründung für die vorbehaltlose Unterstützung der Gandhi-Diktatur während des Ausnahmezustandes. Ebenfalls unter dieser Parole wurde gerade während des Ausnahmezustandes der Kampf gegen alle anti-diktatorischen Kräfte geführt, die kurzerhand allesamt als reaktionär eingestuft wurden. Auch die linken Organisationen wurden damals der Reaktion zugerechnet, weil sie in Opposition zur Gandhi-Diktatur standen. Dieses simple Weltbild ließ sich aber nach der Wahlniederlage der Gandhi-Diktatur und natürlich auch der eigenen nicht mehr aufrechterhalten. Der Wind blies nun aus einer anderen Richtung, also mußte das Segel anders gesetzt werden.

Der Kurs schwankt wie ein Lämmerschwanz

Der erste Kurswechsel wurde unter argen Geburtswehen durchgeführt. Die CPI wurde von Massenaustritten erschüttert, selbst hohe Funktionäre verließen die Partei. Allein im Dezember 1977 traten im Staate Gujarat mehrere tausend Partei-Aktivisten unter Führung des dortigen Partei-Sekretärs aus („Guardian", 13.12.77). Ebenfalls im Dezmber '77 wurde der CPI-Vorsitzende Dange zum Rücktritt gezwungen. Er war einer der eifrigsten Verfechter der Politik der Gandhi-Diktatur innerhalb der CPI gewesen. Auch nach der Wahlniederlage hielt er an seiner Zustimmung für die Diktatur fest. Aber bereits damals wurden diese auf öffentlichen Veranstaltungen geäußerten Auffassungen des Vorsitzenden Dange vom Zentralorgan der CPI „New Age" im Interesse des angestrebten Kurswechsels verschwiegen. Vielmehr setzte in der revisionistischen Presse eine vorsichtige Distanzierung zur Congress-Partei ein. Als Indira Gandhi im Januar '78 die Congreß-Partei spaltete, war die Sache klar: Bis dahin galt Indira Gandhi bei den Revisionisten als die Gallionsfigur des „fortschrittlichen Flügels" in der Congress-Partei, deren grundsätzlich richtige Politik nur von reaktionären Elementen mißbraucht worden sei. So jedenfalls erklärte die CPI die als „Entgleisungen" bezeichneten staatlichen Terrormaßnahmen während des Ausnahmezustandes.

Doch nun lief der Hase plötzlich anders herum. Jetzt mußte Indira Gandhi den Kopf für die Diktatur hinhalten und die Politik des Ausnahmezustandes war auch nicht mehr fortschrittlich. Diese neue Linie wurde der staunenden Öffentlichkeit vom CPI-Generalsekretär Rao mitgeteilt: *„Der Nationalrat* (höchstes Gremium der CPI — Anm. AK) *ist nunmehr der Ansicht, daß es falsch gewesen ist, den Ausnahmezustand zu unterstützen"* („Neues Deutschland", 2.1.78). Und flugs wandte man sich der von Indira Gandhi und ihrem Anhang verlassenen „offiziellen" Congress-Partei als neuem „Bündnispartner" zu. Es spielte dabei auch keine Rolle, daß der Vorsitzende der Congress-Partei (O), Brahmananda Reddy, und sein Anhang bis dahin von den Revisionisten hart attackiert und dem reaktionären Lager innerhalb der alten Congress-Partei zugerechnet wurde.

Doch die Revisionisten hatten schon wieder auf das falsche Pferd gesetzt: Bei den regionalen März-Wahlen in fünf indischen Bundesstaaten setzte sich in zwei der bevölkerungsreichsten Staaten (Andhra Pradesh und Karnataka) der Indira-Congress mit großem Abstand vor dem von der CPI unterstützten offiziellen Congress durch. Prompt zauberte die CPI ihren nächsten — und vorerst neuesten — Knüller aus dem Hut. Unter der alten Parole *„Einheit der linken und demokratischen Kräfte"* wird nun der Aufbau einer „dritten Kraft" als Alternative zu den beiden Congress-Parteien und zur regierenden Janata-Partei propagiert. Die „Einheit..." wird jetzt als — man lese und staune — „Einheit der Kommunisten" verstanden: *„Das National-Präsidium der CPI sieht in der Einheit der Kommunisten einen wesentlichen Bestandteil der Einheit der linken und demokratischen Kräfte". „Die kommunistische Einheit, besonders die zwischen CPI und CPI/M , wird mehr und mehr zu einer Kernfrage"* (Informationsbulletin 3/78). Ein neuer Bündnispartner ist also in Sicht, die CPI/M. Dies kommt nicht von ungefähr, hatte doch die CPI/M ihre Bedeutung in der Zeit nach dem Ausnahmezustand politisch ausbauen können. Mittlerweile dürfte ihr Einfluß eindeutig vor dem der CPI liegen, die immer noch von Krämpfen geschüttelt wird. Aber es kommt noch viel besser; die Revis liebäugeln nicht nur mit der CPI/M, sondern wollen in ihre „Einheit der Kommunisten" sogar die Naxaliten (eine linke Bauernbewegung) mit einbeziehen! *„Es wäre ein schwerwiegender Fehler, die Einheit der Kommunisten auf die Einheit zwischen CPI und CPI/M zu reduzieren, obwohl diese Parteien die größten Abteilungen der Bewegung darstellen. Die verschiedenen Naxaliten-Gruppen, die unter den Namen CPI/ML oder ‚Revolutionäre Kommunisten' firmieren, müssen ebenso in diese Front einbezogen werden"* („Info-b." 3/78).

Ein in der Tat sensationeller Vorschlag. Da hauen die Revis jahrelang auf die linken und revolutionären Kräfte drauf und das geht von „abenteuerlichen Provokateuren" bis hin zu „Agenten des Imperialismus" — und jetzt so was! Für solcherart Unterstützung und Einheit kann man sich eigentlich — schon im Sinne der eigenen Glaubwürdigkeit — nur bedanken. Allerdings liegt in dieser neuen bündnispolitischen Linie für die indische Linke auch die Chance, durch verstärkte Auseinandersetzung mit der Revi-Basis der CPI bei der Aushebung ihres eigenen Grabes ein bißchen nachzuhelfen.

Asien/Australien-Kommission

„Team Spirit 78" — eine neue Provokation der US-Imperialisten in Korea

Vom 7. bis 17. März fand in Südkorea das *„umfassendste amerikanisch-koreanische Gemeinschaftsmanöver seit dem Korea-Krieg 1950 - 1953"* statt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.3.78). An dem Manöver nahmen nach südkoreanischen Angaben *„etwa 45.000 amerikanische Kräfte, die ständig in Korea stationiert sind, andere Teile der US Pacific Command und aus den USA selbst teil, während 73.000 koreanische Truppen, darunter 10.000 Reservisten, mobilisiert wurden"* („Haptong", 17.3.78). Angeblich diente der Aufmarsch der Unterstützung des sogenannten „Truppenabzugs" der USA aus Korea und Ziel des Manövers war angeblich *„die Verteidigung Südkorea gegen einen gedachten Angriff aus dem Norden"* („FAZ", 9.3.78). Sieht man sich die Übungen und den Umfang des elftägigen Manövers allerdings einmal etwas genauer an, so kommt man unschwer zu anderen Ergebnissen:

„Die militärischen Übungen setzten sich diesmal aus einer Reihe von Angriffsoperationen wie Landungsoperationen, Bombentraining, Fallschirmabsprung, Lufttransport schwerer Ausrüstung und enger Luftunterstützung der Bodentruppen zusammen. Noch unheilvoller ist die Tatsache, daß an dieser Militärübung der Atomwaffen-Flugzeugträger Midway, strategische B-52 Bomber, die Atombomben tragen können und die 18. Taktische Luftkampfeinheit, die Übungen im Abwurf von Atombomben durchgeführt hat, teilnehmen" („Rodong Rinmun", 5.3.78).

Das Manöver kostet etwa neun Millionen US-Dollar. Als direkte Provokation gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik („Nordkorea") gedacht, hat dieses Unternehmen auch bei den Ländern Indochinas heftige Proteste ausgelöst. Vietnam bezeichnete „Team Spirit 78" als *„grobe Provokation"* („Nhan Dan", 7.3.78). Das laotische Zentralorgan „Siang Pasason" beschreibt das Manöver als *„ernste und große Provokation, die die halsstarrige Natur des US-Imperialismus und seiner Quislinge* (entspricht im Wortsinn ungefähr dem Begriff der Kollaborateure — Anm. AK) *entlarvt, die planen, in Nordkorea einzumarschieren und einen neuen Krieg in dem Gebiet zu entzünden"*.

Besonders bezeichnend ist, daß Japan, das wirtschaftlich in Südkorea große Macht ausübt, sein Territorium für den Aufmarsch der US-Truppen zur Verfügung stellte, ohne sich selbst an dem Manöver zu beteiligen.

In Japan hatte es im letzten Jahr allerdings auch große Demonstrationen gegen die Zusammenarbeit der Regierung mit den südkoreanischen Faschisten gegeben. Auch diesmal wurden von koreanischen und japanischen Nachrichtenagenturen wieder Demonstrationen und Proteste in Japan gegen das Manöver gemeldet.

Suharto sichert seine Wiederwahl mit Terror!

Am 22.3. wurde *Indonesiens* Diktator Suharto von seinem Nationalkongreß für weitere fünf Jahre als Staatspräsident „gewählt". *„Die Sitzung dauerte lediglich sieben Minuten"* („FR", 23.3.), und da es keine Gegenkandidaten gab, stimmten alle 920 Abgeordneten für Suharto. Es erübrigt sich fast, extra noch darauf hinzuweisen, daß dieser Nationalkongreß von Suharto selbst ernannt wurde.

Der Versuch Suhartos, seiner Terror-Diktatur mit der Scheinwahl ein demokratisches Image zu geben, scheiterte dennoch, da Suharto die Durchführung seiner „Wahlen" nur mittels Militär und Massenverhaftungen durchsetzen konnte. Bereits Wochen vorher wurden die zentralen Universitäten, Zentren der städtischen Opposition, von Militär umstellt und über 100 Studenten und Arbeiter verhaftet („Guardian", 28.2.78). Knapp zwei Wochen vor den „Wahlen" wurden sämtliche Oberschulen in Djakarta aus Furcht vor Unruhen geschlossen („FR", 14.3.78). Für die Woche vor den „Wahlen" verbot man generell alle politischen Aktivitäten. *„Eine Woche der Ruhe"* nannte Suharto seine Verordnung („Guardian", 19.3.78).

So vorbereitet war Suhartos Wiederwahl dann nur noch eine siebenminütige Formalität. Eines hat Suharto auf jeden Fall mit seinen „Wahlen" erreicht — die Erkenntnis, daß sein Regime durch „demokratisch-parlamentarische Veränderungen" nicht zu stürzen ist. Die Wahlfarce kann denn auch nur die um ihre Menschenrechtskampagne besorgten imperialistischen Partner zufriedenstellen.

Asien/Australien-Kommission



lateinamerika

Aufruf von gefangenen Frauen in Santiago »Retten wir das Leben von Haydeé del Carmen Palma Donoso

Das Frankfurter Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile schickte uns die folgende Erklärung von gefangenen Frauen in Chile, die vom 7. bis 10. März 78 in einen Hungerstreik traten. Am 21.1. war durch die chilenische Presse die Verhaftung von sechs Mitgliedern des MIR bekannt gegeben worden, darunter befand sich auch Haydee del Carmen Donoso. Ihre Verhaftung wurde aber nicht bekannt gemacht, und sie befindet sich bis heute in den Händen der CNI, der Geheimpolizei und Nachfolgeorganisation der DINA.
Das Frankfurter Komitee und das chilenische Menschenrechtskomitee (CODDH) rufen zu einer Briefaktion auf, um das Leben der Verhafteten zu retten.

Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile
c/o B. Müller, Burgstr. 27, 6000 Frankfurt/Main

An die Weltöffentlichkeit!
An die Arbeiterorganisationen Chiles und des Auslandes!
An alle Länder und Regierungen!
Retten wir das Leben von Haydee del Carmen Palma Donoso!

Wir machen die Weltöffentlichkeit aufmerksam, daß die Regierung Pinochet die Verhaftung und den Verbleib von Haydee del Carmen Palma Donoso zu verheimlichen versucht. Wir rufen die Arbeiterorganisationen, alle Organisationen, die für die Menschenrechte kämpfen, und alle demokratischen Regierungen auf, daß sie von der Militärjunta fordern, das Leben von Haydee del Carmen Palma Donoso zu respektieren sowie ihren jetzigen Verbleib bekannt zu machen und ihre sofortige Freilassung zu veranlassen.

Haydee del Carmen Palma Donoso (31), Kinderärztin, hat bis September 73 in der Poliklinik der Comuna von Renca (Santiago) gearbeitet. Als Studentin hat sie für die Rechte der Studenten gekämpft.

Ihr Kontakt mit der schwierigen Realität unseres Volkes führte sie zu ihrem politischen Engagement, um gegen die Diktatur und für die Befreiung unseres Landes zu kämpfen.

Haydee del Carmen Palma Donoso ist zusammen mit Aura Gladrisic Figeroa (Tochter der Hausbesitzerin) am 16. Januar 1978 in ihrer Wohnung in Santiago von CNI-Agenten, die schwer bewaffnet waren und gewaltsam in ihre Wohnung eingedrungen sind, verhaftet worden. Sie wurden in ein Folterzentrum der CNI in Penalolen, Santiago (vermutlich „Villa Grimaldi") gebracht. Die Hausbesitzerin Guillermina Figeroa Duran (59) sowie ihr Sohn Dinko Giadrosic Figeroa wurden am gleichen Tag von CNI-Agenten verhaftet.



Chilenische Frauen zur Zeit der Regierung der Unidad Popular

Auch am gleichen Tag wurden die Mutter von Frau Dr. Palma Donoso, Sofia Haydee Donoso Quevedo (54) und ihre Schwester Sara Eliana Palma Donoso (29) verhaftet.

In dem Haus der Mutter wohnte Gabriel Octavio Riveros Ravelo (28), Mitglied des MIR, der von den CNI-Agenten sofort getötet wurde.

In einem anderen Stadtteil von Santiago sind Bernarda Santelices (27) und ihre acht Monate alte Tochter Alejandra verhaftet worden, sowie German Rodriguez, Mitglied der politischen Kommission des MIR, der in seiner eigenen Wohnung gefoltert und getötet worden ist.

Alle an diesem Tag verhafteten Personen sind zum gleichen Folterzentrum gebracht worden, einschließlich Haydee del Carmen Palma Donoso. Am 17. Januar wurde auch Isabel Margarita Wilk Gonzales (22), ebenfalls Mitglied des MIR, in Santiago verhaftet und zum gleichen Folterzentrum gefahren.

Am 20. Januar sind Aura Giadresic Figeroa, Guillermina Figeroa Donoso, Sofia Haydee Donoso Quevedo und Sara Eliana Palma Donoso in das Frauengefängnis überwiesen worden und Dinko Giadrosic Figeroa in das Männergefängnis.

Haydee del Carmen Palma Donoso ist seitdem verschwunden und Isabel Margarita Wilk Gonzales blieb bis zum 7. Februar in der Gewalt des CNI. Sie wurde weiter gefoltert, von einem Arzt hypnotisiert, und man wollte sie zwingen, eine Erklärung zu unterschreiben, in der es heißt:

1. *daß sie früher verhaftet worden sei, und*
2. *daß sie Haydee del Carmen Donoso bis zum Flughafen von Santiago begleitet habe. Die Folterungen hatten aber keinen Erfolg und stattdessen behauptet heute Isabel Margarita Wilk Gonzales, am 5. Februar, als sie selbst verhört wurde, die Stimme von Haydee del Carmen Palma Donoso in einem Nebenzimmer gehört zu haben.*

Verhindern wir das Verschwinden von Haydee del Carmen Palma Donoso! Fordern wir die Bekanntmachung des Verbleibs der Verschwundenen!! RETTEN WIR DAS LEBEN von Haydee del Carmen Palma Donoso!

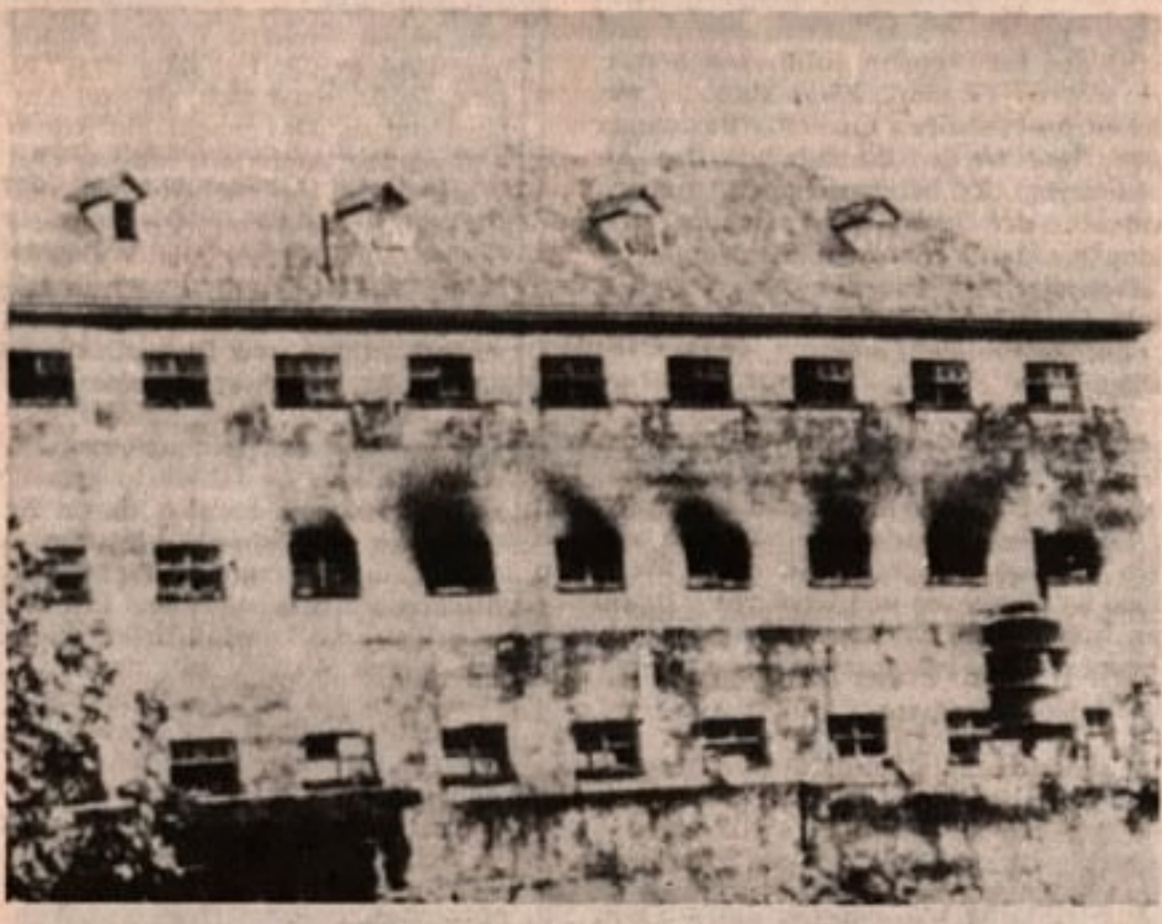
Politische Gefangene
Casa correccional de Mujeres (Frauengefängnis)
Santiago – Chile

Argentinien: 150 bis 200 Häftlinge ermordet

Im Gefängnis von Villa Devoto, 15 km von Buenos Aires entfernt, kam es am 14.3. nach Meldungen der bürgerlichen Presse zu einer Häftlingsrevolte. Gefangene sollen Wärter als Geiseln genommen und einen Trakt des Gefängnisses in Brand gesteckt haben. Polizei und Sondereinheiten der Armee sollen, unterstützt durch den Einsatz von Hubschraubern (!) die Revolte niedergeschlagen haben. Offiziell wurde eine Zahl von 60 toten Gefangenen und 70 Verletzten genannt, die aber alle Opfer der Rauchentwicklung und des Feuers seien. Keiner der Gefangenen weise Schußwunden auf. Betont wurde einhellig, daß die Revolte von nicht-politischen Gefangenen ausgegangen sei. („Tagesspiegel", 17.3.78, „dpa" und „Ap-al", 14.3.78).

Soweit die Junta. Andere Meldungen sprechen von 150 („BBC") bzw. 200 Toten („El Pais", Caracas). Daß die Revolte von nicht-politischen Häftlingen ausgegangen sei, ist völlig unwahrscheinlich, weil sich in Villa Devoto, das für 2.500 Häftlinge Platz hat, aber mit 3 bis 4.000 Gefangenen belegt ist, fast ausschließlich politische Häftlinge befinden. Die argentinische Menschenrechtskommission vermutet, daß es gar keine Revolte gegeben habe, sondern daß es sich um eine Massenexekution an politischen Gefangenen und Verschwundenen handelt. Das ist argentinische Wirklichkeit - nur wenige Kilometer vom zukünftigen Schauplatz des Fußball-WM-Spektakels entfernt.

Lateinamerika-Kommission



Gefängnis von Villa Devoto

Argentinien-Solidarität in der BRD

Der erste Höhepunkt der Argentinien-Solidaritäts-Kampagne ist recht erfolgreich abgeschlossen:

Bisher sind bereits an die 20.000 Unterschriften für die Freilassung von politischen Gefangenen gesammelt worden.

Auf einer Pressekonferenz, initiiert von der Informationsstelle Lateinamerika (ila) Bonn, nahmen rund 20 Journalisten von verschiedenen Zeitschriften und Radiosendern teil (allerdings waren keine Tageszeitungen vertreten).

Zur ersten größeren Solidaritätsveranstaltung, am 23.3. in Köln kamen knapp 300 Menschen.

Es sprachen unter anderem Helmut Frenz, eine Vertreterin der CADHU (argentinische Menschenrechtskommission) und Nuri Albala von der internationalen Vereinigung demokratischer Juristen.

Als Erfolg kann auch gewertet werden, daß der Deutsche Fußballbund sich zu einem Gespräch mit Amnesty International über die Menschenrechte in Argentinien bereiterklärt hat - für die westdeutsche Fußballmafia, die bisher hartnäckig auf ihrer Form der Trennung von Sport und Politik besteht, immerhin ein Schritt nach vorn.

Ein besonderer Erfolg der bisherigen Kampagne ist in der Tatsache zu sehen, daß zahlreiche Dritte Welt-, Lateinamerika- und andere Gruppen die Argentiniensolidarität unterstützen und mittragen. Über 170 Gruppierungen beteiligen sich bisher an der Kampagne. Eine so breite und einheitliche Lateinamerika-Solidarität hat es seit den Chilekampagnen nicht mehr gegeben.

Nicht geregt hat sich bislang (nicht unerwartet) die Bundesregierung, die in den Unterschriftensammlungen aufgefordert wird, sich für die Freilassung und Aufnahme von mindestens 500 politischen Häftlingen einzusetzen und die bisher in drei Briefen von der ila um eine Stellungnahme gebeten wurde. Alle Schreiben sind von der Bundesregierung bestätigt worden mit dem Hinweis, daß man die Angelegenheit an das Auswärtige Amt weitergeleitet habe. Der mehrfachen direkten Aufforderung an den Bundeskanzler, Stellung zu nehmen und seiner Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung nachzukommen, wurde bisher nicht Folge geleistet.

Lateinamerika-Kommission

Argentina '78

Fußball ja! Folter nein!

AUTOAUFKLEBER (weiß/blau) – zu bestellen beim Reents-Verlag; DM 1.-

Chilenische Faschisten gegen die SWAPO

Eine interessante Entdeckung machten die TASS-Korrespondenten Reikerus und Kudrjawtsew: Soldaten der chilenischen Faschisten beteiligten sich auf seiten der Südafrikanischen Truppen an den Kämpfen gegen die Befreiungskämpfer der SWAPO in Namibia. Stationiert sind sie in dem südafrikanischen Luftwaffenstützpunkt Ondangua im Norden Namibias. Nach Angaben der SWAPO beteiligten sich die chilenischen Faschisten seit 1/2 Jahr an den Kämpfen. In dem Luftwaffenstützpunkt soll etwa ein Bataillon chilenischer Soldaten stationiert sein. Abgesehen von den Kampfhandlungen gegen die SWAPO sollen die Soldaten aber auch an der Ausbildung angolanischer Faschisten der Unita beteiligt sein (nach „Monitor Dienst", 3.2. 78).

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua: Die Kämpfe gehen weiter

Die Kämpfe der letzten Monate und Wochen gegen das Somoza-Regime haben sich auch im März fortgesetzt, auch wenn die Berichte in der bürgerlichen Presse wieder spärlicher werden. So wurden mehrere Demonstrationen mit über tausend Teilnehmern bekannt. Am 8. März, dem internationalen Tag der Frau, wurden in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, Messen abgehalten, in denen man der Frauen gedachte, die bei dem Volksaufstand ums Leben gekommen sind. Unmittelbar danach explodierten in mehreren Straßen der Stadt kleinere Bomben. Ebenfalls bekannt wurde der Überfall auf die „Bank von Amerika", bei dem über 20.000 US-Dollar von den Guerilleros erbeutet werden konnten. Der General Reynaldo Perez Vega, hoher Chef der Nationalgarde, wurde tot aufgefunden, eingehüllt in die schwarz-rote Fahne der Sandinistischen Befreiungsfront (FSNL) („UPI", 9.3.78).

Hinter allem stehen die USA

80 % der ausländischen Investitionen in Nicaragua gehören den USA, das sind allerdings nicht mehr als 100 Mio. Dollar, für die Größenordnung des US-Imperialismus relativ gering. Der Großteil der Reichtümer Nicaraguas (Kaffeeplantagen, Zement-, Textilindustrie, fast der gesamte Transport) gehört den Somozas selber, die 1975 allein in Nicaragua Umsätze von 400 - 500 Mio. Dollar „erwirtschaftet" haben. Trotzdem haben die USA Somoza von Anfang an unterstützt. d.h. seit nunmehr fast 45 Jahren. Gründe dafür gibt es viele. Da ist einmal die strategische Lage: In Nicaragua stehen die Truppen zur „Verteidigung" des Panamakanals; von Nicaragua aus wurde die Invasion in die Schweinebucht und der Putsch von Guatemala 1954 organisiert. Ferner garantierte der Somoza-Clan bisher mit seinen brutalen Unterdrückungsmethoden einen weitgehend reibungslosen Verlauf der Ausbeutung in Nicaragua und den politischen und militärischen Einfluß des US-Imperialismus. Dies auch in den Nachbarländern, in denen die Somozas einiges investiert haben. Nicaragua spielt hier die Rolle des Polizisten und Brückenkopfs der USA in Mittelamerika, in enger Zusammenarbeit mit den reaktionären Militärs in Guatemala und El Salvador („Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 54).

Allerdings muß man unterscheiden, was Somoza und was Nicaragua für die USA bedeuten.

Es ist gut vorstellbar, daß sich die USA bei einem weiteren Anwachsen der antisomozistischen Bewegung nach einem neuen Vertreter ihrer Interessen umsehen, der nicht ganz so abgewrackt ist. Im Rahmen von Carters „Menschenrechtskampagne" hält man es in den USA für günstiger, sich etwas von der Diktatur in Nicaragua abzusetzen. So kam folgende schon mehr zynische Presseerklärung zustande („UPI", 10.3.78). „*Wie das State Departement heute mitteilte, würden zwei oder drei nordamerikanische Privatbürger*" der Nationalgarde Nicaraguas als Berater zur Seite stehen; jede offizielle Beziehung zur US-Regierung wird bestritten.

In Nicaragua werden keine Menschenrechte verletzt, denn es gibt keine!

Seit Jahrzehnten leiden die Bauern, Landarbeiter und Arbeiter und in zunehmendem Maße auch die Kleinbourgoisie unter der kolossalen Ausbeutung und der totalen politischen Entrechtung durch den Somoza-Clan und die Imperialisten. Die Arbeitslosenrate überschreitet teilweise 30 %, die Ausbeutung der Landarbeiter ist unbeschreiblich; der Saisonlohn reicht nicht zum Leben, so daß sich viele wie Sklaven ohne Bezahlung nur für Unterkunft und Verpflegung verkaufen müssen. Die Erdbebenkatastrophe 1972 hat das soziale Elend, vor allem die Obdachlosigkeit, noch verschärft, während sich der Somoza-clan an den internationalen Hilfeleistungen noch weiter gesundgestoßen hat. Politische Rechte in irgendeiner Form für die Bevölkerung gibt es nicht. Streiks oder Protestaktionen werden von der Nationalgarde niedergemacht; gegen die Bauern wird mit Bomben vorgegangen.

1974 wurde (nicht zum ersten Mal) der Ausnahmezustand ausgerufen und auch formell jegliche Freiheit abgeschafft und die Repression noch verschärft. Der Ausnahmezustand 1977 wurde erst im September wieder aufgehoben.

Sandinistische Befreiungsfront (FSNL) gestärkt

Der Diktatur Somozas ist es „gelungen", praktisch die gesamte Bevölkerung gegen sich aufzubringen. So reicht heute die antisomozistische Front weit hinein ins bürgerliche Lager. Die bürgerlichen Kräfte sind in der UDEL, der „demokratischen Befreiungsunion" organisiert. Sie streben im wesentlichen den Sturz Somozas und eine bürgerlich-demokratische „Revolution" an. Der UDEL gehört im übrigen auch die revisionistische KP Nicaraguas an, die bewaffnete Aktionen gänzlich ablehnt und den Sandinisten „Abenteuertum" vorwirft („Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 54). Außerhalb der legalen Opposition UDEL ist die FSNL die Hauptkraft, die während ihrer militärischen Aktionen und der Massenaktionen der letzten Monate eindeutig an Stärke und Kraft gewonnen hat.

Zur militärischen Lage schreibt die FSNL in ihrem Bulletin No.2: „*Zum Ende des Jahres 1977 ist der Saldo der militärischen Aktionen, die seit Oktober unternommen wurden, positiv: Die permanenten Niederlagen der Soldaten des Diktators, die fortschreitende Demoralisierung seiner Truppe, die Desertation, die anfängt, alarmierende Ausmaße anzunehmen, die Besetzung von befestigten Siedlungen durch unsere Verbände, bei denen wichtiges Kriegsmaterial erobert worden ist, die Weiterentwicklung der öffentlichen Versammlungen und das Training im Waffengebrauch von vielen Bewohnern der besetzten Städte, Besetzungsaktionen; und im ganzen befindet sich die Armee in der Defensive und eingeschlossen in den Festungen, die sie nur verlassen, wenn sie auf massive Luftunterstützung und große Soldatenkontingente zählen können. Die Moral unserer Streitkräfte ist bestens, ebenso wie die der Zivilbevölkerung, welche mit Freuden die Wunden sieht, die unsere Organisation dem Tyrannen beibringt.*"

Der steigende Einfluß der Sandinisten wird sowohl an den Reaktionen Somozas, als auch an denen der bürgerlichen Opposition deutlich.

Bürgerliche Kräfte für Dialog mit Somoza

Die nicht-somozistische Bourgeoisie und Teile der Kleinbourgeoisie sind eine Zeitlang gar nicht so schlecht im Windschatten Somozas gefahren. Seit langem allerdings ist die Macht des Familienunternehmens so absolut, daß es alle anderen Kräfte an die Wand drückt. Außerdem glauben diese Teile der Opposition, daß sich das kapitalistische System, das die UDEL ja erhalten will, nicht mehr lange durch Somoza wird aufrechterhalten lassen, sondern befürchten, daß es durch den wachsenden Volkswiderstand hinweggefegt wird. Dies allerdings wollen auch die UDEL-Führer verhindern.

Der langjährige Führer der bürgerlichen Opposition, Chamorro, - der wegen seines mutigen politischen Kampfes eingekerkert, gefoltert und am 10. Januar dieses Jahres ermordet wurde - war einer der reichsten Männer Nicaraguas und führende Kraft eines Teils der in Nicaragua tätigen Kapitalgruppen. Er war ein Bewunderer der USA und ein Feind von all dem, was nach links aussah („Lateinamerika-Nachrichten", 57). Inzwischen hat sich dieser Teil der Opposition den liberalen Jungunternehmer Alfonso Robelo Callejas als zukünftigen Präsidenten ausgeguckt. Callejas wird der denkwürdige Ausspruch „*Sobald man dem Marxismus erlaubt, frei zu kämpfen, stellt er keine Gefahr mehr dar*" zugeschrieben.

Die Unternehmer Nicaraguas nahmen ziemlich geschlossen an den Protestaktionen und Streiks gegen Somoza teil, hauptsächlich um eine wirkliche Mobilisierung und Radikalisierung der Bevölkerung zu verhindern. Sie zahlten für die Streiktage den Lohn weiter und bemühten sich, zu entmobilisieren. Wie bekannt, ist das gründlich mißlungen.

Am 16. Oktober des vergangenen Jahres erschien in der Zeitung der Opposition, „La Prensa", die bekannte Erklärung der Zwölf", in der die Diktatur angeklagt und ein nationaler Dialog o h n e Somoza gefordert wird. Unterzeichner dieses Briefes waren 12 Oppositionelle im Exil, unter denen sich Unternehmer, Priester und Intellektuelle befinden (s. AK 124). Die Erklärung wurde inzwischen von tausenden Weiteren unterschrieben. Die Forderung nach einem nationalen Dialog ist weit verankert, aber während die FSNL einen Dialog innerhalb der Opposition führen will, wäre die UDEL unter Umständen auch zu Verhandlungen mit Somoza bereit. Allerdings kann es sich die UDEL zur Zeit auch nicht leisten, offen mit Somoza gegen die Sandinisten zu paktieren. Somoza hat der FSNL Verhandlungen „angeboten", falls sie die Waffen niederlegt.

Somoza angeschlagen

Somozas Position hat sich im letzten Vierteljahr erheblich verschlechtert: Auf militärischer Ebene, wo er keine Erfolge im Kampf gegen die „Subversion" erzielen konnte, und politisch tritt ihm praktisch die gesamte Bevölkerung offensiv gegenüber. International konnte er ziemlich breit angeklagt und teilweise isoliert werden.

Auch wenn er in seinen Reden so tut, als herrschte tiefster Frieden im Land, als stünde die Bevölkerung geschlossen hinter ihrem „Landesvater" und als ob es lediglich unbedeutende Probleme mit ein paar „kriminellen Elementen" und einer „Handvoll Kubanern" gebe, die versuchten, Unruhe zu schüren, sah sich Somoza immerhin zu einigen optischen Korrekturen gezwungen: Die Regierung wurde umgebildet und einige der am meisten verhaßten Gauner entlassen. Daß sich hierdurch nichts verändert, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß sich die wichtigsten Leute seiner neuen Regierung aus Elementen der „Liberalen Somozistischen Jugend" und aus anderen Organisationen der Ultrarechten mit z.T. paramilitärischen Charakter rekrutieren.

Auf ähnlicher Linie bewegen sich weitere geplante „Zugeständnisse", die Somoza in einem Interview Anfang März angedeutet hat: Hierin erklärte er, „*daß er alle Ideologien, einschließlich des Kommunismus, zulassen werde*". Er bekräftigte, daß er bis 1981 im Amt bleiben wolle („Süddeutsche Zeitung", 22.3.78). Die Chancen, daß ihm das Volk einen dicken Strich durch seine Pläne macht, sind nicht schlecht!

Lateinamerikakommission



nahost

Libanon: Widerstand gegen Terror und Massaker

Trotz aller Macht der zionistischen Propagandamaschine und der bürgerlichen Presse liegt offen vor Augen, was in Libanon geschehen ist: Die Zionisten haben das Friedensgerede beiseite gelassen und erneut ein arabisches Nachbarland mit Krieg überzogen. Sie haben in ihrer unersättlichen Expansionsgier aus Südlibanon ein neues besetztes Gebiet gemacht.

Mit grauenhaften Massakern und Terrorangriffen wurden 265 000 Menschen vertrieben. Es ist zu hoffen, daß die Wut dieser Massen Libanon in ein Pulverfaß verwandelt.

Die UN-Truppen bilden nur eine weitere Besatzungsmacht. Nach den faschistischen Mordbanden, nach der syrischen „Friedenstruppe", nach der zionistischen Intervention nun auch noch ein direktes Eingreifen der Großmächte, alles gegen die fortschrittlichen Kräfte des libanesischen und palästinensischen Volkes!



chen Kräfte des libanesischen und palästinensischen Volkes!



Die wahren Terroristen

Faschisten und Zionisten können ihr Machtgebiet nur mit brutaler Gewalt erweitern. Um einen Teil der Bevölkerung zu beherrschen und auszubeuten, müssen sie den anderen Teil durch Terror vertreiben. Nach diesem Rezept wurde in den Kriegen von 1948 und 1967 der israelische Staat errichtet und eine Million Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben.

1948 wurde die Fluchtbewegung durch eine Reihe vorgeplanter Massaker („Plan Dalet") in Gang gesetzt. Am schrecklichsten war, die von der Terrorgruppe „Irgun Zwei Leumi" (damaliger Befehlshaber: der heutige Ministerpräsident Begin) ausgeführte Abschlachtung aller 350 Einwohner des Dorfes Deir Jassin. Auch 1967 wurde ein großer Teil der Bevölkerung des Westjordanlandes mit Gewalt vertrieben (siehe der Bericht in unserer Broschüre „Interviews mit dem Widerstand"). Hinter den Flüchtlingen wurden die Dörfer buchstäblich ausradiert und dem Erdboden gleich gemacht. Nach diesem Plan sind die Zionisten und Faschisten nun auch in Südlibanon vorgegangen.

Massaker in Südlibanon

In Teilen Südlibanons wurden die bürgerlichen Journalisten von den Zionisten gerne herumgeführt, „Terrorbasen" und „Waffenbunker" wurden gezeigt. Andere Orte durften die Journalisten nicht betreten, so z.B. Khiam, ein Dorf, das jahrelang erfolgreich gegen die Angriffe der Faschisten verteidigt worden war. Offenbar hatte man dort noch nicht aufgeräumt und was dort zu sehen war, erschien den Zionisten wohl zuviel, selbst für die abgebrühtesten Frontberichterstatter. *„Der Grund dafür sickert im Laufe des Tages nur langsam durch. In den palästinensischen Schlupfwinkeln stieß die israelische Armee auf Zeugnisse fürchterlichster Massaker und persönlicher Grausamkeiten, Racheakte von Phalangisten an Palästinensern, deren sie habhaft werden konnten, aber auch an Muslimen, darunter älteren Frauen, die im Verdacht der Zusammenarbeit mit der PLO standen. Man befürchtete wohl, daß der persönliche Augenschein bei manchen Journalisten den Vorwurf erweckt hätte, Israel erlaube und unterstütze Grausamkeiten der Christen gegen die gemeinsamen Feinde"* („NZZ", 21.3.). Dieser Reporter beschönigt noch die wahren Vorgänge. Wird doch an anderer Stelle des gleichen Artikels berichtet, daß die

Wird doch an anderer Stelle des gleichen Artikels berichtet, daß die

Faschisten grundsätzlich nicht an den Kämpfen in der Frontlinie beteiligt waren und erst nach den Zionisten in die eroberten Gebiete einrückten. Ferner berichten andere Zeitungen, daß die Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte sich vor dem Zugriff der zionistischen Truppen jeweils rechtzeitig zurückgezogen haben. Der wahre Sachverhalt ist also ganz offenbar: Nach Eroberung von Dörfern, die zuvor Stützpunkte der fortschrittlichen Kräfte waren, haben Zionisten und Faschisten gemeinsam die Kriegsgefangenen und zurückgebliebene Bevölkerung abgeschlachtet.

Khiam ist kein Einzelfall. *„Mit bloßem Auge läßt sich auf weite Entfernung ablesen, welche Dörfer Palästinensern Unterschlupf gewährt haben."* Das ist die Sprachregelung dafür, daß die Bewohner dieser Dörfer zu den fortschrittlichen Kräften in Libanon gehörten. *„Die Dörfer ... sind zerbombt und zerschossen, oft fast dem Erdboden gleichgemacht. Die meisten dieser Stätten des Grauens sind vollständig verlassen."* Nach Meinung des Reporters sind es „tote Haustiere", die den „Verwesungsgeruch" verbreiten, der über allem liegt („NZZ", 24./25.3.).

„In den seit der Nacht bessetzten Gebieten haben die Aggressoren unterdessen eine systematische Jagd auf palästinensische und libanesische Patrioten begonnen" („Neues Deutschland" — „ND", 16.3.). Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte, die in die Hände der Zionisten oder Faschisten gerieten, waren verloren. Die Zionisten gaben nur Zahlen von Toten bekannt, keine von Kriegsgefangenen, es wurden keine gemacht. Die PLO wandte sich am 16.3. an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf mit der Bitte, *„alles nur mögliche für die Sicherheit der bei der Aggression von Israel gemachten Gefangenen zu üunternehmen. Die PLO wies darauf hin, daß Israel entsprechend der Verlautbarung den gefangenen und nach Israel verschleppten Palästinensern den Status von Kriegsgefangenen verweigert"* („ND", 17.3.). *„Laut dem israelischen Radio sind im Sicherheitsstreifen aufgestöberte bewaffnete Palästinenser erschossen worden"* („NZZ", 18.3.). Das IKRK warnte die israelische Regierung davor, bei der Besetzung von Südlibanon die Regeln der Genfer Konvention, insbesondere betreffend die Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung, zu brechen („NZZ", 23.3.). Das IKRK entsandte 30 Beobachter und erklärte, die Lage sei „sehr ernst".

Zionisten setzen Terrorwaffen ein

Die zionistische Luftwaffe griff gezielt die Zivilbevölkerung an. Aus Sur (Tyrus) wurde z.B. berichtet:

Zionisten setzen Terrorwaffen ein

Die zionistische Luftwaffe griff gezielt die Zivilbevölkerung an. Aus Sur (Tyrus) wurde z.B. berichtet:

„Nach Augenzeugenberichten schlugen die Flugzeuge zu, als Hausfrauen auf die Fischer warteten, die den täglichen Fang verkauften. Unter den mehr als dutzend zivilen Toten war nur ein Palästinenser. Nach Aussagen der Ärzte waren viele der Toten und Verwundeten Frauen und Kinder. Sie sagten, daß es im Umkreis von Meilen kein einziges mögliches ‚militärisches' Ziel gebe" („Financial Times" — „FT", 17.3.).

Der neueste Jagdbomber der US-Produktion, die F-15, wurde in Südlibanon zum ersten Mal im „Gefecht" eingesetzt. Israel ist das erste Land, das diese Bomber aus den USA erhalten hat („International Herald Tribune" — „IHT", 20.3.). Dabei wurden auf Sur sogenannte Kugelbomben oder Flächenbomben abgeworfen („ND", 21.3.). *„Die Lieferung der verheerenden Waffe an Israel hatte 1977 zu internationalen Protesten geführt. Diese in Vietnam eingesetzte Waffe besteht aus einem Bündel von mehreren hundert kleinkalibrigen Bomben, die nach dem Abwurf eine Fläche von Hunderten von Quadratmetern zerstören"* („Frankfurter Rundschau" — „FR", 21.3.). Diese Waffe richtet sich speziell gegen menschliche Ziele. Die Splitter aus Plastikmaterial können im Körper des Verwundeten nicht durch Röntgen geortet werden.

„Die Kugelbomben rufen bei ihren Opfern Verwundungen hervor, die von verschiedenen Ärztedelegationen als entsetzlich und sehr schwer heilbar bezeichnet worden sind. Man muß sich gegen die Anwendung einer [solchen] Waffe durch die israelischen Streitkräfte empören", schreibt „Le Monde" („LM", 21.3.).

Nach allen diesen fürchterlichen Tatsachen ist es offener Hohn über die Opfer, wenn Israel erklärt, es wolle eine Rückkehr der Flüchtlinge zulassen.

Israelische Bomber über dem Beiruter Vorort Ousa'ii

Die PLO erklärte, bevor überhaupt das ganze Ausmaß der Massaker bekannt war: *„Nach der Gründung Israels haben die Zionisten immer wieder große Massaker veranstaltet, 1955•56 z.B. an den Bewohnern im Gaza-Streifen und an den Bewohnern des Dorfes Kafr Kassem und an den Bewohnern des Dorfes Kalqiliya im Jahre 1965. Schließlich wurden infolge israelischer Angriffe auf Flüchtlingslager in Ostjordanien und Libanon Tausende palästinensischer Flüchtlinge ermordet. Heute nun kommt dieser großangelegte Angriff. Wir wissen, daß wieder hunderte von Zivilisten in den Trümmern der zerbombten Häuser gesucht werden müssen. Wir sind sicher, daß wir die Stimmen nun vermissen werden, die so laut und deutlich die Palästinenser verurteilt haben"* („Palästina-Bulletin-Extra", 15.3.).

Der Angriff Israels auf Südlibanon ist eine neue Lehre, die das palästinensische Volk nicht vergessen wird.

Die „FT" (17.3.) faßte ihren Eindruck so zusammen: *„Über eine Sache sind sich die Führer der Widerstandsorganisationen einig: Wenn Israel gedacht hat, durch die gegenwärtige Operation könnte es weitere Angriffe innerhalb Israels und in den besetzten Gebieten verhindern, dann wird sich das als Irrtum herausstellen."*

standsorganisationen einig: Wenn Israel gedacht hat, durch die gegenwärtige Operation könnte es weitere Angriffe innerhalb Israels und in den besetzten Gebieten verhindern, dann wird sich das als Irrtum herausstellen."



Eine Frau, durch Napalm verbrannt

Der „Gegenschlag"

Die Zonisten und die bürgerliche Presse haben hartnäckig die Version verbreitet, die israelische Intervention sein ein „Gegenschlag" gegen die Aktion eines palästinensischen Kommandos in Israel. Diese Behauptung ist schon deshalb absurd, weil man eine Operation von 25.000 schwer bewaffneten Soldaten, die Ausrottung ganzer Dörfer und die Vertreibung von fast 300.000 Menschen überhaupt nicht vergleichen kann mit einer Kommandoaktion von 11 Kämpfern, die 48 Tote hinterlassen hat. Die gesamten Aktionen des palästinensischen Widerstandes seit Bestehen Israels erreichen lange nicht den Umfang der Opfer dieses israelischen „Gegenschlages", ganz zu schweigen von den Tausenden von Toten und Vertriebenen anderer israelischer Angriffskriege (1948, 1956, 1967) und sonstiger „Gegenschläge".

Hinzu kommt, daß die 48 Toten der palästinensischen Aktion durch den Angriff der israelischen „Sicherheitskräfte" entstanden sind. Die palästinensischen Kämpfer wollten gefangene Genossen aus den Foltern israelischer Gefängnisse befreien und hatten deshalb gar kein Interesse daran, sich und die Geiseln abzuschlachten. *„Es wird untersucht werden müssen"*, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ", 15.3.) dazu, *„wer den Befehl gab, auf den mit Geiseln voll besetzten Bus zu schießen."* Einen „Gegenschlag" sollten die Israelis deshalb besser gegen ihre skrupellosen Polizisten und Militärs richten.

Schließlich ist zu bedenken, daß der palästinensische Widerstand in den vergangenen Monaten ständig Aktionen in Israel ausgeführt hat. So explodierten Bomben am 4.2. in Hebron (1 Toter), am 16.2. in einem Bus in Jerusalem (1 Toter, 10 Verletzte), am 21.2. in der Universität von Jerusalem (1 Toter, 10 Verletzte). Anfang Februar gab es die Geschichte mit den vergifteten Orangen, Mitte Februar die Aktionen auf Zypern. Wenn die Zionisten keine dieser Aktionen als Vorwand für einen „Gegenschlag" genommen haben, so lag das nur daran, daß der Angriff auf Südlibanon zu der Zeit noch nicht so weit vorbereitet war.

Der „Sicherheitsgürtel"

Die Forderung nach »sicheren Grenzen« dient den Zionisten seit 30 Jahren als Vorwand für ihre Eroberungszüge. Sie war nie stichhaltig, da die Unsicherheit in der Region immer nur von Israel selbst ausgegangen ist. Dieser Vorwand läßt sich aber auch am Beispiel Südlibanon ohne weiteres widerlegen.

Die Kämpfer, die den Bus kaperten, kamen ja bekanntlich gar nicht aus Libanon, sondern aus Zypern. Die

Dieser Vorwand läßt sich aber auch am Beispiel Südlibanon ohne weiteres widerlegen.

Die Kämpfer, die den Bus kaperten, kamen ja bekanntlich gar nicht aus Libanon, sondern aus Zypern. Die

Zionisten selbst gaben den Ort, von wo die Aktion ausgegangen sein sollte, nicht in Südlibanon, sondern in der Nähe von Beirut an. Und auch dort konnten Journalisten keine Spur von den angeblichen »Kaianlagen« entdecken, die Zionisten hatten dort einfach ein libanesisches Dorf bombardiert.

Zweitens geht die weitaus größte Zahl von bewaffneten Aktionen sowieso nicht vom Ausland aus, sondern aus den bereits von Israel besetzen Gebieten.

Drittens ist die größte Drohung für die »Sicherheit« der Zionisten nicht eine Außenaktion, sondern der Kampf der ausgebeuteten israelischen Massen und vor allem der Kampf der Palästinenser in den von Israel bereits besetzten Gebieten. Die Besetzung eines weiteren Gebietes kann diese »Gefahr« nur vergrößern.

Viertens ist ja wohl schwer einzusehen, wieso Israel zur Schaffung eines »Sicherheitsgürtels« in Südlibanon Dörfer und Lager in der Mitte und im Norden Libanons bombardiert.

Fünftens sind auch jetzt, nach der Eroberung fast des ganzen Südens immer noch bewaffnete Angriffe auf israelische Orte von dort aus möglich, wie eine palästinensische Einheit gleich am 28.3. durch einen Raketenangriff auf Metulla demonstrierte.

Die wahren Ziele der Zionisten

In Wirklichkeit ist der israelische Angriff ein Teil der langfristigen Offensive der Zionisten gegen alle fortschrittlichen Kräfte in ihrem Raum. Er wurde zu einem nach Witterung (Frühjahr, Schönwetterperiode für die Luftangriffe) und politischer Lage

Fortsetzung auf Seite 54

Fortsetzung von Seite 53

(Sadats »Friedensinitiative« schwächt die Palästinenser und macht den Rücken frei) günstigen Zeitpunkt in Gang gesetzt.

Ziel war es, die Palästinenser politisch und militärisch zu schwächen, die Reaktionäre und Faschisten in Libanon gegen die Linke zu stärken, durch neue Eroberungen die alten Besetzungen in den Hintergrund des Interesses und politischen Pokers (»Genfer Konferenz« etc.) zu drängen und so zu verewigen und ein neues Faustpfand in die Hand zu bekommen.

Südlibanon stand schon seit fast zehn Jahren auf der Liste der zu erobernden Gebiete, seit sich der palästinensische Widerstand mit dem Kairoer Abkommen von 1969 das Recht erkämpft hatte, sich dort politisch und militärisch frei zu betätigen.

Mit diesem Ziel vor Augen wurden isrealische Terrorkommandos nach Libanon geschickt (z.B. Ermordung von Ghassan Kanafani 1972, Ermordung von drei PLO-Führern in Beirut 1973) und eine endlose Kette von Artilleriebeschuß, Luftangriffen, »Strafexpeditionen« usw. gegen Südlibanon begonnen. Mit der gleichen Zielsetzung unterstützte Israel im libanesischen Bürgerkrieg 1975/76 die Seite der Faschisten.

Systematisch wurden die Vorbedingungen für eine Einverleibung Südlibanons in den zionistischen Machtbereich geschaffen. Da der christliche Bevölkerungsanteil in Südlibanon nur etwa 10 % beträgt und dies natürlich längst nicht alles Reaktionäre oder Faschisten sind, bemühte sich Israel, erstens die Faschisten zu stärken und zweitens die Massen der südlibanesischen Bevölkerung (Christen und Moslem) von ihrer Sympathie für die fortschrittlichen Kräfte abzubringen und zu vertreiben.

Als der libanesische Bürgerkrieg durch die syrische Intervention 1976 beendet wurde, erklärten die Zionisten den Verlauf des Litani zur »Roten Linie«, die die Syrer nicht überschreiten dürften. Teile der faschistischen Mordbanden aus dem Bürgerkrieg wurden nach Israel geholt, dort militärisch und politisch geschult und dann mit Panzern und schweren Waffen durch den „guten Zaun" an drei Stellen auf libanesisches Gebiet geschickt. So wurden die „christlichen Enklaven" von Alma al Chaab, Jarun und Kfar Kella (siehe Karte) fabriziert, von denen aus die Faschisten ständige Angriffe auf die angrenzenden Gebiete von Naquara, Bint Jubail, Taibe und Khiam unternahmen. Das lief dann in der bürgerlichen Presse unter „Angriffe der Palästinenser auf christliche Dörfer". Durch

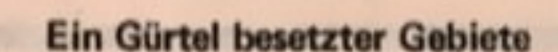
den Gebiete von Naquara, Bint Jubail, Taibe und Khiam unternahmen. Das lief dann in der bürgerlichen Presse unter „Angriffe der Palästinenser auf christliche Dörfer". Durch
den „guten Zaun" rollte Nachschub und über den Zaun flogen die israelischen Granaten und Flugzeuge auf entferntere Orte wie z.B. Nabatiah, das im Laufe der Zeit fast völlig in Trümmer gelegt wurde. Flüchtlingsströme ergossen sich in die Lager bei Saida (Sidon) und Beirut.



Ousa'ii nach dem israelischen Bombenangriff

Die Faschisten konnten sich jedoch gegen die Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte nicht durchsetzen und forderten eine zionistische Invasion. Anfang Februar fand in Südlibanon ein Treffen der Faschistenführer mit dem israelischen Kriegsminister Weizmann statt. *»Haltet noch etwas aus«*, vertrösteten die Zionisten ihre Zöglinge (»Neue Zeit«, 10/78).

Jetzt, nach der erfolgten Invasion, fühlen sich die Faschisten schon an der Macht: Der Kommandeur der faschistischen Milizen, Haddad, erklärte, daß er in Südlibanon die staatliche Gewalt repräsentiere und auch keine UNO-Truppen in Südlibanon zulassen werde (»Süddeutsche Zeitung« / »SZ«, 23./24.3.). Haddad hat jetzt damit begonnen, eine »Dienstpflicht« einzuführen und alle in Südlibanon verbliebenen Männer — Christen und Moslems — in seine Milizen einzuziehen. Ihre Zahl soll so auf 7.000 steigen. Israel wird diese Truppe ausrüsten (»NZZ«, 30.3.).



Ein Gürtel besetzter Gebiete

Wir meinen, daß das zionistische Regime die Verschärfung der Situation, die aus der Intervention in Südlibanon folgen muß, bewußt in Kauf genommen, ja sogar gesucht hat. Solange dieser Staat im Nahen Osten besteht, wird es dort keinen Frieden geben. Die Zionisten nehmen dabei auch keine Rücksicht auf die israelische Bevölkerung, die statt des erhofften Friedens nun einen neuen Angriffskrieg tragen muß.

Betrachten wir die Landkarte im Nahen Osten. Von der Sinaihalbinsel im Süden über das Westjordanland im Osten, die Golanhöhen im Nordosten und jetzt Südlibanon im Norden hat sich der expansionistische israelische Staat mit einem Gürtel besetzter Gebiete umgeben. Über diese Gebiete hinaus versucht Israel, den Widerstand der Palästinenser zu vernichten und reaktionäre Regimes zu installieren. So wurden die Widerstandsorganisationen 1970 in Jordanien geschlagen, nach 1973 hat das Sadat-Regime in Ägypten seine Politik des Ausgleichs mit Israel begonnen und die Interessen der Palästinenser fallengelassen, im libanesischen Bürgerkrieg versuchten die Faschisten die fortschrittlichen Kräfte zu vernichten, schließlich übernahm Syrien einen Teil dieser Aufgabe. Mit der Eroberung Südlibanons durch die Zionisten hat der palästinensische Widerstand erneut ein befreites Gebiet verloren.

Diese Lage ist schlecht für die palästinensische Revolution und die fortschrittliche arabische Bewegung. Die Widerstandsorganisationen geraten immer mehr unter den Druck von Feinden. Zweifellos wird sich die Überzeugung verstärken, daß nur der Kampf die Lage verbessern kann, aber gleichzeitig werden die Bedingungen dafür immer schlechter. Gut daran ist, daß die Imperialisten selbst von den Kompromißlern immer größere Zugeständnisse verlangen und ihnen so den Boden für jede Illusionsmacherei entziehen.

Guerillataktik erfolgreich angewandt

Den Kämpfern der fortschrittlichen Kräfte gelang es, bei Nabatija einen israelischen Jagdbomber abzuschiessen. Auch bei Qantara wurde ein weiterer Jagdbomber vom Typ »Phantom« angeschossen (»ND«, 17.3.).

Die PLO erklärte schon am 19.3., die fortschrittlichen Kräfte hätten bis dahin 100 Panzer und Panzerwagen der Zionisten zerstört, vier Flugzeuge abgeschossen und 450 Israelis getötet

Die PLO erklärte schon am 19.3., die fortschrittlichen Kräfte hätten bis dahin 100 Panzer und Panzerwagen der Zionisten zerstört, vier Flugzeuge abgeschossen und 450 Israelis getötet
oder verwundet. Die eigenen Verluste betrugen 144 Tote, Verwundete oder Vermißte, 50 zerstörte Fahrzeuge und mehrere Raketenwerfer (»IHT«, 20.3.).

Beobachter erklärten, daß der Widerstand der Kämpfer gegen den israelischen Einmarsch »überraschend stark« war (»IHT«, 20.3.). Dabei wurden bekannte Taktiken des Guerillakrieges angewandt. *»Panzer und Schützenpanzerwagen, die von Landminen außer Gefecht gesetzt worden waren, säumten die Straße. Ein Soldat, der einige beschädigte Fahrzeuge bewachte, erklärte, die israelischen Soldaten seien von ein paar Guerillas angegriffen worden und seien gleichzeitig in eine Anzahl von tiefen Minenfeldern gefahren, die von den sich zurückziehenden Guerillas gelegt worden waren«* (»FT«, 17.3.).

An der Kardali-Brücke über den Litani (siehe Karte) gelang es den fortschrittlichen Kräften nach heftigen Gefechten, das Vordringen israelischer Panzer zu verhindern (»SZ«, 29.3.).

In einem Kommunique der PFLP wurde mitgeteilt, man habe Funksprüche der Zionisten aufgefangen, worin israelische Offiziere angewiesen wurden, Deserteure in ihren Einheiten zu erschießen (»IHT«, 20.3.).

Auch eine Art von Guerillataktik wird von den Flüchtlingen in Beirut angewandt: *»Die Flüchtlinge ziehen durch die Straßen und besetzen, manchmal mit der Waffe, jeden Winkel und stürmen selbst die bewohnten Luxusappartementhäuser der Viertel an der Küste«* (»FR«, 21.3.).

Nach der Entschließung des Weltsicherheitsrates, UN-Truppen zu entsenden, versuchten die Zionisten in aller Eile, ihre Eroberungspläne zu Ende zu führen, so daß die UN nur noch vollendete Tatsachen hätte sanktionieren können. Den Kämpfern der fortschrittlichen Kräfte gelang es je-



Napalm gegen Kinder

doch, die Stadt Sur (Tyrus) und die Verbindungsstraße nach Norden zu verteidigen (Palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, 19. u. 20.3.).

Die Funktion der UN-Truppen

Die Anwesenheit der UN-Truppen lenkt teilweise von der Tatsache ab, daß die Zionisten mit Südlibanon ein neues großes Gebiet in ihre Gewalt gebracht haben. Diese politische Neutralisation ihrer Verbrechen ist im Interesse der Zionisten. Die UN-Truppen sind im Nahen Osten immer erst eingesetzt worden, nachdem die zionistischen Eroberungszüge beendet waren. Sie bezogen ihre Posten jeweils an den Grenzen, die Israel zuvor durch Gewalt geschaffen hatte. Die UN-Resolutionen, die einen Rückzug der Zionisten aus den besetzten Gebieten fordern, sind bis heute alle wirkungslos gewesen. *»Die Stationierung von UN-Truppen ... kommt einer Belohnung der Israelis für ihre Aggression gleich«*, stellte die algerische Zeitung »Al Mudschahid« fest (nach »Spiegel« Nr. 12/13/78).

einer Belohnung der Israelis für ihre Aggression gleich«, stellte die algerische Zeitung »Al Mudschahid« fest (nach »Spiegel« Nr. 12/13/78).

Die UN-Truppen können die Bevölkerung nicht vor weiteren israelischen Übergriffen schützen. Sie können allenfalls Übergriffe beobachten. Die Massaker spielen sich jedoch im Innern von Südlibanon ab, wohin Faschisten und Zionisten die UN-Truppen nicht vorrücken lassen.

Zudem bemühen sich die Befehlshaber der UN-Truppen im wesentlichen, die israelischen Wünsche zu erfüllen. Der Oberbefehlshaber der UN-Truppen im Nahen Osten, General Siilasvuo, setzte sich zuerst mit dem israelischen Kriegsminister Weizmann zusammen. *»Israel wünscht eine Pufferzone in der nördlichen Hälfte des Gebietes zwischen der israelischen Grenze und dem Litani. Dort sollen die Friedenstruppen stationiert sein, vor allem an den Brücken. Die südliche Hälfte des Territoriums will Israel in Zusammenarbeit mit christlichen Milizen selbst im Auge behalten.«* (»SZ«, 22.3.) Dann flog Siilasvuo nach Beirut weiter, *»um zu klären, was sich von den israelischen Vorstellungen verwirklichen läßt.«* Kommentar überflüssig!

Die Pläne für den Einsatz der UN-Truppen lesen sich denn auch wie ein zionistischer Wunschzettel: *»Kontrolle der wichtigsten Brücken über den Litani... Einsickern von Freischärlern nach Süden verhindern... Evakuierung der Freischärler aus Tyrus... Übergabe der Positionen am Litani an eine libanesische Armee-Einheit... hilfe bei der Einrichtung von Polizeiposten in allen südlibanesischen Dörfern...«* (»FR«, 24.3.). Mit dieser Planung ist natürlich auch die reaktionäre libanesische Regierung einverstanden. Die fortschrittlichen Kräfte wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt.

Französische Besatzer kehren zurück !

Zur UN-»Friedenstruppe gesellte sich ganz überraschend auch ein Kontingent französischer Fallschirmjäger. Man muß wissen, daß Libanon bis 1946 französische Kolonie war und daß es die französischen Besatzer waren, die die christliche Minderheit in Libanon in die Regierungs- und Unternehmersessel hievten. Ihre Beziehungen zu den Reaktionären und Faschisten sind glänzend. Wer von der libanesischen Bourgeoisie etwas auf sich hält, spricht heute noch französisch. *»Frankreich begründet seine Teilnahme mit den traditionellen Bindungen zu Libanon«* (»NZZ«, 24./25.3.).

Wen wundert es nun noch, daß ausgerechnet diese Truppen den Befehl erhielten, sich in Sur (Tyrus) einzurichten, der Stadt im Süden, die immer noch von den fortschrittlichen Kräften beherrscht wird?

Als diese Truppen (in Begleitung von Angehörigen der PLO-Polizei CLAP) Anstalten machten, eine ehemalige Kaserne in Sur zu besetzen, kam es zu einer sehr gespannten Situation. *»Wir haben unser Blut gegeben für diese Kaserne«*, sagte ein Kämpfer, zitternd vor Zorn. *»Glauben die, wir lassen diese Herrschaften einfach so da rein? Ich scheiße darauf, was unsere Führer sich denken mögen, die sich mit Gequatsche, Verrat und Zugeständnissen überbieten.«* Als ein politischer Verantwortlicher schlichtend eingreifen wollte, brüllte ein anderer Kämpfer dagegen: *»Vergeßt nicht, daß diese Franzosen die gleichen sind wie die, die über die Revolutionäre im Tschad und in der Sahara hergefallen sind! Wir sollten ohne Zögern schießen!«* Ein begleitender Offizieller der libanesischen Regierung, der die Kaserne symbolisch für die Regierung in Besitz nehmen wollte, erhielt von einem Offizier der Libanesischen Arabischen Armee das Angebot, ihn auf der Stelle als Verräter zu erschießen. Angehörige der PFLP schickten sich an, ihre Geschütze auf die Kaserne in Stellung zu bringen. Erst nach zwei Stunden konnten Vertreter der PLO-Führung durchsetzen, daß der Beschluß der Führung, die UN-Truppen zu unterstützen, in die Praxis umgesetzt wurde. Die Fallschirmjäger, verkleidet als »Blauhelme« der UN, besetzten die Kaserne (nach einem Bericht von Jean-Claude Guillebaud in »LM«, 26./27.3.).

Der Kampf geht weiter

Einiges hängt davon ab, wie sich die Staaten der »Front der Standhaftigkeit«, insbesondere Syrien, gegenüber der israelischen Intervention stellen werden. Syrien könnte z.B. im Gegenzug den fortschrittlichen Kräften in Libanon mehr freie Hand lassen. Einige bürgerliche Zeitungen berichten, daß die syrischen »Friedenstruppen« in Libanon die fortschrittlichen Kräfte nicht behindern und sogar — das wäre ein positiver Wandel der syrischen Haltung — Verstärkungen und Nachschub aus Irak zu den fortschrittlichen Kräften durchgelassen haben. Die syrische Regierungszeitung »Al Baath« erklärte am 28.3., es sei *»völlig ausgeschlossen, daß die syrischen Truppen am Nordufer des Litani aufziehen, um die Aktivitäten der Kämpfer in diesem Gebiet zu behindern«* (nach »LM«, 29.3.).

Die Organisationen der Ablehnungsfront haben auf den Beschluß des Sicherheitsrates, UN-Truppen zu entsenden, sofort mit der Feststellung reagiert, sie würden sich nicht um die UN-Resolution kümmern (»FR«, 21.3.). Zwar erklärte Arafat, man werde die Mission der UN-Truppen unterstützen, doch wurde dies dadurch zurechtgerückt, daß andere PLO-Führer wie Abu Ijad und Jassir Abid Rabbo mit aller Entschiedenheit betonten, es werde keine Feuereinstellung von Seiten der fortschrittlichen Kräfte geben (»SZ«, 22.3. und »NZZ«, 23.3.).

Der Sprecher der PFLP, Genosse Bassam Abu Scharif, klagte die UN-Truppen an, sie täten nichts, um den Rückzug der zionistischen Truppen aus dem Gebiet sicherzustellen (»LM«, 29.3.). Er versicherte, die Palästinenser würden niemals den Kampf gegen die israelischen Besatzer einstellen.

Nahostkommission

Erklärung der PLO zur bewaffneten Aktion vom 11.3.78

Am 11.3. hatte ein palästinensisches Kommando zwischen Tel Aviv und Haifa einen israelischen Bus besetzt. Ziel war es, politische Gefangene freizukämpfen, die in den israelischen Gefängnissen gequält und gefoltert werden. Der Bus wurde von israelischen „Sicherheitskräften" mit Kugeln durchsiebt, so daß die Mehrheit der Geiseln und der Kämpfer getötet wurde.

In einer Erklärung der PLO-nahen „Informationsstelle Palästina" zu dieser Aktion heißt es: („Palästina-Bulletin" vom 14.3. 78)

„Diese militärische Operation hat wiederum Fragen aufgeworfen, die Israel und die US-Regierung ständig ignorieren. Sie haben gehofft, in Palästina vollendete Tatsachen geschaffen zu haben, die das palästinensische Volk schließlich akzeptieren wird: Der zionistische Staat Israel wurde vor 30 Jahren geschaffen, nachdem mehrere hunderttausend Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Wie vor dreißig Jahren, so setzen die israelischen Führer auch heute zur Durchsetzung dieser „vollendeten Tatsachen" brutalen Terror gegen das palästinensische Volk ein.

Die israelische Regierung spricht heute sogar offen davon, daß das Westufer Teil des Biblischen Israel und deshalb ein „befreites Gebiet" sei. An der Spitze der israelischen Regierung steht heute ein Mann, der Führer der wegen erbarmungsloser Terroraktionen berüchtigten Bande Irgun Zwi Leumi war. Auf seinen Befehl hin wurde im April 1948 das Dorf Deir Yassin zerstört und seine Einwohner abgeschlachtet, insgesamt 350 Menschen.

Dreißig Jahre nach der Gründung des Staates Israel ist die Zahl der Resolutionen, die diesen zionistischen Terror international verurteilen, nahezu unbegrenzt. Trotzdem weigern sich die Zionisten, die Existenz des palästinensischen Volkes und sein Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Frieden wird es deshalb in Palästina und im Nahen Osten solange nicht geben, solange Israel seine Siedlungs- und Expansionspolitik und seine Terror - und Unterdrückungsmaßnahmen gegen das palästinensische Volk fortsetzt."

Zensur der Libanon-Berichterstattung

Ausländische Korrespondenten im Libanon sind unter massiven Druck gesetzt worden, über die Lage im Libanon so zu berichten, wie es dem reaktionären libanesischen Regime gefällt.

Am 22.3. wurde der Korrespondent der AFP, Herbouze, aus Libanon ausgewiesen mit der Begründung, daß *„die Agence France Presse in den vergangenen drei Monaten keine einzige positive Depesche über die Aktionen der Regierung im Libanon verfaßt hat"*.

(Nach: „Neue Züricher Zeitung", 24./25.3.)

Fünf Luftangriffe auf ein Maschinengewehr



Palästinensischer Widerstandskämpfer in Südlibanon

Nach den Regeln des Guerillakrieges haben die Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte den überlegenen israelischen Truppen hinhaltenden Widerstand entgegengesetzt und ihnen punktuell Schläge versetzt. Die Zionisten kamen nur langsam voran und hatten hohe Verluste. Ein bürgerlicher Reporter berichtete am 19.3. aus Sur (=Tyrus, Tyr):

„In vielen Gebieten können sie nur schwer vorankommen. Das beste Anzeichen dafür ist ihr Einsatz von Artillerie und Luftangriffen, um sehr kleine Gruppen von palästinensischen Guerillas (und libanesischen fortschrittlichen Kräften – Ak-Red.) *aus dem Weg zu räumen.*

Die palästinensische taktische Grundeinheit ist eine Gruppe von vier oder fünf Mann. Sie sind bewaffnet mit verschiedenen leichten Waffen, darunter raketengetriebene Granaten gegen Panzer, die hellen grünen Rohre, die aus den Rucksäcken der Kämpfer hervorragen. Andere Gruppen kämpfen mit schweren Maschinengewehren oder mit rückstoßfreien panzerbrechenden Geschützen, die auf kleine Lastwagen und Jeeps montiert sind.

...Diese kleinen Einheiten sind sehr erfolgreich. Und wenn dann ein Luftangriff oder Artilleriebeschuß beginnt, haben sie meistens schon ihre Position gewechselt. „Wir hatten fünf Luftangriffe nur um ein Maschinengewehr zu kriegen", lacht ein Kämpfer, der gerade aus dem Kampfgebiet zurückkehrt. „Und wir haben es weggebracht, bevor sie es erobern konnten."

Im südlichen militärischen Hauptquartier der Palästinenser (und fortschrittlichen Kräfte), *in Saida, war man ebenso glücklich über ein aufgefangenes Funkgespräch zwischen einem israelischen Offizier und seinem Vorgesetzten. Nach Aussage der Palästinenser sagte der Offizier, dessen Einheit sich auf einer der Straßen nach Sur befindet: „Sollten den Vormarsch eine Weile anhalten. Sind nicht in der Lage, das Gebiet nach Plan zu durchdringen. Befestigte Stellungen auf den Hügeln um uns herum." Der Sprecher warf die Niederschrift auf den Tisch und fügte hinzu: „Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, daß wir gar keine befestigten Stellungen dort haben."*

Der einzige wirkliche Erfolg der gewaltigen israelischen Streitmacht, die in den letzten fünf Tagen in das libanesische Land geströmt ist, ist es gewesen, eine große Anzahl von Zivilisten zu töten und zu verwunden, die Häuser von Tausenden anderen zu zerstören und einen Exodus von Flüchtlingen in Gang zu setzen.

... Ihre unzweifelhafte Überlegenheit macht es ihnen möglich, mit gewissen Verzögerungen, soviel weitere Gebiete von Südlibanon zu besetzen wie sie wollen. Aber sie werden immer wieder feststellen, daß der Vogel ausgeflogen ist.

Zur gleichen Zeit werden die (Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte) *nicht müde darauf hinzuweisen, daß sie bald länger gegen die Israelis in der Schlacht sind als die gesamten arabischen Armeen während des Sechs-Tage-Kriegs, und das ohne Hilfe irgendeines arabischen Landes.*

Es gibt nur wenige Plätze, die die Palästinenser auf jeden Fall halten wollen. Dazu gehört Sur. „Im allgemeinen halten wir nicht Gebiete", sagt ein Sprecher. „Aber in Sur haben wir Deckung und Vorräte."

...„Ich würde keinem Land empfehlen (UNO-)Truppen hierher zu schicken", sagt ein Palästinenser. „Wir werden keinem Waffenstillstand zustimmen."

(Aus: „The Guardian", 20.3.78. Wie alle bürgerlichen Reporter spricht dieser hartnäckig nur von „Palästinensern", um die Tatsache zu verwischen, daß in Südlibanon fortschrittliche libanesische Kräfte, die fortschrittliche Libanesische Arabische Armee und Palästinenser gemeinsam gegen eine Intervention in ihrem eigenen Land kämpfen.)

Spendenaufruf

Wir möchten nochmals dazu auffordern, Spenden zur Hilfe für die von den Zionisten und Faschisten verfolgten libanesischen und palästinensischen Menschen zu sammeln.

Die palästinensischen Widerstandsorganisationen und die libanesische Linke arbeiten für Erste Hilfe, Unterbringung und notdürftige Versorgung der inzwischen fast 300 0000 Flüchtlinge. Sie brauchen dringend einen materiellen Ausdruck unserer Solidarität.

Man hört, daß sogar die US-Imperialisten mehrere Millionen Dollar „Hilfe" leisten wollen. Sie geben Israel jedes Jahr Waffen für Milliarden Dollar. Sie wollen die Opfer ihrer Politik mundtot machen. In solche Kanäle werden unsere Spenden nicht fliessen.

Wir wollen

+ unsere Empörung und Verurteilung der zionistischen und faschistischen Verbrechen zum Ausdruck bringen,
+ den fortschrittlichen Menschen im Libanon ein Zeichen unserer Verbundenheit und Solidarität geben,
+ die Selbsthilfeorganisationen der armen Massen dabei unterstützen, den Widerstand zu organisieren und keine Resignation aufkommen lassen.

Geldspenden mit dem Stichwort „Libanon" auf das Postscheckkonto: Hamburg 240595, J.Reents

Medikamente (bitte nur nach der Medikamentenliste in AK 91, S. 47) an die Adresse:

Verlag Arbeiterkampf
Lerchenstr. 75
2 Hamburg 50

»Berliner Extradienst« hetzt gegen CISNU

Am 27.2. hatten iranische Studenten die Botschaft von Iran in Berlin (DDR) besetzt, um gegen das faschistische Blutbad in Täbris zu protestieren. Für diese Aktion war die Botschaft in der DDR gut geeignet, hatte doch gerade der DDR-Außenminister Iran besucht, Handelsverträge unter Dach und Fach gebracht und den Schah in die DDR eingeladen. Gleichzeitig wurde von der DDR in einer breiten Kampagne der Versuch gemacht, das faschistische Schah-Regime reinzuwaschen. Wir haben diese üble Politik in AK 124 (Seite 2) dargestellt.

Nun kann die DDR ja ihre völlig skrupellose Bündnispolitik noch hinter angeblichen wirtschaftlichen Rücksichten verstecken. Daß sich jedoch der „Berliner Extradienst" („ED") an diese Propaganda dranhängt und als Zugabe gleich noch die CISNU verleumdet, dafür gibt es keine Entschuldigung.

Am 14.3. brachte der „ED" (nachdem er zwei Wochen vorher relativ korrekt darüber berichtet hatte) einen Artikel, in dem er die Aktion der persischen Studenten als „künstlich inszeniertes Unternehmen" bezeichnete. Unter der Überschrift „Kalter Handelskrieg" behauptete der „ED", die CISNU sei von „Geheimdiensten" „infiltriert". Das hätten „präzisere Recherchen" ergeben.

Ziel der Agenten in der CISNU sei es gewesen, die *„außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR"* zu stören. Diese Beziehungen zwischen der DDR und Iran entwickelten sich *„recht erfolgreich"*. Dagegen habe sich die CISNU-Aktion gerichtet: *„Sich immer wieder ‚etwas Wirksames' einfallen zu lassen, um die planwirtschaftlichen Zielvorstellungen der DDR zu treffen, gehört zu den sich ständig verfeinernden Maßnahmen einschlägiger Gruppen"*.

Mit dieser Schweinerei handelte sich der „ED" empörte Proteste der CISNU und anderer demokratischer Kräfte ein. Es fand eine Sitzung statt, in der CISNU-Genossen dem „ED" nochmals den genauen Hergang der Protestaktion darlegten. Danach sah sich der „ED" gezwungen, in seiner Ausgabe vom 23.3. einen Teilrückzug anzutreten. Die Aussage, die CISNU sei vom Geheimdienst gesteuert, wurde mit „Bedauern" zurückgezogen. So leicht darf der „ED" allerdings nicht davonkommen.

Rechtfertigung der DDR-Politik um jeden Preis

„Fehlinformationen" sollen es nun sein, was der „ED" eine Woche vorher „präzise Recherchen" nannte. Der Artikel vom 14.3. sei *„auf offensichtlich falsche Informationen zurückzuführen"*.

Das ist nicht wahr. Das „Unwissen" des „ED" hätte sich natürlich genausogut vor dem Abfassen des Artikels beheben lassen wie dann nachher, wenn es dem „ED" wirklich um Informationen gegangen wäre. Ehrliche Journalisten veröffentlichen keine Beschuldigungen von solcher Tragweite, ohne sich bei den Betroffenen genauestens rückzuversichern. Die Aktion der Studenten lag zu der Zeit schließlich schon zwei Wochen zurück. Und es ist auch gar keine Erklärung dafür, daß der „ED" seine Agentenstory mit doppelt so langen Ausführungen über die bedrohten Interessen der DDR überbaute.

Dem „ED" ging es nicht um die Verbreitung von Informationen, sondern um die Rechtfertigung der „planwirtschaftlichen Zielvorstellungen" der DDR zum Handel und Austausch mit faschistischen Staaten. Der „ED" beklagte, daß die DDR ein Geschäft von mehreren hundert Millionen DM an Krupp verlieren könnte und machte die Aktion der CISNU dafür verantwortlich. Das ist der Kern der Sache, und das wird auch im „ED" vom 23.3. n i c h t zurückgenommen.

Der „ED" hat z.B. die Aktion der Palästinenser in Nikosia verleumdet und als Verschwörung gegen die Sowjetunion dargestellt, weil sie ein Angriff auf die Kapitulationspolitik auch der Sowjetunion war (vergl. AK 125, Seite 47). Der „ED" hat jetzt die CISNU auf ähnliche Weise angegriffen. Wenn der „ED" auch im Entschuldigungsartikel vom 23.3. noch einmal schreibt: *„Keine antiimperialistische Organisation oder Gruppe ist gefeit gegen das Eindringen von gegnerischen Agenten"*, so bedeutet das, daß der „ED" nach wie vor an der Agententheorie festhalten will.

Die Rehabilitierung der CISNU im „ED" vom 23.3. entlarvt sich damit als rein taktisches Zugeständnis, sie ändert gar nichts an der politischen Grundlinie des „ED": Eine linke Aktion wird an den z.T. skrupellosen Interessen der revisionistischen Länder gemessen. Steht sie dazu im Widerspruch, so wird sie als von Agenten gesteuert bezeichnet. Für diese Art von antiimperialistischer Solidarität wird sich jeder Genosse bedanken!

Nahostkommission

»Demokratisierung« in Ägypten??

Nachdem der „Mann des Jahres" seinen Kniefall in Jerusalem hinter sich brachte, mußte das Image Ägyptens in der westlichen Presse steigen. Immer mehr las man von der Entwicklung Ägyptens hin zu einer westlichen Demokratie, dem Ausbau demokratischer Strukturen usw. Diese Propaganda stellt die Wirklichkeit auf den Kopf: In Ägypten ist die Bevölkerung entrechtet wie nur noch in wenigen anderen Ländern.

Zur Einstimmung einige Zitate: *„Jeder Mensch kann denken, was er will. Aber niemand hat das Recht, etwas zu tun, was die Sicherheit oder die Freiheit der Heimat und der Bürger stört"* (Sadat nach Radio Kairo, 1.2.77). *„Freiheit bedeutet nicht Chaos ... Ich habe allen Abteilungen die Anweisung erteilt, mit unserer ganzen Macht die Souveränität des Gesetzes zu schützen ... Es wird keine Ausnutzung der Atmosphäre der Demokratie, der Freiheit und der Souveränität des Gesetzes geben"* (Sadat nach Radio Kairo, 28.9.77).

Mit der schönen Formulierung „Souveränität des Gesetzes" umschreibt Sadat die Tatsache, daß in Ägypten seit 1967 ununterbrochen der Ausnahmezustand verhängt ist. Seit 1973 ist zur Verwaltung des Ausnahmezustands ein Militärgouverneur eingesetzt. Staatspräsident Sadat und der Militärgouverneur können „Erlasse" und „Befehle" mit Gesetzeskraft ohne Konsultation des Parlaments einfach beschließen („Süddeutsche Zeitung", 30.12.77 und Radio Kairo 7.7.77, nach „Monitordienst").

Für den Inhalt dieser Gesetze ein Beispiel: Nach den Januar-Unruhen 1977 wurde ein Gesetz erlassen, das die Teilnahme an Streiks, Versammlungen oder Sitzstreiks, „die die öffentliche Sicherheit gefährden", mit lebenslanger Zwangsarbeit bestraft! Dieses Gesetz wurde sofort auf 297 der 1.300 bei den Unruhen Verhafteten angewandt!

Der ägyptischen Bevölkerung sind die demokratischen Rechte restlos und brutal genommen. Das muß man sich vor Augen halten, wenn so schön berichtet wurde, daß der aus Jerusalem zurückkehrende Sadat mit Jubel begrüßt wurde und eine Protestdemonstration von ca. 400 Palästinensern „aufgelöst" wurde.

In einem Interview mit Sadat fragt der „Stern" immerhin einmal nach dem nichtgewährten Streikrecht. Die Antwort Sadats: *„Streik ist ein Luxus, den es in Deutschland, Japan, USA geben mag, aber so weit sind wir noch nicht. Wir legen gerade die Grundfesten für ein neues System. Wie kann ich da Streikrecht gewähren, wenn wir bei Null anfangen und so viele Schwierigkeiten haben?"* („Stern", 22.12.77).

Eine besondere Farce ist das Wiederzulassen mehrerer Parteien in Ägypten, oftmals als Meilenstein zur Rückkehr zur westlichen Demokratie gefeiert. Im Juni 1977 wurde ein neues Gesetz zur Parteienzulassung verabschiedet. Nachdem es lange Zeit nur die Einheitspartei ASU gab, ließ das Regime die Aufspaltung in drei Flügel zu, die später unabhängige Parteien wurden. Die Sadat-Anhänger („Arabische sozialistische Partei") stellen die Mitte dar und haben die überwältigende Mehrheit im Parlament. Die zugelassene Linke (Nasseristen, ihre offiziellen Verlautbarungen sind aber verständlicherweise recht lau) wird des öfteren mit Verbotsdrohungen konfrontiert. Außerdem gibt es eine rechte Oppositionspartei, auch innerhalb des Spektrums und unter der Kontrolle der ASU.

Das verabschiedete Gesetz läßt jetzt Neugründungen zu, allerdings müssen die Parteien *„für die nationale Einheit eintreten"* und *„die Erhaltung des sozialen Friedens auf ihre Banner schreiben"* („FR", 23.6.77). Klar, daß das Kommunisten und radikale Nasseristen trifft. Durch dieses neue Gesetz wurde bisher auch nur eine weitere extrem rechte Partei neu legalisiert, die reaktionäre Feudalisten-Partei Wafd, die unter Nasser verboten war.

Das Gesetz enthält noch eine Passage, die sich voll gegen die Linke richtet: Wenn eine Partei weniger als 20 Abgeordnete im Parlament hat, verliert sie die Legalität. Die „linke" Oppositionspartei hat bei der letzten Wahlfarce nur zwei Abgeordnete erhalten...

Was passiert nun mit Leuten, die sich außerhalb der bestehenden rechten Parteien zusammenschließen: *„Geheime Organisationen oder Organisationen, die der Gesellschaftsordnung feindlich gesinnt sind oder militärischen Charakter haben, sind gemäß der Verfassung verboten. Jeder, der sich ihnen anschließt oder ihre Gründung fordert, soll mit lebenslanger Haft oder Zwangsarbeit bestraft werden"* (nach „Monitordienst", 8.2.77).

Wenn solche Gesetze, die erst im letzten Jahr neu beschlossen wurden, als Schritte in Richtung auf eine westliche Demokratie bezeichnet werden, nun gut, wer sich den Schuh anziehen will...

Noch ein Wort zur Pressefreiheit, von jemandem, der es wissen muß, Informationsminister Abdel Monein as Sawi: *„Er entwickelte die Theorie einer Doppelfunktion der Zensur, die im Interesse der nationalen Sicherheit und des Volkswohles bejaht werden müsse"* („Neue Zürcher Zeitung", 9.2.77). Zensiert wird die ausländische Presse, soweit sie überhaupt in Ägypten zugelassen ist. Die „Jerusalem Post" gehört seit kurzem dazu. Was die ägyptische Presse betrifft: Zensiert werden die offiziellen Organe der ASU und das rechte Oppositionsblatt. Andere legale Zeitungen gibt es gar nicht...

Nahostkommission



afrika

Poker um »interne Lösung« in Zimbabwe geht weiter

Mit einer militärischen Offensive haben die Befreiungskämpfer der Patriotischen Front auf die Aushandlung der neokolonialen „internen Lösung" reagiert. Zu heftigen Gefechten ist es im Grenzgebiet zu Mosambik gekommen, die selbst von den Faschisten in Salisbury als die schwersten militärischen Auseinandersetzungen der letzten fünf Jahre bezeichnet werden.

Doch nicht nur die Kämpfe auf dem Land, auch die Bombenanschläge in Salisbury selbst demonstrieren die ungebrochene Präsenz des Befreiungskampfes. Der Exodus weißer Rhodesier v.a. nach Südafrika hat denn auch neue Rekordhöhen erklommen, nach Angaben aus Pretoria haben sich seit 1974 mehr als 26.000 Rhodesier in der RSA niedergelassen (diese Zahl ist sicher noch zu niedrig gegriffen) („SZ", 30.3.; „NZZ", 22.3.78 u. „Daily Telegraph" v. 29.3.78).

Unterdessen geht der Poker der Imperialisten um die „interne Lösung" weiter. Nachdem am 21.3.78 eine sogenannte „Übergangsregierung" durch Smith und seine drei Marionetten an der Spitze gebildet wurde, entschloß sich London, „de facto- Gespräche" mit dem Exekutivrat der „Übergangsregierung" zu führen. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte dies richtig mit den Worten: *„Großbritannien hat die Übergangsregierung de facto anerkannt"* („SZ", 22.3.78). Wann aus dieser „de facto- Anerkennung" eine „offizielle" wird, deutet die „Welt" an: *„Sollte dieses Ziel der anglo-amerikanischen Lösung* (Einbeziehung der Patriotischen Front in die Reihen der schwarzen Marionetten) *nicht zu erreichen sein, würde man sich in London notgedrungen* (?) *auch mit weniger perfekten Lösungen zufriedengeben. Die britische Regierung würde spätestens nach Wahlen in Rhodesien* (bis zum 31.12.78; Anm. AK) *bereit sein, die daraus resultierende Exekutive anzuerkennen und die gegenwärtige Sanktionspolitik zu beenden"* (23.3.78).

Die „Übergangsregierung" hat inzwischen die Führung des „Anti-Terror-Krieges" (Originalton ‚Welt') dem bisherigen Oberkommandierenden der rassistischen Streitkräfte, General Walls, anvertraut. Er wird einen „Kriegsrat" aus den (weißen) Befehlshabern der Armee und der Luftwaffe, dem Polizeichef und dem Staatssekretär für Inneres bilden (lt. ‚Welt', 23.3.78). Die militärische Macht bleibt also erwartungsgemäß in den bisherigen, „bewährten" Händen!...

Die Frontstaaten Mosambik, Angola, Tansania, Sambia und Botswana haben inzwischen während eines Treffens in Daressalam die „interne Lösung" *„uneingeschränkt verurteilt"*. Der jetzt von Smith und den Marionetten gebildete Exekutivrat und alle weiteren noch geplanten Regierungsgremien seien ebenso „illegal" wie das vorherige, ausschließlich weiße Regime. Sie versprachen den beiden anwesenden Führern der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo, verstärkte militärische Unterstützung. Gleichzeitig wurde allerdings auf dem anglo-amerikanischen Plan beharrt: Die amerikanische und die englische Regierung wurden aufgefordert, in offizieller Form dazu Stellung zu nehmen, ob nunmehr die anglo-amerikanischen Vorschläge noch Gültigkeit haben oder nicht. Dabei sollte auf den Gesprächen von Malta (wir berichteten darüber) zwischen Owen/Young einerseits und Mugabe/Nkomo andererseits aufgebaut werden (nach „FR", 28.3. u. „SZ", 28.3.).

Bekanntlich gibt es innerhalb der Frontstaaten eine Fraktion, angeführt von Sambia, die auf den US-Imperialismus setzt und ihn zum Schein gegen Großbritannien „ausspielt". Dieses alte Spiel betrieb Kaunda, der Präsident Sambias, erst kürzlich wieder, als er die USA aufforderte, Großbritannien die führende Rolle bei den Bemühungen um die Bildung einer „echten" schwarzen Mehrheitsregierung in Zimbabwe „abzunehmen" (nach „FR", 27.3.78).

Aufforderungen dieser Art gehen genau auf die imperialistische Strategie ein, die ja verschiedene Rollen sowohl für die USA als auch für England vorsieht. Während England recht offen die „interne Lösung" favorisiert, haben die USA nach zuerst positiven Reaktionen kürzlich das ausgehandelte Abkommen als „unzureichend" und „illegal" bezeichnet, denn, so Young, *„die USA wollten mit den Frontstaaten im Rhodesien-Konflikt zusammenarbeiten"* („FR", 27.3.78 und „SZ", 29.3.78).

Um die Politik der Spaltung innerhalb der Frontstaaten fortsetzen zu können, hat Young den Frontstaaten gar Waffen aus den USA angeboten, falls man darum bitte. Auch diese Meldung stammt bezeichnenderweise aus einem Interview mit einer sambischen Nachrichtenagentur. Diese Angebote und Erklärungen des sich stets betont liberal gebenden Young sind natürlich nicht einen Pfifferling wert, was ihre Realisierungschancen betrifft. Sie sind nur die Eintrittskarten für die Gespräche mit den Frontstaaten, die er nach der Aushandlung der „internen Lösung" in Mosambik, Sambia und Tansania führte, um die „Härte" der Position der Frontstaaten zu dieser „Lösung" zu testen. Immerhin konnte er erreichen, daß Abgesandte Tansanias und Sambias nach Nigeria fliegen werden, wenn Carter dort seinen Besuch abstattet, der Anfang April stattfinden wird und der die US-amerikanische Neokolonie Liberia einschließt (nach „Daily Telegraph", 28.3.78).

Der Besuch Carters in Nigeria ist der erste eines US-Präsidenten in Afrika und symbolisiert die zwischenzeitliche „Klimaverbesserung" zwischen den beiden Staaten, die während der imperialistischen Intervention in Angola auf den Gefrierpunkt abgekühlt waren. Die Rechtsentwicklung in Nigeria hat dieses Land wieder zu einem wichtigen Faktor der Afrika-Politik des US-Imperialismus werden lassen, denn das einflußreiche Nigeria hatte z.B. die anglo-amerikanischen Vorschläge für eine „Rhodesien-Lösung" nachdrücklich gutgeheißen, als sie noch Verhandlungsgegenstand waren.



Vance und Muzorewa: Drahtzieher und Marionette

Es ist abzusehen, daß eine offene Anerkennung der Marionettenregierung in Salisbury durch die wichtigsten imperialistischen Länder erst nach den „freien" Wahlen Ende des Jahres ins Auge gefaßt wird. Bis dahin wird man sich auf der diplomatischen Ebene zurückhaltend geben, während sich gleichzeitig der Druck auf die patriotische Front verstärken wird, sich in die gefundene „Lösung" zu integrieren. Wird die militärische Lage eskalieren – und alles deutet darauf hin – werden die imperialistischen Massenmedien natürlich die „radikalen Nationalisten" dafür verantwortlich machen. Dies ist dann der Beginn des afrikanischen Vietnams.

Afrika-Kommission

Interview mit der ZAPU Einige Fragezeichen

Die informative antiimperialistische Zeitschrift „Solidarität", herausgegeben vom „Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" (Schweiz) veröffentlichte in ihrer Febr./März-Ausgabe Nr. 25 ein Interview vom 17.1.78 mit Arthur Chadzwinga, ZAPU-Verantwortlicher in London. Einige Passagen erschienen uns so erstaunlich, daß wir uns mit ihnen kritisch auseinandersetzen wollen (bekanntlich hatten wir auch gegenüber gewissen ZANU-Europa-Verantwortlichen kein Blatt vor den Mund genommen).

Zunächst wollen wir auf den anglo-amerikanischen Friedensplan eingehen, der unseres Erachtens treffend als neokolonial gekennzeichnet wird, wenngleich bekannt ist, daß die Patriotische Front (Zusammenschluß von ZANU und ZAPU) die gegenwärtigen Verhandlungen auf der Basis von „positiven Aspekten" dieses Plans führen will. Dieser Sachverhalt wurde während der Gespräche von Malta im Febr. 78 recht deutlich, die zwischen Owen/Young und Mugabe/Nkomo stattgefunden hatten.

Frage: *„Nun zurück zu den britisch-amerikanischen Friedensvorschlägen, was ist ihre Bedeutung?"*

Antwort: *„Die Vorschläge widerspiegeln die steigenden Erfolge des von der Patriotischen Front geführten Kampfes. Sie sollen dazu dienen, in Zimbabwe eine neokolonialistische Lösung durchzusetzen, die die Interessen der USA und Großbritanniens schützen würden. Diese Vorschläge werden darum von beiden Partnern der Patriotischen Front entschieden zurückgewiesen. Die in den Friedensvorschlägen vorgeschlagenen ‚Resident-Commission' würden nach diesen Vorschlägen die Waffen der Patriotischen Front übernehmen, während die Smith-Armee intakt bleiben würde. Ein solcher Vorschlag ist unakzeptabel."*

Die schlichte Frage dann nach den Beziehungen zwischen ZANU und ZAPU innerhalb der Patriotischen Front förderte eine Antwort zutage, nach der Tansanias Staatschef Nyerere eine Art „private" zimbabwesche Befreiungsarmee unterhält, um mit dieser Politik auf eigene Rechnung zu machen:

„Seit im November '75 die bewaffneten Einheiten beider Organisationen in ZIPU (gemeint ist wahrscheinlich ZIPA – Anm. AK) *zusammengelegt wurden, hat sich ungefähr folgende Entwicklung abgespielt. Einerseits wurde innerhalb der ZANU R. Mugabe zum Präsidenten der ZANU gewählt (vorher Sekretär). Andererseits schlug Nyerere den Militärs vor, nur die militärische Kontrolle Zimbabwes als Ziel zu haben. Gleichzeitig ließ Nyerere, unabhängig von ZANU und ZAPU 5.000 geflüchtete Schwarze aus Zimbabwe militärisch ausbilden, die unter seiner Kontrolle verblieben. Nyerere, der sich nie von den britisch-amerikanischen Vorschlägen distanziert hat, könnte mit Hilfe dieser 5.000 Mann eine ihm genehme Lösung durchzusetzen versuchen."*

Im Anschluß an diese ziemlich unglaubwürdige und bisher durch keinerlei andere Quellen abgestützte Konstruktion wird ausgerechnet dem sambischen Präsidenten Kaunda, ein besonderer Freund der USA (siehe nebenstehender Artikel), eine entschiedene Ablehnung der anglo-amerikanischen Pläne bescheinigt:

„Kaunda hat dies bemerkt und sich klar gegen die britisch-amerikanischen Vorschläge ausgesprochen."

Nun, vor knapp einem halben Jahr hatte er diese Pläne noch wörtlich als *„Durchbruch"* bezeichnet. Das linke Mäntelchen, das hier Kaunda umgehängt wird, hat seine Ursache in der r e c h t e n Politik Kaundas, zu dem die ZAPU bekanntlich privilegierte Beziehungen unterhält. Kaunda war der einzige der Front-Staaten-Präsidenten, der den Rassisten-Chef Ian Smith zu Geheimgesprächen nach Lusaka im Herbst 1977 empfangen hatte („zufällig" war auch Nkomo in der Hauptstadt anwesend). Kaunda wird hier zum kämpferischen Antiimperialisten hochgespielt, mit dem selbst ein Samora Machel nicht mehr mithalten könne:

„Nyerere und z.T. auch Machel, schlagen heute der Patriotischen Front Lösungen vor, die sie selbst für ihre Länder nie akzeptiert haben: So z.B. den Vorschlag, Wahlen abzuhalten, bevor die Befreiungsbewegungen die totale Kontrolle von Zimbabwe erreicht haben." Kein Wort darüber, daß Mosambik die Hauptlast des zimbabweschen Befreiungskampfes trägt und keine Opfer scheut, um den Befreiungskämpfern gute Ausgangsbedingungen für die Machtübernahme zu schaffen!

Einen gewissen demagogischen Höhepunkt erreicht das Interview bei der Beantwortung der Frage, wie es zu den Massakern in Mosambik kommen konnte:

„Wir wissen, daß die ZANU der militärischen Ausbildung und dem Screening (gemeint ist die politische Schulung, die es ermöglicht, Spione zu erkennen) *der Kämpfer nicht die gleiche Bedeutung zumißt wie wir. Wir wissen auch, daß die rhodesischen Einheiten sich schon Tage vor dem Angriff auf die Lager in der Gegend (in Mosambik) befanden. Dies war nur möglich, weil sie Hilfe von innen bekommen haben, d.h. daß sich Verräter in den Reihen der ZANU befunden haben. Zudem sind die ZANU-Kämpfer manchmal schlecht ausgebildet, weil die ZANU die Tendenz hat, möglichst schnell mit möglichst vielen Kämpfern operieren zu wollen. Aber was nutzt das, wenn sehr viele von ihnen schon beim ersten Angriff fallen und die dauernden rhodesischen Angriffe die Moral der Leute in den Lagern untergräbt?"*

Dieser angeblich schlecht ausgebildete, von Verrätern zersetzte und demoralisierte „Haufen" führt erheblich länger als die ZAPU den bewaffneten Kampf, die sich ihm nach Jahren des opportunistischen Feilschens mit Smith erst in jüngster Zeit angeschlossen hat und vornehmlich von Sambia aus operiert. Derselbe verwahrloste „Haufen", der unbestreitbar den entscheidenden Anteil am Befreiungskampf hat, hat in den letzten Jahren mehrere 10.000 Siedler zur Flucht aus dem okkupierten Land veranlaßt. Die Fakten des zimbabweschen Befreiungskampfes erklären das obige Zitat zur nackten Verleumdung, meilenweit entfernt von einer solidarischen Kritik an denkbaren Mängeln.

Aber selbst diese Verleumdungen sind noch vergleichsweise harmlos gegenüber der Tatsache, daß die Schuld an den faschistischen Massakern nicht den Verursachern, sondern voll den Befreiungskämpfern angelastet wird. Smith und seine Killertruppen werden im Zusammenhang mit den Massakern mit keinem Wort erwähnt! ...

Zu solche haarsträubenden und politische kriminellen Erklärungen haben sich selbst gewisse ZANU-Auslandsvertreter (wie der inzwischen mit der Kasse getürmte KBW-Freund Rex Chiwara) nicht hinreißen lassen!



Erschossene in Nhazonia(Mosambik), Opfer der rhodesischen Massaker an wehrloser Zivilbevölkerung

Afrika-Kommission

Strauß im südlichen Afrika Faschisten unter sich

t einem propagandistischen Feldg - „gekrönt" durch einen Besuch Salisbury - versuchte F.J. Strauß eser Tage die Werbetrommel für die rüchtigte „interne Lösung" für hodesien zu rühren. Weitere Statio-n seiner Reise waren Namibia und e RSA.

Zu einem Zeitpunkt, wo das imrialistische Lager aus taktischen ründen die „interne Lösung" nur orsichtig und indirekt zu propagien wagt und sich teilweise zunächst erhalten distanziert, beglückwünsche Strauß als prominentester Vertreer des offen aggressiven Kurses des RD-Kapitals die Rassisten zu der Marionettenregierung und forderte ie markig zum Durchhalten („Flucht oder Tod") und zugleich zur Zerschlagung der „Terroristenorganisationen" Patriotische Front (PF) und SWAPO auf.

Die ungeheuerlichen Ausführungen von Strauß zugunsten der Faschisten wurden hier nicht nur von der SPD/FDP-Regierung und der „liberalen Öffentlichkeit" unwidersprochen hingenommen, sie fanden auch ein lebhaftes Echo in den rechtsorientierten Massenmedien. Man behandelte sie völlig ernsthaft als eine mögliche Variante der Bonner Afrika-Politik. Dies und die regelrechte Kampagne, die Strauß als imperialistischer Vorreiter gegenwärtig an dieser Frage inszeniert, signalisieren die steigende Gefahr, die von dem „politischen Zwerg BRD" (Strauß) für die Völker der Welt und ihren Kampf um vollständige Befreiung ausgeht. Strauß' Ausführungen, die wir im folgenden kommentieren wollen, zeigen die Fratze des Kolonialismus, Herrenmenschenmentalität und aggressivsten kriegstreiberischen Großmachtambitionen:

„...für den Fall, daß die CDU/CSU in Bonn an die Regierung käme, würde die Union ihr Möglichstes tun, um eine interne Lösung als grundlegende Voraussetzung für einen friedlichen (?!!) und gerechten Wandel zu unterstützen" („Welt", 28.3.78).



Die „friedliche" Lösung stellt sich Strauß so vor: *„... Ausschaltung der gewalttätigen Bewegungen von der Herrschaft über das Land, sowohl in Südwestafrika, also in Namibia, die Swapo, wie in Rhodesien oder in Zukunft Zimbabwe die beiden Patriotischen Fronten von Mugabe und Nkomo"* („Bonner Perspektiven" ARD, März 78) und: *„Jetzt wäre es an der Zeit, den friedlichen Schwarzen zu helfen und den nicht friedlichen zu zeigen, daß man sich von ihnen nicht einschüchtern und erpressen läßt"* (ebenda). Insgesamt sieht er bei entsprechend geänderter (!) imperialistischer Politik die Möglichkeit, daß in Namibia, Rhodesien *„die Entwicklung zu einer gedeihlichen Zukunft führen (kann), wenn Nordamerika und Europa aufhören, eine Politik zu betreiben, die den Sowjets in die Hände arbeitet"* („Welt", 23.3.). Überhaupt gehört es zu seinen demagogischen Standardfloskeln, stets Europa und die USA einer zu „weichen" Haltung zu bezichtigen, um auch innenpolitisch seinen rechtsradikalen Dunstkreis fester zusammenzuschweißen. In düsteren Farben wird der Untergang der *„wertvollen deutschen Volksgruppe"* an die Wand gemalt, wenn nicht „Europa" in Namibia eine „neue Afrika-Politik" entwickelt: *„Europa muß freie Wahlen in Südwestafrika unterstützen und darf nichts tun, was der von den Sowjets beherrschten Terrororganisation SWAPO hilft. ... Das gleiche gilt für das höherentwickelte Rhodesien. Freie Wahlen sind hier nur möglich beim Bestehen der derzeitigen Sicherheitskräfte (!). Sie sind nicht gesichert durch eine UNO-Streitmacht und schon gar nicht, wenn man die militärische Gewalt vorher den Terroristen übergibt.* Was würde man sagen, wenn man in Deutschland erklären würde, die nächsten Wahlen müßten garantiert werden dadurch, daß die Mitglieder der Baader/Meinhof-Bande vorher die Regierungsgewalt übernehmen?" (ebenda).

Mit diesen Äußerungen stellt sich Strauß voll in die Tradition seines pro-faschistischen Pinochets-Besuchs. Die „Freiheit", die Strauß meint, das ist die Kriminalisierung und dann folgende gnadenlose Ausrottung des politischen Gegners. „Wahlen" gibts bei Typen vom Schlage Strauß erst, wenn sichergestellt ist, daß den „Herrenmenschen" überall auf der Welt ihre Sicherheit und Privilegien mit Waffengewalt „garantiert" sind.

Die bedingungslose Befürwortung von Ausbeutung und Unterdrückung im südlichen Afrika ist notwendig gepaart mit äußerst rassistischen und menschenfeindlichen Auslassungen über die Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der schwarzen Mehrheit, die als „leistungsschwache" Untermenschen dargestellt werden.

„Es kommt darauf an, die Weißen dem Land zu erhalten. Ihr Abzug wäre der Niedergang (!) der schwarzen Bevölkerung, die hier in Rhodesien einen so hohen Lebensstandard hat, daß eine Angleichung an jeden der sogenannten Frontstaaten, die angeblich für die Befreiung kämpfen, ein Absturz in Elend wäre" (ebenda). Solange es unter den Schwarzen keine „funktionsfähige Führungsschicht" gebe, *„sind die Weißen unentbehrlich, und es ist das Interesse der Schwarzen, sie nicht zu vertreiben, sondern im Gegenteil ihre Zahl zu vergrößern(!!)"* (ebenda). Die astrein neokolonialen Zustände, die Strauß hier anvisiert, setzen die Existenz einer schwarzen Kompradorenschicht a la Kenia voraus, deren Förderung Strauß für dringend notwendig erachtet:

„Es ist eine weltweite Lüge zu glauben, daß Wahlen nach dem Grundsatz 'Ein Mann, eine Stimme und die Übernahme der Führung in Verwaltung und Wirtschaft durch Schwarze eine freie Zukunft für die Schwarzen bringen. Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, in Südwestafrika und Rhodesien schwarze Führungsschichten heranzuziehen, die es noch nicht gibt" (ebenda). Bis dahin sollten *„die Europäer sich nicht von einer leistungsschwachen (!) aber radikalen Mehrheit an die Wand spielen lassen."*

Bezeichnend auch, wie Strauß die UNO-Resolutionen beurteilt, die unumwunden als lästiger Fetzen Papier behandelt werden. Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Politikern kennt Strauß hier keine taktischen Rücksichtnahmen:

„Die europäischen Länder sollten sich freimachen von der UNO-Phraseologie. Man sollte (gegenüber den Ländern des südlichen Afrikas) den psychologischen Bann aufheben, echte politische Untersützung geben, die Sanktionen gegen Rhodesien aufheben, keinen Boykott gegen Südafrika versuchen" (ebenda). Es kennzeichnet die politische Dekadenz westdeutscher Gewerkschaftsführer, daß letztere Forderung auch von IGM-Chef Loderer erhoben wird.

Die Faschisten in Salisbury waren so begeistert von ihrem Sympathisanten aus Westdeutschland, daß sie ihm umgehend einen der höchsten Orden ihres Regimes verliehen: Strauß ist nunmehr „Grand Officer of Legion of Merit" geworden („SZ", 24.3.78).

Aus dem berechneten Schweigen der BRD-Öffentlichkeit zu diesen Provokationen des F.J. Strauß erwächst den Antiimperialisten die Aufgabe, den politischen Widerstand gegen diese offene Verherrlichung und Unterstützung der weißen Faschisten im südlichen Afrika zu organisieren. Denn für die von Strauß geforderte BRD-Hilfe für diese Regimes gibt es Beispiele genug in unserer eigenen Geschichte: so die militärische Unterstützung Francos durch Hitler im spanischen Bürgerkrieg.

Afrika-Kommission

Namibia: Führer der Marionetten-Bewegung getötet

Am 20.3.78 wurde der Herero-Häuptling Clemens Kapuuo von zwei Männern angeschossen und starb später im Krankenhaus von Windhuk. Kapuuo war der Vorsitzende der „Demokratischen Turnhallen-Allianz" (DTA), eine Marionettenbewegung, die sich nach Auflösung der sogenannten „Verfassungskonferenz" konstituiert hatte und zum „gemäßigten" Rivalen der SWAPO aufgebaut werden soll. Die DTA wird von Reaktionären wie beispielsweise vom „Welt"-Schreiber E. Cramer hochgeschätzt:

„Die Frauen und Männer, die sich in Südwestafrika in der „Demokratischen Turnhallen-Allianz" (DTA) auf einem gemeinsamen Weg zusammengefunden haben, sind davon überzeugt, daß eine Machtübernahme durch die SWAPO - gleichgültig auf welchem Wege - Namibia dasselbe Schicksal bringen würde, wie es Angola nach dem Abzug der Portugiesen erleiden mußte: politischer Terror, Unterdrückung aller, die nicht zu den Kadern der Regierungspartei gehören, wirtschaftliches Chaos, Arbeitslosigkeit und Hunger. Deshalb wollen die schwarzen, 'farbigen' (gemischtrassigen) und weißen Mitglieder der DTA sich einer solchen Machtübernahme mit allen Mitteln widersetzen. Dazu gehört vor allem die Ablehnung der Hauptbedingung, die von der SWAPO gestellt wird: Vor den Wahlen Abzug der südafrikanischen Schutztruppen, die im Norden des Landes stationiert sind. Denn nur mit der Hilfe dieser Truppen ist es möglich, die Infiltration von Terroristen in größerem Umfang zu verhindern. Fällt dieser Schild weg - und UNO-Truppen wären, wie die Erfahrung besonders im Nahen Osten gezeigt hat, keinerlei Ersatz - , müßten die Wahlen unter dem ständigen Druck des SWAPO-Terrors im ganzen Land stattfinden" („Welt", 28.2.).

Diese aufschlußreiche Beurteilung bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

Die Schuld an dem plötzlichen Ableben Kapuuos wurde von den Rassisten sofort der SWAPO in die Schuhe geschoben und wie nicht anders zu erwarten, fand man am Tatort auch die obligatorische sowjetische Waffe Marke Tokarev („Daily Telegraph", 29.3.78). Außerdem wurde behauptet, daß Kapuuo auf einer angeblichen „Todesliste" der SWAPO gestanden hätte.

Der SWAPO-Vorsitzende Sam Nujoma bestritt am nächsten Tag die Verantwortung der SWAPO an dem Anschlag und erklärte, *„Kapuuo sei ein Opfer des wachsenden Widerstands der schwarzen Bevölkerung gegen die Unterdrückung geworden. Als Marionette der südafrikanischen Regierung habe Kapuuo mitgeholfen, die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu unterdrücken. Die Kollaborateure und Marionetten des Feindes könnten indes ihrer Bestrafung durch das Volk nicht entgehen"* („FR", 29.3.). Im vergangenen Monat mußte bereits der „Gesundheitsminister" des Ovambo-Homelands in Nord-Namibia sein Leben bei einer DTA-Veranstaltung lassen.

Die pro-rassistischen Schreiber der hiesigen Rechtspresse nutzen diese Lage zu wütenden Ausfällen gegen die SWAPO und stilisieren Kapuuo zum überragenden Volkstribun. Unter der Überschrift „Alle Macht den Mördern?" schrieb der berüchtigte Söldner-Freund H. Germani in der „Welt" vom 29.3.78:

„Alles spricht für ein vom Ausland trainiertes Killerkommando der prosowjetischen SWAPO (...). Mit Kapuuo hat die SWAPO den Mann beseitigt, der ihr am gefährlichsten war, weil er sich als charismatischer Führer der nichtkommunistischen Schwarzen Südwestafrikas erwiesen hatte. (...) Südafrika steht vor der Frage: den Forderungen der Gemäßigten aller Rassen in Südwestafrika zu folgen, seine Truppen entgegen westlichen Wünschen nicht auf 1.500 Mann zu reduzieren, die Nichtkommunisten in Südwestafrika zu schützen, dafür aber westliche Sanktionen zu riskieren - oder westlichen Forderungen zu entsprechen und damit die Massenflucht der Weißen (auch der 30.000 Deutschen) auszulösen und die Schwarzen einer Mordherrschaft wie in Angola und Mosambik auszuliefern."

Hier wird propagandistisch die „interne Lösung" für Namibia vorbereitet, die sich trotz aller Scheinopposition der fünf westlichen Mitglieder des Weltsicherheitsrates verstärkt abzeichnet.

Das Hinscheiden Kapuuos, dieser Hoffnung von Imperialismus und Rassismus in Namibia, wurde von diesen Kreisen mit Krokodilstränen beweint, sodaß sein Tod nachgerade zum Beweis seiner schäbigen Kollaboration mit den Herrschenden wurde. Vorster persönlich übersandte der Familie Kapuuos ein Beileidstelegramm und der RSA-Außenminister fand die passenden Worte: *„Ich kannte ihn seit Jahren als einen Opponenten, aber ich hatte nie Zweifel an seiner Integrität als Führer seines Volkes. Er war ein echter Führer Afrikas"* („DT", 29.3.78).

Ähnlicher Meinung war auch sein Amtskollege aus der BRD. Hans-Dietrich Genscher kabelte der Familie Kapuuos: *„Alle, denen an einem baldigen friedlichen Übergang Namibias in die Unabhängigkeit gelegen ist, bedauern diese sinnlose Bluttat."* („FR", 31.3.78).

Afrika-Kommission

VR Angola: Die katholische Kirche kämpft um ihre kolonialen Vorrechte

Die Bischöfe der katholischen Kirche in der VR Angola haben der MPLA-Regierung den offenen Kampf angesagt. In einem gemeinsam unterzeichneten Hirtenbrief vom 14. Dezember 1977, der in allen Kirchen des Landes verlesen werden mußte, bekennen sie sich zwar zur angolanischen Unabhängigkeit, kommen dann aber schnell auf ihr eigentliches Anliegen zu sprechen: *„Die Kirche kann eine Ideologie* (gemeint ist der von der MPLA vertretene Marxismus-Leninismus - Anm. AK) *nicht akzeptieren, die die Existenz Gottes verleugnet und die in keiner Weise mit den grundsätzlichen Prinzipien der christlichen Auffassung vom Menschen vereinbar ist. Es scheint uns Gewalt mit den düstersten Auswirkungen für die große angolanische Familie zu sein, wenn versucht wird, einer traditionell spriritualistischen und gläubigen Bevölkerung wie der von Angola, den Materialismus aufzuzwingen".*

Höchst radikale Töne, die die Katholische Kirche zu Zeiten tatsächlich düsterster Gewaltanwendung, d.h. während des portugiesischen Kolonialismus niemals über die Lippen gebracht hat. Im Gegenteil, damals legitimierte sie den „christlichen" Anspruch Portugals bei der Unterdrückung und Ausbeutung des angolanischen Volkes mehr als einmal und profitierte selbst nicht schlecht davon. Portugal hatte bereits unter Salazar mit dem Konkordat von Rom einen sehr weitgehenden Pakt mit dem Vatikan geschlossen und ihn zu einer Hauptsäule der portugiesischen Herrschaft in Angola gemacht. Die Katholische Kirche war im kolonialen Angola aufs engste mit dem Staat verknüpft, verfügte über private Presseorgane und Rundfunksender und beherrschte mit ihren zahlreichen Missionsschulen praktisch das gesamte angolanische Erziehungswesen.

Mit dem Sieg der MPLA und damit dem Verlust ihrer kolonialen Vorrechte hat sich die Katholische Kirche niemals abgefunden. Als am 27. Mai 1977 die fraktionistische Gruppe um Nito Alves versuchte, die MPLA-Regierung zu stürzen, wurde der Putschversuch sofort vom Kirchensender „Radio Ecclesia" propagandistisch unterstützt. Er wurde daraufhin geschlossen und im Januar 1978 in das staatliche angolanische Rundfunkwesen eingegliedert. Alle Versuche der MPLA-Regierung, Erzbischof Muaca (zu Kolonialzeiten geistlicher Berater der portugiesischen Organisation „Mocidade Portuguesa", dem Gegenstück der Hitlerjugend) zu einer Einstellung der MPLA-feindlichen Propaganda des Senders zu bewegen, waren erfolglos geblieben.

Die MPLA tritt für die Religionsfreiheit auch der Katholischen Kirche ein, hat jedoch eine strikte Trennung von Staat und Kirche eingeleitet. Diesem Prinzip hat sich die Kirchenführung, offenbar immer noch im Wahn kolonialer Allmacht befindlich, ständig widersetzt. Höhepunkt dieser offenen Opposition gegen die MPLA-Regierung war der Versuch, mit der MPLA sympathisierende kritische Katholiken im Dezember 1977 schlichterhand aus Angola auszuweisen. Es handelte sich hierbei um eine Gruppe baskischer Priester (die „Pater von Burgos"), die seit 1958 in der Provinz Malanje arbeiten und sich von Beginn an mit dem angolanischen Freiheitskampf solidarisierten.

Im Rahmen dieser Subversionsversuche steht die Reise des Paters de Kinderen nach Angola im Auftrag des in der BRD ansässigen katholischen Hilfswerks „Missio" Anfang 1978. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er einen Bericht, der auch in der BRD-Presse breit zitiert wurde, nach dem die Kubaner ganze Maschinenparks angolanischer Fabriken nach Kuba überführten, angolanische Kinder zur Indoktrination nach Kuba verschleppten etc.

Die MPLA antwortet auf diese Angriffe der Katholischen Kirche neben notwendig gewordenen administrativen Maßnahmen mit einer ideologischen Gegenoffensive. Lucio Lara, Sekretär des Politbüros, erklärte: *„Wir haben nichts dagegen, daß die Kirche ihre Pfarrer ausbildet und die Kinder derer unterrichtet, die aus ihnen religiöse Menschen, Katholiken oder Protestanten machen wollen. Aber sie sollen sie im angemessenen Rahmen erziehen und nicht in öffentlichen Schulen, wo Wissenschaft gelehrt wird. Wir verlangen von allen Militanten, daß sie die Religionen respektieren. Aber wir erwarten von deren Repräsentanten – auch wenn sie mit dem Marxismus-Leninismus nicht einverstanden sind, was normal wäre – daß sie es wie wir machen, daß sie einen ideologischen Kampf führen. Wir werden unsere Botschaft dem Volk übermitteln. Und das Volk wird auch weiterhin die Botschaften der verschiedenen Religionen empfangen. Wir werden dann am Ende sehen, in welche Richtung das Volk gehen wird ... Wir werden sehen, wer siegreich bleibt, die Wissenschaft oder die Religion ..."* („Afrique-Asie" Nr. 156/1978 und „Afrique-Asie", s.o.).

Afrika-Kommission

Niederlage der Somalis im Ogaden

Mit einem in Afrika bisher beispiellosen Einsatz von sowjetischer und kubanischer Unterstützung an der Seite der äthiopischen Armee wurden innerhalb von 15 Tagen die Positionen der Somalier im Ogaden-Gebiet geradezu hinweggefegt. Der Hauptdurchbruch wurde dabei erzielt durch einen vom sowjetischen General(!) V. Petrov bei Jijiga(!) organisierten Überraschungsschlag, bei dem unter anderem 70 (!) Panzer per Hubschrauber hinter den somalischen Linien abgesetzt wurden (aus: „Politika", Belgrad, „Le Monde", 26.3.). Dies wirft nur ein Schlaglicht auf den Umfang des sowjetischen Eingreifens. Nach dem Fall der „Ogaden-Front" kann das äthiopische DERG-Regime nunmehr sein militärisches Potential gegen das nahezu völlig befreite Eritrea konzentrieren. Die eritreische Revolution tritt jetzt in ihr alles entscheidendes Stadium.

Nach der Besetzung zahlreicher Orte im Ogaden durch die auf Seiten Äthiopiens kämpfenden Streitkräfte gab Somalia schließlich — nach ausdrücklicher öffentlicher Aufforderung durch die USA ! — seinen Befehl zum Rückzug („FR", 11.3.). Später wurde dazu erklärt, dies sei nur das offizielle Ende des konventionellten Krieges gewesen („Guardian", 16.3.), die WSLF und die ABO (SALF) würden in Guerillataktik weiterkämpfen („SZ", 28.3.). Damit ist der somalische Kampf im Ogaden wieder auf ein Niveau beschränkt, was praktisch seit Beginn der äthipischen Besetzung 1898 dort ständig durchgehalten wurde.Bei der nun folgenden politischen Ausschlachtung der Niederlage fällt vor allem zweierlei auf: Zum einen die seltsame Einmütigkeit aller Beteiligten außer Somalia; zum zweiten das jetzt nicht länger kaschierte offene Einsteigen des US-Imperialismus in Somalia.

Direkt nach dem Fall Jijigas erklärte Äthiopien: Eine Verhandlungslösung sei nur möglich, wenn keine Truppen Somalias mehr im Ogaden stünden. Daraufhin forderten die USA Somalia zum Abzug auf, damit sie freie Hand hätten, auch die Sowjetunion zum Abzug ihrer Truppen aus Äthiopien zu bewegen („FR", 6.3.). Der Sowjetunion drohten sie eine „gefährliche Situation" an, falls sie sich nicht zurückzöge („FR", 11.3.).

Der sowjetische Botschafter in den USA versprach daraufhin eine „substanzielle Reduktion" kubanischer Truppen („dpa", 15.3.). Nicht ausgeschlossen, wenn nicht sogar wahrscheinlich ist eine Verlegung des sowjetisch-kubanischen Militärpotentials in Richtung Eritrea.

Eine interessante Rolle spielte dabei die jugoslawische Regierung: Nach dem Rückzug Somalias fand ein Treffen Carters mit Tito statt, bei dem die Konflikte am „Horn von Afrika" ein wichtiges Thema bildeten. Anschließend unternahm der jugoslawische Außenminister (im Auftrag Carters?) eine Rundtour nach Addis Abeba, Mogadischu und — wegen des „positiven" Einflusses des Sudan auf die eritreische Revolution — auch Khartoum („Guardian", 20.3., „NZZ", 16.3.; 21.3.). (Sudan unterhält gewisse reaktionär-arabistische und reformistische Minderheitsströmungen innerhalb der eritreischen Befreiungskämpfe).

Betont wurde bei diesen Gesprächen von allen Beteiligten — außer Somalia — die „Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen".

Diese Einschaltung Jugoslawiens könnte auf eine bereits stattfindende Absprache der Großmächte hindeuten — auch bereits über Eritrea.

Kurz darauf forderte die US-Regierung (übrigens zugleich mit dem äthiopischen DERG und Kuba!) von Somalia den offiziellen und öffentlich ausgesprochenen Verzicht auf sämtliche Gebietsansprüche außerhalb der heutigen somalischen Grenzen. Das ist für das nationale Selbstverständnis Somalias eine nahezu unerfüllbare Forderung, weil die Vereinigung mit den außerhalb der heutigen Grenzen in Djibouti, Ogaden und Nord-Kenia lebenden Somalis nicht nur eine in der Verfassung festgelegte Aufgabe des somalischen Staates ist („SZ", 21.3.), sondern auch den Wünschen dieser Somalis entspricht, die bisher in diesen Ländern als nationale Minderheiten brutal unterdrückt wurden und werden.

Mit der zunächst unbefristeten Postierung des US-Sonderbotschafters Moose in Mogadischu zeigen die US-Imperialisten schließlich ganz demonstrativ, daß sie hier in Zukunft offen mitmischen wollen. Es wurde auch sogleich ein Wirtschaftskredit über 35 Mio. francs bei 40 Jahren Laufzeit mit Somalia abgeschlossen. Ein Militärabkommen soll folgen, sobald Somalia den öffentlichen Gebietsverzicht geleistet hat (»NZZ«, 23.3., »LM«, 22.3.).

Daraufhin wurden als neutralisierende Geste gegenüber der Sowjetunion in Mogadischu sämtliche antisowjetischen Parolen übermalt (»NZZ«, 30.3.) und die folgenden vier Vorbedingungen von somalischer Seite für künftige Verhandlungen gestellt:

1) Rückzug der ausländischen Truppen aus Westsomalia (Ogaden),
2) Stationierung neutraler Truppen, um den »Völkermord« und den von den äthiopischen Besatzungstruppen durchgeführten Repressalien ein Ende zu bereiten,
3) Anerkennung des Rechts auf Unabhängigkeit für die Bevölkerung des Ogaden-Territoriums,
4) Verhandlungen durch Vermittlung der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) (laut »FAZ«, 30.3.78).

Erhöhte Gefahr für die eritreische Revolution

Nach dem Sieg im Ogaden können sich nun der äthiopische DERG und die ihn unterstützenden revisionistischen Mächte voll auf die Zerschlagung der eritreischen Revolution konzentrieren. Diese Offensive hat bereits begonnen, sowohl propagandistisch als auch militärisch.

Als der Sieg im Ogaden für Äthiopien absehbar wurde, erschien ein ähnliches Eingreifen der Revisionisten in Eritrea jedoch noch gar nicht so sicher. Zumindest erklärte noch im Februar 1978 der kubanische Vizepräsident Rodriguez, der äthiopische Regierungschef Mengistu sei nicht ermächtigt, auch gegen Eritrea kubanische »Spezialisten« einzusetzen, denn die Selbstbestimmung Eritreas sei ein internes Problem der äthiopischen (!?) Revolution; das eine politische Verhandlungslösung finden müsse (»NZZ«, 18.3.).

Inzwischen jedoch begann in dem sowjetischen Parteiorgan »Prawda« eine massive Hetze gegen die eritreische Revolution: *»Nach dem Scheitern der 'Operation Ogaden' schmieden imperialistische Kräfte Pläne zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens mit Hilfe separatistischer Elemente in der Nordostprovinz Eritrea. Die Imperialisten und die arabische Reaktion unterstützen diese Elemente und versuchen, Äthiopien zu schwächen und es seines Zugangs zum Meer zu berauben.«* Die »wirklichen Interessen« der Eritreer deckten sich jedoch — so die »Prawda« — mit den Interessen des ganzen äthiopischen Volkes, das bestrebt sei, ein neues Leben aufzubauen (nach: »NZZ«, 17.3.).

Wir berichteten bereits über die Luftangriffe gegen die eritreische Zivilbevölkerung und über die sowjetischen Kriegsschiffe, die vom Roten Meer aus schweres Artilleriefeuer gegen Massaua richten.

Den Schwerpunkt der Offensive bildet aber zur Zeit der Ausbau der eingekesselten Hauptstadt Asmara zu einem Zentrum einer geplanten Expansion. Nach Aussage der EPLF befinden sich gegenwärtig 25.000 Soldaten in dem Kessel, täglich werden neue Soldaten und weitere Militärausrüstung dort eingeflogen.

Die ca. 200.000 Einwohner der Stadt sind praktisch die Geiseln dieser Machthaber, denn es herrscht bitterer Mangel an den notwendigsten Versorgungsgütern, und alles wird für die Soldaten requiriert (nach dem Bericht des Journalisten Dan Connel in »Le Monde« vom 9.3.78, der gerade sechs Monate bei der EPLF verbrachte).

Allerdings strömen weiterhin die Freiwilligen zu den Befreiungsorganisationen. In Asmara gibt es eine starke Stadtguerilla. Insgesamt ist die eritreische Revolution in einer starken Ausgangsposition durch die großartigen Erfolge gerade des vergangenen Jahres, in dem fast alle Städte in Eritrea befreit wurden.

Ein erster großangelegter Ausbruchsversuch der äthiopischen Truppen aus Asmara im Rahmen der am 14.3. gestarteten Offensive konnte von den eritreischen Befreiungskämpfern 10 km vor der Stadt gestoppt werden (»NZZ«, 18.3.). Im Gegenzug konnte die EPLF den militärischen Belagerungsring enger ziehen.

Afrika-Kommission



Mehrere zehntausend Menschen flohen aus Ogaden nach Djibouti, wo auch schon der Hunger herrscht.

Tschad: Französische Truppen gegen FROLINAT — trotzdem »nationale Versöhnung« ??

Frankreich hat „unter strenger Geheimhaltung" eine eintausend Mann starke Truppe in den Tschad entsandt (Süddeutsche Zeitung, 25.3.)! Dieses Vorgehen paßt zur Rolle dieses imperialistischen „Gendarmen"; genannt seien dazu nur die jüngsten Beispiele französischer Intervention gegen revolutionäre Bewegungen in Zaire und Westsahara!

Der französische Eingriff erfolgte in einer für das frankreichhörige tschadische Malloum-Regime sehr kritischen Situation: Die antiimperialistischen Kämpfer der FROLINAT haben mindestens die Hälfte des Landes unter Kontrolle, und dem Malloum-Regime geht es an den Kragen. In dieser Lage versucht sich das Regime zu behaupten mit einer von Libyen, Niger und Sudan — mit allerdings sehr unterschiedlichen Intentionen — unterstützten Politik der „nationalen Versöhnung" mit der FROLINAT (ausführl.s. AK 124).

Der erste Ansatz dieser Politik war allerdings nicht ganz nach den Wünschen Malloums verlaufen: Auf der ersten „Versöhnungskonferenz" am 21.1.78 in Khartoum wurden zwar Generalamnestie und Ministerposten für die FROLINAT versprochen, Verhandlungspartner Malloums war allerdings nur der abgesetzte FROLINAT-Führer Hissen Habre. Und die FROLINAT selbst führte unbeeindruckt ihre große Nordoffensive mit der Eroberung der Städte Faya-Largeau und Fada durch.

Nach dem Erfolg der Nordoffensive steht allerdings die weitere Fortsetzung des Kampfes für die FROLINAT unter erheblich erschwerten Bedingungen. Ein Grund dafür ist, daß die FROLINAT in den südlichen Teilen des Tschad noch nicht so stark verankert ist wie im Norden. Vor allem aber verstärkt sich der politische Druck gegen eine Weiterführung der Kämpfe: Zunächst einmal dadurch, daß der bisher einzige Bündnispartner der FROLINAT, Libyen, durch Unterstützung der Khartoum-Konferenz seine Zustimmung zur Politik der „nationalen Versöhnung" signalisierte — einerseits durch Druck des französischen Imperialismus dazu genötigt, andererseits aber auch aus mangelndem Interesse an einer allzu starken revolutionären Bewegung an Libyens Südgrenze (s. AK 124).

Mit einer Gipfelkonferenz der Regierungschefs Libyens, des Tschad, des Sudan und Nigers im Februar (SZ, 29.3.) bildete sich eine sehr unheilige Allianz der Nachbarländer Tschads zwecks Erreichung eines Waffenstillstandes mit der FROLINAT und zur einstweiligen Restabilisierung des Malloum-Regimes: Man sollte hierbei nicht vergessen, daß Sudan in seiner Politik weitgehend vom US-Imperialismus, und Niger wie das Malloum-Regime vollständig vom französischen Imperialismus kommandiert werden.

Auf der schließlich zum 23. März in Sebha (Libyen) einberufenen „Versöhnungskonferenz" unter Teilnahme Libyens, des Sudan, Nigers und des Malloum-Regimes wurden alle FROLINAT-Sektionen gemeinsam vertreten durch den Führer der erfolgreichen „2. Armee" bzw. „Nordarmee", Goukouni Oueddei. Diese Konferenz wurde „ohne greifbare Fortschritte vertagt" („SZ", 28.3.), und während bzw. kurz nach dieser Konferenz wurde die Intervention der Franzosen bekannt! Das heißt, der Druck auf die FROLINAT wurde erheblich verstärkt.

Daraufhin setzte man wenig später diese „Aussöhnung" in Bengasi (Libyen) fort. Als Ergebnis konnte die bürgerliche Presse dann triumphierend melden: „Rebellen und Regierung einig" usw. Es wurde folgende Vereinbarung abgeschlossen:

„1.) Der Oberste Militärrat (das ist das Malloum-Regime, anm. AK) *erkennt die FROLINAT an;*

2.) Beide Parteien akzeptieren einen Waffenstillstand und erlauben einem Militärkomitee, gebildet von Libyen und Niger, diesen Einhaltung zu überwachen;

3.) Die Pressekampagnen müssen der nationalen Versöhnung dienen;

4.) Beide Parteien akzeptieren freien Verkehr auf dem gesamten Gebiet der Republik Tschad;

5.) Sie verpflichten sich, dem Militärkomitee alle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit es sich Klarheit verschaffen kann über das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von Truppen oder Militärbasen im Tschad;

6.) Sudan, Libyen und Niger müssen die Durchführung des Abkommens absichern;

7.) Die Konferenz wird sich ein weiteres Mal am 7. Juni 1978 in Tripoli treffen, um die bis zu diesem Zeitpunkt erreichten Fortschritte der nationalen Versöhnung im Tschad zu überprüfen;

8.) Dieses Abkommen tritt am 27.3.78 in Kraft"

(Text lt. Le Monde vom 30.3.78).

Im Gegensatz zur Konferenz von Khartoum ist hier keine Rede mehr von Generalamnestie und Ministerposten für die FROLINAT. Jedoch ist die offizielle „Anerkennung" sicherlich ein Erfolg der Stärke der FROLINAT.

Wem der Waffenstillstand nun aber nützen wird, und ob er überhaupt wirklich realisiert wird, ist allerdings sehr fraglich angesichts der verstärkten Einmischung des französischen Imperialismus.

Afrika-Kommission



Versammlung von FROLINAT-Kämpfern



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Göttinger Buback-Prozeß: Staatsanwaltschaft beantragt 9 Monate Knast!

Göttingen. Am vergangenen Mittwoch beantragte die Staatsanwaltschaft im „Buback-Prozeß" gegen vier Mitglieder des damaligen Göttinger AStA für zwei der Angeklagten Gefängnisstrafen von neun Monaten sowie 900 DM Geldstrafe wegen *„gemeinschaftlich verübter Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und Verunglimpfung des verstorbenen Generalbundesanwalts Buback"*. Die Gefängnisstrafe solle auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt werden, da die Angeklagten bislang noch nicht vorbestraft seien. Für die beiden anderen Angeklagten beantragte die Staatsanwaltschaft Freispruch, weil ihnen eine Beteiligung an der Veröffentlichung des „Buback-Nachrufes" nicht nachzuweisen war. Außerdem legte die Staatsanwaltschaft dem Gericht nahe, grünes Licht für umfangreiche Razzien und Beschlagnahmeaktionen zu geben: Sämtliche Exemplare des „Buback-Nachrufes" sollen „eingezogen" werden, das Paradebeispiel für einen „Mißbrauch" der „Pressefreiheit" soll ein für allemal vernichtet, eingestampft werden... Das Urteil wird am nächsten Mittwoch gesprochen.

Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft war der absolute Höhepunkt eines Plädoyers, dessen Methode sich kurz so zusammenfassen läßt: In der einen Hand hielt die Anklagevertretung den „Buback-Nachruf", dem sie fünf oder sechs Abschnitte entnahm, in der anderen Hand das Strafgesetzbuch. Die Konfrontation von Zitaten aus dem corpus delicti mit dem Gesetz ergab für die Staatsanwaltschaft dann das folgende Bild:

Der „Buback-Nachruf" beleidige den verstorbenen Generalbundesanwalt schwerwiegend, da sein Gesicht verächtlich abgewertet und behauptet würde, es gehöre in ein „Verbrecheralbum". Bubacks Andenken sei durch die Behauptung, *„er habe bei der Folterung der Linken eine herausragende Rolle gespielt"*, also *„Verbrechen im Amt verübt"*, verleumderisch verunglimpft worden. (Die Verteidigung legte daraufhin einen Hilfsbeweisantrag vor, durch den nachgewiesen werden sollte, daß die an politischen Gefangenen praktizierte Isolationshaft – deren „geistiger Vater" Buback ja war – eine Form von Folter ist!)

Der „Buback-Nachruf" beschimpfe die BRD und ihre verfassungsmäßige Ordnung und mache sie böswillig verächtlich, indem er die „Züge des Rechtsstaates" mit „Killervisagen" in Zusammenhang bringe. Die Aussage: *„Die Entscheidung zu töten oder zu killen, (liegt) bei der herrschenden Macht, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern"*, sei eine besonders rohe und verletzende Verächtlichmachung des Rechtsstaates (!), da (?!) jeder wisse,
Macht, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern", sei eine besonders rohe und verletzende Verächtlichmachung des Rechtsstaates (!), da (?!) jeder wisse,
daß staatliche Organe nicht berechtigt seien, Menschen zu töten. Eine glänzende Enthüllung! Die illustre Gemeinschaft von Richtern, Bullen, Werkschützer, Militärs und AKW-Betreibern ist der „Rechtsstaat"!

Der Nachruf greife die Menschenwürde aller mit der Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität befaßten Personen an. Sie würden als minderwertige Glieder der staatlichen Gemeinschaft, als unterwertige Wesen abqualifiziert, ihnen würde ihr Mensch-Sein abgesprochen. Diese mit äußerster Empörung vorgetragene Passage des Plädoyers bezieht sich wohlgemerkt auf den „Buback-Nachruf", nicht etwa auf die Dissertation des (ehemaligen) Vorgesetzten der Staatsanwaltschaft, Puvogel!

Der Artikel predige also Haß, erschüttere damit das Vertrauen in die Rechtssicherheit, störe den öffentlichen Frieden und sei geeignet, Gewaltaktionen zu begünstigen, da Haß die Saat der Gewalt sei. Diese volksverhetzende Tendenz des Artikels stehe nicht im Widerspruch zu der angeblichen (!) Absage an terroristische Gewalt, denn um den Terrorismus zu verurteilen, sei es nicht erforderlich, Haß zu predigen.

Soweit die „strafrechtliche Würdigung" des Buback-Nachrufs. Die Angeklagten Hajo und Klaus wären nach Meinung der Staatsanwaltschaft verpflichtet gewesen, die Veröffentlichung des Artikels zu verhindern. Da sie seiner Veröffentlichung zustimmten, hätten sie sich seine strafbaren Inhalte zu eigen gemacht (!). Eine Berufung auf Artikel 5 des Grundgesetzes sei völlig abwegig, da die Grundrechte ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze fänden. Die Anwälte des Staates waren in ihrem Element! *„Wer sich auf Grundrechte beruft"*, schleuderten sie den Angeklagten entgegen, *„darf nicht nur immer ihre ersten Teile zitieren!"* Entscheidend sind demnach die kleinen wertvollen „Randglossen" der bürgerlichen Verfassung, die die Phrase der Freiheit wieder aufheben. Und überhaupt: Wer wie die Angeklagten ein dermaßen feindliches und verächtliches Verhältnis zum Rechtsstaat habe, dürfe der sich auf die Rechte, die der Staat seinen Bürgern gewährt (!), berufen?! Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, bzw. für die Feinde der Richter, Bullen, Werkschützer, Militärs und AKW-Betreiber!



Die inhaltliche Auseinandersetzung um den Buback-Nachruf ...

Die inhaltliche Auseinandersetzung um den Buback-Nachruf ...

Für alle Beteiligten peinlich auffallend war die Tatsache, daß die Staatsanwälte in ihren Plädoyers sorgsamst vermieden, auf die wissenschaftlichen Gutachter der Verteidigung einzugehen, die durch einen strafprozessualen Trick doch noch zu Wort kamen, nachdem das Gericht sämtliche Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt hatte (vgl. AK 125). Die Gutachter – Professoren und Assistenten des Pädagogischen Seminars der Uni Göttingen – hatten den Artikel als eine *„mißverstandene und mißbrauchte Botschaft aus der studentischen Subkultur"* bezeichnet, die gegen alle universitären Gepflogenheiten Gefühle und einen inneren Reflexionsprozeß als „Selbstoffenbarung" öffentlich darstelle. Der Mescalero versuche, in *„vier gedanklichen Stufen eine Bombe, die er in sich tikken hört (klammheimliche Freude über den Abschuß Bubacks) emotional und rational zu entschärfen"*. Die *„infantilisierende und pauschalisierende Sprache"* des Artikels sei ein stilistisches Mittel, um sich Gehör bei jenen Studenten zu verschaffen, die ideologisch noch nicht mit der *„Strategie des bewaffneten Kampfes in der BRD"* gebrochen hätten. Der Artikel wolle keineswegs Tote verunglimpfen oder zum Haß aufstacheln, sondern im Gegenteil vermutete *„Gewaltphantasien- und Neigungen"* relativieren und rationalisieren. Diese Intention des Artikels sei für Außenstehende schwer zu verstehen, aber für Kenner der universitären Verhältnisse und des studentischen Diskussionsprozesses unmittelbar erkennbar.

Einer der Angeklagten fügte hinzu, der Mescalero versuche der RAF *„ihre eigene Melodie vorzuspielen"* und sich *„auf die verschlungenen geistigen Wege der bewaffneten Kämpfer zu begeben"*, um an einem entscheidenden Punkt – nämlich wo es um die Rechtfertigung der Tötung von Menschen geht – „Halt!" zu rufen. Der Buback-Nachruf wolle der RAF einen Spiegel vorhalten, damit sie in ihm alles das als getreues Ebenbild ihrer selbst erblicken könne, was sie vernichten und überwinden wolle.

... wurde vom Tisch gefegt!

Die Staatsanwälte machten sich nicht die Mühe, diese Interpretationen des Artikels zu widerlegen; es wäre auch ein hoffnungsloses Unterfangen gewesen! Also stellten sie sich taub. Die Anklage, die sich schon durch atemberaubende Schludrigkeit und Dummheit auszeichnete (vgl. AK 124) wurde in den Plädoyers stupide variiert, wobei buchstäblich kein neues Argument für oder gegen den Artikel vorgebracht wurde, gleich so als ob die immerhin 40 Stunden umfassende Hauptverhandlung nicht stattgefunden hätte.

Für die Staatsanwaltschaft und für das Gericht hat die fünftägige „Beweisaufnahme" in der Tat nicht stattgefunden. Die staatlichen „Organe der Rechtspflege" beschränkten sich darauf, Beweisanträge der Angeklagten, die auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Buback-Nachruf abzielten, abzublocken, die Pro-
darauf, Beweisanträge der Angeklagten, die auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Buback-Nachruf abzielten, abzublocken, die Pro-
zeßöffentlichkeit zu disziplinieren, durch ellenlange Verhandlungspausen den Prozeß zu verschleppen und der Exekutive in Form von mehreren Hundertschaften Polizei und Spitzeln die Gelegenheit zu geben, der Öffentlichkeit einen klassischen „Terroristenprozeß" vorzuführen. Am Mittwoch fragte eine etwa 50jährige Frau einen Journalisten vor dem Gericht, ob der *„Prozeß gegen die Buback-Mörder (!!)"* denn immer noch nicht zu Ende sei ...

Die Bullen vor dem Gericht standen für die Qualität der Auseinandersetzung im Gerichtssaal: Sie waren die einzigen „Argumente", die der Staatsapparat im „geistigen Disput" über die Ursachen des „Terrorismus" vorzubringen hat. Die monatelange Pressekampagne gegen den „Buback-Nachruf" erfuhr vor dem Göttinger Landgericht ihre würdige Fortsetzung: Ein Gericht, das seine Unfähigkeit, zum Gegenstand der Verhandlung auch nur ein inhaltliches Wort zu sagen, durch ein auf alle Beteiligten (einschließlich der Pressevertreter) grotesk wirkendes arrogantes und autoritäres Gehabe zu kaschieren versuchte; Staatsanwälte, die zur „Wahrheitsfindung" nichts anderes beizutragen wußten, als das monotone Verlesen von Paragrafen des Strafgesetzbuches; ein Polizeieinsatzleiter, der das rechtswidrige Fotografieren sämtlicher Prozeßbesucher als *„Messungen in bezug auf die Belichtung"* umlog – voila, der Rechts-Staat in seiner ganzen Erbärmlichkeit! RA v. Plottnitz bemerkte in seinem Plädoyer, daß das Antlitz d i e s e s Rechtsstaates im Buback-Nachruf zu Recht als „Visage" gekennzeichnet wurde.

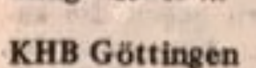
„FAZ" springt in die Bresche

Der Göttinger Buback-Prozeß wurde durchaus nicht nur von den Angeklagten, den Verteidigern und der Prozeßöffentlichkeit als Farce empfunden. Die „FAZ", die ihren Prozeßexperten Jürgen Busche nach Göttingen entsandte, um zu verfolgen, wie die Früchte ihrer Kampagne abgeerntet werden, fand in einem Leitartikel am 25.3., also unmittelbar vor den Plädoyers, wenig schmeichelhafte Worte für Gericht und Staatsanwaltschaft.

„Die Staatsanwaltschaft hatte weder ein Beweisprogramm vorbereitet, um solche Rückzieher als Schutzbehauptungen zu enthüllen (gemeint ist die Aussage eines Sachverständigen, die Sprache der Artikels müsse als „Einsteigevokabular" gewertet werden, d. Red), *noch um die kriminelle Qualität* (!) *des Artikels im ganzen oder in einzelnen Passagen darzulegen"*, bejammerte Busche die Unfähigkeit des Mannes, dessen Auftritt seine Zeitung so sehr herbeigesehnt hatte. Dem „Hohen Gericht" ergeht es bei der journalistischen Notengebung nicht besser: *„Das Gericht war ebensowenig vorbereitet. Nachdem es zunächst versucht hatte, detaillierte Erörterungen durch Ablehnung von Beweisanträgen der Verteidiger zu blockieren, nahm es schließlich den Auftritt der drei Sachverständigen hin. Dieses Verhalten könnte man als*
Beweisanträgen der Verteidiger zu blockieren, nahm es schließlich den Auftritt der drei Sachverständigen hin.
Zeugnis einer Scheu verstehen, sich mit dem Artikel in extenso auseinanderzusetzen, eine Scheu, auf die von seinen Verteidigern munter hingewiesen wird, wenn es um die Frage geht, was nun eigentlich an der ganzen Aufregung um den Buback-Nachruf dran sei". Busche bedauert, daß der Vorwurf seiner Zeitung, der Nachruf billige den Mord an Buback, nicht in die Anklageschrift aufgenommen worden sei, räumt aber ein, daß dies *„in Hinblick auf die argumentative Blässe* (!) *der Anklage eine klug-bescheidene Maßnahme"* gewesen sei.

Der leichte Spott dieser sanft-zurückhaltend formulierten Richter- und Staatsanwaltschaftsschelte kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „FAZ" einen tiefen Groll gegen das Gericht hegt. Einen Groll über die Unfähigkeit der Staatsanwälte, das „seriös" nachzuweisen, was der westdeutsche Lumpenjournalismus dem Artikel vorgeworfen hat. Einen Groll über den ungleichen Kampf zwischen Angeklagten/Verteidigung und Staatsanwaltschaft, in dem die letztere offenbar ihr Pulver mit der „blassen Argumentation" der Anklage bereits verschossen hatte.

Doch damit nicht genug! Busche scheint der Gedanke schlaflose Nächte bereitet zu haben, daß das Gericht die Angeklagten von der objektiven Beweislage her nur freisprechen könne. Freispruch für die Urheber des „Mescalero-Skandals"? Nicht auszudenken! Und flugs wird aus dem Profijournalisten ein Amateurrichter! Originalton „FAZ": *„Zum einen kann die vielleicht nur taktische Verwendung von ‚Einsteigvokabular' eine tatsächlich vorliegende Beleidigung oder Verunglimpfung nicht aus der Welt schaffen. Dem ermordeten Generalbundesanwalt die ‚Folterung von Linken' nachzusagen – ob dies einen Straftatbestand erfüllt muß das Gericht entscheiden, unabhängig von Absichtserklärungen. Auch die Formulierung ‚Killervisagen wie die Bubacks' gerät nicht zu einer harmlosen ‚Facon de parler', indem man erklärt, hier sei eine Typidentifizierung einer staatlichen Institution durch einen zum Symbol gewordenen Namen, nicht jedoch der Rekurs auf ein menschliches Individuum gemeint. Neben dem, was der Artikel nach Ansicht des Autors ... oder der Verbreiter alles sein soll, ist doch wohl auch erheblich, was er objektiv darstellt."* Und schließlich: *„Subjektive Überzeugungen können bei einer eventuell als strafbar empfundenen Handlung ein Urteil im Sinn mildernder Umstände beeinflussen, sie können nach objektiven Maßstäben den Tatbestand selbst nicht auslöschen. Diesem objektiven Sachverhalt wäre nachzugehen."*



Eindeutiger kann man einem Gericht, dem man schlicht Unfähigkeit unterstellt, nicht mehr auf die Sprünge helfen. Die „FAZ" spielt als juristischer Berater des „Mescalero-Spektakel" bis zum erhofften Ende.
unterstellt, nicht mehr auf die Sprünge helfen. Die „FAZ" spielt als juristischer Berater des „Mescalero-Spektakel" bis zum erhofften Ende.

Auf Anfrage gaben Richter und Staatsanwälte am letzten Dienstag an, den Busche-Artikel noch nicht gelesen zu haben. In der Tat vermißte man in den Plädoyers der Ankläger einige gehaltvolle Gedankengänge eines Busche. Vielleicht finden wir die eben zitierten Passagen aus dem „FAZ"-Artikel in der Urteilsbegründung wieder ...

KHB Göttingen

Nicht vergessen!
Auf die Angeklagten kommen möglicherweise horrende Prozeß- und Anwaltskosten zu.
Spendenkonto: „Solidarität für die Buback-Prozesse"
Städt. Sparkasse 18001263
Göttingen



Veranstaltungen in Portugal anläßlich der fanzösischen „Mai-Revolte" 1968 geplant Teilnehmer aus der BRD erwünscht!

Die Genossen des Studenten-Sekretariats der portugiesischen kommunistischen Organisation MES haben uns mitgeteilt, daß sie, zusammen mit anderen Organisationen (Studentenorganisationen, Gewerkschaften u.a.) Aktivitäten zur Erinnerung an die Kämpfe des Mai 1968 in Frankreich durchführen wollen. Gedacht ist an Veranstaltungen, Diskussionen, Musikveranstaltungen, Theater, Ausstellungen... *„Wir wollen auch eine Verbindung herstellen zwischen der revolutionären Krise von 1968 und dem revolutionären Prozess in Portugel bis zum 25. November, sowie über die aktuelle Situation in unseren Ländern diskutieren"*, zusammen mit ausländischen Genossen.

Die Genossen vom MES sind an der Teilnahme westdeutscher Genossen interessiert, vor allem natürlich solcher, die selbst etwas über die Studentenkämpfe in der BRD in jenen Jahren und über Rückwirkungen des „französischen Mai" auf die BRD berichten können. Ebenfalls interessiert sind die Genossen an dokumentarischem Material, alten Flugblättern etc. Auch Sänger, Musiker etc. sind natürlich erwünscht. Die Sachen sollen in den zwei letzten Mai-Wochen stattfinden. Interessenten können sich wenden an den SSB oder direkt an

MES/SEORL, Lisboa 2/Portugal, Av. D. Carlos I, n 128

Maoismus – was ist das eigentlich?

Der Tod Mao Tse-tungs im September 1976 und der Putsch der Hua-Gruppe kaum einen Monat später haben eine Entwicklung beschleunigt, die seit Jahren in Gang war, nämlich die schrittweise Unkenntlichmachung und Zerstörung dessen, was als „Mao-Tse-tung-Ideen", als „Maoismus" o.ä. zu bezeichnen ist. Die neue chinesische Führung behauptet, daß ihre Innen- und Außenpolitik mit den „Mao-Tse-tung-Ideen" völlig identisch sei, daß sie „das Erbe" Mao Tse-tungs authentisch fortführe. Dieselbe Behauptung liegt auch der revisionistischen Propaganda zugrunde, die seit Jahren den „Maoismus" mit der chinesischen Innen- und vor allem Außenpolitik identifiziert.

Das Lager der sogenannten „ML"-Gruppen, das einst am lautstärksten die „Mao-Tse-tung-Ideen" für sich beanspruchte und als deren angeblich authentischer Interpret auftrat, ist nach dem Tode Mao Tse-tungs mit rasanter Geschwindigkeit zerfallen: In einen Block, der die Fiktion der neuen chinesischen Führung übernimmt, der also deren Politik mit den „Mao-Tse-tung-Ideen" gleichsetzt, und in einen anderen Block, der plötzlich entdeckt hat, daß Mao Tse-tung „schwere Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus" begangen habe, und der sich zunehmend von den „Mao-Tse-tung-Ideen" distanziert. Hierzulande wird die erste Strömung durch die "KPD" und den KBW vertreten, die zweite durch die „KPD/ML".

Angesichts einer Fülle von verfälschenden und verzerrenden Darstellungen, die im Grunde ganz einträchtig von der neuen chinesischen Führung, von der Sowjetunion und ihren Verbündeten, von der bürgerlichen Propaganda und von beiden Hauptströmungen des alten „ML"-Lagers verbreitet werden, ist es für kommunistische Politik, die sich nicht zuletzt auch auf Mao Tse-tung bezieht, unumgänglich, daß man sich Klarheit verschafft, was die tatsächlichen Inhalte der „Mao-Tse-tung-Ideen" sind, was Unterstellungen und Verfälschungen sind, und in welchem Verhältnis überhaupt Mao und die „Mao-Tse-tung-Ideen" in den Jahren seit der Kulturrevolution zur chinesischen Innen- und Außenpolitik gestanden haben.

Wir wollen in diesem Artikel damit beginnen, die legendäre Verbindung bestimmter Theorien und Handlungen der chinesischen Führung mit dem Namen Mao Tse-tungs zu untersuchen, wie etwa die sogenannte „Theorie der drei Welten", die „Sozialfaschismus-Theorie" oder auch die Polemik gegen die „Viererbande".

Mao und die „Theorie der drei Welten"

Der Begriff „Theorie der drei Welten" zur Kennzeichnung der ideologischen Absicherung der chinesischen Außenpolitik wurde erst nach dem Rechtsputsch vom 6. Oktober 1976 in die öffentliche Diskussion eingeführt, verbreitete sich dann allerdings sehr rasch. Exakt zu definieren ist dieser Begriff nicht, da sich zum einen das, was unter diesem Begriff gefaßt wird, schrittweise seit 1972 entwickelt hat und immer noch entwickelt, und da zweitens die „Theorie der drei Welten" im Grunde auch die jeweilige politische P r a x i s einbezieht, die aber dem geschriebenen Wort immer ein Stück vorauseilt, die also noch reaktionärer ist als ihre schriftlich vorliegenden „Grundlagen". So erscheinen beispielsweise auf dem Papier US-Imperialismus und „Sozialimperialismus" immer noch g e m e i n s a m als „Hauptfeind", während in der konkreten Politik der „Sozialimperialismus" als einziger „Hauptfeind" behandelt wird, der US-Imperialismus hingegen als potentieller Verbündeter.

Generell geht die „Theorie der drei Welten" davon aus, daß „die zwei Supermächte" (Sowjetunion und USA) die „erste Welt" bilden. Die „zweite Welt" sind die imperialistischen Staaten Europas, Japan

mus" als einziger „Hauptfeind" behandelt wird, der US-Imperialismus hingegen als potentieller Verbündeter.

Generell geht die „Theorie der drei Welten" davon aus, daß „die zwei Supermächte" (Sowjetunion und USA) die „erste Welt" bilden. Die „zweite Welt" sind die imperialistischen Staaten Europas, Japan

und Australien. Die „dritte Welt" sind die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas . Die „Theorie der drei Welten" fordert die „zweite" und „dritte Welt" auf, sich gegen die „beiden Supermächte" zu verbünden. **Sie unterstützt vor allem den Zusammenschluß und die Aufrüstung der EG-Staaten gegen die angebliche Gefahr einer Aggression des „Sozialimperialismus". Faktisch läuft die „Theorie der drei Welten" darauf hinaus, sich angesichts einer wachsenden Weltkriegsgefahr auf die Seite des imperialistischen NATO-Blocks zu schlagen, dessen Kriegsvorbereitungen zu unterstützen und – soweit möglich – propagandistisch noch anzuheizen.** Zugleich unterstützt die „Theorie der drei Welten" in der „dritten Welt" die reaktionärsten Regimes, die sich mit dem Imperialismus verbünden und dadurch als Vorkämpfer gegen die Sowjetunion erscheinen.

Die Propaganda der neuen chinesischen Führung und ihrer internationalen Nachbeter behauptet, daß die „Theorie der drei Welten" von Mao Tse-tung s e l b s t entwickelt worden sei. Dies geht soweit, daß ganz allgemein nur von der „**Theorie des Vorsitzenden Mao von den drei Welten**" gesprochen wird. An dieser Behauptung hängt gleichzeitig die Berufung der gesamten chinesischen Außenpolitik auf Mao Tse-tung.

In der bisher ausführlichsten und umfassendsten Veröffentlichung zur „Theorie der drei Welten" - betitelt „**Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die drei Welten ist ein großer Beitrag zum Marxismus-Leninismus**", erschienen am 1.11.1977 - heißt es dazu beispielsweise: „**Vorsitzender Mao formulierte Linien und Prinzipien der chinesischen Außenpolitik und leitete ihre Anwendung**". In diesem Artikel wird am umfassendsten versucht, der sogenannten „Theorie der drei Welten" eine historische und politisch-ideologische Legitimation zu geben. Dennoch wird selbst in diesem Artikel n i c h t der Beweis für die Behauptung geführt, Mao Tse-tung habe die „Theorie der drei Welten" entwickelt oder habe auch nur irgendeinen entscheidenden Anteil an dieser Theorie!

Stattdessen wird in dem Artikel mit aus dem Zusammenhang gerissenen und dadurch verfälschten Zitaten der Eindruck erweckt, Mao Tse-tung habe f r ü h e r - also im Kampf gegen die japanischen Aggressoren oder in den 50er und 60er Jahren im Kampf gegen den US-Imperialismus - Anschauungen geäußert, die heute sozusagen logisch und konsequent zur „Theorie der drei Welten" f ü h r e n müßten. In genau derselben Weise arbeitet die Propaganda der neuen chinesischen Führung aber auch mit Zitaten von Lenin und Stalin, und sogar von Marx und Engels. Das heißt, mit einer tatsächlichen Autorenschaft Mao Tse-tungs an der „Theorie der drei Welten" haben diese historischen Zitate erst einmal nichts zu tun.

Interessanter ist es hingegen, von Zitaten zu hören, in denen Mao Tse-tung a u s d r ü c k l i c h die „Theorie der drei Welten" formuliert haben soll. Was dies angeht, ist aber selbst der Artikel vom 1.11.77,

Mao Tse-tungs an der „Theorie der drei Welten" haben diese historischen Zitate erst einmal nichts zu tun.

Interessanter ist es hingegen, von Zitaten zu hören, in denen Mao Tse-tung a u s d r ü c k l i c h die „Theorie der drei Welten" formuliert haben soll. Was dies angeht, ist aber selbst der Artikel vom 1.11.77,

also die zweifellos gewichtigste Veröffentlichung zu diesem Thema, nur als erbärmlich zu bezeichnen: Der gesamte Artikel von beträchtlicher Länge enthält nur fünf kleine Zitat-Stücke, die im Sinne der „Theorie der drei Welten" zu interpretieren sind. Es handelt sich bei diesen Zitat-Stücken um folgende:

1. „**Meiner Meinung nach bilden die USA und die Sowjetunion die erste Welt. Japan, Europa und Kanada, der mittlere Abschnitt, gehören zur zweiten Welt. Wir sind die dritte Welt.**" „**Die dritte Welt hat eine große Bevölkerung; mit Ausnahme von Japan gehört Asien zur dritten Welt, ganz Afrika gehört zur dritten Welt, und Lateinamerika ebenso.**" Mao soll dies in einem Gespräch mit *einem Führer eines Landes der dritten Welt*" gesagt haben, das er im Februar 1974 führte. Dies weist eindeutig auf den Staatschef von Sambia, Kaunda, der damals von Mao Tse-tung empfangen wurde. Wegen dieser Eindeutigkeit kann man vielleicht die Authentizität des Zitates voraussetzen. Nur: was b e w e i s t es?! Der zweite Teil des Zitats ist banal, und der erste Teil des Zitates enthält lediglich die Benennungen erste, zweite und dritte Welt, aber nicht den geringsten Hinweis auf eine sich daraus ergebende Strategie.

2. „**Die USA wollen ihre Interessen in der Welt schützen und die Sowjetunion will Expansion, daran ändert sich bestimmt nichts**". Dies soll Mao in einem Gespräch im Februar 1976 gesagt haben. Da dieser Hinweis nicht genauer bezeichnet ist, braucht dieses Zitat nicht authentisch zu sein.

3. „**Wir sollten diese Länder – wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland – für uns gewinnen**".

Dies soll Mao in einem gleichfalls nicht näher bezeichneten Gespräch bzw. Rede im Oktober 1970 gesagt haben. Auch hier ist also die Echtheit zweifelhaft. Abgesehen davon ist daran zu erinnern, daß die chinesische Führung 1970 noch davon ausging, den US-Imperialismus als „Hauptfeind der Menschheit" zu bezeichnen. Die Äußerung Mao's wäre also, falls echt, vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

4. „**Die Sowjetunion hat wilde Ambitionen. Sie möchte ihre Hände auf ganz Europa, Asien und Afrika legen**". Diese im Sinne der „Theorie der drei Welten" überhaupt weitestgehende der in dem Artikel behaupteten Äußerungen soll Mao in einem Gespräch mit einem westeuropäischen Staatsmann im September 1973 getan haben. Ähnlich soll er sich bei Gesprächen (offenbar gleichfalls mit westeuropäischen Staatsmännern) im November 1973 und im April 1975 geäußert haben. Das erste Datum bezieht sich auf den Besuch des (inzwischen verstorbenen) französischen Präsidenten Pompidou in China; das zweite Datum kann sich eigentlich nur auf den australischen Ministerpräsidenten beziehen (Mao empfing im November 1973 keinen westeuropäischen Politiker), und das dritte Datum bezieht sich auf den Besuch des belgischen Ministerpräsidenten.

Bedenkt man, daß Mao damals noch recht viele ausländische Politiker empfing, darunter auch viele aus Westeuropa, so mutet es seltsam an, daß nur auf diese d r e i Gespräche jetzt Bezug genommen werden soll. Die Äußerung Mao Tse-tungs, falls überhaupt echt, wird zudem relativiert, wenn man sie mit den gleichzeitigen Äußerungen Tschou En-lai's vergleicht. So sagte dieser laut



„Peking Rundschau" Nr. 37/1973 in seiner offiziellen Tischrede zu Ehren Pompidous: „*Wir sind der Meinung, daß alle Länder, die der Aggression und Bedrohung ausgesetzt sind, das Recht haben sollen, eigene Verteidigungsmittel zu besitzen, um ihre Unabhängigkeit zu sichern...*". „*Wir unterstützen auch die Völker der europäischen Länder darin, sich zusammenzuschließen, um ihre Souveränität und Unabhängigkeit zu verteidigen. Wir stimmen mit der Ansicht überein, daß die Sache der europäischen Einheit, wenn sie gut gemacht wird, zur Verbesserung der Situation in Europa und in der ganzen Welt beitragen kann*". Dergleichen scheint man immerhin selbst heute Mao noch nicht in den Mund legen zu wollen!...

5. „**Imperialismus gibt es in dieser Welt. Unserer Meinung nach kann Rußland als sozialimperialistisches Land bezeichnet werden, und dieses System bringt Krieg hervor. Nicht, daß ihr oder wir oder die dritte Welt einen Weltkrieg will. Auch die Völker der reichen Länder wollen keinen Weltkrieg. So etwas geschieht unabhängig vom Willen der Menschen**". Auch dies soll Mao in seinem Gespräch mit einem Staatsmann der dritten Welt im Februar 1974 gesagt haben, also vermutlich ebenfalls Kaunda.

Die Bestandsaufnahme zeigt, daß es also selbst nach den Maßstäben der heutigen chinesischen Führung nur außerordentlich wenige Äußerungen Mao Tse-tungs gibt, die sich überhaupt im Sinne der „Theorie der drei Welten" interpretieren lassen. Alle diese Äußerungen sind sehr kurz und behandeln nur jeweils e i n e n ganz bestimmten Punkt. Es sind also keine komplexeren Argumentationsketten. Alle zitierten Äußerungen beziehen sich zudem auf Gespräche, sind also letztlich nicht beweisbar. Aus den Äußerungen, nimmt man sie als echt, geht allenfalls hervor, daß Mao Tse-tung in den letzten Jahren seines Lebens T e i l a s p e k t e der „Theorie der drei Welten" für richtig gehalten und gesprächsweise zustimmend angesprochen haben könnte.. Keinesfalls aber geht aus diesen fünf Zitate-Stücken hervor, daß Mao Tse-tung die „Theorie der drei Welten" s e l b s t e n t w i c k e l t hätte. Ganz im Gegenteil: Gerade die Tatsache, daß nur diese fünf Zitat-Stücke von der neuen chinesischen Führung als e i n z i g e r „Beweis" für die angebliche Autorenschaft Mao Tse-tungs an der „Theorie der drei Welten" angeführt werden, beweist das Fehlen q u a l i f i z i e r t e r e r Äußerungen, wie sie nun einmal zu einer Theorie-Bildung gehören. **H ä t t e Mao Tse-tung wirklich die „Theorie der drei Welten" selbst entwickelt, so müßte es doch irgendwelche Schriftstücke, Aufzeichnungen, Analysen usw. geben, die man jetzt vorweisen könnte?!**

Mao und der „Sozialfaschismus"

Ähnlich verhält es sich auch mit der berüchtigten, Mao Tse-tung beharrlich zugeschriebenen Äußerung, die zur Standardausrüstung aller Angriffe auf den „Sozialimperialismus" gehört: „**Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers**". Dieses angebliche Zitat wurde erstmals veröffentlicht in dem Artikel „Leninismus oder Sozialimperialismus", 1970. Die Verfasser behaupteten in diesem Artikel, Mao habe die betreffende Äußerung bereits 1964 in einem Gespräch von sich gegeben – und sie gaben sogar das exakte Datum an, wann dieses Gespräch stattgefunden haben soll: am 11.Mai 1964. Was das für ein Gespräch gewesen sein soll, in welchem Zusammenhang die angebliche Äußerung gefallen sein soll, wurde allerdings nicht mitgeteilt. Ebenso wenig wurde jemals erklärt, warum diese angebliche Äußerung so lange – rund sechs Jahre lang! – nicht veröffentlicht worden war. Sollten etwa außenpolitische Skrupel dabei eine Rolle gespielt haben? Aber dann hätte man doch spätestens nach den bewaffneten Zwischenfällen an der chinesisch-sowjetischen Grenze im Frühjahr 1969 (Ussuri) die angebliche Äußerung veröffentlichen können?

Es paßt überhaupt nicht zu den bekannten historischen Tatsachen, daß Mao Tse-tung am 11. Mai 1964 die Sowjetunion als „**Diktatur von der Art Hitlers**" bezeichnet haben soll. Denn noch im November 1964 schickte die KP Chinas ein von Mao Tse-tung mitunterzeichnetes Grußtelegramm an die KPdSU-Führung worin es hieß: „*Das chinesische Volk hofft aufrichtig, daß sich die beiden Parteien, die beiden Länder und die beiden großen Völker Chinas und der Sowjetunion auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ... fest zusammenschließen, um gegen unseren gemeinsamen Feind zu kämpfen und unsere gemeinsame Sache zu fördern*" (5.11.64, zit. nach „Peking Rundschau", Nr. 9/1964).

Auch die „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", die Texte von Juni 1963 bis November 1964 enthält, und hier speziell der dafür relevanteste Text, „*Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt*" (14.7.64), kommt in ihren Analysen ganz eindeutig nicht zur Schlußfolgerung, die Sowjetunion sei eine „Diktatur von der Art Hitlers".

Geht man der Sache weiter nach, so fällt auch unangenehm auf, daß von Mao's angeblichem Gespräch am 11.5.64 immer nur der e i n e Satz zitiert wird. Hat Mao denn nichts weiter dazu gesagt? Hat er eine derart schwerwiegende These nicht irgendwie begründet? Während des angeblichen Gesprächs oder zu irgendeinem anderen früheren oder späteren Zeitpunkt?!...

Tatsächlich stützt sich bis heute die Behauptung, Mao habe die Sowjetunion als „sozialfaschistisch" eingeschätzt, nur auf dieses eine und einzige Zitat! Man müßte demzufolge annehmen, Mao habe diese These ohne vorhergehende Analyse in Form eines weisen Statements von sich gegeben (vielleicht überkam's ihn grad beim Verdauungsspaziergang nach dem Abendessen?) und er habe es auch später nicht der Mühe für wert befunden, für diese These eine Begründung nachzuliefern.

Alles, was man ansonsten weiß, spricht dagegen, daß Mao derart unwissenschaftlich verfahren sein könnte. Alles deutet vielmehr darauf hin, daß schon Jahre vor Mao Tse-tungs Tod dessen Analysen und Schlußfolgerungen nicht mehr der Partei oder gar dem Volk vermittelt wurden, sondern daß nur einzelne gerade brauchbare Brocken, ergänzt mit Fälschungen und Erfindungen, durch den Filter dieser oder jener Fraktion weitergegeben wurden.

Mao und die „Viererbande"

Bei ihren Kampagnen gegen die „Viererbande" (mittlerweile ist schon die dritte Kampagne im wesentlichen gelaufen) ist die neue chinesische Führung ganz besonders bemüht, sich mit angeblichen Mao-Sprüchen eine scheinbare

Mao und die „Viererbande"

Bei ihren Kampagnen gegen die „Viererbande" (mittlerweile ist schon die dritte Kampagne im wesentlichen gelaufen) ist die neue chinesische Führung ganz besonders bemüht, sich mit angeblichen Mao-Sprüchen eine scheinbare

Legitimation zu schaffen: Mao Tse-tung habe den Vieren „schon immer" mißtraut, er habe Hua „eigenhändig" zu seinem Nachfolger bestimmt usw.

Auch hier kann eine Bilanz der von der neuen chinesischen Führung seit dem Putsch veröffentlichten angeblichen Mao-Zitate Klarheit über den zweifelhaften Wert solcher Behauptungen schaffen:

– „*Es ist besser, wenn ich dich nicht sehe. Du hast nicht viel von dem durchgeführt, was ich dir in der Vergangenheit jahrelang gesagt habe. Was bringt es, dich noch öfter zu sehen? Es gibt die marxistisch-leninistischen Werke und meine Werke, aber du studierst sie überhaupt nicht.*" (angebl. am 20.3.74 als Mitteilung an seine Frau Djiang Tjing).

– „*Ihr müßt aufpassen; bildet nicht eine Fraktion von vier Leuten*" (angebl. am 17.7.74).

– „*Bildet keine Fraktion; wer das macht, wird straucheln*" (angebl. am 24.12.74).

– „*Djiang Tjing hat ein machtgieriges Herz. Sie will, daß Wan Hung-wen Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wird, sie selbst aber Vorsitzende des ZK der Partei*". (angebl. im Dezember 1974).

– „*Wenn dieses Problem nicht in der ersten Hälfte dieses Jahres gelöst wird, dann eben in der zweiten Hälfte; wenn nicht dieses Jahr, so nächstes Jahr; wenn nicht im nächsten Jahr, so im Jahr darauf*". (angebl. am ?.5.75).

– „*Ihr sollt keine Viererbande bilden, laßt das sein. Warum macht ihr in dieser Weise weiter? Warum schließt ihr euch nicht mit den mehr als 200 Mitgliedern des ZK zusammen? Es ist nicht gut, in einem kleinen Kreis von nur wenigen Leuten zu bleiben. Das ist noch niemals gut gewesen*". (angebl. am 3.5.75).

Weitere angebliche Äußerungen Mao Tse-tungs, die nach dem Putsch vom 6.10.76 veröffentlicht wurden, beziehen sich auf zwei konkrete Konflikte: 1. Mao habe die These der „Viererbande" kritisiert, daß derzeit der Empirismus die ideologische Hauptgefahr in China sei. (Empirismus = Überbewertung der Praxis und Geringschätzung der Theorie). 2. Mao habe die „Viererbande" kritisiert, weil sie den Film „Pioniere" abgelehnt habe. Beide Konflikte sollen sich 1975 zugetragen haben. Die angeblichen Zitate lauten:

Zu 1): „*Es gibt nicht viele in unserer Partei, die den Marxismus-Leninismus wirklich verstanden haben. Einige bilden sich ein, den Marxismus-Leninismus verstanden zu haben, in Wirklichkeit haben sie nur wenig verstanden. Sie glauben, immer, im Recht zu sein und anderen bei jeder Gelegenheit Lektionen erteilen zu müssen. Dies ist selbst auch ein Ausdruck mangelnden Verständnisses des Marxismus-Leninismus*".

– „*Meiner Meinung nach sind die Kritiker des Empirismus selbst Empiriker*".

– „*Die Formulierung müßte doch wohl so lauten: Bekämpft den Revisionismus; das schließt den Kampf gegen den Empirismus und gegen den Dogmatismus in sich ein. Beide revidieren den Marxismus-Leninismus. Man sollte nicht nur das eine erwähnen und das andere auslassen*" (alle drei Zitate angebl. am 23.4.75).

Zu 2): „*In diesem Film findet sich kein großer Fehler. Ich schlage vor, ihn für die Aufführung freizugeben. Man sollte nicht spitzfindig herumkritteln. Und gar zehn Anschuldigungen gegen ihn zu erheben, das geht zu weit. Es ist ungünstig für die Regulierung der Literatur- und Kunstpolitik in der Partei*". (angebl. am 25.7.75).

Selbst wenn man alle diese, erst
n 25.7.75).

Selbst wenn man alle diese, erst nach dem Tode Mao's und dem Putsch vom 6.10.76 veröffentlichten angeblichen Äußerungen für echt hält, so ergibt das ein Bild, das nicht annähernd d e m entspricht, das die neue chinesische Führung seit dem Putsch zu malen versucht: Aus diesen Zitaten läßt sich allenfalls herleiten, daß Mao seit 1974 die „Viererbande" vor Fraktionismus warnte, daß er (aus Gründen, die nicht inhaltlich belegt werden!) zu dieser Zeit eine gespannte Beziehung zu seiner Frau Djiang Tjing hatte, und daß er 1975 in zwei bestimmten Fragen anderer Meinung war als die Vier. Inhaltlich zweifellos eine armselige Bilanz, zumal wenn man sie an den offiziellen Vorwürfen mißt, die „Viererbande" habe schon in der Kulturrevolution (1966-69) alle möglichen Verbrechen begangen.

Daß die e r s t e n der angeblichen Zitate Mao Tse-tungs gegen die „Viererbande" erst aus dem Jahre 1974 stammen, es also offensichtlich selbst aus der Sicht der gewiß nicht von Skrupeln geplagten neuen Machthaber kein verwendbares früheres Zitat zu diesem Thema gibt, steht in totalem Widerspruch zu den ständig wiederholten Behauptungen: „*Während der großen Kulturrevolution kritisierte Mao bei vielen Gelegenheiten Lin Biao und die Viererbande sehr scharf*" („hsinhua", 19.1.78, zit. nach „SWB", 26.1.78). „*Schon zu der Zeit, als die große Kulturrevolution auf ihrem Höhepunkt war, übt Vorsitzender Mao intensive Kritik an den reaktionären Vorstellungen Lin Biaos und der Viererbande.*" „*Während der großen Kulturrevolution, als Vorsitzender Mao uns bei der Zerschlagung von Liu Schao-tschis revisionistischer Linie führte, war er ständig höchst wachsam gegen die pseudolinke, in Wirklichkeit rechtsrevisionistische Linie der Viererbande*". (Artikel der Armee-Zeitung vom 19.1.78, zit. nach „hsinhua" vom 19.1. und „SWB" vom 23.1.).

Wo sind die B e w e i s e für diese Behauptungen?! Offenbar g i b t es diese Beweise nicht, weil Mao Tse-tung in Wirklichkeit während der Kulturrevolution in den wesentlichen Fragen mit der „Viererbande" etc. übereinstimmte! Dasselbe gilt für die Behauptung, Mao habe Lin Biao während der Kulturrevolution „heftig kritisiert": n i c h t s ist zu dieser Behauptung bisher konkret vorgelegt worden!

Ein Blick auf die historischen T a t s a c h e n zeigt, daß nacheinander Mao Tse-tungs langjähriger enger Vertrauter und Privatsekretär Tschen Bo-da (September 1970) und sein „engster Waffengefährte" und nominierter Nachfolger Lin Biao (September 1971) ausgeschaltet wurden, ohne daß es hierzu wirklich glaubwürdige und fundierte Äusserungen des Genossen Mao gibt.

Diese Entwicklung scheint sich mit der Ausschaltung der „Viererbande" und dem Putsch vom 6.10.76 fortzusetzen. Es gibt klare Beweise, daß die „Viererbande" zumindest während der Großen Proletarischen Kulturrevolution und selbst noch 1975 – als Mao Tse-tung über die Vier die Kampagne „ gegen das bürgerliche Recht" in Gang setzte, das Vertrauen Maos hatte. Djiang Tjing beispielsweise trat während der Kulturrevolution stets als Sprachrohr Mao-Tse-tungs auf, offenbar unwidersprochen. Es gibt hierzu – soweit bisher bekannt geworden – auch keine nachträgliche Kritik von Mao. Yao Wen-yüan wurde von Mao Tse-tung sehr gefördert, er schrieb vor allem in den Anfängen der Kulturrevolution verschiedene zentrale Artikel zur Auseinandersetzung mit den Rechten, deren Veröffentlichung gegen den zähen Widerstand der Anhänger Liu Schao-tschi's danach überhaupt nur mit direkter Unterstutzung Maos möglich war. Heute wird er pauschal als „Clown-Schreiber" angegriffen.. Auch Wang Hung-wen, der Jüngste der „Viererbande", hatte nach allen bekannt gewordenen Tatsachen das besondere Vertrauen Mao Tse-tungs. Auf dem X. Parteitag (August 1973) wurde er gleich zum ersten der Stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

Auf dem IX. Parteitag (April 1969) hatte er noch nicht einmal dem Politbüro angehört!

Wenn heute beharrlich behauptet wird, die „Viererbande" habe sich während der Kulturrevolution den „strategischen Plänen" Mao Tse-tungs widersetzt, sie gestört und untergraben, so ist beispielsweise auch an folgende Feststellung aus dem Kommunique der Erweiterten 12.Plenartagung des VIII. ZK der KP Chinas vom 31.10.1968 zu erinnern: „ **Die Gruppe für die Kulturrevolution beim Zentralkomitee hat im Kampf für die Durchführung der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao eine wichtige Rolle gespielt**" (zit. nach „Wichtige Dokumente der Grossen Proletari-

Rolle gespielt" (zit. nach „Wichtige Dokumente der Grossen Proletari-

schen Kulturrevolution", Peking 1970, S. 203).

Leiter dieser Arbeitsgruppe des ZK war Tschen Bo-da (ausgeschaltet im September 1970, wird heute in enge Verbindung zur „Viererbande" gebracht). Erste Stellvertretende Leiterin der Arbeitsgruppe war Djiang Tjing. Dschang Tschun-tjiao („Viererbande") war einer der Stellvetretenden Leiter der Gruppe, Yao Wen-yüan (ebenfalls „Viererbande") war Mitglied der Arbeitsgruppe. Drei Mitglieder der Arbeitsgruppe (Wang Li, Guan Feng und Tji Ben-yü) wurden als angebliche „Ultralinke" schon im Herbst 1967 ausgeschaltet; das e i n z i g e namentlich bekannte Mitglied der Gruppe für die Kulturrevolution, das n i c h t im Laufe der Jahre ausgeschaltet wurde, ist der vor einigen Jahren verstorbene Kang Scheng.

Feststellbar ist außerdem (beispielsweise anhand der Namenslisten in der „Peking Rundschau"), daß Djiang Tjing, Dschang Tschun-tjiao und Yao Wen-yüan gerade zwischen Oktober und November 1967 einen „großen Sprung nach vorn" in der offiziellen Partei-Hierarchie machten. Dies wäre mit der heutigen Behauptung zu konfrontieren, die „Viererbande" sei hauptverantwortlich für die heute als „ultralinks" verurteilten Vorgänge vom Sommer und Frühherbst 1967.

Die heutige Version über die Rolle der „Viererbande" (bzw. von Djiang, Dschang und Yao) während der Großen Proletarischen Kulturrevolution steht im Widerspruch zu allen bisher bekannten historischen Tatsachen. Diesen Widerspruch haben die neuen chinesischen Machthaber wohlweislich nicht erklärt.

Eine solche Erklärung könnte nämlich allenfalls lauten, daß Mao Tse-tung und die Mehrheit von Politbüro und ZK der KP Chinas zu jener Zeit der „Viererbande" auf den Leim gegangen seien. Eine solche Erklärung würde freilich speziell auf Mao Tse-tung ein sehr trauriges Licht werfen – und dafür hält die neue Führung offenbar die Zeit noch nicht für reif. Denn noch will sie selbst von der ungetrübten Autorität Mao Tse-tungs zur Legitimierung ihrer eigenen Politik profitieren.

Mao und der „Wind von rechts"

Besonders schwer tut sich die neue chinesische Führung mit den Äußerungen Mao Tse-Tungs gegen Deng Hsiao-ping, die während des „Kampfes gegen den Wind von rechts" (Winter/Frühjahr 1976) veröffentlicht wurden.

Diese Äußerungen erschienen stückchenweise und mit relativ langen Abständen in der zentralen chinesischen Presse. Im Einzelnen lauten sie:

– „*Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider*". Gemeint ist vor allem die Einschätzung der Kulturrevolution und deren Ergebnisse

– „*Was soll das ,die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten'? – Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab*". – Die „drei Weisungen" waren eine Parole Deng Hsiao-pings, wobei verschiedene „Weisungen" Mao Tse-tungs in einer Weise zusammengestellt wurden, die den Klassenkampf als e i n e s unter mehreren Prinzipien, nicht aber als das w i c h t i g s t e , erscheinen ließ.

– „*Dieser Mensch* (Deng Hsiao-ping – Anm. AK) *packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ,weiße Katze – schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied*". Das bezieht sich darauf, daß Deng um 1960 die Parole aufbrachte: „Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse!" Gemeint war damit, daß man ruhig kleinbürgerliche und kapitalistische Tendenzen unter den Bauern fördern sollte, weil sie zur Steigerung der wirtschaftlichen Ergebnisse führen würden. Es ging dabei vor allem um den Versuch, die Bildung landwirtschaftlicher Kommunen zurückzudrehen.

– „*Er* (gemeint ist wieder Deng – Anm. AK) *begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie. Er sagt, er werde ,das gefällte Urteil nicht umstoßen', darauf kann man nichts geben*".

– „*Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie selbst. Während der Vergenossenschaftlichung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg immer noch*".

Der Gedanke liegt sehr nahe, die-
se nacheinander veröffentlichten

Der Gedanke liegt sehr nahe, diese nacheinander veröffentlichten Stückchen als Teile e i n e s Ganzen – einer Rede, eines Artikels, einer Aufzeichnung – des Genossen Mao zu sehen. Jedenfalls ist es sehr unwahrscheinlich, daß die stückchenweise und auseinandergezogene Veröffentlichung der einzelnen Zitate wirklich darauf zurückzuführen sein sollte, daß Mao sich nur in einzelnen Sätzen und mit großen Abständen geäußert haben sollte.

Wenn man dies als richtig anerkennt, so ergibt sich als nächste Schlußfolgerung, daß es (schon zu dem Zeitpunkt, wo das erste Zitat veröffentlicht wurde) einen zusammenhängenden Text des Genossen Mao gegeben haben m u ß , der aus bestimmten Gründen zerhackt und Stück um Stück „serviert" wurde. Taktische Überlegungen dürften dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Widersprüche innerhalb des Parteiapparats, insbesondere innerhalb der Partei-Spitze.

Es ist kaum verwunderlich, daß die neue chinesische Führung, die die Gruppe um Deng Hsiao-ping vollständig integriert hat, diese Zitate überhaupt nicht erwähnt, während sie doch auf der anderen Seite ständig mit neuen, bisher gar nicht veröffentlichten angeblichen Mao-Zitaten aufwartet. Freilich hat die neue Führung auch nicht erklärt, daß diese Zitate gar keine seien, sondern nur eine Fälschung! Echt dürften sie also sein! Nur e r w ä h n t werden dürfen sie heute nicht! Denn aus den Zitaten geht eindeutig hervor, daß Mao nicht nur Deng Hsiao-ping scharf kritisiert hat, sondern daß er zudem davor gewarnt hat, dessen Versprechungen, „das gefällte Urteil nicht umzustoßen" (also letzlich dessen Selbstkritik) zu glauben.

Mit s o l c h e n Zitaten kann man natürlich heute nichts anfangen... Ebenso wie mit dem „**Beschluß des ZK der KP Chinas über die Enthebung Deng-Hsiao-pings von allen Ämtern innerhalb und außerhalb der Partei**" vom 7.4.76. Dieser Beschluß lautet im vollen Wortlaut: „*Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas hat den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen* (oho!! – Anm. AK) *Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben, ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft beizubehalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält.*"

Es liegt auf der Hand, daß diese Resolution einen K o m p r o m i ß ausdrückt zwischen denjenigen, die Deng vollständig aus der Partei ausschließen wollten, und denjenigen, die ihm noch eine Hintertür offenhalten wollten.

Tatsache ist jedenfalls, daß von dieser Resolution heute nicht mehr gesprochen wird, daß ihre bloße Erwähnung sorgfältig umgangen wird. Logisch, denn es könnten an dieser Frage Widersprüche innerhalb des derzeitigen Führungsblocks aufbrechen. Schließlich haben ja die Mitglieder dieses Blocks mehrheitlich der damaligen Verurteilung Deng Hsiao-pings zugestimmt! Zusätzlich peinlich ist, daß diese Resolution auf derselben Sitzung des Politbüros gefaßt wurde, auf der auch die Ernennung von Hua Guo-feng zum Ministerpräsidenten beschlossen wurde!

Mao – ein Gefangener des Parteiapparats?

Mao hat seine letzte veröffentlichte Rede 1962 oder 1963 gehalten. Zu dieser Zeit sind auch seine letzten veröffentlichten schriftlichen Arbeiten abgefaßt. Nach dieser Zeit sind von Mao nur noch sehr kurze Stellungnahmen zu Brennpunkten des antiimperialistischen Kampfes sowie eine Fülle einzelner Sätze (sogenannte „Weisungen") veröffentlicht worden. Die überhaupt letzte veröffentlichte Erklärung Maos stammt von 1970, nach dem Überfall der US-Imperialisten auf Kambodscha. In den folgenden gut sechs Jahren bis zu seinem Tod ist von Mao nichts mehr veröffentlicht worden als einzelne Zitate! Eine Reihe von Reden, die er offenbar noch bei verschiedenen Anlässen gehalten hat (Parteitage, ZK-Sitzungen u.ä) sind bis heute nicht veröffentlicht worden. Daß die Zitate (oder angebliche Zitate?) oft erst mit großer Verspätung veröffentlicht wurden, rundet das Bild ab. Aber in demselben Ausmaß, wie immer weniger von Maos wirklichen Denken an die Öffentlichkeit drang, wurde der Kult um die „Mao-Tse-tung-Ideen" intensiviert. Das nahm so lächerliche Formen an, daß irgendwelche teilweise ziemlich banalen Sätze Maos mit großem Brimborium als „Jüngste Weisung" veröffentlicht wurden, daß sie als „sehr wichtig", als „brilliant und tiefschürfend" gepriesen wurden usw. Mit den nach dem Putsch veröffentlichten läppischen (angeblichen) Bemerkungen Maos zur „Viererbande" („Bildet keine Fraktionen..." usw.), bei gleichzeitigem Fehlen jeder analytischen Äußerungen Maos zu dieser Frage, hat diese Verhöhnung Mao Tse-tungs einen Höhepunkt erreicht. Das von Hua als Beglaubigungsschreiben präsentierte berühmte Papierchen („Mit dir im Amt bin ich unbesorgt") ist auch von dieser Art.

Bei all dem fällt auch noch auf, daß Mao, der immerhin bis 1970 noch außenpolitische Stellungnahmen verfaßte – wenn auch sehr kurze – offenbar n i c h t s zur Politik der Sowjetunion geschrieben hat. Dabei hätte es doch Anlässe gegeben, wie die Besetzung der CSSR (1968) oder die bewaffneten Zwischenfälle am Ussuri (1969).

Mao Tse-tung ist in der Geschichte der KP Chinas und der Volksrepublik kaum je der unumschränkte Machthaber gewesen, als der er manchmal gesehen wurde. Daß er mit seinen Positionen in die Minderheit gedrängt war und gegen die Mehrheit ankämpfen mußte, hat sich wiederholt ereignet. So war ja auch die Kulturrevolution ein Versuch, die Gruppe um Liu Schao-tschi durch Mobilisierung der Massen von der Macht zu verdrängen. Im Grunde ist dieser Versuch als gescheitert zu werten, weil er die p o l i t i s c h e Ausschaltung Mao Tse-tungs – als Mensch, der sich in Wort und Schrift an das chinesische Volk und an die fortschrittlichen Kräfte der Welt wenden konnte, nicht verhindert hat.

(Dieser Artikel wird fortgesetzt.)

Leserbrief zum Artikel

Leserbrief zum Artikel »Stalinismus contra Maoismus?«

Der Artikel ist, verglichen mit früheren Aussagen des KB zum Stalinismus, tendenziell ein Fortschritt. Immerhin hieß es in einer älteren Ausgabe von „Unser Weg" noch, Chruschtschow habe „Verleumdung Stalins" (!) betrieben. In der SALZ-Grundschulung wurde ein umfangreicher Hodscha-Text geschult.

Der Artikel in AK 125 unterscheidet sich aber in der Einschätzung der Partei der Arbeit Albaniens auch wesentlich von dem Artikel „Albanien und ein Sack voll Flöhe" im AK 95 (12.12.1976). Dort heißt es, die PdAA hätte sich „e h e r an den ‚Lehren' Stalins orientiert"; die Kämpfe zweier Linien in der PdAA hätten „ i n d e n l e t z t e n J a h r e n . . . e h e r die Form der berüchtigten Moskauer Prozesse der 30er Jahre angenommen".

Demgegenüber steht im AK 125, die PdAA hätte „ s t e t s die geradezu klassische ‚stalinistische' Methode angewandt — die Liquidierung widerstrebender Auffassungen, einschließlich der physischen Liquidierung". Nach dieser verstärkten Kritik des KB am albanischen Neostalinismus stellt sich allerdings die Frage: Wie kann ein Land „sozialistisch" sein, in dem die Wahrnehmung elementarer demokratischer Rechte (Kritik) zur „physischen Liquidierung" führen kann? Das Fehlen demokratischer Rechte und Repression gegen jeden Kritiker der herrschenden Zustände in den RGW-Ländern ist doch wohl auch der deutlichste Beweis, daß dort von Sozialismus bzw. Demokratie keine Rede sein kann.

In der Albanien-Broschüre des KB „wundern" (?!) sich die Verfasser darüber, daß in den albanischen Betrieben „nur sehr wenige wirklich kritische Blitzblätter hingen" (Albanien-Broschüre des KB S. 13).

In der Broschüre wird weiter erwähnt, daß Abtreibung in Albanien verboten ist (S. 19) und daß albanische „Kommunisten" erklärten, „Sexualität gibt es in Albanien nicht" oder „voreheliche sexuelle Beziehungen verstoßen gegen die sozialistische Moral" (ebenda).

Daß in Albanien „Sozialismus" herrscht, konnte in der Broschüre nur durch Zahlen und Fakten über den wirtschaftlichen Aufbau des Landes „bewiesen" werden. Es ist doch kein Zufall, daß der Artikel über die albanische Verfassung („eine Verfassung, die das Volk gemacht hat") im „Roten Morgen" Nr. 1 vom 7.1.1977 außer platten Phrasen nicht einen einzigen konkreten Beleg enthält, wie die „Volksherrschaft" denn nun aussieht. Stattdessen hebt der „Rote Morgen" „Steuerfreiheit", kostenlose medizinische Versorgung und „Recht auf Arbeit" (!) hervor. Genauso beweist die DKP, daß in der DDR und den anderen RGW-Ländern „Sozialismus herrscht". Für Jugendliche in Albanien wie für Besucher des Landes ist es Vorschrift (!), kurze Haare zu tragen. Die KPD/ML hat ihre Mitglieder durch Erlaß (!) ebenfalls dazu verpflichtet. In seine rRede auf dem „Jugendkongress der Roten Garde", 30./31. August 1975 in Offenbach, lobte „ML"-Chef Aust die „strikte Einhaltung" der Haartracht-Vorschrift in Albanien: „Jeder Liberalismus wäre hier fehl am Platze und äußerst gefährlich". In seiner Rede zog Aust zur Begründung dieser hanebüchenen Vorschriften alle Register der Demagogie: Lange Haare seien ein Angriff auf die Diktatur des Proletariats, „kleinbürgerlicher Individualismus" usw. Aust setzte lange Haare mit „Bandenkriminalität, Rauschgift und religiösem Aberglauben" gleich. (Zitate aus: „Die Rote Garde" Sondernummer 1975).

Dies dürfte wohl ein interessanter Einblick in das sein, was sich die albanischen Jugendlichen gefallen lassen müssen. Es ist übrigens auch nicht bekannt, daß der albanische Jugendverband gegen „Haarerlaß" und Sexualitätsfeindlichkeit einmal etwas unternommen hätte.

Auch die Art, w i e die „Auseinandersetzung um die Theorie der 3 Welten" in Albanien gelaufen ist bzw. läuft, ist bezeichnend. „Zeri i Popullit", Zentralorgan der PdAA veröffentlichte z.B. am 7. Juli 1977 eine 2 große Seiten (also die Hälfte der Zeitung) umfassende Polemik gegen die 3-Welten-Theorie, ohne auch nur ein einziges Zitat oder einen Originaltext von Vertretern der 3-Welten-Theorie abzudrucken. Radio Tirana verfuhr genauso. Eine wirkliche Diskussion findet so natürlich nicht statt. Das führte dazu, daß selbst ein langjähriger „Hodscha-Fan" wie der Chef der sogenannten „KP Polens" die Koffer packte und nach Peking stiften ging.

Man muß sich doch überlegen, w a r u m die PdAA eine „überhebliche, ignorante Haltung gegenüber Organisationen wie MIR, Lotta Continua, MES etc." einnimmt (Zitat aus AK 95, „Albanien und ein Sack von Flöhe").

Ein Diktator wie Hodscha kann als Bruderparteien keine kritischen linken Organisationen gebrauchen, sondern nur sklavische Nachbeter wie die KPD/ML.

Was Hodscha mit „trotzkistischen Schrotthaufen" (Originalton „ML") wie MIR, MES, KB usw. machen würde, wenn er könnte, sagen KPD/ML und KBW recht deutlich: „Strick oder Kugel", „10 Jahre Bergwerk", „Aufhängen".

Daß die PdAA e i n s t bei der Befreiung Albaniens vom Faschismus eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist eine Sache — was h e u t e daraus geworden ist, eine andere.

Es ist doch wohl klar, daß jemand, der Albanien als Beispiel für Sozialismus anpreist, gerade bei fortschrittlichen Jugendlichen genauso wenig ein Bein auf den Boden bekommt, wie jemand, der die DDR oder die anderen RGW-Länder als Vorbild hinstellt.

Ein AK-Leser aus dem Raum Hamburg

Nachtrag zum Artikel »Anmerkungen zum Außenhandel der VR China« (AK 125)

1. Im AK 125 wird die Frage untersucht, ob und in welchem Ausmaß auch die VR China Atomkraftwerke bauen will. Hierzu gibt es inzwischen weitere Hinweise:

— Fang Yi, Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, soll laut »Frankfurter Rundschau« vom 30.3.78 auf einer Wirtschaftskonferenz erklärt haben, China setze *»in starkem Maße auf den Ausbau von Kernkraftwerken«*.

— Hua Guo-feng sagte in seiner Rede auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 26.2.78: *»Wir müssen die neuen Zweige von Wissenschaft und Technik entwickeln, Atomkraftwerke bauen ...«*. Und an anderer Stelle: *»Die moderne Wissenschaft und Technik, gekennzeichnet hauptsächlich durch die Nutzung der Atomenergie, die Entwicklung von Elektronenrechnern und die Weltraumforschung ...«* (zit. aus »Peking Rundschau«, Nr. 10/78, S. 30). Exakt dieselbe Passage, also auch mit dieser Rangordnung oder Reihenfolge, fand sich auch schon im Bericht Fang Yi's auf der 7. erweiterten Sitzung des Ständigen Ausschusses des IV. Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, am 27.12.77 (»hsinhua«, 29.12.77, laut SWB; 5.1.78).

2. Im Artikel wurde gefragt, ob und inwieweit die VR China sich durch die Entwicklung ihres Außenhandels, speziell durch den Import »westlicher« Technologien, fertiger Fabriken etc. abhängig macht. Diese Frage wurde im Artikel verneint. Dabei wurde jedoch zumindest der Fehler gemacht, diese Frage n u r ökonomisch zu sehen, den p o l i t i s c h e n Hintergrund aber auszulassen. Generell läßt sich feststellen, daß die Imperialisten den Export fertiger Fabriken, kompletter Maschinenparks, von technischem »know how« usw. nicht um jeden Preis betreiben, sondern auch nach politischen Kriterien vorgehen. Die ganze Entwicklung des »Osthandels« ist dafür ein Beispiel: Erst in einer Situation vorgeblicher »Entspannung« und nennenswerter Zugeständnisse der revisionistischen Länder, sowie von »Aufweichungserscheinungen« in diesen Ländern, kam auch der »Osthandel« erst richtig in Schwung. Auch die VR China konnte den Import vollständiger Fabriken usw. erst beginnen (1972/73), nachdem zuvor eine deutliche Rechtswendung in der Außenpolitik vollzogen war. Erst recht gilt das, wenn die VR China heute Lizenzverträge für den Bau beispielsweise von MBB-Hubschraubern abschließt, um diese dann in China selbst nachzubauen und sie womöglich in ein paar Jahren sogar zu billigeren Preisen zu exportieren. Bei einem solchen Vertrag ist das rein ö k o n o m i s c h e Interesse der Imerialisten sehr gering, zumal sie langfristig damit rechnen müssen, daß der Schaden durch chinesische Konkurrenz auf dem Weltmarkt erheblich größer sein wird als der ohnehin nicht große Gewinn aus einem Lizenzvertrag und der Lieferung von ein paar Hubschraubern als Modell. Hier dürfte die P o l i t i k eine erheblich größere Rolle spielen, als rein wirtschaftliche Überlegungen — in diesem Fall also die enge Verbindung MBB-Rüstungsindustrie-Strauß.

Es wäre, kurz gesagt, unvorstellbar, daß die VR China ein solches Abkommen mit MBB hätte schließen können, wenn dahinter nicht die ganze außenpolitische Kumpanei mit Strauß und ähnlich »wachsamen« imperialistischen Politikern stünde.

Es gibt hierfür weitere Beispiele: Die VR China bemüht sich um Computer aus den USA. Diese Computer gehören zu den sogenannten »strategischen Gütern«, die in «Ostblockländer« nur mit besonderer Genehmigung der US-Regierung geliefert werden dürfen. In die Sowjetunion und die anderen Länder des RGW dürfen diese Computer nicht exportiert werden. Die VR China hingegen scheint Chancen zu haben, daß eine Ausnahmegenehmigung erteilt wird. Das wäre ohne die vorausgegangene reaktionäre Entwicklung der chinesischen Außenpolitik nicht denkbar.

Auch beim Handel der VR China mit der EG spielt die Zustimmung des US-Imperialismus eine große Rolle: Zum Teil handelt es sich um Produkte, die in US-Lizenz hergestellt werden (dies spielt z. B. bei den Verhandlungen über eine mögliche Lieferung französischer AKW's an China eine Rolle), zum Teil sind es »strategische Güter«, deren Export von der Zustimmung der NATO, speziell der USA, abhängt. Insofern ist klar, daß Chinas Möglichkeit, solche Güter zu importieren, nicht nur von ihrer außenpolitischen Kumpanei mit der EG (»2. Welt«) abhängt, sondern auch von ihrem Wohlverhalten gegenüber dem US-Imperialismus (»Supermacht«).

Insofern müßte man wohl sagen, daß die Entwicklung des chinesischen Außenhandels, jedenfalls soweit es den Import von Fabrikanlagen, Flugzeugen und Hubschraubern, demnächst vielleicht AKW's und Waffensystemen, angeht, tatsächlich zumindest p o l i t i s c h e Abhängigkeiten zwingend v o r a u s s e t z t.

ökonomisch zu sehen, den p o l i t i s c h e n Hintergrund aber auszulassen. Generell läßt sich feststellen, daß die Imperialisten den Export fertiger Fabriken, kompletter Maschinenparks, von technischem »know how« usw. nicht um jeden Preis betreiben, sondern auch nach politischen Kriterien vorgehen. Die ganze Entwicklung des »Osthandels« ist dafür ein Beispiel: Erst in einer

puter gehören zu den sogenannten »strategischen Gütern«, die in «Ostblockländer« nur mit besonderer Genehmigung der US-Regierung geliefert werden dürfen. In die Sowjetunion und die anderen Länder des RGW dürfen diese Computer nicht exportiert werden. Die VR China hingegen scheint Chancen zu haben, daß eine Ausnahmegenehmigung erteilt wird. Das wäre ohne die vorausgegangene

Chinesische Atom-Experten besuchen Frankreich

Die chinesische Nachrichtenagentur „hsinhua" meldete am 8.3.78 :

„Das chinesische AKW-Studien-Kollektiv hat Frankreich am 8. März verlassen. Die Gruppe stand unter Leitung von Tschang Ping, Stellvertredender Minister für Wasserwirtschaft und Elektrizität. Auf Einladung des französischen Industrie-Ministeriums studierte sie vom 5. bis 28.Februar die französische AKW-Technologie. Während ihres Aufenthalts wurde sie herzlich von den zuständigen französischen Stellen empfangen. Industrieminister Rene Monory traf am 27. Februar mit Tschang Ping zusammen".

zität. Auf Einladung des französischen Industrie-Ministeriums studierte sie vom 5. bis 28.Februar die französische AKW-Technologie. Während ihres Aufenthalts wurde sie herzlich von den zuständigen französischen Stellen empfangen. Industrieminister Rene Monory traf am 27. Februar mit Tschang Ping zusammen".

»Setzen Sie immer auf Rot!...«

Beim Roulette sind manchmal Schlauköpfe zu beobachten, die sich an die Glückssträhne eines anderen Spielers, der womöglich ein „System" hat, anhängen: Das heißt, sie setzen einfach immer mit ihm mit. Solche Schlauköpfe gibt es nicht nur beim Glücksspiel, sondern auch in der Politik. So kann man mittlerweile in der „Roten Fahne" der „KPD" (22.3.78) schon auf der Titelseite die freudige Botschaft lesen **„Wahlbündnis 'Wehrt Euch!' in Hamburg steht!"** Auf der Seite 2 geht's weiter: **„Die KPD unterstützt das 'Wehrt Euch!'-Bündnis!"**, und die Seite 6 ist gar zu Dreivierteln dem großen Ereignis gewidmet. Nur der KB stört noch etwas in diesem Wahlbündnis, ansonsten läuft alles nach Wunsch – so etwa läßt sich der Inhalt der Berichterstattung der „Roten Fahne" zusammenfassen. Längst vergessen ist, daß die „KPD" erst sehr spät zu den Diskussionen um das Wahlbündnis gestoßen ist, weil sie vorher noch einen teuren Verwandten beerdigen mußte, nämlich ihre Illusionen über ein mögliches Wahlbündnis mit dem KBW als kleines Schrittchen zur „Einheit der Marxisten-Leninisten".

Ganz ähnlich läuft's zum Russell-Tribunal. Auch da hat sich die „KPD" mittlerweile drangehängt, nachdem der Erfolg dieser politischen Kampagne schon nicht mehr zu übersehen war. Anfänglich hatte die „KPD" ja noch herumposaunt, es handele sich bei dem Russell-Tribunal um ein schlimmes Ablenkungsmanöver ihres Hauptfeindes, des „Sozialimperialismus", eingefädelt durch dessen bewährten „Wasserträger", den KB. Nachdem die „KPD" allerdings erkannt hatte, daß mit dieser Haltung kein Blumentopf zu gewinnen war, reagierte sie mit dem bekannten Spruch des listigen Igels: „Ick bünn all dor!": Zur ersten Sitzungswoche des Tribunals in Frankfurt wurde plötzlich ein umfangreiches **„Rahmenprogramm zum Russell-Tribunal"** angeboten, arrangiert von der „KPD", bestehend aus einer Kette täglicher Veranstaltungen vom 28.3. bis 4.4. Als Höhepunkt: Eine Veranstaltung **„Solidarität mit der Opposition in der DDR – Gegen Repressalien in Ost und West"**. Mit dem Russell-Tribunal hat dieses Thema zwar nicht viel zu tun, aber was macht das schon? ...

Daß die „KPD" sich nachträglich in Kampagnen zu profilieren versucht, die sie anfangs offen bekämpft hat, wird langfristig nicht zu den gewünschten Erfolgen führen können. Und schon gar nicht, wenn die „KPD" darauf beharrt, zwischendurch immer wieder ihren ganzen Einsatz auf „Schwarz" („antihegemonistische Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus") zu werfen – und prompt alles zu verspielen!

Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Noch führt der „Rote Morgen" den Kopf von Mao Tse-tung als fünften - neben Marx, Engels, Lenin und Stalin - im Wappen. Aber gewiß nicht mehr lange. Denn das ZK der „KPD/ML" ist nach kurzer Denkpause zu dem eindeutigen Verdammungsurteil gekommen, "daß Mao Tse-tung kein Klassiker ist" („Roter Morgen", 31.3.78). Was aber hat er dann noch im Wappen neben den anderen Vieren zu suchen ?! . . .

Ein ganz normaler Mensch wird schwerlich auf eine so abgehobene Frage kommen wie „Ist Mao Tsetung ein Klassiker?". Er wird eine derartige Frage erst recht nicht anderthalb Jahre nach dem Tod des Betreffenden stellen. Es klärt sich aber schnell, warum die „KPD/ML" dieser Frage so große Bedeutung beimißt: Schon nach Stalins Tod wurde dessen kommende Verdammung als erstes mit dem Verdikt eingeleitet, er sei „kein Klassiker"! Ernst Aust, heute Chef der „KPD/ML", war zu jener Zeit Herausgeber einer Zeitung der revisionistischen KPD namens „blinkfüer". Er kennt sich also mit Klassikern bestens aus. Es ist so, wie der Genosse Mao in einem seiner Gedichte schrieb: **„Ameise wollte einen Baum umwerfen - wie lächerlich!"**.

* * *

Nachdem der schwäbische KAB„D" schon vor einiger Zeit erklärt hatte, die VR China „segele" innenpolitisch „im Wind von rechts", hat er nun erstmals auch die chinesische Außenpolitik kritisch betrachtet. Er ist dabei zur Erkenntnis gekommen, daß die sogenannte „Theorie der drei Welten" eine **„Verfälschung des Marxismus-Leninismus"** sei. Der KAB„D" ist ferner zu der Schlußfolgerung gekommen, daß diese Theorie nicht - wie offiziell behauptet - von Mao persönlich entwickelt worden sein kann: „. . . *Wenn Mao Tse-tung tatsächlich diese Theorie ausgearbeitet hat, so wäre sie in einer Schrift oder Rede von ihm niedergelegt, d.h. die Führung der KP Chinas hätte sich nicht die Mühe machen brauchen, sie über die Redaktion der ‚Renmin Ribao' zu erläutern. Warum ist diese Rede oder Schrift also nicht abgedruckt, sondern nur einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze? - Sie ist deswegen nicht abgedruckt, weil es eine von Mao Tse-tung ausgearbeitete ‚Theorie über die Dreiteilung der Welt' einfach nicht gibt"*. Etwas rätselhaft ist allerdings der Hinweis,



Deng Hsiao-ping habe *„Mao Tsetungs t a k t i s c h e Konzeption in eine s t r a t e g i s c h e Konzeption umgewandelt"*. Also g i b t es doch so eine Konzeption Mao's, nur halt eine „taktische" . . .? Und wo i s t diese Konzeption?! . . .Nicht weniger rätselhaft ist auch der Hinweis des KAB„D": *„Dieser Trick Deng Hsiaopings blieb in der Öffentlichkeit bisher unbemerkt"*. Wahrscheinlich ist das so ähnlich wie mit dem Russell-Tribunal, das ja auch bis zu seiner Entdeckung durch den KAB„D" vor ein paar Wochen in der Öffentlichkeit unbemerkt geblieben war. (Zitate aus „Rote Fahne" des KAB„D", 25.3.78).

***

Der „Neuen Deutschen Zeitung" (Organ der rechtsradikalen Provokateurstruppe „Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik Deutschland", nicht identisch mit der ähnlichen Gruppe „MLD") vom Februar/März 1978 war zu entnehmen, was die „Rote Fahne" der „KPD" bisher noch ihren Lesern vorenthält, nämlich die wütenden und zweifellos richtungsweisenden Attacken der portugiesischen „PCP/ML" (enge „Bruderpartei" der „KPD") gegen Albanien! Die „Neue Deutsche Zeitung" gibt eine Auswahl von Artikel-Überschriften aus dem „PCP/ML"-Organ „Unidade Popular". Das liest sich so: **„Reißt den albanischen Revisionisten die Maske des Marxismus-Leninismus und der Verteidigung Stalins herunter!" „Die albanischen Revisionisten sind gegen den Klassenkampf", „Die Politik der nationalen Verteidigung gegen**



den russischen Sozialimperialismus unterstützen und an ihr teilnehmen!". Lange wird's sicher nicht mehr dauern, bis auch die „KPD" ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben und voll vom Leder ziehen wird gegen die „albanischen Revisionisten", die „Wasserträger der neuen Zaren" usw. usf. Für den Freund der „ML"-scene wird's wieder einiges zu Schmunzeln geben.

***

Ebenfalls der „Neuen Deutschen Zeitung" entnehmen wir konkretere Hinweise auf die seit Monaten geplante „Konferenz gegen die imperialistische russische Bedrohung in Europa", die vor allem von der „KPD" und der „PCP/ML" betrieben wird und die in Lissabon stattfinden soll. Als Datum steht laut „NDZ" jetzt 21. bis 24. April fest. Die „NDZ" zitiert über ein Vorbereitungstreffen in Rom aus der stockreaktionären Zeitung „Christ und Welt": *„Signale aus Rom: Konservative und Maoisten finden sich dank portugiesischer Initiative zu einer Allianz gegenüber der Sowjetunion"*. Zu dem Vorbereitungskreis gehörte angeblich auch Massimo de Carolis, Abgeordneter vom rechtesten Flügel der Christdemokraten. Auch das *„liberal-konservative"* Nachrichtenmagazin „Il Settimanale" habe sich wohlwollend der geplanten Konferenz angenommen. Seltsam nur, daß bisher in der „Roten Fahne" gar nichts zur Propagierung der in einem Monat anstehenden Konferenz getan wird, die übrigens ursprünglich schon im Januar hätte stattfinden sollen.

Noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache

Noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache

Im Schutz der gerechtfertigten Empörung über die Massaker und Zerstörungen Israels im südlichen Libanon sieht anscheinend mancher wieder einmal die Stunde gekommen, in „linker" Verpackung antisemitischen Dreck auf den Markt zu werfen. So schreibt der „Rote Morgen" der „KPD/ML" (24.3.78) zu diesem beliebten Thema: *„Ist Israel die Heimat des jüdischen Volkes? — Zunächst einmal: Es gibt weder ein jüdisches Volk noch eine jüdische Rasse. Die Juden in aller Welt haben nichts weiter gemeinsam, als ein religiöses Bekenntnis und bestimmte kulturelle Traditionen, die sich aus diesem Bekenntnis ableiten. Ansonsten gehört beispielsweise ein deutscher Jude zum deutschen Volk, ein algerischer Jude zum algerischen usw. (siehe auch Stalin, Werke, Bd.2,S.274). Die überwiegende Mehrzahl der Juden in den verschiedenen Ländern fühlt sich ihrem jeweiligen Volk zugehörig und weist die Behauptung, einem besonderen jüdischen Volk anzugehören, entschieden zurück. Was die Menschen in Israel betrifft, so sind sie selbst, bzw. ihre Eltern aus Europa, aus dem Nahen Osten, aus Amerika eingewandert. Dadurch aber, daß Menschen verschiedener Völker in einem Staat zusammenleben, bilden sie auch nicht ein neues ‚eigenes' Volk. Das zeigt sich z.B. daran, daß sie noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache haben. Nach der Gründung Israels wurde eine künstliche Sprache geschaffen, die alle Einwanderer erlernen müssen. Auch von den Lebensgewohnheiten und dem kulturellen Erbe her sind die aus dem Nahen Osten nach Israel eingewanderten Juden Orientalen, wie alle Menschen dieser Region, die aus Europa eingewanderten Russen, Polen, Deutsche usw."*.

Wo soll man bei einer derartig massiven Aneinanderreihung von Dummheiten und Frechheiten beginnen? Vielleicht bei der reinsten Verkörperung der „Herrenmenschen"-Arroganz in diesen Sätzen, nämlich der abfälligen Bemerkung, daß die Juden ja *„noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache"* hätten — womit sie natürlich abgrundtief unter einem „Kulturvolk" wie den Deutschen stehen, bei dem die „KPD/ML" bekanntlich aus der „gemeinsamen Sprache" auch gleich den Anspruch auf „Wiedervereinigung" (einschließlich Österreichs?!...) herleitet.

Wie ist das denn nun? Da gibt es beispielsweise in Afrika Dutzende von unabhängigen Staaten, deren aus verschiedenen Völkern und Stämmen bestehende Bevölkerung keine gemeinsame Sprache spricht — außer der Sprache ihrer früheren Kolonial-Herren, also französisch oder englisch. Zweifellos müßten nun die „Herrenmenschen" von der KPD/ML schlußfolgern, daß diese „Primitiven" keine Nation bilden können, sondern daß sie als Franzosen oder Engländer zu gelten haben. Außerdem stimmt die Behauptung der „KPD/ML" nicht einmal. So hatten die Millionen von „Ostjuden" — unter denen der deutsche Faschismus so grauenvoll gewütet hat — also die Juden in Deutschland, Polen, Rußland etc. weithin Jiddisch als gemeinsame Sprache, eine Mischung aus Altdeutsch, Hebräisch, slawischen Elementen u.a.m. Diese Sprache ist über Jahrhunderte hinweg konstant gesprochen und geschrieben worden, auch vielen Israelis ist sie noch geläufig. Nicht minder dumm oder frech ist die Behauptung, die heute offizielle Sprache Israels, das Ivrid, sei „künstlich geschaffen" worden. Ivrid ist ein den modernen Erfordernissen angepaßtes Hebräisch — und diese Sprache gehört zu den ältesten der Welt! Als Sprache des religiösen Kultes ist Hebräisch jahrhundertelang bewahrt worden, die gläubigen Juden in aller Welt konnten und können es also mehr oder weniger.

Bemerkenswert ist auch die anmaßende Behauptung, „die meisten Juden" fühlten sich „ihrem jeweiligen Volk" zugehörig (gemeint ist das Volk des jeweiligen Landes!) und würden die Behauptung entschieden zurückweisen, einem jüdischen Volk anzugehören. Woher kommt dieses „Wissen"?! ... Was die religiösen Juden angeht, so ist die Existenz eines jüdischen Volkes und der Glaube an dessen Rückkehr ins „Land der Väter" (Palästina/Israel) eine der G r u n d v o r a u s s e t z u n g e n dieser Religion. Insofern sind die Juden — in religiösen Sinn — eben auch nicht i r g e n d e i n e Religionsgemeinschaft, sondern diese Gemeinschaft begreift sich selbst als V o l k ! Andererseits nehmen es viele Juden — wahrscheinlich die überwiegende Mehrheit — mit der Einhaltung der zahlreichen religiösen Vorschriften, Verbote etc. nicht besonders genau oder ignorieren die jüdische Religion praktisch vollständig — verstehen sich aber trotzdem in irgendeiner Weise als Juden.Warum nur, warum?! ...

Fortsetzung auf Seite 63



Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Sowjetunion

Einem Bericht von „Le Monde" (16.3.) zufolge wurde am 14. März Kyril Podrabinek zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf illegalen Besitz von Waffen und Munition.

Nach dem Bericht von „Le Monde" zielt diese Verurteilung in Wirklichkeit indirekt gegen den Bruder von Kyril P., Alexander Podrabinek, Mitglied der „Studiengruppe über den Mißbrauch der Psychartrie in der UdSSR". Die sowjetischen Behörden hätten zuvor vergeblich versucht, Alexander Podrabinek und seine Familie zur Ausreise zu veranlassen. Die bei Kyril P. gefundene Waffe und Munition sei vom KGB (Geheimpolizei) aus dem Jagdclub des Betriebs, in dem Kyril P. arbeitete, gestohlen und in dessen Wohnung versteckt worden.

•

Wegen „Parasitentums" wurde Wladimir Goldstein, Mitglied einer „Bürgerrechtsgruppe", zu einem Jahr Arbeitslager verurteilt. („Welt", 22.3.)

•

Zu 7 Jahren Arbeitslager und 5 Jahren Verbannung wurden der Elektroingenieur Marinowitsch (28) und der Historiker Matusewitsch (30) verurteilt. Die Anklage lautete auf „antisowjetische Aktivitäten" („Tagesspiegel" Westberlin, 24.3. und „FR", 31.3.).

•

Kurz nach dem Ex-General Pjotr Grigorenko (siehe AK 125, S. 59) wurden Mitte März der sowjetische Dirigent und Cellist Rostropowitsch und seine Ehefrau, die Opernsängerin Galina Wischnewskaja, „ausgebürgert". Sie hatten seit 1974 in den USA gelebt. *„Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft erfolgte unter Berufung auf Artikel 7 des Gesetzes der UdSSR, nach dem Handlungen, die dem Ansehen der Sowjetunion schaden, unvereinbar mit dem Besitz der Staatsbürgerschaft sind"* („UZ", 18.3.78) Angeblich haben die beiden Ausgebürgerten *„die Sowjetunion systematisch verleumdet und antisowjetische Diversionszentralen materiell unterstützt. So gaben sie 1977 mehrere Konzerte, deren Erlöse weißrussischen Emigrantenorganisationen zugeflossen waren"* (ebenda).

Ostropowitsch hat in einem Interview mit der Zeitung der französischen „KP" (!), „l'Humanite", diesen Vorwurf bestritten und erklärt, *„daß wir niemandem einen Pfennig gegeben haben"* („Tagesspiegel", 24.3.). Die „KP" Frankreichs äußerte sich über die Ausbürgerung von Rostropotwitsch und Galina Wischnewskaja *„bestürzt und betrübt". „Wir können diese Maßnahme und die Vorwände zur Begründung nicht verstehen" (laut „Tagesspiegel", 17.3.78).*

•

Seine politische Blindheit demonstrierte kürzlich wieder der bekannte sowjetische „Systemkritiker" Sacharow: Zusammen mit ein paar anderen „Dissidenten" demonstrierte Sacharow gegen das palästinensische Kommando-Unternehmen in Israel, bei dem isralische Truppen anschließend einen Bus voller Menschen in Brand schossen („FR", 28.3.). Man hat noch nie davon gehört, daß Sacharow gegen den israelischen Bombenterror gegen die palästinensischen Flüchtlingslager, gegen den israelischen Einmarsch im Südlibanon usw. protestiert hätte! ...

Die Reaktion der sowjetischen Behörden zeigt allerdings, daß sie selbst in diesem Fall anstelle einer politischen Beurteilung nur auf die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzes pochen will: Sacharow wurde vom Staatsanwalt nach dieser Demonstration wegen „Rowdietum" und „Störung der öffentlichen Ordnung" verwarnt („Tagesspiegel", 24.3.) – Bestimmungen also, die sich gegen j e d e „illegale" Demonstration (und in der Sowjetunion ist praktisch jede Demonstration, außer der staatlich angeordneten, illegal!) richten, unabhängig von ihrem politischen Inhalt.

CSSR

Wegen Verurteilung der „Charta 77" wurden in letzter Zeit mehrere Menschen in der CSSR verurteilt. In einer Erklärung von CSSR-„Dissidenten" werden 6 konkrete Fälle genannt, in denen Gefängisstrafen bis zu drei Jahren ausgesprochen wurden. Die CSSR-Regierung hatte wiederholt erklärt, sie wolle Anhänger der „Charta 77" nicht gerichtlich verfolgen. („Tagesspiegel" 24.3., „il manifesto", 24.3.).

Polen

Am 21. März nahm die polnische Polizei „Hausdurchsuchungen" in den Wohnungen von zwei oppositionellen Intelektuellen vor: Macierewicz und Rozner, die zum Kreis um das „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" gehören. Beide wurden vorübergehend festgenommen. („Tagesspiegel", 23.3.).

Jugoslawien

In Belgrad hat am 21. März der Prozeß gegen den Genossen Mileta Perovic (55), Generalsekretär der verbotenen oppositionellen Kommunistischen Partei, begonnen (vergl. AK 123). Mileta Perovic kommandierte im antifaschistischen Widerstandskrieg eine Partisanen-Brigade. Weil er sich gegen die 1948 vollzogene Abkehr des Tito-Regimes von der Sowjetunion stellt, wurde er zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1958 flüchtete er nach Albanien, 1960 siedelte er in die Sowjetunion um. Die Wiederannäherung zwischen der sowjetischen und jugoslawischen Führung hatte auch zur Folge, daß die Tito-Gegner gezwungen wurden, die Sowjetunion zu verlassen. Seit 1975 hielt sich Perovic daher in verschiedenen westlichen Ländern auf. Im Juli 1977 wurde er aus der Schweiz entführt und nach Jugoslawien verschleppt.

Die Anklage lautet auf „staatsfeindliche Aktivitäten". In einem ähnlichen Prozeß wurde 1976 der Genosse Vlado Dapcevic z u m T o d e verurteilt. Die Strafe wurde dann in 20 Jahre Haft umgeändert, was angesichts des hohen Alters des Genossen eine Verurteilung zum Tod im Knast bedeutet.

In Jugoslawien sind nach offiziellen Angaben über 100 angebliche Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei eingekerkert. Üblich sind Strafen über 10 Jahre ! In allen Fällen geht es um reine Gesinnungsurteile. Ausschluß der Öffentlichkeit von diesen Prozessen und Verheimlichung der Anklageschrift sind die Regel.

Aufgrund der besonderen politischen Konstellation ist an d i e s e m politischen Gefangenen n i e m a n d so recht interessiert – weder die Imperialisten und die bürgerlichen Medien, noch die Revisionisten und ihr Anhang, noch die Trotzkisten, noch die Vaterlandsverteidiger und sonstigen „ML"er. Umso notwendiger ist es, in unserer Solidarität mit diesen Genossen – der bedeutendsten linken Opposition in einem Land des „realen Sozialismus" !! – fortzufahren und mehr Öffentlichkeit um diese Dinge zu schaffen.

(ebenda).

Polizei „Hausdurchsuchungen" in schaffen.

Fortsetzung von Seite 62

Man muß schon ein totaler Ignorant sein, um nicht zu wissen, daß insbesondere die „ostjüdische" Bevölkerung in Polen und Rußland eine lange eigenständige Tradition hat, daß sie ihre gemeinsame Sprache hatte (Jiddisch), daß sie eine eigene Kultur entwickelt hat, daß sie ihre eigenen politischen Organisationen hervorgebracht hat, daß sie insbesondere auch eine breitgefächerte Arbeiterbewegung (zionistisch und nicht-zionistisch) hervorgebracht hat usw. Diese Tatsache wurde z.B. auch von den Bolschewiki Lenins berücksichtigt, indem in der KPdSU(B) eine spezielle „Jüdische Sektion" eingerichtet wurde. Aus religiösen Gründen?!

Erst der Völkermord des deutschen Faschismus hat all dies zerstört — und dies beleuchtet auch so recht den Zynismus derjenigen, die sich heute hinstellen und so tun, als habe es all dies niemals gegeben — um dann gar kopfschütteld zu erklären, diese primitiven Juden hätten ja noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache gehabt, sondern hätten sich erst künstlich eine schaffen müssen.

Wer die jüdische Geschichte nach der Vertreibung aus Palästina (im 1. Jh unserer Zeitrechnung) auch nur etwas kennt, kann die Absurdität und jämmerliche Komik der Vorstellung ermessen, die Juden seien n u r eine Religionsgemeinschaft gewesen, ansonsten aber Deutsche, Polen, Russen usw. usf. Da wäre selbst die Behauptung noch gescheiter, die Amerikaner seien gar kein Volk, sondern nur eine Religionsgemeinschaft, ansonsten aber Iren, Engländer, Deutsch, Italiener, Polen etc.

Ein sehr kritischer Leser des „Roten Morgen"

Offener Brief

an die Führer der französischen „Linksunion" und an die Organisationen, die sich auf den Sozialismus berufen

"L'etincelle", die Zeitung der französischen kommunistischen Organisation OCT, veröffentlichte am 16.3. einen „Offenen Brief ..." (siehe Überschrift). Unterzeichnet ist dieser Text von:

- **Edmund Baluka.Polen.** Ehemaliger Vorsitzender des Streik-Komitees von Szcecin im Dezember 1970/Januar 1971.
- **Viktor Feinberg.Sowjetunion.** Einer der Teilnehmer der Demonstration auf dem Roten Platz in Moskau am 25. August 1968 gegen den Überfall auf die CSSR.
- **Vasil Paraschiv.Rumänien** . Mitglied der KP Rumäniens seit 1946. 1968 ausgetreten. Dreimal aus politischen Gründen in Psychiatrischen Kliniken eingesperrt.

(Angaben nach „l'etincelle")

Die Unterzeichner haben ihren ‚Offenen Brief' auch an die Gewerkschaften CGT, CGT-fo, CFDT und FEN gerichtet. Der Text lautet:

„In der UdSSR hat Vladimir Klebanow, Bergarbeiter aus dem Donez-Gebiet, Ende Januar bekannt gegeben, daß 200 Werktätige die Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft beschlossen haben. Dabei teilte er mit, daß viele von ihnen entlassen worden sind, ohne daß die offizielle Gewerkschaft etwas zu ihrem Schutz getan hat. Das ist der erste Versuch, eine Gewerkschaft zu schaffen, die unabhängig vom Staatsapparat ist. Am 27. Februar haben zwei Vertreter dieser 200 Werktätigen die Statuten ihrer Gewerkschaftsorganisation veröffentlicht. In einem ‚Offenen Brief' fordern sie von den westlichen Gewerkschaftern ‚ihre moralische und materielle Hilfe'. Das gewerkschaftliche Organisationsrecht der Werktätigen ist in der Verfassung der UdSSR anerkannt. Trotzdem werden diejenigen, die – wie Klebanow und seine Genossen – dieses Recht in die Praxis umsetzen, verfolgt und in Psychiatrischen Kliniken eingesperrt. Wir fordern euch eindringlich auf, für ihre sofortige Freilassung einzutreten.

Ebenso ist es in Rumänien: Dort wurde dem Arbeiter V. Paraschiv eine „Psychose" angehängt, weil er für die Achtung der anerkannten Rechte in seinem Land eingetreten ist.

In Polen hat sich in Katowice ein ‚Arbeiter-Komitee' gebildet und einen Aufruf ‚an alle Werktätigen Polens ' für die Schaffung ‚freier nationaler Gewerkschaften' veröffentlicht.

In der CSSR wurden Gewerkschafter aus ihren Gewerkschaften ausgeschlossen, weil sie sich geweigert hatten, bei der politischen Entlassung von Kollegen mitzutun, die die ‚Charta 77' unterstützen.

Was immer eure Einschätzung dieser Vorgänge sein mag, sie enthalten alle dasselbe grundsätzliche Problem, und wir fordern euch auf, dazu öffentlich eure Haltung zu bekräftigen: Das unveräusserliche Recht der Arbeitenden, sich in Gewerkschaften zu organisieren, die unabhängig von ihrem Arbeitgeber sind – einschließlich derjenigen Länder, die sich als sozialistisch bezeichnen und wo praktisch der Staat der Arbeitgeber ist.

Wir fordern euch eindringlich auf, alle für euch möglichen konkreten Maßnahmen zu ergreifen, um diejenigen zu verteidigen, die für die Freiheiten und Rechte der Werktätigen kämpfen – Werktätige, die heute mehr denn je die Unterstützung derjenigen brauchen, die im Westen gegen die Ausbeutung der Werktätigen kämpfen."

DIE BRETONISCHE KÜSTE STIRBT!

Die größte Tankerkatastrophe der Geschichte

Am 17. März lief der unter liberianischer Flagge laufende Supertanker „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste bei Portsall auf Grund. Inzwischen ist die gesamte Ladung von 230.000 Tonnen Rohöl ausgelaufen. Das genaue Ausmaß der Schäden wird sich erst in Monaten oder Jahren feststellen lassen; nach der ersten Bilanz sind mindestens 200 km der Küste in der Nord-Bretagne verseucht (s. Skizze). Der schwimmende Ölteppich ist vom Flugzeug aus nicht mehr zu überblicken: am 24.3. war er sechs Kilometer breit und 120 km (!) lang und breitete sich in jeder Stunde um 20 weitere Kilometer aus. Am 28.3. hatte der Ölteppich auch die Kanalinsel Jersey erreicht und bedroht die Insel Guernsey. Die Insel Batz vor der bretonischen Küste war vorübergehend von der Umwelt abgeschnitten – das Öl war so dick, daß Schiffe nicht passieren konnten.

Die Bevölkerung der betroffenen Küstengebiete, überwiegend Fischer und vom sommerlichen Tourismus Abhängige, lebte schon bisher am Existenzminimum. Jetzt droht den Werktätigen durch die Katastrophe jahrelange Arbeitslosigkeit. Die weißen Strände sind vom Öl bis zu einer Tiefe von 60 cm verseucht; auf Jahre hinaus wird es im Meer kein Leben geben. Hunderte von Fischern, die einen großen Kredit für einen Kutter aufgenommen haben oder vom Verkauf des Seetangs an die pharmazeutische Industrie leben, stehen vor dem Nichts. Noch mehr als das Öl bedrohen die tonnenweise trotz Warnungen der Experten ausgekippten chemischen Lösungsmittel die Meeresfauna und -flora. Zehntausende seltener Seevögel, die an der bretonischen Küste in mehreren Reservaten leben, sterben.

Der starke Wind trägt das Öl in Millionen winziger Tropfen bis weit ins Hinterland hinein, überall liegt eine dünne Schmierschicht auf Weideland und Gemüsegärten (in einer Region. in der der Gemüseanbau eine
Millionen winziger Tropfen bis weit ins Hinterland hinein, überall liegt eine dünne Schmierschicht auf Weideland und Gemüsegärten (in einer Region, in der der Gemüseanbau eine
Haupternährungsquelle ist!). Kilometerweit ins Inland hinein herrscht bis in die Häuser ein penetranter Gestank, der Übelkeit hervorruft. Kühe, die verseuchtes Weidegras gefressen haben, winden sich in Koliken.

Der Ort der Katastrophe gehört zu den gefährlichsten Gewässern Frankreichs. Zahlreiche Untiefen, gefährliche Felsen und häufiger Nebel halten sogar örtliche Fischer davon ab, dort zu fahren. Aber da kommt ein über 300 Meter langer Supertanker und fährt zu nahe an der Küste, um Zeit und Geld zu rauszuschlagen. Ohnmächtige Wut herrscht bei der Bevölkerung darüber, daß nach dem Leckschlagen kostbare Stunden verschenkt wurden. Der Kapitän sandte keinen SOS-Ruf aus, sondern rief nur den westdeutschen Hochseeschlepper „Pacific" aus dem Hafen von Brest. Weitere Stunden wurden verschenkt, weil sich die Kapitäne von „Amoco Cadiz" und „Pacific" nicht über den Schlepp-Preis einig werden konnten! Als eine Küstenstation die „Amoco Cadiz" anfunkte, bekam sie jedoch die Antwort, es sei alles in Ordnung! Die Gesetzgebung ist so, daß Küstenwache und Marine nur zu Hilfe kommen können, wenn sie vom Bordkommandanten darum gebeten werden.

Allerdings verfügt die Marine der Region gar nicht über Hochseeschlepper, die hier gebraucht worden wären. Und das, obwohl der größte Teil des in Westeuropa verbrauchten Öls nur wenige Kilometer vom Unglücksort entfernt transportiert wird, auf Supertankern von bis zu 400.000 to Fassungsvermögen. Und immer wieder kommt es vor, daß die Reisenschiffe sich mit voller Fahrt auf der Gegenrichtung des festgelegten Einbahnstraßenverkehrs vorwärts bewegen, um Zeit rauszuschinden. Eine einzige Küstenwache der Region registrierte in sechs Monaten rund 100 Verstöße!

Für die Bretagne ist das bereits die vierte Ölkatastrophe in elf Jahren: 1967 liefen aus der „Torrey Canyon" 123.000 to Öl aus, davon verseuchten 32.000 Tonnen die bretonische Küste. 1976 lief der liberianische 278.000 to-Tanker „Olympic Bravery" auf Grund, zum Glück mit leeren Tanks. Von den 1.200 Tonnen Öl, die zu seiner Funktion nötig sind, liefen 800 Tonnen aus. Allein zur Beseitigung dieser 800 Tonnen waren



drei Monate nötig, jetzt sind es 230.000 Tonnen...

Neun Monate später, ebenfalls 1976, ergossen sich 9.200 Tonnen vom DDR-Tanker „Boehlen" ins Meer.

Aus all diesen Katastrophen haben die staatlichen Behörden keine Konsequenzen gezogen. So sind sie auch diesmal wieder völlig „überrascht" worden. Die zur Verfügung gestellten Hilfsmittel waren völlig lächerlich. Die nach der „Torrey Canyon"-Katastrophe eingeführten Barrieren aus aufblasbaren Gummiwülsten haben überall versagt; sie wurden nach dem ersten Gewitter auseinandergerissen, das Öl liefer unter durch oder über weg. Eine Woche nach der Katastrophe gabe es in Portsall, vor dessen Küste der Unglückstanker in 200 m
rissen, das Öl liefer unter durch oder über weg. Eine Woche nach der Katastrophe gabe es in Portsall, vor dessen Küste der Unglückstanker in 200 m



Entfernung in zwei auseinandergebrochenen Teilen liegt, nur acht Pumpen, die zusammen stündlich nur 240 Kubikmeter Öl abpumpen konnten! Die Pumpen pumpen mehr Wasser als Öl ab, in zwei Tagen gelang es nur, 500 Tonnen Öl abzupumpen (von 230.000 ausgelaufenen!).

Es ist völlig unklar, wohin das an der Küste gesammelte Öl soll. Wie bei früheren Katastrophen soll ein Teil einfach vergraben werden. Das Ausheben sehr tiefer Löcher an der Küste durch Soldaten wurde beobachtet. Während die „Soforthilfe" im Wasser im tonnenweise Versprühen der alles Leben tötenden chemischen Mittel besteht, wird die Hauptarbeit an Land an vielen Stellen von der betroffenen Bevölkerung getragen. An vielen Orten sind die nicht direkt betroffenen Bauern mit ihren Jauche- und Wasserwagen an die verseuchten Strände gezogen. Meerwasser und Öl zerstören ihre Arbeitsmaterialien, eine Entschädigung ist völlig offen. Während die Besitzer der aus den Großstädten herbeigerufenen Tankwagen sehr viel Geld bekommen, sind die Bauern, die bei der „Boehlen"-Katastrophe spontan geholfen haben, bis heute noch nicht entschädigt worden. Deshalb weigert sich an vielen Stellen die Bevölkerung auch an der Beseitigung einer Verschmutzung mitzuarbeiten, für die sie nicht verantwortlich ist, ohne entsprechende Entschädigungsgarantien zu bekommen.

Wie völlig unvorbereitet die Behörden waren, zeigt die Sammlung von Hilfsmaterial, die von den Radiostationen in ganz Frankreich angekurbelt wurde. Es wurden in erster Linie Ölzeug, Stiefel, Handschuhe und Schaufeln in die Bretagne geschickt!

Zur Beruhigung der breiten Empörung verabschiedete die Regierung einige Sofortmaßnahmen: fünf Mio. Franc (=2,5 Mio. DM) zur Beseitigung der Schäden, eine völlig lächerliche Summe! Außerdem soll ein Schiffahrts-Kontrollzentrum auf der Insel Ushant errichtet werden, Tanker dürfen sich der Küste nicht mehr als sieben Kilometer nähern. Beim Eintritt in französische Gewässer müssen sie ihre Route sowie eventuelle Schwierigkeiten sofort mitteilen. Notschlepper müssen Hilfegesuche an Behörden weitergeben. Ein paar kosmetische Korrekturen im Detail, die am Grundübel nicht rühren...

Eine Woche nach der Katastrophe waren von außerhalb wesentlich mehr Bullen (die berüchtigten „Gar-
kosmetische Korrekturen im Detail, die am Grundübel nicht rühren...

Eine Woche nach der Katastrophe waren von außerhalb wesentlich mehr Bullen (die berüchtigten „Gar-
des Mobiles", die auch in Malville breit eingesetzt wurden) als Soldaten oder andere offizielle Hilfstruppen anwesend. Eine andere Form der „Schwarzen Pest" („Liberation").

Überall in den betroffenen Gebieten gab es spontan kleinere Protestdemonstrationen, bildeten sich Komitees. Zentrum der Proteste war und ist Brest. Dort demonstrierten am 22.3., einem Aufruf der CFDT folgend, 1.000 Fischer, am 23.3. 5.000 Schüler und Studenten, die sich seit der Katastrophe an allen Universitäten und vielen Schulen der Bretagne in einem unbefristeten Streik befinden. Bei ihrer Demo besetzten sie vorübergehend die Marinepräfektur in Brest und hinterließen überall verklebte Vögel, erstickte Fische und Ölklumpen. Auch in Paris besetzten Umweltschützer das Büro der Shell. Am 24.3. demonstrierten 2.000 Menschen in Brest, die Bullen setzten massenhaft Tränengas ein. Die bisher größte Demonstration war am Ostermontag mit 20.000 Teilnehmern in Brest. Aufgerufen hatten die PC und die Gewerkschaften sowie die revolutionäre Linke und Umweltschutzgruppen. PC und PS hatten in den drei Tagen zwischen der Katastrophe und dem zweiten Wahlgang zu den Parlamentswahlen markige Erklärungen abgegeben, waren jedoch anschließend in der Versenkung verschwunden. Sie weigerten sich, die ersten Demonstrationen zu unterstützen, die PS rief nicht einmal am 27.3. auf.

Auf der Großdemo am 27.3. versuchten ca. 5.000 Menschen die Präfektur zu besetzen. Die Bullen setzten Tränengas sowie die tödlich wirkenden Offensivgranaten ein, und trieben die Demonstranten durch die Straßen.

Aus allen kleineren und größeren Städten der Bretagne werden fast täglich kleinere Demonstrationen gemeldet, die jedoch meist nur zwischen 100 und 500 Teilnehmern haben. Offensichtlich gibt es zur Zeit keinen einheitlichen und zusammengefaßten Protest. Angesichts des Ausmaßes der Katastrophe sind die Protestzahlen zur Zeit eher gering. Bürgerliche Journalisten berichten, daß Entsetzen und ohnmächtige Verzweiflung vorherrschen. Darüber ist das letzte Wort jedoch sicher noch nicht gesprochen!

Frankreich-Kommission